

Texte

dietz berlin

Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.)



Von Revolution bis Koalition
Linke Parteien in Europa

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 52

Rosa-Luxemburg-Stiftung

BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT,
ANNA STRIETHORST (HRSG.):

Von Revolution bis Koalition

Linke Parteien in Europa

Karl Dietz Verlag Berlin

Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.):
Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 52)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2010

ISBN 978-3-320-02240-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2010

Satz: Beate Lunze

Umschlag: Heike Schmelter (unter Verwendung eines Fotos von Rainer Rilling)

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort der Herausgeberinnen	7
------------------------------	---

Vergleichende Analysen linker Parteien in Europa

<i>Cornelia Hildebrandt</i> Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa	9
---	---

<i>Birgit Daiber</i> Über den Gebrauchswert der Linksparteien	39
--	----

<i>Anna Striethorst</i> Aktuelle Themen und Debatten der europäischen Linksparteien	49
--	----

<i>Cornelia Hildebrandt</i> Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien	67
---	----

<i>Anna Striethorst</i> Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa	89
--	----

<i>Roland Kulke</i> Die Wahlverfahren in den Ländern Europas – mit einem Exkurs über Parteiensysteme	114
--	-----

Ausgewählte Beiträge zu linken Parteien in Europa

<i>Stéphane Sahuc</i> Die linken Parteien in Frankreich	125
--	-----

<i>Audur Lilja Erlingsdóttir</i> Die Linke in Island	143
---	-----

<i>Cornelia Hildebrandt</i> DIE LINKE in Deutschland	154
<i>Thomas Kachel</i> Die britische Linke am Ende der <i>New-Labour</i> -Ära: Eine Wahlanalyse	173
<i>Clemens Wirries</i> Eine Partei für die »einfachen Leute« – die <i>Socialistische Partij</i> in den Niederlanden	197
<i>Norbert Hagemann</i> Die <i>Partito della Rifondazione Comunista</i> in Italien – Entwicklung im Widerstreit zwischen »großer Ambition und kleiner Kraft«	217
<i>Barbara Steiner</i> »Communists we are no longer, Social Democrats we can never be« – die schwedische Linkspartei <i>Vänsterpartiet</i>	238
<i>Inger V. Johansen</i> Die Linke und die radikale Linke in Dänemark	251
<i>Julian Marioulas</i> Die griechische Linke	270
<i>Julian Marioulas</i> Die AKEL in Zypern	288
<i>Michael Müller</i> Die Linke in Bulgarien	297
<i>Stanislav Holubec</i> Die radikale Linke in Tschechien	313
<i>Cem Sey</i> Auf der Suche nach Einheit – Linke in der Türkei	330
Gesamtverzeichnis der Länder- und Regionalstudien	348
Autorinnen und Autoren	351

Vorwort der Herausgeberinnen

Fast zwei Jahre lang haben wir – das Brüsseler Büro und das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung – an der Sammlung von Berichten über die Linksparteien in Europa gearbeitet. Hiermit können wir die zweite Publikation vorlegen. Eine erste Sammlung von Länderberichten veröffentlichten wir im Frühjahr 2009. Sie ließ viele Fragen offen und erlaubte auch keine Vergleiche zwischen den Parteien. Dies veranlasste uns, im Sommer 2009 ein Autorentreffen zu organisieren und einen Fragespiegel für tiefer gehende Berichte zu erarbeiten. Auf diese Weise sollte es möglich werden, die Situation der linken Parteien in Europa vergleichend zu analysieren.

Das politische Spektrum der Linksparteien in Europa reicht von sozialdemokratischen, linkslibertären und grün-alternativen Formationen bis hin zu klassisch kommunistischen Parteien. Wir begrenzen unsere Untersuchung auf diejenigen linken Parteien, die sich ihrem Selbstverständnis nach der politischen Linken zugehörig fühlen, aber weder der sozialdemokratischen noch der grün-alternativen Parteienfamilie zuzuordnen sind. Wir bezeichnen diese Parteien im Folgenden als Linksparteien. Insgesamt werden etwa 60 Parteien zu dieser Parteienfamilie gezählt. Als eines der wenigen überprüfbaren Kriterien für die Auswahl der Parteien haben wir ihre Mitgliedschaft in einer der europäischen Kooperationsformen zugrunde gelegt. Dies sind im Einzelnen die Europäische Linke (EL), das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) und die Allianz der Nordischen Grünen Linken (NGLA). Auch die Parteien, deren Abgeordnete der konföderalen Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament angehören, wurden einbezogen.

Um gemeinsame Probleme und offene Fragen der Parteientwicklung, der Strategie und Programmatik zu vergleichen, müssen theoretische und empirische Instrumente der Wahl- und Parteienforschung herangezogen werden. Diese Instrumente sind bis jetzt nur in wenigen Einzelfällen auf die hier dargestellten Parteien angewendet worden. Vergleichende (west-)europäische Untersuchungen zur Entwicklung der politischen Systeme in West- und Mitteleuropa berücksichtigen linksradikale Parteien – soweit sie politisch relevant sind – als Teil des linken Spektrums, ohne dabei auf die Entwicklung der Parteien im Einzelnen einzugehen. Insofern stellt diese Publikation den Versuch des Einstiegs in eine vergleichende Diskussion zur Entwicklung linksradikaler Parteien in Europa dar – ohne dass damit der Anspruch einer fundierten Parteienforschung bereits eingelöst werden kann.

Dem vorliegenden Band liegen 24 Länderberichte und ein Regionalbericht zugrunde. Es fehlen Analysen zu einigen europäischen Ländern (z. B. Belgien, Malta, die Slowakei, Litauen und Lettland), für die es uns nicht gelang, innerhalb des gegebenen Zeitrahmens Autoren zu gewinnen. Erfasst wurde die Entwicklung bis Mai 2010. Alle 25 Berichte werden zeitgleich als Sammelband in der Reihe Standpunkte international veröffentlicht.

Die 24 Länderberichte bilden die Grundlage der sechs vergleichenden Beiträge des ersten Teils dieser Publikation. In einem zweiten Teil folgt eine Auswahl von 13 Referenztexten, die das weitgefächerte Spektrum der linksradikalen Parteien in Europa abbilden.

Der für die Länderberichte erarbeitete Fragespiegel bezog sich auf die Entwicklung der Parteien, ihr Politik- und Selbstverständnis, ihre organisatorische Struktur, ihre Strategie und Programmatik sowie auf ihren gegenwärtigen Gebrauchswert im politischen Gefüge der einzelnen Länder. Dabei ist die Schwerpunktsetzung, die die Autoren der einzelnen Berichte vorgenommen haben, wiederum sehr unterschiedlich. Dies hat mehrere Gründe: erstens sind die nationalen Rahmenbedingungen sehr verschieden, zweitens gibt es auch bei den politischen Traditionen und Zielsetzungen erhebliche Unterschiede, drittens aber sind die Parteien zum Teil zu klein, um repräsentative Aussagen über die soziale Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft zu ermöglichen. Insofern erfassen die Länderberichte jeweils unterschiedliche Ausschnitte aus der Geschichte und der aktuellen Situation linksradikaler Parteien.

Im Zentrum unseres Interesses stand und steht die Frage nach den Potentialen der linksradikalen Parteien und ihren Chancen, aus der seit der Zäsur von 1989 vorherrschenden Defensive herauszufinden: Unter welchen Bedingungen behaupten sich linksradikale Parteien erfolgreich im Parteienspektrum ihrer Länder? Welche Rolle spielen Programmatik und Selbstverständnis? Inwieweit sind die Parteien in der Lage, linke Akteure aus unterschiedlichen Strömungen zusammenzuführen? Und, darüber hinausgehend: In welchem Maße sind die Parteien befähigt, unterschiedliche Milieus an sich zu binden und Bündnisse zur Durchsetzung linker Forderungen zu schaffen? Befassen sich die Parteien überhaupt mit dem Aufbau gegenhegemonialer gesellschaftlicher Bündnisse – oder ziehen sie es vor, »unter sich« zu bleiben? Welche Antworten geben sie auf die Existenzfragen der europäischen Entwicklung? Und wo finden wir Beispiele für transformatorsche Projekte, die zukunftsweisenden Charakter haben?

Wir hoffen, auf einige Aspekte dieser Fragen mit unserer Studie Antworten geben zu können und damit nicht nur zu einer besseren Kenntnis der linksradikalen Parteien in Europa beizutragen, sondern auch zum Nachdenken über deren Zukunftsfähigkeit in Europa anzuregen. Die existentiellen Probleme in Europa und in der Welt, die Weltkrisen, der Klimawandel, die sozialen Umbrüche in und außerhalb Europas und die wachsende Zahl regionaler Kriege verlangen nach linken Antworten und gemeinsamen Strategien.

Unser Dank gilt den Autorinnen und Autoren der Länderstudien und der Regionalstudie. Wir danken insbesondere auch der Europäischen Linkspartei und der europäischen Stiftung transform!europe, den wichtigsten Akteuren für die Entwicklung gemeinsamer politischer Strategien.

Berlin/Brüssel, im Oktober 2010

Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa

Einleitung

Linke Parteien stellen sich wie andere Parteien auch die Aufgabe, unterschiedliche Interessen zu repräsentieren, sie als politisches Konzept oder Gesamtprogramm zu bündeln, um politische Macht zur Durchsetzung dieser Interessen und Konzepte zu kämpfen. Dabei ziehen sie auch die Möglichkeiten einer Regierungsbeteiligung in Betracht, so umstritten diese Option in linken Parteien auch ist. Sie müssen in der Lage sein, eine innere Struktur und Kultur zu entwickeln, die es ihnen erlaubt, diese Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört, politische Führungskräfte auszubilden.

Auch linke Parteien sind Räume, in denen um politische Macht gekämpft wird. Es geht dabei um strategische und programmatische Deutungshoheit, um die Durchsetzung von Politik- und Machtkonzepten. Es geht aber auch um Beschäftigungsverhältnisse und Anerkennung innerhalb wie außerhalb der Parteien. Die Verhältnisse zwischen den linken Parteien eines Parteiensystems und die Machtkonstellationen innerhalb der Parteien sind Ausdruck eines permanenten Kampfes.

Innerhalb eines Parteiensystems unterscheiden sich linke Parteien erstens mit Bezug auf die Konfliktlinie zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit und zweitens mit Bezug auf die soziokulturelle Konfliktlinie zwischen autoritären und libertären Politikkonzepten.¹ Ergänzend hierzu sei die Haltung linker Parteien gegenüber der Europäischen Union genannt. Diese bewegt sich zwischen einer Zustimmung zur EU als Raum des politischen Handels bei gleichzeitig kritischer Haltung zu ihren dominierenden Politikansätzen und einer Ablehnung der EU als imperialer Machtblock, verbunden mit der generellen Ablehnung ihrer vorherrschenden Politiken.

Zur Unterscheidung und Verortung von Parteien verschiedener Parteiensysteme² auf europäischer Ebene dient der Begriff der »Parteienfamilie«³. Zu den

1 Das Cleavage- oder Konfliktlinienkonzept wurde entwickelt in: Seymour M Lipset/Stein Rokkan: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Seymour M. Lipset (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1-63. Zur Bedeutung der beiden genannten Konfliktlinien für das deutsche Parteiensystem vgl. Oskar Niedermayer: Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006, S. 101-110.

2 Aus den zahlreichen Darstellungen von Parteiensystemen in Europa seien hier nur beispielhaft genannt: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas: Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2009; Wolfgang Is-

linken Parteien gehören die Parteienfamilien der sozialdemokratischen Parteien, der Grünen und Parteien, die sich als linke Parteien verstehen, jenseits von Sozialdemokratie und Grünen, nachfolgend auch Linksparteien genannt. Die von der Parteienforschung vorgenommene Verortung der Parteien – maßgeblich entlang den obengenannten gesellschaftlichen Konfliktlinien – bzw. die Selbstverortung der Parteien erfolgt unabhängig von der Positionierung der einzelnen Parteien zueinander, die sich nicht selten wechselseitig als nicht zu einer linken Parteienfamilie gehörig betrachten.

Linke Parteien beschreiben sich alle in unterschiedlichem Maße sozialstaatsorientiert, wobei die Linksparteien stärker als alle anderen die sogenannte freie Marktwirtschaft ablehnen.

Die sozialdemokratischen Parteien sind auch nach dem Scheitern des Dritten Weges, der unter den Bedingungen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts auf einen Ausgleich von sozialer Chancengleichheit und freier Marktorientierung zielte, noch immer auf der Suche nach Politikansätzen, die diesen Ausgleich ermöglichen. Sie bewegen sich gegenwärtig zwischen beiden Polen, ohne über ein klares Konzept zu verfügen. Auch die Grünen bewegen sich als ökologisch-liberale Bürgerrechtspartei zwischen Gerechtigkeit und Marktorientierung. Die Linksparteien entziehen sich zwar in ihrer Programmatik weitgehend diesem Widerspruch und versuchen die Verteidigung des Sozialstaates mit systemverändernden oder systemüberwindenden Perspektiven zu verbinden. In ihrer praktischen Politik auf Landes- oder gesamtstaatlicher Ebene können jedoch auch sie nicht diesem Widerspruch ausweichen.

Die Parteien des linken politischen Lagers unterscheiden sich auch entlang der soziokulturellen Konfliktlinie. Auf die insgesamt höchsten libertären Werte stützen sich die grünen Parteien, wesentlich niedriger liegen sie bei den traditionellen kommunistischen Parteien.⁴ Sie unterscheiden sich durch die Zustimmung, Kritik oder auch Ablehnung des gesellschaftlichen Systems und ihre Sicht auf notwendige gesellschaftliche Transformationen. Ihre reale Politikgestaltung wird beeinflusst von ihrer Rolle als parlamentarischer Regierungs- oder Oppositionspartei. Hinzu kommen Differenzen bei der Bestimmung ihrer primären Mittel und Wege zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele sowie der Wahl ihrer strategischen Kooperationspartner.

mayr: Die politischen Systeme Westeuropas, Wiesbaden 2008; ders.: Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2004; Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien 2010; Ellen Bos/Dieter Segert (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen 2008.

3 Vgl. Tim Spier (2009): Linksparteien in Westeuropa. Eine kohärente Parteienfamilie?, Vortrag auf der Tagung »Parteienfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?« des AK Parteienforschung der DVPW (Prof. Jun., Prof. Niedermayer), im Rahmen des DVPW-Kongresses in Kiel 2009, S. 13.

4 Vgl. ebenda.

Linke Parteifamilien

Parteifamilien	Sozialdemokratische Parteienfamilie	Familie der Linksparteien		Grüne Parteienfamilie
Grundströmung:	Sozialdemokratische Grundströmung	Grundströmung demokratische Sozialisten	Kommunistische Grundströmung	Grüne Grundströmung
Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft	21. Jahrhundert = tiefste geschichtliche Umbrüche seit der industriellen Revolution; Entwicklung offen: Gesellschaft der sozialen Demokratie oder der entfesselten Gewalt.	Globaler Finanzmarktkapitalismus unter neoliberaler Hegemonie mit neu aufbrechender Klassenspaltung und neuen Möglichkeiten der Emanzipation.	Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; historisch neue Verflechtung von internationalen Konzernen mit der staatlichen Administration.	Widerspruch zwischen einer die natürlichen Lebensgrundlagen zerstörenden Produktion und Potentialen eines ökologischen und humanen Umbaus.
Sicht auf zentrale Konfliktlinien	Widerspruch zwischen unregulierter Globalisierung und sozialer Demokratie.	Gleichwertigkeit verschiedener gesellschaftlicher Konflikte: Kapital und Arbeit, Mann und Frau, Natur und Gesellschaft.	Dominanz des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit.	Zentralität der ökologischen Konfliktlinie.
Ziel gesellschaftlicher Entwicklung	Soziale Demokratie als Verbindung von Sozialstaat mit sozial-ökologisch regulierter Marktwirtschaft.	Demokratische Gesellschaft, in der der Mensch selbstbestimmt, in sozialer Sicherheit solidarisch leben kann.	Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Freien und Gleichen.	Nachhaltige und friedliche Gesellschaft, soziale Harmonie.
Wege der Veränderung	Evolutionäre Entwicklung, über Reformen umzusetzen.	Transformatorischer Prozess mit gesellschaftlichen Brüchen.	Revolutionärer Prozess der Überwindung des Kapitalismus.	Evolutionäre, ökologisch-wirtschaftliche Entwicklung; Green New Deal.
Politische Option/strategische Partner	Mitte-Links-Bündnisse mit Bezug auf Gewerkschaften und Sozialverbände etc.	Rot-rot-grüne Koalitionen und Linksbündnisse mit Gewerkschaften und Vielfalt sozialer Bewegungen.	Orientierung auf Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und die Vielfalt antikapitalistischer Bewegungen.	Mitte-Links-Bündnisse und Zusammenwirken mit einer starken partizipativen Zivilgesellschaft.

Diversität und Zersplitterung der Linksparteien

Die Parteienlandschaft links von der Sozialdemokratie ist geprägt von traditionsreichen Parteien mit einer zum Teil 100-jährigen Geschichte, die wesentlich auch die der Sozialdemokratie ist, und von jungen Parteien, die das Ergebnis von Auflösungen, Abspaltungen, Neugründungen oder von Fusionsprozessen sind. Man kann also von einer sehr dynamischen, sich ständig verändernden Parteienlandschaft der Linksparteien in Europa sprechen. Zu dieser gehören gegenwärtig kommunistische, reformkommunistische, sozialistische, linkssozialdemokratische, grün-linke, trotzkistische⁵ und andere Parteien. In einzelnen Ländern dominiert eine Linkspartei, in anderen wirken zwei oder mehrere Linksparteien mit sehr unterschiedlicher Ausrichtung und einer entsprechenden politischen und parlamentarischen Relevanz.

Vergleichende europäische Parteienstudien beziehen sich auf gesellschaftlich relevante Parteien, d. h. Parteien, die zumindest auf regionaler Ebene zu Wahlen antreten und Mandate erringen können. Ein europaweiter Vergleich von Linksparteien kann sich daher nur auf Analysen solcher Linksparteien stützen, die auch parlamentarisch vertreten sind. Die zahlreichen Kleinst- und Splitterparteien der radikalen Linken werden zwar in den hier vorliegenden Länderberichten genannt; sie sind jedoch angesichts fehlender empirischer Analysen nicht Gegenstand dieser Untersuchungen. Die nationale Bedeutung von Linksparteien korreliert weitgehend mit ihren Ergebnissen bei den Europawahlen. Bisher waren die Linksparteien aus Österreich, Belgien, Luxemburg, Estland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien noch nicht im Europaparlament vertreten.⁶

Die AKEL in Zypern, die Linksallianz in Island, die Sozialistische Linkspartei in Norwegen (SV) sind gegenwärtig in der Regierung. Zu aktuell starken Linksparteien in Europa zählen u. a. die KSČM in Tschechien, die Partei DIE LINKE in Deutschland, der *Bloco de Esquerda* und die Portugiesische KP sowie Sinn Féin in Irland. In Spanien und Portugal agieren linke Parteien als Organisationen, die aus mehreren Gruppierungen zusammengesetzt sind wie im *Bloco de Esquerda* Portugals oder in der Vereinigten Linken (IU) in Spanien, und zugleich als eigenständige Parteien. Sie treten in Wahlkämpfen zum Teil konkurrierend an. Auch die politische Linke in Italien ist stark fragmentiert. Zum linken Regenbogenbündnis, das 2008 zu den Parlamentswahlen antrat, gehörten neben der *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) die Linksdemokraten (*Sinistra Democratica* – SD), die

5 Die Menge der trotzkistischen Parteien mit Ausnahme der NPA und der Lutte Ouvrière (LO) in Frankreich sind ebenso wie die Splitterparteien der IV. Internationale gesellschaftlich wie politisch nahezu bedeutungslos und spielen in der europäischen vergleichenden Parteienforschung trotz ihrer klangvollen Namen kaum eine Rolle. Sie werden nur zur Darstellung der linken Parteienlandschaft herangezogen und sind sonst nicht Gegenstand vorliegender Analysen.

6 Vgl. Mittag/Steuer: Politische Parteien in der EU, S. 179.

Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI) und die Grünen. Die letzten Spaltungen der italienischen Linken erfolgten 2009 als Abspaltung von der PRC. Auch in Griechenland vollziehen sich gegenwärtig erneut Spaltungsprozesse. Es gibt neben der Kommunistischen Partei (KKE) und *Synaspismos* eine Vielfalt an Gruppierungen, die dem linken Spektrum zuzurechnen sind und deren ideologische Ausrichtung von gemäßigten Sozialisten über Maoisten bis hin zu Verschwörungstheoretikern reicht (vgl. Marioulas).

Sehr dynamisch vollzieht sich gegenwärtig die Herausbildung neuer Parteien bzw. Parteienprojekte und Allianzen in Frankreich mit der *Ecologie Europe* einerseits und der *Front de Gauche* andererseits. Das Spektrum der Linksparteien selbst umfasst derzeit mindestens drei Parteien, zu deren wichtigsten die Französische KP (PCF), die Partei der Linken (PG) und die Neue Antikapitalistische Linke (NPA) zählen.

Stark zersplittert und völlig marginalisiert ist das linksradikale Spektrum in Estland und auch in Belgien. Die Linksparteien in Österreich und Luxemburg haben gegenwärtig nur eine geringe Ausstrahlung.

Bemerkenswert ist die Situation der Linksparteien in den skandinavischen Ländern. Sie sind mit Ausnahme von Dänemark zum einen deutlich weniger zersplittert und zum anderen stark sozial-ökologisch geprägt. Letzteres gilt vor allem für die Linkspartei in Schweden, für den Linksbund in Finnland, für die Linksgüne Bewegung in Island, für die Sozialistische Linkspartei in Norwegen und ebenso für die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark.

In Dänemark gibt es gleich mehrere kommunistische und trotzkistische Parteien, darunter allein drei kommunistische Parteien, alle allerdings ohne wirkliche politische Relevanz. In Belgien existiert *de facto* ein doppeltes, regional aufgespaltenes Parteiensystem: die Kommunistische Partei Belgiens, die trotzkistische Revolutionär-Kommunistische Liga, die Arbeiterpartei Belgiens – allesamt Kleinstparteien ohne gesellschaftliche und parlamentarische Verankerung. Der Versuch, 2006 langfristig ein Bündnis der belgischen Antikapitalisten zu entwickeln, scheiterte 2009 mit der Ankündigung der revolutionären Arbeiterpartei, zu den Regional- und Europawahlen allein anzutreten. Auch die Trotzkisten traten mit eigenen Listen an, trotz des Wissens um die Chancenlosigkeit einer zersplitterten Linken.

Ein besonderer Fall ist die Situation in der Türkei. Aufgrund der auch heute noch extrem autoritären Politik des Staates und aufgrund des Kurdistan-Konfliktes werden Parteien immer wieder verboten. Die linken Parteien sind in der Türkei unter anderem auch aus diesem Grund sehr stark fragmentiert.

Gesondert zu analysieren ist die Entwicklung der linken Parteien der ehemals sozialistischen Länder vor dem Hintergrund gravierender Transformationsprozesse nach 1989.

Ursachen und Implikationen der Fragmentierung

Alle diese Entwicklungen zeichnen für Europas Linksparteien ein sehr widersprüchliches Bild. Völlig unterschiedlich ist die gesellschaftliche Verankerung und politische Wirkungskraft der genannten Parteien. Angesichts dieser auseinanderfallenden Entwicklungen linker Parteien und ihrer europäisch eher schwachen Ausstrahlung müssen die Ursachen hierfür nicht nur bei den externen Bedingungen – den internationalen und nationalen politischen Kräfteverhältnissen und der Politik der herrschenden bürgerlichen Parteien – gesucht werden. Die Entwicklungen der linken Parteien selbst müssen stärker zum Gegenstand von Analysen gemacht werden, einschließlich der Gründe der anhaltenden Friktionen und Konkurrenzen zwischen und in den Linksparteien.

Ein Teil der Widersprüche und Konflikte ergibt sich aus den gesellschaftsstrukturellen Veränderungen der Wähler- und Mitgliedschaft linker Parteien und ihrer Fähigkeit, darauf zu reagieren. Die Untersuchungen zeigen, dass sie in sehr unterschiedlichem Maße in der Lage sind, verschiedene soziale, politische oder kulturelle Milieus an sich zu binden (vgl. Striethorst).

Die Linksparteien können vor allem zwei Wählergruppen an sich binden: a) die klassischen Arbeitermilieus und neuere Gruppen mit Prekaritätserfahrungen, also jene, die ihre Erwartungen an linke Parteien mit konkreten materiellen Hoffnungen verbinden und deren Wahl Ausdruck einer Protesthaltung sein kann; und b) alternative Milieus der »68er-Kohorte« oder jüngere Altersgruppen mit post-materialistischen Einstellungen, die oft im öffentlichen Beschäftigungssektor tätig sind. Die Sicht auf die Wählerschaft und Mitgliedschaft der Parteien zeigt, dass die Mehrzahl linker Parteien oft nur eines der beiden Milieus erreicht. Die KP Griechenlands ist noch immer in starkem Maße Arbeiterpartei, während die Wählerschaft des Synaspismos eher aus dem Bereich der Studenten und Angestellten des öffentlichen Dienstes kommt. Die PCF in Frankreich kann zwar in ihren Hochburgen noch immer Arbeiter an sich binden, während Arbeitslose von ihr kaum erreicht werden. Anders die LINKE in Deutschland, die jeden vierten Arbeitslosen an sich bindet. Die PRC hat in Italien bei ihren letzten Wahlen bei allen Wählerschichten verloren, vor allem aber bei Arbeitern und Angestellten.

Viele Linksparteien haben den Anspruch, Arbeiterpartei zu sein oder Partei der abhängig Beschäftigten, der sozial Schwachen, sozial oder politisch Diskriminierten. Trotzdem sind in den meisten Linksparteien die Arbeiter unter den Mitgliedern in der Minderheit. In den skandinavischen Ländern treten überwiegend Angestellte und Angehörige der Mittelschichten den Linksparteien bei (vgl. Striethorst).

Abgesehen von der insgesamt abnehmenden klassischen Industriearbeiterschaft erreichen die Linksparteien die traditionellen Arbeitermilieus – ihre klassischen Wählergruppen – zunehmend weniger. Sie haben Probleme, ihrem Anspruch, Partei der Subalternen zu sein, unter ausdifferenzierten Arbeits- und

Lebensbedingungen gerecht zu werden und diesen zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen, politischen und organisationspolitischen Überlegungen zu machen. Die wachsende Prekarisierung von Arbeits- und Lebensweisen wird zwar gesellschaftskritisch reflektiert, aber kaum deren politische Bedeutung für die Entwicklung der Parteien beachtet. Ein Großteil der von sozialer und politischer Ausgrenzung Bedrohten oder Betroffenen wird auch von den Linksparteien nicht mehr erreicht. So gelang es z. B. den linken Kräften in Frankreich nicht, »glaubwürdig auf die auf der fortschreitenden gesellschaftlichen Prekarisierung beruhenden Ängste der Bevölkerung und ihren Drang nach Absicherung und Sicherheit zu reagieren« (vgl. Sahuc). Auch unter den Wählern der PRC ist der Anteil der prekär Beschäftigten oder der Arbeitslosen sehr gering (2008 lediglich drei Prozent). Die PRC wird als Partei der Arbeitnehmer mit »garantiertem Arbeitsplatz« wahrgenommen, obwohl Fausto Bertinotti (von 1994 bis 2004 Sekretär der PRC) immer wieder auf die Bedeutung der Prekarität als gesamtgesellschaftliche Tendenz verwiesen hat.⁷

Linke Parteien müssen heute nicht mehr nur die Interessen der Arbeitenden und Angestellten vertreten, die gewerkschaftlich abgesichert zu den »privilegierten« Subalternen zählen, sondern vor allem auch die Interessen all jener, die auf vielfältigste Weise prekär in Teilzeit- oder Minijobs beschäftigt, arbeitslos und nur selten gewerkschaftlich organisiert sind. Die Linksparteien müssen in stärkerem Maße diese unterschiedlichen sozialen Bedingungen und Interessendifferenzen berücksichtigen und lernen, die neuen sozialen und kulturell geprägten Spannungen zwischen linken Akteuren in noch immer gesicherten und völlig ungesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen solidarisch auszutragen. Diese Konflikte drücken sich in unterschiedlichen Sichten auf Gesellschaft und notwendige Veränderungen aus, führen zu neuen differenzierten Formen politischer Kultur und kollektiver Willensbildung. Die jüngeren und mittleren Generationen sind heute mehrheitlich nicht mehr durch die politische Kultur und Tradition der Arbeiterbewegung oder lebenslange Parteibindungen geprägt. Ihre Lebenserfahrungen und ebenso ihre Lebensentwürfe sind andere und sie sind gesellschaftlich anders eingebettet.

Es ist erforderlich, die Diversität linker politischer Kulturen und Traditionen genauer zu betrachten. Dazu gehört auch die Frage, wie mit unterschiedlichen strategischen Ansätzen, politischen Zielstellungen umgegangen wird und wie politisch-ideologische Differenzen und Kontroversen diskutiert werden. Linke vergleichende Parteienanalysen müssen sich stärker jenen konstituierenden Bedingungen zuwenden, die die Linksparteien selbst setzen. Zwar ist die Existenz von gesellschaftskritischen, auf soziale Gerechtigkeit und Demokratie ausgerichteten

7 In seiner Rede zur Eröffnung des VI. Parteitages 2005 beschreibt Bertinotti die Prekarität als Chiffre einer neuen sozialen Lage, die sich von der Arbeit auf alle menschlichen Aktivitäten und auf das Leben ausdehnt, als strukturelle Negation der Koalition zwischen den Arbeitenden und als Gesetz der neoliberalen Regierungen; http://193.96.188.183/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Bertinotti_RedeParteitag_d.pdf.

Positionen in den gesellschaftlichen Konfliktlinien angelegt, doch daraus resultiert noch lange nicht die politische Wirksamkeit und dauerhaft erfolgreiche Existenz von Parteien, die sich auf die Akzeptanz dieser Konflikte und deren Lösung berufen.

Damit stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen die Linksparteien erfolgreich sind. Was hindert linke Parteien daran, ihre unterschiedlichen Potentiale zusammenzuführen und attraktive alternative Projekte zu entwickeln, für die die Losung »Eine andere Welt ist möglich« ein gemeinsamer Ausgangspunkt sein könnte?

In der Parteienforschung werden die Linksparteien links von der Sozialdemokratie unterteilt in »radikale« und »extreme« linke Parteien, gemäß ihrem Verhältnis zu Demokratie und Kapitalismus.⁸ Unterhalb dieser Ebene werden linke Parteien weiter mit dem Verweis auf ihr Selbstverständnis in kommunistische, plural sozialistische oder linksgrüne Parteien unterteilt oder mit Bezug auf ihr historisches Erbe als kommunistische, sozialistische oder demokratisch sozialistische Parteien bezeichnet. Andere Unterscheidungen ergänzen die genannten Parteien um Begriffe wie »populistische Protestparteien« oder »Kleine-Leute-Parteien«, die gegebenenfalls starke nationale Werte oder regionale Autonomie und die Selbstbestimmung betonen wie Sein Féin in Irland.

Für die in dieser Publikation untersuchten Parteien schlagen die Herausgeberinnen innerhalb der Parteienfamilie der Linksparteien Untergruppen vor, die sich auf den Zusammenhang von Selbstverständnis, Kapitalismusauffassungen, alternativen Gesellschaftsmodellen und den Umgang mit ihrem historischen Erbe beziehen. Unterteilt werden soll in Kommunistische Parteien, Reformkommunistische Parteien, Linkssozialdemokratische Parteien, plurale Linksallianzen und grün-alternative (Parteien-)Bündnisse.

Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer programmatischen Ausrichtung, Strategie und ihres Organisationsverständnisses (des realen oder angestrebten Parteientyps), einschließlich der entsprechenden Organisationsentwicklung und der innerparteilichen Demokratie.⁹

Alle diese Faktoren veränderten sich unter den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und sind Ergebnis realer Kämpfe, Erfolge wie Niederlagen, letztlich der Fähigkeit der Parteien, diese zu verarbeiten. So verstehen sich alle Parteien, die sich nach 1989 gegründet haben, als plurale Parteienprojekte, und ihr programmatischer Anspruch reicht von einer sozial gerechteren Gesellschaft bis zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Ihre reale parlamentarische wie außerparlamentarische Einflussnahme auf politische Prozesse prägt natürlich auch ihre

8 Luke March unterteilt diese beiden Gruppen in weitere Untergruppen. Vgl. Luke March (2008): Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream? <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05817.pdf>.

9 Diskurse zu Fragen der Parteidentwicklung oder Parteireformen finden sich jedoch kaum in den Länderberichten dieses Bandes und werden bisher von vergleichenden Analysen kaum erfasst.

Sichten auf die Gesellschaft und die Möglichkeiten ihrer Veränderung, besonders dann, wenn sie erfolgreich sind. Die mit 31 Prozent gewählte und regierende Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL) muss – deshalb wurde sie gewählt – die Möglichkeiten einer Regierungspartei zur Gestaltung von Politik nutzen. Das gilt auch für DIE LINKE in den ostdeutschen Bundesländern mit stabilen Wahlergebnissen von über 20 Prozent.

Kriterien, die in diesem Beitrag zur Darstellung und Bewertung herangezogen werden, beziehen sich erstens auf die Selbstzuschreibung: kommunistisch, reformkommunistisch, sozialistisch, links-grün; zweitens auf die Reflexion der kommunistischen Geschichte – Haltung zum Stalinismus, zum sowjetischen Entwicklungsmodell; drittens auf die Fähigkeit zur Parteientwicklung und Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen (Reformierbarkeit von Parteiprojekten); viertens auf die Formulierung gesellschaftlicher Ziele und die zu ihrer Durchsetzung präferierten Wege und Mittel und fünftens auf die Kooperations- und Koalitionsfähigkeit von Parteien.

Zu den hier untersuchten Parteien gehören zum einen jene kommunistischen Parteien, die heute zu den ältesten Parteien in Europa zählen und Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts als eigenständige Parteien links von der Sozialdemokratie entstanden sind, weiterhin linke sozialistische Parteien oder Parteienallianzen, die sich infolge der gesellschaftlichen Umbrüche Ende der 60er Jahre in den 70er oder 80er Jahren bildeten, und Parteien, die erst seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus existieren wie die LINKE in Deutschland. Alle diese Parteien sind vor allem in Zeiten gesellschaftlicher wie politischer Um- und Aufbrüche und infolge gesellschaftlicher wie politischer Differenzierungsprozesse entstanden.

Wichtig für die Entwicklung von Linksparteien seit den 60er Jahren ist die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Akteure. Dazu gehören einerseits die Friedens-, Anti-Atomkraft- und globalisierungskritischen Bewegungen, wachsende Ökologie- und Klimaschutz-Bewegungen und andererseits neue zivilgesellschaftliche Akteure in Gestalt emanzipativer Bürgerorganisationen. In einer ganzen Reihe europäischer Länder gerieten die Gewerkschaften in die Defensive, und es kam zu einer Zerfaserung der ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen Kernbelegschaften einerseits und prekarierten Gruppen andererseits. Es entstanden neue Formen der Organisation von abhängig Beschäftigten. Deshalb gehört zur Analyse der Linksparteien auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen, ihre Fähigkeit, auch zu diesen Akteuren anschlussfähig zu sein.

Zunächst gilt für alle hier vorgestellten Parteien links von der Sozialdemokratie die politische Zielstellung, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass Gesellschaften entstehen, die sich durch mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Erhalt der natürlichen Umwelt des Menschen auszeichnen. Sie unterscheiden sich aber in Bezug auf ihre Kapitalismuskritik, die Sicht auf not-

wendige Systemveränderungen bzw. Systemtransformationen, die Rolle von neuen Eigentums- und Machtverhältnissen. Positionen, die auf Reformen der Gesellschaft oder auf revolutionäre Brüche setzen, die mit radikalen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse einhergehen müssen, stehen sich programmatisch und strategisch gegenüber. Die unterschiedlichen Auffassungen zu den system- oder formationsbezogenen gesellschaftlichen Übergängen ziehen divergierende Positionen zu strategischen Optionen nach sich. Dazu gehören die Orientierung auf wichtige strategische Partner, die Präferenz politischer und gesellschaftlicher Allianzen und Projekte und die Gewichtung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit – kulminierend in der Beantwortung der Frage nach den Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung.

Untergruppen der Familie der Linksparteien

	Kommunisten	Reform-Kommunisten	Linkssozialdemokratische Parteien	Linkssozialist. Parteien und -allianzen	Grün-alternative Parteien und -allianzen
Beispiele	Kommunistische Partei Griechenl., Kommunistische Partei Portugals, Kommunistische Partei der Slowakei	Kommunistische Partei Frankr., Kommunistische Partei Italiens (PdCI), Kommunistische Partei Österreichs	Sozialistische Volkspartei (Dänem.), Sozialistische Partei (Niederl.)	SYNASPISMOS, BLOCO, Vereinigte Linke (Spanien), DIE LINKE (Deutschland) (Island)	Rot-Grüne Einheitsliste (DK), Sozialistische Linkspartei (Norwegen), links-grüne Bewegung
Kapitalismuskritik	Antikapitalismus – zentraler Konflikt: Arbeit und Kapital.	Antikapitalistische Gesell.-Kritik; zentral Kapital und Arbeit, aber auch Feminismus und Ökologie.	Kapitalistische Gesell.-Kritik, zielt auf konkr. Veränderungen innerhalb des Kapitalismus und über diesen hinaus.	Innerhalb der Parteienbündnisse wird die gesamte Breite der Kapitalismuskritik vertreten.	Ökologische, ökonomische u. feministische Fragen sind gleichwertig.
Alternative/Weg	Kommunistische Gesellschaft nach langer Übergangsphase, revolutionärer Weg.	Kommunistische Gesellschaft über revolutionäre Prozesse der Transformation.	Solidarische Gesellschaft mit starken demokratischen Beteiligungsstrukturen.	Demokratischer Sozialismus als Systemalternat. zum Kapitalismus über einen emanzipatorischen Prozess.	Schaffung einer sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und feministisch geprägten Gesellschaft.

Soziale Verankerung (soziale Dimension)	Untere soziale Milieus – bei Industriearbeitern, unteren Angest., Arbeitslosen, bei Gewerkschaftern.	Arbeitermilieus und Milieus von Angestellten vor allem im sozialen Bereich, Rentner in gering. Maße, Erwerbslose.	Wählerpotential aus Unter-, aber auch Mittelsch. wie Kernbelegschaften und Angest. des öffentlichen Dienstes.	Milieus der Angestellten u. Akademiker, z.T. alternat. Linke, neu prekarierte Milieus und Erwerbslose.	Angestellte des öffentl. Dienstes u. Studierende – mehr Frauen als Männer.
Kooperations- und Koalitions-Optionen	Avantgarde-Anspruch mit bündnispolitischen Optionen gegenü. Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.	Relativierter Avantgarde-Anspruch mit breiten angestrebten Bündnissen.	Betonung polit. Bündnisse mit Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaften u. sozialen Bewegungen.	Breite politische u. gesellschaftl. Bündnisse mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.	Rot-rot-grüne Politik und gesellschaftliche Bündnisse.
Projekte	Sozialismus des 21. Jh.	Transformation der kapitalist. Gesellschaft.	Solidarische Gesellschaft: sozial demokratisch und ökologisch.	Sozial-ökolog. Transformation (Gewicht bleibt bei der sozialen Frage).	Ökologisch-soziale Transformation (sozial, ökologisch und feministisch).
Kampf-formen	Traditionelle Kampfformen wie Streiks, Demonstrationen.	Traditionelle Kampfformen und Erschließen neuer Kampf-formen.	Traditionelle und direkte demokratische neue Kampf-formen.	Diversität von Kampf-formen.	Diversität von Kampf-formen.

Alle diese Differenzen führen zu unterschiedlichen Parteienprojekten und einer Vielfalt linker Parteienlandschaften, die sich zu einem Teil als fragmentierte oder zersplitterte politische Linke darstellt. Betrachtet man diese näher, so wird deutlich, dass nicht die Fragmentierung linker Parteien an sich problematisch ist. Diese kann politisch oder kulturell gewachsen und wie in Portugal erfolgreich sein und unter Umständen in politisch zugespitzten Phasen gesellschaftlicher Umbrüche und der Herausbildung neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien zunehmen. Sie kann sinnvoll sein, um auf die hierbei auch zwischen den linken Akteuren aufbrechenden sozialen, politischen und – von den Linken oft unterschätzten – politisch-kulturellen Widersprüche reagieren zu können. Sie kann verbunden sein mit notwendigen programmatischen Klärungsprozessen und der Verarbeitung historischer Erfahrungen, die auch zur Abgrenzung zwischen den Linksparteien eines Landes führen können.

Festzuhalten ist: Die unterschiedlichen kulturellen Aufbrüche konnten von den traditionell kommunistischen Parteien nicht aufgenommen werden, ohne sich zugleich in ihrem Selbstverständnis infrage zu stellen. Dennoch müssen deshalb

klassische kommunistische Parteien ihre gesellschaftliche Bedeutung nicht unbedingt verlieren – siehe die KKE in Griechenland oder die AKEL in Griechenland.

Die Fragmentierung kann demnach – soweit sie linke Kooperationen nicht behindert – auch erfolgreiche Wege linker Parteien beschreiben. Sie findet jedoch ihre Grenzen, wenn Linksparteien im politischen Wettbewerb um die gleichen Wählergruppen und nicht mehr um die Gewinnung neuer gesellschaftlich relevanter Gruppen kämpfen, wenn das Ziel der Stärkung der gesamten Linken, die letztlich zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse führen sollen, gegenüber der »Machtlösung« innerhalb realer Konflikte untereinander in den Hintergrund rückt. So konkurrieren in Griechenland, Frankreich, Spanien und Dänemark die Linksparteien gegeneinander, ohne dass sie bisher in der Lage gewesen wären, die Wählerbasis der politischen Linken insgesamt zu erweitern und das Gesamtergebnis maßgeblich auszubauen.

Aber selbst dort, wo infolge von Wahlsystemen und Sperrklauseln politische Allianzen gebildet werden, sind diese nicht automatisch erfolgreich, wenn diesen das gemeinsame einigende Projekt fehlt, bisherige Politikansätze misslingen und Grundfragen der Linken nicht geklärt werden – siehe Italien.

Ein Blick in die Geschichte

Die Auseinandersetzungen um die gesellschaftlichen Alternativen sind nicht neu und begleiten die Linksparteien seit ihre Gründung. Die Fragen nach den Wegen und Methodologien gesellschaftlicher Transformation – hin zu einer von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«¹⁰ – waren ausschlaggebend für die Herausbildung sozialdemokratischer Arbeiterparteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Von Anfang an prägten zwei Grundströmungen diese Parteien: jene, die sich auf einen revolutionären Weg zum Kommunismus bezogen und jene, die eher für einen Weg über Reformen standen. Dennoch kam es erst infolge des Ersten Weltkrieges und der Haltung bzw. Zustimmung der Sozialdemokratie Europas zu diesem Krieg zur Spaltung in sozialdemokratische und kommunistische Parteien. Die Machtübernahme durch die Bolschewiki im Oktober 1917 wurde zum Symbol eines radikalen Bruchs mit aller bisherigen Politik und stand für den Versuch, den Sozialismus aufzubauen. Sie schien Ausgangspunkt für eine Diktatur des Proletariats zu sein, verkam aber schnell zur einer Diktatur der kommunistischen Partei. Mit ihrer neuen Stellung in der linken Bewegung begründete die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) fortan ihren Führungsanspruch innerhalb der kommunistischen Weltbewegung. Nach russischem Vorbild entwickelten sich in Europa kommunistische

10 Karl Marx [1848]: Manifest der kommunistischen Partei, Berlin 1969, S. 51.

Parteien neuen Typs, die behaupteten, die bewusste Vorhut der Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Mission zu sein. Dazu gehörten das Organisations- und Führungsprinzip des (demokratischen) Zentralismus, der Marxismus-Leninismus als das einzige theoretische und politische Fundament. Die erfolgreiche Machtübernahme der Bolschewiki stand im Rahmen dieser Tradition für die Richtigkeit der Leninschen Analysen der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus und für die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie. Die ausschließliche Orientierung am sowjetischen Sozialismus-Modell und die Anerkennung der führenden Rolle der KPdSU wurden zu entscheidenden ideologischen Kriterien der kommunistischen Parteien. Die Kritik an der bolschewistischen Herrschaft oder aber abweichende Revolutions- oder Sozialismusmodelle – so die Entwicklungen in Jugoslawien, insbesondere das Experiment der »Arbeiterselbstverwaltung« und die Diskurse der »Praxisgruppe«¹¹ um einen »humanen Marxismus« – wurden unerbittlich bekämpft. Die Ablehnung alternativer Entwicklungswege oder Sozialismusvorstellungen war verbunden mit einem »unversöhnlichen ideologischen Kampf gegen jegliche Abweichung vom Sowjetischen Modell« als Mittel des Machterhalts des Stalinschen Systems. Die Verfolgung von »Abweichlern« begründete ideologisch die Verbrechen des Stalinismus. Dieses fortgesetzte Erbe stalinistischer Parteiprägung und eines entsprechenden geopolitischen Regierungshandelns führte letztlich auch zur Niederschlagung der Aufstände in Ungarn 1956 und des Prager Frühlings 1968, einschließlich aller sie unterstützender Bewegungen auch außerhalb der Tschechoslowakischen Republik.

Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Prag, die Niederschlagung der reformkommunistischen Bewegung der Partei und die dahinter stehenden Kontroversen spalteten die kommunistischen Parteien in jene Parteien, die den Kurs der KPdSU ungebrochen bis zum Zusammenbruch des Staatssozialismus unterstützten, und jene, die die Verbrechen des Stalinismus verurteilten, die sich kritisch mit der Entwicklung des realen Sozialismus und seinen Parteiendiktaturen auseinandersetzten und das sowjetische Modell als einzig gültiges Modell ebenso ablehnten wie die führende Rolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung. Nicht nur in Finnland führten die Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik und die Missbilligung der sowjetischen Invasion in Prag 1968 durch die Mehrheit der Partei zu einem langjährigen Zersplitterungsprozess der Linken.¹²

Zu den Parteien, die die Niederschlagung des Prager Frühlings verurteilten, gehörten vor allem die sogenannten eurokommunistischen Parteien in Frankreich,

11 Die Praxis-Gruppe war eine Gruppe jugoslawischer Philosophen und Sozialwissenschaftler, die einen humanistischen, undogmatischen Marxismus vertraten. Von ihnen wurde 1964 die Zeitschrift Praxis gegründet, die 1975 verboten wurde. In der Redaktion arbeiteten Wissenschaftler aus Jugoslawien sowie aus dem Ausland u. a. Norman Birnbaum, Ernst Bloch, Erich Fromm, Jürgen Habermas, Leszek Kołakowski, Henri Lefebvre, Georg Lukács und Herbert Marcuse.

12 Vgl. Pertti Hynynen/Anna Striethorst: Linke Parteien und Politik in Finnland, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009.

Italien, Spanien und Schweden. Diese forderten die Autonomie und Gleichberechtigung der kommunistischen Parteien. Sie standen für einen demokratischen Weg zum Sozialismus, für eine breite Bündnispolitik und eine »Öffnung des Marxismus«. Sie lehnten die kritiklose Unterstützung der sozialistischen Staaten ab und plädierten für einen pluralistisch-demokratischen Sozialismus mit Rechtsstaatlichkeit und einem Mehrparteiensystem. Dies war verbunden mit Bestrebungen zur »Abkehr von der leninistischen Parteistruktur«. Es gab Reformversuche, die neben der Aufgabe der führenden Rolle Instrumente der innerparteilichen Demokratie wie Rotationssysteme, offene Parteidiskurse, offene Listen auch für Nichtmitglieder und Beschwerdeausschüsse entwickeln wollten. Die reale Entwicklung der genannten Parteien blieb jedoch weitgehend hinter diesen Ansprüchen zurück bzw. wurde Anfang der 90er Jahre zurückgenommen.

Auf der anderen Seite befanden sich die prosowjetischen, kommunistischen Parteien wie die KP Luxemburg, die DKP und die Kommunistische Partei Griechenlands, deren Geschichte man jedoch nicht losgelöst von der Militärdiktatur in Griechenland (1967 bis 1974) betrachten kann. Sascha Wagener schreibt mit Bezug auf die KP Luxemburg, dass der Glaube an die Sowjetunion und an die Möglichkeit einer Alternative zum westlichen Kapitalismus für die KP Luxemburg identitäre Merkmale seien und für gewerkschaftlich orientierte KP-Mitglieder wichtige Unterscheidungskriterien zur Sozialdemokratie. Die Intellektuellen dieser Partei seien – so Wagener¹³ – von der Notwendigkeit des Realsozialismus für das internationale Gleichgewicht überzeugt gewesen. Die Nähe zu Moskau habe ihnen außerdem auch zur Abgrenzung von der aufkommenden grünen Bewegung gedient. Viele jener kommunistischen Parteien, die am sowjetischen Modell festhielten, gerieten nach 1968 mehr und mehr in die politische Isolation – so auch die einstmals starken kommunistischen Parteien in Belgien und Luxemburg.

Die prosowjetischen wie auch die reformkommunistischen Strömungen sahen sich als Teil der kommunistischen Weltbewegung und waren angesichts der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Blockkonfrontation bemüht, ein Auseinanderbrechen der kommunistischen Weltbewegung zu vermeiden.

Es waren aber nicht nur die politischen Krisen der sozialistischen Staatengemeinschaft, mit denen die westeuropäischen Linken konfrontiert wurden. Die bisherige Entwicklung kommunistischer Parteien nach sowjetischem Vorbild geriet Ende der 60er Jahre zunehmend in Konflikt mit den realen sozialen, politischen und kulturellen gesellschaftlichen Veränderungen in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern. Letztlich mussten die kommunistischen Parteien Westeuropas, wenn sie in ihren Ländern erfolgreich sein wollten, die realen Bedingungen ihrer kapitalistischen Industriegesellschaften berücksichtigen und auf die sich neu herausbildenden gesellschaftlichen Konfliktlinien reagieren. Die Proteste von 1968 richteten sich nicht nur gegen den Einmarsch in Prag und gegen den Krieg

13 Vgl. Sascha Wagener: Die Linken in Luxemburg, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 27.

in Vietnam, sondern auch gegen die ungelösten Strukturprobleme an den Universitäten und Hochschulen, gegen die Missstände, die den gesamten Bildungsbereich Anfang der 60er Jahre vor allem in Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik¹⁴ prägten, gegen den Autoritarismus und Paternalismus der Familienstrukturen, des Bildungssystems, der Industrie- und Angestelltengesellschaft des Fordismus. Sie waren jedoch darüber hinaus auch durch neue soziale und kulturelle Umbrüche geprägt. Es kam zur Ausweitung der Mittelklasse, insbesondere auch durch Ausweitung des öffentlichen und privaten Dienstleistungssektors.

Weder die kommunistischen und sozialistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern und noch weniger die führenden kommunistischen Parteien in den staatssozialistischen Ländern erfassten die grundlegenden gesellschaftlichen Umbrüche in den 60er Jahren, die hinter den politischen Auseinandersetzungen, den Studentenprotesten, Demonstrationen und Streiks vor allem in Frankreich, Deutschland, USA, Italien, Japan, Mexiko und der Schweiz, aber eben auch in Polen und in der Tschechoslowakei standen. Sie waren Ausdruck grundlegender Veränderungen gesellschaftlicher Produktions- und Lebensweisen und führten zu Prozessen sozialer, politischer und kultureller Ausdifferenzierung. Diese Entwicklungen – gebunden auch an die Bildungsexplosion der 60er Jahre – beförderten veränderte Erwartungen an die eigene Lebensgestaltung, deutlich stärker partizipatorische Ansprüche an die Mit- und Selbstgestaltung politischer Prozesse und ebenso an die Mitwirkung bei Entscheidungsprozessen. Diese Veränderungen politischer Kulturen und individueller Lebensansprüche sowie deren Rückwirkungen auf linke Parteien wurden unterschätzt und organisationspolitisch nicht erfolgreich umgesetzt. Die soziostrukturellen wie soziokulturellen Veränderungen wurden von politischen Auseinandersetzungen überlagert, deren politischer und »kultureller« Ausdruck sich bis heute mit dem »Mai 1968« in Paris verbindet. Letztlich waren die Bilder von 1968 – Studenten auf den Barrikaden in Paris und Sowjetpanzer in Prag – Teil einer »Weltrevolution«. Die Linken standen in den 60er Jahren in »Ost und West vor den Herausforderungen einer Produktivkraftrevolution«¹⁵.

Das Jahr 1968 gehört heute zu einem teilweise nicht bewältigten Erbe der kommunistischen und sozialistischen Parteien, die nach 1968 sehr unterschiedlich auf diese Entwicklungen reagierten. Sie haben entweder an ihrem bisherigen klassischen Politik- und Parteienverständnis festgehalten oder aber ihr Selbst- und Politikverständnis verändert. Welche Konsequenzen auch immer gezogen wurden, zu grundlegenden Veränderungen der Organisationsstrukturen kam es nicht.

14 In der Bundesrepublik spielte außerdem die Nichtauseinandersetzung mit Hitlerdeutschland, die von der nächsten Generation eingefordert wurde, in diesen Auseinandersetzungen eine entscheidende Rolle.

15 Stefan Bollinger: Die DDR, der Prager Frühling und das Ende des sowjetischen Sozialismusmodells. Vortrag beim Seminar »Czechoslovakia in 1968 and European Left« der Partei der Europäischen Linken in Prag; http://die-linke.de/politik/international/dokumente_der_europaeischen_linkspartei/die_ddr_der_prager_fruehling_und_das_ende_des_sowjetischen_sozialismusmodells/.

Eine der Folgen des Auseinanderfallens gesellschaftlicher Entwicklungen, der Herausbildung neuer politischer Aktionsformen und neuer Partizipationsansprüche einerseits sowie des Ausbleibens grundlegender Aufbrüche und Reformen kommunistischer Parteien andererseits war die Neugründung von linken Parteien. Außerdem entstanden jenseits der Parteien neue politische Organisationsformen. Seit den 60er Jahren kam es zur Herausbildung neuer sozialer Bewegungen, aus denen sich später – vor allem in den westeuropäischen Ländern – die Parteien der Grünen entwickelten. Im Unterschied zu den kommunistischen, sozialistischen und auch sozialdemokratischen Parteien konnten sie zumindest einen Teil der neuen linkslibertären sozialen Milieus parteipolitisch einbinden, so dass das linke Parteienspektrum sich nunmehr in sozialdemokratische, kommunistische und grüne Parteien aufspaltete und entwickelte.

Vor diesem Hintergrund soll hier die Unterteilung in klassisch kommunistische Parteien und reformkommunistische Parteien, linkssozialistische und linksgrüne Parteien vorgenommen werden. Als klassische kommunistische Parteien werden jene Parteien beschrieben, die an der Avantgardefunktion der Partei, am revolutionären Weg der Überwindung des Kapitalismus, am Kommunismus als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung, am Marxismus-Leninismus als (wissenschaftlicher) Weltanschauung festhalten. Zu ihnen gehören die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL), die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP). Viele dieser Parteien standen hinter dem sowjetischen Sozialismus-Modell und unterstützten die Niederschlagung des Prager Frühlings. Die Verurteilung der Verbrechen des Stalinismus als System wird von diesen Parteien nicht mitgetragen. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) ist aus diesem Grund nur mit Beobachterstatus in der Europäischen Linken vertreten.

Zu den seit den 60er Jahren reformierten kommunistischen Parteien gehörten die KP Frankreichs und Italiens. Die Auflösung einer der stärksten, traditionsreichen und das politische wie theoretische Erbe der europäischen Linken prägenden Partei – der Kommunistischen Partei Italiens – war, so sehen es heute sehr viele, der größte Fehler in der Geschichte der italienischen Linken.

Als linke sozialistische Parteien lassen sich jene Parteien bezeichnen, die über einen transformatorischen Prozess die Überwindung des Kapitalismus und eine sozialistische Gesellschaft anstreben. Die führende Rolle der Partei wird abgelehnt, die Parteien verstehen sich als plurale Organisationen, als Teil eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Parteien, die eine demokratische, sozial gerechte Gesellschaft nicht mehr programmatisch mit dem Sozialismus verbinden bzw. die Frage einer Systemveränderung zugunsten von gegenwärtig konkret möglichen Schritten zurückstellen, werden in diesem Beitrag als »linkssozialdemokratische« Parteien bezeichnet.

Die vor allem skandinavischen, linksgrünen Parteien stehen für eine starke Bindung von ökologischen und sozialen Fragen an gesellschaftliche Alternativen.

Sie sind gegenüber der Europäischen Union in höherem Maße europaskeptisch oder ablehnend als andere Linksparteien.

Das Jahr 1989 – der Zusammenbruch des Staatssozialismus

Der Historiker Stefan Bollinger beschreibt, dass paradoxerweise das Hauptproblem des Jahres 1968 eigentlich eher in den Jahren 1973 und 1989 liege, »als die Hoffnungen auf einen demokratischen Weg zum Sozialismus im Westen ebenso platzten wie die auf eine demokratische Erneuerung des Sozialismus im Osten«. Mit dem faschistischen Militärputsch in Chile begann der Sturmlauf der Neoliberalen und der Triumph einer aggressiv antisozialen Variante des Kapitalismus.¹⁶ Der Zusammenbruch des Staatssozialismus führte zur bisher tiefsten Krise der gesamten Linken und in besonderer Weise der kommunistischen und sozialistischen Parteien. Das Scheitern des Staatssozialismus ist von den Linksparteien sehr unterschiedlich reflektiert worden. Für die PDS (Quellpartei der Linken) in Deutschland gehörte 1989 der Bruch mit dem Stalinismus als System zum Gründungskonsens der Partei. Ein solcher Gründungskonsens liegt auch der Partei der Europäischen Linken zugrunde, einschließlich der »rückhaltlosen Auseinandersetzung mit undemokratischen, stalinistischen Praktiken und Verbrechen, die im absoluten Widerspruch zu sozialistischen und kommunistischen Idealen stehen«¹⁷.

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus und mit der Intervention sowjetischer Truppen in Ungarn führte bereits 1956 zu einzelnen Veränderungsprozessen der Linksparteien. In Dänemark kam es 1959 zur Herausbildung der Sozialistischen Volkspartei (SF). In den 70er und 80er Jahren entstanden eine Reihe linker pluraler Parteien, die mit ihrer Neugründung eine thematische, soziale wie ideologische Öffnung verbanden.

Zu diesen Parteien gehörte auch die *SP in den Niederlanden*, die sich aus einer ursprünglich kleinen maoistischen Partei der 70er Jahre zu einer Partei entwickelte, in der sich ehemalige Mitglieder der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei, Trotzlisten und Vertreter von Groen-Links, sozialreformerische Christen, Kulturschaffende und darüber hinaus Aktivisten sozialer Bewegungen, der Friedens- und Antimilitarismusbewegung, der Anti-Atom-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung zusammengefounden hatten. Traditionell gibt es auch eine enge Beziehung zwischen den holländischen Linksparteien und Vertretern der Kirchen, insbesondere dem christlichen Sozialismus.

1975 schlossen sich in Norwegen die EG-kritischen Mitglieder der Arbeiterpartei, der Minderheitenfraktion der KP sowie Aktivisten aus der Umwelt- und Frauenbewegung zur *Sozialistischen Linkspartei* zusammen.

16 Bollinger: Die DDR, der Prager Frühling und das Ende des sowjetischen Sozialismusmodells.

17 Europäische Linkspartei (2004). Statut. http://die-linke.de/politik/international/gruendungsdokumente_der_el/statut_der_partei_der_europaeischen_linken_el/.

1986 wurde die *Vereinigte Linke (IU)* in Spanien zunächst als Wahlplattform unterschiedlicher Parteien und Bewegungen gebildet, um den Austritt Spaniens aus dem NATO-Militärbündnis möglich zu machen. Später ging daraus die Partei hervor, in der acht Parteien, darunter kommunistische, trotzkistische, humanistische und regionale Parteien zusammengeschlossen sind.

1990 wurde der *Linksbund in Finnland* als Weiterführung eines Netzwerks kommunistischer und »demokratischer« Organisationen gegründet. Die neue Partei sollte die zerstrittene Linke, die vom Zusammenbruch der sozialistischen Systeme zerrüttet war, vereinigen und reformieren. Sie verstand sich als linkes Bündnis »auf Seiten der Arbeiter, für Frieden und Abrüstung, für die Natur und für die unterdrückte Mehrheit der Menschheit«. Die Partei sollte zu einem Forum werden, in dem verschiedene Linke Konzepte austauschen und sich gegenseitig unterstützen (vgl. Kontula/Kuhanen).

Zu den nach 1989 gegründeten neuen pluralen Parteien gehört nach Auflösung der PCI in besonderer Weise die Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC). Die PRC konnte ein breites Spektrum an Strömungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken bündeln und verstand sich als offene und plurale Partei. Die Heterogenität unterschiedlicher, sich in der Vergangenheit heftig bekämpfender politischer Kulturen, parteipolitischer Sozialisierungen, Erfahrungen und Politikansätze bleibt für jede Parteienformation auch künftig eine Herausforderung. Und dies umso mehr, wenn wie in Italien die Linke durch eine starke autonome Linke geprägt wird. Schon aus diesem Grunde sind das spürbare Scheitern des breiten pluralen Parteienansatzes der PRC und die aktuellen Spaltungen in der europäischen Linken genauer zu analysieren. Das bisher traurige Fazit der noch bis ca. 2006 stolzen PRC (zweiter Eintritt in eine Mitte-Links-Regierung): das Verfehlen der Vier-Prozent-Hürde bei den Wahlen 2008 nach dem Rücktritt von Romano Prodi (vgl. Hagemann).

Zu den neuen pluralen Linksparteientypen, die nach 1989 als Ergebnis von Parteifusionen entstanden sind, zählt u. a. die *Rot-grüne Einheitsliste in Dänemark*. Sie wurde 1989 vor dem Hintergrund der »harten Erfahrungen« aus der Dänischen Kommunistischen Partei (DKP), der Linkssozialistischen Partei (VS) und der trotzkistischen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei, IV. Internationale) als ein Wahlbündnis gegründet, um die Begrenztheit der einzelnen Parteien und die Zwei-Prozent-Hürde zu überwinden und so den Einzug in den Folketing zu schaffen. Voraussetzung war die politische Reform der DKP (vgl. Johansen).

Auch der *Linksblock (BE) in Portugal*, 1999 als Parteienallianz gegründet, zählt kommunistische und trotzkistische Parteien zu seinen Quell- bzw. Mitgliedsparteien. Weitere plurale Parteienprojekte sind die linksgrüne *Bewegung Islands* (1999 gegründet), die *Linke* in Luxemburg (gegründet 1999).

Nach 1989 wird das historische, politische und ideologische Erbe von den reformkommunistischen, sozialistischen und linksgrünen Parteien und jenen Parteien, die sich neu gegründet haben, deutlich erweitert um humanistische und de-

mokratische Traditionen der sozialistischen Idee, um das Erbe der Frauen-, Friedens-, Anti-AKW- und Umweltbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung und heute auch der Bewegungen zum Schutz des Klimas und für globale soziale Rechte. Sie alle verbindet eine Abkehr von der kommunistischen »Partei neuen Typs«, d. h. die Ablehnung des Anspruchs auf die »führende Rolle« und des Marxismus-Leninismus als einziges theoretisches und ideologisches Fundament der Partei.¹⁸

Die Kommunistische Partei Österreichs war abgesehen vom Versuch des Austrokommunismus in den Jahren 1965 bis 1969, der auch die Ablehnung des Einmarsches der Truppen des Warschauer Vertrages in der Tschechoslowakei 1968 einschloss, jahrzehntelang an der KPdSU orientiert, bekannte sich auch nach 1989 zu ihrem kommunistischen Erbe und blieb bei ihrem Namen, wollte sich jedoch gestützt auf ein neues Marx-Verständnis erneuern. Die Versuche ihrer Erneuerung sind verbunden mit »einem zeitgemäßen Parteienverständnis«, »zu dem Feminismus, Internationalismus, Partizipation und Radikalität gleichermaßen zählen« .

Kommunistische und sozialistische Parteien in den ehemals sozialistischen Ländern (außer Russland, Ukraine und Belorussland)

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus entstanden neue Parteiensysteme in den mittel- und osteuropäischen Ländern Europas. Die bisherigen kommunistischen Staatsparteien übernahmen die Transformation des Parteiensystems oder aber sie wurden durch neu gegründete politische Formationen wie die »Front der nationalen Rettung« in Rumänien zur Auflösung gedrängt.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen, einschließlich der Transformation des gesamten politischen Systems sozialistischer Länder, führten vor allem in jenen Ländern, die sich als neue EU-Länder sahen, zu einer Annäherung an die westlichen Demokratie- bzw. Parteiensysteme. Die Nachfolgeparteien entstanden als Ergebnis von Spaltungs- und/oder Fusionsprozessen. In Bulgarien, Estland, Lettland, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben sich die kommunistischen Nachfolgeparteien oder neu gegründete Parteien stark sozialdemokratisch ausgerichtet.¹⁹ Dazu gehören die SLD in Polen, die Partei der demokratischen Linken (SDL) in der Slowakei, die Ungarische Sozialistische Partei in Ungarn (MSZP), die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die heute bedeutungslose slowakische Partei der Demokratischen Linken (SDL) und die sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien des früheren Jugoslawien. Die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) versteht sich zwar nicht als Nachfolgepartei der KP

18 Leo Furtlehner: Zur Situation der Linken in Österreich, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 102.

19 Vgl. Michael Daiderstädt/Britta Joerßen: Die Europapolitik linker Parteien in den postkommunistischen Beitrittsländern, Bonn 2003, S. 6.

Rumäniens, es findet sich jedoch ein Teil der alten politischen Elite in dieser Partei wieder. Sie agiert pragmatisch und opportunistisch hinsichtlich ihrer Koalitionen mit dem rechten oder linken parteipolitischen Lager.

Alle diese Parteien gehörten mehr oder weniger zu den politischen »Managern« der Transformationsprozesse: Sie waren zum Teil in der Regierung oder sind es noch.²⁰

Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), direkt aus der KP Bulgariens hervorgegangen, hatte sich mit dem weitgehend gleichen Führungspersonal nach 1989/90 umbenannt und vom Marxismus/Leninismus und Stalinismus losgesagt. Ein Großteil des sozialistischen Staatseigentums im In- und Ausland ging in die persönliche Verfügungsgewalt der führenden und mittleren Kader über. Die BSP ist von linkssozialistischen Positionen weit entfernt. Erst seit 2006 begann sich verstärkt ein linker Flügel zu entwickeln, der sich zunehmend kritisch mit der eigenen Partei auseinandersetzt: die BSP sei viel zu weit weg von linken Werten und zudem eine oligarchische Partei, bei der »Macht an Geld und Vetternwirtschaft« geknüpft sei. Notwendig sei daher die Neugründung einer »pragmatisch linken sozialdemokratischen Partei«. »Es gehe nicht um Revolution, sondern ganz schlicht um (west-) europäische Standards für das Land« (vgl. Müller).

Die sozialdemokratische Partei SLD in Polen, stärkste Partei im linken Spektrum, verstand sich nie als sozial ausgerichtete Partei. Dies begründete sie damit, dass dies die »Karte der Rechten« sei und sie deshalb andere Themen besetzen müsse. Anders die polnische UP (Union der Arbeit). Sie ging aus der Gewerkschaft Solidarność hervor und ist im Unterschied zur SLD stärker sozial ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund betont die UP deutlich stärker die Fragen des Gemeinwesens, der Entwicklung der Gesellschaft und den Schutz verschiedenster Minderheiten, während sich die SLD vor allem auf einen schnellen Beitritt zur EU, auf Bürgerrechte und einen säkularen Staat orientierte (vgl. Pilawski/Politt).

Zu den Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gehören u. a. die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die Union der Sozialdemokraten Mazedoniens, die demokratische Partei der Sozialisten Montenegros (DSP), die sozialdemokratische Partei Sloweniens, die Sozialdemokratische Partei Kroatiens. Die postkommunistischen Sozialdemokraten in Bosnien-Herzegowina zersplitterten in verschiedene Parteien mit nur lokalem Einfluss (vgl. Kanzleiter/Tomic).

Andere Parteien, die aus der früheren kommunistischen Staatspartei kamen, hielten wie die slowakische KSS oder die reformkommunistische tschechische KSČM an der früheren kommunistischen Orientierung fest. Mit Ausnahme der KSČM handelt es sich hierbei jedoch um sehr kleine Parteien bzw. um Kleinstparteien, d. h. um Parteien, die parlamentarisch, wenn überhaupt, nur auf der kommunalen Ebene vertreten sind und kein wirkliches politisches oder gesellschaftliches Gewicht haben. So ließen sich z. B. in Bulgarien, Rumänien oder Polen zwar

²⁰ Vgl. ebenda; (vgl. auch Kanzleiter/Tomic).

bemerkenswerte Namen kommunistischer Parteien aneinanderreihen, aber keine von diesen agiert mit realer gesellschaftlicher Wirkung.²¹

Ihr Selbstverständnis entspricht weitgehend dem der klassisch kommunistischen Parteien. So definiert sich die KP der Slowakei auf ihrem VI. Parteitag 2008 als eine marxistisch-leninistische Partei, die an das positive Erbe der Vergangenheit anknüpfe und gleichzeitig eine Partei der modernen kommunistischen Linken sei. Die Partei solle sich als eine »prinzipienfeste und zugleich realistische und moderne linke Partei entwickeln, die die bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten der slowakischen Verfassungsordnung und die internationalen Vereinbarungen über bürgerliche und politische Rechte anerkennt«²².

Zu den ältesten linken Parteien in Polen gehört die Sozialistische Partei Polens (PPS) mit 115-jähriger Tradition, zu den jüngsten neugegründeten Parteien die Partei *Racja* (Standpunkt), die sich in Polen für die Trennung von Staat und Kirche und für Minderheitenrechte wie z. B. gleichgeschlechtliche Partnerschaften einsetzt. Beide sind jedoch parlamentarisch und gesellschaftlich nur von geringer Bedeutung.

Auch die kommunistischen Parteien in Bulgarien wie die Bulgarische Kommunistische Partei und die Partei der bulgarischen Kommunisten haben keine gesellschaftspolitische Relevanz. Parlamentarisch sind sie auf der nationalen Ebene nicht vertreten. Offen ist, wie sich das neue parteipolitische Projekt Bulgarische Linke (BL), ein früherer Linksflügel der Bulgarischen Sozialdemokraten, heute Mitglied der Europäischen Linkspartei, entwickeln wird. In Rumänien agiert die radikale Linke ausschließlich im außerparlamentarischen Raum, sie steht im Unterschied zur moderaten Linken in der Tradition der nationalkommunistischen Vergangenheit und zugleich eines demokratischen Sozialismus.²³

Die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) scheiterte 2006 mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Zu den Nachfolgeparteien des Bundes der Kommunisten in Jugoslawien gehören u. a. die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), die Union der Sozialdemokraten Mazedoniens, die Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros (DSP), die Sozialdemokratische Partei Sloweniens und die Sozialdemokratische Partei Kroatiens. Die postkommunistischen Sozialdemokraten in Bosnien-Herzegowina sind in verschiedene Parteien mit nur lokalem Einfluss zersplittert (vgl. Kanzleiter/Tomic).

DIE LINKE in Deutschland als Fusion von PDS, die vorrangig in den ost-deutschen Bundesländern verankert war, und WASG – einer Wahlplattform, in der sich linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Vertreter trotzkistischer Par-

21 Vgl. die Beiträge von Holger Politt, Dorothée de Nève/Tina Olteanu, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa.

22 Heiko Kosel: Die Kommunistische Partei der Slowakei, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 110-116.

23 Vgl. Dorothée de Nève/Tina Olteanu: Die Linke in Rumänien, in: Ebenda, S. 155.

teien, antikapitalistische Linke und Aktivisten der globalisierungskritischen Linken vor allem aus den westdeutschen Bundesländern zusammenschlossen – stellte zunächst die »nachholende« Herausbildung einer gesamtdeutschen Partei dar, zu der die PDS aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage war. DIE LINKE versteht sich als plurale Kraft des demokratischen Sozialismus. Sie ist ein neuer Typ einer Linkspartei, die vor allem auch als Antwort auf die neoliberale Politik der Sozialdemokratie entstanden ist. In ihr sind Vertreter völlig unterschiedlicher linker Organisationen – Kommunisten, Reformkommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Trotskisten, Gewerkschafter, Globalisierungskritiker, deutlich weniger: Friedens- und Umweltaktivisten – vereint. Sie ist geprägt durch starke linkssozialistische und linke sozialdemokratische Strömungen.

Neue Bündnisse – neue Allianzen und neue Spaltungen

Ein Großteil der genannten pluralen Parteien formierte sich zunächst als Aktions- oder Wahlbündnis. So entstanden z. B. die Einheitsliste für den Linksblock (Portugal), die Vereinigte Linke (Spanien) u. a., aber auch die deutsche LINKE aus Bemühungen, die Wahlergebnisse deutlich zu verbessern. Vor dem Hintergrund stark aufgesplitteter Parteiensysteme, fragmentierter linker Parteienlandschaften und der sie prägenden Wahlsysteme werden Linksparteien zur Bildung von Wahlplattformen mit möglichst breiten Parteienkoalitionen gezwungen. In Belgien führte dies 2006 zum Aufruf: »Eine andere Politik« und zur Bildung einer neuen Koalition mit dem Namen »Eine andere Linke« (UAG), an der kritische Gewerkschafter, unabhängige Linke, die KP, die Revolutionär-Kommunistische Liga (LCR/SAP) und andere Parteien wie die trotskistische Kampfpartei (PSL) teilnahmen. Das Bündnis scheiterte jedoch 2009 zu den Europawahlen – die Arbeiterpartei und die LCR/SAP traten konkurrierend an.

In dem 2004 gegründeten linken griechischen Bündnis SYRIZA sind derzeit zwölf Parteien, soziale Bewegungen und Organisationen versammelt, von denen SYNASPISMOS, die Erneuerte Kommunistische und Ökologische Linke (AKOA mit Beobachterstatus in der Europäischen Linken), die Demokratische Soziale Bewegung (DIKKI, in den 90er Jahren eigenständig im griechischen Parlament vertreten) und die Aktiven Bürger am bedeutsamsten sind. Der gemeinsame Kern dieser ideologisch weit auseinanderstehenden Gruppierungen bleibt der Widerstand gegen die Regierungspolitik der beiden großen Parteien, denen eine neoliberale Ausrichtung attestiert wird. Mit der SYRIZA waren Aktionsmöglichkeiten und die Öffentlichkeitswirkung ungleich größer, und dies kam den kleineren Mitgliedsparteien zugute. Gerade von Seiten des SYN wurde der Wunsch nach einer geeinten Linken getragen (vgl. Marioulas).

2007 waren es in Frankreich die Trotskisten, die eine Einheit der politischen

Linken ablehnten – so wie die NPA 2009 zu den Europawahlen. Dennoch entwickelte sich in Frankreich über die Wahlplattform hinaus ein neues Bündnis, die Front de Gauche, in der die PCF und die Linkspartei (Parti de Gauche) 2009/10 kooperativ miteinander agieren (vgl. Sahuc). Mit dem Versuch einer erneuten parteiübergreifenden Linksfront anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 profitierten sowohl die PCF als auch die Parti de Gauche, um sich von ihrem, schon lange währendem Dilemma zu befreien, das da war: »Entweder mit der PS koalieren oder untergehen!« (vgl. Sahuc). Unter welchen Bedingungen sind diese verschiedenen Bündnisse erfolgreich?

Neues Scheitern – neue Spaltungen

Zu den für die Entwicklung der europäischen Linken wichtigsten Parteien zählen die PRC und Synaspismos, deren Parteientypen und Politikansätze in die europäische Linke ausstrahlten und deren Verhältnis zur Diversität neuer sozialer Bewegungen und ihrer Verankerung in neuen Institutionen wie den Europäischen Sozialforen für die Linken Europas bedeutsam wurde. Vor diesem Hintergrund sind die jüngeren Spaltungsprozesse innerhalb beider Parteien für die gesamte europäische Linke von Bedeutung, auch weil beide Parteien zu den Gründungsmitgliedern und Motoren der Partei der Europäischen Linken gehören.

Nach den erfolglosen Wahlen 2008 spaltete sich in Italien die Rifondazione Comunista in einen Flügel, der seine Partei- und Politikentwicklung unabhängig von der Sozialdemokratie gestalten und zugleich die Organisationsentwicklung wieder stärker am kommunistischen Erbe und Selbstverständnis als Partei einer neuen Arbeiterklasse orientieren will, und in einen Flügel, der an der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten festhält. Letzterer versteht sich parlamentarisch wie außerparlamentarisch als Teil sozialer Bewegungen. 2009 kam es zur politischen Abspaltung und Neugründung der *Partei Sozialismus und Freiheit – Bewegung für die Linke* (SEL – MpS Socialismo e Libertà – Movimento per la Sinistra), die sich zunächst als Wahlplattform von Parteien und Bewegungen verschiedener Traditionslinien der italienischen Linken formierte. Ihrem Selbstverständnis nach vereint die SEL erstmalig Organisationen aus dem kommunistischen und dem sozialistisch libertären Umfeld mit denen der Umweltbewegung, Teilen der »sozialen Linken« und linken Intellektuellen und Kulturschaffenden und stellt sich damit in Abgrenzung zur PRC bewusst in eine andere organisationspolitische Tradition. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil auch die PRC sich ihrem Selbstverständnis nach als ein neues Parteimodell verstand und es als ihre Aufgabe betrachtete, mit der Zusammenführung verschiedener alter und neuer Bewegungen wie der Gewerkschafts- und der Antiglobalisierungsbewegung zur Herausbildung einer »neuen Arbeiterbewegung« beizutragen und die Voraussetzungen für die langfristige Überwindung der kapitalistischen Gesell-

schaft und die Befreiung von der Lohnarbeit zu schaffen.²⁴ Gerade dieses moderne Selbstverständnis der PRC war in den Augen vieler Linker in Europa so attraktiv. Es scheiterte letztlich infolge der Regierungsbeteiligung und der damit sichtbar gewordenen strategischen Schwächen, einschließlich der Fehleinschätzung politischer und gesellschaftlicher Kooperationspartner einer Mitte-Links-Regierung. Zugleich überschätzte die PRC ihre Möglichkeiten in dieser Regierung und die Rolle sozialer Bewegungen als stabile, linke Regierungsarbeit kritisch unterstützende solidarische Kraft. Ungelöst blieb das Problem konkreter, das eigenständige Profil bestimmender Politik- und Organisationsentwicklung. Die Klärung grundsätzlicher programmatischer Fragen und deren Verknüpfung mit radikaler Realpolitik blieben aus. Weder konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen wurden möglich, noch waren alternative Projekte durchsetzbar. Die Voraussetzungen zur Schaffung gesellschaftlicher und politischer Mehrheiten konnten nicht weiter vorangebracht werden.

Ähnlich lässt sich die zentrale Auseinandersetzung der griechischen Linken innerhalb des Synaspismos beschreiben. Auch hier führten unterschiedliche strategische Ansätze, insbesondere das Verhältnis zur Sozialdemokratie, zum Bruch bzw. zur Abspaltung einer stärker parlamentarisch-sozialdemokratisch orientierten Gruppe und im Juni 2010 zur Gründung einer neuen Partei namens Demokratische Linke, in der sich ähnlich wie in der SEL in Italien ein Großteil der Mandatsträger als Partei neu organisierten. Bisher kann jedoch keine der zahlreichen Strömungen (nicht nur in Griechenland und Italien) das Problem der Gewinnung gesellschaftlicher und politischer Mehrheiten für einen gesellschaftlichen Systemwechsel konzeptionell und radikal realpolitisch untersetzen.

Es fehlt – aber nicht nur den Linken in Italien und Griechenland – nach dem Scheitern des realen Sozialismus die Vision einer radikalen und zugleich durchsetzbaren sozial-ökologischen Transformation: Der Sozialismus – oder die gerechte solidarische Gesellschaft – ist noch immer gesellschaftliches Ziel der Linksparteien, offen ist jedoch, welche Wege und Methoden dafür geeignet sind.

Sozialismus- und Parteienverständnis

Zur Identitätsfrage der Linken gehört ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft, die sozialer, demokratischer und friedlicher ist. Diese Gesellschaft wird als solidarische oder als sozialistische Gesellschaft bezeichnet, die über revolutionäre Prozesse, Transformationsprozesse oder Reformen entwickelt werden kann.

Der Linksbund in Finnland verzichtet auf den Sozialismus-Begriff und beschreibt die anzustrebende Gesellschaft als eine, die demokratisch, friedlich, politisch und kulturell offen ist.

24 Vgl. Mimmo Porcaro: Die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC), in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch, Reihe Texte, Berlin 2005, S. 291 ff.

Eine relativ allgemein gehaltene gesellschaftliche Zielbestimmung vertritt auch die SP in den Niederlanden, die wie viele andere Parteien nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus um eine neue Perspektive rang. Diese wird sowohl in Abgrenzung zum bisher praktizierten sozialistischem Modell als auch als eigenständige Profilierung gegenüber den sozialdemokratischen Parteien gesucht. Ziel gesellschaftlicher Entwicklung sei die Veränderung des Kapitalismus zugunsten einer Politik der »Re-Regulation des nationalen Kapitalismus mit kommunistischen Elementen, christlich-sozialer Ethik, einer Nutzung neuer Medien und dies verknüpft mit einem spezifisch mitgliedsnahen Organizingkonzept«²⁵.

Jene Parteien, die sich auf den Sozialismus beziehen, gebrauchen diesen Begriff unterschiedlich und verbinden ihm mit verschiedenen Konzepten und Strategien. Für die einen Sozialismus eine Gesellschaft, die über soziale und demokratische Verbesserungen der konkreten Arbeits- und Lebensweise des Kapitalismus erreicht werden kann, für andere beginnt er auf einem transformatorischen Weg, der im Kapitalismus beginnt, aber über ihn hinausweist. und wieder für andere ist er das Ergebnis eines revolutionären Umbruchs, für den heute die Vorbereitungen zu treffen sind. Die Sozialistische Volkspartei in Dänemark zielt in Abgrenzung zum realen oder wissenschaftlichen Sozialismus auf den »Volkssozialismus« und meint damit eine gerechtere Gesellschaft. Bei der Vielzahl der hier untersuchten Parteien z. B. der Einheitsliste (Dänemark), der LINKEN in Deutschland, in Luxemburg oder in der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) wird der Sozialismus als demokratischer Sozialismus verstanden, der demokratische Wege des Übergangs einschließt, ohne dass diese bisher konzeptionell beschrieben werden. Die dänische Einheitsliste ergänzt dies um die ökologische Dimension. Die KSČM in Tschechien spricht vom Sozialismus als »Übergang von der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu einer sozial gerechteren Gesellschaft – dem Sozialismus«. Sie definiert Sozialismus als »eine demokratische Gesellschaft, die aufgrund der prosperierenden Wirtschaft und Vollbeschäftigung die politischen, personellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Menschen schützen wird« (vgl. Holubec).

Der Linksblock in Portugal beschreibt den Sozialismus als konkrete Politik des Kampfes gegen die Ausbeutung, für die Demokratisierung der sozialen Verhältnisse, für Gemeingüter und gegen die Unterdrückung. Für die KP Griechenlands steht Sozialismus für das »ultimative Ziel der revolutionären Umgestaltung der griechischen Gesellschaft durch die Abschaffung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus« (vgl. Marioulas).

Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts spricht die NPA in Frankreich. Das Ziel der Neuen Antikapitalistischen Partei ist ein System der kollektiven Organisation, eine Assoziation, in der die freie Entfaltung jedes Einzelnen Bedingung der freien

25 Cornelia Weissbach: Die emanzipative Linke in den Niederlanden, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 37.

Entfaltung aller ist. Sie bezieht sich auf die Klassenkämpfe der sozialistischen, kommunistischen, libertären und revolutionären Tradition und auf einen Sozialismus – frei von Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus und jeder Diskriminierung, nicht zuletzt der Frauen. Der Sozialismus stelle das Privateigentum an Produktionsmitteln infrage. Zunächst aber müsse der Profit zugunsten von Lohnerhöhungen, Pensionen der Rentner und sozialen Minima umverteilt werden. Dies sei eine drängende Antwort auf die unmittelbaren Bedürfnisse der von der Krise am stärksten Betroffenen. Der notwendige revolutionäre Bruch müsse sich einbinden in eine Mobilisierung für ein anderes Europa.

Der letzte Parteikongress der AKEL in Zypern hielt 2005 an dem Begriff des wissenschaftlichen Sozialismus fest. Ihre Statuten entsprechen weiterhin denen einer Kaderpartei. Praktisch hatte die AKEL aber schon vor dem Zerfall der Sowjetunion einen reformkommunistischen Kurs eingeschlagen. Sie vertritt nicht die Auffassung, dass die Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse deren einzige legitime Vertretung ist, und strebt keine revolutionäre, sondern eine reformerische Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus an. Dieser Zugang ist sicherlich auch ihrer Rolle als Regierungspartei geschuldet.

Sozialismusvorstellungen in postsozialistischen Ländern

Schwieriger stellt sich die programmatische Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus vor dem Hintergrund konkreter, real-sozialistischer Erfahrungen und Lebenswege dar. Die Idee des Sozialismus wie auch die Praxis des realen Sozialismus fanden unmittelbar nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems in Teilen der Bevölkerung noch immer Zustimmung. Bemerkenswert ist hierzu eine Umfrage aus dem Jahr 2000, die beträchtliche Unterschiede zwischen den ehemals sozialistischen Ländern aufweist und zum Teil deren Entwicklungsstand und Lebensstandard spiegelt. Die Zustimmung zur Idee des Sozialismus liegt im Jahr 2000 mit Ausnahme von Deutschland in allen anderen Ländern des »Realsozialismus« deutlich unter dem Wert der Bewertung dieses Sozialismus. In Deutschland liegt der Wert der Sozialismusidee bei einer Zustimmung von zwei Dritteln der Befragten am höchsten, während die Zustimmung zu seiner realen Existenz etwas mehr als ein Drittel ausmacht – ein Mittelwert im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten. Die niedrigsten Werte sind in Tschechien zu verzeichnen, nur ein Fünftel der Befragten gab der Idee wie auch dem realen System seine Zustimmung. Die höchste Zustimmung erfuhren Idee (jeder zweite) und Realität (mehr als zwei Drittel) in Bulgarien. Etwas niedriger lagen die Werte in der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen und Rumänien.

Die deutsche Partei DIE LINKE will »eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird«. Dies sei möglich –

so der Entwurf für ein neues Parteiprogramm, welches 2011 beschlossen werden soll – durch einen emanzipatorischen Prozess, in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft eines demokratischen Sozialismus entsteht. Bemerkenswert bleiben demgegenüber die libertär etwas stärker akzentuierten Sätze aus dem PDS-Parteiprogramm von 2003: Sozialismus durch Freiheit als Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft selbst und gemeinsam mit anderen zu gestalten. Freiheit als Bezugspunkt sozialistischer Politik, Gleichheit als Maß der Teilhabe an Freiheitsgütern.

Die Vertreter der PPS in Polen bezeichnen sich als polnische Sozialisten und beziehen in ihr Grundverständnis die gesamte Geschichte der Partei ein. Stets sei man konsequent für soziale Gerechtigkeit, für ein demokratisches Verständnis von Sozialismus und für die polnische Unabhängigkeit eingetreten

Die Estnische Linke kann sich zum einen darauf stützen, dass linke – sozialistische – Politik im estnischen Massenbewusstsein hauptsächlich mit dem staatlichen Schutz und der Unterstützung von sozial schwachen Gruppen der Gesellschaft assoziiert wird. Diese Auffassung linker Politik führe zum anderen jedoch nicht über die Grenzen des »Konsum- bzw. Schulsozialismus« hinaus: Der Staat wird mit einem Haus- bzw. Gutsherren gleichgesetzt, von dessen Gnade und Gerechtigkeit die Schicksale der Gesellschaft abhängen. »Eben diese Gestalt des Sozialismus bleibt für viele Einwohner von Estland aktuell. Nach der Rückkehr eines solchen ›Herren‹ sehnt sich der älteste und nicht besonders gebildete bzw. qualifizierte Teil der russischsprachigen Bevölkerung, zu dem während der Sowjetmacht Industriearbeiter zählten« (vgl. Golikov/Palm). Im Gegensatz dazu stehe das Ideal eines pluralistischen Sozialismus, der die Erfahrungen des früher existierenden Sozialismus nicht negiere, sondern kritisch überwinden wolle.

In den Programmatiken aller Linksparteien werden kontrovers und mit besonderer Schärfe die Zentralität des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, die Eigentumsfrage und die Regierungsbeteiligung diskutiert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Begriff der »Revolution« von den hier näher untersuchten Parteien heute weitgehend zur Beschreibung des historischen Kontextes von 1917 oder 1989 genutzt wird. Auch der Begriff der »Transformation« wird primär als historische Kategorie gebraucht oder zur alles zusammenfassenden Beschreibung von politischen, sozialen oder globalen Veränderungen benutzt. Teilweise steht der Transformationsbegriff für die Veränderungen nach 1989, so wie er in der soziologischen Transformationsforschung – entfernt von politischen Implikationen – benutzt wird. Innerhalb der Parteipolitiken wird dieser Begriff deutlich weniger als strategischer Ansatz im Sinne notwendiger alternativer Transformationsprozesse genutzt oder gar entwickelt. »Die soziale Transformation ist ein Kampf um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft, und keine Macht ist der Mühe wert, wenn diese nicht auch transformatorische Autonomie und die effektive Fähigkeit zum Bruch mit den herr-

schen Interessen und den bestehenden Herrschaftsformen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet bedeutet«, schreibt José Soeiro in Bezug auf den Bloco de Esquerda.²⁶ Wie dies nun erfolgen soll, ist nicht nur für die portugiesischen Linken eine offene Frage, um die gestritten wird. Insofern steht die »positive« Verarbeitung des Scheiterns des staatssozialistischen Modells wie auch der Illusion eines friedlichen Weges noch aus. Wahrnehmbar ist, ohne dass dies hier genauer analysiert werden kann, dass die Radikalisierung linker Positionen insbesondere in den westeuropäischen Parteien eine Rückbesinnung auf das klassische Instrumentarium und theoretische Erbe vor allem des Marxismus – ergänzt um feministische und ökologische Fragen, neuere Klassen- und Kapitalismusanalysen – mit dem Ziel einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft darstellt. Zugleich aber konzentrieren sich die realen Forderungen der meisten Linksparteien auf Verteilungsfragen, während die Bearbeitung von Fragen alternativer Produktions- und Lebensweisen dahinter zurückbleibt (vgl. Striethorst).

Die programmatisch-strategische Diversität von Parteien bezüglich der Wege und Methoden, die sie präferieren, und hinsichtlich ihrer jeweiligen Strategien sowie ihres Selbstverständnisses wird auch in Zukunft die Linksparteien in Europa prägen. Die »innerlinken« Auseinandersetzungen können in den nächsten Jahren unter dem Druck sozialer Polarisierungen und wachsender sozialer, politischer und kultureller Ausgrenzungsprozesse zunehmen und mit der Frage des Verhältnisses zu linker Gewalt verbunden werden.

Probleme der Pluralität

»Plural« bedeutet für Parteien der radikalen Linken gemäß ihrem Selbstverständnis und Anspruch: die Abkehr von ihrer führenden Rolle und die produktive Verarbeitung unterschiedlicher weltanschaulicher Standpunkte, die sich aus dem gesamten demokratischen linken Erbe ableiten und unterschiedliche Sichten auf die gegenwärtigen Entwicklungen des Kapitalismus enthalten.

Aus der Sicht Mimmo Porcaros hatte die Rifondazione Comunista 2006 die historische Gelegenheit verpasst, über föderative Kooperationsformen Parteien und gesellschaftliche Zusammenschlüsse in einem gemeinsamen Projekt gleichberechtigt zu vereinen, um so die neue soziale Basis der globalisierungskritischen Bewegungen wie die der Gewerkschaften an sich zu binden. Die PRC habe sich »als Teil der Bewegung« keiner bewussten organisatorischen Neuordnung des Verhältnisses zu den externen Subjekten unterzogen, »sondern eher eine Imitation des Pluralismus der Bewegungen innerhalb der Organisation der PRC«²⁷ versucht.

26 José Soeiro: Der Bloco de Esquerda und die Neugründung der Linken in Portugal, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 137 f.

27 Mimmo Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung zwischen scheinbarer Kontinuität und tatsächlicher Diskontinuität; www.rosalux.de.

Was war und ist das Problem? Pluralität in Parteien stößt sich an deren hierarchisch gegliederten Strukturen und muss sich in den Machträumen der Parteien durchsetzen, auch wenn diese offen und transparent gestaltet werden. Pluralität als Einheit verschiedener und zugleich gleichrangiger Politikverständnisse und -ansätze ist nicht harmonisch, sondern kämpferisch, kein einmal erreichter Zustand, sondern gebunden an eine funktionierende innerparteiliche Demokratie. Pluralität kann nur dann als Potential linker Parteien ausgeschöpft werden, wenn sie organisch auf den einzelnen Ebenen und Gremien der Parteien angelegt, anschlussfähig und strukturell untersetzt wird, wenn in den Parteien offene partizipative Räume geschaffen werden, die parteipolitisch relevant sind und somit auch Einfluss auf die Entscheidungen der Parteigremien nehmen können.

Pluralität muss sich in diesem Sinne »organisch« in den Strukturen und Entwicklungen der eigenen Organisation wiederfinden und selbst erfinden können – geschützt und gestaltbar durch Instrumente der innerparteilichen Demokratie.

Der strategische bündnispolitische Anspruch wird gesellschaftlich nur dann überzeugend sein, wenn dieser innerparteilich eine Entsprechung findet und der Kampf um Macht verbunden wird mit dem Ziel der »Ab- oder Weitergabe« von Macht im Sinne breitest möglicher Partizipation auch an Entscheidungsprozessen. Zudem muss sich Pluralität auch praktisch als erfolgreich erweisen – in der gesellschaftlichen Wirkung der Parteien, ihrer Akzeptanz und einem steigenden Einfluss.

Innerparteiliche Demokratie wird je nach Selbstverständnis der Parteien und ihrer Geschichte unterschiedlich interpretiert und durchgesetzt. Unter den Bedingungen der Verfolgung und Verbote kommunistischer Parteien wie in Spanien, Portugal, Griechenland oder Zypern war strikter demokratischer Zentralismus ein als notwendig angesehenes Mittel, »um die Disziplin unter den Mitgliedern zu gewährleisten« (vgl. Marioulas).

Unter den Bedingungen des Staatssozialismus stieß innerparteiliche Demokratie an die Grenzen einer kommunistischen Diktatur. Es herrschte Fraktionsverbot. Eine kontroverse öffentliche Diskussion war unmöglich. Unter den Bedingungen entwickelter kapitalistischer Staaten diente der demokratische Zentralismus zunehmend auch als ein Mittel zur Abwehr von Parteireformen. Die Nachwirkungen prägen noch immer einen Teil der klassischen kommunistischen Parteien wie die AKEL (vgl. Marioulas). So konnte sich auch die KP Luxemburgs lange Zeit nicht vom Zentralismus lösen. Die SP (Niederlande) ist noch immer straff zentralistisch organisiert und zugleich auf lebensnahe Basis- und lokale Aktivitäten orientiert, deren dezentrale Kampagnen durch die Parteiführung vorgegeben werden.

Für *Déi Lénk* (Luxemburg) dagegen gehört der Bruch mit diesem Demokratieverständnis zum Gründungskonsens, wonach »alle Mitglieder Der Linken ihre Meinungsfreiheit behalten, sowohl im Innern der Bewegung als auch nach außen«²⁸. Für die KP Griechenlands gilt noch immer ihr Programm des 15. Partei-

28 Wagener: Die Linken in Luxemburg, S. 28.

tages, wonach sie sich bis heute als eine revolutionäre Organisation und Avantgarde der Arbeiterklasse versteht, in deren Statuten die Organisation nach den Grundsätzen des Demokratischen Zentralismus festgeschrieben ist. Wichtige programmatische Beschlüsse werden entweder vom Zentralkomitee – eher noch dem Politbüro – oder den alle fünf Jahre stattfindenden Parteitagungen gefasst. Fraktionsbildung ist nicht erlaubt, und die regionalen Gliederungen haben kaum Möglichkeiten, eigenes Material zu veröffentlichen, werden jedoch großzügig mit selbigem aus der Parteizentrale bedient.

Wie auch immer die Parteien innerparteiliche Demokratie gestalten oder Pluralität verstehen: Sie sind nur dann langfristig erfolgreich, wenn sie programmatisch, strategisch und kulturell gesellschaftliche Interessen attraktiv präsentieren, d. h. visionär und lebensweltlich mit radikaler Realpolitik verbinden. Sie sind nur erfolgreich, wenn sie selbst gesellschaftsoffene Projekte sind und die zentralen Fragen der Gegenwart aufgreifen und wie die SV in Norwegen soziale und ökologische Fragen mit realen Politikansätzen verbinden. Die SV kann einen Teil ihrer Forderungen als Regierungspartei durchsetzen. Hier wird der Maßstab linker Regierungsbeteiligung real umgesetzt und bleibt zugleich Herausforderung. Von der rot-roten Koalition zwischen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Linkspartei sowie der Bauernpartei profitieren die Menschen und politisch vor allem die Arbeiterpartei. Letzteres erweist sich als ein Dilemma, vor dem nicht nur die norwegische Linke steht. In Koalitionen mit der Sozialdemokratie geht das Profil einer Linken links von der Sozialdemokratie oft verloren.

Wichtig bleibt deshalb für die Linksparteien ihr systemverändernder Ansatz – ihre alternative gesellschaftliche Vision. Die hohe Kunst bleibt, diese Vision mit praktischer Realpolitik zu verbinden, als Parteien in Regierungen, in der Opposition oder auch in der außerparlamentarischen Opposition. Dazu gehören auch eigenständige gesellschaftspolitische Projekte, die sich von denen der Sozialdemokratie und der Grünen unterscheiden und doch zugleich anschlussfähig sind.

Über den Gebrauchswert der Linksparteien

»Parteien können sich nur dann erhalten, wenn sie entwicklungs- und lernfähig sind. Ihre Strukturen müssen zugleich innere Identität und die Beziehungen zur Umwelt ständig erneuern. Sie müssen die Mitgliederlogik (nach innen) und die Einflusslogik (nach außen) in Übereinstimmung bringen.«¹

Nach dem Gebrauchswert linker Parteien zu fragen bedeutet, nach ihrer Praxistauglichkeit zu fragen. Dabei geht es nicht in erster Linie um Zielsetzungen und Forderungskataloge. Die Praxistauglichkeit linker Parteien misst sich an ihrer Fähigkeit, einen Richtungswechsel der Politik und reale Veränderungen auch unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses zu erreichen. Es geht dabei um nicht weniger als um den Aufbau von Gegenhegemonie und die Öffnung der Zukunft für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft. Dabei werden in erster Linie die Aktionsfelder der Parteien geprüft.

Voraussetzung für den Aufbau von Gegenhegemonie ist die Bereitschaft der Akteure verschiedener linker Formationen zur Kooperation. »Kooperation hat die Verschiedenheit und die Eigeninteressen der Beteiligten zur Voraussetzung und hebt sie nicht auf – aber sie kann, sie muss sie verändern. Nur durch eine solidarische und zugleich produktive Veränderung der Interessen werden sie gesellschaftlich mächtig und können der Unterwerfung unter die Vormacht herrschender Kreise entkommen. Nur in einem sie selbst verändernden Zusammenhang erhalten sie Wirkungsmacht und können auf Ergebnisse hoffen, die allein nicht erreichbar gewesen wären. Gegen-Hegemonie hat drei entscheidende Bedingungen: (1) neue Bündnisse, (2) transformatorische Projekte, (3) kooperationsfähige linke Kräfte und eine realistische Machtoption mit starker demokratischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.«²

Vor dem Hintergrund dieser historischen Herausforderungen ist das Bild der linken Parteien sehr unterschiedlich, das wir aus den vorgelegten 24 Länderberichten erhalten. Offensichtlich ist, dass die Zäsur von 1989 immer noch nachwirkt. Aber auch die Tatsache, dass seit den 90er Jahren in vielen Ländern Europas ein massiver Prozess des Sozialabbaus stattgefunden hat, zwingt die linken Parteien in die Verteidigung sozialer Besitzstände – und damit in die Defensive.

1 André Brie/Michael Brie/Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der PDS, RLS-Standpunkte 7, Berlin 2002.

2 Michael Brie: Another Government is possible. Beyond the center-left Governments in Europe – a German Perspective. Lecture, Brussels June 2010.

Dennoch kann sich keine linke Partei, die sich selbst ernst nimmt, den historischen Herausforderungen entziehen, egal, wie sie sich der Frage der Gegenhegemonie stellt: ob sie Bündnisse ablehnt oder befürwortet, ob sie innovatorische emanzipatorische Projekte entwirft oder ob sie ihre Aufgabe in der Verteidigung des klassischen kapitalistischen Wohlfahrtsstaates sieht und wie sie sich zu möglichen realistischen Machtoptionen verhält.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass alle linkssozialistischen Parteien – egal welcher Prägung sie zuzurechnen sind – zwei große Themen haben:

- Teilhabegerechtigkeit, Sicherung des Wohlfahrtsstaates, Kampf gegen Armut und für »gute Arbeit« und für Arbeitnehmerrechte.
- Friedenspolitik und Entmilitarisierung der europäischen und internationalen Politik.

Sehr unterschiedlich allerdings gewichten die Parteien diese Ziele im Kontext konkreter politischer Praxis. Unterschiedlich sind auch damit verbundene wesentliche Politikbereiche, wie z. B. Bürgerrechte, Geschlechterdemokratie, die Gleichberechtigung von Minderheiten, Ökologie und die Sicherung gemeinschaftlicher Güter bzw. die Eigentumsfrage sowie das Verhältnis zwischen sogenannter Erster und Dritter Welt. Dementsprechend unterschiedlich ist auch der Bezug zu gesellschaftlichen Akteuren: Sind vorrangig die Gewerkschaften und Kollektivorgane der klassischen Industriearbeiterschaft Adressaten der Politik der linkssozialistischen Parteien? Oder geht es darum, Akteure aus allen emanzipatorischen sozialen Bewegungen zu gewinnen? Gibt es einzelne Berufsgruppen z. B. im öffentlichen Dienst, die eine besondere Bindung an die linkssozialistischen Parteien haben (Niederlande, Portugal)? Und in welcher Weise beantworten die Parteien die Herausforderung der Individualisierung und Prekarisierung der Lebensverhältnisse für viele Menschen in den post-industriellen Gesellschaften?

Die Beantwortung dieser Fragen fällt so unterschiedlich aus, dass hier – unterhalb der beiden großen Themen – kaum gemeinsame Zielrichtungen erkennbar sind. Was sich auf der Ebene von Zielen und Forderungen feststellen lässt, wird auch sichtbar, wenn man die reale Position der linken Parteien im Parteienspektrum der jeweiligen Länder betrachtet:

Zum Teil sind die Parteien links von der Sozialdemokratie gespalten (z. B. Frankreich, Italien, Dänemark, Griechenland), und zum Teil sind sie zu zersplittert und zu klein (z. B. Estland, Belgien), um überhaupt an entscheidenden Wahlen teilzunehmen, zum Teil aber haben die Parteien in den vergangenen Jahren einen Niedergang erlebt und sind in einer Phase der Rekonstruktion (z. B. Spanien, Italien). Auf der anderen Seite gibt es Beispiele für linke Parteien (z. B. Niederlande, Dänemark, Finnland, Zypern, Portugal, Island, Norwegen, Schweden, Deutschland), die sich erfolgreich im Parteienspektrum ihrer Länder behaupten.

Der Aufbau von Gegenhegemonie und die Nutzung von Gestaltungsspielräumen für transformatorische Projekte sind nicht nur an Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen geknüpft. Im Gegenteil: Die Beteiligung an Regierungen kann

sich für linke Parteien (z. B. in Frankreich, Italien) sehr negativ auswirken, wenn sie kein identifizierbares Profil haben, keine konkreten Projekte realisieren und die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen. Entscheidend ist es, inwieweit es den linken Parteien gelingt, die Bürgerinnen und Bürger – über die eigene Klientel hinaus – davon zu überzeugen, dass ihre Vorschläge zur Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme in praktische Politik umsetzbar sind, und inwieweit es in solchen Projekten auch Gemeinsamkeiten mit den anderen Parteien des Mitte-Links-Spektrums gibt.

Eine Reihe von erfolgreichen Parteien (Deutschland, Portugal, Niederlande, Finnland) nutzen ihre Gestaltungsräume, um konkrete Zukunftsprojekte zu entwerfen und damit die öffentliche Diskussion voranzutreiben.

Andere erfolgreiche Parteien sind in Regierungsbeteiligungen auf nationaler (Island, Norwegen, Zypern) oder regionaler Ebene (Deutschland, Italien) eingebunden und versuchen in Richtung des Aufbaus von Gegenhegemonie zu wirken, auch wenn sie dies aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse nur in einzelnen Politikfeldern realisieren können (z. B. Norwegen) – sie messen aber die Fortschritte in den einzelnen Politikfeldern an dem großen Ziel.

Einzelne Parteien nutzen Gestaltungsspielräume auf regionaler oder kommunaler Ebene (Frankreich, Dänemark, Deutschland, Italien), die aber aufgrund der begrenzten Kompetenzen keine unmittelbare, die gesellschaftlichen Strukturen verändernde Kraft entfalten können. Gleichwohl können sie überregionale Bedeutung gewinnen, weil sie in bestimmten Bereichen – etwa Bürgerbeteiligung, Bildung, Gleichberechtigung von Minderheiten, öffentliche Dienstleistungen, aber auch lokale soziale Sicherung und Beschäftigungsentwicklung, also den Bereichen der kommunalen und regionalen »good Governance« – die Realisierbarkeit alternativer Entwicklungsstrategien trotz eingeschränkter Kompetenzen exemplarisch aufzeigen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die kommunale Verankerung linker Parteien. Schließlich ist Kommunalpolitik die für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar fassbare, praktische Politikebene.

Es sind drei strategische Handlungsfelder, die für den Aufbau von Gegenhegemonie relevant sind: die Veränderung von Rahmenbedingungen, die Entwicklung von Einstiegsszenarien und Projekten sowie die Gestaltungsräume und Bündnisse. Im Folgenden werden Beispiele aus den 24 Länderberichten zu diesen Handlungsfeldern dargestellt.

Die Veränderung von Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen betreffen staatliches und überstaatliches Handeln. Die Themen sind hier vor allem Steuergerechtigkeit bis hin zur Enteignung überschüssiger Vermögen und die Einschränkung spekulativer Finanzgeschäfte sowie Investitionen in die sozial-ökologische Transformation und Teilhabegerechtigkeit

in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ein zweites großes Thema ist die Entmilitarisierung von Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Einheitsliste Rot/Grün in *Dänemark* möchte die Banken verstaatlichen und setzt sich für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein.

Die Partei Die Linke in *Deutschland* ist als gesamtdeutsche Partei noch sehr jung und befindet sich noch in einem programmatischen Selbstfindungsprozess. Auf der parlamentarischen Ebene werden einige Forderungen bezüglich der Rahmenbedingungen formuliert: ein gerechteres Steuersystem, das Reichtum besteuert, eine Finanztransaktionssteuer und Regulierungsinstrumente der Finanzmärkte. Als Friedenspartei setzt sich Die Linke für eine Auflösung der NATO ein.

Das Linke Bündnis in *Finnland* möchte den »Fossil-Kapitalismus« durch eine Transformation in eine freie, gleiche und ökologische Gesellschaft verändern und geht dabei weit über die Forderungen der finnischen Grünen hinaus, die sich im Wesentlichen auf Klimafragen und den Schutz der Umwelt konzentrieren.

Für die Partei Sinn Féin in *Irland* war der Friedensprozess im Norden der Insel lange Zeit zentrales Anliegen. Nach wie vor setzt sich die Partei für eine Einigung der Insel und einen gemeinsamen sozialistischen Staat durch soziale Transformationsprozesse ein. Die Partei ist begeisterte Befürworterin der erneuerbaren Energiequellen »Wind und Welle« und hat aufgrund von Regionalstudien ein umfassendes Entwicklungsprogramm formuliert.

In *Island* tritt die Links-Grüne Allianz im Regierungsbündnis dafür ein, alle natürlichen Ressourcen in öffentliches Eigentum zu überführen und den Wert der Natur in das Steuersystem einzubeziehen.

In *Norwegen* konnten seit der Beteiligung der linkssozialistischen Partei 2005 an der Regierung Steuern auf Aktienausschüttungen und Kapitaleinkommen eingeführt werden, und die Entwicklungspolitik des Landes ist heute vorbildlich (im Vergleich zu allen anderen westlichen Ländern). Seit 2009 gibt es eine Kindergartenplatzgarantie für alle Kinder zwischen einem und sechs Jahren.

Der Bloco de Esquerda in *Portugal* tritt für eine umfassende soziale Transformation ein und nimmt dabei ökologische und feministische Zielsetzungen ebenso auf wie den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

In *Schweden* plant das rot-rot-grüne Wahlbündnis – sollte es die Wahlen im Herbst 2010 gewinnen – eine neue Umweltsteuer und steuerliche Entlastungen für Kleinbetriebe.

Die linkssozialistische Regierungspartei AKEL in *Zypern* hält an kommunistischen Traditionen fest und ist zugleich realpolitisch orientiert. AKEL ist die Partei, die sich am intensivsten für die Wiedervereinigung der Insel einsetzt und übrigens auch Anhänger im türkisch besetzten Teil hat. Insofern ist sie eine Partei, die praktisch und pragmatisch in hohem Maße an der Veränderung der Rahmenbedingungen für ihr Land arbeitet.

Die Entwicklung von Einstiegsszenarien und Projekten

Einstiegsszenarien betreffen Strategien und Projekte, die pragmatische Lösungen für gesellschaftliche Probleme anbieten, die aber gleichzeitig Elemente emanzipatorischer Politik enthalten, die einen Zukunftsraum für eine gesamtgesellschaftliche emanzipatorische Entwicklung eröffnen.

Dieses ist ohne Zweifel die am schwierigsten zu bestimmende Dimension für transformatorische Prozesse. Die meisten linken Parteien Europas – mit Ausnahme der norwegischen Partei, die in einer besonderen Situation ist – stehen vor der Herausforderung, gegen den seit den 90er Jahren betriebenen neoliberalen Abbau von gemeinschaftlicher sozialer Risikosicherung, öffentlichen Dienstleistungen und den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu kämpfen. Verursacht durch die Weltwirtschaftskrise wird in vielen Ländern eine neue Dimension von Austeritätspolitik eingeführt, die zu weiterem Sozialabbau führt und die vor allen Dingen die Gestaltungsspielräume auf staatlicher Ebene erneut einengt.

Die linken Parteien müssen in dieser Situation zwei sehr unterschiedliche politische Strategien miteinander verbinden: die Verteidigung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates und die Umsteuerung in Richtung sozial-ökologischer Transformation. Sie müssen also Defensivkämpfe mit offensiver Politik verbinden, ein Spagat, der erhebliches sportliches Training erfordert.

Es werden deshalb in diesem Beitrag sowohl Beispiele für gesellschaftspolitisch innovatorische Strategien als auch für die Verteidigung sozialstaatlicher Besitzstände bzw. für deren Wiedereinführung benannt.

In *Dänemark* wendet sich die Einheitsliste Rot/Grün gegen die bereits weit fortgeschrittenen Privatisierungen der sozialen Dienstleistungen, gegen die NATO sowie gegen den Lissabon-Vertrag und seine Folgen – die Einheitsliste ist Teil der die EU ablehnenden politischen Bewegung in Dänemark.

Die Partei Die Linke in *Deutschland* will die durch die rot-grüne Schröder-Regierung eingeführten sogenannten Hartz-Gesetze wieder abschaffen und die Rücknahme von Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen erreichen, auch die Rücknahme der bereits beschlossenen Erhöhung des Renteneinstiegalters mit 67 Jahren. Als ein innovatorisches Projekt für Deutschland ist die Forderung nach einem gesetzlichen, existenzsichernden Mindestlohn zu bewerten. Die Partei versucht mit dieser Forderung – die in abgeschwächter Form auch von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften getragen wird – der Tatsache der massiv gestiegenen Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Deutschland gerecht zu werden. Mit dieser Diskussion ist zugleich auch die partiell nicht mehr funktionierende Tarifautonomie, also der Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf den Prüfstand gestellt. Die Linke fordert außerdem den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Auf Länderebene ist die Partei in *Berlin* und *Brandenburg* an zwei Regierungen beteiligt. Durch exemplarische regionale Projekte der Beschäftigungsent-

wicklung und durch Investitionen in nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften wie durch Bildungsprojekte wird hier versucht, Impulse für die Veränderung von Rahmenbedingungen zu geben.

Dem Linken Bündnis in *Finnland* ist es seit dem Ende der Regierungsbeteiligung 2003 gelungen, den damals angehäuften Glaubwürdigkeitsverlust zu überwinden und sich zu verjüngen. »Die Prekarität des Arbeitslebens, die sich während der Zeit des linken Regierungsbündnisses intensivierte, hat diese Entwicklung beschleunigt; besonders in den letzten Jahren kommen viele neue aktive Mitglieder in die Partei, die hoch gebildet und schlecht bezahlt sind, befristete oder Zeitarbeitsstellen haben.« (Vgl. Kontula/Kuhanen) Diese Neuausrichtung der Partei hat dazu geführt, dass sie die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen in ihr Programm aufgenommen hat. Diese Forderung wird in Finnland nicht als Einzelmaßnahme diskutiert, sondern als ein Instrument zur Überwindung des Kapitalismus und zur Stärkung des Widerstandes gegen schlechte Arbeit und Prekarisierung. Übrigens ist das Linke Bündnis in Finnland die einzige Partei, die gegen den Beitritt zur NATO ist (ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung).

In *Griechenland* ist die kommunistische Partei die stärkste oppositionelle Kraft gegen soziale Einschnitte. Zu ihren Kernforderungen gehören Mindestlöhne und Mindestrenten, die 35-Stunden-Woche, kostenlose Kinderbetreuung und kostenlose öffentliche Dienstleistungen. Die zweite linke Partei in Griechenland, SYN, konzentriert sich mehr auf bürgerrechtliche Forderungen, die Respektierung des Status von Flüchtlingen etwa oder die Trennung von Kirche und Staat sowie auf ein gerechteres Steuersystem und die Reform des Bankensektors.

Sinn Féin in *Irland* setzt sich für ein kostenloses Gesundheitssystem, die Sicherung von Wohnraum, Bildung, Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen ein. Die Partei ist offen für Mitglieder mit Migrationshintergrund und gibt Publikationen in Polnisch, der größten Minderheitssprache der Insel, heraus.

Die Links-Grüne Allianz in *Island* ist stark friedenspolitisch und feministisch orientiert. Sie ist gegen den Beitritt des Landes zur NATO und für eine Stärkung der UNO.

Die sozialistische Partei in den *Niederlanden* zeichnet sich durch die Konzentration auf lebensnahe Themen aus: u. a. Umweltverschmutzung, Verkehrspolitik und sinkende Renten. In gesundheitspolitischen Fragen hat die SP ein eigenständiges Kompetenzprofil aufgebaut (sie wird deshalb verstärkt von Angehörigen der Gesundheitsberufe gewählt).

Die sozialistische Linkspartei in *Norwegen* konnte im Rahmen der Mitte-Links-Regierung seit 2005 im Bereich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte Verbesserungen erreichen, es konnten bereits geplante Privatisierungen gestoppt werden. Norwegen hat seine Militärs aus dem Irak zurückgezogen und bereits einen Teilabzug aus Afghanistan realisiert.

Die kommunistische Partei *Österreichs*, die regelmäßig an Wahlen teilnimmt, jedoch nur regional und kommunal in Parlamenten vertreten ist und national bei

unter einem Prozent der Wählerstimmen liegt, hat dennoch ein unverkennbares Markenzeichen, das in der österreichischen Kulturlandschaft einen festen Platz einnimmt: ihr jährliches traditionelles Kulturfest, zu dem nicht nur viele bekannte Künstler einen Beitrag leisten, sondern das durch ein breites organisatorisches Bündnis von vielen kleinen linken Gruppierungen und Projekten getragen wird. Das *Volksstimme*-Fest wird auch von konservativen Beobachtern zuweilen als das schönste österreichische Volksfest bezeichnet.

Das rot-rot-grüne Wahlbündnis in *Schweden* setzt sich für Verbesserungen in der Arbeits- und Bildungspolitik ein, will die soziale Sicherheit vor allem in der Gesundheitsversorgung und in der Arbeitslosenversicherung verbessern und plant »grüne« Investitionen in eine umweltfreundliche Infrastruktur und in das Wohnumfeld.

Die Partei AKEL in *Zypern* ist sehr aktiv in der Kulturförderung. Sie versucht, die Folgen der Wirtschaftskrise durch Konjunkturprogramme zu mildern und die öffentliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Gestaltungsräume und Bündnisse

Die Nutzung von Gestaltungsräumen und Bündnisse zwischen Parteien und sozialen Bewegungen sind die Bedingung für eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse. Auch dabei ist der Aktionsradius der linken Parteien von großer Unterschiedlichkeit.

Die Sozialistische Volkspartei in *Dänemark* strebt zusammen mit den Sozialdemokraten ein Regierungsbündnis nach den nächsten Wahlen an. Die Rot/Grüne Einheitsliste ist bereit, dieses Bündnis zu tolerieren, will sich aber nicht an einer Regierung beteiligen, weil sie zu große Kompromisse schließen müsste. Die Rot/Grüne Einheitsliste ist auf allen parlamentarischen Ebenen in Dänemark vertreten, stellt in Kopenhagen sogar den Bürgermeister, hat aber noch nie an EU-Wahlen teilgenommen, weil sie eng mit der die EU ablehnenden politischen Bewegung in Dänemark verbunden ist. Die Partei ist gut verankert in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes und in der Gewerkschaft für ungelernte Arbeiter. Ihre Mitglieder sind häufig aktiv in Elternverbänden, Umweltgruppen, Bürgerinitiativen und Solidaritätsbewegungen.

Die Partei Die Linke in *Deutschland* ist gesamtdeutsche Protestpartei gegen Sozialabbau und Volkspartei im Osten der Republik. Diese Differenz kennzeichnet auch ihren Aktionsradius. Während sie im Osten Bürgermeister und Landräte stellt und an zwei Länderregierungen zusammen mit den Sozialdemokraten in Berlin und Brandenburg beteiligt ist, ist sie im Westen der Republik zum ersten Mal in Landtagen und als eigenständige Partei auf kommunaler Ebene vertreten. Die Partei ist engagiert in Aktionsbündnissen mit sozialen Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung und sie ist in ihren sozialpolitischen Forderungen ver-

bunden mit den Gewerkschaften. Junge Politikerinnen und Politiker der Linken, Sozialdemokraten und Grünen haben ein Diskussionsforum für gemeinsame Themen initiiert und orientieren sich dabei an dem norwegischen und schwedischen Beispiel des Aufbaus von Gegenhegemonie.

Die kommunistische Partei in *Frankreich* ist traditionell sehr stark konzentriert auf Einigungs- bzw. Spaltungsbewegungen und Machtoptionen innerhalb des linken Spektrums. Sie verfügt über vielfältige Erfahrung mit Regierungsbeteiligungen auf nationaler Ebene (seit 1971) und ist trotz erheblicher Verluste mit 132 000 Mitgliedern und etwa 11 000 Mandaten auf allen Ebenen immer noch die stärkste linke Partei in Europa. Sie hat eine solide Verankerung in der kommunalen und regionalen Ebene, auch wenn sie auf der nationalen und europäischen Ebene schwächelt. Seit den Europa-Wahlen 2009 bildet sie ein Partei-Bündnis *Front de Gauche* mit der neuen *Parti de Gauche* des Linkssozialisten Philippe Mélançon. Das Bündnis steht in Konkurrenz zur sozialistischen Partei und zu der neuen anti-kapitalistischen Partei *NPA* sowie der sehr erfolgreichen Neugründung *Europe Ecologie*. Für die in Frankreich herausragenden Präsidentschaftswahlen 2012 muss sich erweisen, wer welche Bündnisfähigkeit im Mitte-Links-Lager entwickeln kann.

Die kommunistische Partei *Griechenlands* hat mit der eigenen gewerkschaftlichen Organisation *PAME* eine starke Verankerung im gewerkschaftlichen Milieu. Die linke *SYN* dagegen ist in soziale Bewegungen und Sozialforen, in Jugendprotestbewegungen und in Bürgerinitiativen eingebunden.

Sinn Féin in *Irland* hat viele Unterstützer in den irischen Diaspora-Zentren USA, Großbritannien und Australien und ist offen für Mitglieder mit Migrationshintergrund. Die Partei ist aktiv in vielen zivilgesellschaftlichen Feldern, z. B. in Stadtteilgruppen und Sportvereinen, auch hat sie einen sehr aktiven Jugendverband.

Die sozialistische Partei in den *Niederlanden* hat eine starke kommunalpolitische Verankerung und zeichnet sich durch hohe Kampagnenfähigkeit aus. Sie ist eine typische »Kümmerer-Partei«. Sie ist nicht nur während der Wahlkämpfe im Straßenbild sichtbar, sondern will den Bürgern jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die sozialistische Linkspartei in *Norwegen* ist seit 2005 an einem Regierungsbündnis beteiligt. Vorausgegangen war eine Kampagne der Gewerkschaften mit 58 konkreten Forderungen für eine Mitte-Links-Regierung. Die drei Koalitionsparteien gingen daraufhin bereits mit klaren Aussagen für eine Regierungsbildung in den Wahlkampf. Die Partei ist sehr eng mit Gewerkschaften, Umweltbewegung und Sozialforen verbunden.

Der *Bloco de Esquerda* in *Portugal* ist treibende Kraft bei Massenprotesten wie z. B. der »Lehrer-Bewegung« oder bei Aktionen gegen die Privatisierung des Gesundheitsdienstes. *Bloco* sucht immer Bündnisse und versteht sich als offenes Forum. Dies gilt auch für die theoretische und programmatische Debatte. Für das

neue Wahlprogramm z. B. führt Bloco einen Konsultationsprozess mit Akteuren außerhalb der Partei durch, um eine möglichst breite Basis für die Forderungen und Zielsetzungen des Programms zu gewinnen.

Die Linkspartei in *Schweden* tolerierte zwischen 1998 und 2006 eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Dies wurde von den Wählern nicht honoriert, die Partei erlebte bei den Wahlen 2006 einen Einbruch. Statt sich völlig aus der Machtoption Regierungsbeteiligung zurückzuziehen, hat die Partei für den Wahlkampf 2010 zusammen mit den Grünen und den Sozialdemokraten ein Regierungskonzept entwickelt, das die drei Parteien im Wahlkampf gemeinsam vertreten. Die Wähler wissen bereits vor der Wahl, welche Programme die Koalitionäre realisieren wollen. Auch ein Entwurf für den Staatshaushalt wurde bereits erarbeitet.

Die kommunistische Partei *Tschechiens* hat die Wende von 1989 relativ unbeschadet überlebt und ist gut verankert im parlamentarischen System – allerdings liegt der Altersdurchschnitt der Mitglieder bei 70 Jahren, und der Großteil von ihnen sind ehemalige Staatsbedienstete. Die KSČM stützte bis 2010 die sozialdemokratische Minderheitsregierung im Parlament, die Sozialdemokraten lehnten jedoch eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten ab mit dem Argument, die Partei müsse sich erst von der Vergangenheit lösen und sich für Verbrechen entschuldigen sowie die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennen. Auf Regionalebene allerdings gibt es zwei Koalitionen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die KSČM ist so gut wie gar nicht in Bündnisse mit sozialen Bewegungen einbezogen. Eine Ausnahme bildeten die Proteste gegen die US-Radar-Basis in Tschechien. Bei rassistischen Angriffen auf die Minderheit der Roma ergreift die Partei keine Position für die Minderheit, sondern wiegelt eher ab.

Als Beispiel für eine sehr zweifelhafte Nutzung von Gestaltungsräumen sei zum Schluss die sozialdemokratische Partei BSP in *Bulgarien* erwähnt, die als Nachfolgepartei der ehemaligen Kommunisten bereits fünf Mal seit 1990 eine bulgarische Regierung gebildet hat und 2009 abgewählt wurde. Ihr wird vorgeworfen, sich in der Übergangszeit nach 1990 einen Teil des sozialistischen Staatseigentums angeeignet zu haben. Die Partei steht heute nicht besser da als die anderen als korrupt geltenden Parteien in Bulgarien.

Schlussbemerkung

Die linken Parteien Europas befinden sich in sehr unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung. Die nordischen Parteien haben alle ein starkes ökologisches Profil und versuchen, übergreifende sozial-ökologische transformatorische Prozesse – auch unter so extrem schwierigen Bedingungen wie in Island – voranzutreiben. Insgesamt gilt: Alle linken Parteien, die praktische Strategien für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung verfolgen, stellen die sozial-ökologische Transformation ins Zentrum.

Auch ist unübersehbar, dass neben den klassischen linken Politikfeldern Teilhabegerechtigkeit und Frieden die Politikfelder Bürgerbeteiligung, Geschlechterdemokratie und Minderheitenrechte zunehmend Raum in den linken Realisierungsszenarios einnehmen.

Die niederländische SP und der Bloco de Esquerda in Portugal zeichnen sich durch eine hohe Kampagnenfähigkeit aus, mit der sie gesellschaftliche Probleme und Lösungsstrategien in die Öffentlichkeit bringen. Auch die Partei Die Linke ist in Deutschland Motor in der öffentlichen Debatte über die soziale Verfasstheit der Gesellschaft und in Fragen der Friedenspolitik.

Diese Beispiele zeigen, dass es den linken Parteien gelingen kann, aus der Defensive herauszufinden, wenn sie in der Lage sind, Gestaltungsräume zu eröffnen und die Diskussion über alternative gesellschaftliche Entwicklungsstrategien in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das Beispiel der Parteien in Norwegen und Schweden, Regierungsbeteiligungen nur dann einzugehen, wenn im Vorhinein gemeinsame Projekte entwickelt wurden, fußt auf der Erfahrung, dass die linken Parteien sowohl durch wenig profilierte diffuse Regierungsbeteiligungen wie auch durch die Tolerierung von Minderheitsregierungen an Glaubwürdigkeit verlieren und dass es von ausschlaggebender Bedeutung ist, dass die linken Parteien sich durch konkrete Projekte profilieren.

Wenn sich linke Parteien heute an Regierungen beteiligen, dann setzen sie sich einem historischen Härtetest aus: Einerseits müssen sie gegen die sich mit der Weltwirtschaftskrise noch beschleunigenden neoliberalen Politikprozesse kämpfen und gegen den damit verbundenen Sozialabbau, andererseits müssen sie enorme durch die Bankenrettungsaktionen verursachte Staatsverschuldungen mittragen, die den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte einschnüren und drittens müssen sie versuchen, emanzipatorische und innovatorische sozial-ökologische Transformationsprojekte zu initiieren. Dies ist ein sehr steiniger Weg und zudem ohne Erfolgsgarantie.

Aktuelle Themen und Debatten der europäischen Linksparteien

Einleitung

Aktuelle politische Inhalte stehen selten im Zentrum vergleichender Parteienforschung; deren Fokus bleibt zumeist auf Parteiensysteme, Typen und Funktionen von Parteien, Mitglieder, Entscheidungsstrukturen und Programmatik beschränkt. Dennoch sollen sie in diesem Buch behandelt werden; denn zum einen ist die Frage, ob die linken Parteien adäquate Antworten auf gegenwärtige Herausforderungen haben, zentral für Aussagen über ihre Zukunftsfähigkeit; zum anderen gibt es abgesehen von vereinzelt nationalstaatlichen Untersuchungen und Analysen zur *Partei der Europäischen Linken* (EL) kaum aktuelle Literatur über Zustand und Ziele der linken Parteien in Europa. Dieser Beitrag soll einen Überblick über Themenschwerpunkte und Lücken in der Themenwahl geben; es sollen ähnliche und gemeinsame Kämpfe der Parteien sowie Kontroversen in und zwischen ihnen dargestellt werden. Gezeigt werden soll dabei auch die Heterogenität der nationalstaatlichen Problemlagen, die es den Parteien erschwert, gesamteuropäische Forderungen zu entwickeln.

Bei der Gründung der Europäischen Linken (EL) im Jahr 2004 verständigten sich die in ihr vertretenen Mitgliedsparteien darauf, gemeinsam »Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung vor der Natur«¹ einzufordern. Diese Ziele sehen sie durch die folgenden Entwicklungen bedroht: »In Europa, in allen unseren Ländern leiden die Menschen heute unter der Politik des globalisierten Kapitalismus, den die Regierungen im Interesse des Großkapitals und seiner Lobbys durchsetzen. [...] Wir erleben einen Generalangriff auf die Rentensysteme, den Abbau und die Privatisierung der Sozialversicherung, die Einführung der Marktgesetze für solch wesentliche öffentliche Dienstleistungen und Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, für Gemeinschaftsgüter wie Wasser und andere Naturressourcen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, vor allem die Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen Gewerkschaften wird zunehmend härter vorgegangen, Immigranten werden kriminalisiert. [...] Im Europa von heute nehmen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Militarisierung nach außen – wie im Balkan-, Afghanistan-

1 Programm der Partei der Europäischen Linken (EL), verabschiedet auf dem Gründungskongress in Rom am 8. und 9. Mai 2004, S. 1.

und Irak-Krieg demonstriert – und nach innen durch repressive, Freiheit raubende Gesetze gegen jene, die sich der neoliberalen Politik entgegenstellen, immer mehr zu.«²

Diese Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation als »Generalangriff« auf Sozialstaat, Frieden, geschützte Arbeitsverhältnisse und das Prinzip der öffentlichen Daseinsfürsorge wird weitgehend von den Mitgliedsparteien der *Europäischen Alternativen Linken* (EAL) und dem *Forum der Neuen Europäischen Linken* (NELF) geteilt. Die hieraus entstandenen Ziele und Themenschwerpunkte können als kleinster gemeinsamer Nenner linker Parteien in Europa gelten.³ Ein weiteres Thema, das bei der Gründung der *Europäischen Linken* noch keine Rolle spielte, heute jedoch die Diskussionen aller linken Parteien Europas prägt, ist die Krise des Finanzmarktkapitalismus. Während die europäischen Regierungen nach einem kurzen Schock zügig zum *business as usual* zurückgekehrt sind und nun vor allem darüber nachdenken, welche öffentlichen Ausgaben als Erstes den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen sollen, hat in den linken Parteien eine dynamische Diskussion zu alternativen Finanz- und Wirtschaftsmodellen und zur Notwendigkeit gesellschaftlicher Umverteilung begonnen.

Als Kernthemen, die mit erstaunlich hoher Kohärenz in allen linken Parteien diskutiert werden, lassen sich 1. Krise des Finanzmarktkapitalismus, 2. Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste, 3. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und 4. Frieden und kollektive Sicherheit identifizieren. Die Themen Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit stehen in ihrer praktischen Relevanz deutlich dahinter zurück, obwohl fast alle nationalen und europäischen Parteiprogramme ihnen theoretisch einen hohen Stellenwert einräumen. Lediglich für die linksgrünen Parteien Skandinaviens ist der Erhalt der Umwelt ein zentraler Bezugspunkt in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen (vgl. Johansen, Kontula/Kuhanen, Erlingsdóttir)⁴. Umwelt- und energiepolitische Forderungen bilden zudem den Kern grüner Parteien wie der französischen *Europe écologie*, die mit ihrer Linksorientierung als ein Teil der stark fragmentierten französischen Linken angesehen werden kann (vgl. Sahuc). Auch Geschlechtergerechtigkeit, ob in der Gesellschaft oder in den eigenen Parteistrukturen, ist außer in den feminis-

2 Ebenda, S. 3.

3 So charakterisiert François Vercammen, Mitglied des Exekutivbüros der IV. Internationalen, die Ziele der EAL wie folgt: »[...] antikapitalistisch und ökologisch, antiimperialistisch und kriegsgegnerisch, feministisch und für die Bürgerrechte kämpfend, antirassistisch und internationalistisch. [...] Für alle: stabile Vollbeschäftigung, angemessene Entlohnung, Renten, die den Lebensunterhalt sichern, Recht auf Wohnung, professionelle Schul- und -berufsbildung und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung.« François Vercammen, zitiert nach Martin Schirdewan: Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 33. Der inhaltliche Katalog des NELF umfasst unter anderem die folgenden Themen: Arbeitslosigkeit, aktiver Umweltschutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen, Demokratisierung der Gesellschaft, Bürgerrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Verhinderung von Krieg, eine neue demokratische internationale Ordnung und eine humane Immigrations- und Flüchtlingspolitik. Vgl. ebenda, S. 29 f..

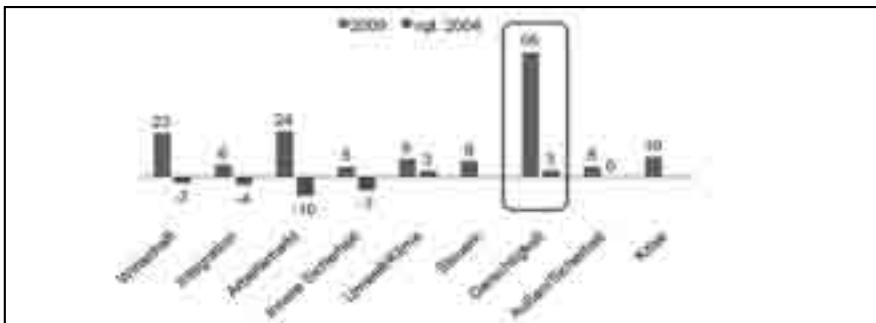
4 Die Darstellung der Forderungen der Parteien basiert weitgehend auf den diesem Buch zugrunde liegenden Ländereinstudien; auf deren Quelle wird jeweils in Klammern im Text verwiesen.

tisch geprägten skandinavischen Parteien und in der *Europäischen Linken* (EL) nur in wenigen Ländern ein wichtiges Thema der Linken, so z. B. in Rumänien und in Österreich (vgl. Erlingsdóttir, de Nève/Olteanu, Schukovits).⁵

Kaum diskutieren die linken Parteien die Integration von Minderheiten. Zwar sehen sich viele linke Parteien in der Tradition des Antifaschismus und bekennen sich zu einer pluralistischen und integrativen Gesellschaft (vgl. Schukovits, Steiner). Manche der Parteien agieren jedoch auch offen gegen MigrantInnen und Roma (vgl. Johansen, Holubec), oder die Parteimitglieder halten ihre Integration für unwichtig (vgl. Wirries, Müller). Ähnliches gilt für die Situation sexueller Minderheiten. Während sich beispielsweise der portugiesische *Bloco de Esquerda* und die spanische *Izquierda Unida* über Jahre hinweg für Gesetze zur gleichgeschlechtlichen Ehe eingesetzt haben, ist LGBT in den linken Parteien Mittel- und Osteuropas regelrecht tabuisiert (vgl. de Nève/Olteanu). Der Protest gegen regelmäßige Angriffe auf *Gay Prides* bleibt vielerorts kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen vorbehalten (vgl. Tomic/Kanzleiter), und vereinzelt kommt es sogar zu homophoben Äußerungen linker PolitikerInnen (vgl. Holubec).

Weitere Themen, die selten Eingang in konkrete politische Forderungen finden, sind die Herausforderungen des Internetzeitalters und das oft in Parteiprogrammen unter dem Stichwort Demokratie benannte Thema Bürgerrechte (vgl. Kachel).

Grafik 1: Wahlentscheidende Themen bei den Europawahlen 2009⁶



5 Anlass zu dieser Einschätzung gibt über die Länderstudien hinaus die Themenwahl in Publikationen und Veranstaltungen der linken Parteien. Ein ähnlich geringen Stellenwert haben die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Umwelt für die sozialen Bewegungen: Auf dem Europäischen Sozialforum 2010 setzte sich nur ein Bruchteil der angebotenen Seminare mit ihnen auseinander. Ausführlich zur Relevanz von Geschlechtergerechtigkeit für linke Bewegungen vgl. Susanne Empacher: Socialism and Feminism, in: Inger V. Johansen/Barbara Steiner (Hg.): International Women's Day – 100 years of struggle. Speeches of the International Women's Conference in Copenhagen, March 6 – 7, 2010, transform! european journal for alternative thinking and political dialogue, Sonderheft 5/2010, S. 13 ff..

6 Quelle: Benjamin Hoff: Die Europawahl 2009 und DIE LINKE. Auswertung der Daten des WAHLREPORTS von Infratest-dimap, in: <http://www.benjamin-hoff.de/article/3406.die-europawahl-2009-und-die-linke.html>; abgerufen am 10.6.2010. Dass die Mitglieder (nicht unbedingt die Funktionäre) linker Parteien den Stellenwert der genannten Themen ähnlich beurteilen, zeigt eine Neumitgliederbefragung der Linken (vgl. Hildebrandt).

Betrachtet man Grafik 1 zu den wahlentscheidenden Themen deutscher WählerInnen bei den Europawahlen 2009, so entspricht die obengenannte Themensetzung der linken Parteien weitgehend dem Stellenwert, den auch die deutschen WählerInnen diesen Themen zuweisen. Als zentral angesehen werden Wirtschaft, (soziale) Gerechtigkeit und Arbeitsmarkt; die Finanz- und Wirtschaftskrise steht als aktuelles Thema immerhin an vierter Stelle. Die Themen Integration und innere Sicherheit haben seit 2004 in ihrer Bedeutung abgenommen und spielen nur eine marginale Rolle. Doch auch die Außen- und Sicherheitspolitik – Stichwort Frieden – hat einen deutlich geringeren Stellenwert für die WählerInnen als für die Partei *Die Linke*. Sie rangiert in ihrer Bedeutung sogar noch hinter dem Thema Umwelt.

Die Krise des Finanzmarktkapitalismus

Das Thema Krise beherrscht die Debatten in den linken Parteien erst seit Mitte des Jahres 2008, als es auch von anderen Parteien und den Medien aufgegriffen wurde. Diskutiert wird die Krise allerdings anders als im politischen Mainstream nicht als Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern als Krise des kapitalistischen Systems (vgl. beispielsweise Johansen, Wagener). Eine besondere Argumentationslinie geht dahin, in der Verschränkung einer gleichzeitig auftretenden Klima-, Nahrungsmittel- und Energiekrise eine Krise der menschlichen Zivilisation zu sehen.⁷

Bemerkenswert in der Debatte ist der vielfach verwendete Begriff Finanzmarktkapitalismus, der die Verselbstständigung der Finanzmärkte und die Einbeziehung der Realwirtschaft in spekulative Finanzgeschäfte beschreibt.⁸ Ist auch der Kapitalismus in Gänze durch diese Krise nicht ernsthaft bedroht, so soll zumindest ein Finanz-System überwunden werden, in dem die Wirtschaft und Gesellschaft völlig machtlos den Interessen von Großbanken und dem Urteil privater Rating-Agenturen gegenüberstehen. Das Fernziel, den Kapitalismus selbst zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, bleibt dennoch bestehen.

Die Krise hat in der Linken Hoffnungen auf eine mögliche Transformation des Kapitalismus geweckt.⁹ Diskutiert werden Ideen zu einem ökosozialen Umbau der postfordistischen Industriegesellschaft, zu einer Vergesellschaftung des Finanzsektors und zu Modellen der Wirtschaftsdemokratie.¹⁰ Die Hoffnung, nicht nur die

7 Vgl. François Houtart: Die Mehrdimensionalität der Krise und mögliche Alternativen, Rosalux-Europa April 2009, S. 1.

8 Vgl. Effi Böhle u. a.: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke, in: kontrovers 1/2009, S. 2.

9 Vgl. Transform! Europe: Meaning, Subjects and Spaces of Transformation, International workshop by transform! Europe in Florence 29-30 May 2010, Ergebnisse in: <http://www.transform-network.net/en/home/display-home/article/Strategic-Perspectives-of-the-European-Radical-Left-2-Meaning-Subjects-and-Spaces-of-Transf.html>; abgerufen am 10.6.2010; Dieter Klein: Eine zweite große Transformation und die Linke, Rosalux-Europa Februar 2010.

10 Vgl. Böhle u. a.: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus, S. 2.

Wirtschafts- und Finanzwelt zu verändern, sondern auch erste Schritte in Richtung einer solidarischeren und nachhaltigeren Lebensweise zu machen, verdichten sich in Fragestellungen wie »Wie wollen wir leben?« und dem aus Lateinamerika stammenden Konzept des *Bien Vivir*. Diese Debatten zur Transformation finden allerdings weitgehend in transnationalen intellektuellen Zirkeln statt. Sie haben nur in begrenztem Maß Einzug in die Diskussionen linker Parteiengremien gehalten, so beispielshalber in die der *Linken* und des *Bloco de Esquerda* in Portugal (vgl. Hildebrandt, Soeiro).

Neben der Frage, inwieweit die mannigfaltigen Krisenerscheinungen als Vorzeichen eines möglichen Systemwandels interpretiert werden können, stehen strategische Fragen im Mittelpunkt der Debatten parteinaher Think Tanks. Dabei lässt sich feststellen, dass die linken Parteien paradoxerweise bisher nicht von der Krise profitieren können: Obwohl sie über Jahre hinweg vor den drohenden Folgen einer Deregulierung der Finanzmärkte gewarnt haben, werden die Forderungen der Linken nun zwar vereinzelt umgesetzt – man denke an die Teil-Verstaatlichungen der britischen Banken *Northern Rock* und *Bradford & Bingley* 2008 oder das derzeit diskutierte Verbot ungedeckter Leerverkäufe –, die Forderungen werden aber nicht mehr als Forderungen der radikalen Linken erkannt. Den linken Parteien wird keine Kompetenz zur Überwindung der Krise zugesprochen und deutliche Stimmenzuwächse bleiben bisher aus.¹¹ Im Gegenteil: Wie die Europawahlen 2009 und die Wahlen in Ungarn und den Niederlanden im Frühjahr 2010 gezeigt haben, scheint die Krise in erster Linie populistische und radikal rechte Parteien zu stärken.

Hinzu kommt, dass die Krise trotz der gegenseitigen Abhängigkeit im Euro-Raum bisher nicht als Problem aller europäischen Staaten wahrgenommen wird, denn sie hat in den verschiedenen europäischen Ökonomien höchst unterschiedliche Auswirkungen, die durch die derzeitige Politik der nationalen Regierungen sogar noch verschärft werden.¹² Während die Bevölkerungen Griechenlands und Spaniens massiv unter den Folgen der Krise leiden, haben kurzfristige Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld, Konjunkturprogramme und Steuergeschenke in vielen EU-Ländern dazu geführt, dass die BürgerInnen das Ausmaß der Krise bisher nicht erkennen. Breite Proteste gegen das nationale und europäische Krisenmanagement, bei denen die linken Parteien ansetzen könnten, bleiben deshalb bisher aus.

Die Vorschläge der linken Parteien zur Überwindung der Krise werden in erster Linie *innerhalb* des kapitalistischen Systems gedacht. In den gegenwärtig diskutierten Vorschlägen offenbart sich ein bekanntes Dilemma: Die Notwendigkeit, konkrete und zeitnah umsetzbare Konzepte zum Vorteil breiter Bevölkerungs-

11 Vgl. Barbara Steiner: Electoral Performance of the Left: A Survey, in: transform! european journal for alternative thinking and political dialogue 6/2010, S. 174 f.

12 Vgl. Elisabeth Gauthier: Crisis, Europe, Alternatives and Strategic Challenges of the Left, ebenda, S. 116 f.

schichten zu entwickeln, zwingt linke Parteien dazu, ein System zu stützen, das sie eigentlich überwinden wollen. Das derzeit von fast allen Parteien formulierte Ziel ist das einer »stärkeren Regulierung des Finanzsektors«. Es wird ausdifferenziert in Forderungen nach öffentlichen Rating-Agenturen und einer Stärkung des Regimes der Europäischen Zentralbank, die von demokratisch gewählten VertreterInnen kontrolliert werden soll. Banken soll darüber hinaus verboten werden, sich an *Hedge-Fonds* und *Private-Equity-Fonds* zu beteiligen.¹³ Die Forderung nach einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) ist einer der Vorschläge, die auch von der schwarz-gelben Bundesregierung und der EU-Kommission aufgegriffen wurden. Einige Parteien werben für die Verstaatlichung von Banken, so die *Enhedslisten* in Dänemark und die italienische PRC (vgl. Johansen, Hagemann). Die Wahlplattform der Europäischen Linken aus dem Jahr 2009 fordert, dass »Gemeinschaftsgüter und strategische Wirtschaftsbereiche [...] zu vergesellschaften (nationalisieren)«¹⁴ sind.

Der Krise der Realwirtschaft wollen die linken Kräfte mit einer Umverteilung des Wohlstands von oben nach unten begegnen, durch die die Massennachfrage gesteigert werden soll. Im Mittelpunkt der Konzepte der linken Parteien stehen nachhaltige staatliche Investitionen z. B. in Bildung und ökologische Modernisierung sowie Steuerentlastungen und Lohnerhöhungen für GeringverdienerInnen. Ein auf Planung und Volkseigentum basierendes Wirtschaftsmodell ist hingegen, sieht man von Ausnahmen wie der griechischen KKE und der DKP ab, für das Gros der Parteien keine gewünschte Alternative.

Es gibt auch Differenzen zwischen den Parteien sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene. Es gibt bisher kein gemeinsames Programm der EL zum Umgang mit der Krise, und beispielsweise in Dänemark wurden Krisenpakete für die Banken von der SF unterstützt und von der *Enhedslisten* abgelehnt. Die meisten nationalen Besonderheiten der Parteien in der Auseinandersetzung mit der Krise sind aber weniger ideologischen Differenzen geschuldet als vielmehr den unterschiedlichen landesspezifischen Krisensituationen. In Griechenland kämpfen die Parteien *Synaspismos* und KKE gegen die Abgabe griechischer Autonomie an den IWF und die Europäische Kommission und gegen die heftigen sozialen Einschnitte infolge der Sparmaßnahmen. *Synaspismos* fordert, dass Griechenland ausschließlich Kredite von der EZB beziehen soll und dass ein Pakt für sozialen Schutz, Sicherung menschenwürdiger Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung an die Stelle des Stabilitätspakts treten soll (vgl. Marioulas). Die Partei *Vinstri hreyfingin* in Island hat als Regierungspartei selbst die Chance,

13 Vgl. Julia Kuckelhorn (Red.): Wie würde die europäische Linke auf die Krise reagieren? Gabi Zimmer von den europäischen Linken spricht über die Finanzkrise, in: Deutsche Welle Fokus Europa, Sendung vom 2. Juni 2010.

14 Europäische Linke: Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, S. 4. Zur innerdeutschen Debatte vgl. Velten Schäfer: »Alle privaten Banken sind pleite«. Die polit-ökonomische Intelligenz der Linkspartei traf sich zum Krisen-Gipfel in Berlin, in: Neues Deutschland vom 28. Juni 2010, S. 2.

den Protest gegen die Präsenz des IWF in die isländische Außenpolitik hineinzutragen und nationale Gesetze zum Umgang mit der Krise zu verabschieden. Zu den ersten Maßnahmen der isländischen Regierung gehörten die Reorganisation der staatlichen Zentralbank, eine vorübergehende Auktionsbeschränkung wegen Zwangsvollstreckung, die Sicherung der Renten für Geringverdienende und Steuervergünstigungen für Zinszahlungen (vgl. Erlingsdóttir).

Im Zentrum der Kampagnen der linken Parteien in Italien, Spanien und Portugal steht der Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Die Parteien fordern unter anderem ein Verbot von Massenentlassungen, eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds und eine Reform der Arbeitslosenversicherung (vgl. Hagemann, Heilig, Soeiro). Auch in den skandinavischen Ländern, die bisher insgesamt nur gering von der Krise betroffen sind, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der Krise von linken Parteien als derzeit drängendstes Problem wahrgenommen; es werden Beschäftigungspläne und die Erhöhung des Arbeitslosengelds gefordert (vgl. Steiner, Johansen). *Die Linke* in Deutschland konzentriert sich momentan vorrangig auf den Protest gegen das umfassende Sparpaket der Bundesregierung; auch die italienische und die britische Linke mobilisieren mit Demonstrationen und Streiks gegen die Sparpläne ihrer Regierungen. Die EL und die europäische Linksfraktion GUE/NGL richten ihr Augenmerk darauf, Solidarität im Umgang mit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Ländern wie Griechenland herzustellen und eine gemeinsame europäische Lösung der sich weiter ausbreitenden Schuldenkrise einzufordern.¹⁵

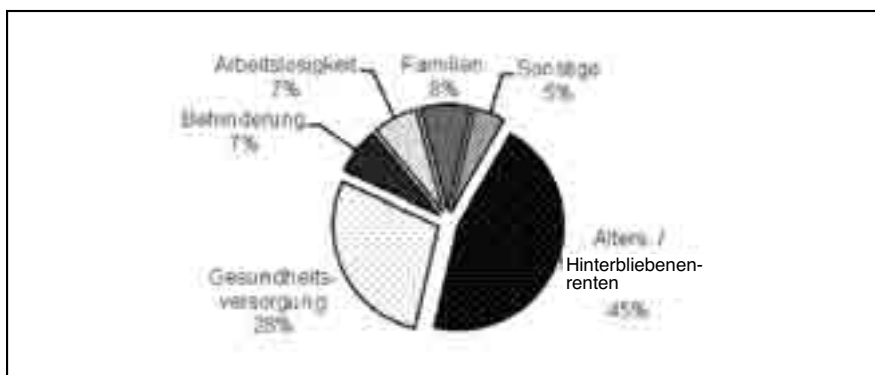
Hinter all diesen verschiedenen Kämpfen steht in erster Linie das gemeinsame Ziel zu verhindern, dass die Folgen der Krise auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden. Die Argumentation vieler linker Parteien lässt sich unter dem Satz »Lasst sie für ihre Krise zahlen« subsumieren, der auch Motto des Europäischen Sozialforums 2010 war. In ihm manifestiert sich die Entrüstung darüber, dass die Banken und ihre Manager von großzügigen Rettungspaketen profitieren konnten, während staatliche Sparmaßnahmen vor allem Geringverdienende und Erwerbslose treffen sollen. Nicht zuletzt, weil viele linke StammwählerInnen persönlich von den sozialen Kürzungen betroffen sein werden, hat der Kampf dagegen einen höheren Stellenwert für die Parteien als die Formulierung von Vorschlägen zum Finanzsystem. Um die Folgen der Krise abzumildern und einen Anstieg der Armut zu verhindern, kämpfen die linken Parteien in erster Linie um die Verteidigung des Sozialstaats und propagieren einen starken öffentlichen Sektor. Diese Ziele sollen im Folgenden weiter ausgeführt werden.

15 Vgl. Jürgen Klute (Hg.): Jeder gegen jeden? Die EU und die Krise, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010; Europäische Linke: The European Left in solidarity with the Greek workers, 6. Mai 2010, Crisis and the neoliberal attack on the rights of the working people in Greece and Europe, 6. März 2010, in: www.european-left.org/english/positions/statements; abgerufen am 10.6.2010.

Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste

Das Modell des »europäischen Wohlfahrtsstaats« fächert sich in eine weite Bandbreite von Typen auf, die sich grob in zwei Kategorien unterscheiden lassen: in das beitragsfinanzierte Bismarck-Modell, das beispielsweise in Staaten wie Tschechien, Belgien und Lettland gilt, und das steuerfinanzierte Beveridge-Modell, das unter anderem in Großbritannien, Polen und Zypern angewandt wird. Während das Erstere die soziale Sicherung an Beschäftigung koppelt, richtet sich das Beveridge-Modell als Fürsorgemodell mit staatlichen Renten und kostenlosen Gesundheitsdiensten an die gesamte Bevölkerung.¹⁶ Allerdings bestehen diese Modelle fast nirgends in Reinform; verbreitet ist eine Mischfinanzierung aus Sozialbeiträgen, staatlichen Zuweisungen, privaten Versicherungen und nicht-staatlicher Fürsorge (Familien, Wohlfahrtsorganisationen). Letzterem kommt insbesondere in den rudimentären Sozialsystemen in Südeuropa eine hohe Bedeutung zu.¹⁷

Grafik 2: Struktur der Sozialschutzausgaben der EU-27, 2006¹⁸



Große Diskrepanzen gibt es auch in der Höhe der Mittel, die die Staaten für die Versorgung von RentnerInnen, Behinderten, Kranken, Familien und Arbeitslosen aufwenden (zur Verteilung der europäischen Gesamtausgaben vgl. Grafik 2). So machten die Sozialausgaben der EU-Staaten 2006 durchschnittlich 26,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, die Niederlande, Belgien und Frankreich lagen mit Ausgaben zwischen 28,5 Pro-

16 Vgl. Josef Schmid: Der Wohlfahrtsstaat in Europa – Divergenz und Integration, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2008, S. 715.

17 Vgl. ebenda, S. 717.

18 Quelle: Eurostat: The Social situation in the European Union 2008. New Insights into Social Inclusion, European Communities, 2009, S. 118. Zusammengefasste Angaben nach eigenen Berechnungen.

zent und 31,1 Prozent des BSP signifikant darüber, während Lettland (12,2 Prozent) und die anderen baltischen Länder weit unterhalb des EU-Durchschnitts lagen. Andere Länder mit besonders niedrigen sozialen Ausgaben sind Bulgarien und Rumänien.¹⁹

Die linken Parteien müssen in der Folge auf sehr unterschiedliche nationale Diskurse reagieren. Die VAS in Finnland und die *Vänsterpartiet* in Schweden beispielsweise konkurrieren mit Teilen der Sozialdemokratie um die Verteidigung eines nordischen Wohlfahrtsmodells, das von den jeweiligen Regierungen als nicht mehr finanzierbar erklärt wird. Ganz anders die polnische Linke in ihrem Ringen um mehr staatliche Fürsorge: Sie muss sich mit der verbreiteten Ansicht auseinandersetzen, dass ein schlanker Sozialstaat für das heutige Polen prinzipiell besser geeignet ist als die traditionellen westeuropäischen Sicherungssysteme – eine auch von dem Sozialdemokraten Leszek Miller vertretene Auffassung (vgl. Pilawski/Politt). In einer völlig anderen Diskussion befindet sich wiederum *Die Linke* in Deutschland, wenn angeblich zu hohe Lohnnebenkosten als Grund für Massenarbeitslosigkeit angeführt werden.

Europaweit vergleichbare oder sogar gemeinsame Forderungen entstehen aus Elementen, die in fast allen Programmen der linken Parteien verankert sind: die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Solidaritäts- oder Wohlfahrtsgedanke. Beide spiegeln sich in Forderungen der Parteien nach fairer Einkommens- und Steuerverteilung und nach sozialen Mindeststandards für alle BürgerInnen wider. Die Parteien nehmen die Debatten zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme angesichts des offensichtlich vorhandenen Reichtums in der EU zu Recht als Verteilungsdebatten wahr. Auf welche Weise umverteilt werden kann, ist in den Staaten mit Beveridge-Modell leicht erkennbar: Fordern beispielsweise *Sinn Féin*, der linke Flügel der *Labour Party* oder die *Enhedslisten* in Dänemark eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung oder eine Erhöhung des Arbeitslosengelds, so steht unmittelbar die Frage im Raum, aus welchen Mitteln diese Mehrausgaben im Staatshaushalt finanziert werden sollen. Die *Enhedslisten* beantwortet diese beispielsweise mit Forderungen nach der Einführung einer Gewerbe- und einer Transaktionssteuer (vgl. Johansen). In anderen Ländern werden höhere Spitzensteuersätze oder Luxussteuern gefordert, auch um der zunehmenden Polarisierung der Einkommen entgegenzuwirken.²⁰

19 Vgl. Eurostat: The Social Situation in the European Union 2008. New Insights into Social Inclusion, European Communities 2009, S. 114. Ein ähnlich divers Bild ergibt sich, betrachtet man den Anteil der Erwerbslosen, die Einkommensbeihilfen beziehen: Erhielten in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Finnland über 90 Prozent aller Erwerbslosen eine staatliche Unterstützung, so war es in Griechenland, Italien, Estland, Litauen und Großbritannien weniger als ein Drittel der Erwerbslosen. Ebenda, S. 26.

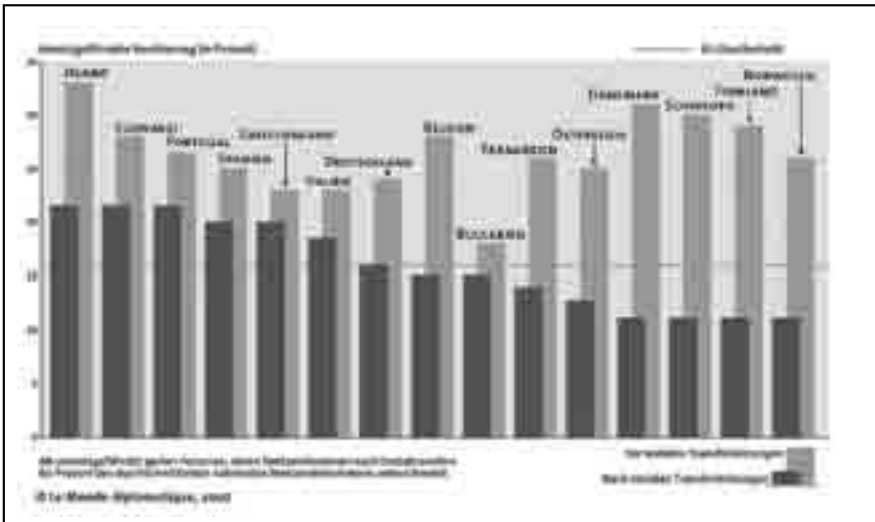
20 Für eine ausführliche Darstellung sozialer Ungleichheit und Einkommenspolarisierung vgl. Jan Goebel/Martin Gornig/Hartmut Häußermann: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 24/2010 vom 16. Juni 2010; Kate Pickett/Richard Wilkinson: The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger, London 2009.

In den Staaten mit Bismarck-Modell stellt sich die Situation komplexer dar: Linke Parteien fordern hier unter anderem Staatsgarantien für Ausfälle der Sozialversicherung (*Die Linke*), eine Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse (KPÖ, VAS) oder die Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeitgeber (*Déi Lénk*). Zwar sprechen sich viele der Parteien für eine umfassende und über die Erwerbstätigen hinausgehende Fürsorgepflicht des Staates aus, aus Sorge vor staatlichem Sozialabbau halten manche aber auch explizit an der Kopplung der Sozialausgaben an die Beschäftigung fest (vgl. Wagener). Von den Parteien vielfach infrage gestellt wird eine Politik, die eine Überlastung des beitragsfinanzierten Systems ausschließlich durch Schritte hin zu einer höheren Beschäftigungsquote zu verhindern sucht. Der dadurch gesteigerte Druck auf Erwerbslose, jegliche Form von Beschäftigung anzunehmen, hat nach Wahrnehmung der linken Parteien lediglich zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors geführt.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit der linken Parteien stehen die Privatisierung der Sozialversicherung und die Kürzungen staatlicher Leistungen, die durch private Anlagen in Pensionsfonds und Zusatzversicherungen aufgefangen werden müssen. Die Parteien lehnen kapitalgedeckte Versicherungsmodelle zum einen wegen ihrer Instabilität ab, denn die Beiträge werden auf den Finanzmärkten angelegt und sind damit auch deren Risiken unterworfen – die Renten können letztlich also viel niedriger ausfallen als erwartet.²¹ Zum anderen führen die Aufgabe des Solidarprinzips und der ökonomische Wettbewerb privater Versicherungen zu einer erheblichen Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung und zu einer Senkung der Standards. Die Parteien protestieren deshalb gegen die staatliche Förderung privater Versicherungen und gegen Beschäftigungsverhältnisse, in denen Arbeitgeber keinen Beitrag zur Sozialversicherung leisten. Der Einsatz der Parteien gegen Privatisierung richtet sich darüber hinaus gegen Gesetze, durch die Kosten für einzelne soziale Leistungen dem Individuum aufgebürdet werden sollen. Beispiele hierfür sind der Protest der italienischen PRC gegen Kürzungen des Leistungskatalogs und die Forderungen der niederländischen SP nach Abschaffung des Eigenanteils in der Krankenversicherung (vgl. Wirries, Hagemann).

21 Vgl. Agnes Streissler: Public and private pensions: Lessons from the crisis, in: ETUI Policy Brief 6/2009, S. 5. WissenschaftlerInnen warnen darüber hinaus vor den makroökonomischen Folgen kapitalgedeckter Rentenversicherungen: Die Beiträge werden nicht in Renten umgelegt, sondern fließen unmittelbar in die Finanzmärkte. Dies führt zu einer Überschwemmung der Märkte mit Kapital und gilt wie im Fall der US-amerikanischen Rentenfonds als einer der Auslöser der gegenwärtigen Krise.

Grafik 3: Armutsgefährdete Bevölkerung in Prozent



In fast allen europäischen Ländern sehen sich die linken Parteien angesichts der Krise mit einer höheren Ungleichheit und einer wachsenden Armutsgefährdung konfrontiert. In Portugal und Estland gilt inzwischen ein Viertel der Bevölkerung als arm; in Deutschland ist der Anteil derer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, im Jahr 2009 auf knapp 22 Prozent angewachsen.²² Wie Grafik 3 zeigt, ist dieser relative Anteil unabhängig von der Wirtschaftsstärke eines Landes, und er wird erst durch soziale Transferzahlungen massiv reduziert. Wohlfahrtsstaat und Armutsbekämpfung sind also eng miteinander verknüpft und werden von den linken Parteien meist in einem Atemzug genannt.

Eine Forderung zur Bekämpfung der Armut, die linke Parteien in fast allen europäischen Ländern formulieren, ist der freie Zugang Bedürftiger zur Gesundheitsfürsorge und zu anderen sozialen Diensten (vgl. beispielsweise Pilawski/Politt, Hagemann). Die SP in den Niederlanden, die Gesundheit zu ihren Kernthemen zählt, fordert darüber hinaus einen jährlichen Gesundheitstest für alle NiederländerInnen (vgl. Wirries). In den anderen Ländern Westeuropas und in Skandinavien steht vor allem der Kampf um höhere Sätze für die Versorgung Erwerbsloser im Zentrum der Aufmerksamkeit der Parteien (vgl. Johansen, Hildebrandt). In Mittel- und Südosteuropa, wo Altersarmut ein Massenphänomen ist, ist die Erhöhung der Renten eine zentrale Forderung in den Programmen linker Parteien (vgl. de Nève/Olteanu, Müller). Der *Bloco de Esquerda* in Portugal nimmt sich

²² Vgl. Goebel u. a.: Polarisierung der Einkommen, S. 3.

insbesondere der Situation derer an, die trotz Arbeit arm sind (vgl. Soeiro); und die Regierungspartei AKEL in Zypern hat es sich zum Ziel gemacht, dass ab 2012 alle BürgerInnen über mehr als 420 Euro im Monat verfügen sollen (vgl. Marioulas).

Eine der aktuellen Debatten in den linken Parteien betrifft das bedingungslose Grundeinkommen, das vor allem in den west- und nordeuropäischen Parteien thematisiert wird: BefürworterInnen in der finnischen VAS und in der *Linken* propagieren auf diese Weise die »Freiheit von entfremdeter Arbeit« (Hildebrandt); sie wollen mit dem Grundeinkommen Räume schaffen, in denen sich Aktivität jenseits der Schaffung von Mehrwert entwickeln kann. Andere Teile der VAS sehen im Grundeinkommen hingegen lediglich eine »weitere Form der Sozialversicherung« (Kontula/Kuhanen), und auch die luxemburgische Partei *Déi Lénk* lehnt die Idee ab, indem sie den Wert von Arbeit als »Basis der Produktion gesellschaftlicher Güter« (Wagener) aufrechterhält. In der innerdeutschen Debatte wird das Grundeinkommen als nicht finanzierbar und als segregierend kritisiert, da es die Bevölkerung dauerhaft in Erwerbstätige und Grundeinkommens-EmpfängerInnen aufspaltet.²³ Alternativ oder ergänzend wird in einigen Ländern für Modelle der Verkürzung der Wochen- bzw. der Lebensarbeitszeit geworben, wodurch Beschäftigung fair auf alle Erwerbsfähigen verteilt werden soll (vgl. Wagener, Hildebrandt).²⁴

Eine zweite aktuelle Debatte, in der auch die Gewerkschaften Stellung beziehen, ist die derzeit in Frankreich, Italien und anderen Ländern beschlossene Erhöhung des Rentenalters. Die linken Parteien prangern an, dass dieser Schritt faktisch einer Rentenkürzung gleichkommt und dass er im offensichtlichen Widerspruch zu dem erklärten Ziel steht, die Jugend- und die Sockelarbeitslosigkeit zu senken. Sie fordern stattdessen eine staatliche Absicherung der Rentensysteme und eine gesellschaftliche Umverteilung, die ein weiteres Absenken der Renten verhindert. Staatliche Mindestrenten gehören ebenso zu den Kernforderungen linker Parteien wie die nach einem fairen Mindestlohn (vgl. Müller, Marioulas, de Nève/Olteanu, Heilig, Hildebrandt).

Neben Mindestlöhnen sind es vor allem die Dienstleistungsrichtlinie und die Auswirkungen der Lissabon-Strategie bzw. der Europa-2020-Strategie, die über die nationale Ebene hinaus auch von der europäischen Linken diskutiert werden. Der Fokus liegt dabei auf der Privatisierung öffentlicher Dienste: »Bildung, Betreuung in Kindheit und Jugend, bei Krankheit und im Alter, Gesundheit, Wasser und Abwasser, Energie, Nahverkehr, Post, Kultur und Breitensport sind keine Waren, sondern öffentliche Dienstleistungen, die in die Obhutpflicht des Staates fallen. Sie dürfen deshalb nicht dem Wettbewerb um die niedrigsten Kosten und

23 Vgl. Rainer Land: Grundeinkommen und Vollbeschäftigung!, in: Berliner Debatte Initial 18 (2007) 2, S. 78 f.; Ullrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, 181 (November 2005), S. 978-991.

24 Vgl. ebenda.

höchsten Profite unterworfen werden. [...] Wir treten für starke öffentliche Dienstleistungen und öffentlich kontrollierte Unternehmen, für verstärkte Investitionen in Bildung, Pflege und Betreuung, Gesundheit, Nahverkehr, Kultur und Breitensport ein.«²⁵

Folgerichtig fordern die Parteien, dass öffentliche Dienste, insbesondere die Gesundheitsversorgung, von den Regeln des europäischen Binnenmarkts und der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden.²⁶ Der Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge ist besonders für *Die Linke* und die italienische PRC ein wichtiges Thema (vgl. Hagemann, Hildebrandt). Die PRC konkretisiert dieses Ziel in Forderungen nach mehr sozialem Wohnungsbau und Mitteln für die Kompetenzentwicklung öffentlicher Unternehmen. Finanziert werden sollen die Maßnahmen dadurch, dass die kommunale Finanzautonomie gestärkt und die Maastrichter Verschuldungsgrenze angehoben wird (vgl. Hagemann). Auch in den anderen Parteien gewinnt die Sicherung kommunaler Dienste an Bedeutung, so zum Beispiel in Forderungen der KPÖ nach einer »Energiegrundsicherung« (vgl. Schukovits). Fast ausschließlich in den Jugend- oder Studierendenorganisationen der Parteien thematisiert werden hingegen die Ökonomisierung der Universitäten infolge von GATS und Bologna-Prozess sowie die Reform der Studienfinanzierung, durch die die Kosten für Bildung weg von der Gesellschaft hin zu den Studierenden verlagert werden.

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Der Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung nimmt angesichts aktueller Arbeitskämpfe z. B. bei Opel und Carrefour derzeit nicht nur in Parteien mit einem traditionell hohen Anteil an GewerkschafterInnen einen wichtigen Stellenwert ein.²⁷ Das Mitte der 90er Jahre in den Niederlanden und Skandinavien entwickelte *Flexicurity*-Modell, ein kaum existenter Kündigungsschutz gegen das Versprechen der raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, erweist sich in der anhaltenden Rezession als verheerend. Die linken Parteien richten ihr Augenmerk deshalb vor allem auf die Verhinderung von (Massen-)Entlassungen. Sie fordern kurzfristige Maßnahmen wie die staatliche Rettung und Vergesellschaftung in Not geratener Unternehmen, ein Kurzarbeitergeld mit Beschäftigungsgarantie, Solidaritätsfonds für KurzarbeiterInnen und ein Entlassungsverbot für 36 Monate (vgl. Hagemann) bzw. ein Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Gewinne machen (vgl. Wagener). Als eine langfristige Maßnahme zur Schaf-

²⁵ Europäische Linke: Gemeinsam für den Wechsel in Europa!, S. 4.

²⁶ Vgl. Europäische Linke: Defend the Public Services! 8. Mai 2010, in: www.european-left.org/english/positions/statements; abgerufen am 20.6.2010.

²⁷ Zur gewerkschaftlichen Prägung der Mitglieder linker Parteien vgl. Anna Striethorst: Mitglieder und Elektorate der linken Parteien in Europa (in diesem Buch).

fung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze werden Investitionen im öffentlichen Sektor angesehen; dazu gehören auch kommunale Projekte wie der durch *Die Linke* initiierte öffentliche Beschäftigungssektor des Landes Berlin.

Ein anderes Thema, das schon seit einigen Jahren in den linken Parteien diskutiert wird, ist die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen in Form befristeter Arbeitsverträge, ausufernder Zeitarbeit und Scheinselbstständigkeit – Erfahrungen, von denen auch viele der linken Parteimitglieder persönlich betroffen sind (vgl. Kontula/Kuhanen). Die Parteien warnen vor den psychischen Folgen anhaltender Unsicherheit und wenden sich mit Demonstrationen, Gesetzesvorhaben und Referenden gegen Gesetze, die den Arbeitsmarkt regulieren und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse vorantreiben (vgl. Hagemann, Seierstad). Gemeinsames Ziel ist die Rückkehr zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen mit fairen Arbeitsbedingungen und menschenwürdigen Löhnen. Gefordert werden unter anderem strengere Regeln für Überstunden und Feiertagsarbeit, Löhne, die auch ohne staatliche Beihilfen zum Leben ausreichen, umfassender Arbeitsschutz, die flächendeckende Gültigkeit von Tarifverträgen und mehr Kontrollrechte für Personalvertretungen und Gewerkschaften (vgl. Seierstad, Johansen, Hildebrandt, Wagener, Soeiro). Als Mittel hierzu gelten die klassischen Formen des Arbeitskampfes als unvermeidbar; die Idee der Sozialpartnerschaft wird von den Parteien klar zurückgewiesen (vgl. Schukovits, Wagener, Kachel).

Es fällt auf, dass viele der Forderungen der linken Parteien sich fast ausschließlich im Rahmen des traditionellen »Normalarbeitsverhältnisses« bewegen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird ebenso wenig thematisiert wie die Veränderungen der modernen Arbeitswelt, sei es die zunehmende Vermischung von Arbeit und Freizeit oder der Trend zur Wissensgesellschaft und die mit ihm verbundene Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Gleichzeitig bleiben die Diskussionen weitgehend auf die nationale Ebene beschränkt: Obwohl europäische Institutionen wie der EuGH massiven Einfluss auf den Kampf gegen drohende Standortverlagerung und Lohndumping haben, wird die EU kaum als Adressat linker Beschäftigungspolitik wahrgenommen. Ein Beispiel für gemeinsame Ziele der linken Parteien ist die Kampagne der *Europäischen Linken* (EL) gegen prekäre Beschäftigung, in der für einen europaweiten Mindestlohn geworben wird. Die EL setzt sich darin auch für das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« und den Zugang aller Erwerbsfähigen zu Vollzeitbeschäftigung ein.²⁸

Welchen Stellenwert Arbeit für die linken Parteien hat, zeigen die Debatten, die über die unmittelbaren Wahlforderungen hinausgehen. So sprechen nicht nur die italienische SEL und die luxemburgische *lénk* von einem Recht auf Arbeit (vgl. Hagemann, Wagener). Viele andere Programme betonen auch den Wert von Ar-

28 Vgl. Europäische Linke: Reclaim Life. Fight Precarity, in: http://www.european-left.org/uploads/media/Precarity_en.pdf; abgerufen am 20.6.2010.

beit über den Selbstzweck oder die wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus; Arbeit soll als Schlüssel zu Selbstverwirklichung und gesellschaftlicher Partizipation dienen. Linke Feministinnen weisen zudem auf die Notwendigkeit hin, den Arbeitsbegriff um unbezahlte gesellschaftliche Arbeit zu erweitern.²⁹ Trotz eines prinzipiell positiven Arbeitsbegriffs lehnen die Parteien Gesellschaftskonzepte ab, die individuelles Bemühen zur Maxime erheben und Menschen ausschließlich nach ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit bewerten (vgl. Sahuc, Hagemann). Entsprechend wird auch bekräftigt, dass die Trennung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen überwunden werden muss, so zum Beispiel in Form solidarischer Netzwerke, wie sie die italienische PRC fordert (vgl. Hagemann).

Frieden und kollektive Sicherheit

Die Debatte um Frieden und kollektive Sicherheit wird in den linken Parteien von zwei großen Themenbereichen bestimmt: der Haltung zu internationalen Konflikten und Militäreinsätzen und der Mitgliedschaft in Sicherheitsorganisationen.

Die aktuellen Konflikte, die von linken Parteien thematisiert werden, sind der Krieg in Afghanistan und der Nahostkonflikt. Die Konflikte im Kaukasus spielen eine nachgeordnete Rolle in den Forderungen der Parteien so wie auch der Krieg gegen den Irak, der nach den Truppenabzügen der letzten Jahre inzwischen nur noch für die britische Linke ein zentrales Thema ist. In Bezug auf den Krieg in Afghanistan fordern viele linke Parteien, z. B. in Deutschland, den Niederlanden, Bulgarien und Schweden, mit Unterschieden im Detail einen sofortigen Abzug aller Truppen (vgl. Hildebrandt, Wirries, Müller, Steiner). Die deutliche Opposition gegen den Krieg bleibt allerdings nicht ohne Ausnahme: Die SF hat den dänischen Truppeneinsatz mitgetragen und fordert nun einen Friedensplan mit einer mittelfristigen Abzugsperspektive. Die norwegische SV hat als Regierungspartei zwar einen Teilabzug der norwegischen Truppen durchsetzen können, im Gegensatz zur deutschen Linken ist die weitere Beteiligung am Afghanistankrieg aber kein Ausschlusskriterium für eine (fortgesetzte) Mitte-Links-Koalition (vgl. Hildebrandt, Seierstad).

Der Nahost-Konflikt hat in den europäischen Linksparteien traditionell einen höheren Stellenwert als in anderen politischen Parteien. Die Haltung dazu wird vor allem in der Linken und in der österreichischen KPÖ als Gradmesser linker Identität empfunden, und stark polarisierte Positionen erschweren gemeinsame Lösungsansätze. Der gewaltsame Angriff auf die Gaza-Flotte durch die israelische Armee führte im Mai 2010 erneut zu scharfen Debatten zwischen den israel-

29 Vgl. Katja Kipping: Nicht auf der Höhe der Zeit. Dem Programmwurf der LINKEN fehlt der Respekt vor der Vielfalt der linken Bewegung, in: Neues Deutschland vom 21. Juni 2010, Online-Ausgabe; Empacher: Socialism and Feminism, S. 19 f.

bzw. palästinenserfreundlichen Lagern, die außer in den deutschsprachigen Ländern auch in Frankreich und Großbritannien sehr präsent sind. Es handelt sich dabei jedoch um einen weitgehend parteiintern geführten Streit; in Wahlkämpfen spielt der Nahostkonflikt eine nachrangige Rolle.³⁰

Sowohl in Bezug auf den Nahostkonflikt als auch auf die Kriege in Afghanistan fällt auf, welchen hohen Stellenwert die linken Parteien dem humanitären Völkerrecht zumessen. So besteht Einigkeit dahingehend, dass internationale militärische Einsätze wenn überhaupt ausschließlich im Rahmen von ausdrücklich formulierten UN-Mandaten stattfinden dürfen (vgl. Seierstad). Die Völkerrechtswidrigkeit der *Operation Enduring Freedom* (OEF) der NATO sowie ihre Vermischung mit der UN-Mission ISAF sind Hauptargumente der linken Parteien, die jeweiligen Truppeneinsätze abzulehnen. Weniger stark werden Verstöße gegen das Völkerstrafrecht von den linken Parteien als solche thematisiert; beim Protest der Linken gegen die Bombardierung eines Tanklusters in Afghanistan im September 2009 wurde fast gar nicht darauf verwiesen.³¹

Die Diskussionen der linken Parteien zur internationalen Sicherheitsstruktur werden von den Debatten zu Alternativen zur NATO und Forderungen nach einem jeweiligen Austritt von Ländern aus der NATO dominiert. Abgelehnt wird die NATO als ein nicht demokratisches Sicherheitssystem, das ausschließlich über militärische Mittel verfügt und das wichtige Akteure wie Russland außen vor lässt. Die SicherheitspolitikerInnen in linken Parteien warnen vor strukturellen und personellen Überschneidungen der NATO mit europäischen Instrumenten wie der *Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik* (ESVP) und den *EU Battle-groups*. In der Kritik steht zudem die Vermischung militärischer und ziviler Missionen wie z. B. die Zusammenarbeit von KFOR und EULEX im Kosovo. Alternativ zur NATO setzen die Parteien auf kollektive Sicherheitssysteme wie UN und OSZE, wobei konkrete Fragen wie die Bewältigung von gewaltsamen Konflikten wie im ehemaligen Jugoslawien nur unter ExpertInnen diskutiert werden.³²

Die Ablehnung einer Mitgliedschaft ihrer Länder in der NATO ist für einige der europäischen Linksparteien also eine zentrale Forderung; im Fall der spanischen *Izquierda Unida* oder der norwegischen SV ist sie sogar Bestandteil ihrer Gründungsgeschichte (vgl. Heilig, Seierstad). Zu den Parteien, die vorbehaltlos einen Austritt aus der NATO fordern, gehören insbesondere mittel- und südosteuropäische Parteien wie die tschechische KSČM und die *Bulgarische Linke* (vgl.

30 Für eine ausführliche Darstellung der Debatten zum Nahostkonflikt vgl. Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2007.

31 Für eine ausführliche Darstellung der Positionen der Linken vgl. Die Linke: Bundeswehr 2010 aus Afghanistan abziehen, in: http://www.linksfraktion.de/bundeswehr_2010_aus_afghanistan_abziehen.php; abgerufen am 10.7.2010.

32 Vgl. Wolfgang Triebel: Statt NATO ein kollektives Sicherheitssystem zur Demokratisierung internationaler Beziehungen, in: Rosalux-Europa, März 2010.

33 Vgl. Cornel Mihalache: European Security Policy: Left approach and our Response to NATO. Vortrag auf der Sommeruniversität der Europäischen Linken 2010 in Chisinau, Moldawien vom 14. bis 18. Juli 2010.

Holubec, Müller). Die PCRM, die bis 2009 in Moldawien regierte, schließt einen Beitritt zur NATO aus und fordert ein neutrales Moldawien nach österreichischem Vorbild. Die meisten westeuropäischen Linksparteien halten einen nationalen Alleingang nach Jahrzehnten der Mitgliedschaft eher für unrealistisch bzw. weichen wie die niederländische SP in Wahlkämpfen von dieser Forderung ab (vgl. Wirries). Sie tendieren stattdessen eher zu einer Auflösung (*Die Linke*) oder zu einem gemeinsamen Austritt aller europäischen Länder aus der NATO (*Déi Lénk*, vgl. Wagener). Wieder sind es die skandinavischen Parteien SV und SF, die die Mitgliedschaft ihrer Länder in der NATO nicht aktiv angreifen: Die SV will ihren Koalitionskompromiss nicht gefährden, und die SF sieht nach den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden Ole Sohn keine Alternativen zur NATO (vgl. Seierstad, Johansen).

Vor allem in den mittel- und osteuropäischen Parteien präsent sind die Themen Aufrüstung und die Stationierung ausländischer Truppen: So kämpft zum Beispiel die *Bulgarische Linke* (BL) gegen die Stationierung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme. Die Kampagne *Ne základnám* der tschechischen KSČM gegen eine US-Radarbasis gilt als eines der wenigen Beispiele erfolgreicher Bündnisarbeit der Partei (vgl. Müller, Holubec). Aufrüstung spielt darüber hinaus in der Europafraktion GUE/NGL eine signifikante Rolle, sind doch die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und das Aufrüstungsgebot im Lissabon-Vertrag zentrale Themen der linken Parteien in der Auseinandersetzung mit der EU.

Mit schwelendem Nationalismus und ethnischen Konflikten setzen sich vor allem die linken Parteien in der Estland, in der Türkei, in Zypern und im ehemaligen Jugoslawien auseinander (vgl. Palm/Golikov, Sey, Marioulas, Kanzleiter/Tomic). Allgemeine Ideen zu friedlicher Konfliktbearbeitung oder zu einer Vision von Frieden, die über konkrete Konflikte hinausgeht, werden eher in linken Think Tanks und Friedensgruppen als in den Parteigremien formuliert.

Fazit

Die linken Parteien legen einen deutlichen Schwerpunkt auf Themen wie die Schaffung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz vor Ausbeutung. Sie werden damit der Ausrichtung ihrer jeweiligen Programme gerecht. Die Debatte zur Krise zeigt zum einen eine Kompetenz der Linken in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, die aber von den WählerInnen bisher nicht wahrgenommen und honoriert wird. Zum anderen offenbart die Krisen-Debatte eine hohe Diskrepanz zwischen den Analysen intellektueller Kreise in Parteinähe und den zum Teil stark vereinfachten Losungen, mit denen sich die Parteien selbst im politischen Wettstreit zu behaupten versuchen.

Ungleiche nationale und regionale Problemlagen führen unterschiedlichen Schwerpunkten und zu spezifischen Forderungen, die je nach Stellung der Par-

teien im Parteiensystem auch mehr oder weniger radikal formuliert werden. Hinzu kommen landesspezifische (politische) Kulturen, unterschiedliche Begriffe und Tabus. So findet beispielsweise die Debatte zu Migration und Flüchtlingen in Griechenland unter völlig anderen Vorzeichen statt als in Dänemark (vgl. Marioulas, Johansen). Dass sich die PPS, die PAS und die PSD in Rumänien ausdrücklich zur Kirche bekennen, ist wohl eine Ausnahme unter den linken Parteien Europas, wo Religion entweder gar nicht oder in Forderungen nach mehr Laizismus thematisiert wird (vgl. de Nève/Olteanu, Holubec). Der Vergleich der politischen Arbeit der Parteien offenbart dennoch einen gemeinsamen Themenkern und eine Vielzahl parallel verlaufender Kampagnen, die Grundlage für koordinierte Aktionen der Europäischen Linken (EL) sein könnten. Gemeinsame Aktionen finden bisher allerdings nur in begrenztem Umfang statt. Angesichts der Ähnlichkeit der jeweiligen Lösungsvorschläge für aktuelle Probleme kann man dahinter wohl am ehesten ideologische Differenzen zwischen den Mitgliedsparteien der EL vermuten.

Schwer fällt es den Parteien Themen aufzugreifen, von denen sich das Gros der Parteimitglieder nicht selbst betroffen fühlt. Offensichtlich wird dies beim Thema Geschlechtergerechtigkeit und beim Datenschutz, den die linken Parteien fast gänzlich der Piraten-Partei überlassen. Aber auch Migration oder die Auseinandersetzung mit der Ausgrenzung gesellschaftlicher Randgruppen wie den Roma bleiben Nischenthemen, weil es keine starke Repräsentanz der entsprechenden Gruppen in den Parteien gibt.

Eine erhebliche Lücke in der Themenwahl der Parteien zeigt sich beim Thema Umwelt. Fast alle linken Parteien sprechen sich im Prinzip für Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung aus, sie protestieren gegen lokale Umweltverschmutzungen (vgl. Marioulas, Müller) oder fordern Transparenz in den öffentlichen Umweltausgaben (vgl. Hagemann). Auch wird durchaus anerkannt, dass der Schutz der Umwelt Vorrang vor Industrie und auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen haben sollte; dies zeigt beispielsweise eine Umfrage unter WählerInnen der *lénk* in Luxemburg (vgl. Wagener). Eine darüber hinausgehende Auseinandersetzung findet jedoch nicht statt. Insbesondere die notwendige Transformation des Kapitalismus hin zu einer nachhaltigeren Produktionsweise – im Konzept eines *Green Democratic Socialism* formuliert – ist kein Thema der linken Parteien.³⁴ Die Debatte darüber, ob sich daraus das linke Zukunftsprojekt entwickeln könnte, nach dem viele europäische Parteien bisher vergebens suchen, soll an dieser Stelle jedoch nicht vertieft werden.

34 Vgl. Klein: Eine zweite große Transformation, S. 7; Judith Dellheim/Günter Krause (Hg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Berlin 2008.

Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien

Zu den Rahmenbedingungen der Politikentwicklung und Strategiebildung linker Parteien in Europa gehören die immer stärkere Europäisierung der Politik und der wachsende Grad ihrer Institutionalisierung. Dies ist verbunden mit der Neudefinition der Europäischen Union als »global player«. Europapolitik durchdringt inzwischen zunehmend alle Politikbereiche der nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen und zwingt – aufgrund der Wettbewerbsstrategie der EU – zu einer Politik der Stabilisierung öffentlicher Haushalte, zur Privatisierung öffentlicher Dienste und Dienstleistungen. Die Phasen europäischer Annäherung infolge der Erweiterungsprozesse bis Mitte der 90er Jahre wurden von zunehmend widersprüchlichen Entwicklungen zwischen den Mitgliedsländern der EU abgelöst. Es wächst mit deren unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung die soziale Polarisierung innerhalb der EU ebenso wie innerhalb der Mitgliedsländer selbst – eine Tendenz, die sich unter den Bedingungen der Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Krise beschleunigt. Um diese Entwicklungen umzukehren, wäre eine starke europäische politische Linke dringend notwendig. Real aber sind die Linksparteien Europas, trotz einzelner Erfolge im Kampf gegen die EU-Verfassung noch immer in der Defensive, während die herrschenden Parteien ihren nationalen (und auch europäischen) Einfluss über die Institutionen der Europäischen Union vervielfachen können.

Der europapolitische Einfluss der Linksparteien bleibt weit hinter ihren Fähigkeiten auf nationaler Ebene zurück, sich als Protest- und Widerstandskraft zu formieren und Politik zu gestalten. Und dies, obwohl gerade zu ihrem Identitätsverständnis ein internationalistischer Politikansatz gehört.

Was sind hierfür die Gründe?

Auf drei Probleme soll nachfolgend unter Berücksichtigung der Länderberichte eingegangen werden: erstens auf die kontroversen Haltungen der Linksparteien zur EU aufgrund unterschiedlicher Erwartungen oder Befürchtungen, zweitens auf ihre »historischen Erblasten« und drittens auf ihre mangelnden Fähigkeiten, auf europäischer Ebene gegen die vorherrschende Ausrichtung der EU zu intervenieren.

Die kontroversen Haltungen der linken Parteien reichen von der fast unkritischen Zustimmung zum Europäischen Projekt über europakritische Positionen, die sich nicht grundsätzlich gegen die Institutionen der Europäischen Union richten, sondern gegen die vorherrschende neoliberale Ausrichtung der EU, über europaskeptische Positionen, die sich grundsätzlich mit europäisierter Politik und ihren Institutionen auseinandersetzen, bis hin zur Ablehnung der EU. Insgesamt sind die Linksparteien in Europa stärker EU-kritisch, bei pro-europäischen

Grundhaltungen, die sich allerdings auf den ganzen Kontinent und nicht nur die EU beziehen.

Zu den europakritischen Parteien gehören z. B.: Déi Lénk in Luxemburg, die PRC in Italien, der Linksbund in Finnland, die PCF in Frankreich, SYN in Griechenland, der Bloco de Esquerda in Portugal. Eine eher europakritische bis ambivalente EU-Haltung vertritt die Linke in Deutschland. Für europaskeptische Positionen stehen u. a. die SP der Niederlande, die Linkspartei in Schweden, die SV Norwegens, die KSČM in Tschechien und Sinn Féin in Irland. Klar ablehnend ist die Haltung der KKE in Griechenland, der PCP in Portugal, der Einheitsliste in Dänemark – Letztere tritt deshalb nicht zu den Europawahlen an.

Nachfolgend werden exemplarisch die Positionen einzelner Parteien dargestellt.

Die *Einheitsliste Dänemarks* war von Anfang an Gegnerin der EU. Sie sieht jedoch in ihrer internationalen Arbeit einen Beitrag für die Erarbeitung einer demokratischen rotgrünen europäischen Alternative zur EU. Die Ausrichtung der EU am Neoliberalismus und Militarismus und vor allem das Demokratiedefizit der EU lassen sich nicht verändern, »ohne die ganze Institution abzuschaffen« (vgl. Johanson). Dennoch ist aus Sicht der Einheitsliste die Zielsetzung für ein »anderes Europa« als Basis für die Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen, die eine andere Sicht der EU vertreten, notwendig. Die Einheitsliste hat im Unterschied zur *Sozialistischen Volkspartei* Dänemarks (SF) den Beitritt zur EU wie auch die NATO-Mitgliedschaft abgelehnt. Die Vertreter der SF arbeiten im Europäischen Parlament mit den grünen Parteien und im nordischen Zusammenhang mit den rot-grünen Parteien zusammen, d. h., mit der Linkssozialistischen Fraktion im Nordischen Rat und der Nordischen Grün-Linken Allianz (NGLA). Ihre Abwendung von der Linksfraktion GUE/NGL hin zur Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz verweist auf einen politischen Schwenk der Partei weg von den Parteien der »radikalen Linken« hin zu den Mitte-Links-Parteien (vgl. Johansen).

In Großbritannien gibt es keine relevante Linkspartei neben der Labour Party. Dennoch ist die Stellung von britischen Linken für die Linksparteien in Europa nicht unwichtig. Stellvertretend hierfür sollen die Positionen des linken britischen Wahlbündnisses TUSC kurz erwähnt werden. In dem Wahlprogramm von 2009 wird die Gefahr »kapitalistischer, militaristischer Vereinigter Staaten von Europa« beschrieben, die zu Konflikten zwischen einheimischen Arbeiter/innen und Immigrant/innen führen muss. Sichtbar sei dies bereits bei der Entsenderichtlinie, in deren Folge Arbeiter aus unterschiedlichen Ländern auf unterschiedlichem Lohnniveau konkurrieren (vgl. Kachel).

Der *finnische Linksbund* hatte lange eine gespannte Beziehung zur Europäischen Union und ebenso auch Probleme mit der europäischen Zusammenarbeit. Anfang der 90er Jahre war die Mehrheit der Parteimitglieder gegen den Beitritt zur EU und verstand sich als Teil der Anti-Beitritts-Bewegung. Mit der Beteiligung des Linksbundes an der Regierung der Regenbogenkoalition von 1995 bis

2003 veränderte sich die offizielle Position der Partei in dieser Frage: Ziel der Partei war nunmehr »ein Europa, das das Bestreben seiner Mitgliedstaaten fördert, Sozialstaaten aufzubauen, die auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung fußen« (Kontula/Kuhanen). Gleichzeitig vertrat der Europa-abgeordnete der Partei Esko Seppänen EU-kritische Positionen, wie sie von der Mehrheit der Wählerschaft des Linksbundes noch immer vertreten werden. Vor diesem Hintergrund degenerierte die EU-Politik zum persönlichen Streit mit dem Ergebnis, dass die Partei gegenwärtig keine Position zur EU-Politik formuliert.

Ähnlich kompliziert stellt sich die Situation für die *linksgrüne Bewegung in Island* dar. Sie lehnt die Teilnahme an Militärbündnissen wie der NATO und der WEU ab. Ferner tritt sie gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein und setzt vielmehr auf bilaterale Handels- und Kooperationsvereinbarungen. Diese Haltung der linksgrünen Bewegung wurde 2009 in der rot-roten Koalition zur ersten Belastungsprobe. Die Mehrheit der Partei stellte sich gegen einen Antrag zur Aufnahme in die EU, die Parlamentsspitze unterstützte diesen jedoch und stellte sich hinter ihren Koalitionspartner. Im Unterschied zur Ablehnung der EU verteidigen die Linken die Zusammenarbeit ihrer Länder im Nordischen Rat. Das gilt auch für die Linksparteien in Norwegen, Dänemark und Schweden.

Die *schwedische Linkspartei* war 1995 die einzige Partei, die den EU-Beitritt ablehnte. Zur Europaparlamentswahl 2009 war »deine EU-kritische Wahl« der Hauptslogan der Partei, wobei die Austrittsforderungen aus der EU mittlerweile leiser geworden sind und lediglich die Ablehnung der EMU (*Economic and Monetary Union of the European Union*) und des Euros stark geblieben ist. Die Wählerschaft der Linkspartei vertritt mit Abstand die EU-skeptischsten Positionen (vgl. Steiner).

Dag Seierstad verweist in seinem Beitrag auf die besondere Situation der Sozialistischen Linkspartei Norwegens, die durch die norwegische Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und den EWR-Vertrag geprägt sei, der die norwegische Wirtschaft »zu 100 Prozent dem Binnenmarkt der Europäischen Union einverleibt« (Seierstad). Durch diese Mitgliedschaft werden die meisten Fälle von Deregulierung und Privatisierung, die schon stattgefunden haben, zementiert, außerdem werden zusätzliche Reformen in neoliberale Richtung vorgeschrieben. Zwei Themen sind für die Kampagne der *Linken in Norwegen* gegen die Mitgliedschaft grundsätzlich gewesen: »Erstens gibt es die Auffassung, dass die *demokratischen Werte* auf Landes- und auch auf Kommunalebene, die der Bevölkerung lieb und teuer sind, besser außerhalb der EU aufgehoben seien. Zweitens besteht in Norwegen eine Skepsis gegenüber dem in der gesamten Folge von EU-Verträgen eingebetteten *Marktliberalismus*. Die Marktfreiheiten der EU erfordern, dass weder auf nationaler, auf regionaler noch auf Kommunalebene in Lösungen eingegriffen wird, die das freie Spiel der Marktkräfte hervorbringt. Jede Regelung der Märkte soll allein auf Ebene der EU stattfinden« (Seierstad). Notwendig seien dagegen Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit, gegen wach-

sende soziale Ungleichheit, den Niedergang der Sozialstaaten, die sich auflösenden Gemeinschaften und die Wartezeiten bei der medizinischen Versorgung. Es fehlen außerdem Maßnahmen gegen den Drogenmissbrauch und zunehmende Gewaltverbrechen, gegen das organisierte Verbrechen über Binnengrenzen hinweg. Es bedürfe nationaler Lösungen zur Integration von ethnischen Minderheiten.

In Skandinavien hat sich die europaskeptische Linke in der »Nordischen Grün-Linken Allianz« vereinigt. Dazu gehören die Sozialistische Linkspartei (Norwegen), die Sozialistische Volkspartei (Dänemark), die Linkspartei (Schweden), der Linksbund (VAS) in Finnland, die Linksrüne Bewegung in Island.

Aus der Sicht z. B. von *Sinn Féin* müsse die nationale, d. h. die irische Souveränität oberste Priorität haben, denn erst ein geeintes Irland könne einen positiven Beitrag innerhalb der europäischen Familie leisten. Auf dieser Grundlage stelle sich die Frage der Erneuerung der Europäischen Union, die um das Konzept eines sozialen Europas ergänzt werden müsse. Das Hauptproblem der EU seien jedoch das Demokratiedefizit sowie das Gefälle, das zwischen der EU als Institution und den EU-BürgerInnen bestehe. Deshalb müssen die nationalen Regierungen bei jenen Angelegenheiten die Hauptakteure bleiben, die in erster Linie ihre jeweiligen Länder betreffen. Sinn Féin verstand sich als Hauptstimme im Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon, so wie auch schon bei dessen Vorgängern, den Verträgen von Nizza bzw. Maastricht. Die Partei befürchtete mit der Annahme des Vertrages von Lissabon die Abgabe weiterer irischer Souveränitätsrechte an die Institutionen der EU. Diese werden jedoch nicht gewählt und sind dem normalen europäischen Staatsbürger gegenüber nicht rechenschaftspflichtig. Europa stehe viel mehr für ein »Europa der Konzerne«, weit entfernt von einem Europa auf Grundlage der sozialen Solidarität. Sinn Féin sieht sich jedoch nicht als Gegnerin des Konzepts einer Europäischen Union, sondern nur des zurzeit herrschenden wirtschaftskonservativen Charakters. Gemeinsamkeiten mit ihren Verbündeten in der GUE/NGL gibt es vor allem in Fragen der Rechte der Arbeiter in Europa und im Umweltschutz.

Die Kritik der *Vereinigten Linken in Spanien* (IU) richtet sich im Unterschied zu den euroskeptischen Parteien nicht gegen die EU selbst, sondern gegen ihre konkrete Verfasstheit. »Die IU sieht in der aktuellen Politik der EU massive soziale, demokratische, ökologische und wirtschaftliche Defizite.« Sie »setzt sich für eine Ausweitung der Rechte des EU-Parlaments ein [...], lehnt aber den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und den Lissabonvertrag ab«. Das »neoliberale Europa des Maastrichtvertrages« müsse revidiert werden, und soziale Inhalte seien in die Verträge »mit dem Ziel der Erreichung von Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen«. Dies bedinge die »Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes«¹.

1 Dominic Heilig: Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteialianzen. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 140 f.

Die *Französische Kommunistische Partei* gehört wie die IU zu den europakritischen Parteien, die 2005 erfolgreich das Referendum zur Ablehnung der EU-Verfassung bestanden. Die »Nein-Wähler« kamen überwiegend aus dem linken politischen Lager, aus der Arbeiterklasse und waren jung. Sie hatten ihre Wahlentscheidung aufgrund ihrer antiliberalen Einstellung getroffen. Gleichzeitig muss sich die PCF mit den Grünen (*Les Verts*) in Frankreich auseinandersetzen, die sich zu ihrer europäischen Identität bekennen, »noch ehe sie auf der nationalen Zugehörigkeit bestehen« (Sahuc). Die Partei war sich während des Referendums 2005 nicht einig: Die Mehrheit der Aktivisten sprach sich gegen den Vertrag von Lissabon aus und signalisierte so ihre Zugehörigkeit zum linken Lager.

Die *AKEL in Zypern* sieht die Entwicklung der Europäischen Union eher positiv auch vor dem Hintergrund der Rolle der EU in der Zypernfrage. Sie unterstützt zugleich ein »anderes Europa«.

Die Haltungen der ehemals postkommunistischen und heute als sozialdemokratisch zu beschreibenden Parteien in Bulgarien, Polen und Rumänien sind eher pro-europäisch ausgerichtet. Die polnische Partei Union der Arbeit (UP – Unia Pracy), Mitglied der sozialistischen Internationale, begreift sich wie die SLD als pro-europäische Kraft, »die sich für ein weiteres Fortschreiten der EU-Integration einsetzt«². Anders die Polnische Sozialistische Partei (PPS – Polska Partia Socjalistyczna), die sich EU-kritisch versteht. Auch die postkommunistischen Parteien des früheren Jugoslawien, die sich sozialdemokratisch ausgerichtet haben, stehen für den Beitritt zur EU wie auch zum Beitritt zur NATO – mit Ausnahme der serbischen Sozialdemokratischen Partei, die den NATO-Beitritt ablehnt (vgl. Kanzleiter).

Die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* (KSČM) ist traditionell eine EU-skeptische Partei. Sie lehnte beim Referendum 2003 als einzige Partei mehrheitlich den EU-Beitritt ab. Wobei es innerhalb der Partei und auch in der Parteiführung unterschiedliche Positionen gab. Die Ablehnung der europäischen Verfassung wie auch des Lissabon-Vertrages wurde begründet mit der neoliberalen Ausrichtung der EU und damit, dass »die tschechische Gesellschaft in solch einer EU die eigene nationale Identität verlieren« würde (vgl. Holubec).

Die Gründe für die Zustimmung, Kritik, Skepsis und Ablehnung sind sehr unterschiedlich. Sie sind erstens geprägt durch die Erwartungen der Bevölkerung an die Europäische Union und deren Möglichkeiten, die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des eigenen Landes voranzubringen. Zweitens beeinflusst das historische Erbe der Linken, einschließlich des politischen Erbes des Internationalismus, die Ausprägung europäischer Politikansätze in den einzelnen linken Parteien und ihre Einbindung in transnationale europäische Organisationen bzw. europäische Parteien. Drittens ist die gegenwärtige Konstitution der EU primär geprägt von politischen Rahmenseetzungen einer Währungs- und Wirt-

2 Holger Politt: Linke Parteien in Polen, in: Daiber/Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa, S. 106 f.

schaftsunion, die sich im Wesentlichen auf ihre Vertragswerke stützt: die Verträge von Nizza, Maastricht und Lissabon. In den europapolitischen Positionen der Linksparteien wird deshalb vor allem die Ergänzung des politischen Grundansatzes der EU durch eine europäische Sozial- und Umweltunion eingefordert, wie sie u. a. auch in der Wahlplattform der Europäischen Linkspartei enthalten ist.

Zu den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind in starkem Maße geprägt von der Stellung des jeweiligen Landes innerhalb der bzw. zur Europäischen Union. Es ist dabei nicht unwichtig, ob es sich um ein politisch und ökonomisch starkes oder eher schwaches Land handelt, deren Bürgerinnen und Bürger sich mit dem Beitritt zur EU Verbesserungen der sozialen wie auch wirtschaftlichen Lage erhoffen. Auch 2010 liegt der Wert »social protection« als Antwort auf die Frage, was die Bürger der Mitgliedsländer mit der EU verbinden, bei ca. 20 Prozent: in Bulgarien (23 Prozent), Estland (18 Prozent), Rumänien (17 Prozent). Bemerkenswert ist, dass die Zustimmung zur EU von 2005 bis 2007 auch in Frankreich und den Niederlanden signifikant gestiegen ist, trotz der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Mehrheit der Bevölkerung. Das heißt, das »Nein« zur EU-Verfassung ist nicht gleichbedeutend mit einer Infragestellung der EU-Mitgliedschaft. Die Kritik der EU, die die Linksparteien politisch vertreten, muss die zunehmende Erwartungshaltung der Bevölkerung der Mitgliedsländer berücksichtigen, welche die EU als akzeptablen politischen Raum im Vergleich zu anderen transnationalen Akteuren anerkennen.

75 Prozent der EU-Bürger, darunter verstärkt auch BürgerInnen aus Finnland, Belgien, Deutschland, der Slowakei und den Niederlanden, wünschen eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

66 Prozent der Befragten ordnen sich den unteren sozialen Schichten zu. Vor allem von Arbeitslosen und Rentnern wird die weitere Entwicklung in der EU pessimistisch betrachtet. Auf der politischen Rechts-Links-Skala sind es vor allem die Linken, die diese Entwicklung auch weiterhin negativ beurteilen. Insgesamt ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft des Landes in der EU von 58 Prozent im Jahr 2007 auf 49 Prozent in 2010 gefallen und liegt damit fast wieder auf dem Niveau von 2001.³ Einerseits wachsen die Erwartungen an die EU als globaler Akteur auch bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise, andererseits betrachten weniger als die Hälfte der Befragten die Mitgliedschaft in der EU als gute Sache für ihr Land.

3 Vgl. Eurobarometer (2010): First results, S. 31 und Pressemeldung vom 26. August 2010.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1071>.

All diese Faktoren spiegeln sich auch in den Wahlergebnissen der Linksparteien zum Europaparlament wider. Diese sollen hier kurz skizziert werden, weil trotz der noch immer starken nationalen Ausrichtung der Europawahlen die Wahlbeteiligung darauf verweist, welche Bedeutung die Wahlen zum Europaparlament für die jeweilige Bevölkerung haben. Die Wahlentscheidungen für die Linksparteien erlauben daher nicht nur Rückschlüsse auf deren nationale Bedeutung, sondern auch auf deren europapolitisches Angebot bzw. die Akzeptanz ihrer europapolitischen Ausrichtung.

Die Wahlen zum Europaparlament 2009

Die Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament lag auch 2009 bei knapp 20 Prozent in der Slowakei und über 90 Prozent in Luxemburg (Wahlpflicht). Sie ist im Vergleich zu 2004 in Zypern, Griechenland, Italien und Litauen um mehr als zehn Prozent gesunken. Sie ist um mehr als zehn Prozent in Lettland, Estland und Dänemark gestiegen und um ca. vier bis fünf Prozent in Schweden, Österreich und Polen.

Die Linksparteien konnten bei den Europawahlen 2009 nicht von den dramatischen Einbrüchen der sozialdemokratischen Parteien in Estland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, Spanien oder Ungarn profitieren. Die grünen Parteien hingegen konnten ihre Ergebnisse zu 2004 deutlich verbessern, darunter in Belgien, Frankreich, Dänemark, den Niederlanden und Schweden. Diese Entwicklung spiegelt zum Teil die politische Dynamik innerhalb der Mitgliedsländer der EU wider, d. h. jene Parteien, die auf der nationalen Ebene nicht parlamentarisch vertreten sind, sind es zu einem Großteil auch nicht auf europäischer Ebene. Dennoch gibt es hier zwischen den Linksparteien erhebliche Unterschiede.

Die Linksparteien profitieren zum Teil von den europaskeptischen Einstellungen ihrer Wählerschaft wie z. B. Sinn Féin, KSČM und KKE – wobei alle drei mit weniger Abgeordneten im Europaparlament vertreten sind als 2004. Auch die schwedische Linkspartei hatte trotz zunehmender Wahlbeteiligung (2004: 37,2 Prozent, 2009: 45,5 Prozent) Probleme, zur Europawahl mit europakritischen Positionen zu mobilisieren. Sie verlor einen von zwei Europaabgeordneten.

Im Unterschied hierzu konnten die europakritischen Parteien wie die Linke in Deutschland, die Front de Gauche in Frankreich, der Bloco de Esquerda und die Vereinigte Linke Spaniens ihr Ergebnis leicht steigern. Dennoch wirkte auch hier die zum Teil ambivalente Haltung der Linken wie in Deutschland oder Finnland eher dämpfend auf die Wahlergebnisse der Parteien, diese lagen bei den Europawahlen 2009 zum Teil – siehe Deutschland – unter den Ergebnissen ihrer letzten nationalen Wahlen. Der Linksbund (Finnland) verlor sein einziges Abgeordnetenmandat.

Das italienische Ergebnis – der Verlust aller Mandate im Europäischen Parlament – muss eher als Ausdruck des zerrütteten Zustandes der italienischen Linken gesehen werden.

Die ohnehin schwachen, parlamentarisch nicht oder nur gering verankerten Linksparteien konnten auch bei den Europawahlen 2009 keine besseren Ergebnisse erzielen. Die trotzkistischen, maoistischen Parteien oder andere Splitterparteien verblieben mit Ausnahme der NPA in Frankreich alle im Ein-Prozent-Bereich oder darunter. Dazu gehören u. a. linksradikale Parteien in Belgien, Großbritannien, Luxemburg, Lettland, Litauen, der Slowakei, Rumänien und Ungarn. In den letzten drei Ländern sind zugleich die extremen Rechten außerordentlich erstarkt.

Die Ergebnisse der Europawahlen 2009 beschreiben eine deutliche Rechtsverschiebung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union, zu deren Ursachen auch die starken Wählerverluste der sozialdemokratischen Parteien u. a. in Estland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Ungarn beigetragen haben. Des Weiteren ist die Zunahme des Gewichts rechtspopulistischer Parteien wie in Frankreich, Italien, in den Niederlanden und Schweden zu benennen. Bedenklich ist darüber hinaus auch das starke Anwachsen der extremen Rechtsparteien in Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Italien. Diese stellen zum Teil zusammen mit europaskeptischen Rechtsparteien seit 2009 mit 32 Abgeordneten eine eigene Fraktion.⁴

Zurückgeführt wird das insgesamt relativ schwache Ergebnis der Linksparteien mit 5,3 Prozent 2009 (sieben Prozent 2004) auf einen Mangel an linken Alternativen, der die Wahlerfolge der bürgerlichen Rechten bei den Wahlen zum Europaparlament beförderte (vgl. Sahuc). Bisher konnte – trotz der erstmalig gemeinsamen Wahlplattform – die politische Linke in Europa noch kein in sich konsistentes europapolitisches Konzept entwickeln, heißt es im Länderbericht zu Finnland. Nicht nur der finnische Linksbund müsse deshalb »ernsthaft Strategien auf europäischer und weltweiter Ebene gegen den globalen Kapitalismus entwickeln: Seine nationalstaatlich basierten Konzepte sind unfähig, die supranationalen Probleme zu lösen, mit denen die Menschheit konfrontiert wird« (vgl. Kontula/Kuhanen).

Die Haltung der Bevölkerung und die Stellung des Landes

Das europäische Selbstverständnis der Mitgliedsländer der EU bzw. das Verhältnis ihrer Bürgerinnen und Bürger zur EU unterscheiden sich noch immer stark voneinander. Dies hat verschiedene Ursachen, die zum Teil mit der Geschichte

4 Diese Fraktion »Europa der Freiheit und Demokratie« besteht aus neun Parteien – United Kingdom Independence Party: 12 MEP; Lega Nord: 9 MEP; Dänische Volkspartei: 2 MEP; Wahre Finnen: 1 MEP; MPF (Bewegung für Frankreich): 1 MEP; LAIKOS (Griechenland): 2 MEP; Nationalistische Partei der Niederlande: 2 MEP; Partei Ordnung und Gerechtigkeit in Litauen: 2 MEP; Slowakische Nationalpartei: 1 MEP.

der Länder, der Stellung im System der internationalen Arbeitsteilung wie auch mit ihrer geographischen Lage verknüpft sind. Bulgarien, Italien und Griechenland verstehen sich auch als Länder eines gemeinsamen Mittelmeerraumes. So liegt z. B. »die einzigartige historische und kulturelle Spezifik Bulgariens wie auch der bulgarischen Linken gerade darin, Schnittstelle oder gar Brücke zwischen Ost- und Südslawen zu sein. Sicher, die Bulgaren sind Europäer, aber eben keine Westeuropäer« (vgl. Müller). Die Bevölkerung der skandinavischen Länder vor allem in Schweden, Dänemark und Finnland steht der EU und deren gegenwärtiger Politik eher skeptisch gegenüber, dennoch verändert sich auch in diesen Ländern die Haltung zur Europäischen Union. So bringen die Bürgerinnen und Bürger in der EU den EU-Institutionen zunehmend mehr Vertrauen entgegen, immerhin mehr als ihren nationalen Regierungen oder Parlamenten. Das größte Vertrauen haben hierbei die Esten mit 68 Prozent, die Slowaken mit 65 Prozent, die Bulgaren und Dänen mit je 61 Prozent. Das geringste EU-Vertrauen zeigen die Briten mit 20 Prozent.⁵

Auf die Frage, welcher globale Akteur die Probleme der Finanz- und Wirtschaftskrise am besten bearbeiten könne (EU, nationale Regierung, G20, IWF oder USA), erhielt die EU im Vergleich zu den nationalen Regierungen die höchsten Werte in Polen (35 zu 13 Prozent) und Zypern (34 zu 19 Prozent). In weiteren Ländern erhält die EU im Vergleich zu den nationalen Regierungen doppelt so hohe Werte. Dazu gehört Deutschland (27 zu 12 Prozent), Estland (28 zu 14 Prozent), Spanien (33 zu 16 Prozent), Italien (33 zu 17 Prozent), Litauen (33 zu 14 Prozent), Portugal (28 zu 11 Prozent). Völlig anders erfolgte die Bewertung aus Großbritannien und Schweden. Hier liegt das Vertrauen in die EU-Institutionen deutlich unter dem, welches sie ihren nationalen Regierungen entgegenbringen. Eine Besonderheit lässt sich aus den vorliegenden Werten für Tschechien, für die Niederlande und Ungarn ableiten: Das Vertrauen gilt vor der EU und den nationalen Regierungen zuerst den G20-Staaten. Bei den Tschechen erhalten die G20-Staaten 36 Prozent, die EU erhält 13 Prozent und die nationale Regierung 7 Prozent, bei den Niederländern (34, 22 und 10 Prozent) und bei den Ungarn (28, 24 und 15 Prozent).

Der IWF erhielt mit Abstand die höchsten Bewertungen aus Finnland mit 30 Prozent, aus den Niederlanden mit 20 Prozent – die anderen Staaten blieben deutlich darunter. In Dänemark vertrauen 19 Prozent den USA und in Polen zwölf Prozent, was auffällig hohe Zustimmungen signalisiert, sonst blieb diese zwischen fünf bis zehn Prozent. Setzt man diese Zahlen in Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner der Länder – so ergibt sich kein einheitliches Bild. Die größten Verluste des BIP pro Kopf im Vergleich zum Vorjahr (2009) erlebte Lettland mit einem Verlust von 17,67 Prozent, wobei das BIP pro Einwohner/Jahr

5 Vgl. Eurobarometer. Frühjahr 2010: Mehrheit für stärkere politische Steuerung der Wirtschaft durch die EU IP/10/1071 vom 26. August 2010, S. 2 f.

mit 11.607 \$ zu den niedrigsten der EU zählt. In Luxemburg liegt dieser Wert bei 104.512 \$. Die Verluste in Estland betrugen 13 Prozent (14.267\$), in Ungarn sechs Prozent (12.927\$). Sie betragen bei den Finnen acht Prozent und bei den Isländern sieben Prozent. Allerdings liegen deren Werte noch immer im europäischen Mittelfeld.

Aus der ökonomischen Situation allein lässt sich also die so unterschiedliche Haltung zur EU und anderen globalen Akteuren nicht erklären. Ergänzend hierzu müssen die politische und geographische Lage, die Geschichte und Kulturen der jeweiligen Länder berücksichtigt werden, was in dieser Darstellung nicht möglich ist. Wichtig für die Bewertung der Linksparteien bleibt allerdings, ob sie ihre europapolitische Grundhaltung im Einklang oder im Gegensatz zur Mehrheitsbevölkerung ihres Landes formulieren und wie sie diese begründen.

Dag Seierstad unterscheidet mit Bezug auf die Europäische Union *drei Dimensionen*, die maßgeblich das Verhältnis der Norweger zur EU beeinflussen: die Zentrums-Peripherie-Dimension, die soziale und die politische Dimension. Beim Volksentscheid 1992 zum Beitritt Norwegens zur EU wurden diese Dimensionen wie folgt sichtbar: Während die Menschen in den wirtschaftlichen Zentren des Landes mehrheitlich für den Beitritt in die EU stimmten, lehnten die Menschen in den ländlichen Regionen, vor allem in den Fischereigemeinden, den Beitritt ab. Für den Beitritt stimmten eher die Machteliten, die besser Gestellten, die höher Gebildeten, die sozialen Aufsteiger-Milieus; eher dagegen stimmten Norwegens Nichtelite, die Ärmern, die geringer Gebildeten, die einfachen Arbeiter (vgl. Seierstad).

Gemäß einer Umfrage von Eurobarometer 2008 wuchs das Interesse an Europa mit der Anzahl der »Bildungsjahre«. Während bis zu zwei Drittel der Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Abschluss nach maximal 15 Jahren) eher desinteressiert an Europa sind, kehrt sich dieses Verhältnis bei jenen um, die höhere oder längere Ausbildungswege (über 20 Jahre) absolviert haben.⁶ Der Anteil jener, die bereits 2008 ankündigten, definitiv nicht zur Wahl zu gehen, lag bei Selbstständigen, Managern, »white-collar-workers« bei acht Prozent, der Anteil bei »manual-workers«, Hausfrauen und Rentnern zwischen 13 und 17 Prozent, bei Arbeitslosen bei 19 Prozent.⁷

Gleichzeitig wird Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problemfeld der EU mit 47 Prozent angegeben. Es folgen die Veränderungen des Klimas mit 33 Prozent. Der Schutz bzw. die Bewahrung des europäischen Sozialstaates werden mit lediglich zwölf Prozent nur schwach gewichtet. Dieser Anteil liegt erwartungsgemäß bei den Linkswählern mit 17 Prozent deutlich am höchsten.⁸ Wenn man davon

6 Vgl. Eurobarometer Spezial (2008). 69.2 European Election; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_en.pdf, S. 14; abgerufen am 28.8.2010.

7 Vgl. ebenda, S. 18.

8 Vgl. ebenda, S. 43.

ausgeht, dass dieser Wert ein Indikator für das Wahlpotential linker Parteien in Europa ist, dann können die linken Parteien mit 35 Abgeordneten (4,7 Prozent der Abgeordneten im Europaparlament) ihr Potential offensichtlich derzeit nicht ausschöpfen. Und dies, obwohl ein großer Teil der linken Parteien auf ihrer 2009 erstmals gemeinsam erarbeiteten Wahlplattform der Europäischen Linkspartei für soziale Gerechtigkeit, ein soziales und demokratisches Europa geworben haben. Gefordert wurde ein »umfassendes Sozialsystem« auf europäischer Ebene mit »gemeinsame[n] europäische[n] Standards, die armutsfest und zukunftssicher sind«. Gefordert wurde die Verknüpfung der sozialen und ökologischen Frage. Abgelehnt wurde das Flexicurity-Konzept der Lissabonner Strategie. Stattdessen sollte die EU-Grundrechtecharta weiterentwickelt werden und juristisch bindend sein.⁹

Warum aber kann die Linke in Europa ihr Wählerpotential auf europäischer Ebene nicht ausschöpfen?

Anmerkungen zum historischen Erbe – ein Blick zurück

Die Haltung der Linken zu Europa war und ist kontrovers. Bereits dem Prozess der Herausbildung erster europäischer Institutionen wie der Europäischen Gemeinschaft (EG) standen die linken Parteien eher ablehnend gegenüber. In den Römischen Verträgen von 1956 wurde ein »Abkommen zur Verhinderung sozialistischer Revolutionen«¹⁰ gesehen. Die EG wurde vor allem als ein Produkt zur Sicherung der Interessen der großen Monopole betrachtet, gestützt auf die vier »Grundfreiheiten« – einen freien Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr. Die Italienische Kommunistische Partei sah z. B. in den verschiedenen Versuchen, Europa während der Zeit des Kalten Krieges zu organisieren, eine eindeutig antisowjetische Instrumentalisierung. Zugleich aber wurde der europäische Integrationsprozess als ein objektiver Entwicklungsfaktor für eine neue Dimension der Produktion und Wirtschaft in Europa betrachtet, der zur Verbesserung der Chancen einer Überwindung der Teilung Europas in entgegengesetzte Militärböcke auf der Grundlage präziser, gegenseitiger Sicherheitsgarantien beitragen konnte. Diese Chance beruhte auf einem Machtgleichgewicht, das nicht einseitig gestört werden durfte. Aus dieser Einschätzung resultierte auch die Sicht der italienischen Kommunisten, dass Italien notwendig im Atlantischen Bündnis verbleiben sollte.¹¹

9 Europäische Linkspartei (2009): Gemeinsam für den Wechsel in Europa!. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit und Solidarität! http://www.european-left.org/fileadmin/downloads/Electoral_Platform/Plattform_de.pdf; abgerufen am 28.8.2010.

10 Sascha Wagener: Linkssozialismus in der Europäischen Linkspartei, in: Klaus Kinner (Hg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus, Berlin 2009, S. 280.

11 Kommunistische Partei Italiens: Thesen und Statut. Verabschiedet vom XV. Parteitag der IKP, Roma Editori Riuniti 1979, S. 44 f., in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 18, Reihe C, S. 174.

Die Frage nach dem Verhältnis der Linken zu Europa bzw. zur Europäischen Union wurde vor allem in den Phasen ihrer Erweiterungen, der Norderweiterung 1973, der Süderweiterungen 1981 und 1986, den Erweiterungen nach 1990, 1995 (Erweiterung um die Staaten der europäischen Freihandelszone EFTA) und der Osterweiterung 2004 immer wieder neu diskutiert.

In den 70er Jahren wurden die Erweiterungspläne der EWG von den kommunistischen Parteien, die bedingungs- und kritiklos die Politik der KPdSU unterstützten, primär als Ausdruck des Hegemonie- und Expansionsstrebens europäischer imperialistischer Staaten und insbesondere Deutschlands,¹² als Vorwand zur Restauration des Monopolkapitalismus in Portugal,¹³ verstanden. Denn die EWG sei »ein Zusammenschluss von Ländern, in denen der staatsmonopolistische Kapitalismus herrscht«¹⁴. Weder die EG noch die NATO »können zu brauchbaren internationalen Organen der Zusammenarbeit für Abrüstung, Entspannung, und Sozialismus verändert werden«¹⁵. Die Dänische KP forderte deshalb: »Dänemark raus aus der NATO und der EG!«¹⁶ Wie die Mehrheit der kommunistischen Parteien lehnte auch die KP Großbritanniens die EG grundsätzlich ab, da sie diese als imperialistisches Machtinstrument der Konzerne und Monopole charakterisierte.

Anders verhielten sich die sogenannten eurokommunistischen Parteien, insbesondere in Italien, Frankreich und Spanien. Die Französische KP war zunächst gegen den Beitritt Frankreichs und gegen den gemeinsamen europäischen Markt. Dennoch haben diese »Bande zwischen den Mitgliedsländern« eine Situation geschaffen, die aus der Sicht des Jahres 1979 einen einseitigen Bruch nicht mehr wünschenswert erschienen ließ. Die Französische KP sah deshalb ihre europapolitischen Ansätze darin, einerseits die Souveränität und die Aktionsfreiheit Frankreichs zu bewahren. Andererseits sollte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der »Truste und Bankiers« so verändert werden, dass sie »der ungeteilten Herrschaft der Mächte des Geldes entzogen und auf ein Europa der Werktätigen gelenkt wird«¹⁷.

Im »Plan für Europa« von 1978 forderte deshalb die FKP ein Europa des sozialen Fortschritts, in dem die soziale Gesetzgebung im nationalen Rahmen dem günstigsten Niveau der einzelnen Mitgliedsländer anzupassen sei. Dies sei not-

12 Vgl. Herbert Mies: Bericht des Parteivorstandes an den Mannheimer Parteitag. Protokoll des Mannheimer Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei, 20.-22. Oktober 1978, S. 39 f.

13 Vgl. Kommunistische Partei Portugals: Dokument des ZK der PKP »für eine demokratische und patriotische Politik. Plenum des ZK der PKP am 14. Mai 1978, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 17, Reihe C, S. 179.

14 Alvaro Cunhal: Interview des DDR-Fernsehens mit Alvaro Cunhal, in: Horizont 10 (1977) 26, Berlin, S. 11, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 16, Reihe C, S. 227.

15 Kommunistische Partei Dänemark: Bericht des ZK auf dem 26. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks. Land og. Folg, 39 (1980) 126 vom 5./6. April 1980, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 19, Reihe C, S. 129.

16 Ebenda.

17 Kommunistische Partei Frankreichs: Bericht des ZK an den 23. Parteitag der FKP vom 9.-13. Mai 1979, Cahiers du Communisme, Paris, 55 (1979) 6/7, S. 38 ff., in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1979, Heft 18, Reihe C, S. 163 ff.

wendig auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Löhne, der Rentenrechte, der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen und der gewerkschaftlichen Rechte. Es gehe außerdem um ein Europa der Zusammenarbeit, um ein weltoffenes Europa, um ein Europa der Demokratie – einschließlich der Demokratisierung der europäischen Institutionen, der europäischen Fonds für soziale und regionale Zwecke, der Erweiterung der kollektiven und persönlichen Freiheiten, der Anwendung der europäischen Charta der Menschenrechte, der Aufhebung politischer Diskriminierung –, um ein friedliches und unabhängiges Europa.¹⁸ Dabei war es der Französischen KP wichtig, sich für die eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Programme einzusetzen. Sie forderte konkreter als andere Parteien, dass im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EG »die Arbeiterschaft gerecht vertreten sein und der Ausschuss zur Hälfte aus Vertretern der Gewerkschaften und zur Hälfte aus Vertretern anderer sozialer Gruppen und von der Regierung benannten Persönlichkeiten zusammengesetzt« sein müsse.¹⁹

Es sei keineswegs Ziel der FKP – so Georges Marchais 1977 –, »das Land aus den Ketten des atlantischen Blocks herauszulösen, um es in den Einflussbereich des Warschauer Vertrages hineingeraten zu lassen«²⁰. Vor allem diese Haltung vereinte in den 70er Jahren die eurokommunistisch geprägten Parteien wie die KP Italiens und Spaniens, die sich mit der europäischen Einigung die Überwindung der politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Block- und Konfrontationspolitik erhofften. Denn unter den Bedingungen der Blockkonfrontation waren aus deren Perspektive weder alternative gesellschaftliche Entwicklungen zum Kapitalismus noch zum Staatssozialismus möglich. Der Status quo sicherte die friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und zugleich den Status quo der Kräfteverhältnisse innerhalb der Blöcke, einschließlich der führenden Rolle ihrer Großmächte.

Die KP Spaniens verband deshalb die Zustimmung zum Eintritt Spaniens in die EWG 1978 mit dem Ziel, den Charakter der Gemeinschaft, der »von den großen Monopolen beherrscht wird«, hin zu den anderen Linkskräften in Europa zu verschieben. Europa solle das »Europa der Völker« werden, das weder den Vereinigten Staaten noch der Sowjetunion untergeordnet ist. Zu beiden Mächten solle die Europäische Gemeinschaft positive Beziehungen unterhalten und ein eigenständiger Faktor der Weltpolitik sein. Nur so könne die EG zur Überwindung der militärischen Blöcke und des Bipolarismus sowie zur Demokratisierung des internationalen Lebens beitragen.²¹

18 Vgl. Kommunistische Partei Frankreichs: Beschluss des ZK der FKP vom 13. Dezember 1978, Humanité, 14. Dezember 1978, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 17, Reihe C, S. 166 ff.

19 Wolfgang Leonhard: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, Gütersloh 1978, S. 374 f.

20 Georges Marchais: Parlons franchement, Paris 1977, S. 99, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 19, Reihe C, S. 239.

21 Vgl. Kommunistische Partei Spaniens: Neunter Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens, 19.-23. April 1978, Barcelona 1978, 210 S.; in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 17, Reihe C, S. 178.

Vor diesem Hintergrund forderten die italienischen und spanischen kommunistischen Parteien im Rahmen der EG die »Demokratisierung ihrer Organe, die Aufwertung des Europäischen Parlaments«. Dies würde die politisch-demokratischen Kräfte und die Gewerkschaften im Rahmen der EG-Behörden stärken und zu einer »Reduzierung der Macht der nationalen und internationalen Monopole«²² beitragen. Ein unabhängiges »Europa der Völker«, das sich dem Sozialismus zuwende, müsse dies auf der Grundlage repräsentativer politischer Institutionen, d. h. Parlament, politischer und philosophischer Pluralismus, Theorie der Gewaltenteilung, Dezentralisierung und Menschenrechte, entwickeln. Diese Grundlagen würden unter sozialistischen Bedingungen weiter gelten und noch wirksamer werden.²³

Diese Vision eines geeinten und unabhängigen Europas richtete sich sowohl auf die Überwindung der Blockkonfrontation als auch auf einen alternativen Entwicklungsweg zum sowjetischen Sozialismusmodell. Gegen eine solche Vision richteten sich die Worte von Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf dem 6. Parteitag der DKP 1981: »Dem Gegner ist es gelungen, dass antisowjetische und antiinternationalistische Positionen unter den Linken Fuß fassen«. »Gerade in einer Situation, da die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion ihre Anstrengungen vermehrt koordinieren, ist es auch die Pflicht der Kommunisten aller Länder, ihre Reihen zu schließen.«²⁴

Völlig richtig stellte die Partei der Italienischen Kommunisten (PCI) bereits 1979 fest: »Die Schwierigkeiten der Linken in Europa resultieren weitestgehend daraus, dass eine einheitliche Perspektive für Europa fehlt.«²⁵ Der Widerstand gegen die Schaffung einer mit echten Befugnissen ausgestatteten europäischen Organisation zeigte sich sowohl in einigen kommunistischen als auch in den sozialistischen, sozialdemokratischen und Labour-Parteien. Die Linken waren Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre auch in der EG-Frage gespalten. »Gerade die Parteien, die die verschiedenen Vorkämpfer des Internationalismus waren – die Sozialisten und Kommunisten –, sind heute nicht in der Lage, eine auf einem minimalen Konsens basierende Strategie zu entwickeln«, ²⁶ schrieb Nicolas Sartorius, führender Intellektueller der Kommunistischen Partei Spaniens. Aber »ohne die überzeugte Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Parteien kann man sicher kein Europa der Völker und der Werktätigen schaffen, und man lässt den Aktivitäten der Konzerne und multinationalen Gesellschaften Manövrierraum«²⁷. Deshalb

22 Leonhard: Eurokommunismus, S. 21, 373.

23 Santiago Carrillo: Eurokommunismus und Staat, Hamburg 1977, S. 114 f.

24 Herbert Mies: Bericht des Parteivorstandes an den 6. Parteitag. Protokoll des 6. Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Hannover, 29.-31. Mai 1981, S. 97, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1980, Heft 19, Reihe C, S. 295.

25 Kommunistische Partei Italiens: Die Politik und die Organisation der italienischen Kommunisten. Thesen und Statut. Verabschiedet vom XV. Parteitag der IKP, Rom 1979, S. 48, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 18, Reihe C, S. 176.

26 Nicolas Sartorius: Eurokommunismus und die Krise Spaniens, Zeitschrift Sozialismus, Heft 4, Juli 1978, S. 100.

27 Kommunistische Partei Spaniens: Tesis en el X Congreso del PCD. Mundo obrero semanal, Madrid vom 16.-22. Oktober 1981, Beilage, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 20, Reihe C, S. 291.

sei das »Vorhandensein einer europäischen Strategie unerlässlich für die Ausarbeitung einer fortschrittlichen Alternative angesichts der Krise, für die Vorbereitung und Förderung gemeinsamer Aktionen und die Erreichung eines neuen Kräfteverhältnisses, um dem europäischen Aufbau eine neue Dynamik zu verleihen, die die Beherrschung durch die Multinationalen und die Monopole überwindet und uns in ein Europa der Völker führt.«²⁸

Die Überwindung zweier Machtblöcke, gebunden an die größte Niederlage der gesamten Linken – den Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa –, führte die Linken in Europa in die Defensive, aus der sie sich bis heute – trotz zahlreicher erfolgreicher Kämpfe – nicht befreien konnten. Die Frage, ob die Linksparteien in Europa ein »europäisches Dach« zur Koordination gemeinsamer Aktionen brauchen, oder ob sie – wie von der KP Griechenlands vorgeschlagen – ausdrücklich an einem kommunistischen Pol arbeiten sollten, der einen Beitrag für ein breites antiimperialistisches Bündnis leistet, wurde unter den Linksparteien kontrovers diskutiert.²⁹

Eine erste »europäische« Antwort war 1991 die Gründung des Forums der Neuen europäischen Linken (NELF), deren Gemeinsamkeit in der Forderung nach einem demokratischen Sozialismus und der Ablehnung einer neuen »Internationale« bestand und deren Beziehungen »auf gegenseitiger Achtung und Zusammenarbeit, nicht auf der Dominanz eines Zentrums oder Direktorats beruhen sollte«³⁰.

Im Jahr 2000 wurde die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) als Forum der radikalen linken Kräfte in Europa gegründet, die stark durch trotzkistische und außerparlamentarisch wirkende Parteien geprägt ist und der sich vornehmlich die »marginalisierten radikalen Kräfte angeschlossen haben, die kaum politischen Einfluss in den jeweiligen Bevölkerungen haben«³¹. 2004 kam es zur Gründung der Europäischen Linkspartei, die heute 31 Mitglieder- und Beobachterparteien umfasst. Der EL fehlen allerdings noch wichtige skandinavische Parteien. In ihr vertreten sind nur die beiden finnischen Parteien (Linksbündnis und KP Finnlands) und die Rot-Grüne Allianz Dänemarks. Wichtig für die bisherige Entwicklung der EL war das strikte Festhalten an Entscheidungsprozessen, die konsequent im Konsens aller Mitgliedsparteien zu treffen sind.

Wichtig für die linken Parteien in Europa war und ist die Präsenz der linken Fraktion im Europaparlament. Ihre Geschichte spiegelt die »dramatischen Umbrüche« der Linken seit dem Ende der 70er Jahre, vor allem aber nach dem Ende des Realsozialismus 1989. Anfang der 90er Jahre war die Kluft zwischen den eurokommunistisch geprägten Parteien wie PCI, Vereinigte Linke (Spanien), Sozialistische Volkspartei (Dänemark) und SYNASPIMOS und den seit Ende der 70er

28 Ebenda.

29 Axel Lochner (2004): Linke Parteien und Kooperationen in Europa. Ein Überblick, Hamburger Skripte 10, S. 7.

30 Ebenda, S. 16.

31 Martin Schirdewan : Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 69.

Jahren wieder stärker traditionell kommunistisch geprägten Parteien Frankreichs, Portugals und Griechenlands so groß, dass die Linksparteien zunächst mit zwei linken Fraktionen im EU-Parlament vertreten waren. Erst 1994/95 entstand die gemeinsame Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL). Sie ist seit 2009 mit 35 Abgeordneten im EU-Parlament präsent.

Ihr konföderaler Charakter betont den hohen Grad der Autonomie ihrer Mitgliedsparteien und die unterschiedlichen europapolitischen Ansätze ihrer Abgeordneten. Eine Einflussnahme auf die parlamentarische Arbeit der Fraktion von Seiten der EL im Sinne einer »Leitlinienkompetenz« würde zum Scheitern der Fraktion in ihrer heutigen Form führen. Die EL kann nur über ihre Abgeordneten in der Fraktion wirken.³² Die im Grundlagendokument der Fraktion formulierten Ziele stehen neben den spezifisch nationalen Zielen der Parteien und haben unverbindlichen Charakter. Dennoch ist die Tätigkeit der GUE/NGL von inhaltlicher Kontinuität und »konstanter politischer Arbeit« geprägt. Der langjährige Vorsitzende der Fraktion, Francis Wurtz, konstatierte 2005 »die Erhöhung der Kohärenz der Fraktion vor allem bei inhaltlichen Fragen, weniger im Abstimmungsverhalten«³³. Die größten Differenzen zeigten sich bei Abstimmungen zu Fragen der EU, der EU-Institutionen und EU-Integration sowie zu Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Aktuelle Positionen – Kritik an der gegenwärtigen Konstitution der EU

Zu den gemeinsamen Ausgangsbedingungen des politischen Wirkens der Linksparteien gehört, dass die grundlegenden Entwicklungstendenzen der EU für alle Mitgliedsländer gelten und deshalb gemeinsame Proteste wie die gegen die europäische Verfassung, gegen den Stabilitätspakt der EU, gegen die Sparmaßnahmen möglich und sinnvoll sind. Schwieriger ist die Formulierung von Alternativen. Diese müssen die Ungleichentwicklung der Länder in der EU, die sich zum Teil auch in den unterschiedlichen Politikansätzen oder aber deren Gewichtung innerhalb der Linken in Europa spiegelt, berücksichtigen, wenn die Suche nach Handlungsoptionen für die Erarbeitung gemeinsamer Positionen und ihre Verdichtung zu einem gemeinsamen Programm einer linken, europäischen Alternative erfolgreich sein soll. Noch steht eine konsistente strategische Alternative für »ein anderes Europa« aus.

Was linke Parteien mit Blick auf Europa und europäische Politik verbindet, ist ihre grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Ausrichtung, d. h. einer Wirtschafts- und Währungspolitik, die Europa zur wissensbasierten, wettbewerbs-

32 Vgl. Martin Schirdewan: Die transnationalen Interaktionen linker Parteien in Europa, Berlin 2008, S. 163

33 Ebenda, S. 190 f.

stärksten Region der Welt entwickeln will – mit einer Politik der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, gestützt auf die europäischen Verträge von Maastricht, Nizza und Lissabon. Der Kampf der Linken in Europa richtet sich deshalb folgerichtig immer wieder gegen das europäische Vertragswerk. Prägnantester Ausdruck dieses Kampfes war der europaweite Kampf gegen die europäische Verfassung, die bei den Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden erfolgreich abgelehnt wurde. Das »Nein« der irischen, französischen und niederländischen Bürgerinnen und Bürger zum Entwurf der EU-Verfassung sieht die Mehrheit der Linken als Indiz dafür, dass eine wachsende Zahl von Menschen in Europa mit der undemokratischen und unsozialen Politik der Europäischen Union nicht einverstanden ist.

Weder in Frankreich noch in den Niederlanden oder in Irland konnte jedoch die Dynamik des gemeinsamen Kampfes der Linken gegen die EU-Verfassung in eine Bewegung für ein anderes Europa überführt werden. Es gelang nicht, das linke »Nein« in ein alternatives, europapolitisches Angebot von links zu transformieren und für einen alternativen Verfassungsentwurf zu werben.

Zu unterschiedlich ist die Gesamtsituation in den einzelnen Ländern und deren Stellung in der EU, deren regionale oder internationale wirtschaftliche und politische Einbindung außerhalb Europas sowie deren insbesondere europapolitische Ausrichtung.

Die europäischen Linken konnten bisher auch nicht von den gegenwärtigen Krisen profitieren, obwohl diese die »neoliberalen Grundlagen der EU-Verträge« infrage stellten, »besonders das Beharren auf einer ›offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb: den freien unkontrollierbaren Fluss des Kapitals, die Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, den Status und Auftrag der Europäischen Zentralbank«³⁴.

Gerade angesichts der Krise ist deshalb aus Sicht der Linken die Schaffung eines einheitlichen und öffentlichen Banken- und Finanzwesens unter öffentlicher und allgemeiner Kontrolle eine notwendige Konsequenz. Die Linken in Europa – und das eint sie – wollen ein Europa, das friedlich ist und zivil handelt, das sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, das feministisch und antirassistisch ist und sich auf der Grundlage von Demokratie und Solidarität entwickelt.³⁵

Zahlreiche Stellungnahmen der Linksparteien selbst, des NELF und der Europäischen Linkspartei (EL) formulieren ihre Kritik an den grundlegenden Defiziten der EU. Dazu gehören die fehlende europäische Sozialunion, Demokratiedefizite und die Fehlentwicklungen infolge ihrer vorherrschenden Ausrichtung auf Wettbewerbs-, Wirtschafts- und Währungspolitik und die Militarisierung der Außenpolitik.

34 Europäische Linkspartei (2009): Plattform Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009; http://die-linke.de/politik/international/dokumente_der_europaeischen_linkspartei/gemeinsam_fuer_den_wechsel_in_europa/.

35 Ebenda.

Den Parteien der EL gelang es anlässlich des Europawahlkampfes 2009, erstmalig eine gemeinsame Wahlplattform zu erarbeiten. Das darin zugrunde gelegte Europaverständnis der EL steht vorrangig für eine kritische, »insgesamt aber aufgeschlossene«³⁶ Grundhaltung zur Europäischen Union. Die EU-Wahlen werden als Chance zur Veränderung der EU gesehen, um eine neue Perspektive für Europa zu eröffnen. Gefordert wird ein »Europa der Völker« statt eines »Europa der Banken«. Das Statut der EU müsse neu gefasst werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll durch einen »neuen Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz« abgelöst werden.³⁷ Dies wird untersetzt mit Forderungen nach gemeinsamen Sozialstandards, Mindesteinkommen und Mindestlöhnen, der Durchsetzung des Mindestmaßes bereits unterschriebener Umweltschutzverpflichtungen.

»Die EU steht an einem Scheideweg«, ihre bisherige kapitalistische Politik fortzusetzen oder aber sich zu einem Raum nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Zusammenarbeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, demokratischer Teilhabe und Solidarität« zu wandeln, wo »Antifaschismus, Antirassismus, bürgerliche Rechte und Freiheiten und Menschenrechte gängige Praxis sind«.

Diese Einschätzung der EL wird jedoch nicht von allen Linksparteien getragen. Vor allem jene kommunistischen und trotzkistisch geprägten Parteien, die sich eher in der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL)³⁸ organisieren, sehen die EU als ein neoliberales und imperiales Projekt, das deshalb grundsätzlich infrage gestellt werden müsse.

Für die nordisch-grünen Parteien stellt sich die Situation etwas anders dar.³⁹ Sie unterstützen viele Forderungen, die von der EL vertreten werden. Ein Großteil ihrer WählerInnen erwartet aber eine deutlich stärkere Gewichtung der ökologischen Fragen über die Positionen der EL hinaus.

Die Probleme hinsichtlich der Formulierung gemeinsamer Forderungen sind an zwei, für die europäischen Linken zentralen Fragen zu beschreiben: den Forderungen, ein soziales und ein friedliches Europa zu schaffen.

36 Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien 2010, S. 147.

37 Ebenda.

38 Die Mitgliedsparteien der EAL, unter denen die trotzkistischen Parteien oder Strömungen stark vertreten sind, verstehen sich als »Nicht-Regierungslinke«, die sich in erster Linie sozialen Bewegungen der Opposition gegen den Neoliberalismus verbunden fühlen und deren Forderungen wahlpolitisch artikulieren, aber keine Beteiligung an Regierungen anstreben. Kriterien für die Teilnahme an EAL-Konferenzen sind eine klare antikapitalistische Grundposition, eine sozialistische Zielperspektive und die Anerkennung des pluralistischen Charakters der Linken.

39 Vgl. Schirdewan: Links – kreuz und quer, S. 57.

Erste Forderung: ein soziales Europa

In Europa finden sich die vier Sozialstaatsmodelle europäischer Entwicklungen: das angelsächsische Modell in Großbritannien und Irland, das kontinentale westeuropäische, sich weitgehend auf Beitragszahlungen stützende Modell wie in Deutschland, die Modelle der südeuropäischen »rudimentären mediterranen Wohlfahrtsstaaten« wie in Portugal, Spanien, Griechenland und das skandinavische Modell. Überdies existieren noch vielfältige Variationen von Sozialstaatlichkeit, die sich aus den ehemals staatssozialistischen »autoritären Sozialstaatsmodellen« entwickelt haben, bei denen es wie z. B. in Bulgarien zunächst um Schaffung europäischer Standards, insbesondere auch Sozialstandards geht. Auch wenn es im Verlauf der Entwicklung der EU in den letzten Jahren eine Angleichung sozialstaatlicher Entwicklungen gegeben hat, sind deren Unterschiede noch immer gravierend. Altersversorgung, Gesundheit, Pflege, Arbeitslosenunterstützung, große Teile der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik liegen in der EU ausschließlich in nationalstaatlicher Kompetenz.

Zugleich aber werden die Möglichkeiten der Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen europäisch diktiert, ihre finanziellen und wirtschaftlichen Eckdaten sind insbesondere durch die Strategie von Lissabon und den Stabilitätspakt von Maastricht geprägt. Die Strategie Europa 2020 (Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) weicht von der bisherigen Strategie von Lissabon kaum ab. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU – verknüpft mit hoher Produktivität, Wirtschaftswachstum und ökologischer Modernisierung – sowie die Stärkung der Haushaltsdisziplin bleiben die zentralen Anliegen der EU-Politik. Der destabilisierenden Wirkung von Ungleichgewichten und Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit soll durch die Überwachung der nationalen Haushalte begegnet werden, während der EU-Rat Veränderungen des EU-Haushaltes vehement bekämpft. Die Verteidigung und der Ausbau von Sozialausgaben in den jeweiligen nationalen Haushaltsbudgets werden mit Bezug auf den noch immer verbindlichen Maastrichter Stabilitätspakt und untersetzt durch nationale Schuldenbremsen zur nationalen wie zur auch europäischen Herausforderung. Das heißt, die Leitidee der EU 2020 bleibt auch weiterhin ein Motor von Privatisierungen und restriktiver Geldpolitik. Diese Politik der Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge wirkt direkt auf die Gestaltung nationaler sozialer Sicherungssysteme und befördert die Ausweitung von deren Privatisierung – eine Tendenz, die zunehmend auch den gesamten Gesundheitsbereich erfasst und mit der Kürzung von Sozialtransfers einhergeht.

Dies beschreibt ein zentrales Problem der Linken. Auf ihren »ureigensten« Politikfeldern – soziale Gerechtigkeit, Verteidigung und Verbesserung sozialer Sicherungen und Standards – werden die Linken auf ihr *nationales*, traditionell bewährtes Kampffeld verwiesen. Sie müssen jedoch gleichzeitig *europäisch* widerstandsfähig und gestaltend wirksam sein.

Dazu sind linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Lage. Das haben die Proteste gegen die Bolkestein-Richtlinie 2006 und die Arbeitszeitrichtlinie 2009 gezeigt. Aber auch dieser Kampf blieb letztlich ein Verteidigungskampf. Ihre bewahrende verteidigende Funktion, die unter den Bedingungen der gegenwärtigen Krise zunimmt, bestimmt maßgeblich das Profil der Linksparteien in Europa. Dies funktioniert jedoch nur solange, wie die eigentliche »Copyrightinhaberin« des Sozialstaates, die Sozialdemokratie, sich von diesen Positionen entfernt hat und deshalb von links angreifbar ist.

Es reicht deshalb nicht, wenn die Linksparteien lediglich als »Verwalter« von klassischen sozialdemokratischen Positionen wahrgenommen werden. Andererseits ist es für sie schwierig, gesellschaftliche Mehrheiten zu mobilisieren, da ihre Forderungen als utopisch empfunden werden. Radikale Realpolitik auf europäischer Ebene muss also den Spagat zwischen eigenständigem Profil und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit beherrschen und dabei das Spannungsverhältnis von nationaler und europäischer Politik berücksichtigen. Hinzu kommt, dass die jeweiligen Ebenen der Europäischen Union (regional, national oder eben europäisch) durch unterschiedliche Logiken und Entscheidungsprozesse geprägt sind, die sich die Linksparteien in Europa erschließen und nutzen müssen. Europapolitik ist nicht eine einfache Verlängerung nationaler Politik. Was heißt das konkret?

Das gemeinsame Ziel, die europäische Sozialpolitik nicht mehr der EU-Wirtschafts- und Währungspolitik unterzuordnen, sondern die EU um eine europäische Sozialunion zu ergänzen; setzt ein einheitliches europäisches Sozial- bzw. Sozialversicherungssystem und hierzu die Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die EU-Ebene voraus.

Ein so harmonisiertes EU-weites System der sozialen Sicherung ist unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht durchsetzbar. Es ist gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig und liefe Gefahr, ausgebaute Sozialstandards wie in den skandinavischen und zum Teil in den westeuropäischen EU-Ländern abzusenken. Das heißt, auch die Linksparteien müssen neben ihrer Kritik an der grundsätzlichen politischen Ausrichtung der EU auch direkt an den Handlungsmöglichkeiten der Institutionen der EU, insbesondere des EU-Parlamentes ansetzen, deren grundlegende Ausrichtung jedoch verändern. Dazu gehören der Kampf gegen das europäische Vertragswerk, der Einsatz für Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Finanzmarktspekulation und Schritte zur Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs, Vorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, für eine Stärkung der Binnennachfrage und die Einführung eines EU-weiten Mindestlohnes und einer angemessenen Mindestsicherung/Grundsicherung.

Die Linke muss jedoch, wenn sie ihren Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung ernst nimmt, linke Antworten auf die Verknüpfung sozialer, ökologischer und ökonomischer Fragen geben. Sie muss ihre Forderung nach einer institutionellen Absicherung der sozialen Dimension der EU konzeptionell so untersetzen,

dass ihre Forderungen – wie z. B. Mindestlohn, Grundsicherung, Regulierung der Leiharbeit, Ausweitung öffentlicher Einrichtungen für Bildung, Gesundheitsvorsorge, Mobilität, Kultur und Kreditvergabe für die regionale Wirtschaft und kommunale Energieversorgung – programmatisch zusammengeführt werden. Das heißt, linke Europapolitik muss konzeptionell wie auch konkret praktisch – unter Berücksichtigung der ungleichen nationalen Ausgangsbedingungen – die unterschiedlichen Politikfelder des europäischen Mehrebenensystems unter den Bedingungen zunehmender Globalisierung miteinander verknüpfen und hierzu konkrete Angebote unterbreiten – aber gerade darin liegen gegenwärtig die Schwierigkeiten für die Linke. Einfacher scheint es bei den anderen Themen, wie z. B. bei Fragen der Abrüstung und Rüstungskonversion, der Demokratisierung europäischer Institutionen, der ökologisch-nachhaltigen Entwicklung der EU zu sein, alternative linke Strategien zu entwickeln.

Zweite Forderung: ein friedliches Europa – Außen- und Sicherheitspolitik

Die Auflösung der US-Militärstützpunkte auf europäischem Territorium wird langfristig von allen Linksparteien in der EU gefordert, ihre gegenwärtige Existenz jedoch zu einem Teil akzeptiert. Für Spanien war die Errichtung der US-Militärbasen ein Weg, sich nach der Franco-Diktatur aus der internationalen Isolation zu befreien, allerdings kämpften die Linken in Spanien konsequent gegen die Mitgliedschaft in der NATO, so dass lediglich 52 Prozent der Spanier bei dem Referendum 1982 für den Verbleib im Militärbündnis stimmten. Über diese NATO-Auseinandersetzungen bildete sich ein neues politisches Bündnis links von der Sozialistischen Arbeiterpartei. Aus der *Plataforma Civica por la salida de Espana de la OTAN* entwickelte sich zu den Parlamentswahlen 1986 das Wahlbündnis *Plataforma de la Izquierda Unida* und später die *Partei der Vereinigten Linken*. Aber nicht nur die spanische Linke, auch die bulgarischen und tschechischen Linksparteien sprechen sich vor allem gegen die Ausweitung ausländischer Militärstützpunkte in Bulgarien (vorzeitige Kündigung der Verträge von 2006) und in Tschechien aus. Exemplarisch stand hierfür der Kampf gegen die Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Bulgarien und Tschechien (vgl. Holubec, Müller). Auch die isländischen Linken wenden sich eindeutig gegen die Existenz von US-Militärstützpunkten in ihrem Land. Im Athener Appell der EL heißt es dazu: »Europa braucht kein aggressives Bündnis, das die Rolle der UNO untergräbt, den Frieden zu sichern und friedliche Beziehungen zwischen allen Staaten der Welt herzustellen. Wir appellieren an die Völker Europas, von ihren Staaten zu verlangen, die Mitgliedschaft in der Militärstruktur der NATO aufzugeben sowie alle Militärstützpunkte der NATO und der USA unverzüglich aufzulösen. Die NATO in der heutigen Form ist unakzeptabel und die Forderung nach ihrer Abschaffung dringend geboten.« Die Wahlplattform der EL 2009 verweist auf den

bedrohlichen Charakter von US-Stützpunkten wie in Vicenza, auf die Stationierung von US-Raketenabwehranlagen in Polen und der Tschechischen Republik oder die Einrichtung neuer Militärbasen in Bulgarien und Rumänien. Diese bedrohen »nicht nur die Souveränität Europas, sondern bringen auch das reale Risiko einer neuen Konfrontation auf unserem Kontinent mit sich«.

Alle Linksparteien sprechen sich für die Auflösung der NATO aus. Mit dieser Position unterscheiden sie sich von sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien. Die tschechische sozialdemokratische Partei (ČSSD) hält eine Regierungskoalition mit der kommunistischen Partei (KSČM) für unmöglich, solange sich die KSČM nicht kritisch zu ihrer Vergangenheit äußert und für ihre Verbrechen entschuldigt sowie das Privateigentum und die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennt (vgl. Holubec). In Dänemark z. B. versteht die Sozialistische Volkspartei die NATO-Mitgliedschaft als Basis dänischer Außen- und Sicherheitspolitik, zu der es »keine glaubwürdige Alternative« gebe (vgl. Johanson). Die Frage, wie eine solche Alternative aussehen könne und vor allem wie ein Prozess der Auflösung angesichts gegenwärtigen Kräfteverhältnisse eingeleitet und in ein europäisches System kollektiver Sicherheit überführt werden könne, wird unterschiedlich bewertet. Der Austritt aus der NATO ist aus Sicht einiger linker Parteien gegenwärtig keine realistische Option. Für die SP der Niederlande ist der Austritt aus der NATO »kein nahes Ziel« mehr (vgl. Wirries). Auch die SV in Norwegen hat die weitere Mitgliedschaft in der NATO akzeptiert (vgl. Seierstad). Die Linkspartei in Deutschland hat dies zunächst in die Formel »Abschaffen und ersetzen« gebracht. Die Frage des »Wie« muss hier wie auf europäischer Ebene noch beantwortet werden. Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt ihre Forderung nach Auflösung der NATO. Sie ist gegen die Logik der Militärblöcke, einschließlich der Versuche der Politik, neue europäischer Militärstrukturen aufzubauen.

Klare Positionen gibt es unter den Linken, was die Teilnahme an militärischen Auslandseinsätzen betrifft. Alle Linksparteien sprechen sich für den unverzüglichen Abzug ihrer nationalen Militäreinheiten und Kontingente aus Afghanistan aus – exemplarisch genannt seien hier die bulgarische Linke, die Linksparteien in Italien, die Einheitsliste in Dänemark, Die Linke in Deutschland, die SP der Niederlande, die Linkspartei in Schweden, die Sozialistische Linkspartei in Norwegen. Letztere konnte als Regierungspartei den Abzug der norwegischen Sondereinheiten der Operation Enduring Freedom durchsetzen (vgl. Hagemann, Müller, Johanson, Hildebrandt, Seierstad).

Die Zustimmung zu linken Alternativen ist immer dann am größten, wenn linke Positionen glaubwürdig, kohärent, durchsetzbar und zugleich zukunftstauglich erscheinen und noch dazu verbunden werden mit der konkreten Verbesserung der Lebensverhältnisse. Wie man dazu Projekte entwickelt und die Bürgerinnen und Bürger europaweit begeistern kann, bleibt eine offene Frage – eine Herausforderung für alle Linken, nicht nur für die Linksparteien.

Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa

Die Mitgliederzahlen europäischer Linksparteien

Der Erfolg von Parteien misst sich an ihrer Fähigkeit, politische Ziele durchzusetzen, den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu beherrschen und ihre Eliten in Regierungsämter zu bringen. Als messbarer Indikator für den Erfolg gelten die Wahlergebnisse von Parteien. Sie legitimieren ihr politisches Handeln, erweitern durch ihre parlamentarische Präsenz die personellen und finanziellen Ressourcen der Parteien und ermöglichen ihnen die Bildung von Regierungskoalitionen.

Angesichts des allgemeinen Rückgangs der parteipolitischen Aktivität der BürgerInnen seit den 1960er Jahren ist die Zahl der Parteimitglieder heute von nachlassender Bedeutung für die politische Wirksamkeit der Parteien. Die französische *Union pour un mouvement populaire* (UMP) oder die 2009 gegründete Berlusconi-Partei *Popolo della Libertà* (PdL) beispielsweise verstehen sich längst nicht mehr als klassische Mitgliederparteien. Auch in vielen anderen Parteien hat eine permanente mediale Präsenz inzwischen die gesellschaftliche Verankerung durch Parteimitglieder als wichtigste Ressource abgelöst.¹

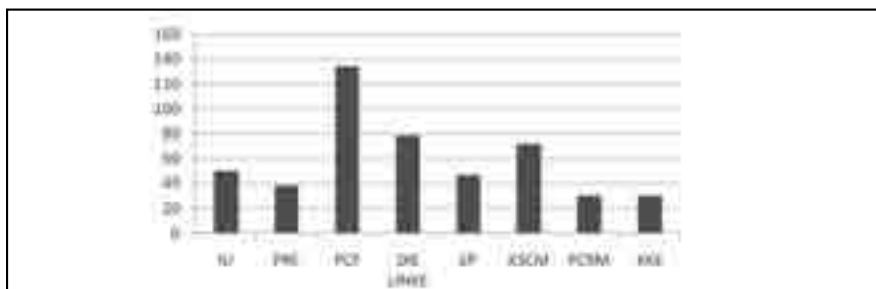
Die Linksparteien in Europa sind mit Ausnahme von Zypern, Norwegen und Island Oppositionsparteien oder Parteien im außerparlamentarischen Raum. Sie verfügen im Vergleich zu den »Medienparteien«, den Groß- bzw. Volksparteien in deutlich geringerem Maße über finanzielle, mediale und personelle Ressourcen ihrer Mitglieder und ihres Umfeldes. Für die Linksparteien in Europa muss neben ihrer parlamentarischen Präsenz also noch immer die Zahl ihrer Mitglieder bzw. die Mitgliederentwicklung als Erfolgsindikator gelten: Zwar können auch mitgliederarme Parteien Wahlerfolge haben, wenn die linken Parteien es aber nicht schaffen, eine relevante Zahl an Mitgliedern an sich zu binden, mit deren Unterstützung sie WählerInnen mobilisieren und politische Aktivitäten finanzieren können, werden diese Erfolge in der Regel nicht von Dauer sein. Für eine breite Mitgliederbasis sprechen auch normative Überlegungen: Ohne Mitglieder können linke Parteien kaum ihrem Anspruch, *Linkage* zwischen Regierenden und Regierten zu sein – indem sie die BürgerInnen repräsentieren und Personal für die Ausübung öffentlicher Ämter rekrutieren –, gerecht werden.

1 Vgl. Peter Mair: Polity-Scepticism, Party Failings, and the Challenge to European Democracy. NIAS Uhlenbeck Lecture 24, Wassenaar 2006, S. 20. Für eine ausführliche Darstellung der Debatte zum Niedergang der Mitgliederpartei vgl. Uwe Jun/Oskar Niedermayer/Elmar Wiesendahl (Hg.): Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009.

Die Mitgliedszahlen der knapp 60 linken Parteien in Europa, die sich in der EL oder anderen europäischen Kooperationsformen zusammengeschlossen haben, zeigen gemessen an der Mitgliederzahl ein Aufeinandertreffen sehr unterschiedlicher Parteien: In der linken europäischen Parteienfamilie gibt es acht Parteien mit über 30 000 Mitgliedern und stabiler parlamentarischer Präsenz (Grafik 1). Des Weiteren umfasst die europäische Linke eine Reihe mittelgroßer Parteien mit etwa 8 000 bis 17 000 Mitgliedern, die in Parlamenten oder sogar in Regierungen vertreten sind. Hierzu zählen unter anderem die nordischen Linksparteien, die griechische Partei *Synaspismos* (SYN) und die portugiesische Partei *Bloco de Esquerda*. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl außerparlamentarischer Kleinparteien mit 5 000 oder weniger Mitgliedern, so z. B. die deutsche DKP oder die österreichische KPÖ. Die *Europäische Linke* (EL) zählt in ihren 26 Mitgliedsparteien und 11 Parteien mit Beobachterstatus etwa 500 000 Mitglieder, von denen über 80 Prozent einer der sieben größten Mitgliedsparteien angehören.²

Beim direkten Vergleich der Mitgliedszahlen muss allerdings beachtet werden, dass absolute Zahlen das Bild verzerren können. Gemessen an der Bevölkerungsgröße ist zum Beispiel die isländische Partei *Vinstri hreyfingin* eine eher mitgliederstarke Partei; ihr gehören mit nur 5.833 Mitgliedern immerhin 1,8 Prozent der Bevölkerung Islands an. In der griechischen kommunistischen Partei KKE ist der Organisationsgrad weitaus geringer, denn ihre 30.000 Mitglieder machen unter 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Damit allerdings liegt die KKE immer noch über dem Schnitt der anderen Linksparteien in Europa. Eine regelrechte Volkspartei, die mit einem Wahlergebnis von 31,1 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen nach vielerlei Kriterien als Ausnahmeerscheinung gelten kann, ist die zypriotische Regierungspartei AKEL mit 15 000 Mitgliedern (5,8 Prozent der zypriotischen Bevölkerung).³

Grafik 1: Europäische Linksparteien mit mehr als 30 000 Mitgliedern⁴



2 Nach Angaben der Europäischen Linkspartei.

3 Vgl. Richard Dunphy/Tim Bale (Hg.): *Red Flag still flying? Explaining AKEL – Cyprus's Communist Anomaly*, Party Politics Bd. 13/3, 2007, S. 300.

4 Nach eigenen Berechnungen. Darüber hinaus zu erwähnen ist die italienische Neugründung Sinistra Ecologia Libertà (SEL), die nach eigenen Angaben knapp 42.000 Mitglieder hat. Sie ist bisher nicht im italienischen Parlament vertreten.

Die festgestellte Bandbreite der Mitgliederzahlen hat zum einen mit Faktoren außerhalb der Parteien zu tun. Für einen europäischen Vergleich ist es nicht unerheblich, dass der allgemeine Anteil der Parteimitglieder in der Bevölkerung länderspezifisch variiert.⁵ In einigen Ländern erschweren Spezifika des Wahlsystems das Aufkommen eigenständiger Linksparteien, so beispielsweise in Großbritannien. In wieder anderen Ländern beherrschen ein besonders ausgeprägter Antikommunismus und rechtskonservative bis rechtsextreme Grundströmungen das gesellschaftliche Klima. Ein Mitgliederzuwachs der marginalisierten linken Parteien ist dort nahezu unmöglich. Dies gilt für fast alle Länder Mittel- und Osteuropas mit ehemaligen kommunistischen Staatsparteien sowie für Österreich und die Türkei, wo Ende 2009 mit der DTP erneut eine linke Partei verboten wurde (vgl. Schukovits, Sey).⁶ Eine Ausnahme ist Tschechien, wo die kommunistische KSČM über mehr als 70 000 Mitglieder verfügt. Eine andere ist Moldawien mit der mitgliederstarken PRCM (30 000 Mitglieder), die bis 2009 in der Regierung war. Doch auch diese beiden Parteien stoßen auf massiven gesellschaftlichen Gegenwind: In Tschechien kann die Mitgliedschaft in der KSČM massiv die berufliche Karriere beeinträchtigen (vgl. Holubec), und die PRCM musste 2010 gegen das staatliche Verbot ihrer Symbole Hammer und Sichel ankämpfen.

Zum anderen gehen die hohen Abweichungen der Mitgliederzahlen der europäischen Linksparteien auf unterschiedliche Parteigeschichten und Identitäten zurück. So verstanden sich beispielsweise die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens stets als Massenparteien mit hohen Mitgliederzahlen und starken Basisorganisationen. Von ihnen hat nur die französische kommunistische Partei PCF ihre Mitgliederzahl auf einem hohen Niveau halten können. Sie hat derzeit nach eigenen Angaben 134 000 *adhérents* (AnhängerInnen),⁷ die beitragszahlenden Mitglieder machen davon allerdings nur 66 000 aus.⁸ Einen spürbaren Mitgliederverlust gab es in der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), deren Mitgliederzahl von 200 000 Mitgliedern im Jahre 1977 auf heute 20 000 zurückgegangen ist. Dieser Mitgliederrückgang wird aber zum Teil durch die Mitgliederstärke des Parteienbündnisses *Izquierda Unida*, an dem die PCE seit den 1980er Jahren mitwirkt, ausgeglichen (vgl. Heilig).

Weitaus schneller ging der Mitgliederrückgang in der PRC, der Nachfolgepartei der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), vonstatten: Die Mitgliederzahl der PRC sank von einem Hoch von 130 000 im Jahr 1997 auf nunmehr 38 000

5 Zum unterschiedlich hohen Organisationsgrad in den europäischen Parteien vgl. Thomas Poguntke: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2000.

6 Auf die dem Beitrag zugrunde liegenden Länderstudien wird im laufenden Text verwiesen. Die Daten der Graphiken sind, soweit nicht anders angegeben, ebendiesen Quellen entnommen. Bei frei verfügbaren Internetquellen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit keine ausführliche Quellenangabe.

7 Angaben des Parteivorstands der PCF.

8 Vgl. Elisabeth Gauthier: Das politische Spektrum zwischen Dekomposition und Rekombination. Zu den Regionalwahlen in Frankreich, in: RLS Standpunkte International 13/2010, S. 4.

Mitglieder. Damit einher gingen dramatische Wahlniederlagen auf nationaler und europäischer Ebene, die auch eine schwache Bindung der StammwählerInnen und eine sehr geringe Mobilisierungsquote der noch verbliebenen Mitglieder offenbarten: Kamen 1992 im Durchschnitt 5,4 WählerInnen auf ein Parteimitglied, so waren es bei den Wahlen 2006 gerade noch 4,2 (vgl. Hagemann).

Drei Gründe waren ausschlaggebend dafür, dass die PRC schon vor ihrer Spaltung 2009 einen solch erheblichen Verlust an Mitgliedern und WählerInnen hinnehmen musste: *Erstens* fehlte es an einer gemeinsamen Identität der Mitglieder einer Partei, die seit ihrer Gründung 1991 immer ein »Sammelbecken verschiedener ›Seelen‹« (Hagemann) gewesen ist. Den selbstbewusst agierenden Strömungen stehen nur wenige verbindende Elemente gegenüber; die PRC verfügt auch über kein gemeinsames Parteiprogramm. *Zweitens* ist es der PRC nicht gelungen, ihrem Anspruch als Basispartei mit starker lokaler Verankerung gerecht zu werden. Das erhoffte dichte Netz lokaler Parteiorganisationen hat die PRC nicht verwirklichen können, so dass sie auch nicht wirksam als »Kümmererpartei« für sich werben konnte. *Drittens* hat die PRC den Anspruch, dass sich ihre Parteimitglieder deutlich zu ihr bekennen, indem sie ihre Mitgliedschaft einmal jährlich erneuern. Dies hat die Mitgliedszahlen durch den »Austritt« passiver oder zeitweilig unzufriedener Parteimitglieder noch weiter sinken lassen.

Eine völlig andere Entwicklung hat die *Socialistische Partij* (SP) der Niederlande genommen. Diese war in der ersten Zeit ihres Bestehens eine Kaderpartei, die Mitglieder erst nach einer Probezeit zuließ. Auch heute gibt es noch einen engen Zusammenhalt und strenge Verpflichtungen der Mitglieder gegenüber der Partei. MandatsträgerInnen müssen beispielsweise ihre volle Aufwandsentschädigung an die SP abführen und erhalten ein Gehalt in Höhe des niederländischen Durchschnittsgehalts. In anderen Bereichen hat sich die SP von ihrer avantgardistischen Tradition gelöst. Sie agiert heute erfolgreich auf kommunalpolitischer Ebene und zeichnet sich durch hohe Sichtbarkeit, professionelle Kampagnen und offensive Mitgliederwerbung aus (vgl. Wirries). Alle diese Veränderungen und Maßnahmen haben den Mitgliederbestand der SP von 27 000 im Jahr 2000 auf 50 000 Mitglieder im Jahr 2009 wachsen lassen. 2010 erfolgte ein Einbruch der Mitgliedszahlen, so dass die SP heute nur noch 47 000 Mitglieder hat. Damit zählt sie aber immer noch zu den mitgliederstärksten Parteien der europäischen Linken.

Bemerkenswert ist des Weiteren die Mitgliederentwicklung der Partei *Die Linke* in Deutschland: Wie im Fall anderer ehemaliger sozialistischer Staatsparteien war die Zahl der PDS-Mitglieder nach dem Ende der Sowjetunion stetig gesunken; Überalterung und Austritte ließen die Partei von 281 000 im Jahr 1990 auf 65 000 Mitglieder im Jahr 2005 schrumpfen.⁹ Nach der Vereinigung zwischen PDS und der kleineren WASG, die nach eigenen Angaben 10 000 Mitglieder hatte, gelang es jedoch, diese Entwicklung umzukehren. Innerhalb von drei Jah-

9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Mitgliederentwicklung der Parteien, Online 2009.

ren stieg die Zahl der Parteimitglieder der neuen Partei *Die Linke* auf über 78 000 im Jahr 2009 an. Dabei besteht weiterhin eine große Diskrepanz zwischen Ost- und Westdeutschland: Obwohl der Mitgliederzuwachs vor allem auf Eintritte in westliche Landesverbände zurückzuführen ist, stammen nur 37 Prozent der Mitglieder aus Westdeutschland (vgl. Hildebrandt). In manchen westlichen Landesverbänden kann die Mitgliederentwicklung deshalb kaum mit den Wahlerfolgen der letzten Jahre Schritt halten. *Die Linke* in Ostdeutschland ist eine Volkspartei mit hoher Präsenz in Landes- und Kommunalparlamenten; in den westdeutschen Bundesländern hingegen ist sie eine Partei im Aufbau. Ihr politisches Personal muss zum Teil noch rekrutiert und für die kommunalpolitische Arbeit geschult werden.¹⁰

Die Sozialstruktur linker Parteien

Parteien genießen nicht in allen politischen Systemen Europas einen so hohen verfassungsrechtlichen Status wie in Deutschland. Dennoch haben Parteimitglieder auch in anderen europäischen Ländern einen exklusiven Zugang zur politischen Willensbildung; sie können ihre Interessen artikulieren und die eigenen Ziele und Überzeugungen in praktische Politik umwandeln. Es ist deshalb nicht unerheblich zu wissen, welche Gesellschaftsmilieus diesen Zugang in besonderem Maße nutzen und für welche Parteien sie sich dabei entscheiden.

Die *Cleavage*-Theorie unterstellt, dass die Zugehörigkeit zu Schichten, Berufs- und Gesellschaftsgruppen ein signifikantes Merkmal dafür ist, dass BürgerInnen einer bestimmten Partei beitreten – Parteimitglieder haben also ein ihnen eigenes Sozialprofil, das sie von den Mitgliedern anderer Parteien unterscheidet. Der etwas neuere Ressourcenansatz stellt dies insofern infrage, als er Parallelen zwischen den Mitgliedern verschiedener Parteien aufzeigt. Demnach hebt sich die ressourcenstarke Gruppe der Parteimitglieder allgemein von der Durchschnittsbevölkerung ab, und Unterschiede zwischen den Sozialprofilen der Parteien fallen nicht so sehr ins Gewicht.¹¹

Eine 1998 durchgeführte Erhebung zur Schichtzugehörigkeit deutscher Parteimitglieder legt nahe, dass in einem Beitrag über linke Parteimitglieder eigentlich beides mit bedacht werden müsste, die Unterschiede zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung *und* das, was linke Parteimitglieder von denen anderer Parteien unterscheidet.¹² Dies aber würde eine großangelegte europäische Parteienstudie

10 Hierzu dienen z. B. die Kommunalpolitischen Foren, vgl. Andreas Müller: Einstieg in die Kommunalpolitik, Broschüre: Kommunalpolitisches Forum NRW, Duisburg 2009.

11 Vgl. Roberto Heinrich/Malte Lübker/Heiko Biehl: Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation, Potsdam 2002, S. 9.

12 Vgl. ebenda, S. 10. Die Parteimitglieder unterschieden sich dahingehend von der Bevölkerung, dass der Anteil der drei oberen Schichten (mittlere und obere Mittelschicht sowie Oberschicht) unter Parteimitgliedern mit 80 Prozent deutlich höher war als unter der Gesamtbevölkerung (62 Prozent). Die PDS lag mit 39 Prozent gleichzeitig unter dem Durchschnitt der Bevölkerung und dem der Parteien.

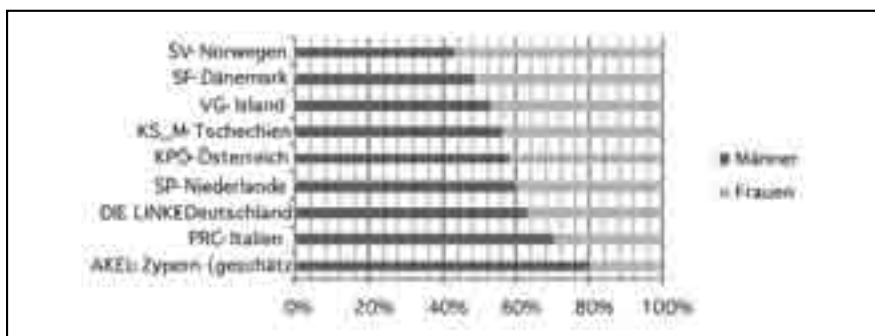
erfordern, die bisher nicht vorliegt. Stattdessen sollen in diesem Beitrag in erster Linie die Mitglieder der linken europäischen Parteienfamilie untereinander verglichen werden.

Im Vergleich der Parteien muss zudem zwischen persönlichen Merkmalen wie dem Geschlecht der Mitglieder und veränderbaren Eigenschaften wie Erwerbsstatus oder Bildungsweg unterschieden werden. So ist es unter Gesichtspunkten der Diversität grundsätzlich wünschenswert, dass Parteien Geschlechter, Altersgruppen und Minderheiten gemäß ihren Anteilen in der Bevölkerung repräsentieren.¹³ Es stellt sich demnach die Frage, inwieweit die Mitgliedschaft der Linksparteien der gesellschaftlichen Realität entspricht und wie mögliche Disproportionen verändert werden können. Die Linksparteien haben gleichzeitig den expliziten Anspruch, vor allem die sozial Schwachen oder Benachteiligten im Kapitalismus zu vertreten. In Bezug auf Erwerbsstatus und Bildungsweg soll deshalb diskutiert werden, ob die Zusammensetzung der Linksparteien einem derartigen Selbstbild – sei es als »Arbeiterpartei« oder als »Partei der kleinen Leute« – entspricht. Anhand der aktiven Mitgliedschaft (z. B. Delegierte und KandidatInnen) soll zudem der Anspruch, dass benachteiligte Gruppen ihre Interessen selbst durchsetzen, überprüft werden.

Weibliche Mitglieder

Untersucht man die Zusammensetzung der Mitglieder der europäischen Linksparteien, fällt zunächst der gemessen an der Bevölkerung geringe Frauenanteil in fast allen Parteien auf. Der Frauenanteil korreliert leicht mit dem regionalen Stand der Gleichberechtigung in Europa (Grafik 2). In Nordeuropa liegt der Anteil von Frauen in linken Parteien über dem Schnitt der hier verglichenen Parteien (40 Prozent); in Südeuropa, wo Frauen traditionell eher geringer am politischen Leben beteiligt sind, weit darunter.¹⁴

Grafik 2: Frauenanteil ausgewählter Linksparteien in Europa¹⁵



In den meisten west- und südeuropäischen Parteien, die den Anteil dokumentieren, sind zwischen 30 Prozent und 40 Prozent der Mitglieder Frauen. Spitzenreiter ist die KPÖ mit 42 Prozent; die italienische PRC hingegen kommt auf einen Frauenanteil von gerade einmal 29 Prozent (vgl. Schukovits, Hagemann). Ein völlig anderes Bild bieten die skandinavischen Linksparteien (vgl. Seierstad, Johansen): Frauen machen in Norwegen und Dänemark jeweils über die Hälfte der Mitglieder aus (SV: 57 Prozent, SF: 52 Prozent). Von den skandinavischen Linksparteien hat nur die finnische VAS einen Frauenanteil von weniger als 40 Prozent.

Einen Frauenanteil über dem europäischen Schnitt der Linksparteien haben auch die ehemaligen sozialistischen Staatsparteien in Mittel- und Osteuropa. Die tschechische KSČM hat 44 Prozent weibliche Mitglieder, und auch der Frauenanteil unter den Mitgliedern in den östlichen Landesverbänden der *Linken* ist mit 44 Prozent weitaus höher als in Westdeutschland mit 24 Prozent (vgl. Holubec, Hildebrandt). Dass auch der Anteil von Frauen unter den Neumitgliedern bei nur 24 Prozent liegt, lässt einen weiteren Rückgang des derzeitigen Frauenanteils der *Linken* erwarten (vgl. Hildebrandt).

In anderen linken Parteien sind gar keine genauen Zahlen zu weiblichen Mitgliedern verfügbar. Dies lässt vermuten, dass dem Frauenanteil kein hoher Stellenwert zugewiesen wird und dass Frauen – wie Schätzungen von 20 Prozent bei der zypriotischen AKEL und 25 Prozent bei der griechischen SYN nahelegen – in diesen Parteien nur marginal vertreten sind. Doch auch die Repräsentanz von Frauen in den Parteigremien und im Parlament gibt Aufschluss darüber, wie attraktiv eine Partei für Frauen ist: Im Zentralkomitee der griechischen KKE waren 2005 nur 14 der 77 Mitglieder Frauen, in der Parlamentsfraktion sind 17,5 Prozent der Abgeordneten weiblich. In der AKEL sind 15 der 115 ZK-Mitglieder Frauen (vgl. Marioulas).

Der allgemein niedrige Frauenanteil unter den Mitgliedern fast aller politischen Parteien wird in der Regel mit traditionell männlich geprägten hierarchischen Strukturen und Diskussionskulturen in Großorganisationen wie Parteien erklärt. Untersuchungen offenbaren zudem eine geringere Bereitschaft von Frauen, für politische Ämter zu kandidieren.¹⁶ Linke Parteien könnten die Partizipation von Frauen steigern, indem sie ihre Strukturen verändern und die vorherrschende Diskussionskultur hinterfragen. Erprobte Wege der Einflussnahme umfassen zum Beispiel die Unterstützung autonomer Frauenstrukturen wie eigenen Arbeitsgruppen, Foren und Plenen, Kampagnen gegen Sexismus im Parteialltag und die Verwendung geschlechtergerechterer Sprache.

13 Für eine umfassende Darstellung dieser Anteile in der europäischen Bevölkerung vgl. Steffen Mau/Roland Verwiebe: *Die Sozialstruktur Europas*, Konstanz 2009.

14 Ausführlich zum Stand der Gleichberechtigung in den europäischen Ländern vgl. Europäisches Parlament: *Gender Equality in the EU in 2009*, Special Eurobarometer 326, Brüssel 2010.

15 Nach eigenen Berechnungen.

16 Vgl. Ulrike Heß-Meining: Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Waltraud Cornelißen (Hg.): *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 404.

Steuerbar ist insbesondere die Berücksichtigung von Frauen bei der Auswahl politischen Personals: In der KSČM ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten im Jahr 2010 von 26 auf 42 Prozent angestiegen – die KSČM-Fraktion ist damit inzwischen die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil im tschechischen Parlament (vgl. Holubec). Viele andere Parteien versuchen gezielt, ihrer Repräsentationsfunktion gerecht zu werden und Frauen für die Parteiarbeit zu interessieren, indem sie bei parteiinternen Wahlen, bei Listenaufstellungen und bei Redezeiten Quoten anwenden (vgl. Johansen, Hildebrandt, Schukovits). Die Frauenquote schwankt dabei zwischen einem Drittel in SYN und 50 Prozent in der *Linken*.¹⁷

In Bezug auf die Frage, warum gerade die Linksparteien weniger Mitglieder anziehen als beispielsweise die grünen Parteien, wird in der Regel auf die Themenschwerpunkte der Parteien verwiesen. In der Tat zeigen zum Beispiel Untersuchungen wahlentscheidender Aspekte, dass es unter Männern ein signifikant höheres Interesse für das linke Kernthema Wirtschaftspolitik gibt.¹⁸ Die Themen soziale Gerechtigkeit und Arbeitsmarkt, die in linken Parteien mindestens ebenso präsent sind, werden allerdings von beiden Geschlechtern als gleich wichtig wahrgenommen.

So lässt sich denn auch das hohe politische Engagement von Frauen in den skandinavischen Parteien zum Teil, aber nicht ausschließlich, auf die inhaltliche Gewichtung von Themen zurückführen. Die linksgrünen Parteien beschäftigen sich stark mit der Gestaltung des öffentlichen Dienstes und mit dem Erhalt sozialer Infrastrukturen wie Gesundheit und Pflege. Sie unterstützen also Sektoren, in denen traditionell viele Frauen beschäftigt sind. Gleichzeitig gehören Bildungspolitik als auch ökologische Fragen seit langem zum Themenspektrum dieser Parteien.

Eine Rolle scheint darüber hinaus die Art und Weise zu spielen, wie alltagstauglich linke Parteien ihre Themen bearbeiten und präsentieren. Darauf weisen Erfahrungen aus den Niederlanden und aus den östlichen Landesverbänden der Partei *Die Linke* hin. Dort geht eine Politik, die Schwerpunkte auf der lokalen Ebene setzt und stark auf den konkreten Alltag der Menschen Bezug nimmt, mit einem hohen Anteil von Frauen unter den Parteimitgliedern einher. Begünstigt wird ein hoher Anteil von Frauen zudem durch starke feministische Strömungen in den Parteien. Diese sind außerhalb Skandinaviens zum Beispiel in der KP Österreichs zu finden, die als einzige europäische Linkspartei über ein Frauenprogramm und eine eigene Frauenvorsitzende verfügt (vgl. Schukovits).

17 In Bezug auf Die Linke ist allerdings zu beachten, dass die Quote in Kreisverbänden mit weniger als 25 Prozent Frauen ausgesetzt werden kann. Der Anspruch, Frauen gemäß ihrem Anteil in der Bevölkerung zu vertreten, wird also auch in der Linken nicht vollends verwirklicht.

18 Vgl. Heß-Meining: Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, S. 387.

Minderheitenangehörige

Was über den Anteil der Frauen an den Mitgliedern gesagt wurde, gilt auch für viele Minderheiten und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen. MigrantInnen, Roma, Menschen mit Behinderung, Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle (LGBT) sind noch unter ihrem Anteil in der Bevölkerung in den linken Parteien vertreten. Was Letztere betrifft, so haben einige Parteien eigene LGBT-Strukturen geschaffen, so beispielsweise die *Arbeitsgemeinschaft Queer in DER LINKEN* oder das *Collectif Lesbien-Gay-Bi-Trans* in der französischen PCF. Genaue Mitgliederzahlen sind jedoch nicht verfügbar, und die auch in linken Parteien verbreiteten Vorurteile machen die Parteiarbeit vermutlich für viele LGBT-Personen nicht sehr attraktiv.

Auch über die Anteile von MigrantInnen unter den Mitgliedern linker Parteien kann nur gemutmaßt werden. Was MigrantInnen betrifft, so weisen manche Parteien wie z. B. die zum Thema Minderheiten sehr engagierte griechische Partei SYN diese explizit auf die Möglichkeit eines Beitritts hin (vgl. Marioulas). Viele Parteien geben sich jedoch damit zufrieden, dass der MigrantInnenanteil unter den Mitgliedern vermutlich über dem anderer Parteien im politischen Spektrum liegt (vgl. Seierstad, Wirries). Die Situation der Roma und ihre Abwesenheit unter den Parteimitgliedern wird von den linken Parteien gar nicht thematisiert (vgl. Holubec, de Nève/Olteanu). Auch Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke sind eher Zielgruppen linker Parteiarbeit, als dass sie sie als Mitglieder mitgestalten können. Es existieren nur wenige Strukturen, und der Mitgliederanteil von Menschen mit Behinderung erscheint gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung völlig marginal.

Das geringe Interesse der Parteien an Minderheiten und der niedrige Anteil der Parteimitglieder, die Minderheiten angehören, führen in einen Teufelskreis: Die geringe Präsenz der Minderheitenangehörigen unter den Parteimitgliedern schafft eine Marginalisierung der wenigen Engagierten. Dadurch wiederum sinkt die Präsenz von MinderheitenvertreterInnen in der Partei, und ihre Themen verlieren weiter an Bedeutung – die Partei wird zunehmend unattraktiv für Minderheitenangehörige. Wollen Parteien der Marginalisierung der Minderheitenangehörigen unter ihren Mitgliedern entgegenwirken, müssen sie Diskriminierung in Partei und Gesellschaft gezielt thematisieren und Instrumentarien vergleichbar denen zur Steigerung des Frauenanteils entwickeln. Zentral ist insbesondere die Anerkennung autonomer Strukturen, in denen sich Minderheitengruppen eigene Räume jenseits der parteiinternen Mehrheitskultur schaffen können, sowie die Berücksichtigung ebendieser Strukturen im Willensbildungsprozess der Parteien.

Durchschnittsalter und Altersstruktur

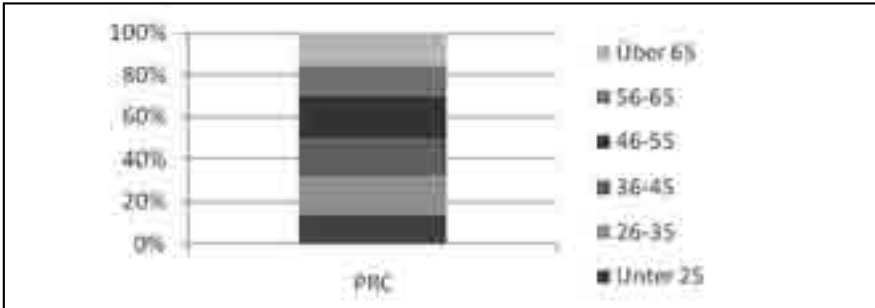
Die Altersstruktur von Parteien verweist zum einen auf die Fähigkeit der Parteien, verschiedene Generationen parteipolitisch zu binden und auf diese Weise ihre Fortexistenz zu sichern. Zum anderen ist die Altersstruktur ein Indiz dafür, welche Konfliktdimensionen von der Partei aufgegriffen werden und welche sozialen Milieus oder politischen Interessengruppen sich politisch und kulturell repräsentiert sehen. Für das Parteileben selbst ist es wichtig, dass die Führung nicht nur die divergierenden Interessen der Mitgliedsgenerationen vor Augen hat, sondern auch deren unterschiedliche Prägungen. So treffen in vielen Parteien ältere Mitglieder mit traditionell enger Parteibindung auf junge Mitglieder, für die die Partei kein lebenslanges Bündnis mehr darstellt. Letzteren erscheinen auch die klassischen Organisations- und Parteiführungsprinzipien vielfach unzeitgemäß. Eine Besonderheit der Linksparteien ist die Erfahrung eines persönlichen Scheiterns, das viele ältere Parteimitglieder mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus verbinden und das von der jungen Mitgliedergeneration nicht geteilt wird.

Zur Altersstruktur linker Parteien liegt derzeit nur wenig empirisches Material vor; auch unterschiedliche Methoden der Datenerfassung machen einen europaweiten Vergleich unmöglich. Eines ist aber auch anhand weniger ausgewählter Beispiele erkennbar: Innerhalb der europäischen Parteienfamilie gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Alters der Parteimitglieder – etwa im Durchschnittsalter: Dies liegt bei der isländischen *Vinstri hreyfingin* und bei der dänischen *Enhedslisten* bei 42,5 Jahren (vgl. Erlingsdóttir, Johansen). Die Mitglieder der Linken sind mit durchschnittlich 63 Jahren deutlich älter (vgl. Hildebrandt). Die tschechische KSČM ist mit einem Durchschnittsalter von über 70 Jahren von einem steten Mitgliederrückgang betroffen, den auch Neueintritte kaum ausgleichen (vgl. Holubec).

Ein ähnliches Bild ergeben die Anteile bestimmter Altersgruppen innerhalb einer Partei. In der isländischen *Vinstri hreyfingin* liegt der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren bei 27 Prozent; in der *Enhedslisten* sind 34 Prozent sogar jünger als 20 Jahre (vgl. Erlingsdóttir, Johansen). Hohe Anteile junger Mitglieder haben auch der portugiesische *Bloco de Esquerda*, die luxemburgische *lénk* und die türkische ÖDP (vgl. Soeiro, Wager, Sey). Eine gänzlich andere Altersstruktur zeigt sich hingegen in der finnischen VAS, die wie die KSÄM einem Mitgliederschwund durch Überalterung entgegensteht: Knapp ein Drittel ihrer Mitglieder ist über 70 Jahre alt, 25 Prozent sind jünger als 50 und gerade einmal fünf Prozent sind jünger als 30 Jahre (vgl. Kontula/Kuhanen).¹⁹ Eine seit Jahren nahezu unveränderte und relativ gleichmäßige Altersverteilung mit einem hohen Anteil jüngerer Mitglieder lässt sich bei der italienischen PRC beobachten (vgl. Hagemann; Grafik 3).

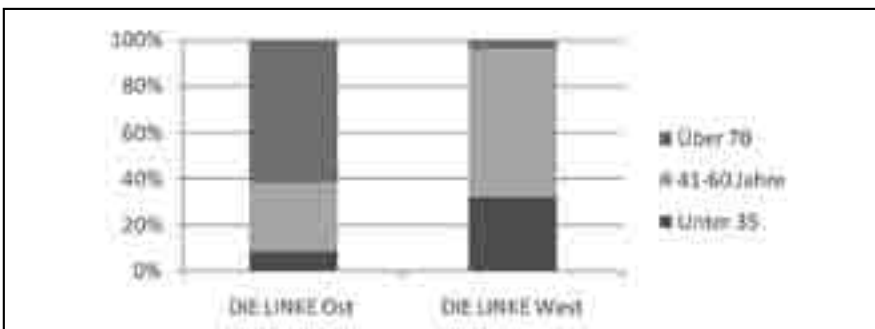
19 Sieht man von der Situation der ehemaligen sozialistischen Staatsparteien ab, handelt es sich hierbei nicht um ein spezifisches Problem linker Parteien. Auch viele andere politische Parteien sind von einem steigenden Mitgliedsalter betroffen. Hierfür mitverantwortlich ist die demographische Entwicklung, die auch eine Herausforderung für andere Formen des bürgerschaftlichen Engagements darstellt.

Grafik 3: Mitglieder der italienischen PRC nach Altersgruppen, in Prozent²⁰



Dass nicht nur im Austausch der europäischen Linksparteien unterschiedliche Altersstrukturen aufeinandertreffen, zeigt sich am Beispiel der *Linken*: Stellt man jeweils die Altersstruktur in den östlichen und den westlichen Landesverbänden gegenüber (Grafik 4), treten deutliche Gegensätze zutage. In den östlichen Landesverbänden fällt besonders der hohe Anteil der über 70-Jährigen auf. In Westdeutschland macht hingegen eine der politisch aktivsten Altersgruppen, die der 41- bis 60-Jährigen, 50 Prozent der Parteimitglieder aus. Mit einer hohen Anzahl von Mitgliedern unter 35 Jahren hat die Partei auch ein erheblicheres Protestpotential im Westen als im Osten.²¹ Vor diesem Hintergrund lässt sich in mancher Auseinandersetzung innerhalb der *Linken* durchaus auch ein Konflikt verschiedener Mitgliedergenerationen erkennen.

Grafik 4: Mitglieder Die Linke nach Altersgruppen, in Prozent²²



²⁰ Nach eigenen Berechnungen.

²¹ Für eine detaillierte Darstellung der Altersstruktur der gesamten Linken vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland. Version 1/2009, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15, Berlin 2009, S. 16. Im Jahr 2007 ist die Gruppe der über 60-Jährigen deutlich geschrumpft, die Eintrittswelle hat wenig überraschend zu einer Verjüngung der Mitgliedschaft geführt. Vgl. hierzu auch Kajo Tetzlaff/Alexander Reetz: Statistische Untersuchung der Parteieintritte DIE LINKE 2004/2007 (Mai-August), Power-Point-Präsentation, Folie 9 ff.

²² Nach eigenen Berechnungen.

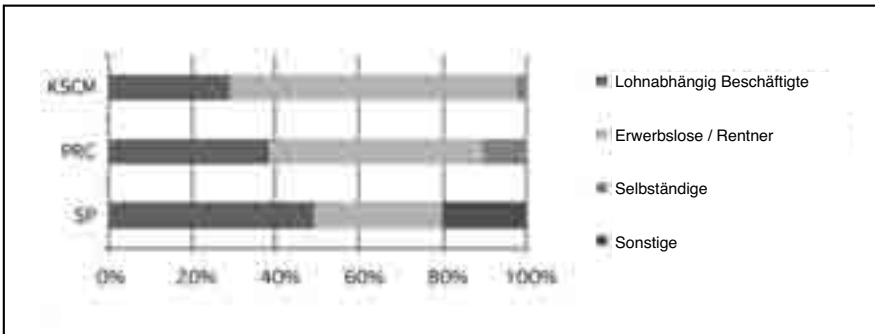
Aussagekräftig für die politische Arbeit der linken Parteien und für das Bild, das diese in der Öffentlichkeit haben, ist die Altersverteilung unter den *aktiven* Mitgliedern. KandidatInnen- und Delegiertenlisten geben Hinweise darauf, dass es zwischen den Parteien erhebliche Unterschiede gibt, welche Altersgruppe jeweils am stärksten repräsentiert wird. So sind unter den Parteitagsdelegierten der *Linken* jüngere Altersgruppen weitaus stärker vertreten als in der zypriotischen AKEL, obwohl die Mitglieder der AKEL im Schnitt jünger sind als die der *Linken* (vgl. Hildebrandt, Marioulas). Derartige Abweichungen können unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass manche Parteien bewusst versuchen, den Aktivitätsgrad von Jüngeren zu erhöhen, indem sie diese über ihren Mitgliederanteil hinaus bei Delegiertenmandaten und Kandidaturen berücksichtigen.

Fast alle europäischen Linksparteien verfügen über in die Partei integrierte oder ihnen nahestehende Jugendorganisationen. Deren Mitspracherechte und der Einfluss junger Mitglieder auf Programmatik und praktische Arbeit der linken Parteien gehen in den Parteien aber weit auseinander (vgl. hierzu u. a. Kontula/Kuhanen, Pilawski/Politt, Steiner, Sey). Dass manche Parteien das Engagement ihrer jungen Mitglieder bewusst fördern, ist naheliegend: Es ist davon auszugehen, dass Parteien erheblich von einem hohen Anteil junger Aktiver profitieren, sei es in Bezug auf moderne Medien und Aktionsformen oder die Bearbeitung klassischer Fragen unter neuen Bedingungen, so z. B. die Eigentumsfrage von digitalisiertem Wissen. Darüber hinaus gilt Jugendlichkeit in der Gesellschaft als ein Positiv-Merkmal, welches das Ansehen einer Partei in der Außenwahrnehmung erheblich steigern und neue Mitglieder und WählerInnen anziehen kann.

Erwerbsstatus, Berufe und Bildungsabschlüsse linker Parteimitglieder

Auch in Bezug auf unterschiedliche soziale Milieus, gekennzeichnet durch Erwerbsstatus, Berufe und Bildungsstand der linken Parteimitglieder, sind nur wenige aussagekräftige Daten für einen europäischen Vergleich verfügbar. Stattdessen soll exemplarisch dargestellt werden, wie sich die Mitgliederstruktur einzelner Parteien gestaltet und wo es auffällige Häufungen in bestimmten Berufsgruppen gibt. Betrachtet man Grafik 5, fällt zunächst der hohe Anteil derjenigen Mitglieder auf, die nicht lohnabhängig beschäftigt sind. In manchen der dargestellten Parteien machen RentnerInnen, Erwerbslose, Selbstständige, Studierende und Haushaltsführende weit über die Hälfte der Mitglieder aus.

Grafik 5: Mitglieder linker Parteien, nach Tätigkeit in Prozent²³



Die Bandbreite zwischen den Parteien ist indes sehr hoch, und im Detail treten zudem klare Unterschiede innerhalb der Gruppe der nicht lohnabhängig Beschäftigten zutage: So sind zum Beispiel in der tschechischen KSČM 67,1 Prozent der Parteimitglieder RentnerInnen; es gibt fast keine Studierenden, Erwerbslosen oder Haushaltsführenden in der Partei (vgl. Holubec). Im Vergleich dazu hat die italienische PRC einen hohen Anteil an Studierenden (14,2 Prozent). RentnerInnen machen hier gerade einmal 8,4 Prozent aus, und Erwerbslose und Haushaltsführende kommen zusammen auf über zehn Prozent (vgl. Hagemann).

Bedenkt man, dass viele linke Parteien explizit die Interessen arbeitsloser und bedürftiger BürgerInnen artikulieren wollen, so muss der geringe Arbeitslosenanteil unter den Parteimitgliedern überraschen: In der PRC beispielsweise sind es 7,6 Prozent und in der slowakischen KSS etwa sieben Prozent²⁴ – Arbeitslose sind also auch in den Linksparteien unter ihrem Anteil in der wahlberechtigten Bevölkerung vertreten. Dabei gilt es aber zu bedenken, dass die Partizipationsform »Parteimitgliedschaft« meist eher ressourcenstarke Bevölkerungsschichten anzieht und der Anteil der Arbeitslosen in den europäischen Linksparteien immer noch höher ist als der in anderen Parteien. So zeigt z. B. eine aktuelle Untersuchung deutscher Parteimitglieder, dass die Partei *Die Linke* in Deutschland zu Recht als Vertreterin der Arbeitslosen wahrgenommen wird. Mit knapp acht Prozent übersteigt der Anteil der Arbeitslosen unter den Mitgliedern bei weitem den der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.²⁵

Neben dem Bild der »Parteien der Lohnabhängigen« muss auch das Bild von »Arbeiterparteien« relativiert werden. ArbeiterInnen sind heute in den meisten linken Parteien in der Minderheit. In manchen Ländern geht dies mit einer hohen Zahl von RentnerInnen einher, so zum Beispiel in der KSČM, wo ArbeiterInnen

23 Nach eigenen Berechnungen.

24 Vgl. Heiko Kosel: The Communist Party of Slovakia (KSS), in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt: The Left in Europe. Political Parties and Party Alliances between Norway and Turkey, Brüssel 2009, S. 150.

25 Vgl. Ulrich von Alemann/Markus Klein (Hg.): Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, o. S. (im Erscheinen).

nur 13,6 Prozent der Parteimitglieder ausmachen (vgl. Holubec). Der Anteil bleibt aber auch dann niedrig, wenn man die Berufsgruppen unabhängig vom tatsächlichen Erwerbsstatus betrachtet. Insbesondere in den skandinavischen Ländern treten inzwischen bevorzugt Angestellte und Angehörige der Mittelschicht den linken Parteien bei (vgl. Steiner). In der *Linken* in Deutschland sind heute nach Selbstangabe nur 16,3 Prozent ArbeiterInnen; über die Hälfte sind Angestellte in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst.²⁶

Wie beim Arbeitslosenanteil lässt sich der geringe Anteil der ArbeiterInnen teilweise mit der überproportionalen Vertretung ressourcenstarker Bevölkerungsteile erklären. Eine Rolle spielen zudem die soziostrukturellen Umbrüche von der klassischen Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft: Mit der Verringerung der allgemeinen Zahl der ArbeiterInnen verändert sich das klassische Milieu der Linksparteien, so dass auch der Anteil der IndustriearbeiterInnen in den Linksparteien sinken muss. Dies hat dazu geführt, dass sich einige der Parteien, die seit den 1980er Jahren entstanden sind, schon längst nicht mehr als klassische Arbeiterparteien verstehen, sondern sich wie SYN und *Die Linke* um eine diversifizierte Mitgliedschaft bemühen. Dies heißt aber nicht, dass die Parteien nun völlig andere Einkommenschichten anziehen. Mit einem relevanten Anteil an Mitgliedern im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind die meisten Linksparteien weiterhin »Parteien der kleinen Leute« (vgl. u. a. Wirries).

Die allgemeine Mitgliederstatistik zeigt aber auch hier kein vollständiges Bild der Parteimitglieder, zumal sich die Mitgliedschaft linker Parteien, so wie bei anderen Parteien auch, im Umbruch befindet. Sichtbar wird dies z. B. an der beruflichen Situation der neuen und der aktiven Mitglieder, die zum Teil erheblich vom Querschnitt der Mitglieder der jeweiligen Parteien abweicht. Dies soll am Beispiel der *Linken* verdeutlicht werden: Eine Untersuchung der Berufe der Neumitglieder der *Linken* zwischen 2004 und 2007 zeigt, dass über die Hälfte der Neumitglieder als lohnabhängig Beschäftigte oder Selbstständige erwerbstätig waren.²⁷ Dies ist ein deutlich höherer Anteil als in der Gesamtpartei. Im Jahr 1998 machten die nicht Erwerbstätigen, vor allem RentnerInnen, über zwei Drittel der Mitglieder aus; 2009 war es immer noch weit über die Hälfte.²⁸ Der Studierendenanteil unter den Neumitgliedern 2004 lag bei knapp einem Drittel, und selbst die 7,4 Prozent aus dem Jahr 2007 liegen noch weit über dem Studierendenanteil der PDS 1998 und der *Linken* 2009 (ein bzw. drei Prozent).²⁹ Die Untersuchung offenbart zudem, dass 2004 und 2007 viele Arbeitslose der *Linken* beitraten. 2007

26 Vgl. ebenda.

27 Vgl. Tetzlaff/Reetz: Statistische Untersuchung der Parteieintritte DIE LINKE, Folie 32.

28 Vgl. Heinrich/Lübker/Biehl: Parteimitglieder im Vergleich, S. 12; von Alemann/Klein (Hg.): Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, o. S.

29 Vgl. ebenda.

überstieg der Arbeitslosenanteil unter den Neumitgliedern mit 18,4 Prozent deutlich den Anteil in der Bevölkerung und in der Gesamtpartei.³⁰

Die Situation unter den aktiven Mitgliedern wiederum weicht sowohl von der Mitglieder- als auch von der Neumitgliederstatistik ab: Unter den Delegierten des Parteitages der Linken in Rostock 2010 beispielsweise stellten lohnabhängig Beschäftigte und Selbstständige die überwiegende Mehrheit der Delegierten dar (Grafik 6).³¹ An dritter Stelle stehen die RentnerInnen; ihr Anteil unter den Delegierten entspricht nur einem Bruchteil ihrer tatsächlichen Stärke unter den Mitgliedern der *Linken*. Gemessen an den Neumitgliedern sind auch die Studierenden und SchülerInnen durch die Delegierten schwach repräsentiert. Arbeitslose sind unter ihrem Anteil an Parteimitgliedern und weit unter ihrem Anteil an Neumitgliedern vertreten.

Grafik 6: Delegierte des Parteitags DIE LINKE am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock³²



Das politische Spitzenpersonal der *Linken* wiederum ist wie in den meisten Parteien von anderen Berufsbildern geprägt; hier dominieren akademische Berufe und ein höherer Bildungsstand.³³ Die berufliche Heterogenität der zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingetretenen Mitglieder und die große Diskrepanz zwischen

30 Vgl. Tetzlaff/Reetz: Statistische Untersuchung der Parteieintritte DIE LINKE, Folie 32; von Alemann/Klein (Hg.): Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, o. S.

31 Ein vergleichsweise hoher Anteil von lohnabhängig Beschäftigten lässt sich auch in der aktiven Mitgliedschaft anderer linker Parteien beobachten, so unter den Parteitagsdelegierten der zyprischen AKEL (63,6 Prozent) und unter den KandidatInnen der luxemburgischen Lénk bei Nationalwahlen (50,2 Prozent). Der Anteil der Selbstständigen lag bei den Parteitagsdelegierten der AKEL bei 15 Prozent, der der Erwerbslosen bei 19,4 Prozent. In der »Arbeiterpartei« Lénk gab es keine Selbstständigen unter den KandidatInnen, 24,9 Prozent waren erwerbslos oder in Rente (vgl. Marioulas, Wagener).

32 Quelle: Bericht Mandatsprüfungskommission vom 15. Mai 2010.

33 Vgl. Klaus-J. Holzapfel (Hg.): Kürschners Volkshandbuch. Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2010, S. 297 f.

Parteimitgliedern und politischem Führungspersonal führen nicht nur in der *Linken* zu erheblichen Konfliktlagen, die auch in Auseinandersetzungen unterschiedlicher Parteikulturen zum Ausdruck kommen. Um den Einfluss der Mitgliederentwicklung auf das Entstehen solcher Konfliktlagen vertieft zu untersuchen, bedürfte es jedoch umfangreicherer Sozialstrukturdaten.

Untersucht man die Sektoren, in denen die Mitglieder linker Parteien tätig sind, so fällt auf, dass besonders viele Mitglieder linker Parteien im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor tätig sind. Dies gilt insbesondere für die skandinavischen Linksparteien (vgl. Johansen, Steiner, Seierstad) – 75 Prozent der SV-Mitglieder sind im öffentlichen Dienst angestellt –, aber auch für die griechische SYN, für *Die Linke*³⁴ und für *Déi Lénk* in Luxemburg (vgl. Marioulas, Wagener). Besonders ins Gewicht fallen in manchen Parteien auch Bildungsberufe wie LehrerIn oder ErzieherIn, so zum Beispiel in der niederländischen SP, wo über ein Zehntel der Mitglieder im Bildungssektor tätig ist. Die SP ist zudem eine Partei mit einem starken gesundheitspolitischen Profil. Einer Mitgliederbefragung nach war jedes fünfte Mitglied im Gesundheitssektor beschäftigt, und die Partei zählt viele Ärzte unter ihren Mitgliedern (vgl. Wirries).

Überdurchschnittlich viele Mitglieder linker Parteien verfügen über höhere Bildungsabschlüsse. Allerdings gibt es auch hier eine weite Bandbreite, die Zahl der Mitglieder mit Hochschulabschluss schwankt zwischen 40 Prozent (SP; vgl. Wirries) und 9 Prozent (KSČM; vgl. Holubec). In vielen der linken Parteien, so zum Beispiel in der finnischen VAS (vgl. Kontula/Kuhanen) und in der Partei *Die Linke*³⁵, gibt es sowohl einen hohen Anteil an AkademikerInnen als auch eine Vielzahl von Mitgliedern mit Volksschulabschluss. Auch beim Bildungsstand gibt es Diskrepanzen zwischen Parteimitgliedern und den aktiven Mitgliedern. So waren die Delegierten des letzten Parteitag der griechischen SYN zu über einem Drittel HochschulabsolventInnen – ein Anteil, der vermutlich trotz der studentischen Prägung der Partei den unter den Parteimitgliedern leicht übersteigt (vgl. Marioulas).

Die Elektorate linker Parteien

Wer sind die WählerInnen radikal linker Parteien? Hinsichtlich der politischen Orientierung und der entscheidenden Gründe, sich linken Parteien zuzuwenden, lassen sich nach Luke March derzeit drei Gruppen festmachen: Erstens die linke Subkultur, bestehend aus BürgerInnen, die schon vor 1989 mit linken Parteien

34 Bei der Linken gaben 29,7 Prozent der befragten Parteimitglieder an, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Vgl. von Alemann/Klein (Hg.): Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, o. S.

35 Nach aktuellen Erhebungen zur Linken haben knapp 47 Prozent der Mitglieder einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Gleichzeitig verfügen 21 Prozent der Mitglieder über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss. Vgl. ebenda.

sympathisierten, und aus Aktiven in Umweltschutz-, Studierenden- oder Frauenrechtsgruppen, zweitens unzufriedene Mitte-Links-WählerInnen und grüne WählerInnen in Ländern mit schwachen grünen Parteien und drittens ProtestwählerInnen, ErstwählerInnen sowie ehemalige NichtwählerInnen.

In diesem Beitrag soll darauf eingegangen werden, aus welchem Milieu die WählerInnen linker Parteien stammen, wessen Interessen die Parteien also vertreten und welche Gruppen sie mit ihrer Politik weniger stark erreichen.³⁶ Die Darstellung beschränkt sich dabei auf Geschlecht, Alter, Berufs- und Bildungsmilieu der linken WählerInnen. Eine Analyse des Anteils der WählerInnen, die Minderheiten angehören, muss mangels empirischer Grundlagen entfallen. Dennoch soll erwähnt werden, dass mit dem britischen *Respect*-Bündnis, der niederländischen SP und der schwedischen *Vänsterpartiet* einige Linksparteien von besonders vielen MigrantInnen gewählt werden (vgl. Kachel, Wirries, Steiner).³⁷

Der Frauenanteil unter den WählerInnen

Hier fällt zunächst auf, dass der hohe Frauenanteil unter den Mitgliedern skandinavischer Linksparteien mit einem hohen Anteil von Frauen unter den WählerInnen korrespondiert (vgl. Kontula/Kuhanen, Johansen). Erhält die norwegische SV unter Wählerinnen ein Ergebnis von 14 Prozent, so sind es unter den Wählern nur sieben Prozent (plus 7; vgl. Seierstad). Zum Vergleich: *Die Linke* kommt auf nur 10,6 Prozent bei Frauen und 13,3 Prozent bei Männern (minus 2,7; vgl. Hildebrandt). Sie zieht damit noch weniger Wählerinnen an als der Durchschnitt der westeuropäischen Linksparteien, die ein wenig mehr Unterstützung von Männern als von Frauen erhalten.³⁸

36 Trotz des Fehlens radikal linker Parteien in manchen europäischen Ländern fanden auch die teils sehr interessanten Hinweise zur Alters- und Berufsstruktur der dortigen sozialdemokratischen Parteien SLD, BSP und Labour Party keine Berücksichtigung (vgl. Kachel, de Nève/Olteanu, Politt/Pilawski). Für eine Darstellung von Hochburgen und Stadt-Land-Verteilung vgl. den im Rahmen dieses Buchprojekts erarbeiteten Beitrag von Stanislav Holubec: Die regionale Unterstützung der europäischen radikalen Linken.

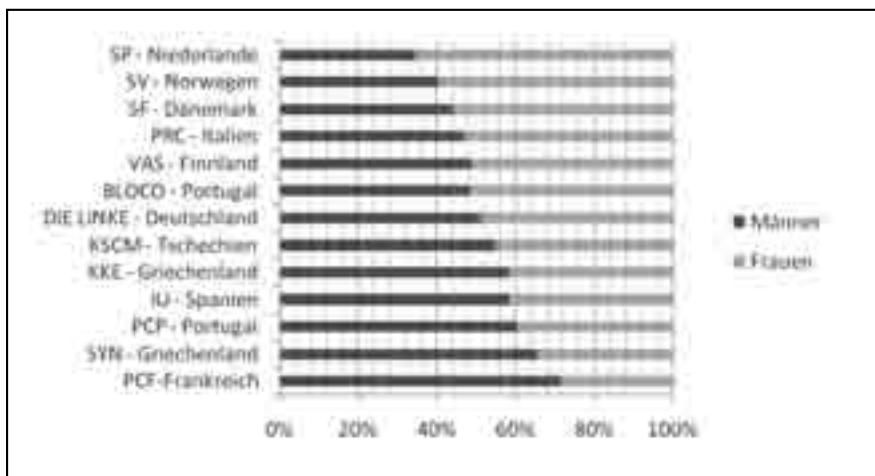
37 Vgl. Luke March: Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream? FES Internationale Politikanalyse, November 2008, S. 8 f. Diese Einteilung ist sicher nicht vollständig, und es ist umstritten, welche Höhe und Relevanz der Anteil der ProtestwählerInnen für linke Parteien hat. Einen Hinweis darauf, dass der Anteil dieser sehr heterogenen Gruppe aber nicht unbeachtet bleiben darf, bietet eine Umfrage im Rahmen der Bundestagswahl 2009. Damals gaben 60 Prozent der Linke-WählerInnen an, die Partei aus »Enttäuschung« gewählt zu haben, ein höherer Anteil als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Vgl. Die Tagesschau: Wahlarchiv Bundestagswahl 2009. Mobilisierung.

38 Vgl. Tim Spier (2009): Linksparteien in Westeuropa. Eine kohärente Parteienfamilie? Vortrag auf der Tagung »Parteienfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?« des AK Parteienforschung der DVPW (Prof. Jun, Prof. Niedermayer), im Rahmen des DVPW-Kongresses in Kiel 2009, S. 13. Tim Spier stützt sich bei seinen Berechnungen weitgehend auf die Daten der European Social Survey, 3. Welle 2006. Zu der empirisch umstrittenen These, dass Frauen im Allgemeinen eher linke Parteien und Positionen unterstützen, vgl. Hans Geser: Frauen als Stützen linker Parteipolitik, in: *Sociology in Switzerland: Politik und Parteien im Wandel*, Online Publikationen, Zürich 2005.

Die letzten verfügbaren Vergleichszahlen zum Anteil von Wählerinnen an der Gesamtzahl des linken Elektorats stammen aus dem Jahr 2004. Im Vergleich von 13 Linksparteien erscheint der Anteil von Wählerinnen mit 47,4 Prozent höher als der der Frauen unter den Parteimitgliedern (Grafik 7). Aktuelleren Studien zufolge ist er allerdings immer noch niedriger als der Anteil bei den Grünen und auch bei den Sozialdemokraten.³⁹

Wie bei den Parteimitgliedern gibt es ein leichtes Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich des Geschlechts der WählerInnen: Von deutlich mehr Frauen als Männern gewählt wurden die skandinavischen Parteien SV und SF⁴⁰ sowie die SP der Niederlande. Von der französischen PCF abgesehen stammen alle Parteien mit dem höchsten Männeranteil unter den WählerInnen aus südeuropäischen Ländern. Darauf, dass die Geschlechteranteile auch innerhalb eines Landes parteispezifisch stark variieren können, weist der Vergleich zwischen den beiden portugiesischen Parteien hin. Der *Bloco de Esquerda* hatte mit 51,6 Prozent einen deutlich höheren Anteil an Wählerinnen als die PCP (39,6 Prozent).

Grafik 7: Wahlentscheidungen für linke Parteien nach Geschlecht⁴¹



Wollen linke Parteien Frauen stärker als bisher erreichen, müssen sich die spezifischen Anliegen von Frauen in den Debatten und politischen Positionen der Parteien wiederfinden. Wählerinnen dabei ausschließlich über vermeintliche »Frau-

39 Vgl. Spier: Linksparteien in Westeuropa, S. 13.

40 Dies gilt, obwohl die Parteiensysteme Skandinaviens auch eigene Frauenparteien mit parlamentarischer Vertretung kennen, die mit den linken Parteien konkurrieren (vgl. Erlingsdóttir, Steiner). Zum Teil wird der hohe Anteil von Frauen unter den WählerInnen linker Parteien auch auf den hohen Anteil von Frauen unter den Angestellten des (von Linken verteidigten) öffentlichen Sektors zurückgeführt (vgl. Seierstad, Johansen).

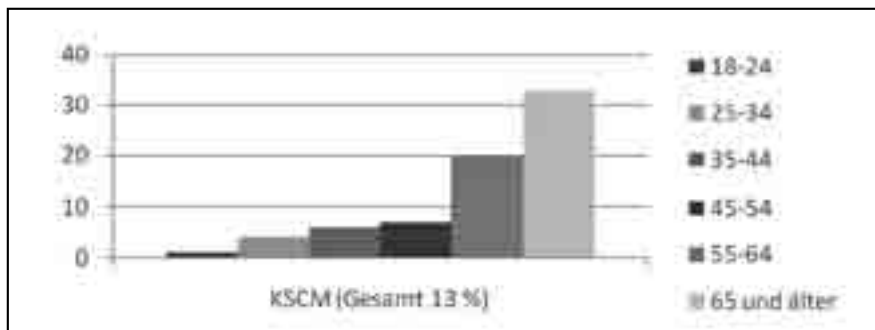
41 Vgl. Dietmar Wittich: Synopse sozialer Umfelder ausgewählter europäischer Linksparteien, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006, S. 235.

enthemen« wie Bildung und Umwelt gewinnen zu wollen, reicht allerdings nicht aus. Dafür haben diese Themen auch für Frauen einen zu niedrigen Stellenwert,⁴² und ihre wirtschafts- und sozialpolitische Fokussierung aufzugeben, kann für linke Parteien keine überzeugende Option sein. Stattdessen müssten die Interessen von Frauen genau in den Kernthemen der linken Parteien berücksichtigt werden.⁴³ Themen, mit denen die Parteien den konkreten Nutzen ihrer Politik für Frauen hervorheben könnten, sind z. B. Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern, Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit, benachteiligende Steuer- und Rentenmodelle oder der gezielte Erhalt von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor.

Die Altersstruktur der WählerInnen

Die WählerInnen linker Parteien sind im europäischen Vergleich jünger als die WählerInnen anderer Parteien; insbesondere für die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen sind die linken Parteien sehr attraktiv.⁴⁴ Doch auch hier gibt es Gegensätze sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Vergleicht man beispielsweise die Wahlergebnisse der tschechischen KSČM mit denen der KKE und des Wahlbündnisses *Syriza* in Griechenland bei den letzten Parlamentswahlen, zeigt sich das Ergebnis völlig unterschiedlicher Parteigeschichten und Kampagnen (Grafik 8 und 9).

Grafik 8: Wahlergebnisse KSČM nach Altersgruppen, in Prozent

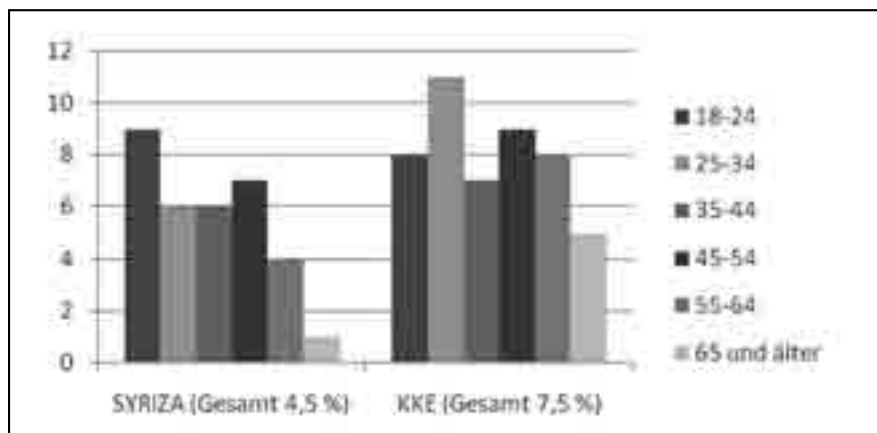


42 So gaben bei den Bundestagswahlen 2002 nur 16,4 Prozent aller befragten Frauen an, dass Umweltpolitik für sie wahlentscheidend war, bei der Bildungspolitik waren es 18,3 Prozent. Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik waren für 30,3 bzw. 31,4 Prozent der befragten Wählerinnen wahlentscheidend. Vgl. Heß-Meining: Politische Partizipation, S. 387. Zum Wahlverhalten von Frauen auf europäischer Ebene vgl. Directorate General Communication of the Commission and the European Parliament: Women and European Parliamentary Elections. Analytical Report, Flash EB Series 266, European Communities 2009.

43 Vgl. Silke Ötsch: Women, Finance and the Left. Gender Relations in a Hegemonic Left Project, Vortrag auf dem Seminar «Why Seems the Crisis to Favour Rather the Right than the Left?», Transform!Europe 3/2010, Folie 21.

44 Vgl. Spier: Linksparteien in Westeuropa, S. 14.

Grafik 9: Wahlergebnisse KKE und Syriza nach Altersgruppen, in Prozent



Zwar ist die tschechische KSČM in den letzten Parlamentswahlen deutlich erfolgreicher gewesen als *Syriza* und KKE, doch ist dieses Ergebnis vor allem auf die Wählerstimmen der über 65-Jährigen zurückzuführen, denen gegenüber sich die Partei als Bewahrerin staatssozialistischer Werte und Privilegien zu profilieren sucht (vgl. Holubec). KKE und *Syriza* zeigen gegenüber der KSČM eine entgegengesetzte Präferenz in den verschiedenen Altersgruppen. Im innergriechischen Vergleich zeichnet sich *Syriza* durch ein jüngeres Elektorat aus als die etwas traditionellere KKE. Das Wahlbündnis erzielte unter SchülerInnen und Studierenden ein Ergebnis von neun Prozent, was dem Doppelten des Durchschnittsergebnisses von *Syriza* entsprach. Wenig überraschend ist deshalb die hohe Sympathie, die zum Beispiel das *Syriza*-Mitglied SYN den Jugendprotesten im Dezember 2008 entgegenbrachte (vgl. Marioulas).

Andere Parteien, deren Programm und Kampagnen besonders junge WählerInnen anziehen, sind die skandinavischen Parteien *Enhedslisten* und *Vänsterpartiet* und die portugiesische *Partei Bloco de Esquerda* (vgl. Johansen, Steiner, Soeiro). Ähnlich wie *Syriza* und KKE steht der fast ausschließlich von Jüngeren gewählten Bloco mit der portugiesischen KP (PCP) eine weitere linke Partei zur Seite, die ein eher älteres Elektorat anspricht.⁴⁵

Die niederländische SP und die norwegische SV sind sowohl für WählerInnen jüngeren und mittleren Alters attraktiv (vgl. Seierstad, Wirries). Zu den Parteien, die bevorzugt von mittleren und älteren Jahrgängen gewählt werden, gehören beispielsweise die finnische VAS und die französische PCF – der Anteil der 18- bis 25-Jährigen unter den WählerInnen der PCF liegt bei unter 3,5 Prozent (vgl. Sahuc). Der Anteil in der *Linken* ist mit sieben Prozent zwar leicht höher, ihre

45 Vgl. Wittich: Synopse sozialer Umfeldler ausgewählter europäischer Linksparteien, S. 236.

größte Unterstützung erfährt *Die Linke* jedoch in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen. Das Ergebnis unter den ErstwählerInnen liegt mit elf Prozent unter dem Gesamtergebnis der Partei.⁴⁶

Erwerbsstatus, Berufsgruppen und Bildungsabschlüsse linker WählerInnen

Der Erwerbsstatus des linken Elektorats spiegelt weitgehend die Altersstruktur der WählerInnen wider. Dies wird beim erneuten Vergleich von KSČM und PRC deutlich. So geht die Überalterung der KSČM mit einem hohen Anteil von RentnerInnen einher. Viele der jüngeren WählerInnen der PRC sind Studierende, so dass der Anteil der Studierenden unter den WählerInnen mit zwölf Prozent etwa dem Studierendenanteil in der Partei entspricht. Eine solche Ähnlichkeit zwischen Mitgliedern und WählerInnen ist aber nicht zwangsläufig. Entgegen der weitläufigen Annahme lässt sich von der Wählerschaft einer Partei nicht unbedingt auf die Mitgliedschaft einer Partei schließen. So ist z. B. der Anteil der RentnerInnen unter den PRC-WählerInnen mit 21 Prozent deutlich höher als der Anteil innerhalb der PRC. Auch der Anteil der Erwerbslosen unter den WählerInnen der PRC ist mit drei Prozent nicht einmal halb so hoch wie der schon niedrige Anteil unter den Parteimitgliedern (vgl. Hagemann). Gering ist zudem der Anteil der prekär Beschäftigten, die die PRC als »Partei der Arbeitnehmer mit ›garantiertem‹ Arbeitsplatz« (Porcaro) wahrnehmen.

Bezüglich des allgemeinen Verhältnisses von lohnabhängig Beschäftigten und Erwerbslosen muss auf Zahlen aus dem Jahr 2004 zurückgegriffen werden. Damals lag der Anteil der Beschäftigten unter den WählerInnen der meisten Parteien bei über 50 Prozent, er war damit höher als unter den Mitgliedern. Auch hier fallen die niedrigen Anteile an Arbeitslosen auf, die weit unter dem Arbeitslosenanteil in der wahlberechtigten Bevölkerung liegen. Den höchsten Anteil an arbeitslosen WählerInnen hatte die PCF mit etwa sechs Prozent.⁴⁷ Allerdings wäre hier zu prüfen, inwieweit Menschen unter prekären Lebensbedingungen ihr Wahlrecht überhaupt wahrnehmen und in welchem Maße die linken Parteien mit ihren Politikangeboten deren konkrete Lebenslagen und Bedürfnisse aufgreifen. Dass manche der linken Parteien Arbeitslose zumindest stärker erreichen als andere Parteien des politischen Spektrums, zeigt schon bei den Mitgliedern das Beispiel der *Linken*. Bei der Bundestagswahl 2009 erhielt die Partei mit einem Ergebnis von 25 Prozent eine bemerkenswert hohe Unterstützung von Seiten der Arbeitslosen.

In der Gruppe der ArbeiterInnen erzielt *Die Linke* 18 Prozent,⁴⁸ eine überdurch-

46 Vgl. Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2009. Repräsentative Ergebnisse der Männer und Frauen nach Altersgruppen, Berlin 2010; Die Tagesschau: Wahlarchiv Bundestagswahl 2009. Wer wählte was? Zum Vergleich: Die Piraten-Partei erhielt in der Gruppe der ErstwählerInnen neun Prozent.

47 Vgl. Wittich: Synopse sozialer Umfelder ausgewählter europäischer Linksparteien, S. 237.

48 Vgl. Die Tagesschau: Wahlarchiv Bundestagswahl 2009. Wähler nach Tätigkeit.

schnittliche Präferenz, die sich etwas schwächer auch im europäischen Vergleich der Parteien feststellen lässt.⁴⁹ Unter den Parteien mit einer hohen Unterstützung unter ArbeiterInnen zu erwähnen ist z. B. auch die finnische VAS, deren Elektorat zu 43 Prozent aus ArbeiterInnen besteht (vgl. Kontula/Kuhanen). Gemessen an ihrem Elektorat können viele der Linksparteien mit oder ohne Intention als Interessenvertretung der ArbeiterInnen gelten. In einer Reihe anderer Parteien fällt die hohe Unterstützung in soziokulturellen Berufen auf.⁵⁰ Dies sind in erster Linie Angestellte im öffentlichen Dienst und in Dienstleistungsunternehmen; auch Selbstständige werden von diesen Parteien stark angesprochen. Ein Beispiel hierfür ist die SV: Im Jahr 2005 war die Hälfte ihrer WählerInnen im öffentlichen Dienst tätig. Unter Selbstständigen erhielt die SV elf Prozent, unter ArbeiterInnen kam die Partei bei einem Gesamtergebnis von 8,8 Prozent hingegen nur auf zwei Prozent Zustimmung. Gleichzeitig fällt auf, dass die SV ein mehr als doppelt so hohes Wahlergebnis unter Studierenden hatte (vgl. Seierstad). Für Berufstätige in soziokulturellen Berufen und für studentische WählerInnen sehr attraktiv ist auch die schwedische *Vänsterpartiet* (vgl. Steiner).

Diese beiden Berufsmilieus der WählerInnen linker Parteien lassen sich wie schon die Altersgruppen auch zwischen zwei Parteien vergleichen, die in einem Land zu Wahlen antreten: Die KKE in Griechenland spricht vor allem Arbeitslose, IndustriearbeiterInnen und Angestellte der Privatwirtschaft an. SYN wird als Teil des Wahlbündnisses Syriza vor allem von Studierenden, privaten und staatlichen Angestellten und von Selbstständigen gewählt. Das Ergebnis unter ArbeiterInnen liegt unter dem Durchschnittsergebnis von *Syriza* (vgl. Marioulas). Von wenigen Überschneidungen abgesehen, erschließen sich KKE und Syriza also sehr unterschiedliche Berufsmilieus. Statt miteinander um die gleichen WählerInnen zu konkurrieren, erhalten sie gemeinsam eine breite elektorale Unterstützung aus vielen Berufsgruppen.

Die Verteilung der Berufsgruppen spiegelt sich weitgehend im Bildungsstand der linken WählerInnen wider. Diese haben im europäischen Schnitt höhere Bildungsabschlüsse als die WählerInnen anderer politischer Parteien.⁵¹ Besonders viele Stimmen von AkademikerInnen und WählerInnen mit höherem Schulabschluss erhalten SYRIZA, SV und SF. Bei der Linken, der KSČM und der KKE machen mehr WählerInnen mit niedrigerem Schulabschluss ihr Kreuz (vgl. Hildebrandt, Holubec, Marioulas). Bei der niederländischen SP gibt es eine interessante Diskrepanz zwischen Parteimitgliedern und WählerInnen. Während etwa 40 Prozent der SP-Mitglieder einen Hochschulabschluss haben, dominieren im Elektorat der SP die mittleren Bildungsabschlüsse, und AkademikerInnen sind unterrepräsentiert (vgl. Wirries).

49 Vgl. Spier: Linksparteien in Westeuropa, S. 13.

50 Vgl. ebenda.

51 Vgl. ebenda.

Fazit

Wie im Vergleich der Mitgliederzahlen, der Sozialstrukturen der Mitglieder und der WählerInnen deutlich geworden ist, zeigen die Parteien der linken europäischen Parteienfamilie ein hohes Maß an Diversität. Dies sollte insofern nicht überraschen, als hier ehemalige sozialistische Staatsparteien, orthodoxe oder eurokommunistische Parteien, linksgrüne und viele andere Parteien mit ganz eigener Programmatik, national unterschiedlichen Traditionen und variierender Mitgliederzahl zusammenkommen. Bei einer Einteilung in Gruppen oder dem Versuch, Idealtypen zu schaffen, gibt es dabei zwangsläufig immer Überschneidungen und Ausnahmen, zumal mit Geschlecht, Alter und Bildungsmilieus sehr unterschiedliche Kategorien Berücksichtigung finden.

In Bezug auf die Mitglieder lassen sich deshalb nur sehr grob zwei Gruppen ausmachen. Die verbreitete Unterscheidung in (a) Parteien der postmodernen gebildeten Mittelschicht mit jüngeren, weiblichen Mitgliedern und (b) »Arbeiterparteien« mit älteren, männlichen Mitgliedern und niedrigen Bildungsabschlüssen ist in den Linksparteien Europas tendenziell, aber nicht durchgängig vorhanden. In die Gruppe der »Mittelschichtsparteien« nach Idealtyp (a) fallen die westskandinavischen Parteien, die niederländische SP, die KP Österreichs, die portugiesische Partei *Bloco de Izquierda* und – mit Abstrichen beim Frauenanteil – die griechische SYN und die italienische PRC. Parteien, die unter den Idealtyp der »Arbeiterpartei« (b) fallen, sind etwas schwerer auszumachen. Eher ältere, männliche Mitglieder mit niedrigen Bildungsabschlüssen haben beispielsweise die französische, die griechische und die portugiesische KP, die VAS in Finnland, *Die Linke* und die tschechische KSČM. Keine dieser Parteien erfüllt aber vollständig die untersuchten Merkmale, und manche der Parteien grenzen sich auch bewusst vom Status der »Arbeiterpartei« ab.⁵²

In Bezug auf die Elektorate wurden von Dietmar Wittich 2004 und Tim Spier 2009 vier bzw. drei überzeugende Idealtypen vorgeschlagen, die grob nach Mittelschichts- und Arbeiterparteien unterscheiden. Ausgehend von der Fragestellung, in welchen Milieus linke Parteien das von ihnen benötigte WählerInnenpotential am ehesten finden können, differenziert Wittich zwischen dem »Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung« und dem »moderner Produzenten und Dienstleister«.⁵³ Die ersten beiden der daraus erarbeiteten Parteitypen stimmen weitgehend mit denen der Mitglieder überein, und die oben unter (a) und (b) benannten Parteien lassen sich entsprechend einordnen: Der *erste* Typ umfasst nach Wittich Parteien mit eher älteren WählerInnen und überwiegend männlichen Wählern. Er

52 Interessant sind die leichten Parallelen zur Einteilung nach ideologischen Kriterien, die Luke March vornimmt, So stimmt Gruppe (a) weitgehend überein mit der dort ausgemachten Gruppe der »Demokratischen Sozialisten«, die von vielen VertreterInnen der deutschen Reformlinken zum Vorbild genommen werden. Vgl. March: Parteien links der Sozialdemokratie in Europa, S. 5 f.

53 Wittich: Synopse sozialer Umfelder ausgewählter europäischer Linksparteien, S. 240.

ist durch ArbeiterInnen, RentnerInnen und viele WählerInnen mit niedrigen Bildungsabschlüssen geprägt. Parteien des *zweiten* Typs sprechen vor allem Angestellte, besonders jene in Dienstleistungsberufen an. Es dominieren mittlere bis höhere Bildungsabschlüsse, die WählerInnen sind eher jünger und weiblich. Typ *drei* beschreibt anhand der Beispiele Portugal und Griechenland die parallele Existenz zwei linker Parteien in einem Land, die in einer Art Arbeitsteilung verschiedene Milieus ansprechen. In einem *vierten* Typ koexistieren das Milieu der Arbeiterbewegung und das Milieu der modernen Dienstleister innerhalb einer Partei miteinander. Hier nennt Wittich die dänische SF, die *Vänsterpartiet* in Schweden, die PRC und die PDS.⁵⁴

Tim Spier unterscheidet die Elektorate linker Parteien in 1. altkommunistisch, 2. grün-alternativ oder 3. jugendlich-linksradikal. Das altkommunistische Elektorat umfasst das Milieu der Arbeiterbewegung, die klassischen WählerInnen linker Parteien. Dabei ähneln die männlich geprägten, älteren WählerInnengruppen mit niedrigem Bildungsstand und einem hohen Anteil manueller ArbeiterInnen teilweise der Sozialstruktur der Mitglieder, so zum Beispiel im Fall der PCF und der KKE. Die altkommunistischen Elektorate von PRC und *Vänsterpartiet* korrespondieren weniger stark mit der Mitgliederstruktur ihrer Parteien.

Die grün-alternativen Elektorate mit ihren weiblich geprägten WählerInnengruppen, einem hohen Bildungsniveau und dem überdurchschnittlich starken Vorhandensein soziokultureller Berufe stimmen grob mit den von Wittich im zweiten Typ charakterisierten Elektoraten überein. Das jugendlich-linksradikale Elektorat, das sich *Enhedslisten*, die französische LCR/LO (inzwischen NPA) und *Bloco de Esquerda* erschlossen haben, hat im Fall von *Bloco* zu einem Ergebnis von knapp zehn Prozent bei der Parlamentswahl 2009 beigetragen. Bei *Enhedslisten* und NPA jedoch hat sich die Ansprache jüngerer WählerInnen mit mittlerem und hohem Bildungsniveau bisher nicht in signifikanten Wahlergebnissen niedergeschlagen. Einige andere Parteien bzw. Parteibündnisse lassen sich nach Spiers Ansicht nur schwer in das Schema einordnen; sie bleiben deshalb außen vor, so *Die Linke*, *Izquierda Unida* und *Sinn Féin*.⁵⁵

Ungeachtet mancher Überschneidungen und Einordnungsschwierigkeiten – sie gehen vielfach auf das Fehlen vergleichbarer Daten zurück – ist offensichtlich, dass die schwindende Gruppe der IndustriearbeiterInnen bei weitem nicht als Zielgruppe linker Wahlkampagnen ausreicht. Dies gilt umso mehr, als Parteien der radikalen Linken hier mit den sozialdemokratischen Parteien konkurrieren, die in Europa im Gegensatz zu Deutschland höhere Anteile von ArbeiterInnen unter ihren WählerInnen haben als die linken Parteien.⁵⁶ Um also eine große Anzahl von KernwählerInnen an die Parteien zu binden und dauerhafte Wahlerfolge zu garantieren, müssen linke Parteien unterschiedliche Milieus ansprechen. Sie müs-

54 Vgl. ebenda.

55 Vgl. Spier: Linksparteien in Westeuropa, S. 14.

56 Vgl. ebenda, S. 13; Die Tagesschau: Wahlarchiv Bundestagswahl 2009. Wähler nach Tätigkeit.

sen sich Menschen in soziokulturellen und in Dienstleistungsberufen, Staatsangestellte, Angehörige der Mittelschicht, Selbstständige und diejenigen in prekären Beschäftigungsverhältnissen als WählerInnen erschließen. Dass dies möglich ist, zeigt der Weg, den die skandinavischen Linksparteien nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus eingeschlagen haben:

»Mit der Aufnahme nachhaltiger, ökologischer Politikansätze gelang es der skandinavischen Linken, neue Milieus für sich zu gewinnen, die den kommunistischen Parteien bisher ablehnend gegenüber standen. Diese Milieus, die weit in das liberale Bürgertum hineinreichten, wogen angesichts sozialstruktureller Veränderungen und der zunehmenden Auflösung traditioneller Arbeitermilieus zumindest quantitativ den Verlust des Rückhalts kommunistischer Parteien im klassischen Proletariat auf, öffneten sogar neue Zugänge zur Gesellschaft. Die Intelligenz, die neuen sozialen Bewegungen wurden sichtbare Subjekte für die sich reformierenden Linksparteien in Europa.«⁵⁷

Im Vergleich der oben dargestellten Idealtypen offenbart sich allerdings, dass noch viel Unklarheit darüber besteht, wer genau die »grün-alternativen« WählerInnen bzw. die »modernen Produzenten und Dienstleister« sind, um die insbesondere die skandinavischen Parteien erfolgreich mit den grünen und anderen Parteien konkurrieren. Welche Berufsgruppen fallen darunter, was bewegt diese WählerInnen dazu, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden, wie könnte man sie auch als Parteimitglieder gewinnen? Um also konkret zu bestimmen, wie dieses erweiterte Elektorat linken Parteien unter welchen Umständen (siehe das Beispiel der jugendlich-linksradiakalen Elektorate!) zum Erfolg verhilft und wen die Parteien bisher noch zu wenig ansprechen, wären genauere Milieustudien auf europäischer Ebene dringend nötig und wünschenswert.

57 Dominic Heilig: Vereinigte oder vereinte Linke? Vereinigung der Linken stößt an ihre Grenzen, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 75, 9/2008, S. 60.

Die Wahlverfahren in den Ländern Europas – mit einem Exkurs über Parteiensysteme

Im Folgenden geben wir eine kurze Darstellung der unterschiedlichen Wahlverfahren in den Ländern Europas. Nur die Kenntnis dieser sehr unterschiedlichen Wahlverfahren ermöglicht es einzuschätzen, warum im einen Land die linksradikalen Parteien versuchen müssen, Parteienkoalitionen für die Wahlen zu formen, im nächsten Land der Zwang zur Einigung auf Kompromisskandidaten im zweiten Wahlgang besteht, und es wiederum im nächsten Land keine Sperrklausel für die Erringung von Mandaten gibt. Wir kennen in Europa das Mehrheitswahlrecht und das Verhältniswahlrecht, sehr viele Mischformen zwischen beiden sowie historisch bedingte spezielle Prägungen. Nur für die Europawahlen konnten sich die 27 Mitgliedsländer bis jetzt auf ein gemeinsames Verhältniswahlrecht (mit Abweichungen in einzelnen Ländern) einigen.

Belgien:

In Belgien wird das Parlament für vier Jahre nach Verhältniswahlrecht gewählt. Für die Wähler besteht hierbei Wahlpflicht. Belgien ist durch einen Föderalismus geprägt, der den zwei großen Regionen des Landes, dem flämisch sprechenden Norden und dem französisch sprechenden Süden, ausgeprägte Selbstverwaltungsmöglichkeiten gibt. Aus diesem Grund gibt es von jeder Partei je zwei von einander unabhängige Parteien im französischen und flämischen Teil. Jede Regierung Belgiens muss jeweils Parteien aus dem Norden und dem Süden umfassen, damit die Flamen, die 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen, keine dauerhafte Hegemonie erlangen können. Der Sturz der Regierung kann nur mit konstruktivem Misstrauensvotum herbeigeführt werden.

Bulgarien:

Bulgarien ist ein Zentralstaat, in dem Wahlpflicht herrscht. Das Parlament besteht aus einem Einkammernparlament, das heißt, dass es keinen »Bundesrat« gibt, in dem die Opposition eine mögliche Gegenmacht aufbauen kann. Gewählt wird nach Verhältniswahlrecht für vier Jahre, wobei es eine Fünf-Prozent-Sperrklausel gibt. Der Staatspräsident hat nur repräsentative Funktion, wird jedoch vom Volk direkt gewählt.

Dänemark:

In Dänemark wird das Einkammern-Parlament nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Es gibt 175 Abgeordnete, von denen 135 in Mehrpersonenwahlkreisen mit Direktmandaten gewählt werden. Die restlichen 40 Mandate werden für Kompensationen benutzt, um die gesamtstaatliche Repräsentation zwischen den einzelnen Parteien auszugleichen. Die Mandatzuteilung geschieht allerdings nur für Parteien, die mindestens zwei Prozent der im ganzen Land gültigen Stimmen erhalten haben, oder mindestens ein Direktmandat. Die meisten Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren Minderheitsregierungen.

Deutschland:

Die mindestens 598 Sitze für Abgeordnete des deutschen Bundestages, also der zweiten Kammer, werden in 299 Einerwahlkreisen (in denen es nur ein Mandat zu gewinnen gibt) nach relativer Mehrheitswahl vergeben. Die restlichen werden über die Länderlisten der Parteien verteilt. Jeder Bürger hat deswegen zwei Stimmen, die erste für seinen Direktkandidaten, die zweite für die Liste einer Partei. Eine Partei erhält im Verrechnungsverfahren nur dann ein Mandat, wenn sie fünf Prozent der Zweitstimmen (über die Parteilisten) erhalten oder mindestens drei Direktmandate erobert hat (Grundmandatsklausel). Dänen, Sorben und Friesen sind hiervon ausgenommen.

Estland:

Das Einkammerparlament wird für vier Jahre durch Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat hierbei eine Stimme. Es gibt zwölf Wahlkreise, in denen die 107 Mandate vergeben werden. Es gibt für Parteien eine Fünf-Prozent-Sperrklausel. Durch ein spezielles Verrechnungsverfahren von Stimmen in Mandate werden in Estland speziell große Parteien bei der Mandatsverteilung begünstigt. Als kleine Besonderheit kann die Möglichkeit der Stimmabgabe durch das Internet gelten.

Finnland:

Das Einkammerparlament wird durch ein reines Verhältniswahlrecht gewählt. Deswegen ist in Finnland auch immer eine hohe Anzahl von Parteien im Parlament vertreten. Es gibt keine formale Sperrklausel, so wie in Deutschland; sehr wohl gibt es aber eine virtuelle Sperrklausel dadurch, dass die Stimmen in den Wahlkreisen verrechnet und nicht auf das gesamte Staatsgebiet wie in Deutschland bezogen werden. Deswegen existiert eine de facto höhere Sperrklausel als die Fünf-Prozent-Hürde in Deutschland. Gleichwohl übt das finnische Wahlrecht nur eine sehr geringe Konzentrationswirkung aus, zehn und mehr Parlamentsparteien sind üblich. Vor allem in dicht besiedelten Wahlkreisen haben kleine Parteien reale Chancen, Mandate zu gewinnen. Deswegen ist das finnische politische System sehr konsensorientiert und bindet somit viele unterschiedliche gesellschaftliche Akteure und Gruppen mit ein.

Frankreich:

Die zweite Kammer des französischen Parlaments, die Nationalversammlung, besteht aus 577 Abgeordneten, die nach reinem Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen, in bis zu zwei Wahlgängen, gewählt werden. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Um im ersten Wahlgang gewählt zu werden, bedarf es nicht nur der 50-Prozent-Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern auch einer Mindestwahlbeteiligung im jeweiligen Wahlkreis von 25 Prozent aller Wahlberechtigten. Hervorstechendes Merkmal ist das Romanische Mehrheitswahlrecht, das es ermöglicht, dass jeder Kandidat, der im ersten Wahlgang mehr als 12,5 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat, am zweiten Wahlgang teilnehmen kann. Für den zweiten Wahlgang einigen sich normalerweise die Parteienfamilien dann auf einen gemeinsamen Kandidaten. Im zweiten Wahlgang ist der gewählt, der am meisten Stimmen hat. Die erste Kammer des Parlaments, der Senat wird von ca. 150 000 Wahlpersonen gewählt, vor allem Bürgermeistern.

Eine besonders wichtige Wahl in Frankreich ist die Direktwahl des Präsidenten. Auch hier gilt das Romanische Mehrheitswahlrecht. Bisher war es jedoch meistens so, dass sich die beiden gegnerischen Parteienfamilien, die Linke und die Rechte, auf je einen Kandidaten einigen konnten, so dass drei Kandidaten, inklusive des Rechtsradikalen Le Pen, zur Wahl antraten. Der Präsident kann via Dekret direkt Gesetze erlassen, ohne Beteiligung des Parlaments.

Griechenland:

In Griechenland gibt es das interessante Beispiel, dass die 300 Abgeordneten nach dem sogenannten verstärkten Verhältniswahlrecht gewählt werden (mit Wahlpflicht). Um das Regieren zu erleichtern, erhält demnach diejenige Partei, die am meisten Stimmen hat, automatisch die Mehrheit der Mandate im Parlament. Es gibt weiterhin eine Drei-Prozent-Hürde.

Der Präsident wird vom Parlament mit Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt, das heißt, hier haben auch die Oppositionsparteien Einfluss. Der Präsident kann ein Veto gegen Gesetze einlegen, dieses kann aber mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten überstimmt werden (die absolute Mehrheit hat aber automatisch die Regierungspartei!).

Die Wahlen 2007 zeigen als Beispiel für die Verzerrungen, die das Wahlrecht auf die Mandatsverteilung hat, dass die Nea Demokratia bei 41,9 Prozent der Stimmen 152 Sitze bekam, wohingegen die PASOK bei 38,1 Prozent am Ende nur über 102 Sitze verfügte.

Großbritannien:

Das Parlament Großbritanniens besteht aus 646 Abgeordneten, diese werden in ebenfalls 646 Einerwahlkreisen nach dem einfachen Mehrheitswahlrecht gewählt. Das heißt, dass es so viele Wahlkreise wie Abgeordnete gibt. Derjenige, der die einfache Mehrheit erhält (also die höchste Stimmzahl, es ist nicht die absolute

Mehrheit von 50 Prozent nötig), bekommt das Mandat – dies entspricht dem bekannten Abba-Prinzip: »The-Winner-Takes-It-All«.

Das britische Wahlrecht kann zu einer Mehrheitsumkehr bei der Verrechnung von Stimmen in Mandate führen: Bei der Wahl 1951 hatte Labour mehr Stimmen erhalten, aber die Tories gewannen, das Gleiche geschah 1974 – nur umgekehrt. 1997 erhielt Labour 43,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber 63,6 Prozent der Mandate. 1983 erhielt die liberale Allianz 25,4 Prozent der abgegebenen Stimmen, aber nur 23 Sitze im Parlament, d. h. 3,5 Prozent der Mandate.

Dieses Wahlrecht zwingt die Wähler zu taktischer Stimmenabgabe. Im Zeitalter des Internets entstehen deswegen interessante Versuche, über taktisches Wählen zwischen unterschiedlichen Wahlkreisen progressive Kandidaten zu unterstützen. Bei diesem »tactical voting« unterstützt man in seinem Wahlkreis einen Kandidaten, den man nicht von vornherein gewählt hätte, unter der Versicherung, dass in einem anderen Wahlkreis dies auch für einen Abgeordneten der eigenen politischen Familie geschieht.¹

Es gibt eine lange Diskussion über eine Aufweichung der Mehrheitswahl. In Wales und in Schottland sind die Regionalparlamente 1999 erstmals im Verhältniswahlrecht gewählt worden.

Irland:

Irland besitzt ein Zweikammerparlament mit 166 Volksvertretern und 60 Senatoren. Das Abgeordnetenhaus wird für fünf Jahre mit Verhältniswahl in 42 kleinen Wahlkreisen (drei bis fünf Sitze) gewählt.² Hierbei erstellt der Wähler eine Reihenfolge der von ihm präferierten Politiker.

Von den 60 Abgeordneten des Senats werden elf vom Premier ernannt, 49 indirekt (!) gewählt, sechs aus dem Kreis der UniversitätsabsolventInnen (stimmen dürfen hier die nationalen Universitäten, nicht die nachgeordneten Bildungsinstitutionen, d. h. Universitätssensoren werden gewählt), die restlichen 43 SenatorenInnen müssen aus fünf Berufsgruppen stammen. Diese Gruppen sind: Kulturschaffende, Arbeiter, Mitarbeiter des Agrar- und Fischereisektors, der öffentlichen Verwaltung und des Sozialservice und Mitarbeiter in Handel und Industrie.

Island:

Gewählt wird das Einkammerparlament für vier Jahre durch Verhältniswahl mit Parteienstimme und Personenranking in Mehrpersonenwahlkreisen, ohne jede formelle Sperrklausel. Um ein Mandat zu erlangen, muss die faktische Sperrklausel überwunden werden. Bei neun Sitzen sind dies ca. zehn Prozent. Das Ranking der Listen kann von den Wählern verändert werden.

1 Siehe als Beispiel: <http://www.votedorset.net/>.

2 Die Wahlkreise werden den demographischen Gegebenheiten regelmäßig angepasst.

Italien:

Die beiden Kammern des Parlaments, die Abgeordnetenversammlung und der Senat, sind fast gleichberechtigt in Italien, sowohl in Gesetzgebung als auch in ihrer Aufgabe der Regierungsüberwachung haben beide Kammern nahezu identische Kompetenzen.

Die 630 Abgeordneten und 315 Senatoren werden alle fünf Jahre durch ein gemischtes Wahlrecht aus Mehrheits- und Verhältniswahl gewählt. Dabei sieht das Wahlrecht einen Bonus für den Sieger vor, ähnlich wie in Griechenland, nur nicht so ausgeprägt. Sollte die stärkste Partei, oder Parteienkoalition nicht von selbst ca. 55 Prozent der Mandate erhalten, wird ihre Mandatsmenge künstlich erhöht. Um den Konzentrationsprozess des Parteiensystems noch weiter zu verstärken, also um den Einzug kleiner Parteien zu verhindern, gibt es eine Zehn-Prozent-Hürde für Parteiengruppen, und eine Vier-Prozent-Sperrklausel für einzelne Parteien.

Lettland:

Lettland ist ein kleiner Zentralstaat und hat folgerichtig ein Einkammerparlament, dessen 100 Abgeordnete durch das Verhältniswahlrecht alle vier Jahre gewählt werden. Hierbei müssen Parteien eine Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Bisher gab es in Lettland nur Mitte-Rechts-Regierungen.

Litauen:

Wie Lettland besitzt auch Litauen ein Einkammerparlament mit einer vierjährigen Legislaturperiode. Aber anders als sein nördlicher Nachbar werden von den 141 Abgeordneten 71 durch das absolute Mehrheitswahlrecht in 71 Wahlkreisen gewählt. Die restlichen 70 Sitze werden über Parteienlisten vergeben. Es gibt eine Vier-Prozent-Sperrklausel – allerdings nicht für nationale Minderheiten. Das Staatsoberhaupt wird durch Mehrheitswahl in bis zu zwei Gängen gewählt.

Luxemburg:

In der konstitutionelle Monarchie Luxemburg herrscht Wahlpflicht. Der Großherzog ernennt den Regierungschef, kann das Parlament auflösen und besitzt neben dem Parlament das Gesetzgebungsinitiativrecht.

Das Einkammerparlament wird für fünf Jahre durch Verhältniswahlrecht nach Listen gewählt. Die Wahl der 60 Abgeordneten unterliegt keiner formellen Sperrklausel. Aber wegen der großen Wahlkreise gibt es eine de facto höhere Sperrklausel als in Deutschland, je nach Wahlkreis zwischen fünf bis zehn Prozent.

Malta:

Malta besitzt ein Einkammerparlament, dessen 115 Mandate in 13 Wahlkreisen vergeben werden. Wie in Irland gibt es hier das Prinzip der übertragbaren Einzelstimmgebung mit drei Präferenzstimmen je Wähler. Zusätzlich bekommt die stärkste Partei weitere Sitze, um regierungsfähige Parlamentsmehrheit zu gewähr-

leisten. Es besteht ein Zweiparteiensystem, das stark polarisierend auf weite Teile des öffentlichen Lebens wirkt.

Niederlande:

Alle vier Jahre werden die 150 Abgeordneten des niederländischen Parlaments durch ein reines Verhältniswahlrecht gewählt. Der Senat besteht aus 75 Mitgliedern und wird von den Vertretern der Provinzen gewählt. Da es keine Sperrklausel gibt, können kleine Parteien relativ problemlos in das Parlament einziehen. Somit gibt es üblicherweise Koalitionsregierungen, was lange Jahre ein konsensorientiertes Parteiensystem ähnlich demjenigen in Finnland förderte.

Norwegen:

Die 169 Abgeordneten des »Stortings« werden für vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. 150 Abgeordnete werden direkt vom Volk gewählt, die restlichen 19 Mandate werden für Mandatsausgleich benutzt. Es gibt keine formelle Sperrklausel, jedoch muss eine Partei mindestens vier Prozent erhalten, um vom Mandatsausgleich zu profitieren.

Österreich:

Das österreichische Parlament wird alle fünf Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Jeder Wähler hat nur eine Parteistimme und eine Vorzugsstimme für einen Politiker. Die Stimmabgabe darf allerdings nicht wie in Deutschland gesplittet werden. Die Vier-Prozent-Hürde soll auch hier den Einzug von kleinen Parteien verhindern. Der Bundespräsident wird direkt vom Volk in bis zu zwei Wahlgängen gewählt. Er ernennt den Regierungschef.

Polen:

Der Staatsaufbau in Polen basiert auf einer Zentralverwaltung mit Elementen regionaler Selbstverwaltung und ähnelt damit dem Staatsaufbau in Frankreich. Die 460 Abgeordneten werden alle vier Jahre nach einem komplizierten Verhältniswahlrecht gewählt, das jedoch Mehrheitswahlelemente beinhaltet. Um ins Parlament einziehen zu können, müssen Parteien fünf Prozent überwinden und Bündnisse von Parteien acht Prozent. Der Staatspräsident in Polen hat wesentlich mehr Rechte als der Bundespräsident in Deutschland. Er wird direkt vom Volk in bis zu zwei Wahlgängen für fünf Jahre gewählt. Er kann bei Gesetzen Veto einlegen. Um dieses Veto zu überstimmen, benötigt das Parlament eine 60-Prozent-Mehrheit.

Portugal:

Das portugiesische Parlament besteht nur aus einer Kammer. Es umfasst 230 Sitze, die für vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht in Mehrpersonenwahlkreisen gewählt werden. Hierbei wirken die Mehrpersonenwahlkreise wie formale

Sperrklauseln. Von dieser Disproportionalität profitieren die großen Parteien. Im Vergleich zu Deutschland hat der Präsident in Portugal wesentlich größere Rechte, da er Regierungen entlassen kann, den Regierungschef beauftragt, eine Regierung zu bilden, und das Parlament auflösen kann. Das Staatsoberhaupt wird in bis zu zwei Wahlgängen direkt vom Volk gewählt.

Rumänien:

Das Parlament Rumäniens besteht aus zwei Kammern, die alle vier Jahre dem Verhältniswahlrecht folgend gewählt werden. Es gibt 143 Senatorenmandate und 341 Mandate für das Abgeordnetenhaus. Vergleichbar mit der Lage in Italien haben die beiden Kammern sehr ähnliche Rechte und Pflichten in Bezug auf das Gesetzgebungsverfahren. Parteien müssen bei der Wahl eine Fünf-Prozenthürde überwinden. Das Staatsoberhaupt wird für fünf Jahre mit Mehrheitswahlrecht gewählt, mit Stichwahlmöglichkeit. Der Präsident bestimmt den Regierungschef und kann das Parlament auflösen.

Schweden:

In Schweden gibt es keine Vertretung der Regionen, demnach nur ein Einkammersystem. Von den 349 Sitzen im schwedischen Parlament werden 310 durch das Verhältniswahlrecht direkt in den Wahlkreisen gewählt. Die restlichen 39 werden verteilt, damit die Proportionen auf nationaler Ebene zwischen den Parteien gewahrt bleiben. In Schweden gibt es – und zwar ohne jede Pflicht – sehr hohe Wahlbeteiligungen von 85 bis 90 Prozent. Der Wähler kann neben der Partei auch einem der Kandidaten eine Vorzugsstimme geben. Kandidaten, die Vorzugsstimmen erhalten haben, sind bei der Mandatsverteilung im Vorteil gegenüber den anderen Kandidaten. In das Parlament gelangen aber nur Parteien, die die Vier-Prozent-Hürde überwunden haben, oder mindestens in einem der 29 Wahlkreise mindestens zwölf Prozent erreicht haben.

Slowakei:

Das Einkammerparlament der Slowakei umfasst 150 Abgeordnete und wird durch Verhältniswahl alle vier Jahre gewählt. Parteien müssen hier eine Fünf-Prozent-Sperrklausel überwinden. Von dieser Sperrklausel ausgenommen ist die ungarische Minderheit. Der Präsident wird für fünf Jahre direkt vom Volk in bis zu zwei Wahlgängen gewählt. Er hat ein aufschiebendes Veto und ernennt den Regierungschef.

Slowenien:

Die zweite Kammer des slowenischen Parlaments wird alle vier Jahre neu gewählt. Die 90 Abgeordneten müssen sich hierbei einer Wahl durch das Verhältniswahlrecht stellen. Parteien müssen dabei die Vier-Prozent-Sperrklausel überwinden, um überhaupt in den Genuss von Mandaten zu kommen. Der Staatsrat ist ähnlich korporatistisch wie in Irland aufgebaut. Druck von außen kann hier durch

eine Unterschriftenaktion mit 5 000 Unterschriften erzeugt werden, mit dieser Anzahl an Unterstützern kann jeder Bürger einen Gesetzesvorschlag machen. Der Präsident wird direkt vom Volk in bis zu zwei Wahlgängen gewählt.

Spanien:

Nach der Diktatur Francos begann ein bis heute währender Prozess der Dezentralisierung des spanischen Staatsapparates. Er begann 1980 in Katalonien und im Baskenland, als die ersten spanischen Regionen Autonomiestatus erhielten. Das Staatsoberhaupt ist der König, er kann das Parlament auflösen und ernennt den Regierungschef. Die zweite Kammer des spanischen Parlaments umfasst 350 Abgeordnete, die alle vier Jahre durch Verhältniswahlrecht in 52 Wahlkreisen mit Drei-Prozent-Sperrklausel in jedem Wahlkreis gewählt werden. Die Wahlkreiseinteilung und das Verrechnungssystem (das Herz eines jeden Wahlrechts) begünstigen große Parteien systematisch. In der Provinz Soria benötigt man so nur 26 143 Stimmen, um ein Mandat zu erhalten, in Barcelona hingegen 124 578 Stimmen! Trotz dieser Sperren (es gibt auch eine formelle Drei-Prozent-Sperrklausel) sind recht viele Parteien im Parlament vertreten, da die Regionalparteien durch die Ungleichgewichte kaum beeinträchtigt werden. Dies liegt daran, dass Regionalparteien ihre Hochburgen haben und somit die formellen und die De-facto-Sperren überspringen können.

Tschechien:

Der Staatspräsident wird von den beiden Kammern für fünf Jahre gewählt, er ernennt den Regierungschef, besitzt Veto-Rechte bei Gesetzen und kann das Abgeordnetenhaus auflösen. Die 200 Abgeordneten der zweiten Kammer werden für vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Tschechien ist in acht Wahlkreise unterteilt, und es werden Parteilisten mit Personenpräferenzstimmen verwendet. Um kleineren Parteien den Einzug in das Parlament zu verwehren, gibt es für einzelne Parteien eine Sperrklausel von fünf Prozent, für Parteienkoalitionen eine Sperrklausel von sieben Prozent und für Parteienbündnisse von mehr als drei Parteien eine Sperrklausel von elf Prozent.

Türkei:

Die 550 Abgeordneten des türkischen Parlaments werden durch einfaches Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt, es herrscht Wahlpflicht. Die Militärs, die sich für die Zeit von 1980 bis 1983 an die Macht geputscht hatten, hatten darauf geachtet, dass das Wahlrecht, nach der Rückkehr zur Demokratie, zum einen zu stabilen Regierungen führt (durch Bevorzugung großer Parteien) und zum anderen eine kurdische Repräsentanz im nationalen Parlament verhindert. Das Wählerpotential kurdischer Parteien liegt Schätzungen zufolge bei sechs bis sieben Prozent. Trotz Reformen des Wahlrechts, die letzte war 2007, hat sich dieser Anteil bis heute gehalten. So müssen Parteien in mindestens der Hälfte der

81 Provinzen vertreten sein und darüber hinaus eine Zehn-Prozent-Sperrklausel überwinden. Über die Zulassung einer Partei entscheidet der Hohe Wahlrat. Durch diese hohe Sperrklausel fanden sich bei den Wahlen 2002 45 Prozent der Wähler nicht im Parlament vertreten.

Ungarn:

Ungarn hat als Zentralstaat ein Einkammerparlament, dessen 386 Abgeordnete für vier Jahre mit gemischtem Wahlsystem, also Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, gewählt werden. 176 der 386 Abgeordneten werden per Mehrheitswahlrecht gewählt. Am zweiten und letzten Wahlgang kann jeder teilnehmen, der mehr als 15 Prozent im ersten Wahlgang erhielt (also ähnlich dem Romanischen Mehrheitswahlrecht). 152 Mandate werden in Mehrpersonenwahlkreisen gewählt, die restlichen 58 Mandate sind sogenannte Kompensationssitze. Parteien, die die sehr hohen Anforderungen für die Unterstützerlisten geschafft haben, müssen dann noch eine Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Für Parteienkoalitionen gibt es eine Zehn-Prozent-Hürde und für Bündnisse sogar eine von 15 Prozent. Der Präsident wird in bis zu drei Wahlgängen vom Parlament gewählt. Er hat mehr Macht als der deutsche Bundespräsident, gemeinsam mit Parlament und Regierung besitzt er die Gesetzesinitiative.

Zypern:

Das Einkammerparlament Zyperns wird durch Verhältniswahlrecht gewählt. Es gibt 80 Mandate, von denen aber nur 56 besetzt werden, da die restlichen für türkische Abgeordnete reserviert sind. Somit sind diese Mandate seit der Teilung der Insel »verwaist«. Es gibt eine Sperrklausel von 1,8 Prozent.

Exkurs zur Einordnung linker Parteien in die jeweiligen Parteiensysteme

Eines der Probleme der Beschreibung politischer Handlungsoptionen linksradikaler Parteien ist es, dass diese zum Teil aufgrund der fehlenden parlamentarischen und gesellschaftlichen Relevanz kaum oder nur als »Sonstige« in der Parteienforschung auftauchen. Die klassische vergleichende europäische Parteienforschung berücksichtigt nur jene Parteien, die »realen« Einfluss haben und zu einer »minimal winning coalition« gehören. Gleichwohl ist es nicht einfach eine Frage der Programmatik und des Engagements von Akteuren, ob sich Parteien im jeweiligen Parteienspektrum behaupten können oder nicht. Nicht zu unterschätzenden Einfluss darauf haben die jeweiligen Parteiensysteme und die Wahlverfahren. Deshalb soll hier ein kurzer Überblick über den systemtheoretischen Kontext von Parteiensystemen gegeben werden.

Parteiensysteme erzeugen eine eigene Logik, besondere Spielregeln, die sich auf den Handlungsspielraum der Parteien auswirken und deren Analyse die jewei-

ligen Handlungszusammenhänge erkenn- und verstehbar macht. Jede linke Partei, die sich dem Parteienwettbewerb stellt, muss bestimmte Regeln anerkennen, die dann ihre Strategie und Taktik mit bestimmen.

Oskar Niedermayer³ unterscheidet zwei strukturelle Variablen von Parteiensystemen: erstens das Format, d. h. die Anzahl der Parteien, die an den Wahlen teilnehmen und die realen Einfluss auf die Politik nehmen, und zweitens die Fragmentierung, d. h. das Verhältnis von Groß- und Kleinparteien. Es macht einen großen Unterschied, ob linke Parteien ihre politischen Inhalte in ein polares Zweiparteiensystem einbringen wollen (wie bis vor kurzem in Großbritannien) oder in ein Fünf-Parteiensystem wie aktuell in Deutschland. Auf die Entscheidungen (kleiner) linker Parteien hat es einen dramatischen Einfluss, wenn nur zwei Parteien oder Parteikonstellationen um die Macht kämpfen: Lohnt es sich hier, überhaupt als eigene Partei anzutreten? Oder sollte man nicht lieber die »linkere« der beiden Parteien von innen heraus zu beeinflussen versuchen? Diese Strategie herrscht in Großbritannien bei weiten Teilen der Linken vor, so dass auch New Labour immer noch viele Linke beheimatet.

Des Weiteren ist von zentraler Bedeutung, wie weit die Polarisierung des jeweiligen Parteiensystems reicht, d. h. wie groß die ideologische Spannweite ist und damit auch die Segmentierung, die anzeigt, wie kooperationswillig die Parteien untereinander sind.

Die für Parteiensysteme prägendste Variable aber sind die gesellschaftlichen Konfliktlinien (cleavages). Dabei handelt es sich um soziale Spaltungen, die eine Gesellschaft in zwei Lager teilt. Niedermayer definiert diese Konfliktlinien folgendermaßen: »Unter einer gesellschaftlichen Konfliktlinie verstehen wir eine tiefgreifende, über längere Zeit stabile, konflikthafte und im Rahmen des intermediären [Parteiensystems] organisatorisch verfestigte Spaltungslinie zwischen den Bevölkerungsgruppen, die über ihre sozialstrukturelle Positionierung und die hieraus abgeleiteten materiellen Interessen und Wertvorstellungen bzw. primär über ihre unterschiedlichen Wertvorstellungen definiert sind.«⁴ Die Polarisierung eines Parteiensystems drückt also vorgelagerte gesellschaftliche Konfliktlinien aus. Es gibt mehrere dieser Konfliktlinien:

1. Klassisch ist die Konfliktlinie Kirche vs. Staat, die in der klassischen Form nur noch in wenigen europäischen Ländern (z. B. Polen, Litauen) eine Rolle spielt, die aber durch Minderheiten, z. B. die der Muslime in Europa, eine Renaissance erleben könnte.
2. Zentrum vs. Peripherie: Diese Konfliktlinie spiegelt heute den Konflikt zwischen Mehrheiten und Minderheiten wider und findet u. a. Ausdruck in einem forcierten Regionalismus.

3 Oskar Niedermayer: Parteiensysteme, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich, Wiesbaden 2008, S. 353 ff.

4 Niedermayer, ebenda, S. 374.

3. Stadt vs. Land: Diese Konfliktlinie hat sich im Zuge der Urbanisierung stark abgeschwächt und auch in Mitteleuropa an Bedeutung verloren.
4. Arbeit vs. Kapital: Für die Linke wenig überraschend ist dieser Konflikt der beherrschende der europäischen Parteiensysteme. In der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital geht es heute nicht mehr nur um das klassische Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern auch um die Frage der Privatisierung der sozialen Systeme und der öffentlichen Güter. Linksradikale Parteien stützen sich in besonderem Maße auf diese Konfliktlinie.
5. Moderne vs. Postmoderne: Diese Konfliktlinie ist auf die oftmals staatsnah beschäftigten Mittelschichten bezogen, die neuen integrativen Lösungsstrategien für gesellschaftliche Probleme gegenüber offen sind – z. B. der Gleichstellung von Minderheiten, dem Erhalt der Umwelt und des öffentlichen Raumes etc. Diese Mittelschichten sind Akteure im gesellschaftlichen Wertewandel, der die sozioökonomisch bedingte Auflösung der stabilen gesellschaftlichen Milieus unterstützt. Eine der Folgen davon ist, dass sich die Linke weniger denn je darauf verlassen kann, von Arbeitern als ihre natürliche Vertreterin angesehen zu werden.

Diese Konfliktlinien überschneiden sich, und ihre politische Artikulation – d. h. ihre Übersetzung in das Parteiensystem – kann von Land zu Land, manchmal sogar zwischen einzelnen Regionen eines Landes, sehr verschieden sein. So mag es für ostdeutsche Linke normal sein, dass sich ihre Genossinnen und Genossen als atheistisch bezeichnen, während der christliche Glaube für viele belgische Arbeiter, die links organisiert sind, zu ihrer Identität gehört. Links und gläubig schließen sich ebenso wenig per se aus wie ländlich und links – z. B. hat die Linke eine Machtbasis im weniger stark industrialisierten Süden Belgiens.

Unterschiede zwischen linken Parteien in Europa beruhen also nicht nur auf der je unterschiedlichen sozioökonomischen Entwicklung der jeweiligen Länder, sondern auch darauf, wie einzelne Konfliktlinien historisch von einzelnen Parteien adaptiert wurden.

Die gesellschaftlichen Konfliktlinien prägen auch die Polarisierung und Segmentierung der Parteiensysteme. Bei der Segmentierung beobachtet man die Abschottung der einzelnen Parteien(-familien) voneinander. Die Segmentierung verschiebt sich infolge sozialökonomischer und wertorientierter Ausdifferenzierungen, was zu veränderten Parteibindungen führt. Hierbei ist es wichtig, auch die veränderten Möglichkeiten gesellschaftlichen Engagements in sozialen Bewegungen außerhalb traditioneller Großorganisationen, inklusive Parteien, zu betrachten.

Die linken Parteien in Frankreich

Einleitung

Ob man es gerecht findet oder nicht, in Frankreich gründet sich das politische Leben auf eine Wahl, die Präsidentschaftswahl. Ironischerweise war es die linke Regierung Lionel Jospins, die die Bedeutung dieser Wahl noch verstärkte. Nachdem die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre verkürzt worden war, um zeitlich mit den Parlamentswahlen zusammenzufallen, ließ der damalige Regierungschef Jospin per Abstimmung den Wahlkalender invertieren. Die Präsidentschaftswahlen finden nun fünfjährig systematisch vor den Parlamentswahlen statt; außer im unwahrscheinlichen Fall einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments. Die Analyse Lionel Jospins beruhte im Jahr 2002 auf der Notwendigkeit seines Sieges über Jacques Chirac. Das Ergebnis war jedoch ein anderes: Die Linken nahmen nicht am zweiten Wahlgang teil, und Chirac wurde in Anbetracht des außerdem zur Wahl stehenden rechtsextremen Kandidaten Jean-Marie Le Pen mit 82 Prozent der Stimmen wiedergewählt.

Im Zuge der sich aus der Präsidentschaftswahl entwickelnden Dynamik gewann das konservative Lager auch die Mehrheit im Parlament. Jedoch schien die politische Revanche für 2007 vorprogrammiert zu sein, denn die französischen Sozialisten waren davon überzeugt, dass die seit 1981 geltende Regel auch diesmal funktionieren würde: Nie wurde eine regierende parlamentarische Mehrheit in der darauffolgenden Legislaturperiode wiedergewählt. Des Weiteren waren sich im Juni 2006 alle politischen Beobachter darüber einig, dass die bürgerliche Rechte die nächste Präsidentschaftswahl nur verlieren könne. Bei drei aufeinanderfolgenden Urnengängen unterlagen die Konservativen (bei den Regionalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 sowie beim Referendum über die Europäische Verfassung 2005); sie waren desavouiert durch eine breite – und erfolgreiche – Mobilisierung der französischen Jugend gegen den geplanten Ersteinstellungsvertrag (CPE – *Contrat de Première Embauchée*), und innerhalb der eigenen Reihen zerstritten sich die Anhänger Chiracs und Sarkozys. Die bürgerlichen rechten Kräfte schienen keinerlei Chance zu haben, die französische Staatspräsidentschaft bei der nächsten Wahl verteidigen zu können. Das französische »Nein« beim Referendum zum Vertrag von Lissabon hatte zudem die Ablehnung vieler Franzosen gegenüber der Entwicklung hin zu einem »ultraliberalen« System gezeigt. Für viele war dieses System ein Synonym für die Zerschlagung der sozialen Sicherheit, für das Einknicken der Politik gegenüber der Wirtschaft und dem Dogma eines »freien und unverfälschten Wettbewerbs«. Alle Faktoren waren also vereinigt, um die Regierenden abzulösen. Eine Schneise schien sich für die Linke und die Sozialisten zu öffnen.

Nach einer grundlegenden Analyse der Situation integrierten der zukünftige Staatschef Sarkozy und seine Freunde der bürgerlichen Rechten jedoch das Konzept des »Bruchs« in ihre politische Rhetorik. Die Affirmation »Die Politik, der Staat kann einiges machen« stellte dabei das genaue Gegenteil des berühmten Jospin-Satzes »Der Staat kann nicht alles machen« dar.

Indem Nicolas Sarkozy seinen politischen Voluntarismus und den starken Staat in den Mittelpunkt seiner Wahlkampfreden stellte, suggerierte er den Franzosen, dass er sie beschützen würde. Der sozialen Unsicherheit stellte er eine entstaubte Variante des »sozialen Aufstiegs« entgegen, die sich von der »Leistungsgesellschaft« (um etwas zu erreichen, würde es genügen, »gut zu arbeiten«) und dem »Wert der Arbeit« nährte. Die ideologische Maschinerie zielte darauf ab, kollektive Solidarität zu entwerten und das individuelle Bemühen als einzigen Weg des »Zurechtkommens« zu skizzieren. Im Umkehrschluss gelang es den linken Kräften nicht, glaubwürdig auf die auf der fortschreitenden gesellschaftlichen Prekariisierung beruhenden Ängste der Bevölkerung und ihren Drang nach Absicherung und Sicherheit zu reagieren. Symptomatisch für diese »strategische Überlegenheit« der bürgerlichen Rechten ist das Gerede vom »Wert Arbeit« anstelle der Wertschaffung durch Arbeit; Nicolas Sarkozy erzeugt somit die Illusion, ein traditionell linkes und insbesondere kommunistisches Politikfeld zu besetzen. »Arbeit« entbehrt für ihn allerdings jeglichen Zusammenhangs mit Begrifflichkeiten wie Produktion, Schaffung von Reichtum und Vereinnahmung durch Kapitalisten. Wenn man der Arbeit jegliche Dimension der Ausbeutung nimmt, wird sie zu einem einfachen moralischen Element der bestehenden sozialen Ordnung. Sarkozys populistischer Diskurs unterscheidet zwischen denjenigen, die arbeiten und morgens »zeitig aufstehen«, und den anderen.

Die »Moral« ist übrigens einer der Eckpfeiler der ideologischen Offensive der bürgerlichen Rechten unter Sarkozy. Der marxistische Philosoph Jean Zin vertritt hingegen die Meinung, dass wir »von der Moral zur Politik übergehen sollten«, denn für ihn »ist Moral gefährlich, indem sie das Gute und Böse einander gegenüberstellt und so tut, als wären die Gründe subjektiv und nicht materiell«. Und der französische Staatspräsident unterstrich das – wie zum Beweis, dass der »Finanzkapitalismus moralisiert werden muss«. Ein Großteil der linken Kräfte befindet sich somit in einer Falle: Ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, in gewisser Weise kontrolliert und eingegrenzt, um Exzesse zu vermeiden, ist das nicht auch ein Konzept des Linksliberalismus?

Letztendlich führte 2009 der Mangel an linken Alternativen zu einem Wahlerfolg der bürgerlichen Rechten bei den Wahlen zum Europaparlament; nicht nur in Frankreich, sondern europaweit. Die Regierungspartei (UMP – *Union pour un mouvement populaire*) gewann in sämtlichen französischen Wahlkreisen. Die letzten Europawahlen markierten allerdings auch eine Zäsur im Kräfteverhältnis der Linken in Frankreich: das Auftreten von Europa Ökologie (französisches Parteienbündnis – *Europe Ecologie*) auf Kosten der Sozialistischen Partei (PS – *Parti*

Socialiste) und des liberalen MODEM (*Mouvement démocrate*), die Niederlage der Neuen Antikapitalistischen Partei (trotskistische Ex-LCR NPA – *Nouveau Parti Anticapitaliste*) und der Kommunistisch-revolutionären Liga (LCR – *Ligue communiste révolutionnaire*) und das redliche Wahlergebnis der Linken Front (*Front de Gauche*), eines Wahlbündnisses bestehend aus der Französischen Kommunistischen Partei (PCF – *Parti Communiste Français*), der Linkspartei (*Parti de Gauche*) des ehemaligen Sozialisten Jean-Luc Mélenchon und der sich von der NPA abgesplitterten Einheitlichen Linken (*Gauche Unitaire*).

Die Grünen und Europe Ecologie (Europa Ökologie)

Kann die politische Ökologie eine reformpolitische Alternative gegenüber einer sich in Schwierigkeiten befindenden *Parti Socialiste* darstellen? Kann sie der Dreh- und Angelpunkt einer sich gegen Sarkozy neu zu definierenden Mitte-Links-Mehrheit werden? Das war nach den Wahlen zum Europaparlament 2009 in jedem Fall der Ehrgeiz, denn die gemeinsame Liste der Grünen (*Les Verts*) und verschiedener berühmter Persönlichkeiten (zum Beispiel der Globalisierungskritiker José Bové, die Antikorruptionsrichterin Eva Joly und Anhänger des Umweltaktivisten Nicolas Hulot) hatte mehr als 16 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können und war damit den Sozialisten dicht auf den Fersen. War dieser relative Wahlerfolg der Art der Wahlen und der Schwäche der PS geschuldet, und handelt es sich hierbei überhaupt um ein dauerhaftes Ergebnis? Und was sollte aus der Partei der französischen Grünen innerhalb der »neuen Organisationskraft« angesichts der von Daniel Cohn-Bendit eingeläuteten Strategie des Zusammenschlusses hin zur Mitte werden?

Im Zusammenhang mit der Restituierung der französischen Linken sowie im Sinne ihrer Wähler und Aktivisten möchte die Bewegung der politischen Ökologie natürlich eine tragende Rolle spielen: Sie kann sich aufgrund der Krise auf ein gestiegenes ökologisches Bewusstsein stützen; indem sie über dringende aktuelle Probleme hinaus auch die gegenwärtige Zivilisation und Gesellschaft kritisch hinterfragt, kann sie sich gleichzeitig als alleinige Antwortgeberin auf Fragen der notwendigen Veränderungen im Leben präsentieren. Außerdem unterbreitet sie Vorschläge, um »Politik auf eine andere Art und Weise zu machen«, und schlussendlich wendet sie sich über die traditionellen Parteigrenzen hinweg an Wähler jeglicher Couleur. Angesichts der relativ unklaren Strategien des Zusammenschlusses möchte die Ökologiebewegung auch im wahrsten Sinne des Wortes eine »zentrale« Rolle spielen, indem sie sich hin zur politischen Mitte bewegt oder ihre linke Verankerung affirmiert.

Analysiert man die Mitgliederzahlen der *Verts*, so ist ihr Potential nicht mit dem der »großen Parteien« zu vergleichen. Allerdings können sich die französischen Grünen auf einflussreiche Netzwerke in verschiedenen Bewegungen stüt-

zen, die in den 70er Jahren den Grundstein für die Entstehung und Gründung der Ökologiebewegung legten: Anti-Atomkraftbewegung, Bewegung für die Verteidigung der Menschen ohne Aufenthaltspapiere (*Sans-papiers*), Bauerngewerkschaft, verschiedene Initiativen von Globalisierungskritikern und Unterstützern einer gerechten Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn bei Aktivisten und Sympathisanten ein apolitischer Grundgedanke des »Weder-rechts-noch-links«-Seins fortbesteht, haben *Les Verts* als Partei klar Position im linken Lager bezogen. So haben sie sich zwischen 1997 und 2002 an den Regierungen der Vielfältigen Linken, einem Parteienbündnis (*Gauche plurielle*), beteiligt. Die Wahl des linken Lagers beruht also mehrheitlich auf der politischen Überzeugung, aber gleichzeitig auch auf einem gewissen Realismus, denn die grünen Abgeordneten sind abhängig von Wahlbündnissen. *Les Verts* verfügen dank 4,4 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen 2007 über drei Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung (*Assemblée nationale*) und sind darüber hinaus in den Regionalparlamenten vertreten.

Les Verts bekennen sich zu ihrer europäischen Identität, noch ehe sie auf der nationalen Zugehörigkeit bestehen. Nichtsdestoweniger war sich die Partei während des Referendums 2005 nicht einig: Die Mehrheit der Aktivisten sprach sich gegen den Vertrag von Lissabon aus und signalisierte so ihre Zugehörigkeit zum linken Lager. José Bové, einer der bekanntesten Befürworter des »Nein zu einem liberalen Europa«, machte dennoch 2009 gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit Wahlkampf.

Die entscheidende Herausforderung für die französischen Grünen im Kampf um eine Konsolidierung des sich verändernden Kräfteverhältnisses in der Linken besteht in der langfristigen Bindung ihrer Wähler. Dieses Ziel hat sich auch die Bewegung Europa Ökologie (*Europe Ecologie*) unter der Führung von Daniel Cohn-Bendit auf die Fahnen geschrieben. Jedoch ist es derzeit für die Verantwortlichen und Mitglieder der *Les Verts* undenkbar, sich aufzulösen und vollständig in der neuen Bewegung zu assimilieren. Damit die französischen Grünen dauerhaft eine unverzichtbare politische Größe innerhalb linker Mehrheiten darstellen können, geht es ihnen viel eher darum, aus dem Wahlerfolg der Europawahlen Kapital zu schlagen und die nach Neuerungen suchenden sozialistischen und Mitte-Links-Wähler ins grüne Lager zu ziehen. Aber noch ist die Schlacht nicht gewonnen. Die Gefahr einer Auflösung innerhalb eines großen Ganzen mit unscharfen Konturen ist groß und besteht real. Die Aktivisten der Grünen, die ihre Partei seit 1984 aufbauen, stehen also einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung gegenüber.

Die Parti Socialiste (Sozialistische Partei)

Was bedeutet es, heutzutage in Europa Sozialist zu sein? Die große Krise, die die französischen Sozialisten zurzeit durchleben, trägt viele Merkmale der allgemeinen Krise der europäischen Sozialdemokratie: Identitätskrise, Abwendung des

Volkes und die daraus resultierenden Konsequenzen in Bezug auf verschiedene Wahlen, Abweichung zwischen Realpolitik und den gestellten Erwartungen, Schwäche der Vorschläge gegenüber den sich durch die Krise verschärfenden Notwendigkeiten, fehlender Wandel und mangelnde Lösungen. Die Krise weist nichtsdestoweniger auch spezifische Charakteristika der französischen Sozialdemokratie auf. Interne Debatten wurden und werden durch sich wiederholende Wahlniederlagen seit der verlorenen Präsidentschaftswahl 1995 verschärft. Historisch ist die französische Linke zwar gegen eine Präsidentialisierung des politischen Systems, jedoch kann auch sie nicht ihren Auswirkungen auf das politische Leben und seine verschiedenen Instanzen entkommen. Unter François Mitterrand hat die *Parti Socialiste* selbst alle Mechanismen des französischen präsidentiellen Regierungssystems benutzt, um dauerhaft eine linke Hegemonie in der Gesellschaft zu verankern und die Polarisierung in zwei sich gegenüberstehende politische Lager voranzutreiben. Die zurzeit drängendste strategische Frage ist für die Sozialisten die Rückkehr an die Macht im Jahr 2012 (dann werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden), und in diesem Zusammenhang geht es um die Herausforderung der Rückgewinnung der verlorengegangenen Wählerschaft innerhalb der Arbeiterklasse und die Wiederherstellung von gewissen Allianzen, außerdem um die Frage nach einem Projekt der Veränderung.

Die Sozialisten stehen diesen Problemen innerhalb eines sich ändernden Machtgefüges und eines im Wandel begriffenen politischen Umfelds gegenüber, beides gekennzeichnet durch die Volatilität der Wähler, die Veränderung traditioneller Bezugspunkte innerhalb der Bevölkerung und insbesondere der Unterschicht. Die französische Linke befindet sich somit an einem Wendepunkt: Die längst vergangene Epoche der gemeinsamen linken Regierungsprogramme zu Beginn der 70er Jahre – 1971 hatte der Kongress von Épinal die Strategie der linken Einheit verabschiedet – wurde von einer neuen Periode abgelöst, eingeläutet durch die Wahlniederlage der Vielfältigen Linken (*Gauche plurielle*) im Jahr 2002. Gleichzeitig sieht sich die *Parti Socialiste* mit einer erstarkenden linken Konkurrenz sowie einer ökologischen Bewegung konfrontiert, die ihren Platz innerhalb der linken Parteienlandschaft festigen möchte.

In der öffentlichen Meinung gilt die PS derzeit als durch innere machtpolitische und personelle Querelen gespalten, gleichzeitig erkennt man kein mobilisierendes Konzept. Jedoch sollte an dieser Stelle unterstrichen werden, dass die *Parti Socialiste* die dominierende Kraft der französischen Linken darstellt. Die Sozialisten haben immer noch wichtige Machtpositionen innerhalb der Regionen und Kommunen inne: So regieren sie große Metropolen wie Paris und Lyon und haben den Vorsitz in 20 der 22 französischen Regionen – oft in Koalition mit Kommunisten und Grünen.

So wie alle anderen linken Kräfte in Frankreich sind auch die Sozialisten, sowohl ihre Mitglieder als auch die Wähler, traumatisiert. Das Trauma beruht auf der Wahlniederlage im Jahr 2002, als der sozialistische Kandidat nicht am zweiten

Wahlgang teilnehmen konnte und seinen Platz Le Pen überlassen musste. Der Wahlsieg Nicolas Sarkozys über Ségolène Royal 2007 hat die Bestürzung noch verschärft, selbst wenn die französischen Sozialisten bei den letzten Kommunal- und Regionalwahlen erfolgreich waren. Allerdings bestätigte auch das historisch schlechte Ergebnis der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 (die PS erhielt 16,48 Prozent der Stimmen) die Schwierigkeiten der Partei, ihren Einfluss bei landesweiten Wahlen wieder zu erlangen, denn diese Niederlage wiederbelebte interne Debatten und Spannungen. Es erscheint angebracht, daran zu erinnern, dass der Sieg des »Nein« beim Referendum zur Europäischen Verfassung im Jahr 2005 eine Trennung vom einfachen Wahlvolk darstellte, denn dieses hatte sich mehrheitlich gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen.

In den 90er Jahren war der Verlust des Einflusses der PS innerhalb der Wählerschaft aus Arbeiterklasse und Unterschicht deutlich spürbar. 2007 wählten nur noch 25 Prozent der Arbeiter PS – gegenüber 41 Prozent 1988. Doch auch bei den Angestellten sank der Anteil von 37 Prozent auf 24 Prozent, bei den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst verringerte er sich von 40 Prozent auf 29 Prozent, und nur 25 Prozent der leitenden Angestellten und Intellektuellen wählten PS (gegenüber 29 Prozent bei den vorherigen Wahlen). Selbst die Zusammensetzung innerhalb der verschiedenen Parteigremien und der soziale Background der Abgeordneten verschieben sich zugunsten der gehobenen Mittelschicht.

Die Zerrissenheit der Parteiführung, der Kampf um den Parteivorsitz und um den Spitzenkandidaten der Präsidentschaftswahlen 2002 stehen damit stellvertretend für die tiefgreifenden Diskussionen innerhalb der *Parti Socialiste* über die politische Programmatik, das Parteikonzept, mögliche linke Koalitionspartner und das Verhältnis zur politischen Mitte, zu den französischen Liberalen.

Als der Parteitag von Reims im November 2008 Martine Aubry, die Tochter Jacques Delors', zur neuen Parteivorsitzenden wählte und somit Ségolène Royal desavouierte, positionierten sich die Sozialisten damit gleichzeitig im linken sozialdemokratischen Lager der französischen Parteienlandschaft und favorisierten linke Allianzen. Frau Aubry sprach sich für »einen stark links verankerten Regierungssozialismus« aus. Daraufhin erreichte die PS mit 19 Prozent der Stimmen ein sehr gutes Ergebnis.

Ein Beobachter der Partei stellte fest, dass »sich die PS – jedes Mal, wenn sie eine Identitätskrise durchlebt – immer auf ihren linken Flügel stützt und ihre Kapitalismuskritik verstärkt«. Es war der Partei unmöglich, die sich verstärkende Ablehnung des Liberalismus und den Drang nach Veränderung zu ignorieren. Darüber hinaus ging es um das Hervorheben des Vorhandenseins einer starken Partei, einer Partei der Mitglieder und Aktiven, gegenüber der von Ségolène Royale favorisierten »modernistischen« Option einer Partei US-amerikanischen »demokratischen« Vorbilds, die vorrangig dem Zweck dienen sollte, bei anstehenden Wahlen einen Kandidaten zu unterstützen. Die Neuorientierung im linken Lager wurde im ersten Halbjahr 2009 deutlich sichtbar, als die PS aktiv an sozialen

Bewegungen teilnahm und politische Aktionen zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes und gegen die Privatisierung der Post unterstützte.

Letztendlich stellt sich das Problem einer Neugründung der Partei. Diese Frage ist unweigerlich mit den Debatten um die Zusammensetzung der gesamten französischen Linken sowie der Entwicklung einer gemeinsamen Programmatik verknüpft. Welchen Weg kann diese Partei gehen, die 1971 von François Mitterrand mit dem Ziel der Machtergreifung gegründet wurde? Basierend auf der Vereinigung aller linken Kräfte, übte die PS letztlich eine Dominanz und Vorherrschaft aus, die ihre Partner schwächte.

Mit Beginn der Krise manifestierten sich innerhalb der Bevölkerung vielerlei Tendenzen: Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus durch eine breite Masse bis hin zum Infragestellen des Kapitalismus, große Zukunftsangst – auch innerhalb der Mittelschicht, die sich bis dato sicher gefühlt hat – und größer werdender Widerstand gegen die Politik Sarkozys. Die Parteiführung der PS befindet sich allerdings in einer Zwickmühle. Einerseits erwartet die Bevölkerung reale Veränderungen und das Bekenntnis der PS zu ihrer Verwurzelung im linken Lager, andererseits gibt es Bestrebungen, die politische Orientierung hin zur Zentrumspartei zu verschieben, um die Chancen für einen nächsten Wahlsieg zu vergrößern. Die *Parti Socialiste* steht also dem Widerspruch zwischen ihrer möglichen politischen Neuorientierung in Hinblick auf mehr Realpolitik und den sich durch die Krise und das Scheitern des Liberalismus neu stellenden Fragen gegenüber: Geht es einfach nur um das Ablösen der bürgerlichen Rechten oder um eine grundlegende Veränderung der Politik, die sich mit den Gründen der Krise und eventuell notwendigen, den Kapitalismus infrage stellenden, Strukturreformen auseinandersetzt? Die politische Antwort findet sich in der Wahl möglicher Koalitionspartner. Diese Wahl stellt die Partei und ihre Wähler allerdings vor große Herausforderungen, denn trotz der Bekräftigung der Verankerung im linken Lager erhitzt und teilt sie die Gemüter. 68 Prozent der Wähler und Sympathisanten der *Parti Socialiste* bevorzugen linke und sogar linksextreme Allianzen, 89 Prozent sind für eine Annäherung an ökologische Bewegungen, und 56 Prozent befürworten eine Öffnung hin zur politischen Mitte.

Es stehen wichtige Wahlen bevor, deshalb ist für die von einer tiefen Krise geschüttelten französischen Sozialisten derzeit eine grundlegende politische Entscheidungsfindung unumgänglich. Sie haben die Wahl zwischen der einfachen Machtübernahme von der bürgerlichen Rechten oder einer von Führungsansprüchen freien, tiefgreifenden Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften im Kampf um eine wahre fortschrittliche Alternative. Letzteres würde bedeuten, auch wirklich zu einem Bruch mit der liberalen Politik zu stehen und den Imperativ einer grundlegenden Erneuerung des europäischen Gedankens, bis hin zu einem sozialen und demokratischen Wiederaufbau, zu akzeptieren.

Die Parti Communiste Français (Kommunistische Partei Frankreichs)

Die Ergebnisse der Befragung der Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, der PCF, die im November 2009 durchgeführt wurde, um über die Wahlkampfstrategie der im März 2010 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament zu entscheiden, ermöglichen es, ein sehr genaues Bild der aktuellen Situation und inneren Widersprüche der französischen Kommunisten zu zeichnen.

63 Prozent der regelmäßig Beiträge zahlenden Parteimitglieder, ca. 44 000 Personen, nahmen an der Befragung teil. Nach Angaben der Parteiführung der PCF¹ »zählt die Kommunistische Partei Ende des Jahres 2009 134 000 Mitglieder. [Nicht alle Mitglieder zahlen fristgerecht ihre Mitgliedsbeiträge.] Diese Zahl drückt eine relative Stabilität der Mitgliederzahlen seit 2005 aus«. »Seit dem Jahr 2005 schwankt die Anzahl der jährlichen Parteieintritte zwischen 5 000 und 6 000«, versichert die Führung der Partei, die jedoch keine genauen Angaben über diese neuen Mitglieder machen kann, »derzeit gehen wir davon aus, dass die Hälfte dieser neuen Parteimitglieder unter 30 Jahre alt ist«.

Im Vergleich zu den anderen politischen Parteien in Frankreich sind die Anzahl und Verteilung der Mitglieder der PCF landesweit signifikant. Zur Erinnerung: Die *Nouveau Parti Anticapitaliste* hat über 5 000 Mitglieder, die französischen Grünen 8 000, die *Parti Socialiste* 203 000, von denen jedoch im August 2009 nur 64 000 vollständig ihre Mitgliedsbeiträge gezahlt haben. Dieser Vergleich zeigt, dass die *Parti Communiste Français* eine wichtige Größe innerhalb der Parteienlandschaft darstellt und wegen der großen Anzahl Aktivisten nicht unterschätzt werden sollte. Entgegen der landläufigen Meinung und des alljährlich in den Medien angekündigten Todes der PCF verfügt sie über eine große Anzahl von Mitgliedern, einen enormen Aktionsradius und eine nicht zu verachtende Schlagkraft.

Nichtsdestoweniger schrumpft der Einfluss der Kommunisten mit jeder Wahl, und man hat den erschreckenden Eindruck, dass selbst die Wählerschaft der PCF vom Aussterben bedroht ist: Seit 1983 lag der Anteil der 18- bis 25-jährigen Wähler konstant unter 3,5 Prozent. Der Großteil der kommunistischen Wähler ist demnach 65 Jahre alt und älter, jedoch gibt es unter den 45- bis 55-Jährigen einen harten Kern von PCF-Wählern. 1997 betrug die Anzahl der Wahlbezirke, in denen die Kommunisten über fünf Prozent der Stimmen bekamen, 473; schon zehn Jahre später waren es nur noch 145 Wahlbezirke. Innerhalb dieser Schnittmenge sank die Zahl von Wahlbezirken, in denen die PCF über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit automatisch im zweiten Wahlgang vertreten war, von 60 im Jahr 1997 auf 32 im Jahr 2002 und schlussendlich auf 23 Wahlbezirke 2007.

1 »Communistes« [Kommunisten], wöchentliche Austausch- und Kommunikationsbeilage der Tageszeitung Humanité.

In einem für die Stiftung *Fondation Gabriel Péri* verfassten Artikel analysierte der Historiker Roger Martelli die Wahlergebnisse der kommunistischen Kandidaten bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007. »In Bezug auf die Wahlen 2002 verliert die PCF in 284 Wahlkreisen Stimmen und kann gleichzeitig in 204 anderen Kreisen ihre Ergebnisse festigen bzw. verbessern. 2002 gab es in ca. 60 Wahlkreisen keine kommunistischen Kandidaten. Für 2007 gilt: Die *Parti Communiste Français* verliert in 12 Wahlkreisen über 10 Prozent der abgegebenen Stimmen und kann nur in einem Wahlkreis über 10 Prozent gutmachen; in 8 Wahlkreisen gewinnt sie mehr als 5 Prozent hinzu, verliert allerdings in 25 Wahlkreisen mehr als 5 Prozent der Stimmen.«

Seit 1997 haben die französischen Kommunisten in 400 Wahlkreisen mindestens die Hälfte ihres Wählerpotentials verloren, nur in 13 französischen Wahlkreisen blieb die Anzahl der PCF-Wähler gleich oder vergrößerte sich. Die generelle Tendenz des Verfalls wurde durch die Parlamentswahlen 2007 aufgehalten, jedoch nicht unterbrochen. Allerdings verschärfte sich der Abstand zwischen den wenigen Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an PCF-Wählern und dem überwiegenden Teil der französischen Wahlkreise, in denen nur noch sehr marginal kommunistisch gewählt wird. Die sinkende Stimmenabgabe für die *Parti Communiste* auf nationaler Ebene wird also durch die Wahlen 2007 bestätigt. Und Martelli fügt hinzu, dass »der Anteil der abgegebenen Wählerstimmen 1978 nicht in einem einzigen französischen Departement unter 5 Prozent lag, heute ist das allerdings in 69 von ihnen der Fall. Des Weiteren kommt die PCF 1997 in keinem Departement mehr über 15 Prozent, obwohl die Partei diese Grenze 1978 noch in 72 von ihnen überschreiten konnte. In 25 Departements konnte die PCF sogar über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. [...] Seit 1997 hat die französische Kommunistische Partei ungefähr die Hälfte ihres Wählerpotentials bei Parlamentswahlen verloren. In 62 Departements liegt der Verlust über diesem Mittelwert, in 27 von ihnen liegt er sogar um zwei Drittel darüber.«

Die von Martelli angesprochene Verringerung des Einflusses der PCF auf nationaler Ebene und der damit einhergehende Stimmenverlust gelten unter Berücksichtigung bestimmter Abweichungen auch für andere Wahlen.² Die *Parti Communiste* ist sicher nicht die einzige französische Partei, die wahlbedingten Unterschie-

2 Beispiel: die Entwicklung der Wahlergebnisse der PCF in Calais, einer Kleinstadt im nördlichen Verwaltungsbezirk und Departement Pas-de-Calais mit historisch großem kommunistischem Einfluss. In dieser Stadt variieren die Ergebnisse der Kandidaten der PCF auf einer Skala von eins bis 10: Henin – 47,23 Prozent im 1. Wahlgang der Kommunalwahlen 2001, Hue – 8,62 Prozent im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002, Bocquet – 19,54 Prozent bei den Regionalwahlen 2004, Henin – 40 Prozent bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Buffet – 4,5 Prozent im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2007, Gisèle Cocquerelle – 15,66 Prozent und Marcel Levaillant – 14,3 5 Prozent jeweils im sich in Calais befindlichen 6. und 7. Wahlkreis des Pas-de-Calais anlässlich der Parlamentswahlen 2007, 74,36 Prozent Nein-Stimmen beim Referendum zum Vertrag von Lissabon. Und ohne den Schock zu vergessen: die PCF erreicht im 1. Wahlgang der letzten Kommunalwahlen 2008 37,7 Prozent der Stimmen. Das führt jedoch zu einem Wahlsieg der Regierungspartei UMP im 2. Wahlgang.

den und sich wandelndem Wählerverhalten unterworfen ist, jedoch sind diese Schwankungen bei anderen Parteien nicht so stark ausgeprägt. Paradoxerweise verfügt die PCF trotz dieser nationalen Verluste über eine große Anzahl von Abgeordneten: Über das gesamte französische Territorium verteilt sind es etwa 11 000 – von Gemeinderatsmitgliedern über Parlamentsabgeordnete bis zu Senatoren.

Die territoriale Verankerung der Kommunisten in Frankreich erlaubt es ihnen, einen gewissen politischen Einfluss zu wahren. Abgeordnete zu haben, an der Macht teilzuhaben und in institutionellen Gremien vertreten zu sein, ist für die Kommunisten seit jeher wichtiger und fester Bestandteil ihrer Strategie. Seit Gründung der PCF beschäftigt die Frage nach der Macht- und Regierungsbeteiligung die Gemüter, ähnlich wie innerhalb der sozialistischen Bewegung, die diese Frage schon seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Die PCF kann im Übrigen auf die Erfahrung mehrerer Regierungsbeteiligungen zwischen 1945 und 2002 zurückblicken und zeichnet sich damit gegenüber den anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien besonders aus. 1945 gewannen die Kommunisten beispielsweise die Wahlen, sie konnten 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und stellten mehrere Minister; nach den Wahlen 1981 und 1997 war ihr Einfluss innerhalb der jeweiligen Regierungen begrenzter. Darüber hinaus war die PCF über ihre Delegierten und Verantwortlichen der linken Gewerkschaft CGT zeitweise sehr stark in Organisationen der Sozialversicherung und in Personalvertretungen großer staatlicher Betriebe vertreten. Die Wahlniederlage des Parteienbündnisses Vielfältige Linke (*Gauche plurielle*) im Jahr 2002 hat innerhalb der PCF zu erneuten Diskussionen über Regierungsbeteiligungen geführt. Der Misserfolg läutete ebenfalls das Ende des in den 90er Jahren durch den damaligen 1. Sekretär der PCF Robert Hue begonnenen Versuchs einer tiefgreifenden Umgestaltung seiner Partei ein, des Projektes »Veränderung«.

Der Wunsch der PCF nach Regierungsbeteiligung und Teilhabe an lokaler und nationaler Exekutive bleibt aufgrund der Hoffnung auf »schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen« verständlich und begründbar, jedoch bestimmten viele Fragen und Widersprüche bezüglich der Idee einer »linken Union« lange die strategischen Debatten der PCF. So mutierte die Frage nach Allianzen mit anderen Parteien oft von taktischen Gesichtspunkten zu generellen strategischen Diskussionen. Die Koalition mit der SFIO (*Section française de l'Internationale ouvrière* – Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) und der Radikalen Partei (*Parti Radical*) während der Volksfront in den 30er Jahren begründete man innerhalb der Kommunistischen Bewegung mit dem Einfluss der politischen Partner innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In den 60er und 70er Jahren setzte sich in Frankreich bei allen Wahlen das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen durch. Zu dieser Zeit wurde die verstärkte Zusammenarbeit mit den Sozialisten der PS, die sich damals im Bruch zum Kapitalismus befanden, mit dem Argument begründet, dass man erst einmal gemeinsam auf lokaler und landesweiter Ebene die bürgerliche Rechte zurückdrängen müsse.

Die heutige Situation ist komplexer denn je, auch wenn sie nach dem 29. Mai 2005 und dem überwältigenden Nein zur Europäischen Verfassung einfach erschien. Die Nein-Wähler kamen überwiegend aus dem linken politischen Lager, aus der Arbeiterklasse und waren jung. Sie hatten ihre Wahlentscheidung aufgrund ihrer antiliberalen Einstellung getroffen. Theoretisch müsste also ein gemeinsam aufgestellter Kandidat – hervorgehend aus linken Organisationen und Persönlichkeiten, die während der Kampagne zum Volksentscheid für das Nein operiert hatten – bei den Präsidentschaftswahlen 2007 die Stimmen sämtlicher Linkswähler auf sich vereinigen können. Dieser Zusammenschluss sollte es ermöglichen, eine linke Alternative zur *Parti Socialiste* darzustellen. Diese »Strategie« endete mit einer Niederlage.

Die Überbewertung der Präsidentschaftswahlen im politischen Leben Frankreichs führt dazu, dass politische Parteien und Individuen, die politischen Einfluss nehmen möchten, diese Wahlen zum wichtigsten Knackpunkt überhaupt stilisieren. Dementsprechend ist die »linke Union des Neins« an internen Rivalitäten zerbrochen. Noch nie vor den Wahlen 2007 gab es links von der PS so viele Präsidentschaftskandidaten und schlechte Ergebnisse. Marie-George Buffet, Kandidatin der Kommunisten, erzielte mit 1,93 Prozent der Stimmen das historisch schlechteste Ergebnis für ihre Partei bei einer Präsidentschaftswahl. Mit dem Versuch, anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 erneut eine linke Front (*Front de Gauche*) aufzustellen, profitierten die französischen Kommunisten von der Gründung der Linkspartei (*Parti de Gauche*) durch den ehemaligen Sozialisten Jean-Luc Mélenchon, um sich von ihrem schon lange währendem Dilemma zu befreien, das da lautete: »Entweder mit der PS koalieren oder untergehen!«

Doch kommen wir zurück zur Mitgliederbefragung am 19., 20. und 21. November 2009. Insgesamt 78,7 Prozent der Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs sprechen sich für die Aufstellung von gemeinsamen Wahllisten innerhalb der sogenannten *Front de Gauche* aus; 16,4 Prozent der Befragten sind für gemeinsame Listen mit den Sozialisten bereits ab dem ersten Wahlgang, und 4,5 Prozent der Mitglieder vertreten die Auffassung, dass die PCF im 1. Wahlgang ihre eigenen Kandidaten aufstellen sollte. Nach einer detaillierten Analyse, und bezogen auf die nächsten Wahlen in Frankreich, entschieden sich die Kommunisten nur in fünf französischen Regionen dafür, sich in gemeinsamen Listen mit den Sozialisten aufstellen zu lassen. In 17 weiteren Regionen werden PCF und die Linkspartei gemeinsame Listen aufstellen, in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Linken und einzelnen, kleinen weiteren Linksformationen. Im Gegensatz dazu war die PCF 2004 in 14 Regionen gemeinsam mit den Sozialisten aufgetreten, und das bereits ab dem ersten Wahlgang.

Die Strategie der linken Front hat allerdings auch mit innerparteilichen Gegnern zu kämpfen. Einige PCF-Anhänger sind der Meinung, die *Front de Gauche* stünde in Konkurrenz zur restlichen linken Bewegung, und sie wollen diese Gra-

benkämpfe nicht noch verstärken. Allerdings handelt es sich ja nicht um ein konjunkturelles Phänomen, sondern um eine bewusst gewählte politische Strategie. Marie-George Buffet definiert ihr Ziel folgendermaßen: »Zeigen, dass es eine Alternative für den ersten Wahlgang gibt und den Cursor nach links verschieben. Im zweiten Wahlgang vereinigt sich dann die gesamte Linke, um die Mehrheit zu erzielen.«

Die Kommunisten nehmen mit ihrer Annahme, dank der Linksfront in ganz Frankreich wieder politischen Einfluss ausüben zu können, ein sehr hohes Risiko auf sich. Sie hoffen, auf diese Art und Weise ihre Wahlergebnisse und die Stimmenabgabe für ihre Partei »wieder nationalisieren« zu können und ihren Untergang zu verhindern. Inmitten von Debatten über künftige Allianzen und über die eigene Veränderung befindet sich die PCF noch auf der Suche nach sich selbst, ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihrer Zukunft.

Die Parti de Gauche (Linkspartei)

Die von Jean-Luc Mélenchon – Ex-Senator und ehemaliger Verfechter linker Strömungen innerhalb der *Parti Socialiste* – gegründete *Parti de Gauche* (PG) ist der neue Stern der linken Galaxie Frankreichs. Mélenchon gründete die Partei nach Vorbild der deutschen DIE LINKE, um die »andere Linke« zu versammeln. Seit Jahren sprach er von einer Emanzipation von der PS, die sich seiner Meinung nach auf einer liberalen Irrfahrt befindet. Als einer der Hauptverantwortlichen der Kampagne des »Neins« zur Europäischen Verfassung glaubt er, dass es möglich sei, den während dieser Kampagne herrschenden Enthusiasmus und die relative Gleichheit aller »linken Kräfte des Neins« wiederzubeleben. Mélenchon wagte anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs im November 2008 den Sprung ins kalte Wasser. Am Morgen nach der Verabschiedung der hauptsächlich von Ségolène Royal eingebrachten politischen Anträge verließ er die PS, um seine eigene politische Partei zu etablieren. Sein Vorbild war Oskar Lafontaine, ehemaliger Parteivorsitzender der SPD und Mitbegründer der Partei DIE LINKE, seine Wahlerfolge in Deutschland hatten Mélenchon inspiriert. Allerdings ist es der PG bisher nicht gelungen, eine signifikante Anzahl von Mitgliedern der linken Strömungen innerhalb der PS zu einem Parteiübertritt zu bewegen. Das ist ihr auch mit ehemaligen Kommunisten – auf der Suche nach einer politischen Alternative – nicht geglückt, ebenso wenig mit linken Vertretern der Grünen, obwohl sich die Ex-Grünen-Abgeordnete Martine Billard mit der PG verbündet hat.

Aktuell verfügt die PG über einige Tausend Mitglieder und existiert hauptsächlich aufgrund der großen medialen Präsenz ihres Parteichefs. Mélenchons Hauptziel ist der Aufbau einer Partei, die mit der PS auf Augenhöhe konkurrieren kann und somit die Vormachtstellung innerhalb der Linken in Frankreich einnehmen

könnte. Es ist außerdem sein Ziel, die Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 zu gewinnen. Die Taktik der PG beruht laut Aussagen ihres Vorsitzenden darauf, »ein linkes Gegengewicht zu schaffen und gleichzeitig die Führung im linken Lager zu übernehmen. Unsere Mittel waren der Zusammenschluss mit anderen linken Bewegungen und die Entwicklung eines klaren, alternativen Programms, um so eine größtmögliche Anzahl linker Wähler für uns zu begeistern«. Seiner Meinung nach sind die Wendung zum Zentrum und die damit einhergehende Demokratisierung der PS (nach US-amerikanischem Vorbild) bereits vollzogen. Allerdings zeugen einige Taten und Fakten davon, dass Mélenchons Auffassungen zum Teil umstritten sind und auch innerhalb der Linken diskutiert werden – so z. B. sein Appell in Richtung des Parteienbündnisses *Europe Ecologie* und dessen Vorsitzenden Daniel Cohn-Bendit, obwohl dieser 2005 für ein »Ja« zur Europäischen Verfassung aufrief und einer der dem Zentrum zugewandtesten grünen Politiker ist; weiterhin ist Cohn-Bendit dafür bekannt, zeitweise am rechten Rand der französischen Ökologiebewegung zu schwimmen.

Der Appell Mélenchons in Richtung Cohn-Bendit wirft also Fragen darüber auf, welchen Platz die *Parti de Gauche* innerhalb der französischen Linken einnehmen möchte und wird. Wo liegt hierbei die Kohärenz zu Mélenchons Willen, die Präsidentschaftskandidatur »links von den Linken« zu repräsentieren? Das offensichtliche Ziel der PG ist es, nach dem Vorbild der deutschen Linkspartei eine linke Partei zu sein und diese mit Leben zu erfüllen, gemeinsam mit Sozialisten, Kommunisten und Aktivisten der linksextremen Szene. Allerdings steht der PG, angesichts der Unsicherheiten innerhalb der gesamten Linken und des unterschiedlichen Kontextes im Vergleich zu Deutschland, noch viel Arbeit bevor.

Die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA – Neue Antikapitalistische Partei)

Die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) entspringt einem starken Bezug zum Kommunismus und zur Revolution. Anfang 2009 löste sich die bis dahin existierende Kommunistisch-Revolutionäre Liga (LCR – *Ligue Communiste Révolutionnaire*) auf, um gleich darauf aus ihrer eigenen Asche aufzuerstehen und als NPA zu erscheinen. Hinter der Bewegung Arbeiterkampf (*Lutte Ouvrière*) und ihrer charismatischen Vorsitzenden Arlette Laguiller hatte die LCR lange den Ruf, nur die Reste des französischen Trotzkismus aufzusammeln. Unter der Führung der nicht weniger starken Persönlichkeit Olivier Besancenot nimmt die LCR also eine neue Identität an. Der sich auf seine Aura und sein Charisma beziehende Postangestellte Besancenot verschreibt sich seit Gründung der NPA der Konsolidierung seiner Partei. 2007, anlässlich der letzten Präsidentschaftswahlen, erreichte Besancenot unter dem Banner der LCR 4,25 Prozent der Stimmen und platzierte sich als bester linker Kandidat hinter den Sozialisten. Zum ersten Mal schnitt ein LCR-Kandidat damit besser ab als die Kommunisten und deren Partei-

vorsitzender Marie-George Buffet. Seither wird Besancenot in den Medien als bester und aussichtsreichster Gegenkandidat zum aktuellen Präsidenten Nicolas Sarkozy gehandelt. Abhängig von den jeweiligen Meinungsforschungsinstituten liegt seine Popularität bei 45 Prozent bis 60 Prozent. Der Vorsitzende der NPA, ermutigt durch seine Popularität und angesichts des politischen Kontextes der Neuorientierung innerhalb der linken französischen Parteienlandschaft, versucht seine Führungsposition innerhalb der »radikalen Linken« zu festigen.

Ob es um die Krise der politischen Repräsentation ging, um das Infragestellen des vom Parteienbündnis *Gauche plurielle* Erreichten, die schlechten Wahlergebnisse der französischen Kommunisten, die Wirtschaftskrise, die ideologischen Grabenkämpfe bei den Sozialisten, die Personifizierung der Macht des Präsidenten Sarkozy, das Auftauchen neuer Formen staatsbürgerschaftlichen Engagements: Die Führung der Kommunistisch-Revolutionären Liga nutzte die Gunst der Stunde, um eine neue Partei ins Leben zu rufen, die sich auf politische Werte der Antiglobalisierung und des Antikapitalismus beruft. Eine Partei, deren Bild weniger historisch besetzt ist und der es gelingen könnte, dort erfolgreich zu sein, wo andere Niederlagen einstecken mussten. Des Weiteren versucht sie, eine neue Parteikultur innerhalb der NPA zu etablieren. Inhaltlich werden allerdings weiterhin traditionelle Positionen verteidigt, besonders in Bezug auf Fragen der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und der Beziehung zur Macht und zu den Herrschenden.

Im Hinblick auf ihre Strategie des Sammelns sprach sich die Neue Antikapitalistische Partei schon im Vorfeld für »lang anhaltende Einigungen« mit »allen politischen Kräften« aus, die antikapitalistische Ideen vertreten – unter der Voraussetzung einer totalen Unabhängigkeit von der *Parti Socialiste*. Dieses Argument nutzte Besancenot übrigens einige Monate nach Gründung der NPA, um seine Ablehnung gegenüber dem sich für die Europawahlen situierenden Parteienbündnis der Linksfront (*Front de Gauche*) zu begründen. Doch die Strategie von Olivier Besancenot zeigt Risse. Seine Partei erreichte nur 4,8 Prozent der Stimmen und landete somit hinter der Linksfront. Nun erscheint er vielen, auch innerhalb der eigenen Reihen, als »Spalter« einer linken Bewegung, die sowieso noch nach Einigung ringen muss. Es wird vermutet, dass die NPA innerhalb eines Jahres bereits die Hälfte ihrer neuen 9.000 Mitglieder wieder verloren hat. Dieser Mitgliederverlust beruht teilweise auf den Wahlkampfstrategien der NPA und ihrer Weigerung, an einem breiten Linksbündnis mit Beteiligung der Sozialisten mitzuwirken, obwohl viele der neuen NPA-Aktivisten einer linken Einheitsfront positiv gegenüberstehen.

Vor den französischen Regionalwahlen wurde die NPA wiederholt gebeten, sich an der Linksfront zu beteiligen; sie lehnte es jedoch ab und verschärfte so ihre Strategie der unvereinbaren »zwei Linken«, obwohl die sich verschlimmernde Wirtschaftskrise die Rufe nach einer linken Einheit immer lauter werden ließen. Man kann übrigens beobachten, dass Besancenot und seine Parteifreunde

in offiziellen Diskursen nie das Wort »Abgeordneter« benutzen, denn Besancenot möchte »Kämpfe und Widerstände im Rahmen eines Wahlkampfes weiterführen«. Und sein Wahlkampfleiter erklärt: »Wir wollen eher ein Wahlergebnis, nämlich über fünf Prozent, als Abgeordnete.« Angesichts der aktuellen politischen Situation in der Wirtschaftskrise und in Anbetracht der Parteienlandschaft innerhalb des linken Flügels erscheint es durchaus möglich, dass sich die von Besancenot initiierte »radikale Linke« tatsächlich auf ein gemeinsames Konzept und Programm einigt. Allerdings müssten alle Beteiligten es schaffen, zusammenzuarbeiten, ohne jedes Mal der Einigkeit und dem Gemeinsamen stärker werdende Gegensätze und Grenzen gegenüberzustellen.

Die Regionalwahlen 2010

Die Regionalwahlen vom März 2010 haben insbesondere im linken Spektrum eine neue politische Landschaft erkennen lassen. Sarkozy und sein Lager erlitten eine nachhaltige Niederlage, während die im zweiten Wahlgang geschlossen auftretenden linken Kräfte in 21 der 22 Regionen den Sieg davontrugen. Das rechte Lager zahlte einen hohen Preis für die Enttäuschung, die ein großer Teil seiner Wähler aus den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten empfand, während *Le Pens Front National* an Boden gewann.

Mit 29 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang und einer von den Mitgliedern und den Wählern gutgeheißenen Linksorientierung konnte die PS ihre Position als führende Kraft der Linken behaupten. Die ökologische Bewegung mit *Europe Ecologie* verteidigte mit ihren 13 Prozent der Stimmen und dem substanziellen Zugewinn an Wählern in der Nachfolge der Europawahlen ihren Platz als zweitstärkste linke Kraft, auch wenn sie ihr Ziel, die Sozialistische Partei wie bei den Europawahlen zu überholen, nicht geschafft hat. Die Umweltschützer profitierten von ihrer nicht eindeutigen Positionierung, die ihnen die Unterstützung einer gemäßigten, Mitte-links-orientierten Wählerschaft einbrachte. Olivier Besancenots NPA schaffte den erhofften Durchbruch nicht: Mit weniger als drei Prozent der Stimmen erhielt sie die Quittung für ihr ständiges Sektierertum und ihre Weigerung, sich an linken mehrheitsfähigen Bündnissen zu beteiligen, eine Haltung, die dem Bedürfnis nach Einheit, wie es die soziale Bewegung zum Ausdruck bringt, zuwiderläuft. Dieses Ergebnis war gleichzeitig die Quittung für den Bruch mit der sozialen Bewegung, denn die »Radikalität ihres Auftretens« konnte die Wähler, die in der Krise konkrete Sofortlösungen erwarteten, nicht überzeugen. Die Linksfront (*Front de Gauche*) vertrat die Positionen der PCF-Wahllisten von 2004 und erhielt sieben Prozent. Die Strategie zahlte sich für ihre Initiatoren – allen voran die PCF und Jean-Luc Mélenchons *Parti de Gauche* – aus, denn sie konnten sich als drittstärkste Kraft in der politischen Landschaft etablieren, auch wenn die PCF regional nunmehr weniger stark vertreten ist. Jetzt hat die Ausein-

andersetzung zwischen den Partnern der Linksfrent und innerhalb der PCF, die im Juni 2010 einen Parteitag abhält, begonnen. Themen dieser Auseinandersetzung sind das Verhältnis zur PS und zu den anderen Linkskräften und die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 2012, für die Jean-Luc Mélenchon seine Absicht zu kandidieren nicht verhehlt.

Um die Achse PS/*Europe Ecologie* entstand eine neue politische Landschaft, die mit dem traditionellen Linksbündnis Sozialisten/Kommunisten nichts mehr gemein hat. Sollte sich diese neue Konfiguration bestätigen, was keineswegs sicher ist, könnten künftige Mehrheiten eher in der Mitte entstehen. Die Debatte konzentriert sich von nun an auf das entscheidende Datum 2012 und auf die Frage, wie man bessere Voraussetzungen schaffen kann, um Sarkozy zu schlagen und bei den Wahlen zur Nationalversammlung eine linke Mehrheit zu erreichen. Während ein Teil der Umweltschützer mit Daniel Cohn-Bendit an der Spitze ein Abkommen mit den Sozialisten anstrebt, um einen gemeinsamen Kandidaten zu nominieren (im Austausch von Parlamentssitzen), neigt man unter den Partnern links von der PS eher dazu, einen unabhängigen Kandidaten ins Rennen schicken zu wollen. Doch wer kann schon angesichts der Beschleunigung der durch die Krise hervorgerufenen destabilisierenden Tendenzen die soziale und politische Situation des Jahres 2012 voraussagen? Welche sozialen Kämpfe gegen die Sparpläne und für die Erhaltung der Renten, Arbeitsplätze und Löhne wird es dann geben? Links wird es in den Auseinandersetzungen unter anderem um den Ausweg aus der Krise, um die »Handlungsspielräume« und um den Umgang mit der Verschuldung gehen. Diese Fragen werden schon jetzt in Frankreich und Europa in den verschiedenen sozialen Bewegungen gestellt, sie bilden den Hintergrund für die »Weigerung, für die Krise zu zahlen«. Die Mehrheit der Bevölkerung erkennt gegenwärtig nicht, wie die Linke grundsätzlich anders auf die Krise reagieren könnte als die Rechte. Links prallen die Ideen aufeinander, rechts herrscht auf der Grundlage der verschiedenen Analysen und Vorschläge große Übereinstimmung in Bezug auf eine einheitliche lösungsorientierte Perspektive zur schrittweisen Überwindung der Krise. Hier liegen große Herausforderungen für die Zeit nach den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 bis zu den Präsidentschaftswahlen 2012, die von außerordentlicher Unsicherheit geprägt sein wird.

Schlussbetrachtungen

Möglicherweise wurde in den französischen Überseedepartements in letzter Zeit ein neues Konzept für soziale und politische Bewegungen entwickelt. Am Anfang des Jahres 2009 kam es in Martinique, Guadeloupe und La Réunion zu einem Zusammenschluss von Gewerkschaften, linken politischen Parteien und Vereinen, um ihren Forderungen gemeinsam Nachdruck zu verleihen – sehr konkrete Forderungen, die die bestehende ökonomische Ordnung durcheinanderwirbeln könnten.

Um diese Bewegung und ihre Vorgehensweise benennen zu können, bedient man sich in den Überseedepartements eines Wortes der sehr einfallsreichen kreolischen Sprache: »Lyannaj«. Die Dynamik des »Lyannaj« beschreibt mehr als einen Zusammenschluss und eine Vereinigung, es handelt sich vielmehr um den Umstand, Dinge, »die nicht mehr durch Solidarität miteinander verbunden waren, zu binden und aneinander zu binden, zu verbinden, miteinander zu verbinden und zusammenzuführen«. So erklären es die neun Erstunterzeichner des »Manifestes für ›Produkte‹ dringender Notwendigkeit« und sie unterstreichen, dass »die Stärke dieser Bewegung in ihrer Fähigkeit lag, eine breite Basis für Dinge und Forderungen geschaffen zu haben, über die man sich vorher uneinig war bzw. die man isoliert betrachtet hat«. Könnte ein solches »Lyannaj«, dieser soziale Dreh- und Angelpunkt, auch in Frankreich eine mögliche Antwort auf aktuelle soziale als auch politische Fragen und Probleme sein?

Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CGT, Bernard Thibaut, unterstreicht, dass es nicht darum gehen kann, die Geschehnisse in den Überseedepartements in Frankreich »aus Prinzip zu übernehmen«. Allerdings könne man daraus lernen, dass »wir zweifellos neue Beziehungen zu den politischen Parteien aufbauen müssen. Man ruft schnell zur sozialen, gewerkschaftlichen Mobilisierung auf, man ist Träger bestimmter Projekte – jedoch überschreitet man damit oft die Grenzen dessen, wofür eine Gewerkschaft gemacht ist.« Also versichert er, »dass sie als Gewerkschaft es als nützlich ansehen würden, mit den interessierten Parteien in den Austausch über unsere Analysen zu treten, um uns gegenseitig in unseren Reflexionen zu inspirieren. Allerdings entspricht es im aktuellen Kontext nicht unserer Überzeugung und unseren Bedürfnissen, derzeit zu strukturierteren Formen der Zusammenarbeit überzugehen.«

Diese Aussagen unterstreichen die Komplexität der Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und der Linken, gleichzeitig werden neue Problemfelder aufgemacht: die Bedeutung der gewerkschaftlichen Einheit, der Aufbau neuer Beziehungen zur Realität und zu politischem Interventionismus, aber auch zu politischen Parteien im Allgemeinen. Allerdings stehen die sozialen Bewegungen diesen Beziehungen kritisch und vorsichtig gegenüber, fürchten sie doch eine gewisse Instrumentalisierung. Der legitime Zweifel an der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit lenkt ihre Schritte jedoch trotzdem in die Arme der Gewerkschaften, denn beide Seiten sind auf der Suche nach gewissen volksnahen Dynamiken und einem Sieg. Dennoch sollte festgehalten werden, dass das Jahr 2009 von intensiven, einheitlichen gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kämpfen gegen die Krise gekennzeichnet wurde.

Leider konnten jedoch bis zum heutigen Tage keine signifikanten Siege errungen werden. Einerseits gibt es eine starke und einheitliche Mobilisierung der Gewerkschaften, andererseits agieren und reagieren linke Parteien und Organisationen gemeinsam (insgesamt zwölf an der Zahl, inklusive Kommunisten, Sozialisten, Linkspartei und NPA). Sie unterzeichnen gemeinsame Erklärungen, in

denen das Verhalten und die Politik der Regierung angeprangert werden als »unter sozialen Gesichtspunkten intolerabel, ökonomisch ineffizient, politisch inakzeptabel«. Sie kündigen an, »trotz oder auch gerade wegen ihrer politischen Diversität dazu beitragen zu wollen, die innerhalb der sozialen Bewegungen zu führenden Debatten und die zu organisierenden Aktionen zu unterstützen und zu verstärken. Es gehe außerdem um Neuausrichtungen politischer Entscheidungen, die eine Alternative zu der aktuell herrschenden gesellschaftlichen Logik darstellen müssen, um soziale Bewegungen zum Erfolg führen zu können.«

Schlussendlich verdeutlicht der aus der Zivilgesellschaft kommende »Aufruf der Aufrufe«, dass sich seine Unterzeichner als »Nationale Koordinierungsstelle all derer diese Fatalität Ablehnenden« und als »Gegner der ›Ideologie des ökonomischen Menschen‹« verstehen. Sie schlagen vor, »generelle und allgemeingültige Überlegungen anzustellen, damit ›daraus konsensfähige, zukunftssträchtige Vorschläge für konkrete Aktionen entstehen‹«.

Kann aus diesem andauernden, relativen Durcheinander ein neues kollektives Konstrukt wachsen? Und könnte dieses Gebilde dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit der Linken in der öffentlichen Meinung wiederherzustellen bzw. zu festigen? Die seit September andauernde starke Mobilisierung gegen die Privatisierung der französischen Post zeigte erste erfolgversprechende Wege auf. 2,5 Millionen Bewohner Frankreichs nahmen an der »Wahl der Staatsbürger« teil. Die Wahl kam aufgrund einer einzigartigen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, linken Parteien und ihren Abgeordneten, Vereinen und Nutzerkollektiven zustande. Trotz dieses herausragenden bürgerschaftlichen Engagements hat die bürgerliche Rechte das Gesetz zur Privatisierung durchgepeitscht, auf die mangelnde Glaubwürdigkeit linker Alternativen hoffend. Doch selbst nachdem die linken Parteien bei den Regionalwahlen im März 2010 in 21 der 22 französischen Regionen gewonnen haben und selbst wenn die Umfragewerte Nicolas Sarkozys noch nie so schlecht waren, muss man sich der Tatsache stellen, dass zwei Drittel aller Franzosen seit nunmehr acht Jahren glauben, dass die Linken, wären sie an der Macht, auch keine bessere Politik als die bürgerliche Rechte machen würden.

Die weltweite Krise mischt die Karten neu. Die Ent-Legitimierung des Liberalismus und das Bewusstsein über seine bevorstehende Niederlage haben zu einer Verschiebung der bisherigen Debatten geführt, von einem sozialen Antikapitalismus hin zu einem generellen Hinterfragen der Existenzberechtigung des Kapitalismus. Werden die gesamte Linke und jede einzelne linksgerichtete Partei die Bedürfnisse der Bevölkerung erhören, und wie werden sie auf den stärker werdenden Wunsch nach tiefgreifenden Veränderungen angesichts der Krise reagieren? Welche Lehren wird jede einzelne politische Bewegung aus den vergangenen Wahlniederlagen und zerfallenen Koalitionen ziehen? Inwiefern sollten politische Konzepte überarbeitet und modifiziert werden? Die Antworten auf diese Fragen werden die Art und Weise der politischen Erneuerung der linken Parteienlandschaft erheblich beeinflussen und auch über eine mögliche alternative Perspektive bestimmen.

Die Linke in Island

Das isländische Parteiensystem – eine Einführung

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat die Frage der Unabhängigkeit Islands von Dänemark die politische Landschaft in Island beherrscht. Mit Erlangung der Souveränität 1918 durch den Unionsvertrag mit Dänemark, der die Unabhängigkeit Islands von Dänemark einleitete, und vor allem mit der Erringung der vollständigen Unabhängigkeit 1944, begann sich die isländische Gesellschaft von einer Agrargesellschaft zu einer stärker industrialisierten Gesellschaft zu entwickeln, was einen raschen Wandel in den Siedlungsstrukturen, im Lebensstil und in den Lebensbedingungen mit sich brachte. Auch das isländische Parteiensystem blieb von diesen Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen nicht verschont.

Im Jahr 1916 wurden die Fortschrittspartei (*Framsóknarflokkurinn*) und die Sozialdemokratische Partei (*Alþýðuflokkur*) gegründet. Seitdem wird die Fortschrittspartei häufig mit den Belangen der Landwirte und der ländlichen Gebiete Islands in Verbindung gebracht, während die in der Anfangszeit eng mit den Arbeitergewerkschaften verbundenen Sozialdemokraten hauptsächlich die Interessen der Arbeiter vertraten.

Den rechten Pol auf der Links-Rechts-Achse des Parteiensystems besetzt heute die Unabhängigkeitspartei (*Sjálfstæðisflokkurinn*). Sie entstand 1929 durch Zusammenschluss der Konservativen und der Liberalen Partei. Auf der linken Seite des Parteiensystems entstand 1930 durch Abspaltung einer sozialdemokratischen Splittergruppe die Kommunistische Partei. Als sich 1938 der linke Flügel der Sozialdemokraten abspaltete und der Kommunistischen Partei beitrug, wurde diese in Sozialistische Partei umbenannt. Im Jahre 1956, als eine weitere Splittergruppe der Sozialdemokraten der Sozialistischen Partei beitrug, wurde die Volksallianz (*Alþýðubandalagid*) gegründet.¹ In ihr waren linke Sozialdemokraten und Kommunisten vereint, die sich nach 1956 zunächst als Wahlbündnis organisierten. 1968, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, formierte sich dieses Wahlbündnis formal als Partei. Sie brach alle Kontakte zu den kommunistischen Parteien ab und entwickelte sich im Verlaufe der Zeit zu einer reformistischen, der sozialdemokratischen Volkspartei nahestehenden Partei.

Weitere Parteien, die darüber hinaus entstanden und sogar im isländischen Parlament vertreten waren, konnten sich nicht zu einem festen Bestandteil des politi-

1 Für eine genaue Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung siehe Ólafur Th. Hardarson: *Parties and Voters in Island*. Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, Reykjavik 1995, insbesondere S. 27-28.

schen Systems entwickeln. Mit einigen wenigen Ausnahmen sind es vor allem die vier oben genannten Parteien, die in der isländischen Politik der letzten Jahrzehnte sichtbar waren. Eine in diesem Zusammenhang erwähnenswerte Ausnahme stellt die 1983 auf der Grundlage der Frauenkandidatur des Vorjahres gegründete Frauenallianz (*Kvennalistinn*) dar. Die Frauenallianz ordnete sich nicht in das Spektrum links/rechts ein. Vielmehr handelte es sich um eine feministische Bewegung, die als solche großen Einfluss auf die isländische Politik hatte. Vor Gründung der Frauenallianz waren im Parlament nie mehr als drei Frauen zur gleichen Zeit vertreten gewesen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Parteien bei den isländischen Parlamentswahlen anhand der Zahl der ins Parlament entsandten Abgeordneten, Alþingi, 1963 bis 1995²

	1963	1967	1971	1974	1978	1979	1983	1987	1991	1995
Sozialdemokratische Partei	8	9	6	5	14	10	6	10	10	7
Fortschrittspartei	19	18	17	17	12	17	14	13	13	15
Unabhängigkeitspartei	24	23	22	25	20	21	23	18	26	25
Volksallianz	9	10	10	11	14	11	10	8	9	9
Union der Liberalen und Linken	.	.	5	2
Allianz der Sozialdemokraten	4	0	.	.
Frauenallianz	3	6	5	3
Bürgerpartei	7	.	.
Vereinigung für Gleichheit und Soziale Gerechtigkeit	1	.	.
Pjóðvaki, Volkserwachen	4
Sonstige und Außenseiterparteien	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0

Somit lässt sich das isländische Parteiensystem grob als ein Vierparteiensystem mit einer großen rechten Partei, einer Partei der Mitte, einer sozialdemokratischen Partei und einer linken Partei beschreiben. Dabei hat sich die politische Linke mit ihren Absplitterungen von den Sozialdemokraten als ziemlich instabil erwiesen. Im Allgemeinen konnten sich die neuen Parteien des linken Flügels – wie z. B.

2 Quelle: Isländisches Amt für Statistik unter <http://www.statice.is/Statistics/Elections>.

Volkserwachen (*Pjóðvaki*), die Union der Liberalen und Linken und die Allianz der Sozialdemokraten – nicht lange halten. Demgegenüber war der rechte Flügel des Parteienspektrums in der isländischen Politik erheblich stabiler. Bis in die 90er Jahre hinein existierte auf der linken Achse des Parteiensystems – neben einer relativ kleinen sozialdemokratischen Partei – die Volksallianz, die sich zeitweise einer größeren Popularität als die Sozialdemokraten erfreute. In dieser Hinsicht unterschied sich Island in dieser Zeit von den skandinavischen Ländern, in denen zumeist neben einer großen sozialdemokratischen Partei nur eine kleine linke Partei existiert.

Ende der 90er Jahre haben die linken Parteien: Sozialdemokraten, Volksallianz und Frauenliste einen Umstrukturierungsprozess durchlaufen, der zu einer Stärkung der sozialdemokratischen Strömungen führte und nach den Wahlen 1999 zu einer Angleichung des isländischen Parteiensystems mit denen anderer skandinavischer Länder führte.

Dennoch weist das isländische Parteiensystem Besonderheiten auf.

Nach der Untersuchung von Hardarson (1995) zu Parteien und Wählern in Island lassen sich die Links-Rechts-Orientierungen der isländischen Wähler am leichtesten zu sicherheits- und außenpolitischen Fragen aufzeigen. So war die Haltung zur US-Militärbasis Keflavik stärker als bei irgendeiner anderen Einzelfrage davon abhängig, ob man sich links oder rechts im politischen Spektrum Islands positionierte. Eher links orientierte Isländer standen dem Stützpunkt zumeist ablehnend gegenüber, während sich Personen mit rechten Haltungen häufig für seinen Erhalt aussprachen. Gleiches gilt auch für die Einstellung zur NATO-Mitgliedschaft. Ein zweiter Themenkreis, der die isländischen Wähler in links und rechts spaltet, sind wirtschaftliche Fragen, wie die Einstellung gegenüber Steuern und Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen.³ Darüber hinaus sind die Gleichberechtigung der Geschlechter und der Vorrang des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum zu nennen, die bei linken Gruppen stärkeren Anklang finden als im politisch rechten Spektrum. In den letzten Jahrzehnten haben diese Fragen in der isländischen Politik einen immer größeren Stellenwert erlangt.

1999 – das Jahr des Wandels im isländischen Parteiensystem?

In den Jahren 1998 – 1999 erreichten die Debatten über die Vereinigung der linken Parteien in der isländischen Politik ein bis dato unbekanntes Ausmaß. Durch die Instabilität und Spaltung der linken Kräfte war die Unabhängigkeitspartei nach den meisten Wahlen in der Lage, aufgrund ihrer Größe die Regierung zu bilden. Nur durch eine Vereinigung hätten die linken Kräfte dem rechten Flügel wirkliche Macht und Einfluss gleichgewichtig entgegensetzen können.

3 Vgl. Hardarson: *Parties and Voters in Island*, S. 219-220 und Kapitel V.

Eine Gruppe von Politikern der Parteien des linken Spektrums begann deshalb mit den Vorbereitungen für den Zusammenschluss von Sozialdemokraten, Volksallianz, Volkserwachen und Frauenallianz zu einer sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokraten und die Volksallianz waren über Jahrzehnte im Parlament vertreten gewesen. Volkserwachen – eine Splittergruppe der Sozialdemokraten – war ursprünglich gegründet worden, um die Linke für die Wahlen 1995 zu vereinigen. In dem Jahr gewann die Partei vier Parlamentssitze. Die Frauenallianz war seit 1983 regelmäßig im Parlament vertreten. Im Jahre 1987 erreichte die Partei mit sechs Abgeordneten ihr bestes Ergebnis, hat aber seither an Unterstützung verloren. Im Ergebnis der Wahlen 1995 konnte sie drei Abgeordnete ins Parlament entsenden.

Allerdings gab es auch starke Gruppierungen, die sich gegen eine solche Vereinigung aussprachen und besorgt darüber zeigten, welche gesellschaftlichen Zielvorstellungen und Werte nach einem Zusammenschluss im Fokus stehen würden. Vertreter dieser Gruppen fanden sich in allen vorstehend genannten Parteien, aber vor allem in der Volks- und der Frauenallianz. Es ging dabei um Themen, die die isländische Linke damals und schon Jahre davor immer wieder gespalten hatten, vor allem marktwirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen.

Der neue Parteienzusammenschluss kandidierte in den Parlamentswahlen 1999 unter dem Namen Sozialdemokratische Allianz (*Samfylkingin*). Ein Jahr später, am 5. Mai 2000, wurde aus diesem Parteienbündnis offiziell eine politische Partei unter demselben Namen. Die Gegner der Vereinigung gründeten nach einigen Monaten Vorbereitungszeit am 6. Februar 1999 die Links-Grüne Bewegung (*Vinstrihreyfingin – Graent framboð*) mit der Absicht, die sozialistischen und Umweltkräfte vor den für den 8. Mai desselben Jahres anberaumten Parlamentswahlen zu vereinen. Die sich herausbildende Links-Grüne Bewegung schloss sich mit vier Abgeordneten der Volksallianz und der Frauenallianz zusammen, die ähnliche Ansichten vertraten und bereits seit einigen Monaten in einer unabhängigen Gruppe im Parlament zusammengearbeitet hatten. Die Bewegung kandidierte in den Parlamentswahlen als Alternative zu den Linken der Sozialdemokratischen Allianz.

Damit hat das Jahr 1999 einen besonderen Stellenwert für die isländische Politik. Vier Parteien vereinigten sich und kandidierten gemeinsam, gleichzeitig traten zwei neue Parteien – die Links-Grüne Bewegung und die Liberalen – an und konnten Abgeordnete ins Parlament entsenden. Aufgestellt waren darüber hinaus noch zwei weitere Parteien – die Humanisten und die Christlich Demokratische Partei –, von denen aber keine ausreichend Stimmen gewinnen konnte, um ins Parlament einzuziehen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1999 bis 2009 anhand der Zahl der Sitze der einzelnen Parteien.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Parteien anhand der Zahl der Abgeordneten im Alþingi, 1999 bis 2009⁴

	1999	2003	2007	2009
Fortschrittspartei	12	12	7	9
Unabhängigkeitspartei	26	22	25	16
Liberales Partei	2	4	4	0
Sozialdemokratische Allianz	17	20	18	20
Links-Grüne Bewegung	6	5	9	14
Bürgerbewegung				4

Häufig wird davon ausgegangen, dass sich die politische Landschaft Islands im Ergebnis der Vereinigung der vier linken Parteien und der Gründung der Links-Grünen Bewegung verändert hat. Allerdings deuten die Ergebnisse der Wahlen 1999 auf keine wirklich drastische Veränderung hin. So konnte die Links-Grüne Bewegung bei einem Stimmenanteil von 9,1 Prozent sechs Abgeordnete ins Parlament schicken, und die neue Sozialdemokratische Allianz gewann mit 26,8 Prozent der Stimmen 17 Sitze. In den Wahlen 1995 hatten die vier Parteien des linken Flügels einen Stimmenanteil von 37,8 Prozent und gewannen damit 23 Parlamentssitze. Die beiden neuen Parteien konnten in den Wahlen weniger Stimmen auf sich vereinen als die vier Parteien in den vorangegangenen Wahlen. Somit kann man feststellen, dass sich die Hoffnungen auf Vereinigung der linken Kräfte in einer großen Partei mit entsprechenden Stimmengewinnen zerschlagen hatten.

Seit ihrem Entstehen hat die Links-Grüne Bewegung ständig an Größe und Stärke gewonnen. In jeder Wahl seit 1999 konnte sie mehr Sitze im Parlament erringen, mit Ausnahme von 2003, als sie einen Sitz verlor. Heute hat die Partei 5 833⁵ Mitglieder (47 Prozent Frauen und 53 Prozent Männer). Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 42,5 Jahren, wobei 27 Prozent 30 Jahre alt oder jünger sind. 49 Prozent der Mitglieder leben im Gebiet von Reykjavík.

Gegenwärtig basiert die Grundsatzpolitik der Links-Grünen Bewegung auf folgenden fünf Eckpfeilern⁶:

Umweltschutz

Alle natürlichen Ressourcen sollen sich im öffentlichen Eigentum befinden und nachhaltig und sorgfältig bewirtschaftet werden. Zur Förderung des Umwelt-

⁴ Quelle: Isländisches Amt für Statistik unter <http://www.statice.is/Statistics/Elections>.

⁵ Stand vom 28. Januar 2010.

⁶ Für die Grundsatzerklärung siehe Homepage der Links-Grünen Bewegung unter <http://www.vg.is/stefna/stefnuyfirlysing/>.

schutzes ist mithilfe der sogenannten »grünen Ökonomie« eine Schätzung des Wertes unberührter Natur und die Erhebung »grüner Steuern« zu deren Erhalt vorzunehmen. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Isländer künftig in der Lage sind, ihren gesamten Energiebedarf selbst zu erzeugen. Die Partei lehnt den Bau weiterer Kraftwerke zum Nutzen der die Umwelt verschmutzenden Großindustrie ab und fordert den Schutz des Hochlandes. Großes Augenmerk legt sie auf dynamische internationale Kooperationen und Vereinbarungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit

Alle Menschen sind gleichberechtigt, und Diskriminierung kann nicht toleriert werden. Die Partei fordert volle Gleichberechtigung im Hinblick auf Bildung, soziale Dienstleistungen jeglicher Art, öffentliche Informationen und Redefreiheit. Der isländische Staat hat die Pflicht, das Wohlergehen aller Bürger, insbesondere von älteren und behinderten Personen, zu gewährleisten. Die Links-Grüne Bewegung unterstützt die Stärkung des ländlichen Raums in Island durch Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen im sozialen, Bildungs- und kulturellen Bereich. Als besonders wichtig erachtet es die Partei, dass die für eine 40-Stunden-Arbeitswoche gezahlten Löhne ausreichend sind, um die normalen Lebenskosten bestreiten zu können.

Faire und florierende Wirtschaft

Die Links-Grüne Bewegung möchte die Entwicklung der Gesellschaft durch Stärkung der Stellung der Arbeitnehmer beeinflussen. Die Partei tritt für eine Diversifizierung der isländischen Wirtschaft und den Einsatz umweltfreundlicher Technologien ein. Sie widersetzt sich jeder Form von Monopolisierung und Zentralisierung des Kapitals und unterstützt die konventionellen Industriezweige dabei, den speziellen Status Islands zur Schaffung von unterschiedlichen Arbeitsplätzen für alle Einwohner des Landes zu nutzen.

Unabhängige Außenpolitik

Die Links-Grüne Bewegung kämpft für eine unabhängige Außenpolitik, die die Souveränität Islands aufrechterhält, und unterstützt alle Bemühungen zur Schaffung von globalem Frieden. Sie ist gegen die Teilnahme an Militärbündnissen wie der NATO und der WEU. Ferner tritt sie gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein und setzt vielmehr auf einfache bilaterale Handels- und Kooperationsvereinbarungen. Die Links-Grüne Bewegung ist zum Ausbau der Kooperation mit allen Nationen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts unterschiedlicher Ansichten und Kulturen bereit. Sie unterstützt die Beteiligung des Landes an demokratischen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Europarat und dem Nordischen Rat und setzt sich für die Stärkung dieser Zusammenarbeit ein. Island soll die Ziele der UNO und der Erklärung der Menschen-

rechte durch Beiträge zur Überwindung von Armut und Hunger, sozialer Ungerechtigkeit, ungleicher Verteilung des Wohlstands, rassistischer Diskriminierung, Verletzung der Menschenrechte und Militarismus unterstützen.

Feminismus

Die Links-Grüne Bewegung ist eine feministische Partei. Ebenso wie die Partei gegen die Macht der Finanzigentümer und des Kapitals kämpft, lehnt sie auch die Unterdrückung von Frauen durch Männer ab und richtet sich gegen patriarchalische Strukturen in der isländischen Gesellschaft.

2009 – Wahlen nach der Krise

Am 6. Oktober 2008 wandte sich der damalige Premierminister, Geir H. Haarde, im nationalen Fernsehen an die isländische Nation. Gegenstand waren die außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten, denen sich das Land gegenüber sah. In seiner Ansprache verwies Haarde auf die reale Gefahr, dass die isländische Wirtschaft im schlimmsten Fall gemeinsam mit den Banken ins Trudeln geraten und so einen Staatsbankrott heraufbeschwören könne.

Jeder Folgetag brachte den Isländern neue Schreckensmeldungen. Die finanzielle Situation erwies sich als weitaus schlechter als von den meisten angenommen, und die Regierung aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz kämpfte um die Rettung des isländischen Bankensystems, allerdings ohne Erfolg. Alle drei großen Banken des Landes waren vom Kollaps betroffen und mussten vom Staat übernommen werden.

Ab dem 11. Oktober versammelten sich die Menschen jeden Samstag vor dem isländischen Parlament, um auf Zusammenkünften, Kundgebungen und Demonstrationen den Rücktritt derjenigen zu fordern, die für die eingetretene Situation verantwortlich waren. Dies war der Beginn einer Bewegung, die heute wegen des von den Demonstranten mit Küchengeräten verursachten Lärms als Küchengeräterevolution bezeichnet wird. Hauptsächlich richtete sich die Kritik gegen die Unabhängigkeitspartei, die 18 Jahre lang ununterbrochen an der Regierung gewesen war, davon zwölf Jahre zusammen mit der Fortschrittspartei und danach zwei Jahre mit der Sozialdemokratischen Allianz.

Am 20. Januar 2009 verschärfen sich die Proteste. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten vor dem Parlament und der mit Pfefferspray und Knüppeln bewaffneten Bereitschaftspolizei. Die Proteste setzten sich am nächsten Tag fort, als die Regierungsgebäude von lärmenden, mit Eiern und anderen Lebensmitteln bewaffneten Demonstranten umzingelt wurden. Am 22. Januar setzte die Polizei erstmals seit den Demonstrationen gegen den isländischen NATO-Beitritt 1949 Tränengas ein, um die Menge aufzulösen. Am darauffolgenden Tag wurden vorgezogene Parlamentswahlen verkündet, ohne dass dies die

Proteste beendet hätte. Die Demonstranten blieben auf der Straße und forderten sofortige Wahlen. Am 26. Januar gab die Regierungskoalition aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz dem Druck nach und löste sich auf.

Am 1. Februar 2009 bildeten die Links-Grüne Bewegung und die Sozialdemokratische Allianz eine neue Regierung. Zwar hatte die Koalitionsregierung nicht die Mehrheit des Parlaments hinter sich, aber die Fortschrittspartei erklärte sich bereit, die Regierung im Falle von Misstrauensanträgen zu unterstützen. Dem Kabinett gehörten neben zwei parteilosen Ministern vier Minister der Links-Grünen Bewegung und vier Minister der Sozialdemokratischen Allianz an. Ziel der neuen Regierung war es, dringende Maßnahmen zum Wohle der isländischen Bevölkerung und Wirtschaft auf den Weg zu bringen, das Bankensystem neu aufzubauen und die Regierungsführung und Verwaltung demokratischer und transparenter zu gestalten. Das Hauptaugenmerk legte sie dabei auf soziale Werte, nachhaltige Entwicklungsprinzipien, Frauenrechte, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Von Anfang an war auch klar, dass – sobald es die Umstände erlaubten – Wahlen abgehalten und eine neue Regierung auf der Grundlage eines neuen Mandats des Volkes gebildet werden sollte.⁷

Die Regierung war in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Insbesondere gelang es ihr recht gut, die isländische Öffentlichkeit durch wöchentliche Zusammenkünfte mit den Medien zu informieren. Sie reorganisierte die isländische Zentralbank, verhängte eine vorübergehende Auktionsbeschränkung wegen Zwangsvollstreckung, ermöglichte Personen mit geringem Einkommen Zugriff auf ihre Renten, erhöhte Steuervergünstigungen für Zinszahlungen, verabschiedete einen neuen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, führte einen Ehrenkodex für den isländischen Verwaltungssektor ein und vieles andere mehr. Doch obwohl die neue Regierung das Ruder zweifellos unter extrem schwierigen Umständen in der isländischen Gesellschaft übernommen hat, ist auch sicher, dass sie in den Augen sehr vieler Menschen nicht genug getan hat.

Der Wahlkampf im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen gestaltete sich schwierig. So verwies die Links-Grüne Bewegung darauf, dass die Partei seit 2006 Jahr für Jahr vor der neoliberalen Politik der bisherigen Regierungen und der damit einhergehenden Bedrohung der Wirtschaftsstabilität gewarnt habe. Oftmals fanden die Parteisprecher kein Gehör. In der Vergangenheit habe man die Partei als altmodisch abgetan und ihre Mitglieder beschuldigt, die neue Ära und den Ruhm, den die isländischen Finanz-Wikinger dem Lande bringen würden, nicht richtig zu verstehen. Diesmal waren die Bemühungen der Partei von Erfolg gekrönt. Am 25. April 2009 wurden Wahlen in Island abgehalten, in denen sich sechs Parteien um Parlamentssitze bewarben: die Links-Grüne Bewegung, die Sozialdemokratische Allianz, die Unabhängigkeitspartei, die Fortschrittspartei, die

7 Für die Grundsatzklärung der Regierung der Sozialdemokratischen Allianz und der Links-Grünen Bewegung siehe http://eng.forsaetisraduneyti.is/media/frettir/Policy_declaration.pdf.

Liberalen und als neue Partei die Bürgerbewegung. Die Politik der Bürgerbewegung lässt sich schwer definieren. Neben linken Tendenzen in ihrer Politik, wie dem Ruf nach einer offenen und bürgernahen Demokratie, einer offenen und zu reformierenden Regierungsverwaltung und einer gewissen Betonung der Bürgerrechte, finden sich zugleich auch Hinweise auf konservative politische Prioritäten wie die Privatisierung sozialer Strukturen.

In den Wahlen erreichte die Links-Grüne Bewegung 21 Prozent der Stimmen und damit 14 Parlamentssitze. Nach den Wahlen bildete die Partei die neue Regierung zusammen mit der Sozialdemokratischen Allianz, diesmal mit Unterstützung der Mehrheit der Abgeordneten. Damit gibt es zum ersten Mal in der isländischen Geschichte eine Regierungskoalition aus zwei linken Parteien. Das neue Kabinett wurde wieder auf die traditionelle Zahl von zwölf Ministern aufgestockt, wobei jede Partei fünf Minister entsendet und darüber hinaus zwei parteilose Minister am Kabinetttisch sitzen. Die Links-Grüne Bewegung leitet die Ministerien für Finanzen, Bildung, Gesundheit, Umwelt sowie Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft.

Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung ist die neue Regierung noch nicht ganz ein Jahr im Amt. Wenngleich sie große Anstrengungen zur Wiederherstellung der Stabilität in der isländischen Gesellschaft unternommen hat, lassen sich Jahrzehnte des Neoliberalismus doch nicht einfach so überwinden, insbesondere wenn dies unter so schwierigen Bedingungen wie derzeit in Island geschehen muss. Zudem war es für die Links-Grüne Bewegung sehr schwierig, sich von einer kleinen Oppositionspartei zu einer großen Regierungspartei zu entwickeln.

Von der Opposition an die Macht

Von Beginn der Koalition an war ein gewisses Unbehagen der Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung über die Richtung der neuen Regierung zu spüren. Dabei waren einige Kompromisse für ihre Mitglieder offensichtlich schwerer zu schlucken als andere. Während die Zusammenarbeit in vielen Bereichen in Anbetracht der Umstände relativ gut funktioniert hat, haben sich insbesondere drei Fragen für die Links-Grüne Bewegung als schwierig erwiesen, die – wäre die Partei noch in der Opposition gewesen – aber mit großer Wahrscheinlichkeit keine Streitigkeiten ausgelöst hätten. Mehrheitspolitik ist oftmals nicht einfach zu bewerkstelligen, weil sie Kompromisse verlangt, die besonders für eine radikale linke Partei kompliziert sein können.

Der erste größere Disput zwischen den Koalitionsparteien betraf die Koalitionsplattform selbst. Dabei ging es um die Frage, inwieweit es für die Links-Grüne Bewegung akzeptabel sei, einer Koalition anzugehören, die beabsichtige, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stellen, wobei die endgültige Entscheidung darüber bei den isländischen Bürgern liegen würde. Nach

langen Debatten kam man überein, dass der Außenminister, den die Sozialdemokratische Allianz stellt, ein Gesuch auf Beantragung der EU-Mitgliedschaft im Frühjahr in das isländische Parlament einbringen solle. Beide Parteien vereinbarten, die unterschiedlichen Schwerpunkte der jeweils anderen Partei im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft sowie ihr Recht auf Meinungsäußerung zu respektieren.⁸ Die Mitglieder der Links-Grünen Bewegung erklärten sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Allerdings entfachte die Debatte erneut, als die Angelegenheit im Parlament erörtert und klar wurde, dass die Resolution nicht zustande käme, wenn alle Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung dagegen stimmen würden. Darüber war die Sozialdemokratische Allianz verärgert, und die Koalition geriet ins Wanken. Einige Mitglieder der Links-Grünen Bewegung fühlten sich verraten, als verschiedene Parteiabgeordnete, darunter der Parteivorsitzende, für die Resolution stimmten. Die Abgeordneten, die für die Resolution gestimmt hatten, betonten, dass sie sich auf diesen Kompromiss eingelassen hätten, um die Regierung am Leben zu erhalten. Gleichzeitig unterstrichen sie, dass diese Abstimmung langfristig ohne Bedeutung sei, da die Entscheidung über die Angelegenheit beim Volke liegen würde. Einige behaupteten, gegen die EU und gleichzeitig pro-demokratisch zu sein, da sie es den isländischen Bürgern ermöglichten, eine Entscheidung herbeizuführen.

Ein weiteres Thema, das in der Links-Grünen Bewegung gewisse Wellen geschlagen hat, ist die Anwesenheit des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Lande. Von Beginn der Finanzkrise an stand die Partei dem IWF und seiner Politik sehr kritisch gegenüber und sah ihn als kapitalistisch an und somit ungeeignet zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Allerdings war das IWF-Programm in Island bereits umgesetzt, als die Partei an die Macht kam, so dass sich der Parteivorsitzende und heutige Finanzminister plötzlich in der Situation sah, mit dem IWF zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit verteidigen zu müssen.

Die schwierigste Frage war aber zweifellos die *Icesave*-Vereinbarung.⁹ Vor dem Beitritt zur Regierung hatte sich die Links-Grüne Bewegung gegen das von der Regierung aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz herbeigeführte Abkommen ausgesprochen. Es galt als eine zu große Belastung für den isländischen Steuerzahler, und man hielt es insbesondere für unfair, die Bürger für die Schulden einiger weniger isländischer Investoren zur Rechenschaft zu ziehen. Nach der Wahl wurde eine neue *Icesave*-Vereinbarung geschlossen. Die Regierung positionierte sich, indem sie diese neue Vereinbarung als einzige Möglichkeit zur Wiedergewinnung des Vertrauens auf internationaler Ebene darstellte. Außerdem könnte die isländische Wirtschaft ohne Beilegung dieses Streits nicht

8 Vgl. Plattform der Regierungskoalition der Sozialdemokratischen Allianz und Links-Grünen Bewegung unter: <http://eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/nr/3730>.

9 Ein Gesetz zur Regelung des Streits Islands mit Großbritannien und den Niederlanden über die Verantwortung der Regierung für die Verluste, die britischen und niederländischen Anlegern durch den Konkurs einer der drei großen isländischen Banken – der Landsbanki – im Oktober 2008 entstanden sind.

stabilisiert werden. Die Rating-Agenturen würden Island als nicht investitionsstauglich einstufen, was wiederum die Zinssätze, zu denen das Land finanzielle Mittel auf den internationalen Märkten aufnehmen muss, stark in die Höhe treiben würde. Schließlich würde der IWF ohne Beilegung des Streits wahrscheinlich die Freigabe weiterer Mittel an Island ablehnen. Ohne die Unterstützung des IWF wäre es aber unmöglich, die isländische Gesellschaft und die Finanzmärkte wieder aufzubauen. Wiederum oblag es dem Parteivorsitzenden, diese Angelegenheit als Finanzminister der Öffentlichkeit vorzulegen. Bei den Abgeordneten der Partei bestand keine einheitliche Position in dieser Frage, und eine Zeit lang war nicht klar, ob die Regierung das Gesetz angesichts des Widerstands der Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung verabschieden würde. Schließlich wurde das Gesetz verabschiedet, allerdings ist die Angelegenheit noch immer nicht geklärt, da sich die isländische Bevölkerung in einem Referendum gegen das Gesetz ausgesprochen hat.

Diese drei Themen haben sich als harte Brocken für die Regierung und insbesondere für die Links-Grüne Bewegung erwiesen. Wenngleich einige dies als Nachteil werten, begrüßen andere die hitzigen Debatten im Parlament als Zeichen einer neuen Art der Regierungsführung, bei der die Abgeordneten nicht blind der politischen Elite und deren Entscheidungen folgen. Wie auch immer die Situation ausgelegt wird, Fakt ist, dass die Regierung diese Turbulenzen überlebt hat. Dabei wird es interessant sein, die künftige Entwicklung des isländischen Parteiensystems zu beobachten. Bedurfte es doch nichts weniger als einer großen Finanzkrise, um die rechte Regierung von der Macht abzulösen.

DIE LINKE in Deutschland

DIE LINKE in Deutschland will sich nicht abfinden mit einer Welt, in der »einige Hundert Konzerne über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung, Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden«. Die Partei will gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit nach einer gesellschaftlichen Alternative suchen, »eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird«¹. So formuliert DIE LINKE ihren programmatischen Anspruch im 1. Entwurf ihres neuen Parteiprogramms.

Drei Grundideen sollen dazu miteinander verknüpft werden: Erstens die individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität. Zweitens die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur und drittens die Verwirklichung dieser beiden Ideen durch einen emanzipatorischen Prozess, »in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht«².

Der nachfolgende Beitrag soll zeigen, über welche Potentiale die Partei DIE LINKE für einen solchen anspruchsvollen Weg verfügt.

Stellung im Parteiensystem

DIE LINKE in Deutschland hat das Parteiensystem verändert. Mit ihrer stabilen Präsenz im bundesdeutschen Parteiensystem seit 2005, die sich mit den Bundestagswahlen 2009 bestätigte, verfestigte sich in Deutschland das fluide Fünf-Parteien-System mit den beiden großen Volksparteien CDU (Konservative) und SPD (Sozialdemokraten) und den drei mittleren Parteien: Grüne, FDP (Liberale) und DIE LINKE. Alle fünf Parteien stehen sich in einem offenen Wettbewerb gegenüber. Es gibt keine strukturellen Asymmetrien, d. h. weder das bürgerliche bzw.

1 DIE LINKE (2010): 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Entwurf der Programmkommission, S. 3 (Präambel).

2 Ebenda.

rechte Lager noch ein mögliches linkes Lager, bestehend aus SPD, Grüne und LINKE, verfügen über eine strukturelle Mehrheit. »Der fluide Charakter beschreibt eine Tendenz offener Koalitionsoptionen, die sich mit der seit Jahren nachlassenden Bindungsfähigkeit der Volksparteien und erneut mit der Gründung der Linkspartei gravierend veränderte. Während 1998 die beiden Volksparteien CDU und SPD noch 37,5 Millionen Wähler repräsentierten und damit 76,1 Prozent der gültigen Stimmen und 61,7 Prozent der Wahlberechtigten, liegt dieser Anteil 2009 nur noch bei 24,6 Millionen Stimmen, das sind 56,8 Prozent der gültigen Stimmen und 39,7 Prozent der Wahlberechtigten, d. h. ein Drittel der Stimmen von 1998.«³ Die Folge sind zunehmend erforderliche Drei-Parteien-Koalitionen. Eine rot-rot-grüne Regierungskoalition scheiterte bei den Landtagswahlen 2008 in Hessen und 2010 in Nordrhein-Westfalen an der SPD, die eine Regierungsbeteiligung der Linken bzw. eine Tolerierung durch die Linkspartei ausschloss. Im Saarland (2009) scheiterte eine rot-rot-grüne Koalition an den Grünen, deren Ausscheiden aus dem Landtag von der LINKEN als »die beste Gewähr für einen Regierungswechsel« betrachtet wurde.⁴

Bei den Bundestagswahlen 2009 wurde DIE LINKE mit 11,9 Prozent viertstärkste Partei. 76 Abgeordnete bilden die Fraktion der LINKEN im Deutschen Bundestag. Sie ist in der Linken Fraktion (GUE/NGL) im Europaparlament mit acht Abgeordneten und inzwischen in 13 von 16 Landtagen mit über 200 Landtagsabgeordneten vertreten. Sie hat über 6.200 Kommunalmandate.

Für den Erfolg der LINKEN bei den Bundestagswahlen war die soziale Frage ausschlaggebend. Sie wurde als gesamtdeutsche Protestpartei gegen Sozial- und Demokratieabbau der Agenda 2010 gewählt, als die Partei, die für angemessene Löhne, Arbeit in Würde, für die Sicherung der Altersvorsorge und gute Bildungspolitik sorgen will. Vor allem Arbeiter, Arbeitslose, Gewerkschafter und Rentner wählten die LINKE. Jeder vierte Arbeitslose gab seine Stimme der LINKEN. Sie tendiert immer mehr zu einer »Männerpartei« (Männer: 13,3 Prozent, Frauen: 10,6 Prozent). Sie konnte jedoch ihre soziallibertären Wählerschichten nicht in gleichem Maße erreichen: Ihre Wahlergebnisse in ihren früheren westdeutschen Hochburgen – z. B. den Universitätsstädten – blieben hinter dieser Aufwärtsentwicklung zurück.

Der Erfolg der LINKEN war außerdem mit einer politischen Machtoption der Partei als Teil eines möglichen politischen Projekts zur Verhinderung von Schwarz-Gelb verbunden, ohne dass die geringsten parteipolitischen Voraussetzungen für ein positives rot-rot-grünes Projekt auf Bundesebene gegeben waren. Das politische Dilemma – so Jörg Prella in seiner Einschätzung der Wahlergebnisse für Hessen – bestand jedoch darin, dass »viele Genossen und Genossinnen eigentlich

3 Horst Kahrs (2009): Zwei Gewinner ein Absturz. Eine Zwischenbilanz für den Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen der RLS; in: <http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen/wahlanalysen/zwei-gewinner-ein-absturz.html>; abgerufen am 1.7.2010.

4 Oskar Lafontaine: Rot-rote Mehrheit und Regierungs-Wechsel möglich bei Scheitern der Ökopartei, Süddeutsche Zeitung vom 5. August 2009.

auf einen ganz anderen Schub gewartet haben: Den Schub von der ›Straße‹ als öffentliche Krisenreaktion«⁵. Die parlamentarische Stärkung der LINKEN ist seit ihrer Gründung 2007 bisher kein Ergebnis einer ebensolchen Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands.

DIE LINKE hat – und dies unterscheidet sie maßgeblich von den anderen Parteien – im bundesdeutschen Parteiensystem widersprechende Funktionen wahrzunehmen – als Folge der noch immer regional unterschiedlichen Elektorate in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern. So erreichte die Linke bei den Bundestagswahlen 2009 in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich 26,4 Prozent und wurde stärkste oder zweitstärkste Partei. Sie erhielt in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich 8,3 Prozent der Wählerstimmen. Sie ist im Westen vor allem Sozialstaats- und Protestpartei. Ihre Wähler kommen überdurchschnittlich aus den unteren sozialen Gruppen der Gesellschaft, und es sind insbesondere Männer mittlerer Jahrgänge mit eher mittleren oder niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen, die der LINKEN ihre Stimme geben. Im Osten ist DIE LINKE sowohl der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft nach als auch bei der Formulierung ihrer Politikangebote die Partei »für Alle – niemand soll ausgeschlossen werden«. Sie wird auch hier vor allem von den unteren sozialen Schichten gewählt, darüber hinaus aber auch von Angestellten, Beamten, Landwirten, kritischen Intellektuellen, Auszubildenden und maßgeblich auch von Rentnern. Sie wird in den ostdeutschen Bundesländern von Frauen ebenso zahlreich wie von Männern gewählt, ihre Wählerschaft hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse ist ausgeglichen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE nach Beruf, Bildung und Alter, in Prozent

	Gesamt (11,9 Prozent LINKE-Wähler)	West (8,3 Prozent LINKE-Wähler)	Ost (26,4 Prozent LINKE-Wähler)
Arbeiter	17	12	31
Angestellte	12	8	29
Beamte	8	6	26
Selbstständige	8	6	21
Hauptschule	12	9	28
Mittlere Reife	14	9	30
Abitur	1	6	28
Unter 30		10	23
30 – 44		9	26
45 – 59		10	33

5 Jörg Prelle (2009). Hessische Aspekte der Bundestagswahl 2009. <http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/publikationen/publikation/datum/2010/01/24/der-blick-in-die-laender-1/thema/sprachen/parteien-demokratie/priorisierung-regional.html>.

Aus dem differenzierten Wählerzuspruch Ost und West wird durch die Vertreter der Partei selbst ein unterschiedliches Parteienverständnis abgeleitet: Protestpartei und im Osten Deutschlands zugleich Volkspartei zu sein. Dieses Spannungsverhältnis wird von der Gesamtpartei bisher kaum beachtet. So relativiere das Konzept der Volkspartei den Fokus auf die sozial Schwachen, sei beliebig und widerspreche dem Verständnis der Partei als Klassenpartei der Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Auf der anderen Seite grenze der Ansatz, Protestpartei der sozial Schwachen zu sein, wichtige gesellschaftliche Wählerschichten der Linken aus der Mitte der Gesellschaft aus, schreibe die LINKE als Oppositionspartei fest und verzichte so auf eine parlamentarische Gestaltung als linke Regierungspartei. Aber gerade Letzteres werde von den Wählern der LINKEN in den ostdeutschen Bundesländern erwartet und finde seinen Ausdruck in Wahlergebnissen von mehr als 20 Prozent. DIE LINKE ist in den ostdeutschen Bundesländern stärkste oder zweitstärkste parlamentarische Kraft, und in Berlin und Brandenburg ist sie in der Regierung. Sie ist also einerseits Fünf- und Mehrprozentpartei, andererseits 20- und Mehrprozent-Partei (dies in den sechs ostdeutschen Bundesländern und im Saarland). Sie ist parlamentarisch stark verankert im Osten und gilt dort noch immer als Kümmererpartei. Weniger als 23 Prozent ihrer kommunalen Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreisen kommen bisher aus den westdeutschen Bundesländern.

Nach den Bundestagswahlen 2009 hat sich die Stellung der LINKEN im Parteiensystem verändert. Unter den Bedingungen einer konservativ-liberalen Regierungskoalition teilt die LINKE ihre Oppositionsrolle nunmehr mit der Sozialdemokratie und den Grünen. Eine rechnerische Mehrheit für die Parteien links der Mitte, bestehend aus SPD, Grünen und PDS bzw. DIE LINKE, wie es sie 2005 noch gab, ging verloren.⁶ Dieser Verlust geht jedoch nicht auf ein Erstarken der Parteien rechts der Mitte zurück, sondern auf den Einbruch der SPD, deren Wählerschaft sich seit 1998 halbiert hat. Sie hat mit 23 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielt und ist auf das Niveau von 1893 zurückgefallen. Sie hat nach links (1,49 Millionen Wähler) wie auch nach rechts (1,05 Millionen Wähler) verloren. 1,6 Millionen frühere SPD-Wähler wanderten zu den Nichtwählern ab. Verloren hat sie in allen Altersgruppen und vor allem bei jungen Wählern: minus 20 Prozent, bei den jungen Frauen sogar 21 Prozent. Ebenso überdurchschnittlich verlor sie bei ihrer klassisch-sozialdemokratischen Klientel: Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftsmitgliedern. Wie sich die SPD künftig entwickeln wird, bleibt eine offene Frage, d. h. die LINKE kann sich nicht länger über die Schwäche der SPD definieren.

Wenn es aber gesellschaftliche wie politische Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel geben soll, muss die LINKE ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie klarer bestimmen. Gegenwärtig agieren Linke, SPD und Grüne in der Opposi-

6 Vgl. Kahrs (2009): Zwei Gewinner, ein Absturz; in: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Kahrs_2009-10-07-BTW_WahlanalyseRLS.pdf; abgerufen am 1.7.2010.

tion beziehungslos nebeneinander, ein gemeinsames politisches und gesellschaftliches Projekt ist nicht erkennbar. Das Verhältnis der Linkspartei zur Sozialdemokratie ist unklar. Gesine Löttsch, eine der beiden Parteivorsitzenden der Linken, sieht in der SPD nicht ihren politischen Gegner, sondern eine Partei, mit der sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen könne.⁷ Klaus Ernst erklärte seinerseits, dass die teilweise Abkehr der SPD von der Arbeitsmarktreform Hartz IV nach den Bundestagswahlen zwar ein erster Schritt sei, dieser aber nicht genüge. Um regierungsfähig zu werden und hierzu die Unterstützung der Linken zu erhalten, bedarf es personeller Veränderungen und weiterer Schritte wie der Unterstützung der Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn, einer Vermögenssteuer und in der Friedenspolitik den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan noch 2010.

Im 1. Programmentwurf der Partei DIE LINKE vom März 2010 finden sich zur Sozialdemokratie nur historische Bezüge. DIE LINKE betrachtet deren Gründungsverständnis als Teil ihres historischen Erbes. Die Grünen werden mit Bezug auf die Kritik des rot-grünen Regierungsprojektes genannt. Relativ unbestimmt heißt es in der Präambel, dass sich die LINKE von jenen Parteien unterscheide, »die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind«. Und weiter: »Die Politik kann heute nicht mehr von einem Kartell der neoliberalen Parteien beherrscht werden.«⁸ DIE LINKE sieht sich »in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg«. Sie beschreibt als ihre Kernaufgabe die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, um eine »solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen« und dies durch Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Dazu gehöre eine demokratische Wirtschaftsordnung, »die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss dazu auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor sowie der demokratischen Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum beruhen und den privaten Sektor strikter Wettbewerbskontrolle unterwerfen.«⁹ Um dies realisieren zu können, werde ein breites gesellschaftliches linkes Bündnis gebraucht. Die hierzu notwendigen politischen Bündnisse seien nur dann einzugehen, wenn diese einen politischen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördern, wenn die Kernforderungen der Linken wie: der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Abschaffung der neoliberalen Arbeitsmarkt-

7 Gesine Löttsch: Die SPD ist nicht mein Feind, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6292554/Gesine-Loetzsch-Die-SPD-ist-nicht-mein-Feind.html>; abgerufen am 1.7.2010.

8 DIE LINKE (2010): 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 23.

gesetze Hartz IV, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ablehnung der Rente ab 67, die den Markenkern der Linken beschreiben, übernommen werden und sichtbar bleiben.

Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Linken

Die LINKE hat über 78 400 Mitglieder. Sie ist die einzige Partei, die entgegen dem allgemeinen Parteientrend Neumitglieder gewinnt. 37 Prozent der Parteimitglieder sind Frauen, wobei der Anteil in den ostdeutschen Landesverbänden zwischen 44 und 46 Prozent liegt, in den westdeutschen Landesverbänden durchschnittlich bei 24 Prozent. Dies gilt gleichermaßen für die Neumitglieder der Partei.¹⁰

Über ihre Sozialstruktur lassen sich aufgrund fehlender Daten nur sehr vage Aussagen treffen, die sich auf Publikationen über die Partei DIE LINKE,¹¹ Aussagen von Funktionsträgern der Partei und – soweit vorhanden – auf Datenbanken und auf Berichte der Mandatsprüfungskommissionen von Parteitag stützen. Die Mitgliedschaft der Linken korrespondiert stark mit ihren jeweiligen regionalen Wählergruppen, d. h. die Mehrheit der Mitgliedschaft aus den westdeutschen Bundesländern gehört eher zur Gruppe der sozial Schwachen, darunter ein beachtlicher Anteil von Erwerbslosen. Die Mitgliedschaft in den ostdeutschen Bundesländern wird noch immer durch den Anteil der Rentner dominiert. Anders dagegen die aktive Mitgliedschaft – hier dargestellt am Beispiel der Delegierten der Parteitage, die sich über 90 Prozent aus Vertretern der Basisorganisationen oder Kreisverbände zusammensetzen.¹² Hier liegt der Anteil von Arbeitern und Angestellten 2010 bei 33,8 Prozent (2008: 32,6), von Selbstständigen bei 19,5 Prozent (2008: 17,3), von Studierenden bei 2,8 Prozent (2008: 2,7), von Schülern bei 0,7 Prozent (2008: 2,0), von Arbeitslosen bei 2,3 Prozent (2008: 3,4) und von Rentnern bei 6,0 Prozent (2008: 5,2).¹³ Vergleicht man diese Daten mit denen der Mandatsprüfberichte der PDS von 1999, 2002 und 2004, wird deutlich, dass der Anteil von Arbeitern und Angestellten von 60 Prozent (1999) auf 41 Prozent (2006) zurückging. Seit 2007 liegt dieser Wert bei ca. einem Drittel der Delegier-

9 Ebenda, S. 3 (Präambel).

10 Angaben der Mitgliederentwicklung vom Parteivorstand DIE LINKE vom Mai 2010.

11 Vgl. Sören Messinger/Jonas Rugenstein: Der Erfolg der Partei die Linke. Sammlung im programmatischen Nebel, in: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009.

12 Bei einem Vergleich von Mandatsprüfberichten der Parteitage 2004, 2006 und 2010 wird deutlich, dass sich der Anteil der Vertreter von Basisorganisationen leicht erhöht hat von 22 Prozent 2006 auf fast 26 Prozent 2010. Der Anteil von Vertretern der Kreis- und Regionalverbände liegt nahezu konstant bei 45 Prozent. Deutlich wird das Problem der Doppelfunktionen. Alle summierten Angaben liegen seit 2006 deutlich über 100 Prozent. Bemerkenswert sind die Veränderungen des Anteils von Delegierten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind. Dieser Anteil stieg von 44 Prozent 2006 auf knapp 60 Prozent 2010.

13 DIE LINKE (2010): Bericht der Mandatsprüfungskommission an den 2. Parteitag vom 15./16. Mai in Rostock.

ten. Der Anteil von Selbstständigen liegt relativ konstant bei ca. 20 Prozent. Abgenommen hat unter den Delegierten der Parteitage der Anteil der Arbeitslosen. Dieser lag 1999 bei 6,9 Prozent und liegt seit 2007 zwischen zwei und drei Prozent. Der Anteil der Rentner liegt seit 2008 bei ca. fünf Prozent der Delegierten.

Bei den Neumitgliedern hat sich der Anteil von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen zwischen 2004 und 2007 verschoben. Während 2004 48 Prozent erwerbstätig und 52 Prozent nicht erwerbstätig waren, betrug der Anteil der Erwerbstätigen 2007 56 Prozent, der Anteil der Nichterwerbstätigen 44 Prozent. Die Motive der Neumitglieder verbinden sich vor allem mit Fragen sozialer Gerechtigkeit. Dazu gehören die wachsende soziale Ungleichheit, Arbeit, von der man leben kann, Sozialleistungen und Renten, die ein Leben in Würde ermöglichen, gleiche Rechte für alle. Von untergeordneter Bedeutung sind Friedensfrage, ökologische und bildungspolitische Fragen.¹⁴

Eine enge Korrelation zwischen Mitglieder- und Wählerschaft findet sich bei der Altersstruktur: Ihr größtes Wählerpotential hat die LINKE in den Altersgruppen von 46 bis 60 Jahren. Circa 50 Prozent der Mitglieder der westdeutschen Landesverbände sind zwischen 41 und 60 Jahre alt, ca. 25 Prozent bis 35 Jahre und über drei Prozent sind über 70. Anders die Altersstruktur in den ostdeutschen Landesverbänden. Hier beträgt der Anteil von Mitgliedern bis 35 Jahre lediglich sieben Prozent, ca. 24 Prozent sind zwischen 41 und 60 Jahre alt und über 50 Prozent ihrer Mitglieder über 70 Jahre. Die Altersstruktur der aktiven Mitgliedschaft – wie sie sich beispielhaft in der Zusammensetzung der Delegierten der Parteitage darstellt – ergibt wieder ein anderes Bild. Zunächst ist diese Altersstruktur über die Jahre seit 1999 bis 2010 nahezu gleichbleibend. Der Anteil der Delegierten bis 25 Jahre liegt zwischen sechs und sieben Prozent, zwischen 25 und 45 Jahren zwischen 13 bis 17 Prozent. Ungefähr 30 Prozent der Delegierten sind zwischen 45 und 55 Jahre alt. Leicht erhöht hat sich der Anteil von Delegierten zwischen 55 und 65 Jahren von 18 (2006) auf 23 Prozent im Jahr 2010. Der Anteil der über 65-Jährigen liegt seit 1999 zwischen fünf und sieben Prozent.

DIE LINKE verändert mit dem wachsenden Anteil der westdeutschen Mitglieder ihre Sprache und ihr bisheriges Image als Ostpartei. 2006 kamen fast 80 Prozent ihrer Mitglieder aus den ostdeutschen Bundesländern, 2009 sind es nur noch 63 Prozent. Seit 2006 haben die ostdeutschen Landesverbände insgesamt ca. 5 000 Mitglieder verloren, die westdeutschen Landesverbände konnten 13 000 Mitglieder neu gewinnen. Die politische Ost-West-Gewichtung wurde bereits im Fusionsprozess der beiden Quellparteien WASG und PDS über Kooperationsabkommen ausgeglichen, alle Gremien wurden Ost-West, d. h. PDS-WASG-ausbalanciert zusammengesetzt, bis hin zu den Übergangsregelungen der Delegiertenschlüssel der Parteitage, auch wenn die Delegierten aus den ostdeutschen

14 Kajo Tetzlaff/Alexander Reetz (2009): Statistische Untersuchung der Parteieintritte DIE LINKE 2004/2007 (Mai-August), Power-Point-Präsentation.

Bundesländern etwa dreimal so viele Mitglieder repräsentierten wie ein Delegierter aus westdeutschen Landesverbänden.

Unterschiedliche bis gegensätzliche oder einander ausschließende Erwartungen werden an die Partei gerichtet, auch an ihre Möglichkeiten, unmittelbare (Lebens-)Hilfe zu leisten. Für viele ist die Partei Ort der gemeinsamen Suche nach mehr Gerechtigkeit und/oder gesellschaftlichen Alternativen, für andere ist sie Heimatort gemeinsamer Geschichte oder für Gespräche und gesellschaftliche wie gesellige Aktivitäten. Für wieder andere bietet die Partei berufliche Karrieren, Macht- und Einflussnahme oder Raum privater Lebensbewältigung. Nicht jeder will aktiv sein, manchen reicht die Zahlung ihrer Beiträge, für andere finden sich derzeit nicht die geeigneten Strukturen, um selbst aktiv zu sein. Unklar ist, ob die LINKE sich basisnah und partizipatorisch organisieren will mit vielen lokalen und bürgernahen Begegnungsmöglichkeiten und unterschiedlichsten Räumen lokaler Selbstorganisation oder aber, ob sie sich auf den Aufbau von Kompetenzzentren konzentriert – zur Ausweitung ihrer Kompetenzen und parlamentarischen Verankerung. Beides wäre notwendig und müsste – gemessen am konkreten Bedarf und der Gesamtverantwortung der Partei – beim weiteren Parteiaufbau berücksichtigt werden.

Zur Organisationsfrage und innerparteilichen Demokratie

DIE LINKE ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung verwurzelt und dem Antifaschismus verpflichtet. Sie steht den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nahe und schöpft aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung. Sie versteht sich als plural und offen »für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will«¹⁵. Die Partei gliedert sich in Landesverbände, jedes Mitglied gehört zu einem Kreisverband, in der Regel zu dem seines Wohnsitzes. Die Linke hat umfassende Mitgliederrechte, darunter das Recht, sich innerparteilich mit anderen zusammenzuschließen, und das Antragsrecht an alle Organe der Partei, d. h. Einzelmitglieder können auch Anträge an den Bundesparteitag stellen. Es gibt die Möglichkeit des Mitwirkens von Gastmitgliedern, denen nahezu alle Mitgliederrechte übertragen werden können, mit Ausnahme eines Stimmrechts bei Mitgliederentscheiden, Satzungsangelegenheiten, des passiven Wahlrechts bei Wahlen zu Vorständen und des aktiven Wahlrechts bei der Aufstellung von Kandidaten für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften. Innerparteiliche Zusammenschlüsse können frei gebildet werden. Sie werden auf Bundesebene akzeptiert, wenn diese von mindestens acht Landesverbänden als landesweiter Zusammenschluss anerkannt werden. Diese gestalten ihre Arbeit selbstständig, erhalten finanzielle Mittel und

15 Die LINKE (2007): Bundessatzung der Partei DIE LINKE. 1. Auftrag und Name der Partei, S. 5.

haben die Möglichkeit, Delegierte zu den Parteitag zu wählen. Gegenwärtig gibt es auf Bundesebene 22 Zusammenschlüsse, darunter politische Strömungen (Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke und Forum demokratischer Sozialismus), Arbeits- und Interessengemeinschaften, die zu spezifischen Themen der Linken arbeiten. Genannt seien hier z. B. die ökologische Plattform, die AG Betriebe und Gewerkschaften und die AG Friedens- und Sicherheitspolitik.

Zu allen politischen Fragen können Mitgliederentscheide (Urabstimmungen) stattfinden. Diese können von Landes- oder Kreisverbänden beantragt werden und müssen mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft repräsentieren. Die Anträge können gestellt werden von acht Landesverbänden, 5 000 Parteimitgliedern, durch Beschluss von Parteitagen oder des Bundessausschusses. Die diskriminierungsfreie Gleichstellung¹⁶ wie auch die Geschlechterdemokratie sind in der Bundessatzung festgehalten. Es gilt die Mindestquotierung von 50 Prozent Frauen. Mitglieder des Parteivorstands oder von Landesvorständen dürfen mehrheitlich nicht Mandatsträger auf Europa-, Bundes- oder Landesebene sein.

Zur Entwicklung der Partei

Die Balance in den Führungsgremien der Partei und die hohe Autonomie der Landesverbände prägten nicht nur den Fusionsprozess, sondern blieben bis heute der Weg, mit politischer und soziokultureller Heterogenität in der Partei umzugehen. Die beim letzten Bundesparteitag 2010 in Rostock gewählte Führungsspitze des geschäftsführenden Vorstands ist mit Ausnahme des Schatzmeisters doppelt und paritätisch Ost-West, WASG-PDS besetzt. Das gilt für den Vorsitz, die Stellvertreter, die Bundesgeschäftsführung und die Verantwortlichen für den Parteaufbau. Diese Regelung der Parteiführung unter Einbeziehung der Landesvorsitzenden wurde als Lösung der sich Anfang 2010 verschärfenden Auseinandersetzungen verstanden, nachdem durch den Rückzug von Oskar Lafontaine und Lothar Bisky ein Machtvakuum entstanden war. Es ging um die Deutungsmacht und Ausrichtung der Partei, um ihre Rolle im Parteiensystem, ihre Funktion und ihren Gebrauchswert. Diese Fragen werden in der Partei, die noch immer ein Parteienprojekt zweier in wechselseitiger Abhängigkeit befindlicher Teilparteien ist, kontrovers diskutiert, verstärkt durch unterschiedliche Politik- und Parteienverständnisse, politische Biographien, Sozialisationen und divergierende politische Kulturen. Mit der neugewählten Führungsspitze wird dies sichtbar. Die entsprechende Verlängerung von Übergangsregelungen musste per Satzungsänderung

16 Die diskriminierungsfreie Gleichstellung ist im Paragraph 9 der Bundessatzung verankert und bezieht sich auf die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung als ein Grundprinzip der Partei. Im Absatz 2 heißt es: »Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs- und Willensbildungsprozess der Partei ist zu fördern.« In: Bundessatzung der Partei DIE LINKE, S. 10.

vom Parteitag bestätigt werden. Um hierfür auf dem Parteitag die notwendige Mehrheit sicherzustellen – gebraucht wird für eine Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit –, wurde vor dem Parteitag ein Mitgliederentscheid durchgeführt, an dem sich ca. 48 Prozent der Mitglieder beteiligten, von denen über 80 Prozent ihre Zustimmung gaben, und 94 Prozent sprachen sich auch dafür aus, dass das neue Parteiprogramm der Linkspartei bis Ende 2011 in einem weiteren Mitgliederentscheid zur Abstimmung gestellt wird.

Die Ausgangsbedingungen für den Fusionsprozess

PDS und WASG blieben im Mai 2005 bei den Wahlen in NRW deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde und damit unter ihren Erwartungen. Ein erfolgreiches, gesellschaftlich wie parlamentarisch einflussreiches Parteiprojekt als Alternative zur neoliberalen Sozialdemokratie mit dem Ziel einer solidarischeren Gesellschaft war für die WASG allein nicht durchsetzbar. Ihre Ressourcen waren relativ gering, die Ausdehnung auf die ostdeutschen Bundesländer, mit Ausnahme Berlins, blieb marginal. Die PDS konnte sich zwar nach ihrer Wahlniederlage 2002 in den beiden Jahren 2003/04 und sichtbar bei den Europawahlen 2004 stabilisieren, ihr Wiedereinzug in den Bundestag blieb aber unsicher. Darüber hinaus hatten sich ihre inneren Potentiale zu organisationspolitischer Erneuerung weitgehend erschöpft. Der Westaufbau kam kaum voran. Beide Parteien waren nicht zuletzt unter dem Druck vorgezogener Bundestagswahlen zur Kooperation »verdammt«. Dazu regelten die Kooperationsabkommen beider Parteien die Verfahren zur Gründung der neuen LINKEN. Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Ablehnung der Agenda 2010 als Kern des neoliberalen Projektes des Sozial- und Demokratie-abbaus.

Die notwendigen organisationspolitischen Fragen des Parteaufbaus und vor allem der strategisch-programmatischen Entscheidungen wurden angesichts der Wahlkämpfe 2008 und 2009 zurückgestellt. Die zu klärenden Fragen blieben offen und beförderten Prozesse der Selbstorganisation auseinandertreibender politischer Gruppen innerhalb einer Partei, die zusammengehalten wurde durch ihre Führungsspitze. Die sich herausbildenden Gruppierungen knüpften teilweise an jene der Quellparteien und deren interne Konflikte an und beförderten ihre Integration im neuen Parteiprojekt. Sie boten unter dem Dach der geeinten LINKEN Platz für unterschiedliche Diskurse, Projekte und konkrete Aktivitäten. Diese konnten einerseits in den Wahlkämpfen zu gemeinsamen Auftritten wie gegen Hartz IV, für Mindestlöhne, zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten, für friedenspolitisches Engagement und in neuer Qualität auch für Kooperationen mit sozialen Bewegungen wie mit denen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zusammengeführt werden. Andererseits ermöglichten sie das Nebeneinander von divergierenden Politik- und Organisationsverständnissen, diversen Politikstilen, einer Vielfalt politischer Kulturen und kultureller Codes, die sich über kon-

krete politische Erfahrungen und in theoretischen Diskursen herausbildeten. Konkret bedeutete dies die Koexistenz von autoritären sozialstaatsorientierten, kommunistischen, trotzkistischen, linkssozialistischen oder reformistisch-libertären Gruppierungen. Diese beschreiben ihre Partei als antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, als Oppositionspartei zum Kapitalismus, zum Neoliberalismus bzw. zur neoliberal ausgerichteten Sozialdemokratie, zur Verteidigung des Sozialstaates oder aber als systemkritische Partei, die an die Emanzipationspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfen will.

Mit der Entwicklung eines Teils dieser Gruppierungen zu formalen Parteiströmungen mit eigener Satzung, eigenen Gründungsdokumenten, Webseiten, Veranstaltungen, Konferenzen und Sommerschulen seit 2006 veränderte sich ihr Selbstverständnis. Sie wurden zu Akteuren der organisierten Macht- und Einflussnahme auf die Parteientwicklung und deren politischer Ausrichtung. Es ging um die Sicherung und Ausweitung des eigenen politischen Gewichts innerhalb der Partei, um die Durchsetzung der eigenen Kandidaten und letztlich um die Durchsetzung der eigenen Politikrichtung. Inhaltlich unterschiedliche Positionen wurden polarisierend gegeneinandergesetzt. Auf dem Europaparteitag 2009 präsentierte sich DIE LINKE kulturell als Kampfbund divergierender Strömungen. Anders der Parteitag zur Vorbereitung der Bundestagswahlen in Berlin 2009: Hier gelang es der LINKEN unter dem Druck der Wahlkämpfe, sich gemeinsam als die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren, und sie untersetzte dies mit ihren bereits genannten vier Kernforderungen.

DIE LINKE präsentiert sich heute als konsequente Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Sie konkretisierte dies u. a. mit ihrem Zehn-Punkte-Sofortprogramm nach den Bundestagswahlen. Sie wird damit jedoch noch nicht ihrem selbstformulierten Anspruch gerecht, die Systemfrage zu stellen. Hierzu fehlt die Verknüpfung aktueller Forderungen mit der Untersetzung ihrer »neuen sozialen Idee«. Einig ist man sich in der Ablehnung des Neoliberalismus, nicht aber in der Bewertung des Kapitalismus. Kapitalismuskritik und die Möglichkeiten zur Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus werden unterschiedlich oder kontrovers definiert. Die Differenzen prägen divergierende Selbstverständnisse und Erwartungen an die Partei und ihre strategischen Partner, an die Reichweite politischer Strategien, Programmatik und Projekte. Sie spiegeln sich in den Dokumenten der verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Partei: antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, radikal und/oder reformerisch.

Worin bestehen die Unterschiede verschiedener linker Positionen?¹⁷

Am Beispiel von vier zentralen und zugleich strittigen Fragen der Linken (Kapitalismus-Analyse, Repräsentanz gesellschaftlicher Konfliktlinien, Eigentumsfrage und die Frage linker Regierungsbeteiligung) sollen nachfolgend die unterschiedlichen linken Positionen innerhalb der Partei DIE LINKE aufgezeigt werden, die gegenwärtig vor allem im Rahmen ihrer Programmdebatten kontrovers diskutiert werden.

Die Analyse des Kapitalismus und gesellschaftliche Perspektiven

Die Positionen innerhalb der LINKEN unterscheiden sich bei der scheinbar einfachen Frage nach der Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit des Kapitalismus. Ist diese Fähigkeit lediglich die Folge der Ausbeutung von Mensch, Natur und Unterdrückung der Völker oder bedingt sie mit der Entwicklung neuer Produktionsweisen, neuer Technologien, neuer Produkte auch eine neue Qualität von Produktions- und Lebensweisen, die über ihn hinausweisen? Sind also seine Errungenschaften, wie die des Sozialstaates, Abkehr von der Normalität des Kapitalismus oder als nicht ausschließlich auf den Profit orientierter Bereich konstituierende Bedingung des kapitalistischen Systems, das selbst immer wieder umkämpft ist und ein Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen darstellt? Müssen die Linken auf den Bruch zielen oder müssen sie ihre Strategie und Programmatik auf die Zurückdrängung der Profitdominanz des Kapitalismus konzentrieren?

Antikapitalistische Positionen stellen vor allem die zerstörerischen Potentiale des Kasino- oder Raubtierkapitalismus, seine Unfähigkeit, auf die Herausforderungen gegenwärtiger Krisen zu antworten, in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Die Fähigkeit zu Reformen diene lediglich der Anpassung an sich verändernde Existenzbedingungen oder sei Ergebnis von Klassenkämpfen. Hervorgehoben wird vor allem die krisenhafte Entwicklung des flexiblen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Eher reformorientierte Positionen beschreiben den Widerspruch zwischen seinen produktiven Möglichkeiten und der realen Wirklichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Andere wiederum gehen davon aus, dass sich trotz der vorherrschenden Kapitaldominanz, in deren Zentrum die Profitmaximierung steht, Bereiche herausbilden können, die nicht der Profitlogik unterliegen und daher unter veränderten hegemonialen Bedingungen alternative Entwicklungen befördern können. Folgerichtig wird von ihnen das Konzept für einen transformativen Prozess unterstützt, das sich nur in einer Praxis dialektischer Verflechtung reformerischer und revolutionärer Veränderungen realisieren kann.

Ebenso unterschiedlich wird der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative interpretiert. Für die einen ist er noch immer Ziel, Weg und Wert, gemäß dem

17 Die dargestellten Positionen finden sich in den programmatischen Dokumenten der jeweiligen Strömung.

PDS-Parteiprogramm von 2003. Der Sozialismus wurde darin als eine Gesellschaft beschrieben, die sich dadurch auszeichnet, dass jede und jeder gleichen Zugang zu den Grundgütern eines freien und solidarischen Lebens habe. Das Ziel sei primär, über die Mittel müsse konkret und demokratisch entschieden werden. Freiheit sei Bezugspunkt sozialistischer Politik, Gleichheit das Maß der Teilhabe an Freiheitsgütern, also solchen, die einen sozial gleichen Zugang zu den elementaren Grundbedingungen eines selbstbestimmten, menschenwürdigen Lebens ermöglichen. Dazu gehören u. a. soziale und rechtliche Sicherheit, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Kultur, gesunde Luft wie gesundes Wasser und vieles mehr.¹⁸ Auf der Ebene konkreter parlamentarischer Politik, vor allem auf Länderebene, fehlt bisher die dialektische Verknüpfung von Ziel und Praxis, von Tagespolitik und gesellschaftlichen Alternativen, obwohl sich parlamentarische Vertreter immer wieder auf das »strategische Dreieck« der Linkspartei beziehen: erstens, die Erarbeitung einer alternativen Vision gesellschaftlicher Entwicklung (demokratischer Sozialismus); zweitens, der Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, Umweltzerstörung und Krieg und drittens, die politische Gestaltung der Gesellschaft in und außerhalb der Parlamente.

Die Kunst linker politischer Strategien besteht darin, all dies mit der Entwicklung von Projekten zu verbinden, die Voraussetzungen für einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad schaffen, und für diese gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen.

Die Eigentumsfrage

DIE LINKE unterscheidet sich von den anderen Parteien, indem sie die Systemfrage als Frage nach den Eigentums- und Produktionsverhältnissen stellt. Die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums müsse durch dessen reale Vergesellschaftung überwunden werden. Die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsordnung bedeutet die Überführung aller wesentlichen Unternehmen in den Schlüsselsektoren bzw. aller strukturbestimmenden Unternehmen in öffentliches Eigentum. Einig ist man sich innerhalb der Linken darin, dass dies vor allem für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Netze von Energie und Information sowie für das Finanzsystem gilt. Unterschiedliche Positionen gibt es im Hinblick auf die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums. Sollen z.B. alle Konzerne und vergesellschaftet werden? Oder braucht es auch einen gesellschaftlich relevanten unternehmerischen Sektor, der dezentral organisiert ist, im Wettbewerb stehende, effizient produzierende Wirtschaftseinheiten in eigener Verantwortung belässt und auf »eigene Rechnung« produziert? Kennzeichnet die sozialistische Eigentumsordnung die Überführung aller wesentlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum, oder aber meint eine sozialistische Eigentumsordnung eine Mehrsektorenwirtschaft mit starkem öffentlichem Sektor, der unter demokratischer Kontrolle steht?

18 Vgl. Parteiprogramm der PDS aus dem Jahr 2003.

Bezug auf Interessen und zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien

Wessen Interessen soll die Linke vertreten? Soll sie Interessenvertreterin der Erwerbstätigen und Arbeitslosen sein, also Interessenorganisation, oder versteht sich die Linke als Vertreterin der Gesamtinteressen der Mehrheit der Bevölkerung? Klar ist, dass sich eine linke Hegemonie nur über die Artikulation und Bündelung verschiedener Interessen realisieren lässt. Klar ist auch, dass hierbei widersprüchliche Interessen zusammengeführt werden müssen, die auf unterschiedliche Weise gesellschaftliche Konfliktlinien aufgreifen, so wie die Lohnarbeiter und Arbeitslosen vor allem den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit reflektieren. Die Dominanz dieses Konfliktes, von dem sich weitere wie die Frage der Geschlechterverhältnisse und letztlich auch die Lösung der ökologischen Probleme ableiten, wird vor allem von eher antikapitalistischen Positionen aus betont. Zentrale Aufgabe der Linken sei deshalb die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und anderer gesellschaftlich notwendiger Arbeiten. Gleichberechtigung der Geschlechter bedeute vor allem gleichberechtigte Teilnahme an Erwerbsarbeit, gleiche Löhne, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. Linke Politik müsse in diesem Sinne klassenorientiert sein. Andere Positionen vertreten in der Partei jene, die den Anspruch erheben, emanzipatorisch zu sein, und deshalb den Wert der Freiheit auch als Freiheit von entfremdeter Arbeit im Kapitalismus verstehen. Folgerichtig fordern sie daher das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dieser Ansatz betont die Pluralität verschiedener Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen, zu denen eine Pluralität solidarisch-emanzipativer Kämpfe entwickelt werden müsse, die alle gleichrangig und für die LINKE gleichermaßen wichtig seien. Nur so sei die Herstellung eines alternativen Mitte-Unten-Bündnisses möglich, zu dem emanzipativ-solidarische Gruppen der sozialen und kulturellen Mitte gehören, bedrohte Mittelschichten und Kerngruppen der Lohnabhängigen, Arbeitslose oder prekär Beschäftigte, Ausgegrenzte, Migranten und Flüchtlinge.

Wie auch immer die Ziele gesellschaftlicher Veränderung und konkrete Forderungen formuliert werden: Die darin beschriebenen Ansprüche – wie »realistisch und radikal, an die Wurzel gehend«, der Anspruch, politische Protest- und Widerstandskraft im bundesdeutschen Parteiensystem zu sein, oder aber der Anspruch, als linke gestaltende Kraft Politik aus den Parlamenten heraus mit sozialistischen Perspektiven zu verknüpfen, um so die Voraussetzungen für eine alternative Entwicklung zu schaffen – werden von der LINKEN als Gesamtpartei konzeptionell wie im praktischen Handeln bisher nur in Ansätzen eingelöst. Es fehlt ein kohärentes gesamtgesellschaftliches Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau auf der Basis von veränderten Produktions- und Lebensweisen, individueller Selbstbestimmung und Solidarität. Gegenwärtig bestimmen die Tagesordnung der LINKEN vor allem die Verteidigung von sozialen und demokratischen Rechten, die mit wachsender sozialer Ungleichheit eingeschränkt werden, die Gefahr des Demokratieabbaus durch Verlagerung von Entscheidungen auf die Ebene der

Exekutive wie bei den Rettungs- und Konjunkturpaketen auf Bundes- und Länderebene und die Abwälzung von Krisenlasten auf die Schultern vor allem der sozial Schwachen, insbesondere der Empfänger von Hartz IV und weiterer Bezieher von Sozialtransferleistungen. Die Linke positioniert sich als soziale Kraft gegen die sich ausweitende Prekarisierung der Arbeit, gegen Massenarbeitslosigkeit und als Verteidigerin eines leistungsfähigen Sozialstaates. Ihre Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft verbindet sie mit Forderungen nach Ausweitung demokratischer Mitbestimmung von Arbeitnehmern, einer Ausweitung gewerkschaftlicher Mitbestimmung und der Forderung nach Belegschaftseigentum.

Frage nach der Stellung im Parteiensystem, strategischen Partnern und linker Regierungsbeteiligung

Die Frage linker Regierungsbeteiligungen war für die neu gegründete LINKE eine von Anfang an strittige. Erinnt sei an den konkurrierenden Antritt der WASG in Berlin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 gegen die Politik der rot-roten Koalition. Diese Frage beschreibt jedoch keinen Ost-West-Konflikt und ebenso wenig den Konflikt zwischen vermeintlich radikalen und reformerischen Strömungen innerhalb der LINKEN. Keine politische Strömung innerhalb der LINKEN lehnt die Beteiligung an Regierungen oder die Tolerierung rot-grüner Regierungen grundsätzlich ab. Weder in Hessen 2008 noch im Saarland und in Thüringen 2009 und auch nicht in Nordrhein-Westfalen 2010 wurde eine rot-rot-grüne Koalition auf Länderebene grundsätzlich ausgeschlossen. Das gilt auch für die Bundesebene. Diskutiert werden vielmehr die Bedingungen, unter welchen die Linke für eine Regierungsbeteiligung bereit ist. Das ist nicht neu, das galt bereits 2006 für Berlin. Als Essentials linker Politik formulierten die Berliner Linken vor ihrem Regierungseintritt: keine Studiengebühren, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, Durchsetzung von ÖBS und Gemeinschaftsschule und eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es in der LINKEN dazu, ob und wie Haltelinien der Politik formuliert werden und wer darüber bestimmen soll. »Wir sind bereit mitzumachen, wenn der Sozialabbau in Deutschland verbindlich im Bundesrat gestoppt wird.«¹⁹ Im Programmentwurf der Linken werden die Bedingungen für linke Regierungen wie folgt formuliert: »Die Linke strebt nur dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir hierdurch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. Sie wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- und Arbeitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich die Linke auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt.«²⁰

19 Oskar Lafontaine: Rede auf der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE am 15. Mai 2010 in Rostock.

20 DIE LINKE (2010): 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 24.

Strittig innerhalb der LINKEN vor allem zwischen jenen, die in ihr vor allem eine Kraft sehen, die außerparlamentarisch wirken soll, und jenen, die auf Landesebene linke Politik auch als Regierungspartei umsetzen wollen, ist der Ausschluss des Abbaus von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Dies sei – vor allem aus der Sicht der ostdeutschen Bundesländer – deshalb schwierig, weil dieser Ansatz die konkreten, völlig unterschiedlichen Bedingungen der Bundesländer negiere. Dazu gehöre in den ostdeutschen Bundesländern u. a. die massive Abwanderung – per saldo sind es jährlich rund 50 000, darunter vor allem junge Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer doppelt so hoch, das Verdienstniveau liegt bei 70 Prozent, die Gewerkschaften sind wesentlich schwächer. Das Armutsrisiko liegt in Baden-Württemberg bei zehn Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei fast 30 Prozent. Unberücksichtigt bleibt auch das unterschiedliche politische Kräfteverhältnis in den einzelnen Bundesländern. Dort, wo sich die Hochburgen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall befinden, z. B. in Baden-Württemberg, erhielt die Linke bei den Bundestagswahlen 7,2 Prozent. In Sachsen-Anhalt erhielt die Linke 32,4 Prozent, die Kraft der Gewerkschaften vor Ort ist sehr eingeschränkt, d. h. die Linke steckt in einem Dilemma, wenn sie z. B. die Frage des Eintritts in die Regierungsverantwortung, die sie in Sachsen-Anhalt anstrebt, an starke Gewerkschaften und an starke außerparlamentarische soziale Bewegungen bindet bzw. diese voraussetzt, die es aber vor Ort nicht gibt. Sie wurde als stärkste Partei gewählt, aber ihr organisiertes gesellschaftliches Umfeld ist zugleich schwach. Hierzu ein bundesweit einheitliches Vorgehen zu fordern, ist deshalb problematisch.

Linke Regierungen brauchen gesellschaftliche wie politische Akzeptanz. Diese ist – vor allem nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen in NRW 2010 – bisher nur in einigen ostdeutschen Bundesländern gegeben. Anfang 2010 begeistert neugegründete und gesellschaftlich schnell angenommene *Crossover-Projekte*, in denen sich Linke, Sozialdemokraten, Grüne, Vertreter von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen engagieren wollten, verloren wieder an Dynamik und politischer Bedeutung. Dennoch sollten Linke an diesen Projekten festhalten, auch zur Klärung von eigenen wie gemeinsamen Positionen, zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Alternative, die Linke auch Sozialismus nennen.

Gegenüberstellung divergierender Positionen innerhalb der LINKEN

Position A	Gegenstand	Position B
Die Gesellschaft ist kapitalistisch, d. h. alle ihre Bereiche sind kapitalistisch – Veränderungen ergeben sich aus systemimmanenten Anpassungsprozessen oder sind die Folge von Klassenkämpfen, die zeitweilig bestimmte Übel abmildern.	Bild der gegenwärtigen Welt	Kapitalistische Gesellschaft entwickelt sich als Kampf zweier Tendenzen: einer dominierenden Kapitallogik und einer Soziallogik, die durch soziale, demokratische Kämpfe zur Geltung gebracht wird – die kapitaldominierte Gesellschaft hat Emanzipationspotentiale, an die Linke anknüpfen müssen.
Die Überakkumulationskrise führt zu ständig verschärfendem Wettbewerb zwischen kapitalistischen Hauptländern. Forciert werden eine radikale Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, Abbau und Privatisierung von Sozialsystemen und öffentlicher Daseinsvorsorge. ²¹	Krisendeutung	Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus ist mit einer umfassenden Zivilisationskrise verbunden, in der Finanzmarkt-, Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrisen zusammenkommen. Unterschiedliche Szenarien sind möglich: autoritärer Kapitalismus mit Demokratie und Sozialabbau, Green New Deal, sozialökologische Transformation.
Der Kapitalismus ist in neue expansive und aggressive Phase getreten.	Gegenwärtige Kräfteverhältnisse	Es ist zu einer organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus gekommen.
Primat des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit – andere leiten sich daraus ab.	Zentrale Konfliktlinien	Pluralität der Konflikte – Kapital-Arbeit, Rassismus, Sexismus, Nord-Süd-Konflikt.
Transformation der Gesellschaft wird als illusorisch abgelehnt, notwendig seien der Widerstand gegen den herrschenden Block, gegen Massenarbeitslosigkeit und der Kampf für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats.	Gesellschaftliche Perspektiven	Sozialismus als mittelfristig alternativlose Orientierung für die Linken. Demokratischer Sozialismus als transformatorischer Prozess. Solidarische Gesellschaft
Gesellschaftsordnung, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln überwunden wird durch reale Vergesellschaftung.	Sozialismus-Verständnis	Ziel, Weg und Werte gemäß PDS-Parteiprogramm 2003.

21 Vgl.: <http://www.antikapitalistische-linke.de/article/149.sondernewsletter-zur-finanzmarktkrise.html>; abgerufen am 1.7.2010.

Wirtschaftsdemokratie, insbesondere demokratische Regulierung der Finanzmärkte. Alternative Wirtschaftspolitik mit Stärkung der Binnennachfrage.	Mittel/Wege	Sozialökologischer Umbau, Stärkung des Öffentlichen und umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.
Alle Formen des Eigentums an Produktionsmitteln sind in öffentliche Kontrolle und Mitbestimmung der Beschäftigten zu bringen; Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft und Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum.	Eigentumsfrage	Plurale solidarische Eigentumsordnung; Beteiligung der unterschiedlichen Kräfte an der Verfügung (Belegschaften, Vertreter der Regionen, ökologische Interessen), ohne dabei die unternehmerische Eigenständigkeit aufzuheben.
Lohnabhängige (in Erwerb, Arbeitslosigkeit, Rente). Interessen der Nicht- und wenig Besitzenden innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.	Wessen Interessen sollen vor allem vertreten werden (Zielgruppen)?	Mitte-Unten-Bündnis, Parteienverständnis der LINKEN im Osten als Volkspartei, d. h. Politikangebote für alle, Aufbau politischer Mitte-Links-Bündnisse.
Verbesserung der konkreten Lebenslagen der Menschen. Regierungsbeteiligung ist zu knüpfen an Bedingungen: kein Sozialabbau, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, kein Abbau des öffentlichen Dienstes, auf Bundesebene Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.	Regierungsbeteiligung	Verbesserung der konkreten Lebenslagen der Menschen. Regierungsbeteiligung dient politischer Gestaltung von Politik zur Durchsetzung transformatorischer Projekte; Weg zur Veränderung innerer und äußerer Machtbalancen: strategisches Dreieck – Verbindung von Protest, Widerstand mit alternativen Projekten.
Keine Einsätze der Bundeswehr im Ausland (weder mit noch ohne UN-Mandat).	Friedenspolitik	Ablehnung nicht UN-mandierter Kampfeinsätze.
Zentrale Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugänge zur Erwerbsarbeit und deshalb zentral: Vereinbarkeit von Beruf und Familie; historisch: Frauenbewegungen sind politische Wurzel der Linken.	Geschlechterverhältnisse	Geschlechterverhältnisse sind kein Nebenwiderspruch, sondern gleichrangig mit anderen gesellschaftlichen Widersprüchen – gerichtet auf Auflösung traditioneller Geschlechterrollen. Geschlechtergerechtigkeit auch bei Erwerbsarbeit – Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums als »innere Landnahme«, stattdessen gesellschaftliche, staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung, Gesundheit, Wasser und Energie; Ausbau des öffentlichen Dienstes.	Differenzen bei zentralen Forderungen	Keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge; Problematisierung von Verantwortung öffentlicher Eigentumsformen – der öffentliche Charakter allein reicht nicht; Umbau des öffentlichen Dienstes.
Zugang zur und gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit, Mindestlöhne, existenzsichernde Arbeitsplätze. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.	Arbeit	Zugang zu Arbeit in Würde und so, dass man davon leben kann, aber auch Problematisierung von entfremdeter Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen – gegen Arbeitszwang.
Vorrang kollektiver Werte wie Solidarität vor allem im Alltagsleben und Alltagsbewusstsein, nachrangig individuelle Werte. Freiheit durch Sozialismus.	Werte	Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur; Betonung der individuellen Freiheit. Sozialismus durch Freiheit.

Die britische Linke am Ende der New-Labour-Ära: Eine Wahlanalyse

*Es war die Chance unserer Generation – und Blair hat sie vergeigt.
Unsere Hoffnung muss in der neuen Generation liegen.*

Robert Harris, Autor, in einer BBC-Dokumentation zu Tony Blairs Erbe.

Vor elf Jahren, im April 1999, veröffentlichten Gerhard Schröder und Anthony Blair ihre gemeinsame Erklärung über einen dritten Weg für die Sozialdemokratie. Sie legten eine Strategie für eine neue Ära sozialdemokratischen Regierens in Europa nieder, in der sie das Links-Rechts-Gefälle in Politik und Gesellschaft des Westens für erledigt erklärten. Die geistigen Vorboten dieser Neuen Sozialdemokratie vertraten die These, der kapitalistische Charakter der abendländischen Gesellschaft habe sich in eine »*post-scarcity*-Wirtschaft« – eine Wirtschaft jenseits des Mangels – verwandelt, der Politik bleibe also lediglich die Aufgabe, die »gesellschaftliche Modernisierung« bzw. die »Lebenspolitik« zu verwalten, oder, laut Giddens, »politische Fragen, die sich aus Selbstverwirklichungsvorgängen in post-traditionellen Zusammenhängen ergeben«¹. Angespornt von diesen vielen »post-«, schrieben sich die Labour-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown als erste und einflussreichste europäische Regierung auf die Fahnen, diesen Ideen zu folgen.² Ihr Niedergang, vollendet durch die Wahlniederlage am 6. Mai 2010, ist daher nicht nur für Großbritannien von Bedeutung, sondern ebenso für die angeschlagenen (neu-) sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa.

Doch auch die britische Linke, innerhalb wie außerhalb der *Labour*-Partei, wird sich auf die unmittelbaren Folgen dieser Änderung einstellen müssen. Was man auch immer über den Charakter von *New Labour* an der Regierung denkt, alle politischen Beobachter stimmen überein, dass der spektakuläre Einbruch der *Labour*-Partei in den Umfragen in den letzten zwei Jahren unter Premierminister Gordon Brown viel tiefere Ursachen hat als bloß eine flüchtige Abneigung für ei-

1 Anthony Giddens: *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*, Cambridge 1991.

2 Akademiker, die eine kritischere Haltung zur Rhetorik des »dritten Weges« vertreten, sehen das anders: Für sie beruht die politische Agenda New Labours von Anfang an auf Klasseninteresse: Für Stuart Hall ist der Zweck des New-Labour-Projekts die »Umwandlung der Sozialdemokratie in eine besondere Variante des marktwirtschaftlichen Liberalismus«. Nach Meinung von Devine, Prior und Purdy hat der Thatcherismus bis 1990 »noch nicht vollständig einen neuen und stabilen historischen Block in Großbritannien für die globalen neoliberalen Prinzipien und Politiken« hinter sich versammeln können. Dies sei der historische Auftrag New Labours geworden. Gesellschaftspolitisch habe »New Labour [...] sich vorgenommen, den »Wirtschaftsstaat« in jeden Aspekt unseres Lebens hineinzutragen«; zitiert nach: *Feel-Bad Britain*, Red Pepper 2009.

nen ungelenken Parteivorsitzenden. Wie gezeigt werden wird, war dieser Einbruch das Resultat einer gemeinsamen Legitimitätskrise sowohl des traditionellen britischen Modells der kapitalistischen Wirtschaft als auch des althergebrachten Systems politischer Repräsentation unter *New Labour*.

Nach dieser Wahl bleibt die langfristige Frage für die britische Linke: Kann sie *New Labours* Niederlage in einen Sieg für sich ummünzen? Wie dargelegt werden wird, liefert die gegenwärtige politische Lage die Chance für einen Neuanfang für die britische Linke. Zurzeit hat die Partei der Europäischen Linken (EL) keinen offiziellen britischen Partner, doch dieser Neuanfang könnte mittelfristig eine neue organisatorische Konstellation, eine Neuaufstellung der Linken im britischen Parteiensystem hervorbringen – und auch ihre bisherige Isolierung von der europäischen Linken überwinden.

In diesem Beitrag werden zunächst die Gruppierungen der Linken in Großbritannien nach zwei Gesichtspunkten betrachtet: erstens unter dem Aspekt ihrer intellektuellen und organisatorischen Kapazitäten, und zweitens unter dem Aspekt, inwieweit sie dazu beizutragen könnten, eine Agenda der sozialen Gerechtigkeit in der britischen Gesellschaft voranzubringen und auch einen neuen Anfang in der Organisierung der britischen Linken zu bewirken. Hierbei werden wir uns auf die Darstellung derjenigen politischen Akteure konzentrieren, die Wahlen als wichtiges Mittel für politische Änderungen akzeptieren. Zunächst gilt es aber, drei bestimmende Zusammenhänge zu analysieren, die die politisch-gesellschaftliche Situation vor den Wahlen im Mai 2010 dominierten.

Wer räumt die Scherben weg? Großbritannien am Ende von New Labour

Trotz der zahlreichen Fälle, in denen die *Labour*-Regierung sich in den vergangenen 13 Jahren über die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens hinwegsetzte, hat sie über die immer wieder laut verkündete Schutzbehauptung des New-Labour-Establishments »Es gibt keine Alternative!« jeden konstruktiven Versuch im Keim ersticken können, die britische Politik progressiv umzugestalten. Die Niederlage *Labours* im Mai 2010 zeigt aber den Bankrott dieses apolitischen Neutralismus. Sie wurde von drei parallelen gesellschaftlichen Dilemmata verursacht, die die Partei nicht willens – oder fähig – war aufzulösen:

Erstens – und vor allem – manifestierte sich der *Widerwillen seitens der Regierung, das Großkapital zu zügeln*, insbesondere bezüglich des Haushaltsdefizits und des Bankenrettungsplans. Heute ist keineswegs sicher, ob bzw. wie viel der auf etwa 850 Milliarden Pfund, also 1 Billion Euro,³ summierten Darlehen die Banken werden an den Steuerzahler zurückzahlen müssen, denn die Regierung Brown hat Übernahmen vermieden und investierte stattdessen in Aktien dieser

3 Zahl nach AP, 4. Dezember 2009.

Banken. Brown sabotierte auch die Bemühungen, strengere Finanzregelungen einzuführen.⁴ Statt die Rückzahlung der öffentlichen Ausgaben für die Banken zu sichern, indem Transfers oder Gewinne besteuert werden, hatte Schatzkanzler Alistair Darling im November 2009 das ehrgeizige Ziel angekündigt, das jährliche Haushaltsdefizit Großbritanniens, das gegenwärtig bei 176 Milliarden Pfund liegt, in den nächsten fünf Jahren hauptsächlich durch Senkungen von Ausgaben zu halbieren. Das zeigt: Nach einem kurzen keynesianischen Flirt hatte Brown offensichtlich beschlossen, ohne Rücksicht auf Verluste (fiskalische wie wahlpolitische) jedes Vorgehen gegen das Finanzkapital auszuschließen.

Zweitens ist die *soziale Ungleichheit unter New Labour enorm angewachsen*. Die *New Labour*-Agenda hat es, trotz einiger punktueller Verbesserungen bezüglich der Arbeitsplätze für Jugendliche,⁵ nicht geschafft, die soziale Spaltung in der britischen Gesellschaft zu schließen oder auch nur zu verringern.⁶ Gab es eine Umverteilung von Reichtum, so fand sie im Wesentlichen innerhalb der unteren Hälfte der Bevölkerung statt – und auch dies nur mit den Brosamen, die vom Tisch eines zeitweise komfortablen Wirtschaftswachstums fielen. Die soziale Mobilität ging zurück.⁷ Und trotz der Tatsache, dass sich Großbritannien des fünftniedrigsten Mindestlohns in Westeuropa »rühmen« kann,⁸ schlägt die Rezession inzwischen auf die »Realwirtschaft« durch, wodurch Massenarbeitslosigkeit wieder ein Thema wird.⁹ Die öffentlichen Dienste, insbesondere der Nationale Gesundheitsdienst NHS, bleiben unterfinanziert: In den Supermärkten gibt es inzwischen »Heimwerkzeugkästen« für Zahnreparaturen zu kaufen für die, die sich keinen Zahnarzt mehr leisten können. Privatfinanzierte Initiativen (PFIs) schießen ins Kraut, wodurch Privatanleger z. B. Einfluss auf die Lehrpläne der Schulen erhalten, die sie fördern. Schließlich wird es auch bei der Verfügbarkeit von sozialem Wohnraum eng, da die Hauspreise schnell wieder gestiegen sind: 1,8 Millionen Personen stehen in England auf den Wartelisten, fast 80 000 Familien galten 2008 als obdachlos.¹⁰ Durch diese soziale Zuspitzung werden, wie Kieran Farrow schreibt, »Teile der gleichen (unteren) sozialen Schichten im Kampf um immer knappere Ressourcen aufeinandergehetzt«, ¹¹ was es der rechtsradikalen British

4 Auf britischen Druck wurde eine Erklärung der G20-Finanzminister für die Einführung einer Tobin-Steuer in eine Empfehlung an den IWF umgewandelt, die mögliche »Wirkung auf die Finanzdienstleistungsbranche zu prüfen«; vgl. *Guardian Weekly*, 17. Dezember 2009.

5 Vgl. z. B. John Hills/Tom Sefton/Kitty Stewart: *Towards a more Equal Society? Poverty, Inequality and Policy since 1997*, 2009.

6 Laut dem Institute of Public Policy Research, einer mitte-linken Denkfabrik, stecken die unteren 50 Prozent der britischen Bevölkerung seit mehr als 30 Jahren beim Niveau von nur sieben Prozent des nationalen Vermögens fest, unter New Labour habe sich daran nichts geändert.

7 S. Paul Gregg, Stephen Machin: *Social mobility: low and falling*, CentrePiece Spring, London 2005.

8 Er steht gegenwärtig bei 5,80 Pfund (Stand von 2009); vgl. Eurostat Data in Focus, 29/2009.

9 Die Arbeitslosigkeit erreichte ein 13-Jahres-Hoch (7,9 Prozent) und soll im Frühjahr weiter ansteigen. Vgl. BBC-Nachrichten, 29. Dezember 2009.

10 Zahlen von Shelter England: www.england.shelter.org.uk/housing_issues/building_more_homes#3; abgerufen am 4.4.2010.

11 Kieran Farrow in: www.redpepper.org.uk/Anti-fascism-isn-t-working; abgerufen am 4.4.2010.

National Party (BNP) ermöglicht, Fuß zu fassen und Rassismus weiter anzuhetzen. Die sozial schwachen Gebiete im englischen Norden bleiben Schwerpunkt dieser langjährigen Entwicklungen.¹²

Das dritte Dilemma ist der *Zusammenbruch des Vertrauens in den demokratischen politischen Prozess* und in seine Vertreter. Bei den Europa- und Kommunalwahlen 2009 bequerten sich ganze 34,7 Prozent der Wähler/innen an die Urne. Diese massenhafte Politikverdrossenheit ist eine Funktion der ersten beiden Phänomene, aber auch die Folge politischer Sündenfälle: In den Augen der britischen Öffentlichkeit ist die Politik, spätestens seitdem Tony Blair mehr oder weniger offen Sitze im Oberhaus »verkaufte« (»Adelstitel gegen Bares«), korrumpierbar geworden. Und in den ersten Monaten von 2010 bescherte die Chilcot-Enquete-Kommission der Öffentlichkeit eine Auffrischung der Erinnerungen an die verlogenen Tricks der Regierung in Vorbereitung des Irak-Krieges.¹³ Mit dem »Spesen-Skandal«¹⁴ 2009 schlug aber dieses Misstrauen in die Politik auch in einen massiven Legitimitätsverlust des Parlaments und in einen Unglauben an das Funktionieren der Demokratie an sich in Großbritannien um, mehrheitlich verweigern jetzt die Arbeiter- und die Unterklasse der parlamentarischen Demokratie die Unterstützung.¹⁵ Sogar in beliebten Nachmittagssendungen im Fernsehen wagt man inzwischen, Grundsatzfragen zu stellen, wie etwa: »Vertrauen wir noch unseren Abgeordneten?«¹⁶ Der Staat antwortet auf den Legitimitätsverlust mit zunehmend drakonischer Beschneidung der Bürgerrechte.¹⁷

Das Resultat dieser jahrelangen Entwicklung ist eine weitverbreitete, massive politische Apathie, was sich im deutlichen Rückgang der Parlamentswahlbeteiligung unter *New Labour* widerspiegelte (siehe Diagramm). Seit einigen Jahren konzentrieren sich sowohl die Wahlenthaltungen als auch die *Labour*-Verluste ziemlich eindeutig auf die *Labour*-Hochburgen im englischen Nordwesten, im Nordosten und in Wales.¹⁸ Es ist auch kein Zufall, dass die beiden ersten Europa-

12 Vgl. Centre for Cities, Outlook 2010: <http://www.centreforcities.org/index.php?id=1054>; abgerufen 4.4.2010.

13 Inzwischen sind 52 Prozent der Briten davon überzeugt, dass Tony Blair sie über den Irak belogen hat, 23 Prozent wollen ihn wegen Kriegsverbrechen belangen. Yougov-Umfrage, Sunday Times, 17. Januar 2010.

14 Hier mussten führende Parlamentarier übertriebene Spesenrückerstattungsforderungen, etwa für Zweitwohnsitze oder privates Personal, zugeben. Der Unterhaussprecher, der von Labour aufgestellte Michael Martin, tolerierte bewusst eine weit verbreitete Missbrauchspraxis bei der Erstattung parlamentarischer Spesen. Er wurde der erste Sprecher seit dem Mittelalter, der wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste.

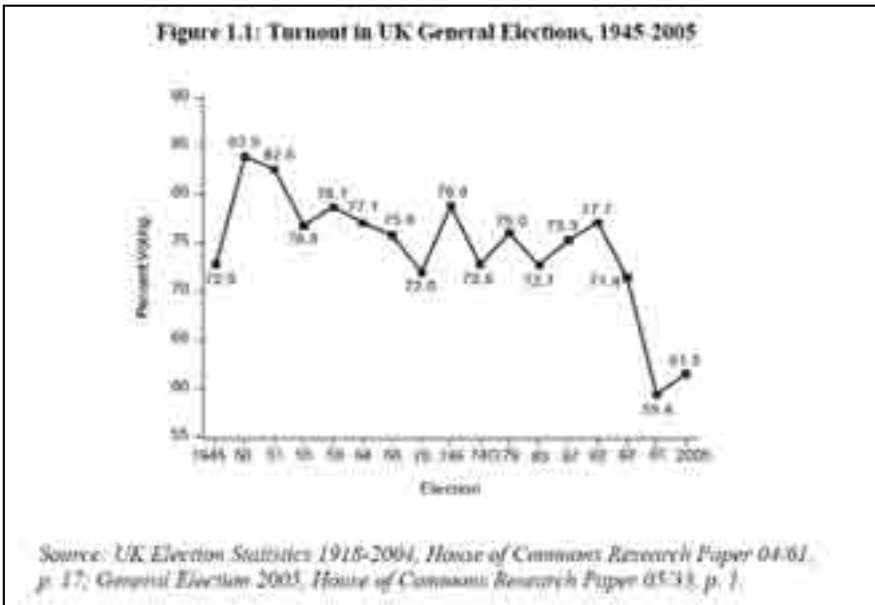
15 Zum Beispiel fanden letztes Jahr Befragte der Sozialstufen D und E in BBC-Umfragen mit großer Mehrheit, dass Abgeordnete, die ihr Mandat missbrauchten, zurücktreten müssten. Vgl. Comress-Umfrage, 15. Mai 2009.

16 Während die Eliten, Konzernvorstände ebenso wie Parlamentsmitglieder als über dem Gesetz stehend wahrgenommen werden, wird immer drastischer auf politische Dissidenz reagiert. Zum Beispiel bemühte man das »nationale Interesse«, um dem Guardian zu verbieten, die Details über kriminelle Machenschaften britischer Firmen in Nigeria zu veröffentlichen, nur mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gelang es, Personendurchsuchungsaktionen der britischen Polizei als »gesetzeswidrig« einzuschränken (Guardian Weekly, 23. Oktober 2009 und 22. Januar 2010).

17 Beispiele sind die Erweiterung der polizeilichen Haft ohne Prozess nach den drakonischen Antiterrorgesetzen und die geplante Einführung von Personalausweisen, was der britischen bürgerlichen Tradition zuwiderliefe.

18 Vgl. www.europarl.org.uk/section/european-elections/results-2009-european-elections-uk; abgerufen am 4.4.2010.

abgeordneten der BNP in diesen Gebieten gewählt wurden. Zwar stieg aufgrund der einmalig knappen Situation die Wahlbeteiligung 2010 wieder etwas an (64 Prozent), damit verharrt diese Zahl aber noch immer im *New-Labour*-Tief seit 1997.



Unter dem Eindruck des »Spesenskandals« fanden aber auch Fragen von Macht und Teilhabe in der Gesellschaft in Großbritannien mit neuer Kraft Eingang in die öffentliche politische Debatte, und immer mehr Wähler/innen erwogen, ihre Stimmen kleineren Parteien zu geben.

Diese drei Dilemmata machen deutlich, dass sich die These eines »Dritten Weges«, wonach Großbritannien eine quasi wohlhabende Gesellschaft jenseits der Mangelwirtschaft sei, als Legende herausgestellt hat. Die »soziale Frage« ist quicklebendig, sie findet auch endlich wieder in Fragen von politischen Rechten und politischer Teilhabe Ausdruck. Umso mehr stellt sich nach dem Wahlsieg des bürgerlichen Lagers die Frage, wie die Linke diese Gelegenheit für eine konstruktive Weiterentwicklung linker Politik in eine relevante politische – also eine parlamentarische – Vertretung ummünzen kann. Was sind die politisch-institutionellen Anknüpfungspunkte, die zu einem solchen Neuanfang beitragen können?

Labour und die Linke nach New Labour: Die Wiederentdeckung der Wählerschaft?

Eine der strategischen Fragen, die momentan in der linken Blogosphäre in Großbritannien heiß diskutiert werden, ist, ob Linke der *Labour*-Partei (wieder) beitreten sollten, da die Zeit der *New-Labour*-Kaste abgelaufen zu sein scheint. Diese Debatte an sich zeigt schon, dass *Labour* immer noch der unbestritten wichtigste Orientierungspunkt jedes linken Engagements im britischen politischen Spektrum geblieben ist. Jedoch übt die Partei diese Vorrangstellung heute sehr geschwächt aus. Die verlorene Parlamentswahl ist nicht der Grund, sondern das Symptom dieser Schwäche: Die Partei erreichte mit 255 Sitzen im Unterhaus 91 weniger als 2005, und verlor mit 29,0 Prozent landesweit 6,2 Prozent ihrer Wählerschaft (zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft siehe: Wer wählt *New Labour*?). Der Gang *Labours* in die Opposition, den führende *New-Labour*-Advokaten (Mandelson, Campbell) angesichts der unklaren Mehrheiten im neuen Parlament noch verhindern wollten, war schließlich unvermeidlich, Gordon Brown trat als Premier am 11. Mai 2010 zurück. Er machte den Weg frei für die Bildung einer bürgerlichen Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten.

Parteistruktur

Die *Labour* Partei ist eine Partei, die formal aus drei Arten von Mitgliedern besteht (den durch bestimmte Gewerkschaftsmitgliedschaften automatisch affilierten, den Mitgliedern von kleinen sozialistischen Mitgliedsparteien wie der Co-operative Party und den eigentlichen, individuellen Mitgliedern), von denen aber nur die individuellen Mitglieder als zahlende Mitglieder offiziell angegeben werden. Zwar ist seit den Wahlen im Mai 2010 eine kleine Eintrittswelle zu verzeichnen, die durchaus durch linke Hoffnungen inspiriert sein könnte, aber trotzdem ist der Mitgliederstand seit dem Hoch von 405 000 individuellen Mitgliedern im Jahre 1997 auf einen historischen Rekord-Tiefstand von ca. 166 000 gefallen (2009).¹⁹ Angesichts des katastrophalen Zustands der Parteifinanzen ist selbst ein Zusammenbruch der Partei nicht ausgeschlossen.²⁰ Die individuelle Mitgliedschaft organisiert sich hauptsächlich in den Wahlkreis-Parteiorganisationen, den *Constituency Labour Parties*. Sie war in der Vergangenheit einem grundlegenden sozialen Wandel unterlegen, der durch die *New-Labour*-Doktrin seit 1994 beschleunigt wurde und zur Unterrepräsentierung sozial schwächerer Bevölkerungsschichten in der Partei führte: Schon 1997 waren nur noch 15 Prozent der Mitglieder manuelle Arbeiter, und nur noch 29 Prozent waren Gewerkschaftsmitglieder, so dass die Parteienforscher Seyd und Whiteley 2004 zu der Schlussfolgerung kommen, dass *Labour* »heute weder eine Partei der Arbeiterschaft noch eine Ge-

19 Siehe: House of Commons Library: Standard Note SN/SG/5125.

20 Laut Schätzungen der Presse schleppt die Labour Party ein Defizit von etwa 40 Millionen Pfund mit sich. Vgl. The Daily Telegraph, 28. Januar 2008.

werkschaftspartei mehr ist«²¹. Nach der Parteiverfassung finden die grundsätzlichen Meinungsbildungsprozesse in der Partei in den CLPs statt und werden über das Nationale Exekutiv-Komitee NEC, das Führungsgremium zwischen den jährlichen Parteikonferenzen und den Tagungen des Policy Forums, zur Parteiführung geleitet. In der Realität vollzieht sich der Informationsfluss natürlich umgekehrt. Dass das *New-Labour*-Establishment weiterhin innerhalb des Parteiapparats die Macht ausübt, wurde unmittelbar nach der Wahl deutlich, als Generalsekretär Ray Collins festlegte, die Vorbereitung der Kandidaturen für den Parteivorsitz sei innerhalb von neun Tagen zu beenden, was dem *New-Labour*-Kandidaten und Blair-Favoriten David Milliband entgegengekommen wäre. Nur nach einhelliger Empörung großer Teile der Basis konnte durchgesetzt werden, dass bis vier Wochen mehr Zeit gegeben wurde, um auch unbekannten Kandidaten zu ermöglichen, sich vorzustellen und Absprachen zu treffen. Die Chancen, dass – wie von vielen Basisaktivisten erhofft – diese Wahl somit zur großen Aussprache über *New Labour* und die dahinterliegende Ideologie wird, sind damit nach wie vor gegeben, somit auch die Chance, die linke Kritik innerhalb der Partei wirksam zu einbringen. Was wären dann die gemeinsamen politisch-inhaltlichen Eckpunkte dieser Kritik?

Wer wählt New Labour? Die gemeinsame Kritik der Labour-Linken

Alle in der Partei, die offen Kritik formulieren, verweisen auf die Bilanz der Blair-Brown-Regierung. Sie gehören zwar verschiedenen Lagern an, teilen aber die gemeinsame Grundidee, *Labour* bleibe der zentrale Ort des Kampfes, um linke Ideen und Inhalte in die britische Politik hineinzutragen: Die Partei müsse und könne von der *New-Labour*-Fraktion »zurückgewonnen« werden. Alle diese linken Kritiker innerhalb *Labours* eint die Auffassung, dass die *New-Labour*-Strategie nicht nur eine Absage an sozialdemokratische Prinzipien gewesen ist, sondern auch eine entscheidende wahlpolitische Fehleinschätzung. Denn in den Oppositionsjahren der Partei war ein Kernargument der führenden *New-Labour*-Denker gewesen, die Partei müsse »der Wählerschaft gegenüber aufwachen«²², was im Klartext bedeutete, *Labour* müsse sein wahlpolitisches Jagdrevier weit in die bürgerliche Mitte hinein erweitern. Die Prozenz bei den Wahlen schien den Erfolg in der Tat zu bestätigen. Doch dies geschah, wie oben dargestellt, vor dem Hintergrund des massiven Einbruchs in den absoluten Stimmenzahlen. Das Erklärungsmuster »gesellschaftlicher Wandel« greift zu kurz, um die hinter diesem »Wähleraustausch« liegenden Entscheidungen begreiflich zu machen. Die meisten (Ex-) *Labour*-Wähler haben sich nämlich nicht »geändert« – sie gehören jetzt nur zur schweigenden Beinahe-Mehrheit der Nichtwähler/innen, offensichtlich weil sie sich von *Labour* nicht mehr vertreten fühlen.

21 Patrick Seyd/Paul Whiteley: *New Labour's Grassroots: The Transformation of the Labour Party Membership*, Hampshire 2004, S. 37.

22 Phillip Gould, *New-Labour-Vordenker und enger Mitarbeiter von Tony Blair*, 1996.

New Labour übernahm die Thatcher'sche Ideologie – der Einfluss des Kapitals in der britischen Gesellschaft sei nicht nur unumkehrbar, sondern auch gut – eins zu eins. So wirkte die Angst vor einer Kapitalflucht als Deckel gegen jede wirkungsvolle verteilungspolitische Maßnahme, und *New Labour* entschied, sich darauf zu konzentrieren, die »weniger anspruchsvollen« Stimmen der sozialen Gruppen A, B und C1 zu erringen.²³ Im direkten Widerspruch dazu wurden aber die Stimmen der Wahlkreise, in denen die Gruppen C2, D und E gesellschaftlich und kulturell überwiegen, als gegeben vorausgesetzt. Bereits bei der Wahl 2005 zeigte schließlich der Zerfall der *Labour*-Wählerschaft in diesen Schichten, dass *New Labour's* Politik des »Alle-Mitnehmens« zur Politik des »Einige-Fallenlassens«²⁴ geworden war: Allein 2005 verlor *Labour* in allen Bevölkerungsschichten außer der einkommensstärksten (AB), aber insbesondere neun Prozent bei den qualifizierten Arbeitern (C2) und massive zwölf Prozent bei den ungelernten Arbeitern (DE).²⁵ Nun, im Jahr 2010, kommt es, wie es kommen musste: Die Wähler/innen der Mittelschicht kehren zu den Konservativen zurück, doch die Kernwählerschaft *Labours* ist grundlegend desorientiert: Laut Umfragen unmittelbar vor der Wahl wollte die Mehrheit der *Labour*-Abtrünnigen nicht die Konservativen wählen, sondern sich der Stimme enthalten oder – immerhin eine/r von fünf – kleinere Parteien wählen.²⁶ Diese Doppel-Attacke hat dazu geführt, dass nunmehr die Jahrzehnte alte *Labour*-Mehrheit im Norden Großbritanniens zusammengebrochen ist.²⁷

Die jetzigen Parlamentswahlen haben diesen Trend bestätigt. Vor der Wahl waren nur 57 Prozent der Wähler/innen, die 2005 *Labour* wählten, sicher, dass sie auch 2010 ihre Stimme abgeben werden.²⁸ Regionalbezogene Statistiken liegen noch nicht vor, jedoch wird an den nationalen Statistiken klar, dass sich der Abwärtstrend in der C2-Wählerschaft bestätigt hat: Laut MORI hat *Labour* 2010 hier noch einmal katastrophale 18 Prozent verloren und liegt jetzt damit in seiner wichtigsten Stammwählergruppe sogar noch hinter den Liberaldemokraten.

Kurz vor der Wahl im Mai versuchte die *Labour*-Führung noch schnell, die Partei als Fürsprecherin der kleinen Leute darzustellen. Doch deren Probleme waren noch auf dem *Labour*-Parteitag 2009 kein Thema, selbst die Diskussion in den Hinterzimmern über Gordon Browns Führungsstil konzentrierte sich auf eine Änderung der Persönlichkeit, nicht der Politik, wie es die innerparteilichen Kritiker

23 In Großbritannien wird in vielen Umfragen und soziologischen Studien auf die »NRS social grades« zurückgegriffen, um Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit zu verdeutlichen: A steht für hohe leitende Berufe, B – mittlere leitende Berufe, C1 – niedrigere leitende oder Schreibberufe, C2 – qualifizierte technisch-manuelle Berufe, D – halb- oder ungelernte manuelle Berufe, E – Unterschicht, subsistenzabhängige Menschen. Siehe: <http://www.businessballs.com/demographicsclassifications.htm#nrs-social-grade-definitions-uk>.

24 Stephen Driver/Luke Martell: *New Labour. Polity*, Cambridge 2006, S. 21.

25 Quelle: http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/issues/4520847.stm; abgerufen am 4.4.2010.

26 Vgl. *Populus-Umfrage*, 23. Juni 2009.

27 Vgl. *Financial Times*, 23. September 2009.

28 Laut der *Yougov-Umfrage* vom 5. Januar ist der Prozentsatz von Wähler/innen der Sozialgruppen C2, D u. E, die angaben, bei der nächsten Wahl *Labour* wählen zu wollen, von rund 50 auf 32 Prozent gesunken.

forderten.²⁹ Erst seit dem Wahltag bemühen sich die Mandarine *New Labours*, die jetzt auf die Stimmen der Basis im Führungskampf hoffen, um zumindest rhetorische Distanz zum Blair-Brown-Projekt. Die Frage ist, ob die innerparteiliche Linke, die das Scheitern des *New-Labour*-Projektes immer vorausgesagt hat, nun die Chance bekommt, das Profil der Partei neu (mit-)zubestimmen. Können Sie den herrschenden Machtblock in der Partei herausfordern – und welche organisatorischen Potentiale stehen ihnen für dieses Ringen zur Verfügung?

Die Gewerkschaftsverbinding und ihre Dynamik

Potentiell sind die Gewerkschaften die größte Quelle politischer Veränderung in der Partei. Immerhin zahlen mehr als die Hälfte der 4,7 Millionen Mitglieder der im Gewerkschaftsbund TUC vereinigten Gewerkschaften den »political levy« und sind somit »angegliederte« Mitglieder der *Labour*-Partei. Vor allem sind die Gewerkschaften selbst aber der hauptsächliche Geldgeber der Partei. Wo stehen die Gewerkschaften also in der *New-Labour*-Frage?

In den frühen Tagen von *New Labour* konnte der Generalsekretär John Monk, ein Pro-Europäer und Befürworter des rheinisch-kapitalistischen Modells der Tarifpartnerschaft, die Gewerkschaften überzeugen, gegenüber der Regierung eine korporatistische Strategie zu fahren. Mit dieser konsenswilligen Grundhaltung ausgestattet, stimmten die Gewerkschaftsführer Blairs Wahl als Parteivorsitzendem zu, aber auch mit der weiteren Schwächung der Gewerkschaftsstimmen auf *Labour*-Parteitagten waren sie einverstanden. Sie unterstützten folglich »die Einführung des Neoliberalismus in ihrer Partei«³⁰. Umso überraschter waren die Gewerkschaften, als sich die *New-Labour*-Regierung einige Jahre später weigerte, ihr Entgegenkommen zu belohnen. Blair weigerte sich vor allem, die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung der Thatcher-Regierung aufzuheben.³¹ Dies bedeutete die langfristige Zementierung eines praktisch gewerkschaftsfreien Privatsektors. Seitdem haben Blair und Brown und andere mit der Ablehnung der Arbeitszeitrichtlinie der EU ihre Verachtung für die Gewerkschaften gezeigt, während die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie und andere liberale EU-Bestimmungen von London unterstützt wurden. Nach dem Irak-Krieg war die schwer bedrängte *New-Labour*-Führung etwas kompromissbereiter.³² Auch wenn der Ton unter Brown ein wenig »netter« geworden ist, ist es die Substanz nicht: Brown blieb bei der Antigewerkschaftsgesetzgebung kompromisslos und hat obendrein dafür gesorgt, dass die Gewerkschaften es schwerer haben, Anträge auf *Labour*-

29 Vgl. Analyse in <http://www.social-europe.eu/2009/10/the-missed-opportunities-of-the-Labour-party-conference>; abgerufen am 4.4.2010.

30 aus: Daniels, McIlroy: *Trade Unions in a Neoliberal World: British trade unions under New Labour*. 2007, S. 54. Das Buch gibt eine umfassende Darstellung der Anpassung der Gewerkschaften an New Labour.

31 Dies bedeutet z. B., dass Arbeiter, die es wagen, an Streikaktionen teilzunehmen, immer noch nur zwölf Wochen später entlassen werden können.

32 Mit der Warwick-Vereinbarung (2004) akzeptierte Blair die Abschaffung des Systems zweier Laufbahnen im öffentlichen Dienst und die Einführung von Betriebsräten (nur dort); vgl. Daniels, McIlroy. 2007, S.79.

Parteitage einzubringen.³³ Die aktuelle Haushalts-Situation verschlechterte die Beziehungen weiter: Zwar haben die Gewerkschaft Unite und andere den von Schatzkanzler Darling im Jahre 2009 angekündigten Lohnstopp für den öffentlichen Sektor akzeptiert, die größte Angestelltengewerkschaft aber, die PSC unter Mark Serwotka, bereite große Streiks im Vorfeld der Wahlen vor.

Im Vorfeld der Wahlen 2010 hatten die Gewerkschaften zwei strategische Hebel in der Hand. Erstens bedeutete der Absprung wichtiger *Labour*-Spender unter Brown, dass die Partei den Wahlkampf 2010 hauptsächlich mit Gewerkschaftsgeldern bestreiten musste. Leider hat man aber seitens der größeren Spender-Gewerkschaften keine politischen Bedingungen für die Unterstützung der Partei gestellt. Jedoch wartet eine Generation rebellischerer Gewerkschaftsaktivisten in der zweiten Reihe. Interessanterweise schlagen sie vor, nicht die Partei, sondern einzelne *Labour*-Abgeordnete zu finanzieren.³⁴ Zweitens gibt es die Möglichkeit der »Loslösung« (*Disaffiliation*), also der Kappung der formalen Verbindung einer Gewerkschaft zu *Labour*. Bislang haben nur die relativ kleine Eisenbahn-, Schifffahrt- und Transportarbeitergewerkschaft (RMT) und die Feuerwehrgewerkschaft (FBU) unter der neuen, radikaleren Führung von Bob Crow bzw. Andy Gilchrist die alten Bindungen zu *New Labour* abgebrochen, sie unterstützen jetzt nur die linke Labour-Strömung LRC. Es könnten weitere folgen, wodurch potentiell auch für eine neue politische Partei links von Labour Mittel verfügbar würden. Im Jahre 2009 gab der TUC selbst ein Grünbuch heraus, in dem die Gewerkschaftsbasis aufgefordert wurde, die Vorteile einer Änderung des britischen Wahlsystems hin zum Verhältniswahlrecht³⁵ zu erörtern.

Auch hierin zeigt sich, dass es keine einheitliche Reaktion der Gewerkschaften auf *New Labour* gab und gibt. Die Gewerkschaftsführung »schwankt[e] zwischen Zusammenarbeit und Widerstand«³⁶. Ersten Nach-Wahl-Reaktionen zufolge wird diese Uneinigkeit auch weiterhin das Verhältnis zur Parteiführung prägen. Dass die Gewerkschaften aus den letzten Jahren endlich auch personelle Konsequenzen ziehen und geschlossen einen linken Kandidaten im Kampf um die Führung der Partei unterstützen, gilt daher schon jetzt als ausgeschlossen. Auch ein Bruch weiterer größerer Gewerkschaften mit *Labour* ist im Moment unwahrscheinlich, im Gegenteil dürfte man sich jetzt wieder eher Hoffnungen auf die »stille Diplomatie« mit der Parteiführung machen, deren Scheitern unter *New Labour* eben erst manifest war. Konsequenter Positionen zum Erbe *New Labours* findet man eher bei verschiedenen linken politischen Strömungen innerhalb der Partei.

33 Vgl. Gordon Brown: *Extending and Renewing Party Democracy*, Labour Party, 2007.

34 Einer von ihnen ist Jerry Hicks, ein bekannter Gewerkschaftsaktivist mit SWP-Hintergrund, der gute Chancen hat, den »gemäßigten« Kandidaten bei den Wahlen im September 2010 für den Posten des Chefs der größten britischen Gewerkschaft, UNITE, zu schlagen.

35 Vgl. *Getting it in Proportion!* TUC-Diskussionspapier, 2009.

36 Daniels, McIlroy, 2007, S. 192.

Labour Representation Committee/Socialist Campaign Group/LEAP

Das (2004 wiedergegründete) *Labour Representation Committee* (LRC), das schon im Namen den traditionellen sozialistischen Zielen *Labours* verbunden ist,³⁷ ist zurzeit der einflussreichste organisatorische Kern der Linken in der *Labour*-Partei. Laut seinem Ko-Sekretär Andrew Fisher hat es etwa 1 000 Einzelmitglieder, die hauptsächlich aus dem Feld der Gewerkschaftslinken kommen. In seiner Politischen Erklärung verkündet das LRC das Ziel, sich »an die Zehntausenden zu wenden, die sich enttäuscht und verzweifelt von *Labour* abgewandt haben«. Jüngst konnte die Mitgliedschaft erweitert und konnten regionale Verbände aufgebaut werden – erste Schritte hin zur Schaffung einer alternativen Basisstruktur innerhalb *Labours*. Sechs kleinere Gewerkschaften, z. B. die RMT, haben sich an das LRC angegliedert.³⁸ Die letzte Jahresversammlung wurde von gut 200 Delegierten besucht. Der Hauptanstoß für die Gründung des LRC kam von der *Socialist Campaign Group* (SCG), der wichtigsten Gruppierung linker Abgeordneter in der *Labour*-Fraktion.³⁹ Der Unterhaus-Abgeordnete John McDonnell führt beide Organisationen in Personalunion. Obwohl es keine formale Verbindung zwischen ihnen gibt, vertreten sie dieselben politischen Positionen.

Der parlamentarische Einfluss von LRC/SCG bleibt aber begrenzt. Bei den Parlamentswahlen im Mai wurden zwar alle 13 wiederantretenden Abgeordneten der Socialist Campaign Group wiedergewählt, teilweise mit beeindruckenden Ergebnissen, die insbesondere für London die Erreichbarkeit relativer Mehrheiten für klar linke Programmatik zeigen.⁴⁰ Aber die Gruppe verkleinert sich trotzdem durch das Ausscheiden älterer Abgeordneter, und ihre relative Außenseiterrolle innerhalb der Fraktion (nicht der Partei) zeigt sich auch in den Konflikten um die Nominierung der Kandidaten für die Parteiführung. Das Hauptbetätigungsfeld ist der Kampf in tagespolitischen Fragen, hauptsächlich bei Arbeitskämpfen. Gleichgewichtiger Schwerpunkt sind jedoch auch das Eintreten für eine nicht-interventionistische britische Außenpolitik und die Forderung nach globaler Gerechtigkeit, die vor allem mit der hervorragenden Arbeit von Jeremy Corbyn verbunden ist.⁴¹ Aktuelle Kampagnen haben auch den Willen von LRC/SCG gezeigt, über die traditionelle, gewerkschaftsgebundene Linke hinauszuzielen: LRC-Aktivisten spielten 2004 eine Schlüsselrolle bei der Durchführung des Weltsozialforums in London sowie 2008 bei der Gründung der *Convention of the Left*.⁴²

37 1900 gründete der Gewerkschaftsbund TUC das Labour Representation Committee, um eine parlamentarische Vertretung »für die sozialistische Arbeiterklasse« zu erlangen – es wurde der Vorgänger der Labour-Partei.

38 Andrew Fisher: Fragebogenantwort für diesen Beitrag, Januar 2010. Formal ist das LRC Teil der Grassroots Alliance, wird aber meist eher als politische Strömung denn als Basisinitiative gesehen.

39 SCG-Gründer Tony Benn verließ 2001 das Parlament, um, wie er sagte, »mehr Zeit für Politik zu haben«.

40 Vgl. »Labour's left has had an excellent election«, *New Statesman*, 8. Mai 2010.

41 LRC-Webseite, About the LRC.

42 Andrew Fisher verweist auch auf eine mangelnde Verwurzelung des LRC in anderen ethnischen und kulturellen Bereichen der britischen Gesellschaft: »Das LRC sucht nach Mitteln, um das [den Mangel an ethnischer Vielfalt in der eigenen Mitgliedschaft] anzugehen.« – Fragebogenantwort für diesen Beitrag, Januar 2010.

In Bezug auf politische Inhalte hat McDonnells Führung anscheinend eine konstruktive Wende gebracht: Früher war die SCG als Neinsager-Gruppe verschrien, die jede Politik der Parteiführung bekämpfte. Ihr parlamentarischer Widerstand war durchaus nicht sinnlos: Wie beim Streik bei Gate Gourmet sind es oft nur die SCG-Abgeordneten, die Arbeitskämpfe im Parlament und in den Medien thematisieren. Aber dieser Aktivismus wird jetzt auch durch die Erarbeitung von Alternativen zu den *New-Labour*-Konzepten ergänzt. Dazu hat auch die Gründung des *Left Economics Advisory Panel* (LEAP) viel beigetragen. Die politischen Studien, die es herausgibt, bleiben zwar eindeutig innerhalb des sozialdemokratischen Bezugsrahmens, werfen aber einige neue Ideen auf, wie eine solche Politik durchgeführt werden könnte. In einem im Wesentlichen dem Keynesianismus abgeneigten Umfeld, auch innerhalb der *Labour*-Partei, beschreiben diese Studien mit großer Klarheit die Vorteile einer expansiven Finanzpolitik sowie einer gemischten – im Gegensatz zu einer von der Finanzbranche abhängigen – Wirtschaft. Angesichts der Kürzungen, die sowohl *Labour* als auch die Konservativen für die Zeit nach den Wahlen vorgeschlagen haben, hat LEAP es auch unternommen, eine alternative Steuerpolitik zu skizzieren. Und für ein politisches Gremium, dessen Vorgänger sich einst ihrer Anti-EG/EU-Position rühmten bemerkenswert, deuten die Studien des LRC jetzt auf EU-Standards, mit denen sich die Renten-, Tarif- oder Gesundheitspolitik von *New Labour* ungünstig vergleichen lassen muss. Wie Andrew Fisher meint, akzeptiert das LRC die britische EU-Mitgliedschaft inzwischen als Tatsache, wobei man die »neoliberalen Doktrinen« in der EU bekämpfen müsse.⁴³ Dennoch gibt es einige Fragen »neulinker« Politik, insbesondere in der Umweltpolitik und der Frage von Bürgerrechten, wo man noch mit großer Vorsicht an die Formulierung von Positionen herangeht.⁴⁴

Entgegen einigen Kritiken, LRC/SCG hätten keine langfristige Strategie, öffnet sich die Gruppe für Linke außerhalb von *Labour*, man unterstützt z. B. die »People's Charter«. Auch ein Papier zur Einführung des Verhältniswahlrechts wurde auf der LRC-Jahresversammlung diskutiert (aber nicht abgestimmt). Dies alles änderte aber nichts daran, dass das LRC/SCG »für die Wahl einer *Labour*-Regierung« in den Wahlkampf 2010 ging.⁴⁵

»Compass« und die Debatte über die »gute Gesellschaft«

Seit seiner Gründung 2003 wächst *Compass* zunehmend zum einflussreichsten Ansatz heran, die Labour-Linke wieder zu stärken. Da als Wohltätigkeitsverein gegründet, ist die Organisation kein offizieller Teil der Partei, doch auch die Bezeichnung »Denkfabrik« führt in die Irre, da *Compass* eine Mitgliederorganisa-

43 Ebenda.

44 Eine Ausnahme ist der sehr engagierte Kampf gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen Heathrow.

45 Vgl. z. B. die Kritik in www.shirazsocialist.wordpress.com/2009/11/12/lrc-Labour; abgerufen am 4.4.2010.

46 Vgl. www.l-r-c.org.uk/ge2010candidates; abgerufen am 4.4.2010.

tion mit mehr als 4 000 Vollmitgliedern und geschätzten 30 000 Angeschlossenen und Anhängern ist. *Compass*-Generalsekretär Gavin Hayes berichtet, die meisten Aktivisten seien »Leute, die 1997 von Blairs Sieg begeistert waren, doch von der *New-Labour*-Regierung enttäuscht wurden«. Er bestätigt, für *Compass* gehe es darum, »die *Labour*-Wählerkoalition von 1979 wiederaufleben zu lassen, die Linksliberale, die Intelligenz, Wähler/innen aus der unteren Mittelschicht und die Arbeiterklasse« umfasste.⁴⁷ Politische Haupttriebkraft hinter *Compass* ist Jon Cruddas, der dank eines sehr guten (jedoch erfolglosen) Wahlkampfs zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und zu einem der profiliertesten *Labour*-Abgeordneten wurde.⁴⁸

Im letzten Jahr stieß *Compass* die Debatte über den »Aufbau einer guten Gesellschaft« mit der gemeinsamen Erklärung von Jon Cruddas und Andrea Nahles von der SPD an, wodurch klar wurde, dass *Compass* zumindest das Loch in der Ideologie der Sozialdemokratie zu Anfang des 21. Jahrhunderts geortet hat. Das Cruddas-Nahles-Papier gibt zu, die Ära des Dritten Wegs sei vorbei, und die Gesellschaft sei »immer noch maßgeblich von Klassenunterschieden geprägt«. Außerdem winken sie (mit dem Zaunpfahl) den neuen Linken zu, indem sie beteuern, die Alternativen der Zukunft müssten eine emanzipative Politik beinhalten und sich über einen »Zivilstaat, der stärker auf die Bedürfnisse einzelner Bürger und kleiner Unternehmen eingeht«, entwickeln und nicht über ein neues »Staatsmonopol«⁴⁹. Auf der Strecke bleiben allerdings strukturelle Analysen über die in den heutigen Gesellschaften des Westens verbleibenden Interessenstrukturen, z. B. über die Frage, wie der Neoliberalismus so sehr in sozialdemokratischen Parteien Fuß fassen konnte? Andererseits veröffentlicht die Denkfabrik sehr wohl radikale und innovative politische Konzepte mit konstruktivem, positivem Inhalt – und kämpft auch dafür. Deutlich ist durchgängig die Absicht, Aspekte sozialer Gerechtigkeit mit modernen politischen Fragen wie grüner Politik, Bürgerrechten und globaler Gerechtigkeit zu verknüpfen.⁵⁰ Zum Beispiel fördert *Compass* eine Steuer für Bildung gemäß der Anzahl von Absolventen, die eine Firma beschäftigt, und kämpft auch für eine Steuer auf Superprofite, die von den Öl- und Gaskonzernen im Winter erzielt werden, deren Erträge zur Hausisolierung und anderen grünen Maßnahmen genutzt werden sollen.

Generalsekretär Gavin Hayes hebt den offenen, transparenten Charakter und die demokratischen Prinzipien von *Compass* hervor, die in häufigen E-Mail-

47 Interview mit Gavin Hayes für diesen Artikel, Oktober 2009. Dies steht klar im Gegensatz zur bevorzugten Basiscoalition von New Labour 1997. Zahlen für Mitglieder und Anhänger vom *Compass*-Jahresbericht 2009.

48 Cruddas spricht unverblümt zu Themen, die für New Labour tabu waren, wie die Sackgasse in der sozialen Wohnungspolitik, die Kernwählerschaft der Arbeiterklasse und die Ursachen für das Erstarken der BNP. Er hat jedoch außerhalb der Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem, da er für die Militäration im Irak gestimmt hat. Leider hat sich die Skepsis gegenüber Cruddas aus linker Sicht bestätigt, denn er unterstützte in der Wahl zum Parteivorsitzenden im Herbst 2010 plötzlich den Kandidaten der Partei-Rechten, David Miliband.

49 John Cruddas/Andrea Nahles: »Die gute Gesellschaft – Das neue Projekt der demokratischen Linken«, in: <http://www.freitag.de/politik/0915-gute-gesellschaft>; abgerufen am 10.4.2010.

50 Vgl. *Compass*-Webseite.

Abstimmungen zum Ausdruck kommen, sowie die Vielfalt der Stimmen aus allen Ecken der Partei bei Sitzungen und Konferenzen: »Wir wollen wieder an die Parteibasis anknüpfen«.⁵¹ Ihre Kampagnen werden von einem sehr kleinen, aber engagiertem Team geführt, mit großer Erfahrung in politischen Aktivitäten und guten Verbindungen in die Zivilgesellschaft hinein. Compass ist auch sehr aktiv in NGOs für globale Gerechtigkeit engagiert, etwa bei *War on Want* oder *Oxfam*. Diese neue Offenheit ist aber dennoch selektiv: Während Hayes die Beziehung von Compass zu LCR/SCG ziemlich lauwarm als »Zusammenarbeit bei aktuellen Fragen« beschreibt, werden Linke außerhalb Labours von der Compass-Nadel gar nicht erfasst.⁵²

Da Compass nicht als Mitgliederorganisation im engeren Sinne einer Parteigliederung funktioniert, ist im Moment nicht abzuschätzen, wie viel Einfluss Compass auf Abgeordnete in der neuen Fraktion geltend machen kann, dieser Realitätstest steht jetzt bevor. Es ist auch unklar, ob Compass in Fragen der innerparteilichen Machtverhältnisse wirklich im Interesse linker Inhalte agieren wird: Unmittelbar nach der Wahl sprach sich Compass für eine »progressive coalition« mit den Liberaldemokraten aus, ohne dafür inhaltliche Bedingungen geltend zu machen. Zum anderen erklärte Jon Cruddas seine Nichtkandidatur für den Parteivorsitz, begleitet von Gerüchten, er wolle sich Blair-Intimus David Milliband als Stellvertreter zur Verfügung stellen – eine Konstellation, die dem *New-Labour*-Camp erleichtern würde, entscheidende inhaltliche Debatten bei dieser Wahl nicht führen zu müssen. Allerdings arbeitete Compass auch mit anderen linken Strömungen und Basis-Initiativen zusammen, um die von Generalsekretär Collins geplante D-Zug-Variante der Nominierungen zu verhindern.

Die Linken, die es niemals waren: Die Liberal Democrats

Als nach der Unterhaus-Wahl im Mai die Koalitions-Gespräche aufgenommen wurden, rechneten viele Beobachter mit der Bildung einer Koalition aus *Labour* und Liberaldemokraten. In der öffentlichen Meinung galten die Lib Dems als »natürlicher« Bündnispartner *Labours*. Die darauffolgende Entscheidung des neuen Parteivorsitzenden Nick Clegg, mit den Konservativen eine Regierung zu bilden, konnte aber nicht wirklich überraschen. Die Liberaldemokraten, die dritte Partei im britischen Parteienspektrum, haben sich traditionell immer schon als Sammelbecken derer angeboten, die, auch durchaus unpolitisch, von der durch das Mehrheitswahlrecht diktierten Zweiparteienherrschaft frustriert waren.⁵³ Dies reflektiert sich auch in Mitgliederzahl und sozialer Zusammensetzung der Partei.

51 Gavin Hayes-Interview für diesen Artikel, London, Oktober 2009.

52 Ausnahme sind die Grünen, deren Chefin Caroline Lucas zur Compass-Jahrestagung 2009 eingeladen wurde.

53 Die jetzige Partei entstand 1988 durch die Vereinigung der Liberalen Partei mit der SDP, einer Rechtsabsplattung von Labour.

2008 hatte die Partei nur rund 60 000 Mitglieder.⁵⁴ Verschiedene Zahlen deuten darauf hin, dass die Liberaldemokraten die Partei mit dem höchsten Anteil an Angestellten und Beamten in Großbritannien sind, nur fünf Prozent der Mitglieder rechneten sich 1999 selbst der Arbeiterschaft zu.⁵⁵ Jedoch wurde es in der Zeit nach 1990, durch das ideologische Einschwenken *Labours*, inhaltlich auch immer schwieriger, eigene politische Akzente zu setzen. Dies gelang der Partei dann unter der Führung von Charles Kennedy teilweise wieder: Er führte die Politik der Partei vorsichtig nach links, indem die Partei insbesondere auf dem Gebiet der Bürgerrechte den autoritären Tendenzen *New Labours* den Kampf ansagte. Der relative Erfolg dieser Taktik zeigte sich dann besonders in der Frage des Irak-Krieges. Hier konnten die *Lib Dems* mit ihrer Gegnerschaft zu diesem Krieg durchaus Massenzustimmung gewinnen: Bei der Unterhaus-Wahl 2005 konnten sie die Anti-Kriegs-Stimmen kanalisieren und rangen *Labour* eine Reihe von wichtigen innerstädtischen Wahlkreisen ab.

Im Laufe der dritten *Labour*-Legislatur forderte aber die strategische Zentralstellung der Liberaldemokraten ihren Tribut. Spätestens mit dem Sieg des Wirtschaftsliberalen Nick Clegg bei den Wahlen zum Parteichef wurde klar, dass sich eine Profilierung der *Lib Dems* genauso gut ›auf rechts‹ durchsetzen konnte. Cleggs Inthronisierung war die Konsequenz des Aufstiegs des ›orange book mob‹ – einer Gruppe ehrgeiziger Neoliberaler, die nun endlich auch die Schaltstellen der dritten britischen Parlamentspartei erobern konnten.⁵⁶ Dieser Einfluss zeigte sich schon deutlich weit vor der Wahl: Clegg versuchte mit markigen Spar-Sprüchen, den Eindruck des fähigen Haushälters zu erwecken. Und im Wahlprogramm wurde z. B. die Forderung nach Wiederverstaatlichung der britischen Eisenbahnen fallengelassen. Der Eintritt in die Regierung und die damit einhergehenden weiteren politischen ›Klarstellungen‹ sind nur folgerichtig: Namentlich das unsoziale Kürzungspaket, das demnächst durchs Parlament gebracht werden soll, zeigt, dass der jetzigen Politik der Partei keinerlei Verständnis von Sozialstaat mehr zugrunde liegt. Auch wichtige Versprechen des Wahlprogramms im Bereich der persönlichen Freiheitsrechte werden dem Wohlwollen der Konservativen in der Regierung geopfert: Die Einführung von maschinenlesbaren Personalausweisen wird ebenso wenig aufgegeben wie die repressiven Anti-Terrorgesetze der Vorgänger-Regierung, welche die Inhaftierung von Personen ohne richterlichen Beschluss bis zu 28 Tagen ermöglichen. Und das zentrale Wahlversprechen, eine Ablösung des britischen Mehrheitswahlrechts zugunsten eines Ver-

54 Membership of UK political parties – House of Commons Library publication, standard note: SN/ SG/5125.

55 Angaben: Paul Whiteley, Patrick Seyd: A study of Liberal Democrat party members, 1999. Abgerufen am 4.4. 2010: <http://www.esrcsocietytoday.ac.uk/ESRCInfoCentre>.

56 Genannt nach dem Orange Book (2004), in dem Vertreter des rechtsliberalen Flügels ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zusammenführten und der sozial-liberalen Beveridge Group erfolgreich die Gestaltungshoheit innerhalb der Partei streitig machten.

hältniswahlrechts, wurde richtiggehend verraten.⁵⁷ Im Gegensatz zur *Labour Party* gibt es jedoch kaum Strukturen innerhalb der Partei, die Widerspruch oder alternative politische Schwerpunkte zur Parteiführung formulieren können.

Die Liberaldemokraten waren zur Zeit des Irak-Krieges ein ernsthafter Konkurrent Labours um die Stimmen der jungen linksafinen Intelligenz in den Städten. Durch die zentristische Position im britischen Parteienspektrum wird diese Partei aber immer gezwungen sein, auch konservative Wähler anzusprechen, um ihren Rückhalt insbesondere im ländlichen West-England nicht zu verlieren. Zusammen mit dem Normierungsdruck, der jetzt mit der Übernahme der Koalitionsdisziplin auf der Partei lastet, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass diese Partei auf mindestens zehn Jahre als progressive Gestaltungsmacht ausfällt, von der Unterstützung linker systemkritischer Projekte ganz zu schweigen.

Die radikale Linke: Chancen gewonnen – und zerronnen?

Herkömmlicherweise ist das Hauptmerkmal der britischen radikalen Linken die Zersplitterung.⁵⁸ Dennoch hat die Aussicht auf die Wahlen 2010 zu einer neuen Dynamik innerhalb der Linken links von *Labour* geführt. Im Jahr 2009 gewannen zwei Hauptvorgänge linker Neuausrichtung an Schwungkraft, beflügelt vom gesteigerten öffentlichen Profil linker Ideen sowie von außerparlamentarischen Kampagnen wie dem Anti-G-20-Gipfel und der »Wir zahlen Eure Krise nicht!«-Bewegung. Erstens initiierten linke Gewerkschaftler/innen 2008 die »People's Charter«, womit versucht wurde, einen Vorgang politischen und ideologischen, statt lediglich wahlpolitischen, Koalitionsaufbaus in Gang zu bringen.⁵⁹ Zweitens hat man die *Convention of the Left* wieder aufleben lassen.⁶⁰ Diese jährliche Versammlung wurde September 2008 – zeitgleich mit dem *Labour*-Parteitag – einberufen, um ein gemeinsames Forum für den politischen Austausch über ein kulturell sehr heterogenes Spektrum hinweg aufzustellen. Alle wichtigen Akteure der außerparlamentarischen Linken waren bei den letzten beiden Kongressen anwesend. Wichtige Fortschritte wurden bei der Findung gemeinsamer politischer Prioritäten erzielt, wie bei der Vorbereitung des Kampfes gegen die von (jeder) neuen Regierung zu erwartenden Kürzungen oder der Antwort auf die Herausforderung durch die BNP. Jedoch versäumte der Kongress 2009, sich auf ein formales Wahlbündnis zu einigen, wie viele es erwartet hatten. Stattdessen entstanden im Laufe des Jahres zwei Zweckbündnisse.

57 Die Liberaldemokraten ließen sich in den Koalitionsverhandlungen auf das Wahlmodell »Alternative Vote« herunterhandeln, welches das Prinzip des Mehrheitswahlrechts intakt lässt, aber ihren eigenen Kandidaten mehr Chancen einräumt. Aber selbst dieses Modell soll nur nach einem erfolgreichen Referendum eingeführt werden.

58 Für eine gute politisch-ideologische Einordnung der vielen Facetten der britischen außerparlamentarischen Linken vgl. Peter Ullrich: Die Linke, Israel und Palästina, Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2007, Kapitel 3.

59 Vgl. www.thepeoplescharter.com; abgerufen am 4.4.2010.

60 Vgl. <http://www.conventionoftheleft.org>; abgerufen am 4.4.2010.

Die traditionelle Linke »auf die Schnelle«: Die TUSC-Koalition

Die Hauptprotagonisten des Wahlbündnisses »Gewerkschafts- und sozialistische Koalition« (TUSC) waren zwei kleine traditionell-linke Kleinparteien.⁶¹ Die trotzkistische *Sozialistische Arbeiterpartei* (SWP), mit etwa 4 000 Mitgliedern die größte unter den Kleinparteien, kam im Januar 2009 hinzu: Im Jahre 2007 vollzog sie eine bittere Scheidung von der Respect-Partei. Danach versank die SWP in massiven internen Richtungskämpfen. Wohl wegen Unstimmigkeiten über die Bündnis-Taktik der SWP bei den Parlamentswahlen gipfelte der Streit im Februar 2010 im Austritt eines wichtigen Teils der Parteikader, der Gruppe um den früheren Generalsekretär John Rees und Lindsey German.⁶² Der Rest unter dem neuen Generalsekretär Martin Smith beschloss, der TUSC beizutreten.

Treibende politische Kraft hinter dem TUSC-Projekt ist der Generalsekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft RMT, Bob Crow, selbst KPB-Mitglied. Kennzeichnend für den kontroversen Charakter dieses Projekts auch innerhalb der radikaleren Linken war die Unfähigkeit Bob Crows, die (finanzielle) Unterstützung selbst seiner eigenen Gewerkschaft für TUSC zu gewinnen. Hauptkritikpunkt mehrerer Organisationen, die nicht teilnahmen, wie die KPB und die KPGB/prov. ZK (letztere eine winzige, damals stalinistische Abspaltung der alten KPGB) sind die Geheimniskrämerei und die überstürzte, intransparente Art und Weise, in der das Projekt geplant wurde. Einerseits gibt es eine große Übereinstimmung mit der Politik von *Respect*, z. B. in der Wirtschafts- und Außenpolitik, andererseits aber unterschiedliche Schwerpunkte. Erstens sieht sich die TUSC als Teil eines Versuchs, eine neue Arbeiterpartei in Großbritannien aufzubauen, ein Projekt, das viele Linke als traumtänzerisch bezeichnen. Zweitens, und als Folge dessen, zielt die Koalition nur auf die klassische Kernwählerschaft in der Arbeiterklasse. Der Druck, den die europaweite Arbeitsmigration auf un- und angelernte Arbeiter/innen als Folge der EU-Gesetzgebung ausübt, verführte Crow schon bei den Europa-Wahlen zu undifferenziertem Euroskeptizismus: Vorgängerin der TUSC bei den Europawahlen 2009 war das Bündnis »NO2EU« (also »nein zur EU«).⁶³ Drittens befürwortet die TUSC mit Blick in Richtung der Bergbaugemeinden die »saubere Kohletechnik«, die von großen Teilen der Umweltbewegung abgelehnt wird. Jedoch hatte Crow mit beiden Bündnissen keinen Erfolg: Im Mai erlangte TUSC nur mit seinem respektierten (Ex-*Labour*) Kandidaten Dave

61 Die Sozialistische Partei von England und Wales (SPEW, ca. 800 Mitglieder) liefert hier vor allem logistische Unterstützung statt intellektueller Führung. Die Kommunistische Partei Britanniens (KPB, ca. 1 000 Mitglieder; sie ist Nachfolgerin der alten KPGB, die sich in der Wendezeit auflöste) hatte beschlossen, nicht teilzunehmen und stellte ein eigenes Minibündnis auf. Die ihr nahestehende Zeitung Morning Star unterstützte aber die TUSC.

62 Angeblich wollten Rees und German, maßgebliche Organisatoren der Friedensbewegung von 2003, eine breitere Koalition.

63 Das Wahlprogramm der TUSC sieht die Gefahr von »kapitalistischen, militaristischen Vereinigten Staaten von Europa«. Doch abgesehen von solchen Wahlkampfsprüchen sieht Crow ganz zu Recht die Konflikte zwischen einheimischen Arbeiter/innen und Immigrant/innen als Folge der Entsenderichtlinie: »zwei Arbeiter aus unterschiedlichen Ländern konkurrieren auf unterschiedlichem Lohnniveau«. www.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/8059281.stm; abgerufen am 4.4.2010.

Nellist in Coventry ein Ergebnis von über einem Prozent der Stimmen (3,7 Prozent).⁶⁴

Fischen in grünen Gewässern: Respect

Mittelfristig wahlpolitisch hoffnungsvoller schien eine sich herausbildende Zweier-Kooperation zwischen der Respect-Partei und den Grünen, wobei *Respect* hoffte, drei Wahlkreise zu gewinnen, und die Grünen erwarteten zumindest einen. Nach der Spaltung von *Respect* im Jahre 2007 hatte sich die Fraktion um George Galloway die Rechte auf den Parteianamen gesichert. Mit einer jetzt viel kleineren Mitgliedschaft (ca. 700) waren die ethnischen Minderheiten der gesellschaftliche Hauptadressat der Aktivität von *Respect*, besonders die muslimischen Wähler/innen. Ihr Streben nach bürgerlicher Emanzipation mündete in eine breite Palette von antirassistischen und antifaschistischen Organisationen und hat Tausende von britischen Asiaten der zweiten und dritten Generation in die Politik gebracht.⁶⁵

Das zeigte sich auch im Wahlprogramm. Einerseits sind die meisten Punkte, die auf dem *Respect*-Parteitag 2009 verabschiedet wurden, eindeutig traditionelle linke Forderungen.⁶⁶ Andererseits ist und bleibt die Rolle des Islam bei der Strukturierung der asiatischen Gemeinschaften und ihrer Wählerschaft eine Kontroverse innerhalb der breiteren Linken. Erstens provozierte *Respects* stillschweigende Unterstützung für islamische Koranschulen Vorwürfe, die Partei betreibe »Identitätspolitik« auf Kosten einer (Klassen-) Interessenvertretungspolitik.⁶⁷ Zweitens trug dies zu einer Entwicklung bei, in der die Politik von *Respect* auf die Kritik der neoimperialistischen Politik von *New Labour* sowie auf die palästinensische Frage reduziert wurde. Leider sorgte Galloway auf dem Parteitag 2009 dafür, dass dieser Disput nicht moderiert, sondern verschärft wurde. Die Fraktion um Parteisekretär Nick Wrack, die für stärkere innerlinke Verbindungen und für den Beitritt zur TUSC argumentierte, wurde von Galloway beschuldigt, sie »liefe kleinen linksextremen Kulturen hinterher«. Andererseits zog Galloway Kritik wegen seines Aufrufs auf sich, in den Wahlkreisen, »wo es keine glaubwürdige Alternative gibt«, *Labour* zu wählen.⁶⁸

64 Auch das No2EU-Bündnis erhielt im Juni 2009 mit etwa 153 000 Stimmen nur rund ein Prozent der Stimmen.

65 *Respect* hält gegenwärtig sechs Ratssitze in Ostlondon, zwei in Birmingham und einen in Newham.

66 In den Dokumenten wird *Respect* als »Partei der Linken« bezeichnet. Zu ihren Forderungen gehören z. B. die Erhöhung des steuerlichen Spitzensatzes und das Ende der Privatisierungen. Die Finanzkrise wird als »Folge der Funktionsweise des Kapitalismus« gesehen. Abgerufen am 4.4.2010 auf <http://www.therespectparty.net/conf2009.php?category=Motions Prozent20as Prozent20Amended Prozent20Passed>.

67 Nicht nur die SWP hat den Kommunalismus Galloways angeprangert, doch auch sie akzeptiert weitgehend die internen Machtverhältnisse dieser Gemeinden und ihren Konservatismus, indem sie mit den örtlichen und religiösen Eliten zusammenarbeitet. <http://libcom.org/library/croissant-roses-New-Labour-muslim-britain>; abgerufen am 4.4.2010.

68 George Galloway bleibt trotz aller Konflikte um seine Person die überragende politische Persönlichkeit der britischen außerparlamentarischen Linken. Für seine kompromisslose Haltung gegen den Irak-Krieg von Blair aus der Labour-Partei ausgeschlossen, hat er seit dem nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Renaissance der britischen Friedensbewegung im Jahr 2003 geleistet: Praktisch im Alleingang versuchte er danach, diese Erfolge mit der Gründung von *Respect* zu verstetigen, was 2005 zu einem spektakulären Erfolg führte: Er war der erste Parlamentsabgeordnete seit 1945, der links von *Labour* ins Parlament gewählt wurde. Leider entschied sich Galloway, seinen Sitz (Bow & Bethnal Green in London) 2010 nicht zu verteidigen.

Galloway sprach sich auch dafür aus, verschiedene einzelne Kandidaten zu unterstützen, darunter Dave Nellist von der TUSC und Caroline Lucas von den Grünen, doch im Wortlaut der Parteitagsunterlagen findet sich nur das Versprechen von *Respect*, die Grünen in anderen Wahlkreisen zu unterstützen. Blieben frühere Versuche, Wahlkreise zwischen *Respect* und den Grünen aufzuteilen wegen grüner Unnachgiebigkeit erfolglos, so hatten nun beide Parteien zugestimmt, nicht gegeneinander anzutreten und sich in den Wahlkreisen gegenseitig zu helfen, wo ein *Respect*- bzw. ein grüner Sieg möglich scheint.⁶⁹ Die Grünen sind wiederum für *Respect* attraktiv, da sie mit über 100 Stadt- und Gemeinderäten, zwei Europaabgeordneten und einer Mitgliedschaft von etwa 7 500 eine professionelle politische Infrastruktur anbieten können.⁷⁰ Jedoch wollen die Grünen nach dem Scheitern von Kopenhagen und in einer Situation, wo selbst Konservative ihr umweltpolitisches Herz entdecken, eine breite Palette an nonkonformistischen Wähler/innen, hauptsächlich aus der Mittelschicht, ansprechen, und sie schämen sich zunehmend linker Argumentation.⁷¹

Trotzdem ist die Wahl von Caroline Lucas zur ersten grünen Parlamentsabgeordneten in Großbritannien unbestreitbar ein großer Erfolg. Ihr Eintreten für eine gerechte Globalisierung, eine nicht-interventionistische Außenpolitik und die Ablehnung von Atomwaffen wird die Debatten im Unterhaus sehr bereichern. Allerdings zeigt die Spezialität ihres Sieges auch die Begrenztheit des Modells, das hinter diesem Sieg steht: Die postmaterialistische Mittelschicht ist vielleicht in noch zwei, drei anderen Wahlkreisen groß genug, um einen grünen Sieg zu ermöglichen – daher passt das Abkommen den Grünen auch ganz gut. Doch der Verlust des Parlamentsmandats von *Respect* in London Bow und die denkbar knappen Misserfolge solch gestandener *Respect*-Aktivisten wie George Galloway und Selma Yaqoob in Poplar (London) und Sparkbrook (Birmingham) zeigen: Um relative Mehrheiten für die Linke in ethnisch gemischten Bereichen, wie z. B. in Birmingham, zu gewinnen, muss *Respect* auch alle Teile der sozial Schwachen ansprechen: Weiße, Schwarze, nicht nur kleine Gewerbetreibende, sondern auch die Arbeiterklasse und die Studentenschaft. Dies würde eine Neuverhandlung solcher Werte wie Säkularismus und Kommunalismus erfordern und einen Ausgleich mit jenen, die die Stimmen in diesen Bevölkerungsgruppen liefern können, sonst ist der Erfolg – zumindest unter einem Mehrheitswahlrecht – nicht möglich. Trotzdem sind die von Galloway und Yaqoob erreichten Prozentsätze in ihren Wahlkreisen (jeweils um die 20 Prozent) durchaus beachtenswert und lassen für

69 *Respect* hatte eine realistische Chance, die Wahlkreise Birmingham-Sparkbrook (hier kandidiert Salma Yaqoob), Poplar and Limehouse (George Galloway) und East Ham zu gewinnen, blieben aber erfolglos. Die Grünen haben aber mit Caroline Lucas in Brighton einen Erfolg zu verzeichnen – ihre erste Parlamentsabgeordnete überhaupt.

70 Mitgliederzahl von der Wahlkommission, 2009.

71 Die grünlinke Tendenz bei den Grünen ist in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt worden, mit Ausnahme von Caroline Lucas vermeiden alle anderen Führungsmitglieder, von den Grünen als linker Partei zu sprechen.

die Zukunft die Erringung von Parlamentsmandaten, noch dazu unter einem künftig günstigeren Wahlrecht, weiterhin realistisch erscheinen.

Schottland – (k)eine Ausnahme

In Schottland gab es zu Beginn des Jahrzehnts eine hoffnungsvolle eigenständige Entwicklung der Linken. Das Land hat durch seine traumatischen Erfahrung mit der Deindustrialisierung und seine daraus resultierende Abhängigkeit von Strukturhilfe mehr als andere Teile des Vereinigten Königreichs eine markt-kritische politische Kultur ausgeprägt. Dies äußert sich in einer strukturellen relativen Mehrheit für *Labour* in Parlamentswahlen und in einer sehr aktiven außerparlamentarischen Linken. Im Jahr 2003 sah es so aus, als ob sich die schottische Linke die verfassungsmäßige Neuordnung Großbritanniens durch Blair zunutze machen würde: Mit Tommy Sheridan als einer respektierten, charismatischen Integrationspersönlichkeit gelang es der neugegründeten *Scottish Socialist Party* (SSP), mit sechs Abgeordneten in das neue schottische (Regional-)Parlament einzuziehen. Dieser Erfolg war aber auch der günstigen politischen Situation geschuldet; der Irak-Krieg brachte alle potentiellen Linkswähler gegen *Labour* auf, und das Weltwirtschaftsklima bescherte Schottlands Dienstleistungssektor einen Boom. Die SSP trat daraufhin mit einem Programm an, das den Protest gegen den Irak-Krieg und die Perspektive der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich als Hauptziele verband. Beide Motivationen sind heute so nicht mehr gegeben, und das Festhalten der Partei an der Forderung nach vollkommener Unabhängigkeit hat der Partei, berechtigterweise, den Verdacht eingehandelt, nationalistische Ideologie zu bedienen. Entscheidend für die Entwicklung war ab 2004 aber vor allem die Rückkehr des sektiererischen Verhaltens: Tommy Sheridan scherte nach persönlichen Zwistigkeiten aus und gründete 2006 mit Mitgliedern der SWP (die ebenfalls aus der SSP austraten) seine eigene linke Partei, *Solidarity*. Geradezu folgerichtig war die vollkommene Niederlage beider Parteien (mit jeweils 0,6 bzw. 1,5 Prozent) bei den nächsten schottischen Parlamentswahlen 2007.⁷² Und diese desaströse Stagnation hält an: In den Parlamentswahlen im Mai 2010 stellte die SSP nur in zehn Wahlkreisen Kandidaten, aber auch hier kamen diese nur auf durchschnittlich 0,8 Prozent der Stimmen im Wahlkreis.

Die traditionell starke außerparlamentarische Linke in Schottland ist nach wie vor sehr aktiv; beredtes Beispiel dafür ist z. B. die Jugendorganisation der SSP, die *Scottish Socialist Youth*, mit ihren Kampagnen z. B. gegen die Trident-Stationierung in Clydebank und ihre erfolgreiche Anti-Nazi-Kampagne (gegen die *Scottish Defence League*). Doch der vor allem durch die Sheridan-Affäre wiedererweckte sektiererische Impuls wirkt weiter fort und macht auch bei den schottischen Parlamentswahlen 2011 einen linken Wahlerfolg sehr unwahrscheinlich.

72 Scottish elections 2007 results: BBC Scotland website.

Ausblick: Welche Chancen auf einen Wahlerfolg gibt es für die Linke in Großbritannien?

Labour nach der Wahlniederlage

Alles in allem ist es schwierig zu entscheiden, ob die Hoffnung vieler Linker aufgehen kann, dass *Labour* im Nachgang der Wahlniederlage im Mai 2010 zu einer konsequenten linken Politik zurückfinden kann. Die personale Zusammensetzung der Fraktion, des wirklichen Machtzentrums der Partei, lässt dies nicht erkennen. Realistischerweise ist auch zu hinterfragen, ob dies *Labours* Rolle im Parteienspektrum sein kann. Aufschluss wird auf jeden Fall die Wahl des Parteivorsitzenden geben. Die Kandidaten für den Parteivorsitz können nur von einem Quorum von 12,5 Prozent der Abgeordneten der Parlamentsfraktion vorgeschlagen werden. Diane Abbot von der SCG hat sich zur Kandidatur bereit erklärt, und schaffte es, sich für die Vorschlagsliste zu qualifizieren. Mit dem Ausscheiden von Crudas bleiben sonst nur Kandidaten, die entweder durch die Blair- oder die Brown-Connection in ihre Position gekommen sind und von denen ein politisch-inhaltliches Umlenken nicht erwartet werden kann. Durchaus erreichbar scheint aber die Möglichkeit, eine Mitte-Links-Koalition innerhalb der Partei aufzubauen, die durch Basisarbeit und die Zurückerkämpfung von innerparteilichen Wahlpositionen eine Art linker Sperrminorität gegen eine weiterhin *New-Labour*-lastige, aber diskreditierte Führung aufbaut. Dies wird von Bedeutung sein, wenn es um die Position der Partei zum angekündigten massiven Sparprogramm der Regierung geht: Ein entschlossenes Programm des Widerstands, hinter dem sich die Partei versammelt, könnte die letzte Chance für die Partei sein, ihrer potentiellen Wählerschaft einen Gebrauchswert zu demonstrieren.

Wahltaktik – viele Wege, ein Ziel

Betrachtet man die vielschichtige Landschaft der britischen Linken mit ihrer klassischen Spaltung in *Labour* und Links-von-*Labour* so wird klar, dass es, je nachdem, wo man sich engagiert, mehrere Antworten auf die Frage gibt, wie ein Wahlerfolg für die Linke zu erzielen wäre, zumal jetzt durch das Versprechen der neuen Koalition zumindest eine Reform des Mehrheitswahlrechts bevorzuzustehen scheint. Fest steht allerdings bereits jetzt, dass die bürgerliche Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten kein Element des Verhältniswahlrechts zulassen wird.⁷³ Auch in der Rhetorik der Liberaldemokraten findet sich seit Regierungseintritt nur noch der Verweis auf ein »mehr proportionales« Wahlrecht.⁷⁴

73 Dies wäre das Modell »Alternative Vote Plus« der Jenkins-Kommission von 1998 gewesen, das Labour den Liberaldemokraten angeboten hätte. Die Konservativen stimmten nur der abgespeckten Variante der »Alternative Vote« zu: Unter dieser können Wähler mehrere Präferenzen (erste, zweite, dritte Wahl) angeben, aber wiederum wird nur ein Kandidat gewählt, wodurch wieder Stimmen anderer Kandidaten nicht zählen. Dies wird von Wahlrechtsexperten als weiterhin undemokratisch oder nicht weitgehend genug bezeichnet.

74 Vgl. <http://www.libdems.org.uk/siteFiles/resources/PDF>.

Angesichts dessen muss die *Labour*-Linke vorerst kämpfen, um den quasi autonomen Raum der LRC/SCG zu verteidigen, in dem der Parteiapparat *New-Labour*s nichts zu sagen hat und durch den linke Parteiverbände vor Ort weiterhin linke Parlamentskandidat/innen nominieren können. Da die parlamentarische Vertretung von *Labour* im aktuellen Parlament geschrumpft ist, werden auch hier die Ressourcen abnehmen, und der Kampf um Quasiautonomie wird sich intensivieren. Diesen Kampf muss und kann man gewinnen, möglicherweise mit stillschweigender Unterstützung von Teilen der *Compass*-Strömung. Viel wird hier auch davon abhängen, wie das LRC sich in der gesellschaftlichen Alltagswelt verankern kann. Sollte sich eine eigenständige Basiskultur entwickeln können, wäre dies sicher ein Anreiz mehr für die Gewerkschaften, die Finanzierung von Abgeordneten langfristig generell von *Labour* weg und hin zu Kandidaten zu lenken.

Für die britische Linke insgesamt sind die Ereignisse der letzten zwölf Monate eindeutig von großer Bedeutung gewesen: das Abkommen von *Labour* mit den Grünen zeigt, dass das Ziel »einer gemeinsamen Kandidatur links von *Labour*« in einer Zeit des schwindenden ideologischen Sektierertums möglich ist. Die *Convention of the Left* könnte in der Zukunft zu einem Mechanismus werden, mit dem solche gemeinsamen Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre unterschiedlichen Parteimitgliedschaften nominiert werden könnten – oder eben die Unterstützung eines (linken) *Labour*-Kandidaten verkünden. Dies würde den Druck von links auf *Labour* maximieren, selbst wenn ein/e solche/r Kandidat/in keine Chance hat zu gewinnen. Besonders in »sicheren« *Labour*-Wahlkreisen könnte die »taktische Stimme« etwas Neues bedeuten: die Abwahl eines konservativen *Labour*-Kandidaten nämlich.⁷⁵ Trotz des Misserfolgs von Galloway und Yaqoob haben sie die Möglichkeit solcher »negativer« Kampagnen aufgezeigt. Dies wäre ein wichtiges Mittel, um die politische Aufstellung *Labours* »von außen« zu beeinflussen.

Linke Strategie gesucht: neue gesellschaftliche Vorstellungen kollektiven Empowerments

Jedoch genügen all diese taktischen Überlegungen nicht, um eine linke politische Wiedergeburt zu ermöglichen, wenn die britische Linke der Bevölkerung keine glaubwürdige alternative Vision für das Leben in Großbritannien anbieten kann, die die eingangs analysierten Probleme anspricht und es schafft, eine gesellschaftliche Koalition betroffener Gruppen zusammenzubringen, die von einer »linken Lösung« einen Vorteil hätten.

Nach dem Scheitern von *New Labour* bietet sich für die Linke nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die Notwendigkeit, ein neues Projekt zu entwerfen, eine neue Idee zu formulieren. Immer noch wegen des Verschwindens politischen Bewusstseins in der Arbeiterklasse sowie von der Gleichgültigkeit der modernen

75 Bis jetzt bedeutete die »taktische Stimme« eigentlich immer, den Kandidaten zu wählen, der am besten geeignet wäre, einen Kandidaten der Konservativen Partei zu verhindern bzw. abzuwählen.

linksliberalen Intelligenz desillusioniert, beginnt die britische Linke nur zaghaft, sich mit diesen neuen Möglichkeiten zurechtzufinden. Zuvörderst muss sie wieder lernen, dass jedes linke Projekt in gesellschaftlicher (Gegen-)Macht verwurzelt sein muss. Überraschenderweise kann die Linke, wie Jeremy Gilbert schreibt, hier etwas von den Konservativen Thatchers und ihrem Hauseigentümerprogramm lernen, nämlich dass »der politische Erfolg nicht darin liegt, dass eine Regierung richtige Entscheidungen trifft, sondern dass dieser vor allem mit der Mobilisierung und der selektiven Ermächtigung verschiedener Bevölkerungsschichten zu tun hat«⁷⁶. Die gesellschaftliche Machtbasis der Linken in Großbritannien sind schon immer die Gewerkschaften und ihre Genossenschaften gewesen. Warum sollten nicht Strukturen des kooperativen Tausches zum gegenseitigen Vorteil ohne Geldmittel (mit oder ohne Unterstützung der Regierung) zur Selbsthilfe genutzt werden, um die sozialen Probleme von Gemeinden der Arbeiterklasse in den verarmten Bereichen des englischen Nordens, in denen kein Kapital mehr investiert, anzugehen? Warum sollten nicht entscheidende Schritte zur Abschöpfung der riesigen Gewinne der Londoner City propagiert werden, um damit einen Beitrag zur Rückentdeckung des Wohlfahrtsstaats-Prinzips zu leisten? Warum sollte man nicht für die Interessen der städtischen Intelligenz eintreten, indem man eine radikale Kommunalisierung des riesigen britischen privaten Mediensektors fordert, wodurch nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern auch eine öffentlich verantwortlichere Medienlandschaft entstünde? Und warum sollte die Linke nicht mit einem neuen System für die eigenen Abgeordneten und Ratsmitglieder eine Norm für die öffentliche Verantwortlichkeit von Mandatsträgern setzen, was die Rechte so lange vermieden hat?

Ein solcher gesellschaftlicher Reformansatz wäre eine Ergänzung für ein linkskeynesianisches sozialdemokratisches Regierungsprogramm. Die Linke muss die sehr konkreten gesellschaftlichen Gruppen ansprechen, die davon profitieren würden, und mehr noch, für sie sprechen, um von ihnen als ihre Vertreterin akzeptiert zu werden. Dazu muss insbesondere versucht werden, das Gefälle zwischen materialistisch und postmaterialistisch wertausgerichteten Wählerschaften zu überbrücken. Unabhängig von ihrer Politik stellte das Schröder-Blair-Papier durchaus eine solche real-existierende Wählerkoalition dar, die erfolgreich als »Dritter-Weg«-Ideologie verpackt wurde. Da nun die neoliberale Wählerkoalition von *New Labour* auseinanderbricht, hat die Linke gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise die Chance, mit einem Koalitionsprojekt hervorzutreten, das die Ideen von Gleichheit und Solidarität betont. Im Umriss ist die Herausforderung ähnlich der, die 1994 für Blair bestand: die Suche nach einer ausreichend mächtigen gesellschaftlichen Koalition, um das Projekt umzusetzen. *New Labour* entschied sich damals, in seiner typischen Mischung aus Fatalismus und Feigheit, für die

76 Der massive Ausverkauf von Sozialwohnungen in den 1980er Jahren hat die Beliebtheit Margaret Thatchers enorm gesteigert.

falsche Koalition, nämlich für die mit dem Großkapital. Die Herausforderung für die britische Linke ist, eine Konzeption für eine Koalition zu entwickeln, die breit genug wäre, um das Finanzkapital der City wenigstens in Schach zu halten, sowie solide genug, um die Interessengruppen in dieser Koalition entlohnen zu können. Ob eine solche Konzeption sich dann unter dem Schirm einer radikal erneuerten *Labour Party* oder außerhalb von ihr oder in verschiedenen Parteien parlamentarisch manifestiert, wird die Zukunft zeigen.

Aktualisierung

Mit dem Sieg von Ed Miliband über den Vertreter des *New-Labour*-Flügels, seinen Bruder David, im Ringen um die Führungsspitze der *Labour Party* scheint sich tatsächlich eine Mehrheit innerhalb der Partei zu manifestieren, die den Willen hat, aus den Fehlern des *New Labour*-Projekts politische Konsequenzen zu ziehen. Symptomatisch hierfür ist das erste öffentliche Eingeständnis des neuen *Labour*-Vorsitzenden, dass die Führung des Irak-Kriegs ein Fehler war.⁷⁷ Ob sich diese Mehrheit in der Partei zusammenfindet, um eine neue linke oder auch nur eine ehrlich sozialdemokratische Vision zu entwickeln, und ob sie bereit ist, auch mit anderen für linke Politik ansprechbaren gesellschaftlichen Partnern gemeinsam zu arbeiten, wird die Zukunft zeigen. Ein erster Test dafür werden bereits die Auseinandersetzungen sein, die im Zusammenhang mit dem Kürzungsprogramm der Cameron-Regierung geführt werden müssten. Wird *Labour* kämpfen? Wird man Streiks und Demonstrationen befürworten? Hier gibt es widersprüchliche Anzeichen, so dass die Entscheidung noch aussteht, ob und inwieweit die *Labour Party* aus der Rolle des Kollaborateurs (der Eliten) austritt und wieder zu einem Interessenvertreter der Nicht-Privilegierten oder gar zu einem Akteur der gesellschaftlichen Veränderung im linken Sinne werden kann.

Ich danke Andrew Stevens, London, und Isabel Reißmann, Brüssel, für ihre Hilfe und Unterstützung bei der Forschungs- und Redaktionsarbeit.

⁷⁷ Ed Miliband nach seiner Wahl in seiner Antrittsrede zum Parteichef auf dem Labour-Parteitag, 28. September 2010.

Eine Partei für die »einfachen Leute« – die Socialistische Partij in den Niederlanden

Einleitung

Die niederländische *Socialistische Partij* (SP) hebt sich in vielerlei Hinsicht markant von ihren westeuropäischen Schwesterparteien ab. Im Gegensatz zu diesen (Azmanova 2004, March 2009, Spier/Wirries 2007) ist sie nicht aus linkssozialdemokratischen oder aus einst moskautreuen kommunistischen Gruppierungen hervorgegangen, sondern die Nachfolgerin einer kleinen maoistischen Kaderpartei der späten 60er Jahre. Längst hat die SP ihre einstige Ideologie über Bord geworfen und sich nach einem »langen Marsch durch die Institutionen« in der äußerst fluiden niederländischen Parteienlandschaft etablieren können.

Ihr langjähriger Vorsitzender, politischer Führer¹ und Fraktionsvorsitzender in der zweiten Parlamentskammer Jan Marijnissen repräsentierte für mehr als zwei Jahrzehnte personelle Kontinuität an der Spitze der Partei. Unter seiner Ägide konzentrierte sich die SP frühzeitig darauf, mit lebensnahen Themen an die Bürger heranzutreten und diese für dringende gesellschaftliche Probleme zu sensibilisieren. Umweltverschmutzung, Verkehrspolitik, sinkende Renten und die schlechte Gesundheitsversorgung sprach die SP mithilfe vielfältiger Aktionsformen und eigens eingerichteter Vorfeldorganisationen an und legte somit den Grundstein für eine gefestigte kommunale Basis und eine hohe Zahl aktiver Parteimitglieder. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 erhielt die SP den elektoralen Lohn für ihre langjährige engagierte Basisarbeit fernab der festgefahrenen parteipolitischen Machtstrukturen. Mit 16,6 Prozent der Stimmen und 25 der 150 Sitze in der Zweiten Kammer wurden die Sozialisten zur drittstärksten politischen Kraft der Niederlande. Mehr als 50 000 Mitglieder zählte die Partei in diesem Jahr, zudem wurde sie in vielen Gemeinden erstmals an Magistraten beteiligt.

Hingegen brachte der jüngste Urnengang im Juni 2010 zum ersten Mal in der Parteigeschichte einen herben Rückschlag. Doch ist sie auch mit 9,9 Prozent und einer auf 15 Mitglieder geschrumpften Kammerfraktion weiterhin ein politischer Faktor, mit dem man rechnen sollte. Der extreme Rechtspopulismus der antiislamischen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders aktivierte große Protestpotentiale auch bei bisherigen Anhängern der Sozialisten, und auch an die sozial-

1 In den Niederlanden sind die Ämter von Partei- und Fraktionsvorsitz (Zweite Parlamentskammer) in der Regel getrennt. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden ist meistens identisch mit jenem des »politischen Führers«. Die Aufgaben des Parteivorsitzenden sind hingegen meist organisatorischer Natur.

demokratische PvdA und die linksökologische Partei *GroenLinks* hat die SP viele Wähler verloren. Der Stimmenrückgang der SP hatte sich bereits länger abgezeichnet, was nicht nur der allgemeinen Konkurrenzsituation geschuldet ist. Nach den Gemeinderatswahlen im März war die damalige Vorsitzende Agnes Kant zurückgetreten, und ihr Vorgänger Marijnissen hatte sich ebenso wie seine Nachfolgerin ganz aus der Politik verabschiedet. Der neue Vorsitzende Emile Roemer musste daher das Kunststück vollbringen, sowohl sich selbst als Person als auch seine Partei wieder ins Spiel zu bringen.

Der vorliegende Beitrag wurde zum größten Teil vor den Parlamentswahlen am 9. Juni 2010 verfasst. Daher konnte der endgültige Ausgang der Koalitionsverhandlungen nicht behandelt werden. Dennoch lässt die bisherige Entwicklung der niederländischen Sozialisten allgemeine Rückschlüsse zu, vor allem im Hinblick auf ein erfolgreiches *Agenda Setting* in verschiedenen Politikfeldern und die nachhaltige Etablierung einer schnell wachsenden Parteiorganisation im politischen System der Niederlande. Bevor auf die aktuell gültigen organisatorischen und programmatischen Merkmale, die Parteiführung, Wähler- und Mitgliederstruktur sowie das Image der Partei eingegangen wird, sollen zunächst in einem einführenden zeithistorischen Rundumschlag die Grundsätzlichkeiten des niederländischen Parteiensystems und die Geschichte der SP skizziert werden. Denn auf diese Weise wird die Etablierung einer Partei, die ursprünglich einmal aus einer ideologischen Sektierercke kam und als eine undogmatische linkssozialistische Kraft heute von allen politischen Richtungen respektiert wird, viel besser erklärbar.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird mit Zitationen von Internetquellen in diesem Text sparsam umgegangen. Exakte Verweise und Erläuterungen finden sich daher im Literaturverzeichnis.

Von der Politsekte zur etablierten Partei – ein Abriss zur Geschichte der SP

Im Jahr 1970 hatte sich aus einer Vielzahl kleinerer maoistischer Personenzirkel, die sich von der damals moskautreuen Communistische *Partij van Nederland* (CPN) getrennt hatten bzw. ausgeschlossen worden waren, die *Kommunistische Eenheidsbeweging Nederland/marxisties-leninisties* (KEN/ml) gebildet. Ähnlich wie in den westdeutschen K-Gruppen zu dieser Zeit, hatten die Maoisten eine gewisse Anhängerschaft in studentischen Kreisen und weit weniger in jenen proletarischen Schichten der Bevölkerung, die man eigentlich erreichen wollte (Voerman 1987). Im August 1970 hatte die KEN/ml im Hafen von Rotterdam einen wilden Streik mitinitiiert, der zwar für mediales Aufsehen sorgte, aber nicht zu der erhofften Etablierung der Partei in der Arbeiterschaft führte. Innerhalb der Partei gingen schließlich die Ansichten der Aktivisten um die richtige Exegese von Maos »Massenlinie« (Mao Tse-Tung 1967, 140-158) immer weiter auseinander, was schließlich zur Spaltung der Organisation führte. Die habituelle und soziale Kluft

zwischen Akademikern und Arbeitern hatte maßgeblich zur Dissoziation beigetragen.

Die neue *Kommunistiese Partij Nederland/marxisties-leninisties* (KPN/ml) setzte im Gegensatz zur Rest-KEN/ml, die sich im leninistischen Sinne als intellektuelle revolutionäre Avantgarde begriff, auf ein populistisches Gedankengut, um die »Arbeitermassen« auf ihre Seite zu ziehen. Die Partei gab sich nach einjährigem Bestehen im Oktober 1972 den in der Tat massentauglicheren Namen *Socialistiese² Partij* (SP). Ihre Mitglieder sollten nicht nur mehr in ihrem Studierzimmer über revolutionären Theorien brüten, sondern vielmehr in der individuellen Erfahrung täglicher Arbeit sozialistisches Bewusstsein erlangen.

1974 verabschiedete die Partei auf ihrem zweiten Kongress ihr erstes Parteiprogramm, worin sie sich weiterhin explizit auf die ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und die Ideen Maos berief. Die parlamentarische Demokratie galt der SP in ihren Anfangsjahren als eine reine Fassade der Diktatur des Kapitals. Die anderen etablierten Linksparteien wurden nicht als mögliche Bündnispartner angesehen, sondern als reaktionäre Stützpfeiler des Systems. Das langfristige Ziel der Partei war klar umrissen: die proletarische Weltrevolution. Durch die Teilnahme der SP-Kader am ganz normalen Arbeiterleben in den industriellen Großbetrieben der Niederlande sollten aber zunächst die praktischen Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lebensqualität der Arbeiter im Vordergrund stehen. Nicht die direkte Agitation mit revolutionärer Theorie, sondern eine leise Infiltration der »Massen« war die Intention der SP-Kader.

Dieser Linie entsprechend formulierte die SP in ihrem ersten Parteiprogramm von 1974 den Anspruch, eine Partei der »einfachen Leute« sein zu wollen. Dieser Leitsatz ist bei allem schwerwiegenden ideologischen Ballast, der nach und nach in den vergangenen 30 Jahren abgeworfen wurde, bis heute in der Partei gültig. Bereits die KEN/ml hatte »Massenorganisationen« gegründet, die *de jure* selbstständige Vereine waren, in der Realität aber Bestandteil der Partei waren, um Anhänger zu gewinnen, die man mit purer revolutionärer Propaganda kaum beeindrucken konnte. Ein Interessenverband für Mieter, der *Bond van Huurders en Woningzoekenden* (BHW), und eine eigene Splittergewerkschaft, die Arbeitersmacht, wurden von der SP übernommen. Später kam eine Umweltschutzorganisation namens *Milieu Actiecentrum Nederland* (MAN) hinzu, eine Protestgruppe gegen den Vietnamkrieg entstand ebenso wie eine Vereinigung, die einen jährlichen kostenlosen Gesundheitstest für alle Niederländer durchsetzen wollte, die Organisation *Voorkomen is beter*. Gerade die Gesundheitspolitik hat bis heute einen hohen Stellenwert für die SP. In der Stadt Oss gründeten Parteimitglieder 1975 ein alternatives Ärztezentrum, welches für sehr günstige Beiträge ärztliche Vorsorgeberatung und -behandlung anbietet. Das Zentrum existiert noch immer, und mittlerweile gibt es weitere Projekte dieser Art.

2 Bis 1987 wurde diese in linksalternativen Kreisen der Niederlande übliche Rechtschreibung in der SP benutzt, die adjektivische Wortendung -ies wurde danach zugunsten der »bürgerlichen« Schreibweise -isch angepasst.

Die SP entwickelte sich also sehr zügig zu einer Kümmererpartei, die für die »einfachen Leute« vor Ort jederzeit da sein sollte, wenn es ganz normale Alltagsprobleme zu lösen gab. Ein Informationsdienst offerierte z. B. juristischen Rat für die Bürger, und im Rahmen der vielfältigen Aktionen der Partei wurden sowohl in den Basisorganisationen als auch landesweit kostenlose Telefonnummern (»alarmlijn«) geschaltet, an die sich jeder Bürger wenden konnte.

Im Frühjahr 1974 trat die SP, die sich eigentlich zu diesem Zeitpunkt noch als Anti-Systempartei verstand, erstmals zu Gemeinderatswahlen an. In zwölf Kommunen im Land hatte sie Kandidatenlisten präsentiert und immerhin zog die Partei gleich in zwei Rathäuser ein. So gelang das parlamentarische Debüt auch in der bereits erwähnten Kleinstadt Oss in der Provinz Noord-Brabant, wo die Partei 10,2 Prozent der Stimmen erhielt und drei Vertreter in die Stadtvertretung entsenden konnte (Slager 2005, 133-153). Bis dahin hatte Oss als katholisches Bollwerk gegolten. Die Honoratioren der Katholischen Volkspartei hatten wenige Jahre zuvor noch eine Dreiviertelmehrheit im örtlichen Rat gehalten. Der Durchbruch war der SP gelungen, weil sie z. B. als einzige Partei die Missstände in den industriellen Großbetrieben der Stadt öffentlich angeprangert hatte. Über die Jahre hinweg entwickelte sich die SP zu einer festen Größe in der Kommunalpolitik der Stadt. Auch wenn die früheren »Massenorganisationen« längst verschwunden sind, ist die Aktivität der SP keinesfalls eingeschlafen, allein die Organisationsformen haben sich wesentlich verändert. Heutzutage unterhält die Partei in Oss ein eigenes Café und veranstaltet einen jährlichen Stadtlauf. Nirgendwo anders im Land hat die Partei mehr Mitglieder und erhält derart stabile hohe Wahlergebnisse. 1995 war sie zudem erstmals mit Beigeordneten im Magistrat der Stadt vertreten.

In Oss begann auch die Karriere von Jan Marijnissen, der die Partei in den letzten zwei Jahrzehnten maßgeblich prägte. 1975 rückte er als 23-Jähriger und damit als jüngster kommunaler Abgeordneter der Niederlande in den Stadtrat nach. Dort profilierte sich der volkstümliche, redegewandte wie fleißige Kommunalpolitiker so erfolgreich, dass auch die Parteiführung in Rotterdam auf den jungen Mann aufmerksam wurde. 1987 wurde er als erstes SP-Mitglied in das Provinzparlament von Noord-Brabant gewählt und seit Januar 1988 ist er Vorsitzender der SP. In diesem Jahr verabschiedete sich die Partei in ihrem zweiten Parteiprogramm »Handvest 2000« vom Marxismus-Leninismus. Organisatorisch wurden die Zügel gestrafft, und das eher lockere Bündnis von lokalen Gruppen der SP verwandelte sich zügig zu einer ernstzunehmenden landesweiten Partei mit durchschaubaren Organisationsstrukturen. Der Grundstein für den Einzug in die zweite Parlamentskammer war damit gelegt.

Nach fünf erfolglosen Versuchen in den 70er und 80er Jahren gelang dies erstmals 1994, Marijnissen selbst und der Umweltaktivist Remi Poppe erlangten durch ein Landesergebnis von 1,3 Prozent der Stimmen ihr Entree ins Haager Parlament. International weitgehend unbeachtet konnte die Sozialistische Partei ihr Terrain seitdem bei jeder Wahl Stück für Stück ausbauen. 1998 erreichte sie 3,5 Pro-

zent, 2002 schon 5,9 Prozent, bei den vorgezogenen Neuwahlen 2003 dann 6,3 Prozent (Tabelle 1). Mit gestiegenen Wahlergebnissen, Mitglieder- und Mandatszuwächsen ermöglichten die dadurch enorm gewachsenen finanziellen Ressourcen auch den Ausbau des professionellen Parteiapparats, sowohl an der Spitze wie auch in der Fläche. Die programmatische Arbeit führte abermals zu einem erneuerten Leitbild, der Kernvision der Partei »Heel de mens«, die noch immer gültig ist. Die Mitgliederzahl erhöhte sich innerhalb von 14 Jahren von ca. 15 000 im Jahre 1992 auf mehr als 50 000 im Wahljahr 2006, was die SP gleich nach den Sozial- und Christdemokraten zur drittstärksten Mitgliederpartei der Niederlande werden ließ (Tabelle 2). Sensationell fiel dann das Ergebnis bei den Parlamentswahlen im November 2006 aus: In einem ganz auf den Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Marijnissen zugeschnittenen Wahlkampf konnte die SP ihr Ergebnis auf 16,6 Prozent verdreifachen, sie zog nur knapp hinter den Sozialdemokraten als drittstärkste Fraktion mit 25 Sitzen in die Zweite Kammer ein.

Tabelle 1: Ergebnisse der SP bei Wahlen zur Zweiten Kammer

Jahr	Spitzenkandidat	Stimmen	Stimmen (absolut)	Sitze (Prozent)
1977	Poppe	24.420	0,2	-
1981	Van Hooft sr.	30.380	0,3	-
1982	« «	44.959	0,5	-
1986	« «	32.144	0,3	-
1989	Marijnissen	38.829	0,4	-
1994	« «	118.768	1,3	2
1998	« «	303.703	3,5	5
2002	« «	560.447	5,9	9
2003	« «	609.723	6,3	9
2006	« «	1.630.803	16,6	25

Quelle: Homepages der Wahlbehörde und der SP

Von der Versäulung zur Verflüssigung – die Parteienlandschaft der Niederlande

In den Niederlanden gilt bei sämtlichen Wahltypen ein Verhältniswahlrecht ohne größere Einschränkungen. Sei es bei Abstimmungen für die Gemeinderäte, für die Provinzparlamente oder für die Zweite Parlamentskammer (*Tweede Kamer der Staten-Generaal*) – es muss lediglich der volle Teiler für ein Mandat erreicht werden. Für die Zweite Kammer, die 150 Mandate zählt, genügen dementsprechend

0,67 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen für eine Parteiliste, um parlamentarische Repräsentation zu erlangen (Lepszy/Wilp 2009, 417 f.).

In der äußersten Linken hat es, seitdem 1918 das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, zahlreiche kleinere Parteien in der Zweiten Kammer gegeben, die in der Regel aber ein parlamentarisches Schattendasein führten. Vielmehr war das Parteiensystem der Niederlande in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine Segmentierung der sozialmoralischen Milieus bestimmt, ein Phänomen, welches in der hier vorhandenen besonders extremen Ausprägung als »Versäulung« bezeichnet wird (Wielenga 2008, 96 f.). Die Milieus der verschiedenen protestantischen Glaubensrichtungen, des Katholizismus und der Arbeiterbewegung wurden jeweils durch ein außerordentlich dichtes Organisationsgeflecht zusammengehalten, welches sie von staatlichen Institutionen weitgehend unabhängig machen sollte. Eigene Schulen, Kindergärten, Sportvereine, Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften und eben auch politische Parteien integrierten die Mitglieder der Säulen nach innen wie nach außen. Das Wahlverhalten war dementsprechend geprägt durch die Zugehörigkeit der Wähler zu ihren Säulen, und Untreue mit dem Stimmzettel wurde daher selten an den Tag gelegt.

Vor den ersten Nachkriegswahlen 1946 hatte sich die vormalige *Sociaal-democratische Arbeiderspartij* (SDAP) mit einer linksliberalen Partei (VDB) zur *Partij van de Arbeid* (PvdA) zusammengeschlossen, um einen gesellschaftlichen »doorbraak« (Durchbruch) zu markieren, was aber nicht von nachhaltigem Erfolg gekrönt war. Die PvdA blieb vor allem »Säulenpartei« der gewerkschaftlich organisierten und häufig kirchenfernen bzw. protestantischen Arbeiterschaft, die *Katholieke Volkspartij* (KVP) bildete das parteipolitische Bollwerk der kirchentreuen Katholiken, und die verschiedenen protestantischen Glaubensrichtungen versammelten ihre Getreuen hinter der *Antirevolutionaire Partij* (ARP), der *Christelijk-Historische Unie* (CHU) und einigen kleineren orthodoxen Parteien. Die rechtsliberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), die vor allem das wohlhabende städtische Bürgertum vertrat, verstand sich selbst als säulenferne Partei, konnte aber ebenso auf eine geschlossene Anhängerschaft bauen.

Ebenfalls außerhalb des versäulten Parteienwesens befindlich, hatte die *Communistische Partij van Nederland* (CPN) in den ersten Nachkriegsjahren eine größere Anhängerschaft zu verzeichnen, die vor dem Hintergrund ihres massiven Widerstandes gegen die deutschen Besatzer im Krieg erklärbar ist. Von den 10,6 Prozent, die der CPN 1946 die Stimme gegeben hatten, blieben ihr 1959, drei Jahre nach dem Ungarnaufstand, der die damals noch moskauhörige Partei massiv diskreditiert hatte, nur noch 2,4 Prozent. 1959 war auch zum ersten Mal die *Pacifistisch Socialistische Partij* (PSP) zur Wahl angetreten und mit zwei Sitzen in die Zweite Kammer eingezogen. Sie war aus der »Ban de bom«-Bewegung gegen die atomare Hochrüstung der beiden Weltmächte hervorgegangen und hatte ihre Anhänger in linksintellektuellen, neutralistischen Kreisen.

In den 60er Jahren begannen die Säulen schließlich in schneller Geschwindigkeit abzubrockeln, begünstigt durch die sich entwickelnde Massenkongsumgesellschaft, den fortgeschrittenen Ausbau sozialstaatlicher Institutionen und nicht zuletzt auch durch die größere Mobilität der Bürger. Viele junge Menschen strömten nun in die Universitäten, neue Freizeitangebote und die schnelle Verbreitung des Fernsehens sorgten für eine offener Gesellschaft (Wielenga 2008, 305 f.). Dieser Öffnungsprozess schlug sich auch im Parteiensystem nieder. So entstand 1966 die linksliberale Partei *Democraten 66* (D'66), die sich für mehr Pragmatismus, Transparenz und eine Ausweitung der Volksgesetzgebung stark machte. D'66 zog 1967 mit 4,5 Prozent der Stimmen in die Zweite Kammer ein, ebenso viele Stimmen erhielt damals die rechtspopulistische *Boerenpartij*. KVP und PvdA verloren bei dieser Wahl zum ersten Mal seit Jahrzehnten massiv und erhielten die Quittung für ihre langjährige Teilnahme an Kabinetten. Die PvdA zog die Konsequenzen und orientierte sich in den folgenden Jahren wieder stärker nach links – durchaus mit elektoralem Erfolg. Die Gründung einer großen, linken Volkspartei, eines neuen »doorbraak«-Versuchs, schlug allerdings fehl. Trotz gemeinsamer Wahlprogramme und Schattenkabinette mit einigen der kleineren Linksparteien und Gemeinschaftslisten bei kommunalen Wahlen wurde die absolute Mehrheit immer verfehlt. Die großen konfessionellen Parteien hingegen schlossen sich 1977 dauerhaft zusammen und bildeten eine neue bürgerliche Volkspartei den *Christen Democratisch Appèl* (CDA).

Auf der linken Seite des politischen Spektrums waren um 1970 weitere Mitbewerber hinzugekommen, die ebenfalls das traditionelle Bild der Versäulung konterkarierten. Aus fortschrittlichen Richtungen der ARP spaltete sich 1968 die *Politieke Partij Radicaal* (PPR) ab, die sich sehr früh den Fragen der Dritte-Welt-Problematik und des Umweltschutzes zuwandte. 1980 gründete sich schließlich noch die *Evangelische Volkspartij* (EVP), die einen ähnlichen politischen Kurs einschlug, aber weitgehend bedeutungslos blieb. Die Vielfalt der äußersten Linken des niederländischen Parteiensystems machte die gegenseitig konkurrierenden Parteien nicht eben stärker. So schlossen sich 1989 die christlichen Linksparteien PPR und EVP mit der CPN zusammen und nannten sich fortan *GroenLinks*. Die CPN hatte sich seit den 70er Jahren zu einer stark von der Frauenbewegung inspirierten Partei gewandelt, wenn man so will, zu einer spezifisch niederländischen Variante des Eurokommunismus.

Die Etablierung der SP kann man angesichts dieser Konkurrenzsituation also durchaus als Bravourstück bezeichnen. Denn seit der Parlamentswahl 2002 war es auch noch der vormals randständige Rechtspopulismus, der die politische Landschaft zusätzlich durcheinanderwirbelte. Mit einem Schlag hatte die Liste des mediengewandten Soziologiedozenten und Publizisten Pim Fortuyn 17,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Der Mord an ihm durch einen radikalen Tierrechtsaktivisten wenige Tage vor dem Wahltermin hatte eine geradezu traumatische Wirkung auf die gesamte niederländische Politik. Das spätere ebenfalls

tödliche Attentat an dem Filmregisseur Theo van Gogh und auch die öffentlichen Debatten über die Abgeordnete Ayaan Hirsi Ali haben dem Antiislamismus zweifellos Auftrieb gegeben, von dem derzeit der politische Dauerprovokateur Geert Wilders zehrt. Die »einfachen Leute« – soziologisch gesehen die unteren bis mittleren sozialen Schichten – sind nicht nur die Hauptzielgruppe der Sozialisten und zu einem gewissen Teil auch der »altetablierten« Parteien PvdA und CDA, sondern sie sind auch ganz besonders stark in der Kundenkartei des Rechtspopulismus enthalten. In einer Stimmungsdemokratie, wo Telegenität und die bestplatzierten »one liners« der Parteiprominenz das Bild bestimmen, werden künftige Wahlbewegungen nur noch schwer voraussagbar sein (Wielenga 2008, 364). Auch dies erklärt die Festigung der SP in der modernen Mediengesellschaft, denn die Partei präsentiert vor allem aufgrund ihres festen organisatorischen Fundaments und trotz aller ihrer eigenen Widersprüche einen Gegenentwurf zu all diesen Entwicklungen.

Eine kleine Volkspartei – die Mitglieder- und Organisationsstruktur der SP

Die SP war in den ersten 15 Jahren ihres Bestehens eine kleine Kaderpartei mit einem sich autoritär gebärdenden Vorsitzenden, der die anderen Mitglieder des Zentralkomitees und der übrigen Parteifunktionäre oft genug mit eigenwilligen Aktionen überraschte. Die Parteimitgliedschaft konnte man in dieser Zeit noch nicht durch einfachen Beitritt und Beitragszahlung erklären, sondern der Interessent musste erst eine Probezeit als Kandidat überstehen und sich die ideologischen Grundlagen aneignen. Bloß ging das Prinzip des demokratischen Zentralismus bei genauem Hinschauen nie wirklich auf, denn die zum Teil hocheffizienten Basisorganisationen und die Zentrale in Rotterdam agierten bis in die 80er Jahre hinein vor allem nebeneinander und nicht miteinander. Eine der letzten umstrittenen Großaktionen des ersten Parteivorsitzenden Daan Monjé, der die alleinige Generalvollmacht für das Parteivermögen besaß, war eine Spendensammlung zugunsten der streikenden Minenarbeiter in Großbritannien im Jahr 1984, obgleich die anderen ZK-Mitglieder über den erneuten Alleingang nicht sehr erbaut waren (Kagie 2004, 38). Nach Monjés Tod im Oktober 1986 wurde der bislang erfolgreichste SP-Kommunalpolitiker Jan Marijnissen, der im Vorjahr in das ZK eingetreten war, nach einem kurzen Intermezzo von Hans van Hooft sr. zum Parteivorsitzenden bestimmt. Die neue Parteiführung bemühte sich rasch und mit Elan um eine Professionalisierung und programmatische Erneuerung der Parteiorganisation. Der Aktionismus, die Konzentration auf lokale Themen, auf »heiße Eisen«, auf die ständige Sichtbarkeit auf den Straßen blieben weiterhin Kernbestandteil der politischen Strategie. Auch Mitgliederwerbung wurde während derartiger Aktionen offensiv betrieben. Durch die steigenden Mitgliederzahlen konnten auch die Möglichkeiten zur politischen Schulung der Basis ausgebaut werden, wie auch die Kampagnefähigkeit der SP dadurch zunahm.

Eine weitere Besonderheit, die das Wachstum der Partei möglich machte, ist ihre eigenwillige Finanzierung, die sie zu einer der reichsten Parteien der Niederlande werden ließ. Vom Ratsmitglied bis zum Parlamentsabgeordneten müssen sämtliche Mandatsträger der Partei ihre volle Aufwandsentschädigung an die Partei abführen. Die Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer bekommen im Gegenzug für den Verzicht auf ihre Diäten ein Gehalt von der Partei ausgezahlt, welches sich an einem niederländischen Durchschnittsgehalt orientiert. Wer gegen diese Regelung wiederholt und bewusst verstößt, wird aus der Partei ausgeschlossen, sofern er dieser Sanktion nicht durch Austritt zuvorkommt. In mehreren Gemeinden verlor die SP durch diese Regelung Mandatsträger, in einigen konnte sie sich davon auch nicht mehr erholen. Auch ein Mitglied der Zweiten Kammer musste aufgrund des Verstoßes gegen diese Regel Partei und Fraktion verlassen. Das Parteivermögen wurde z. B. in zahlreichen Immobilien angelegt, schließlich soll die Organisation überall, wo dies möglich und lohnend erscheint, einen festen Stützpunkt haben. Dadurch ist die Präsenz der SP überall gesichert, und die organisatorischen Möglichkeiten, jederzeit spontane lokale Aktionen durchzuführen – wenn z. B. ein örtliches Krankenhaus oder ein Jugendzentrum geschlossen werden soll –, sind natürlich viel besser. Mittlerweile sind es nicht mehr nur Flugblätter, spontane Demonstrationen oder eigene Stadtteilzeitungen, die die Autarkie der Partei in der Fläche beweisen, sondern auch verstärkte Aktivitäten im Internet, die ganz neue Zielgruppen organisieren können. Die Führung der SP erkannte die Bedeutung des neuen Mediums sehr früh, und noch immer gilt die klar strukturierte Website der Partei, an deren Oberfläche sich auch alle anderen Neben- und Basisorganisationen orientieren, als wegweisend für die politische Kommunikation der niederländischen Parteien.

Bei allen Bemühungen, die Basis zu stärken, hat die Parteiführung ganz im alten Stil der Kaderpartei ihr Bestreben nie aufgegeben, die Kontrolle und Übersicht zu behalten. Mehrmals wurden die Mitglieder gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, um die Sozialstruktur der Partei analysieren zu können. Die beiden letzten verfügbaren Untersuchungen der Gesamtmitgliedschaft datieren aus den Jahren 2001 und 2005, an denen sich 43 Prozent bzw. 33 Prozent der Mitglieder beteiligten (Homepage SP/Archipol). Durch die verhältnismäßig hohe Partizipation an diesen Umfragen, kann eine gewisse Repräsentativität festgestellt werden. Allein in den vier Jahren zwischen den beiden Erhebungen wuchs der Mitgliederbestand der SP um mehr als ein Drittel – von ca. 27 000 auf ca. 44 000 Mitglieder (Tabelle 2).

Tabelle 2: Mitgliederbestand der SP

2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
26.553	27.291	36.406	43.389	44.299	44.853	50.740	50.238	50.444	46.507

Anm.: Die Parteien teilten bis zum Jahr 2000 am 31. Dezember eines Jahres dem DNPP ihre Mitgliederzahlen mit, danach jeweils am 1. Januar. eines Jahres, vgl. Homepage DNPP (17. April 2010).

Von der Geschlechterverteilung her ist die SP eine Männerpartei, allerdings in viel geringerem Maße als die anderen Parteien der Niederlande. Immerhin 40 Prozent aller Mitglieder, die sich 2005 dem Fragenkatalog gestellt hatten, waren weiblich. In der Altersstruktur dominierten die mittleren Jahrgänge, wobei jeder Fünfte angab, über 60 zu sein. Vier Jahre zuvor waren es noch 25 Prozent gewesen. In der älteren Untersuchung lag die Schulbildung des Durchschnittssozialisten auch im Mittel der gesamten berufstätigen Bevölkerung des Landes. 2005 war das Bildungsniveau der SP-Aktivisten hingegen stark gestiegen. Einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss besaßen demnach 40 Prozent, im Mittel aller niederländischen Erwerbstätigen waren es lediglich 25 Prozent. Die grobe Berufsstruktur änderte sich hingegen zwischen den beiden Befragungen kaum. 49 Prozent gingen im Jahr 2005 einer geregelten Arbeit nach, arbeitslos oder frühverrentet waren 17 Prozent, die Volksrente (AOW) bezogen 14 Prozent, immerhin fünf Prozent weniger als vier Jahre zuvor. Bemerkenswert ist hierbei, dass es einen gewichtigen Schwerpunkt im Gesundheitssektor gibt, in dem jeder fünfte Befragte 2005 beschäftigt war. Immerhin zwölf Prozent arbeiteten demnach im Bildungsbereich.

Man kann also feststellen, dass die SP in der Zeit ihres rasanten Wachstums erheblich jünger, gebildeter und weiblicher geworden ist. Auch sind SP-Mitglieder häufig in weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv. 23 Prozent der Antwortenden gaben an, regelmäßig Greenpeace zu unterstützen, 17 Prozent spendeten demnach für Amnesty, 20 Prozent waren im Sportverein aktiv, immerhin zehn Prozent gaben einen Beitrag für Ärzte ohne Grenzen, was auch als weiterer Beleg für den Anhang der Partei im Gesundheits- und Pflegebereich gedeutet werden kann. Jeder dritte Sozialist ist Mitglied einer Gewerkschaft, auch dies dürfte ein Spitzenwert sein. Gerade einmal neun Prozent gaben an, Mitglied einer Kirche zu sein. Im Hinblick auf die Bemühungen der Partei, mit der Kirche in gutem Kontakt zu stehen, kann dies etwas verwundern.

Auch sollten die Mitglieder für beide Untersuchungen elf Fragen beantworten und somit die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme benennen. Mehrfachnennungen waren dabei möglich. Mehr als 50 Prozent erklärten den Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften sowie die wachsenden Gräben zwischen Einkommen, Bildung und Macht für vorrangig. Lediglich 15 Prozent der Befragten hiel-

ten die Integration von Migranten für ein dringliches Problem. Dies unterscheidet die SP deutlich von den anderen Linksparteien, die die Priorität von Integrationsfragen weit höher ansetzen. Gefragt nach dem früheren Wahlverhalten der SP-Aktivisten erklärte ein Viertel, vorher den Sozialdemokraten treu gewesen zu sein, immerhin zwölf Prozent hatten vormals *GroenLinks* ihre Stimme gegeben, während jeder zweite Sozialist auch schon vor dem Beitritt seine Partei gewählt hatte.

Auch wenn im Laufe des Jahres 2009 der Mitgliederbestand der Partei um ca. acht Prozent geschrumpft ist, kann man immer noch von einer außergewöhnlich starken organisatorischen Kraft der SP ausgehen. Denn mit ca. 46 000 Beitragszahlern ist die Partei nach wie vor die drittstärkste im Lande und liegt somit deutlich vor den Liberalen. In der Mitgliederbefragung von 2005 gaben 42 Prozent der Befragten an, sich regelmäßig an den Aktionen der Partei zu beteiligen. Inwieweit die zwei Wahlkampagnen des Jahres 2010 sich – trotz oder gerade aufgrund der Stimmenrückgänge – motivierend ausgewirkt haben, kann leider noch nicht gesagt werden.

Kompliziert ist die Organisationsstruktur der Partei. Der Kongress, formell das höchste Organ, welches Parteiprogramme und Kandidatenlisten verabschiedet, wird aus den 1 038 Delegierten der 145 örtlichen Abteilungen sowie den 39 Mitgliedern des Parteivorstands gebildet. Der Parteivorstand wiederum besteht nur zu einem kleineren Teil aus vom Kongress benannten Mitgliedern, nämlich 15 Personen. Des Weiteren gehören ihm 21 Regionsvorsitzende an, die auf Regionalkonferenzen gewählt werden. Dazu gehören ferner die Fraktionsvorsitzenden aus der ersten und der zweiten Parlamentskammer sowie der Delegationsleiter der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Ein weiteres Nebenorgan ist der Parteirat, dem ebenso der Parteivorstand automatisch angehört, zudem die 145 Abteilungsvorsitzenden. Dass der Parteivorstand nicht in seiner Mehrheit vom Kongress gewählt wird, war bereits häufiger ein Anlass für heftige Kritik, ebenso die Tatsache, dass der Parteirat hier ein Gremium ist, welches keinesfalls den Vorstand kontrollieren soll, wie in anderen niederländischen Parteien üblich (Voerman 2007b).

Bemerkenswert sind aber gar nicht so sehr die verschachtelte Binnenstrukturen der SP, sondern die Rechte der höchsten Gremien, in feststehende Beschlüsse und sogar in Wählervoten jederzeit eingreifen zu können. Bei der letzten Wahl zur Ersten Kammer im Jahr 2007, deren Mitglieder indirekt von den Abgeordneten der Provinzialparlamente gewählt werden, wurde Düzgün Yildirim mithilfe von Vorzugsstimmen in die Kammer delegiert. Da er aber aufgrund der Listenreihung durch den Parteivorstand für ein Abgeordnetenmandat überhaupt nicht vorgesehen war, forderte man ihn zum Mandatsverzicht auf. Yildirim weigerte sich standhaft und wurde somit aus der Partei ausgeschlossen. Die SP verweist darauf, dass sich andere Parteien ähnliche Sanktionsmaßnahmen vorbehalten (van Raak/Ivens 2007).

Es gibt keine monothematischen Nebenorganisationen mehr wie noch in den Anfangsjahren. Die Seniorenorganisation *Ouderenplatform* SP und die Partei-

jugend *Rood* genießen keine Selbstständigkeit innerhalb der Parteihierarchie, sondern müssen sich den Anweisungen der Gremien fügen. Auch ist es nicht möglich, z. B. Mitglied bei *Rood* zu werden, ohne nicht gleichzeitig der SP beizutreten.

Wie bereits erwähnt, hat die Partei es geschafft, in der Gewerkschaftsbewegung, zumal im sonst der PvdA nahestehenden FNV, einen nicht unbeträchtlichen Anhang aufzubauen (Jorritsma/Valk 2007). Bemerkenswert ist zudem, dass aufgrund der Fixierung auf gesundheitspolitische Fragen viele Ärzte Mitglied der Partei wurden. In der Ersten Kammer des Parlaments, der Vertretung der Provinzen, hat gar die ehemalige Vorsitzende des Hausärzteverbandes LHV, Tineke Slagter, ein Mandat für die SP errungen.

Die Außendarstellung der SP – Programme, Wahlkämpfe, Führungspersonen

Programmatik spielt in Wahlkämpfen sicherlich nicht diejenige Rolle, die sie vielleicht spielen sollte. Bekanntlich sind es vor allem Schlagworte und Images, die von den Parteien geschickt platziert werden, um auf dem heftig umkämpften Wählermarkt reüssieren zu können. Im Falle der SP unterscheidet sich die gesamte Anlage der politischen Kommunikationsstrategien allerdings sehr deutlich von denen der Mitbewerber. Auch die Wahlprogramme sind vergleichsweise kurz und knapp gehalten. In den einzelnen Themenkapiteln werden die Forderungen nach einer kurzen Einleitung stichpunktartig abgehandelt. Dazu erscheint ein Beiheft, in welchem die finanziellen Versprechungen der SP sauber statistisch durchgerechnet werden. Dies war vor vier Jahren der Fall, als die SP ihre völlig neue Ikonographie erfolgreich erprobte, und auch das diesjährige Wahlprogramm war ähnlich strukturiert.

»Bessere Niederlande für weniger Geld« lautete das Motto des diesjährigen Manifests, zuletzt hatte es noch »für das gleiche Geld« geheißen. Die verheerenden Auswirkungen der globalen Bankenkrise waren programmatisch eine Bestätigung für die Sozialisten. Folgerichtig gibt es einen größeren Abschnitt dazu in der Einleitung des Wahlprogramms. Das Thema Demokratie steht wie im vorherigen Programm ganz am Anfang. Der Abstand, den die SP zwischen Bürger und Staat konstatiert, soll durch die Einführung von korrektiven Referenda und Volksinitiativen abgebaut werden. Bürgermeister in den Gemeinden sollen nicht mehr vom Monarchen ernannt, sondern von den Gemeinderäten gewählt werden. Bevor diese Verfassungsänderung keine Mehrheit findet, sollen wenigstens die Räte dem Innenministerium Vorschläge über eine Stellenbesetzung unterbreiten dürfen. Die SP, die sich sonst gegen Ämterhäufungen ausspricht, tritt dafür ein, dass nationale Mandatsträger auch für das Europaparlament kandidieren dürfen. Dadurch soll die Öffentlichkeit besser für europäische Themen sensibilisiert werden können, indem sie auch die Möglichkeit erhält, für ihr bekannte Kandidaten die Stimme

abzugeben. Die SP legt vor allem Wert darauf, dass der Staat die Selbstorganisation der Bürger unterstützt und das Subsidiaritätsprinzip fördert. Stadteilräte und Ortsräte sollen möglichst überall demokratisch gewählt werden und größere Befugnisse erhalten. Die Parteien sollen wieder aktive Organe für bürgerliche Mitsprache werden. Den Ausbau der staatlichen Parteienfinanzierung lehnt die SP daher strikt ab, was aufgrund der eigenen finanziellen Solidität nicht verwundert.

In der Sozial- und Gesundheitspolitik, einem traditionell wichtigen Grundpfeiler der Partei, spricht sich die SP für einen Stopp weiterer Privatisierungen aus, der Selbstbehalt in der Krankenversicherung soll abgeschafft werden, das Rentenalter fest bei 65 bleiben. Auch die Studienfinanzierung soll beibehalten werden. Hingegen ist die SP für Kürzungen von »Mittelschichtssubventionen«. Gutverdienende sollen ihre Hypotheken nicht mehr steuerlich absetzen können, und auch die höheren Einkommensgruppen sollen künftig kein Kindergeld mehr erhalten. Von Forderungen nach einem Einkommenssteuersatz von 72 Prozent für Bestverdiener ist die Partei mittlerweile abgerückt, denn diese Forderung war – obgleich in den 70er Jahren noch Gesetz – im Wahlkampf 2003 derart radikal kommuniziert worden, dass die Partei in Umfragen wieder zurückgefallen war.

Auffallend ist, dass das Kapitel über Integrationspolitik weit nach vorne ins Programm vorrückte. Die Partei hatte 1984 einmal ein Pamphlet unter dem Titel »Gastarbeit en kapitaal« publiziert, welches von ihren Gegnern in der politischen Linken seinerzeit als rassistisch gedeutet worden war. Demnach hätte jeder Arbeitsmigrant eine Geldprämie für die Ausreise aus den Niederlanden erhalten sollen. Ohne auf die Details des 25 Jahre alten Papiers genauer einzugehen, enthält das Kapitel die einleitende Bemerkung, dass die SP immerhin die erste linke Partei in den Niederlanden gewesen sei, die sich mit der Integrationsproblematik befasst habe. Die SP spricht sich deutlich gegen die Ghattobildung in Vorstädten aus und will eine stärkere ethnische Durchmischung fördern, vor allem auch in den Schulen, die in den Niederlanden häufig als »schwarz« oder »weiß« klassifiziert werden. Sprachförderung und Einbürgerungstests sollen auch für Einwanderer aus der EU gelten.

Vor dem Hintergrund, dass die SP die EU-Kommission als Förderer eines »Superstaats« ansieht, der die nationalen Befugnisse und damit die niederländische Demokratie weiter aushöhlen werde, ist auch dies ein Programmpunkt, der bei anderen Parteien in der politischen Linken auf Ablehnung stößt. Überhaupt lehnt die SP jegliche weitere Übertragung nationalstaatlicher Rechte an Brüssel ab. Die Europäische Verfassung war im Juni 2005 mit 61,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden, was vor allem auf die Kampagne der SP zurückzuführen war. Für eine Revision der Europapolitik der SP gibt es bislang keine Anzeichen. Eine weitere wichtige außenpolitische Forderung der Partei ist der schnelle Abzug niederländischer Truppen aus Afghanistan.

Zumindest hat die aktuelle Programmatik nicht mehr viel mit den ersten Jahren gemein, als die Partei noch mit ideologisch überladenen und kaum lesbaren Pam-

phleten in ihren Wahlkämpfen agitierte. Als »Demaioisierung« und »Deleninisierung« bezeichnete der Groninger Politologe Gerrit Voerman die programmatische Mäßigung der 80er Jahre (Voerman 2009). Marijnissen und seine Anhänger wussten, dass es einzelne brisante Themen sein mussten, die jeden Bürger berührten, um Anhänger für eine Partei zu gewinnen, die von den allermeisten Wählern als Sekte wahrgenommen wurde. Ein manchmal populistischer und vereinfachender sprachlicher Einschlag blieb hingegen bis heute bestehen.

1994 war der SP der erstmalige Einzug in die Zweite Parlamentskammer mit einer kreativen Kampagne für den »sozialen Wiederaufbau« der Niederlande gelungen. Erdacht hatte sie der PR-Berater Niko Koffeman, der die Werbelinie der Partei bis ins Jahr 2005 hinein begleitete und bei den Wahlen 2006 dafür sorgte, dass die *Partij voor de Dieren* (PvdD), eine kleine Tierschutzpartei, der sich Koffeman mittlerweile angeschlossen hatte, ebenfalls in die Zweite Kammer einzog. 1994 waren es vor allem die Sozialdemokraten gewesen, die aufgrund ihrer marktaffin Linie in der »violetten Koalition« Wim Koks zur Zielscheibe von Koffemans SP-Kampagnen wurden. Auch kam in dieser Zeit ein neues Logo auf, welches eine im Wurf befindliche leuchtend rote Tomate auf blauem Grund zeigte. Zudem fand sich auf den Plakaten der Partei stets das Motto »Stimm dagegen, stimm SP!«. Diese negative Konnotation des Protests bestimmte das Auftreten der Partei noch bis 2002, als man das Parteimotto ins positive »Stimm dafür!« umkehrte. Die Hollandtomate ist noch immer Symbol der Partei, allerdings wurde sie vor den Wahlen 2006 von den Werbern der Firma Thonik rundum erneuert. Sie fliegt nun nicht mehr, trägt dafür aber einen fünfzackigen Stern als stilisierte Blüte und erhielt auf weißem Grund einen noch auffallenderen Kontrast. Die Losung bei dieser Wahl blieb weiterhin kurz und knapp auf den Plakaten: »Jetzt SP!« prangte dort in Großbuchstaben. Auf anderen Motiven sah man den Spitzenkandidaten ohne jeden weiteren Slogan. Im Straßenwahlkampf fielen die SP-Aktivisten mit ihren roten Jacken, auf denen das Tomatensymbol prangte, nun besonders gut auf. Bei größeren Aktionen und Auftritten der Spitzenkandidaten wurde Tomatensuppe verteilt, die Suppenteller glichen dabei dem Parteilogo. Was die SP ebenso von den anderen Parteien unterscheidet, ist eine sehr bewusste Arbeit mit musikalischer Untermalung. So präsentiert der bekannte Liedermacher Bob Fosko seit einigen Jahren die stimmungsvollen Wahlkampfsongs der SP.

Der aus dem katholischen Süden des Landes stammende Spitzenkandidat Marijnissen bemühte sich auch um eine christliche Konnotation des Wahlkampfes. Der letzte Listenplatz, der gerne Prominenten vorbehalten wird, wurde 2006 Huub Oosterhuis zugewiesen. Der vor vielen Jahren aus der katholischen Kirche ausgeschlossene Theologe nahm aktiv an Wahlveranstaltungen der SP im ganzen Land teil und brachte ein wenig Transzendenz und Nachdenklichkeit in die bunte Wahlkampagne (van Dijk 2006). Sicherlich hatte aber die Unterstützung des ehemaligen sozialdemokratischen Staatssekretärs Marcel van Dam eine ebenso große Symbolkraft. Van Dam, ein scharfsinniger Analytiker am linken politischen Rand,

gab in seiner Kolumne in der Tageszeitung »Volkskrant« bekannt, dass er die PvdA aufgrund ihrer neoliberalen Politik nicht mehr wählen könne und nun der SP seine Stimme geben werde.

Personifiziert wurde das Image der Partei in den letzten Jahren fast ausschließlich durch Jan Marijnissen, der bald drei Jahrzehnte an der Spitze der SP stand. Marijnissen, 1952 geboren, ist ein leutseliger und humoriger Mann, der auch durchaus staatsmännisch auftreten kann, wenn es notwendig ist. Gerne kokettiert er mit seiner provinziellen Herkunft und seinem bodenständigen Lebensstil. In den späten 60er Jahren brach er wie so viele Jugendliche seiner Generation mit der beengten katholisch geprägten Lebenswelt seiner Umgebung. Bevor er mit Mühen einen Abschluss erhielt, hatte er eine Odyssee durch zahlreiche Schulen durchgemacht. Später verdiente er dann sein Geld als Hilfsarbeiter in den Wurstfabriken und Metallwerkstätten seiner Heimatstadt Oss. Durch eifriges Selbststudium marxistischer Schriften hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits ein geschlossenes linkes Weltbild entwickelt. Folgerichtig machte er eine »revolutionäre« Karriere, die gleichsam die Erfolgsgeschichte der Partei widerspiegelt: zunächst in Oss, dann in der Provinz Noord-Brabant und zu guter Letzt im ganzen Land. Der Mann, der sich gerne von Fernsehreportern in seinem Wohnzimmer in Oss interviewen lässt, wo er noch immer mit seiner Familie zusammenwohnt, ist ein wahrer Popstar seiner Partei. Dass er mehr Ordnungsrufe im Parlament als andere Politiker erhalten hat, erfüllt ihn mit Stolz, und so benannte er auch eines seiner mit Kolumnen gefüllten Bücher mit einem jener missbilligten Kraftausdrücke. Dass Marijnissen nicht nur ein Kumpeltyp ist, sondern die SP stets eisern im Griff hatte, ist allgemein bekannt (Pegtel 2007). Sein Rückzug auf Raten – zuerst der Verzicht auf den Fraktionsvorsitz und den informellen Status des »politischen Führers« im Juni 2008 sowie die spätere Absage an eine erneute Parlamentskandidatur 2010 – ist eine schwere Zäsur für die Partei, auch wenn dieser Schritt aufgrund gesundheitlicher Probleme länger absehbar war.

Seine Nachfolgerin Agnes Kant war nur eineinhalb Jahre im Amt. Die promovierte Epidemiologin hatte ebenfalls eine erfolgreiche lokalpolitische Karriere in Doesburg hinter sich, war aber vom Habitus doch ganz anders, als man es bislang bei den Sozialisten gewohnt war. Vor allem unter den zahlreichen weiblichen Anhängern der SP war Kant populär. Unumstritten war sie allerdings nicht, so war in den Medien bisweilen von Starrköpfigkeit, gar von Hysterie in Kants Führungs- und Argumentationsstil zu lesen. Als fachlich hervorragend ausgewiesener Expertin im Gesundheitsbereich zollte man ihr allerdings in der Ärzteschaft und selbst in der Pharmabranche Respekt. Ihr plötzlicher Rücktritt am Tag nach den Gemeinderatswahlen überraschte, erst recht ihr völliger Abschied von der Politik. In der letzten Fernsehdebatte vor dem Wahlgang im März 2010 hatte sie den Rechtspopulisten Geert Wilders eine »Bedrohung für die niederländische Gesellschaft« genannt, wofür sie führende männliche Abgeordnetenkollegen öffentlich tadelten. Die öffentliche innerparteiliche Kritik an einem politischen Führer der SP war bis

zu diesem Zeitpunkt eher unüblich, und so hat der schnelle Wechsel zu Emile Roemer, der sich nur Stunden danach als der einzige Kandidat für den Fraktionsvorsitz und wenig später auch für die Spitzenkandidatur zu den Parlamentswahlen im Juni herausstellte, einen kleinen Beigeschmack. Andererseits lässt der insgesamt recht reibungslose Wechsel auch die professionelle Disziplin der Partei und die Anerkennung der Führungsstärke Roemers erkennen.

Roemer stammt wie Marijnissen aus Noord-Brabant, war Mitglied des Magistrats seiner Heimatstadt Boxmeer gewesen und hatte vor seinem Einzug in die Zweite Kammer 2006 als Lehrer in einer reformpädagogisch orientierten Grundschule gearbeitet. In der Kammer profilierte sich Roemer, der fraktionsübergreifend geschätzt wird, als detailkundiger Verkehrspolitiker. Er ist seinem Vorvorgänger Marijnissen nicht unähnlich, so kommt auch er aus der katholischen Provinz, gibt sich volksnah und spricht mit dialektalem Einschlag. In nur drei Monaten schaffte es Roemer, seinen Bekanntheitsgrad wesentlich zu erhöhen. In den zahlreichen Fernsehdebatten während der Wahlkampagne konnte er souverän die Angriffe seiner politischen Gegner parieren und vor allem gegen Geert Wilders punkten.

Die Wähler der SP

Durch die starken Wählerbewegungen der letzten Jahren sind Aussagen über »die« Wählerschaft der Sozialistischen Partei nur schwer möglich. Daher können hier nur bestimmte Grundkonstanten geschildert werden.

Geographisch betrachtet hat die Partei ihre Hochburgen in den süd-niederländischen Provinzen Limburg und Noord-Brabant, die nach wie vor einen hohen Katholikenanteil aufweisen. In Noord-Brabant befindet sich die Stadt Oss, der Wohnort des Parteivorsitzenden Marijnissen, der seit vielen Jahren einen hohen Stimmenanteil für die SP bei sämtlichen Wahltypen aufweist, seit der Juniwahl 2010 nur noch übertroffen von den 33,7 Prozent in Emile Roemers Heimatgemeinde Boxmeer. In den beiden genannten Provinzen hat die Partei auch die meisten Gemeinderäte und ist vielerorts an Magistraten beteiligt. Im geschlossenen besiedelten urbanen Großraum Amsterdam/Den Haag/Rotterdam/Utrecht (Randstad), in dem die meisten Niederländer leben, verfügt die Partei ebenfalls über einen beachtlichen Anhang und erhält dort überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Der Ballungsraum der Randstad war früher ein Bollwerk der sozialdemokratischen PvdA gewesen, während in den katholischen Südpvinzen die KVP und später der CDA dominierte. Viele Anhänger hat die SP zudem in den ländlichen, dünn besiedelten Gemeinden im östlichen Teil Groningens und in Friesland. Dort sind es ebenso alte Bollwerke der Sozialdemokraten und der kommunistischen CPN, in denen die SP erfolgreich Boden gutmachen konnte. Die geringsten Ergebnisse erzielten die Sozialisten im sogenannten »Bibelgürtel«, der jene Ge-

meinden bezeichnet, die von orthodoxen altreformierten Glaubensrichtungen geprägt sind.

Sozialstrukturell gesehen hat das Elektorat der Partei seine Schwerpunkte in den jüngeren und mittleren Altersgruppen. Nach den Daten der Nationalen Wahluntersuchung NKO erzielte die SP im Jahr 2006 bei Jungwählern durchschnittliche Resultate, lediglich bei Wählern über 65 schneidet sie schlecht ab. Den stärksten Anhang hatte sie mit 25 Prozent der Stimmen in der Gruppe der 25-34-Jährigen, immerhin 22 Prozent holte sie bei der im »roten Jahrzehnt« der 70er Jahre sozialisierten Alterskohorte der 45- bis 54-Jährigen (CBS 2007). Einen »gender gap« gab es kaum, leicht überdurchschnittlich überwogen aber die weiblichen Wähler. So wie die mittleren Alterskohorten dominierten, fanden sich auch die mittleren Bildungsabschlüsse am häufigsten. Wähler, die über einen Volksschulabschluss verfügen, waren genauso wie Akademiker mit einer Präferenz von jeweils 14 Prozent unterrepräsentiert, wobei man hier sehr deutlich sehen kann, dass die Zahlen auch mit den Altersgruppen gut korrelieren. Auch wurde für die Parlamentswahl 2006 festgestellt, dass die SP bei Wählern, die finanziell weniger als den niederländischen Durchschnittslohn zur Verfügung haben, noch vor PvdA und CDA stärkste Partei wurde. Die Konfession spielt in den Niederlanden, wo nur noch etwa jeder Fünfte eine Glaubensrichtung angibt, keine große Rolle mehr. 16 Prozent der Katholiken wählten 2006 die SP, was vor allem geographisch erklärbar ist. Gläubige Protestanten neigen selten zu den Sozialisten. Bemerkenswert ist im Übrigen, dass die Partei einen überaus starken Anhang bei Migranten fand, vor allem bei jenen, die nicht aus westlichen Ländern stammen (22 Prozent). Die Vermutung liegt nahe, dass viele Migranten sozialistisch wählten, da sie der SP aufgrund ihrer Sozialpolitik nahestehen und es durchaus wertschätzen, dass die SP keine ausdrückliche Vertreterin der multikulturellen Gesellschaft ist, eine Haltung, die eventuell auch als Anbiederung empfunden werden kann. Zuletzt ist noch zu erwähnen, dass die SP ihre 2006 neu gewonnenen Stimmen vor allem ehemaligen sozialdemokratischen Wählern zu verdanken hat, denn ein ganzes Viertel der SP-Anhänger hatte drei Jahre zuvor noch sein Kreuz bei der PvdA gemacht.

Für die jüngsten Parlamentswahlen waren zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrages noch keine vergleichbaren aktuellen Datensätze der NKO vorhanden. Die vom Meinungsforschungsinstitut Synovate erhobenen Zahlen bestätigen allerdings im Großen und Ganzen das Bild des durchschnittlichen SP-Wählers. Der SP gingen im großstädtischen Bereich etwas mehr Wähler verloren als im Süden des Landes. Die Verluste kamen Sozialdemokraten und *GroenLinks* zugute, aber auch Wilders' PVV. Insgesamt resümierten die Demoskopien, dass zwischen verlorenen und verbliebenen SP-Wählern keine deutlichen Unterschiede bestünden. Ihre auffallendsten Merkmale seien weiterhin: niedrige Bildung, niedrige Löhne, ältere Geburtsjahrgänge.

Fazit

Die SP hat ihre Stellung im niederländischen Parteiensystem in den 38 Jahren ihres Bestehens stetig ausbauen können. Dies erstaunt – zumindest auf den ersten Blick – vor dem Hintergrund ihrer ursprünglichen ideologischen Herkunft, denn nur wenige Parteien mit einer maoistischen Vergangenheit haben überhaupt jemals den Sprung in ein nationales Parlament geschafft.

Die langwierigen gesellschaftlichen Entsäulungsprozesse in den Niederlanden haben die Mehrheit der Wähler enttraditionalisiert und sie parteipolitisch heimatlos gemacht. Vor allem durch die marktaffine Politik der sozialdemokratischen PvdA ist eine Repräsentanzlücke entstanden, in der sich die SP erfolgreich etablieren konnte. Ebenfalls können viele ehemalige Mitglieder und Wähler von CPN und der PSP in dem linkslibertären und ökologischen Kurs von *GroenLinks* ihre politischen Positionen nicht mehr wieder erkennen, und selbst einstige Anhänger der Christdemokraten, vor allem im katholischen Süden des Landes, neigen mittlerweile zur SP. Denn natürlich gibt es in der niederländischen Gesellschaft, zumal in sozial schwächeren Schichten, eine tiefe Sehnsucht nach der Wiederherstellung von Vergemeinschaftungsidealen, nach Solidarität und Zusammenhalt, auch nach Autorität und Klarheit. Sicherlich ist das Wahlresultat von 2006 zu einem erheblichen Teil der gewinnenden Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Marijnissen und einer kreativen Wahlkampagne zuzuschreiben. Der Faktor Persönlichkeit und die besondere Ikonographie der Partei konnten aber nur in Verbindung mit der langjährigen Basisarbeit aktiver motivierter Parteiarbeiter zu einem solch erdrutschartigen Erfolg führen. Ein verbindendes Element, das die SP zudem deutlich von allen anderen parteipolitischen Mitbewerbern unterscheidet, ist die Kontinuität ihrer Sprache und ihrer Programmatik. Wie andere Parteien auch hat die SP ihre Positions- und Grundsatzpapiere oftmals revidiert und fügte sich gesellschaftlichen Veränderungen. Der »soziale Wiederaufbau der Niederlande« ist aber mehr als nur ein Schlagwort für die Partei, ihre Aktivisten und Wähler.

Das niederländische Sozialsystem hat unter der »violetten Koalition« eine extreme Aushöhlung erfahren, die unter den Balkenende-Kabinetten fortgesetzt wurde. Unter der maßgeblichen Beteiligung von Sozialdemokraten wurden große Teile des Gesundheitssystems privatisiert. Der Staat entzog sich somit seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Auch die großen Unternehmen der Daseinsvorsorge wurden aus der Obhut des Staates entlassen und dürfen nun nach dem Prinzip der Profitmaximierung unternehmerisch weitgehend frei agieren. Der ideologische Einzug des Neoliberalismus in alle Politikfelder und somit auch in sämtliche Bereiche des Alltagslebens der Bürger hat zwangsläufig dazu geführt, dass sich viele Menschen zurückgelassen und ausgesetzt fühlen. Die SP hat sich dieser Bewegung jahrelang kontinuierlich widersetzt und den Unmut der Menschen offensiv artikuliert. Auch stellte sie sich verbal dem Politmainstream entge-

gen und bediente sich nicht schwammiger und wenig aussagekräftiger Plastikwörter, wie dies die parteipolitischen Mitbewerber zu tun pflegten. Kritische Beobachter der Partei, seien es Politiker anderer Parteien, Vertreter des Journalismus oder gar der Wissenschaft, bewerten die inhaltlichen Positionen der Sozialisten oftmals als populistisch.

Die SP konstatierte von Anfang an eine immer größer werdende Kluft zwischen der politischen Elite des Landes und den »einfachen Leuten«, auch werden die Regierenden schon mal als »Taschenfüller« tituiert. Die SP-Sprache vereinfacht und übertreibt gerne die Sachverhalte, neigt bisweilen auch zur Polemisierung. Auch wendet sich die SP gegen die Angriffskriege der NATO genauso wie gegen die neoliberale Politik der EU. Gerne weist sie darauf hin, dass die Politiken der transnationalen Zusammenschlüsse selten eine Mehrheit im Volk finden würden, und führt dies auch als Argument an, die Durchführung von Volksinitiativen und -abstimmungen zu erleichtern. Die Argumentationslogik der SP musste zwangsläufig dazu führen, dass ihre versiertesten wissenschaftlichen Kenner sie in der Kategorie der populistischen Parteien verorten – und dies zusammen mit den Rechtsaußenparteien. Gleichwohl erkennen auch jene professionellen Beobachter an, dass die SP inzwischen ihren Sprachgebrauch in vielen Fragen dämpft (Lucardie 2003, Voerman 2009). Es sei kein programmatisches Ziel mehr, aus der NATO auszutreten oder die Monarchie abzuschaffen, war von Marijnissen im Wahlkampf 2006 zu hören. Die Aussagen zeigen den altbekannten und manchmal widersprüchlich erscheinenden Balanceakt zwischen langfristig geltenden Grundsatzdokumenten und Wahlprogrammen, die zur kurzfristigen Kampagnenfähigkeit und letzten Endes zur Stimmenmaximierung beitragen sollen. Kurzum, die Lesbarkeit ihrer Programme, die Fokussierung der Partei auf Themen, die eben die »kleinen Leute« wirklich interessieren, verdeutlichen, dass die SP eine Partei ist, die mitten im Leben steht.

Zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte haben die Sozialisten einen hohen Verlust an Stimmen und Mandaten in der Zweiten Kammer erlebt, auf der linken Seite bedrängt von Parteien, die mit populären Spitzenkandidaten ins Rennen gegangen waren, auf der rechten Seite vom rabiaten Antiislamisten Wilders. Und dennoch, die hier geschilderten programmatischen, personellen und basisorganisatorischen Kontinuitäten, die die Partei kennzeichnen, haben zu ihrer festen Etablierung in der politischen Landschaft der Niederlande geführt. Deutlich mehr als 40.000 Mitglieder, mehr als 250 Abgeordnete in den Gemeinderäten und die Beteiligung an mehr als zwei Dutzend Magistraten sprechen dafür, dass das Fundament der Partei für die Zukunft gesichert ist.

Literatur

Monographien/Aufsätze in Fachzeitschriften

- Aarts, Kees/Kolk, Henk van der/Rosema, Martin (2007): Een verdeeld electoraat, Utrecht.
- Azmanova, Albena (2004): The mobilization of the European Left in the Early Twenty-First Century, in: *European Journal of Sociology*, Nr. 45.
- Becker, Frans/Cuperus, René (2007): Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft, in: *Jahrbuch für Niederlande-Studien* 2007, Münster, S. 83-101.
- Het Nationaal Kiezersonderzoek 2006 (2008): Opzet, uitvoering en resultaten, Centraal Bureau voor de Statistiek, Voorburg/Heerlen.
- Kagie, Rudie: *De Socialisten* (2004): Achter de schermen van de SP, Amsterdam.
- Lepszy, Norbert/Wilp, Markus (2009): Das politische System der Niederlande, in: *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden, S. 405-449.
- Lucardie, Paul (2006): Das Parteiensystem der Niederlande, in: *Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie* (Hg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden, S. 330-350.
- Lucardie, Paul (2003): Populismus im Polder: Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: *Werz, Nikolaus* (Hg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 177-194.
- Mao Tse-Tung (1967): *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung*, 1. Auflage, Peking.
- March, Luke (2008): Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream? *Internationale Politikanalyse*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Slager, Kees (2001): Het geheim van Oss. Een geschiedenis van de SP, Amsterdam/Antwerpen.
- Voerman, Gerrit (1987): De »Rode Jehova's«. Een geschiedenis van de Socialistische Partij, in: *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen* 1986, Groningen, S. 124-150.
- Voerman, Gerrit (2009): Van Mao tot marketing. Over het populisme van de SP, in: *Socialisme en Democratie*, Nr. 9, S. 26-32.
- Voerman, Gerrit/Lucardie, Paul (2007): De sociaaldemokratisering van de SP, in: *Becker, Frans/Cuperus, René* (Hg.): *Verloren slag. De PvdA en de verkiezingen van 2006*, Amsterdam, S. 139-169.
- Weissbach, Cornelia (2009): Die emanzipative Linke in den Niederlanden, in: *Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia* (Hg.): *Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzen. Aufsätze zur politischen Bildung*, Reihe rls papers, Berlin.
- Wielenga, Friso (2008): Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert, Münster.

Zeitungsmaterial

- Dijk, Marc van (2006): Oosterhuis verwoordt wat de SP'er denkt, in: *Trouw*, 13. November 2006.
- Jorritsma, Elsjé/Valk, Guus (2007): Activistische SP verovert de FNV, in: *NRC Handelsblad*, 30. März 2007, S.1/3.
- Pegtel, Alice (2007): De lange arm van Jan Marijnissen, in: *HP/De Tijd*, 23. November 2007, S. 29-34.
- Raak, Ronald van/Ivens, Laurens (2007): Regels SP zijn wettig en terecht, in: *De Volkskrant*, 9. August 2007, S. 11.
- Voerman, Gerrit (2007b): SP moet partijorganisatie aanpassen, in: *NRC Handelsblad*, 16. Juni 2007, S. 7.

Homepages

- <http://www.sp.nl>
Homepage der SP, Zugang zu Ausgaben der Mitgliederzeitschrift »Tribune« der letzten Jahre, zu Untersuchungen des wissenschaftlichen Büros der Partei, Links zu sämtlichen Abgeordneten und Fraktionen der Partei auf allen Ebenen, umfangreiches Medienarchiv.
- <http://www.parlement.com>
»Parlement & Politiek« ist eine Homepage des Parlementair Documentatie Centrum van de Universiteit Leiden (PDC). Sie enthält umfangreiche Informationen über das parlamentarische System der Niederlande, die politischen Parteien und sämtliche – auch historische – Abgeordnetenbiografien.
- <http://www.rug.nl/dnpp>
Homepage des Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (DNPP), des führenden niederländischen Parteienforschungszentrums an der Universität Groningen, enthält sämtliche Parteiprogramme, Jahresberichte, Mitgliederzahlen, Zugang zum Website-Archivprojekt Archipol.
- <http://www.verkiezingsuitslagen.nl>
Homepage der Wahlbehörde (Kiesraad), enthält in einer sehr übersichtlichen Datenbank sämtliche offiziellen Wahlstatistiken, auch auf der Provinzialebene.
- <http://www.cbs.nl>
Homepage des Zentralbüros für Statistik, enthält z. B. die Wahluntersuchung Nationaal Kiezersonderzoek 2006.

Die Partito della Rifondazione Comunista – Entwicklung im Widerstreit zwischen »großer Ambition und kleiner Kraft«¹

Einleitung

Die Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Partito della Rifondazione Comunista – PRC) stellt nach dem Untergang der realsozialistischen Experimente im Osten und der Krise der sozialdemokratischen Parteien und Politikkonzepte im Westen ein interessantes Phänomen im linken Parteienspektrum dar. Ihre Lernwilligkeit und Innovationsfähigkeit haben der sehr jungen Partei schnell internationale Anerkennung im linken Lager und auch national eine einflussreiche innenpolitische Position eingebracht. Aber etwas hat im Prozess der Wiedergründung nicht funktioniert: Innerhalb nur weniger Jahre ist von der einst viertstärksten Partei Italiens eine nur noch außerparlamentarische Kraft übriggeblieben, die zerrissen von inneren Auseinandersetzungen um das »eigene Ich« und abgeschnitten von den Mitteln der Parteienfinanzierung um ihre Existenz kämpft.

Formal konstituierte sich die PRC Mitte Dezember 1991 auf ihrem ersten Parteitag in Rom. Anfänglich bestand die Bewegung vor allem aus zwei Minderheitsströmungen der Italienischen Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano – PCI), dem straff organisierten und eher traditionalistisch ausgerichteten Flügel von Armando Cossutta sowie Vertretern der unorthodoxen Ingrao-Strömung. Bereits im Mai schlossen sich ihr mit Lucio Magri und Luciana Castellina auch Leitfiguren der neuen Linken und Teile der Partei der Proletarischen Einheit (Partito di Unità Proletaria per il Comunismo – PdUP) an. Im Juni 1991 beschloss der 8. Parteitag der sich immer als Sammelbecken zahlreicher maoistischer, spontaneistischer und mit der IV. Internationale verbundener trotzkistischer Gruppierungen verstehenden Partei der Proletarischen Demokratie (Democrazia Proletaria – DP) ihre Auflösung und empfahl den Parteimitgliedern den Übertritt zu der sich in Gründung befindenden PRC. Kurz danach trat auch die Kommunistische Partei Italiens (Marxisten-Leninisten – Rote Linie) der Bewegung bei.² Damit bündelte die PRC zu diesem Zeitpunkt bereits ein breites Spektrum an Strömungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken.

1 Undici tesi dopo lo Tsunami: a cura del Centro per la Riforma dello Stato [11 Thesen nach dem Tsunami: hg. vom Zentrum für die Reform des Staates], in: *Alternative per il Socialismo*, Rivista bimestrale, numero 6 – luglio-settembre 2008, S. 235.

2 Vgl. Simone Bertolino: *The PRC – Emergence and Crisis of the Antagonistic Left*, in: *Communist and Post-*

Angesichts der großen Heterogenität an unterschiedlichen, sich in der Vergangenheit auf das heftigste bekämpfenden politischen Kulturen, parteipolitischen Sozialisierungen, Erfahrungen und Politikansätzen definierte sie ihr Selbstverständnis als offene und plurale Partei. Das stellte, gemessen an dem monolithischen Selbstverständnis der PCI, einen richtungsweisenden Qualitätssprung dar, der sich in den Folgejahren als die eigentliche Quelle der Vitalität und der Erneuerungsfreudigkeit der Partei herausstellte und es ihr ermöglichte, mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten als auch in den gesellschaftlichen Kämpfen verwurzelt zu bleiben. An den Bruchstellen der Pluralität und in ihrem Namen vollzogen sich in kürzester Zeit aber auch nicht weniger als acht zum Teil gravierende Spaltungen der Partei, löste sich die anfängliche Vielfalt sukzessive immer mehr auf. Von Bord gingen dabei wesentliche Teile des Cossutta-Flügels, der neuen Linken, der Trotzkisten, aber auch der langjährigen Mehrheit in der Partei um Fausto Bertinotti. Nie gewann die Partei hierbei, weder an Einfluss noch an organisatorischer Stärke und Geschlossenheit, es mehrten sich nur die kommunistischen Symbole in der Parteienlandschaft Italiens.

Das politische Programm der PRC

Die PRC verfügt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht über ein geschlossenes nationales Strukturreformkonzept, welches geeignet wäre, als Alternative zum Berlusconi Kurs des ungebremsen marktradikalen Umbaus des Landes bzw. als Antwort auf die Folgen der jüngsten globalen Krisenprozesse zu dienen. Die im Kontext der häufigen Kommunal- und Regionalwahlen der letzten beiden Jahren entwickelten Vorschläge der PRC suchen vor dem Hintergrund der föderalen Grundstruktur Italiens ihre politische Hebelwirkung vor allem auf der Regional-ebene und lassen sich zu vier Handlungsbereichen zusammenfassen.³

1. Angesichts der gravierenden Wirtschafts- und Finanzkrise sowie einer verstärkten Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme durch die nationale Regierung werden auf Ebene der Regionen umzusetzende Maßnahmen zum Schutz einkommensschwacher Gruppen, von der Arbeitslosigkeit Bedrohter sowie Arbeitsloser benannt. Dazu zählen unter anderem: ein Verbot von Entlassungen über die nächsten 36 Monate; das Bereitstellen von Zuschüssen zu einem zu verlängernden Kurzarbeitergeld (*cassa integrazione*), deren Zahlung aber an eine Be-

Communist Parties in Europe; edited by Uwe Backes/Patrick Moreau; Göttingen 2008; S. 223; Mimmo Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, in: Michael Brie (Hg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin 2003, S. 17 ff.

- 3 Vgl. Massimo Ioly: Toscana, il Prc e il PdcI presentano una legge contro la crisi [Toskana, die PRC und die PdCI unterbreiten ein Gesetz gegen die Krise], Ore 12, 13 novembre 2009; Programma per le elezioni comunali e provinciali [Programm zu den Kommunal- und Provinzwahlen] (Mercoledì 1 aprile 2009), in: <http://www.rifondazionecomunista.org/ufficioelettorale/index.php?view=article&id=56%>; Stefano Vinti: Le proposte del Prc per uscire »a sinistra« dalla crisi economica [Die Vorschläge der PRC für einen linken Ausweg aus der Wirtschaftskrise], in: Liberazione, 12 novembre 2009.

schäftigungsgarantie gebunden wird; das starke Eingrenzen der Möglichkeit, zeitlich befristete Arbeitsverträge miteinander zu verketten, um das Ausufern prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen; das Einrichten von Solidaritätsfonds für Kurzarbeiter; das Einführen eines sozialen Mindesteinkommens (*salario sociale*) für Arbeitslose im Rahmen einer Reform des Arbeitslosengeldes; die Verpflichtung, keine Kürzungen im Bereich der bestehenden Sozialleistungen vorzunehmen und bei Bedürftigkeit die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen »einzufrieren« bzw. eine entsprechende Bezahlung zeitweilig auszusetzen; den sozialen Wohnungsbau weiterzuentwickeln, ihn entsprechend finanziell abzusichern und eine Sozialmiete einzuführen.

2. Im Gegensatz zu der von der Regierung angestrebten Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie einer drastischen Einschränkung der regulierenden Kompetenzen der Regionen und Kommunen soll deren Rolle nach Ansicht der PRC deutlich gestärkt werden. Konkret soll in diesem Zusammenhang die laufende Privatisierung in den Bereichen Wasser, Gas, öffentlicher Verkehr, Bildung etc. gestoppt werden. Sofern Privatisierungen bereits vorgenommen wurden, ist beabsichtigt, diese Leistungen wieder zu »verstaatlichen«. Auf der Basis einer gesicherten öffentlichen Daseinsvorsorge soll in den Aufbau und die Kompetenzentwicklung öffentlicher Unternehmen investiert werden, damit diese sich in der Lage sehen, das komplette Spektrum entsprechender Güter und Leistungen aus einer Hand zu erbringen. Die Regionen und lokalen Verwaltungen sollen verpflichtet werden, hochwertige Dienstleistungen der öffentlichen Hand als Standard anzubieten und für kleine Kommunen mit weniger als 5 000 Einwohnern einen minimalen Service öffentlicher Dienstleistungen wie Post, Schule, Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung bereitzustellen. Parallel dazu werden regulierende Eingriffe durch die entsprechenden Verwaltungen festgelegt, die beabsichtigen, über gezielte Förderungen einen Prozess der Konversion der lokalen Wirtschaft anzustoßen, der sich an den sozialen und ökologischen Interessen und Problemen des jeweiligen lokalen Umfelds orientiert.

3. Zur Absicherung der hierfür erforderlichen Mittel ist geplant, die Finanzautonomie von Regionen und Kommunen hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben zu stärken und vorhandene finanzpolitische Instrumente gezielt auf die Umsetzung der alternativen Vorschläge auszurichten. Hierzu wird gefordert, den finanzpolitischen Spielraum durch das Anheben der Maastrichter Verschuldungsgrenze um einen Prozentpunkt, durch eine höhere Steuergerechtigkeit und durch die zielkonforme Umwidmung von Steuereinnahmen zu erweitern und zugleich aber auch Kredite im Sinne einer zielkonformen Investitionssteuerung einzusetzen.

4. Ausgehend von der Überlegung, dass eine veränderte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik aus dem Willen der Bürger selbst abzuleiten sei, fordert die PRC, verstärkt Instrumente für eine unmittelbare demokratische Teilhabe der Bürger an den entsprechenden Planungs- und Entscheidungsprozessen einzusetzen. Dabei

wird auf gute Erfahrungen mit den sogenannten Bürgerhaushalten (*bilancio partecipativo*) verwiesen und vorgeschlagen, diese Erfahrungen auch gezielt in spezifischen Politikbereiche einzusetzen, so dass die Bürger mitentscheiden und verifizieren können, welche Ziele z. B. im sozialen (*bilancio sociale*) oder Umweltbereich (*bilancio ambientale*) verfolgt und wie sie umgesetzt werden.

Eine Umsetzung der so miteinander verknüpften Abwehr- und Offensivmaßnahmen zielt auf den Aufbau eines sozialen Bündnisses, welches auf einem »solidarischen Ausgleich« zwischen den Interessen der verschiedenen lohnabhängigen Bevölkerungsgruppen aber auch zwischen diesen und den in Italien traditionell starken Mittelschichten basiert. Die Rolle des politischen Organisators dieses Ausgleichs soll dabei den Regionalregierungen selbst zufallen, die in ihrer gesellschaftlich regulierenden Aufgabenstellung wieder deutlich gestärkt und über Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmechanismen entsprechend zu legitimieren sind.

Die organisatorische Entwicklung der PRC

Die organisatorische Entwicklung der Partei ist gekennzeichnet vom Spannungsverhältnis zwischen stürmischer Entwicklung und Stagnation: sehr schnell erreicht die PRC eine ansehnliche Massenbasis, gewinnt jährlich neue Parteimitglieder, repräsentiert über deren soziale Zusammensetzung ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessen, verfügt anfänglich über eine stabile Wählerbasis, kann ihre Präsenz flächendeckend ausbauen und sich als nationale Partei etablieren. Doch sie kann ihre Mitglieder längerfristig kaum binden; »ideologisch« motivierte Spaltungen höhlen ihre Mitgliederbasis aus, ihr Wählerpotential stagniert, die Bindung der Stammwähler an die Partei nimmt ab, und die PRC entwickelt sich in der Fläche zwischen dem Norden und den südlichen Landesteilen deutlich unterschiedlich.

Die Mitgliederbasis

Gestützt auf die Spezifika ihres Gründungsprozesses⁴ gewann die PRC bereits im ersten Jahr ihres Bestehens diejenige Mitgliederstärke, welche sie im Spektrum der alternativen Linksparteien als Organisation mit einer starken Massenbasis kennzeichnet. In den Jahren 1991 bis 1996 schwankte ihre Mitgliederbasis im Schnitt auf einem Niveau um die 115 000 Mitglieder, wobei es jeweils im Vorfeld von Parteitag den für die PRC charakteristischen konjunkturellen Anstieg von

4 Bereits Monate vor der eigentlichen PRC-Gründung verfügte die Minderheitsströmung von Armando Cossutta über eine straff organisierte Struktur und fokussierte, gestützt auf diese, auf eine erste schnelle Welle der Mitgliedergewinnung sowie eine gesicherte Eigenfinanzierung vor allem in den roten Regionen Mittelitaliens, den Industriegürteln der Großstädte in Nord- und Süditalien, den großen Agraransiedlungen der Po-Niederungen sowie in Regionen wie Apulien und Kalabrien. »Abgerundet« wurde dieser Prozess vor allem durch den »geschlossenen Übertritt« ganzer linker Splitterparteien – die Partei der Proletarischen Demokratie brachte in Summe ca. 10 000 Mitglieder mit – sowie eine Welle sogenannter emotionaler Beitritte.

Mitgliederzahlen⁵ gab. 1997, dem Jahr der ersten indirekten Regierungsbeteiligung, wuchs die Anzahl der Mitglieder sprunghaft bis auf 130 000 an, um sich im Nachgang der Abspaltung des Flügels um Armando Cossutta und Oliviero Diliberto und der von ihnen betriebenen Gründung der Partei der italienischen Kommunisten (Partito dei Comunisti Italiani – PdCI) auf einem Niveau von ca. 95 000 Mitgliedern stabil neu einzupendeln.

Mit der zweiten, diesmal direkten, Beteiligung der PRC an einer nationalen Regierung kam es 2007 zu weiteren Abspaltungen vor allem trotzkistischer Splittergruppen und in der Konsequenz zu einer weiter sinkenden Mitgliederzahl (87 827 Mitglieder). Die auf dem Parteitag im Sommer 2008 unterlegene relative Mehrheit um die ehemalige Führungsmannschaft von Fausto Bertinotti verließ Anfang 2009 mehrheitlich die Partei, um ihre politischen Ziele außerhalb der PRC zu realisieren. Der Effekt für die Partei ist verheerend. Nach dem aktuellen Stand des jährlichen Dokumententausches verzeichnet die PRC einen Mitgliederbestand von gegenwärtig nur noch 38 000, was einem Niveau von ca. 53 Prozent des Vorjahres entspricht.⁷

Laut Statut der PRC erneuern die Parteimitglieder jedes Jahr ihre Mitgliedschaft durch den Tausch ihrer Mitgliedskarten. In diesem Mechanismus realisiert sich das konstituierende Selbstverständnis der Partei, dass jegliche politische Arbeit in und für die Partei freiwillig sein muss. Über diesen Mechanismus realisiert sich aber zugleich auch ein Prozess einer deutlichen Zunahme sogenannter instabiler Mitgliedschaften, Parteizugänge, die im Folgejahr die Partei wieder verlassen. »Die Partei verfügt über eine ausgeprägte Fähigkeit, neue Mitglieder anzuwerben, sie verfügt aber über eine ebensolche Fähigkeit, diese auch wieder abzustößt«, so lautet das diesbezügliche Fazit einer Parteibefragung.⁸ Bereits im zweiten Jahr ihrer Existenz verlor die PRC 14 481 ihrer Mitglieder, konnte diesem Verlust aber 19 108 neue Mitglieder entgegenstellen. In den Folgejahren lag der Anteil der nicht erneuerten Mitgliedschaften bei durchschnittlich acht Prozent der Mitglieder. Ab Ende der 90er Jahre verdoppelte sich dieser Prozentsatz angesichts einer stagnierenden Fähigkeit der Partei, neue oder ehemalige Mitglieder zu gewinnen.⁹

5 Nationale Parteitage haben in der Tradition der PRC eine hohe Mobilisierungswirkung, waren sie doch in der Regel diejenigen Orte, auf denen im Ergebnis der vorherigen Kongresse der Basisorganisationen die bestehenden innerparteilichen Kräftekonstellationen verifiziert und neu »austariert« wurden.

6 Vgl. Aldo Garzia: *La Sinistra-L'Arcobaleno. Numeri, date e cenni di storia* [Die Regenbogenlinke: Zahlen, Daten und geschichtliche Aspekte], in: *Alternative per il socialismo, Rivista bimestrale*, numero 4, novembre 2007, gennaio 08, S. 216.

7 Vgl. Claudio Grassi: *Su la testa, si riparte!*, *Relazione Assemblea nazionale sul Partito* [Hoch den Kopf, es geht wieder los! Referat auf der Nationalen Tagung zu Fragen der Partei], 11 novembre 2009, in: <http://home.rifondazione.it/xisttest/content/view/6892/314/>.

8 Vgl. *L'inchiesta sul Partito* [Untersuchung zur Partei], Maggio 2007, S. 30.

9 Vgl. Simone Bertolino: *Rifondazione comunista – Storia e organizzazione* [Partei der Kommunistischen Wiedergründung – Geschichte und Organisation], Bologna 2004, S. 180 ff.

Die Partei ist zunehmend von politisch unerfahrenen Mitgliedern und Funktionären geprägt. Nur gut 20 Prozent der Gründungsmitglieder gehören heute noch der Partei an.¹⁰ Eine repräsentative Befragung aller Führungsebenen der Partei ergab, dass ca. 30 Prozent der Funktionsträger erst in den letzten fünf Jahren zur PRC gefunden haben und ca. 44 Prozent erst in den letzten neun Jahren.

Hinsichtlich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der PRC-Mitglieder nimmt der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Arbeitslose) deutlich ab und betrug 2006 noch 46,1 Prozent; 1999 waren es hingegen noch 50 Prozent. Dagegen wuchs im selben Zeitraum der Anteil der kleinen Gewerbetreibenden (Kleinunternehmer, Freiberufler, Handwerker, Händler) von 8,2 Prozent auf 10,4 Prozent sowie der der Studenten, Rentner und Hausfrauen von 40,5 Prozent auf 43,6 Prozent an. Dieser näherte sich vor allem durch das anteilige Anwachsen der Studenten von 9,3 Prozent auf 14,2 Prozent sowie der Hausfrauen von 1,3 Prozent auf 4,2 Prozent an die lohnabhängig Beschäftigten prozentual stark an. Deutlich abgenommen hat auch der Anteil der Arbeitslosen, die mit 9,7 Prozent im Jahre 1999 noch die viertgrößte Gruppe bildeten und 2006 nur noch einen Anteil von 7,6 Prozent stellten.¹¹

Verändert hat sich seit Gründung der Partei auch deren regionale Struktur. Die Schwerpunkte der Mitgliedergewinnung lagen anfänglich vor allem im eher industriell geprägten Norden des Landes, in den ehemals roten Regionen Toskana, Emilia-Romagna und Ligurien sowie den Regionen des Nordwestens, die jeweils 31 Prozent bzw. 22,9 Prozent der Mitgliederbasis stellten. Das Gewicht der Regionen Mittel- und Süditaliens sowie der Inseln war mit 28,9 Prozent sowie 8,8 Prozent hingegen deutlich geringer. Dieser Entwicklungstrend ging Mitte der 90er Jahre zu Ende. Die Regionen Mittel- und Süditaliens und die Inseln konnten die Mitgliederzahlen überwiegend halten, während der Norden ab 1995 einen deutlichen Substanzverlust verzeichnet.¹²

Die Mitglieder der Partei im Norden sind heute gegenüber denen im Süden sehr viel älter. Vor allem in den ehemals »roten Regionen« liegt der Anteil der noch zu Zeiten des »Kalten Krieges« politisch sozialisierten Rentner weit über dem nationalen Durchschnitt. Die Partei ist hier vor allem in den traditionellen industriellen Gebieten verwurzelt und verfügt historisch über einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Die Mitglieder der Partei im Süden sind hingegen deutlich jünger und weisen ein höheres Bildungsniveau auf, der Anteil der Jugendlichen ist hier doppelt so hoch wie im Norden. Die Partei hat hier mehr Studenten, aber auch mehr prekäre Beschäftigte sowie Arbeitslose in ihren Reihen

10 Vgl. Stefano Bocconetti: *Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia* (Partei der Kommunistischen Wiedegründung, Analyse einer Partei im Vorfeld des Parteitages von Venedig), in: *Liberazione*: 12 febbraio 2005.

11 Vgl. Bertolino: *The PRC – Emergence and Crisis of Antagonistic Left*, S. 243.

12 Vgl. Bertolino: *Rifondazione comunista – Storia e organizzazione*, S. 185.

und verfügt über eine Mitgliederbasis, die schon nicht mehr in den Milieukontexten der PCI sozialisiert wurde.¹³

Der tiefgreifende Wandel in der Mitgliederbasis geht einher mit einer deutlichen Veränderung der individuellen Zugänge der Mitglieder zur Partei. Dabei gewinnen politisch-pragmatische Gründe eine größere Bedeutung gegenüber Gründen, die sich aus der ideologischen Tradition und Anfangsidentität der Partei ableiten. Eine Befragung der Delegierten des 5. Parteitages (1999) ergab in diesem Zusammenhang, dass für 53,7 Prozent der Delegierten die Identität und die ideologische Tradition noch der Hauptgrund für einen Parteibeitritt darstellten, die Bedeutung dieses Grundes aber in dem Maße stark abnahm, je später die Delegierten zur Partei fanden.

Weitgehend unverändert von der »Erneuerung« bleibt die geringe Anziehungskraft, welche die Partei auf Frauen ausüben kann, denn ihr Anteil an den Parteimitgliedern nahm über die Jahre zwar kontinuierlich zu, blieb aber mit 25,5 Prozent im Jahr 1999, 27,7 Prozent im Jahr 2004 und 29,4 Prozent zwei Jahre später sehr niedrig.¹⁴ Auch fast 20 Jahre nach ihrer Gründung ist die PRC eine männerdominierte Partei, in der Frauen vor allem als Objekt der Politik der Partei angesehen werden,¹⁵ was sich letztlich in einer deutlichen Unterrepräsentation von Frauen in den höheren Nomenklaturebenen ebenso widerspiegelt wie in den nicht entwickelten Instrumentarien dafür, diese Situation zu verändern.

Die Wählerbasis der PRC

Bereits dreieinhalb Monate nach der formalen Gründung stand für die PRC die Stunde der Wahrheit in der Frage an, ob ihr Bestreben nach einer Erneuerung der kommunistischen Tradition und Praxis eine gesellschaftliche Basis findet. Während die traditionellen Parteien, die Christdemokraten, die Sozialisten und die zur Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra – PDS) gewandelte PCI, bei den Parlamentswahlen Anfang April 1992, fast erdrutschartig abstürzten, erhielt die PRC auf Anhieb 2 202 574 Wählerstimmen in der Abgeordnetenversammlung (5,6 Prozent) und 2 163 317 Stimmen im Senat (6,5 Prozent), was einer parlamentarischen Repräsentanz von 35 Abgeordneten und 20 Senatoren entsprach. Auch bei den folgenden politischen Wahlen im März 1994 konnte sie die Ergebnisse halten. 1994 erhielt sie 2 334 029 Stimmen für die Abgeordnetenversammlung, bei den Wahlen 2006 entsprechend wieder 2 229 604. Die Konstanz dieser Ergebnisse macht deutlich, dass diese rund 2,2 Millionen Wähler das von der PRC ansprechbare Stammwählerpotential sind.

13 Vgl. ebenda, S. 190 ff.; Bocconetti: Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia.

14 Vgl. Bertolino: Rifondazione comunista – Storia e organizzazione, S. 243

15 Vgl. Alcune note sui risultati dell'inchiesta – Il rapporto conclusivo dell'inchiesta partito 2006 – 2008 (Einige Anmerkungen zu den Ergebnissen der Befragung – Der abschließende Bericht über die Parteibefragung 2006 – 2008), in: bollettino di Inchiesta, numero 41 – novembre 2008, S. 66.

Der PRC gelang es in verschiedenen Situationen, dieses Potential in der Balance der beiden seit Jahren weitgehend stabilen Blöcke linker und rechter Parteien effizient zu nutzen. Dennoch bleibt sie auf eine gesellschaftliche Minderheitenrolle festgelegt. Eine Ausweitung ihres Wählerpotentials gelang der Partei konjunkturell immer dann, wenn sich mit den Wahlen die gesellschaftliche Option eines Wandels in der italienischen Politik verband. So erhielt sie 1996 im Zusammenhang mit der anstehenden Bildung einer Mitte-Links-Regierung rund 50 Prozent mehr Stimmen und konnte 3 215 960 Stimmen und einen Anteil von 8,5 Prozent auf sich vereinen. Ein analoges Bild zeigten die Wahlen 2006, in deren Ergebnis die PRC erstmalig in eine Mitte-Links-Regierung direkt eintrat und mit 2 229 604 Stimmen 25 Prozent mehr Zuspruch verzeichnen konnte. Konjunkturell bleiben diese Ergebnisse deshalb, weil sie die an eine Stimmenabgabe gebundenen Erwartungen einer konsequenten Interessenvertretung und realer Veränderungen nie einlösen konnte. 1999 zerstritt sie sich intern irreparabel, und 2008 scheiterte sie an einer Gemengelage innerparteilicher Zerrissenheit, unzureichender inhaltlicher Vorbereitung und unausgegorenen Bündniskonzepten. Die sich dahinter verbergende Botschaft, man kann trotz besten Willens und guter Ideen reale Prozesse nicht beeinflussen,¹⁶ hatte einen massiven Stimmenentzug zum unmittelbaren Ergebnis. Das Bündnis der Regenbogenlinken (La Sinistra-L'Arcobaleno), in dem sich die PRC zur Wahl stellte, kam in Summe nur auf 1 124 298 Stimmen und verlor damit jeglichen Zugang zum Parlament.

Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerbasis der Partei zeigt eine ausgeglichene gesellschaftliche Repräsentanz und eine große Übereinstimmung mit der Sozialstruktur der Mitgliederbasis. Den größten Anteil stellen mit 49 Prozent die lohnabhängig Beschäftigten: davon sind 23 Prozent Arbeiter und 16,5 Prozent lohnabhängige Angestellte. Mit drei Prozent fällt der Anteil der Arbeitslosen deutlich geringer aus, ebenso verhält es sich mit den prekär Beschäftigten, den Landarbeitern sowie den leitenden Angestellten, die 6,5 Prozent der Wähler stellen. Nach den vorliegenden Quellen verfügt die Partei bei diesen Schichten über eine Zustimmung, die in der Regel zwischen zwei und sechs Prozentpunkten über deren Anteil an der Sozialstruktur der italienischen Bevölkerung liegt. Deutlich unterhalb dieses Richtwertes liegt hingegen der Anteil der Wähler aus dem Bereich der kleinen Gewerbetreibenden – die Kleinunternehmer, Freiberufler, Handwerker und Händler stellen 9,5 Prozent der PRC-Wähler – sowie aus dem Bereich der Nichtaktiven, der die Studenten, die Rentner und die Hausfrauen umfasst. Rentner verfügen über einen Anteil von 21 Prozent, Hausfrauen von über 7,5 Prozent und Studenten von 12 Prozent.¹⁷

16 Vgl. Eduardo Aldo Carra: Elezioni, europa e crisi economica, in: Critica marxista, numero 3-4, 2009, S. 11; Luciana Castellina: The Italian Case: a Point of View, in: The Left in Government, Latin America and Europe Compared, Ed. Birgit Daiber, Rosa Luxemburg Foundation, Brussels 2010, S. 72.

17 Vgl. Paolo Chiochetti: Partiti della sinistra radicale a confronto – Francia, Italia e Germania, 1999 – 2006 [Die Parteien der radikalen Linken im Vergleich – Frankreich, Italien, Deutschland, 1999 – 2006], Tesi di Laurea in Sistema Politico dell'Unione Europea, Università di Bologna, Sessione Seconda, Anno Accademico 2005 – 2006; S. 185.

Was in den letzten Jahren zunehmend deutlich zutage tritt, ist eine tendenzielle Lockerung der Bindung des Stammwählerpotentials an die Partei, was offensichtlich mit einer deutlich abnehmenden Mobilisierungsfähigkeit von Wählern seitens der Basisorganisationen der Partei korrespondiert.¹⁸ Bereits bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 2001 zeigte sich im Ergebnis der gescheiterten ersten indirekten Beteiligung an einer Mitte-Links-Regierung, dass ein signifikanter Teil der Stammwähler zu den Nichtwählern wechselte und hierüber ihre massive Unzufriedenheit mit der konkreten Arbeit der Partei zum Ausdruck kam. 2001 betraf das rund 482 000 Wähler bzw. ein Drittel der Verluste der Partei gegenüber den Wahlen von 1996. Hinsichtlich der Ergebnisse bei den vorgezogenen Wahlen im Jahre 2008 weisen Untersuchungen der Wählerwanderungen auf einen ebenso massiven Einsatz dieses »Instruments« hin: Ungefähr 17 Prozent, d. h. annähernd 650 000 Wähler der Regenbogenlinken-Koalition (und hier vor allem die Arbeiter unter ihnen), verweigerten ihren Parteien die sprichwörtliche »linke Treue« und enthielten sich der Stimme.¹⁹

Selbstverständnis und Organisation der PRC

Das Selbstverständnis der PRC ist gekennzeichnet von Widersprüchen zwischen Wort und Tat, zwischen Konzeption und Realität. Sie will die historischen Erfahrungen ihrer Vorgängerparteien praktisch verarbeiten, will über sie hinausgehen und sieht sich in einem beständigen Prozess, sich den ändernden Herausforderungen zu stellen. Politisch bleibt sie dabei oft doppeldeutig, es fehlt ihr am Verständnis für die eigene nachhaltige Veränderung als Partei ebenso wie an Instrumenten, innerparteiliche Vielfalt auch tagtäglich zu leben. Als Massenpartei will die PRC, tief in der Gesellschaft verwurzelt sein, doch ihre Basisorganisationen haben Berührungsprobleme, tun sich schwer, den Anforderungen gerecht zu werden, und der Partei mangelt es an der organisatorischen Kompetenz, diese Zustände zu ändern.

Parteiinterne Demokratie

Plural in ihrem Ursprung und Selbstverständnis, grenzt sich die PRC vom demokratischen Zentralismus als Organisations- und Führungsprinzip klar ab. Die im

18 Eine Betrachtung der Wahlergebnisse unter der Fragestellung, wie viele Wähler rechnerisch auf ein Parteimitglied entfallen, verdeutlicht, dass dieser Koeffizient deutlich abnimmt: 1992 lag er bei einem Verhältnis 1 zu 5,4, im Jahr 2001 bei 1 zu 4,9 und 2006 nur noch bei 1 zu 4,2. Unter regionalen Gesichtspunkten bestätigt sich hier die auch an anderer Stelle aufgezeigt Tendenz. Die Basisorganisationen in den Regionen Mittel- und Süditaliens sowie auf den Inseln können ihre entsprechende Fähigkeit halten oder ausbauen, hingegen bricht die Partei im Norden komplett ein. Vgl. Bertolino: *Rifondazione Comunista – Storia e organizzazione*, S. 169.

19 Vgl. Tonino Bucci: *Sinistra hai perso ma la crisi ti dà ragione* (Linke, du hast verloren, aber die Krise gibt dir recht), in: *Liberazione*, 3 marzo 2009; Poggi & Partners: *I flussi elettorali – Analisi secondaria dei dati relative alle elezioni politiche del 13-14 aprile 2008* (Camera) (Die Wählerwanderungen, Analyse der Ergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 13.-14. April 2008), o. J. und o. O.

Statut hinterlegten Organisationsprinzipien beschreiben die Partei als eine ideologisch und organisatorisch offene und im Inneren demokratisch verfasste Organisation. Offenheit steht dabei für die inhaltliche Kontamination mit anderen politischen Kulturen wie der des Feminismus, der Antiglobalisierungsbewegung, der Umweltschutzbewegung, der Friedensbewegung, aber auch für eine stärker unmittelbare, vor allem kompetenzbezogene Einbindung von Nicht-Parteimitgliedern in die tägliche Arbeit der Partei. Hierfür werden neben den traditionellen territorialen und betrieblichen Basisorganisationen auch die Möglichkeiten des Aufbaus von thematisch ausgerichteten Basisstrukturen sowie von inner- und außerparteilichen Vereinen, Zeitschriften oder Foren der politisch-theoretischen Forschung eingeräumt.

Hinsichtlich der demokratischen Verfasstheit schreibt das Statut die Teilhabe am Parteileben sowie an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen in der Partei auch mittels eigener zu prüfender und zu beantwortender Vorschläge, das Recht auf Information über laufende Diskussions- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen der Partei, das Recht zu wählen und selbst gewählt zu werden, das Recht, Kritik an allen Instanzen der Partei zu üben sowie seine politischen Ansichten auch öffentlich zu vertreten, als prinzipielle Rechte des Einzelmitglieds fest. Im Rahmen eines stark dezentralen Organisationskonzeptes wird den verschiedenen Strukturen der Partei, in den Grenzen der jeweils vom Parteitag bzw. zwischen seinen Tagungen vom Nationalen Politischen Ausschuss beschlossenen allgemeinen Politik und Ziele, der prinzipielle Freiraum eingeräumt, diejenigen Initiativen zu ergreifen, die aus ihrer Sicht als am besten geeignet angesehen werden.

Jegliche auf Hierarchie und Einstimmigkeit abzielende Konzeption und Praxis der Organisation und des Zusammenlebens der Partei wird explizit abgelehnt, und dem Wechselspiel der bestehenden innerparteilichen Vielfalt wird ein breiter Raum eingeräumt. Die Pluralität der Positionen, die freie Diskussion sowie die beständige Suche nach der politischen Synthese werden dabei als tragende Prinzipien festgeschrieben. Für die freie und transparente Äußerung dieser Vielfalt sieht das Statut die Möglichkeit vor, Strukturen und Gruppierungen aufzubauen, deren Existenz allerdings auf die Zeit der Vorbereitung und Durchführung von Parteitagen sowie von innerparteilichen Diskussionen mit grundsätzlicher politischer Bedeutung beschränkt wird. Das Bilden von permanenten Strömungen oder Fraktionen ist verboten.

Die PRC als Sammelbecken verschiedener »Seelen«

In der Praxis des Parteilebens wurden die Festlegungen hinsichtlich der Bildung von Strömungen weitgehend und offensichtlich politisch gewollt²⁰ ignoriert. Der

20 Darauf weist unter anderem die Tatsache hin, dass seitens der Parteiführung unter Bezug auf einen entsprechenden Artikel des Statuts (Art. 50 der vom letzten Parteitag in Chianciano angenommenen Fassung) sehr viel Wert darauf gelegt wird, die bestehenden strömungspolitischen Kräfteverhältnisse bei der Besetzung der Gremien ab-

schnelle organisatorische und politische Erfolg der PRC basierte anfänglich vor allem darauf, dass sie sich der gewachsenen Strukturen der damaligen Minderheitsströmung in der PCI um Armando Cossutta bedienen konnte, denen sich Vertreter anderer kommunistischer Traditionen, Kulturen und Sozialisierungen zuordneten.²¹ Zu keinem Zeitpunkt der Entwicklung der PRC gab es einen Prozess, der geeignet war, eine wirkliche Synthese dieser Vielfalt herzustellen. Das Instrument eines Parteiprogramms, welches das gemeinsame Verständnis der Gesamtheit der Mitglieder in Bezug auf die gesellschaftlichen Ziele, die Politik und das »eigene Ich« widerspiegelt und sie daran bindet, gibt es in der Traditionslinie des italienischen Kommunismus nicht. Politische Grundsatzdebatten und Klärungsprozesse werden in der Regel nur auf Parteitag geführt. Die Parteitage dienten im Kern aber überwiegend nur der kurzfristigen Ausrichtung der Partei, über entsprechende politische Analysen und Ableitungen fixierten sie bestehende Mehrheitsverhältnisse oder justierten die Partei entsprechend anders aus. Somit hat in der bisherigen Geschichte der PRC auch kein prinzipieller Prozess des gegenseitigen Sich-in-Frage-Stellens, der gemeinsamen Verständigung und der gemeinsamen Weiterentwicklung stattgefunden. Das schloss bisher eine Vielzahl von bedeutenden politischen Erneuerungen der Partei, wie die klare Absage an jegliche Erscheinungsformen des Stalinismus, das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, zur Überwindung des Patriarchats oder die Hinwendung zu den neuen sozialen Bewegungen als Ausdruck neuer Widersprüche in der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht aus²².

Im Kern konnten die unterschiedlichen Erfahrungswelten der Partei jedoch in ihrem eigenen Selbstverständnis, in ihrer tradierten Identität verbleiben und gruppierten sich politisch entsprechend in bekannter Manier. Unter organisatorischen und kulturellen Gesichtspunkten stellt die PRC somit heute eher ein Sammelbecken²³ der verschiedenen »Seelen« der Partei dar, die sich klar strömungspolitisch organisieren, Parteien in der Partei bilden, gegeneinander aufrüsten und sich verbarrikadieren und die erbittert um die Kontrolle in der Partei kämpfen. Im Ringen um den Zugang zu den erforderlichen finanziellen Mitteln zieht dieser Me-

zubilden. Was hier als Möglichkeit angelegt ist, führt in der Konsequenz zu einer Verstärkung. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen gewannen vor allem auf und nach dem 6. Parteitag in Venedig an Schärfe, als mehrheitlich entschieden wurde, diese »Regel« zu durchbrechen und Minderheitenströmungen aus dem engsten Entscheidungskreis, dem Sekretariat, »auszuschließen«.

- 21 Erst zu einem späteren Zeitpunkt stellt sich die Partei der Aufgabe, die vorhandenen Strukturen der Partei in der Fläche weiter auszudehnen. Vgl. Franco Astengo: *Un partito nel travaglio della transizione italiana* [Eine Partei in den Geburtswehen der italienischen Veränderung], in: *Aprileonline* (2. settembre 2009), <http://www.aprileonline.info/notizia.php?id=12781>.
- 22 Das Statut der Partei verpflichtet jedes Mitglied explizit, Strukturen der alternativen Linken, von kritischen und antikapitalistischen Bewegungen, von Klassengewerkschaften, demokratischen Vereinen und Massenbewegungen zu unterstützen, zu ihrer Entwicklung beizutragen und in diesen demokratisch, gleichberechtigt und nicht sektiererisch mitzuwirken.
- 23 Vgl. Gianpaolo Patta: *L'Italia è il primo paese d'Europa dove non c'è né una sinistra comunista né socialdemocratica* [Italien ist das erste europäische Land, in dem es weder eine kommunistische noch eine sozialdemokratische Linke gibt], in: *Liberazione*, 15 luglio 2009.

chanismus angesichts der dezentralen finanziellen Verfügungsgewalt die gesamte Partei mit in den Strudel.²⁴

Obwohl dieses Handeln den statutarischen Regeln klar widerspricht, gibt es eine hohe innerparteiliche Akzeptanz für die Situation. 31,2 Prozent der 2007 befragten Funktions- und Mandatsträger äußerten sich »zufrieden« mit der Existenz von Fraktionen, 33,8 Prozent »ziemlich zufrieden«, 20,8 Prozent bewerteten die Situation kritisch, aber nur 6,2 Prozent forderten statutengerecht deren Auflösung.²⁵ Bezüglich der konkreten Parteiarbeit lassen sich allerdings zwei unmittelbar negative Effekte feststellen. Zum einen leiten sich aus dem gesamtpolitischen Klima in der Partei demotivierende Impulse selbst in deren aktiven Bereich ab. So erklärte im Rahmen der Befragung von 2007 ca. ein Fünftel der Mitglieder, ihre Aktivität hätte gegenüber früher abgenommen, und führte dieses auf politische Probleme in der Basisorganisation (18 Prozent) bzw. auf einen Dissens bezüglich der jüngsten politischen Entscheidungen der Partei (27 Prozent) zurück.²⁶ Zum anderen gibt es ein deutliches Unterlaufen der Parteibeschlüsse, was außerhalb der Partei durchaus als Differenz zwischen Wort und Tat wahrgenommen und als Vertrauensproblem auf die gesamte Partei zurück projiziert wird.

Angesichts der erneuten Niederlage bei den Europawahlen und den strömungs-politischen Auswüchsen im Wahlkampf²⁷ forderte PRC-Generalsekretär Paolo Ferrero auf der Tagung des Nationalen Politischen Ausschusses im Juni 2009, die »Kristallisierung der Strömungen« zu überwinden und nach einer Übereinstimmung hinsichtlich der zukünftigen Politik zu suchen, welche alle einbeziehe. Zur Abstimmung kamen auf der Tagung aber nicht weniger als fünf alternative Dokumente.

Während sich die bisher einflussreichste Strömung *Essere Comunisti* (Kommunisten sein) im August 2009 in einen Kulturverein umgewandelt hat und seitdem aktiv daran arbeitet, eigenständige Beiträge zur Entwicklung der Partei zu leisten, hat die zur *International Marxist Tendency* gehörende Strömung *Falce e Martello* (Sichel und Hammer) einen analogen Schritt klar abgelehnt und halten sich die Strömungen um die Zeitschrift *l'ernesto* sowie *Rifondazione per la sinistra* der in der Partei verbliebenen Anhänger der früheren Bertinotti-Mehrheit bisher noch bedeckt.

24 Vgl. Tonino Bucci: Stop alle correnti, Rifondazione ci prova e ci crede [Stop den Strömungen, Rifondazione versucht es und glaubt sich], in: *Liberazione*, 05 agosto 2009.

25 Vgl. L'inchiesta sul partito, S. 21.

26 Ebenda, S. 12.

27 Ungeachtet der verheerenden Wahniederlage bei den Parlamentswahlen 2008 haben auch im Wahlkampf zu den Europawahlen 2009 einzelne Fraktionen nur diejenigen Kandidaten aktiv im Wahlkampf unterstützt, die der jeweiligen Strömung angehörten. Vgl. Redebeitrag von Giusto Catania auf der Tagung des Nationalen Politischen Ausschusses (CPN) 13.-14. Juni 2009, in: *Liberazione*, 17 giugno 2009.

Die Basisorganisationen der PRC

In klarer Abgrenzung von jeglichen Avantgarde-Partei-Konzepten sieht sich die PRC in der Tradition kommunistischer Massenparteien. Ihr diesbezügliches Selbstverständnis ging aber bereits bei Gründung deutlich über die entsprechenden Organisationsansätze der PCI hinaus. Der Massencharakter der PCI realisierte sich vor allem über stark vertikalisierte Organisationsstrukturen und eine entsprechende Zentralisierung der parteiinternen Abläufe durch einen weitverzweigten, hoch arbeitsteilig und professionell agierenden Parteiapparat, die klare Unterordnung der Abgeordneten und Mandatsträger unter den Parteiapparat, eine starke Kontrolle »eigener« Massenorganisationen und eine ausgeprägte Fähigkeit, die Mitglieder »intellektuell und moralisch« einzubinden.

Die PRC setzt hingegen auf dezentrale Strukturen, auf Pluralität, auf weitreichende organisatorische und politische Spielräume sowie Eigenverantwortung der verschiedenen Parteigliederungen und auf eine hohe Initiative der Parteimitglieder. In Umsetzung dieser Organisationsansätze konzentrierte sich die PRC in den ersten Jahren vor allem auf den Aufbau eines kapillaren Systems von Basisorganisationen,²⁸ welches die landesweite Präsenz der Partei mittels territorialer und betrieblicher Strukturen absichern sollte. Dennoch nahm die Anzahl der Basisorganisationen über die ersten zehn Jahre kontinuierlich um bis zu einem Drittel ab.

Erst 2003 gelang es der Partei, diese Entwicklung zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten, so dass die Anzahl von 2 010 wieder auf ca. 2 500 Basisorganisationen im Jahre 2007 anstieg.²⁹ Als Folge dieser Entwicklung nahm über die Jahre auch die Anzahl derjenigen Kommunen zu, in denen die PRC über keine entsprechende Parteistruktur mehr verfügt, was unmittelbar auch die Fähigkeit der Partei berührt, potentielle Wähler anzusprechen bzw. mit der Wählerbasis kontinuierlich zu arbeiten. 1996 gab es bereits in 74,6 Prozent der Kommunen keine Parteiorganisation mehr, bis 2002 stieg dieser Wert weiter auf bis zu 79,5 Prozent an.

Angesichts der schweren Niederlagen bei den europäischen, nationalen und regionalen Wahlen 2008 und 2009 wird sich die Situation der Basisorganisationen in absehbarer Zeit deutlich verschärfen. Ursache dafür ist das Finanzierungssystem, welches sich über die Jahre in der PRC durchgesetzt hat und sich jetzt als ernsthaftes Problem erweist. Dieses System basiert im Wesentlichen auf den Säulen der eigenen Mitgliederbeiträge und Spenden auf der einen Seite sowie den »Zuschüssen« aus der Parteienfinanzierung und Abgaben der Abgeordneten an die Partei auf der anderen Seite. Um die finanzielle Eintrittsschwelle in die PRC möglichst gering zu halten, hat die PRC die Mitgliedsbeiträge über die Jahre auf sehr niedrigem Niveau festgeschrieben und sich damit komplett von der staatli-

28 Die Basisorganisationen der PRC werden in der Parteisprache nicht mehr (wie in der PCI) Sektionen (im Sinne: Teil des Ganzen), sondern Circolo, im Sinne von Zirkulation, Austausch, Fließen, genannt.

29 Vgl. Bertolino: *Rifondazione Comunista – Storia e organizzazione*, S. 207; Bertolino: *The PRC – Emergence and Crisis of the Antagonistic Left*, S. 235.

chen Parteienfinanzierung abhängig gemacht.³⁰ Die hierüber generierten finanziellen Mittel fallen angesichts der Tatsache, dass man nicht nur aus dem Europa- und dem nationalen Parlament, sondern auch aus 80 Prozent der lokalen Verwaltungen rausgefallen ist, komplett aus. In der Konsequenz brechen der PRC damit kurzfristig bis zu 80 Prozent ihrer bisherigen Einnahmen weg.

Der PRC sind die Jugendorganisation *Giovani comuniste e comunisti* (Junge Kommunisten und Kommunistinnen) und das Frauenforum *Forum permanente delle donne* (Ständiges Frauenforum) angeschlossen, die innerhalb der Partei beide über eine weitgehende politische und organisatorische Autonomie verfügen. Von ihnen gehen aber nur sehr geringe gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeiten³¹ aus.

Das Fehlen eigener Massenorganisationen

Die PRC hat keine Massenorganisationen, über die sie unmittelbar Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse nehmen kann. In der Geschichte der PRC gab es zwar wiederholt Diskussionen um die Frage, ob man angesichts eines zunehmend sozialpartnerschaftlichen Politikverständnisses in den linken Gewerkschaften eher auf die Unterstützung eines »kommunistischen« Flügels innerhalb des großen Gewerkschaftsbundes CGIL oder auf den Aufbau einer eigenen kommunistischen »Klassengewerkschaft« zielen sollte. Parteiintern konnte sich aber letztlich keine der beiden Richtungen durchsetzen.

Politisch praktisch bedeutet das Fehlen eigener Massenorganisationen, dass das gesamte gesellschaftliche Beziehungsgeflecht der Partei ausschließlich über die Basisorganisationen sowie die Mitglieder laufen muss: ein Anspruch, dem die Partei in den zurückliegenden Jahren aber offensichtlich vor dem Hintergrund widersprüchlicher Entwicklungen ihrer Basisstrukturen nur unzureichend organisatorisch und personell entsprechen konnte. Die Ursachen liegen in einer begrenzten Aktionsbereitschaft der Mitglieder und einer unzureichende Öffnung der Parteiarbeit hin zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld und Professionalisierungsdefizite.

Erstens: Per Statut werden die Parteimitglieder verpflichtet, sich aktiv innerhalb demokratischer Massenorganisationen einzubringen. Vor diesem Hintergrund verzeichnet die PRC einen relativ hohen Organisationsgrad, vor allem im Bereich der historisch gewachsenen Verbände einer gesellschaftlichen Interessenvertretung. 31 Prozent der Mitglieder der PRC besitzen auch ein Mitgliedsbuch in

30 Der Jahresbeitrag liegt unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des jeweiligen Parteimitglieds zwischen 20 und 40 €. Damit kommen in der Konsequenz nur knapp acht Prozent der von der Partei benötigten Finanzmittel aus dem Bereich der Eigenfinanzierung, also aus Mitgliederbeiträgen und aus auf Veranstaltungen der Parteizeitung *Liberazione* erwirtschafteten Einnahmen.

31 Nur 16,1 Prozent der weiblichen Parteimitglieder erklären, dass sie sich in dem Frauenforum aktiv engagieren; vgl. *L'inchiesta sul partito*, S. 16. Auch die im Statut verankerte »Konferenz der kommunistischen Frauen«, die vor allem als Instrument der Politikfindung dienen sollte, ist ein Konstrukt auf dem Papier geblieben. Seit dem Jahr 2000 wurde sie nicht ein einziges Mal einberufen.

einer der Gewerkschaften,³² 27 Prozent sind zugleich Mitglieder im Verband der ehemaligen Partisanen (ANPI) und 31,9 Prozent sind auch im demokratischen Freizeit- und Kulturverein ARCI eingeschrieben. Dieser Organisationsgrad findet jedoch keine Entsprechung in einem adäquaten Engagement der betreffenden Mitglieder, denn insgesamt nur 33,1 Prozent der Parteimitglieder bringen sich nach eigenen Aussagen in die Arbeit der Verbände auch aktiv ein.³³

Zweitens: Die PRC hat in den zurückliegenden Jahren ihr kommunalpolitisches Profil als »Kümmerin« um konkrete »territoriale« Belange speziell in den Bereichen Verkehr und Umwelt deutlich ausgeprägt. Mit ihr werden konkrete Aktionen im Kampf gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke, Müllverbrennungsanlagen oder neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken sowie gegen Bauspekulationen ebenso verbunden wie das Ringen um neue Formen der Bürgerbeteiligung bei der Organisation lokaler Belange, z. B. in der Form von Bürgerhaushalten. Dieses zwischenzeitlich auch außerhalb der Partei anerkannte politische Profil lässt sich aber noch nicht auf ein prinzipiell verändertes politisches Agieren der Basisorganisationen zurückführen. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten besteht unverändert darin, nationale Kampagnen der Partei³⁴ mit tradierten Methoden wie Flugblattkampagnen, Wahlkampfveranstaltungen und Protestkundgebungen in die Fläche zu tragen.³⁵

Drittens: Betrachtet man die Basisorganisationen der PRC hinsichtlich ihrer Voraussetzungen für ein professionelles Agieren, so lassen sich deutliche Beschränkungen und Defizite festmachen, die im klaren Kontrast zu den Erwartungen an sie stehen. In dem Bestreben, den Parteimitgliedern einen im Territorium sichtbaren Anlaufpunkt, eine »räumliche« Heimat zu geben, hat die PRC in den zurückliegenden Jahren viel in den Erwerb entsprechender Liegenschaften investiert. Dramatisch zurückgeblieben sind in der bisherigen Entwicklung der Partei aber die infrastrukturellen Ausstattungen der Basisorganisationen, die gerade für ein »vernetztes« Agieren in einer sich mittels moderner Kommunikationsmedien schnell verändernden Welt erforderlich wären. Verfügen 55 Prozent der Basisorganisationen über keinen Computer, 70 Prozent über keinen Internetzugang, 63 Prozent über kein Telefon und rund 74 Prozent über kein Fax,³⁶ so verfügt auch die Partei über eine nur sehr eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit.

32 Vgl. Bocconetti: Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia.

33 Vgl. L'inchiesta sul partito, S. 7.

34 Vgl. Dante Goffetti: Il Partito si fa inchiesta – Inchieste sullo stato dei circoli del partito nella campagna bergamasca (luglio-settembre 2007) [Die Partei hinterfragt sich – Befragung zum Zustand der Basisorganisationen der Partei im Umland von Bergamo], in: bollettino di Inchiesta, numero 40 – dicembre 2007, S. 21 f.

35 Je nach unterschiedlicher Form erklärten im Rahmen der letzten großen Befragung der Partei zwischen 55 und 65 Prozent der Befragten, dass sie sich ausschließlich im Rahmen der besagten Kampfform engagieren. Vgl. ebenda, S. 10.

36 Vgl. ebenda, S. 13.

Die PRC als Netzwerkpartei?

Angesichts des für die Gesamtpartei schier unlösbaren Konflikts zwischen Leistungsanforderung und Vermögen der Basisorganisationen begann die PRC über mögliche Auswege aus dem Dilemma nachzudenken. Sie entwickelte in diesem Kontext den Ansatz einer Netzwerkpartei, die drei konzeptionelle »Innovationen« hinsichtlich der Auffassung von der Partei bündeln soll:

Erstens wird die Aufgabe »des Übergangs der untergebenen Klassen in führende Klassen« nicht mehr als alleinige Aufgabe der Partei angesehen, sondern vielmehr als Ergebnis des gemeinsamen Agierens »eines Netzwerkes verschiedener gesellschaftlicher Institutionen« verstanden. *Zweitens* wird hieraus für die Partei die Aufgabe abgeleitet, diese verschiedenen Institutionen in einem politischen Prozess untereinander zu verbinden. *Drittens* soll die traditionelle Trennung »zwischen Politik und Bewegung« aufgehoben werden, indem jeglicher theoretischer und praktischer Hegemonieanspruch in einem solchen politischen Prozess aufgegeben wird und die Partei als paritätisch agierender »Bestandteil der Bewegungen« selbst verstanden wird.³⁷ In der praktischen Umsetzung setzte die PRC anfänglich auf den Aufbau eines Forums der alternativen Linken, in dem Linksparteien verschiedener Ausrichtung, Gewerkschaften, Genossenschaften, Bürgervereine, feministische und Umweltgruppen, studentische Ausschüsse usw. in einem nationalen und/oder regionalen Zusammenhang gemeinsam kooperieren können.

Die angesichts der vorgezogenen Parlamentsneuwahlen 2008 beschleunigte Umsetzung dieser Überlegungen entwickelte sich vor dem Hintergrund der unzureichenden innerparteilichen Verankerung der *Sinistra Europea*, der geringen Einbindung der Parteibasis sowie des politischen Scheiterns des Einigungsprozesses zwischen den Parteien der Regenbogenlinken³⁸ zu einem massiven Akzeptanzproblem. Sie wurde damit zum Kristallisationspunkt der politischen Niederlage der Bertinotti-Mehrheit. »Die [...] vorgezogenen Neuwahlen haben den in der italienischen Linken laufenden Einheitsprozess auf halber Strecke getroffen. Die Wahlergebnisse haben ihn versenkt.«³⁹

37 Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, S. 13 f.

38 Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung des ehemaligen Büroleiters von Fausto Bertinotti über die unterschiedlichen Ausgangssituationen und politischen Ansätze der beteiligten Parteien, aber auch über den widersprüchlichen Charakter des Einheitsprozesses, geprägt von Interessenkonflikten und Widersprüchen, die zwischen den Parteien angesichts sich überschlagender politischer Entwicklungen und seines unzureichenden demokratischen Charakters nie geklärt werden konnten. Vgl. Walter De Cesaris: Cronaca di un processo unitario: tra ambizione e fallimento [Chronik eines Einheitsprozesses: zwischen Ambition und Scheitern], in: Alternative per il socialismo, Rivista bimestrale, numero 6, luglio-settembre 2008, S. 169 ff.

39 Ebenda, S. 169.

Die gegenwärtige Strategie der PRC

Die Spaltung der Partei

Die schwere Wahlniederlage der PRC bei den vorgezogenen Neuwahlen 2008 stürzte die PRC in eine tiefe innerparteiliche Krise. Scharfe Auseinandersetzungen hinsichtlich der aus dem Wahlergebnis zu ziehenden Schlussfolgerungen für Strategie und Taktik der Partei kennzeichneten die Vorbereitung des anstehenden Parteitag. »Ich glaube nicht, dass die Frage, Ferrero oder Vendola die wesentliche zu beantwortende Frage ist. [...] Es gibt einen zwingenden Reflexionsbedarf, nicht nur hinsichtlich der Entscheidungen und der Verantwortung der Führung, sondern bezüglich der Ideen und des neuen Aussehens der italienischen Linken«⁴⁰ – mit diesen Worten versuchte Pietro Ingrao den Auseinandersetzungen noch eine politisch positive Ausrichtung zu geben.

Die Übergangsführung der Partei, die an die Stelle der zurückgetretenen Parteiführung gerückt war, hatte zwar den Auftrag, die Partei geordnet in einen Diskussions- und Entscheidungsprozess zu führen, sie sah sich aber nicht in der Lage, das Lernen aus den Entwicklungen als einen kollektiven Prozess der gesamten Partei zu organisieren. Schnell verkürzten sich die Diskussionen auf die machtpolitische Frage, wer sich mit seiner Deutung und seinen Antworten politisch durchsetzen wird.

Dabei standen sich im Kern zwei relativ gleich große Plattformen gegenüber: die vom Regionalpräsidenten Apuliens, Nichi Vendola, angeführte ehemalige Bertinotti-Mehrheit in der Partei sowie das vom Sozialminister in der Regierung Prodi, Paolo Ferrero, und dem früheren Sekretär für internationale Beziehungen der Partei, Claudio Grassi, angeführte Bündnis aus der langjährig zu Bertinotti in Opposition stehenden Strömung *Essere Comunisti*⁴¹ und Teilen der bisherigen Parteimehrheit.

Die Auseinandersetzung manifestierte sich auf dem Parteitag der PRC im Juli 2008 in zwei konkurrierenden Leitanträgen. Leitantrag 1 ging in der Bewertung der Wahlniederlage von einer auf die Liquidation der Partei ausgerichteten Politik der vorherigen Parteiführung aus, deren theoretischer Ursprung in einer Unterschätzung der »zentralen Rolle des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit« liege. Hinsichtlich der Strategie und Arbeit der Partei wurde eine Überbetonung des »Politischen« und eine starke Vernachlässigung des »Sozialen« kon-

⁴⁰ Vgl. P. Ingrao, *Corriere della Sera*, 20 giugno 2008.

⁴¹ So lehnt die Strömung »Kommunisten sein« die von der Parteiführung beabsichtigte »Integration« der Partei in die Antiglobalisierungsbewegung ebenso wie auch den Paradigmenwechsel hin zur Gewaltfreiheit prinzipiell ab und stellt vielmehr die These dagegen, »nicht die Erneuerung, sondern die Stärkung der Partei [müsse] an erster Stelle [...] stehen«. Vgl. A. Burgio/C. Grassi: *Radiografia del conflitto sociale* [Radiografie des sozialen Konflikts], in: *Il Manifesto*, 19 luglio 2001; Andrea Colombo: *La segreteria val bene una messa* [Es lohnt sich, im Sekretariat zu sein], in: *L'Altro*, 11 giugno 2009; Mimmo Porcaro: *Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: der Fall Italien*; Beitrag zum Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Parteien der radikalen europäischen Linken, Berlin, 16.-18. Dezember 2005, S. 9.

statiert. Leitantrag 2 hingegen führte die historische Niederlage der PRC primär auf sich langfristig vollziehende gesellschaftliche Transformationsprozesse zurück, welche von der Partei weder gesehen noch verstanden wurden.

Trotz aller Bemühungen, die von gegenseitiger Verleumdung und Verletzung gekennzeichnete Diskussion im Vorfeld und auf dem Parteitag nicht in eine Sieger-Verlierer-Konstellation münden zu lassen, endete der Parteitag mit einer »Plattform-Koalition« zum Nachteil der um den Leitantrag 2 gruppierten relativen Mehrheit der Partei. Schnell war der politische Minimalkompromiss zwischen den sehr heterogenen Teilen der neuen Mehrheit gefunden: Fortbestand der PRC und Erneuerung der Partei »von unten nach links«. Dieser reichte offensichtlich für die Bündelung der neuen Mehrheit, nicht aber für die Aufgabe, die gesamte Partei auf dieser Basis auch in die erforderliche nächste Etappe ihrer Entwicklung zu führen. Ohne Willen und Mittel zur Lösung des Konfliktes gingen die Auseinandersetzungen in der Partei auch nach dem beschworenen Neuanfang weiter und endeten fast zwangsläufig Anfang 2009 in der Spaltung der Partei.

Abspaltungen der PRC

Am 24. und 25. Januar 2009 versammelte sich die Führung der als Neugründung für die Linke (*Rifondazione per la Sinistra*) organisierten Bertinotti-Strömung zu einer Nationalen Konferenz, um über die weiteren Perspektiven der Arbeit in der Partei zu diskutieren. Obwohl die Mehrheit der Strömung sich zu diesem Zeitpunkt noch für einen Verbleib in der Partei aussprach, entschieden sich im Ergebnis der Diskussionen 90 ihrer auf dem letzten Parteitag gewählten 134 Mitglieder im Nationalen Politischen Ausschuss, aus der Partei auszutreten und die Bewegung für die Linke (MpS – *Movimento per la Sinistra*) zu gründen.⁴² Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament, den parallel stattfindenden administrativen Wahlen sowie der von der Berlusconi-Regierung eingeführten Vier-Prozent-Sperrklausel versuchte die MpS sehr schnell, ihrem zentralen Projekt der konzeptionellen und politischen Erneuerung des linken parteipolitischen Spektrums ein konkretes Gesicht zu geben. Ende Februar gelang es der MpS, Parteien und Bewegungen verschiedener Traditionslinien der italienischen Linken zusammenzubringen und die gemeinsame Wahlplattform Linke und Freiheit (SeL – *Sinistra e Libertà*) zu bilden. Sie vereinte dabei erstmalig Organisationen aus dem kommunistischen⁴³ und dem sozialistisch libertären Umfeld⁴⁴

42 Zu den Ausgetretenen zählt letztlich fast die komplette bisherige Führungsriege der Partei. Neben dem bisherigen Parteivorsitzenden Franco Giordano verließen u. a. der Regionalpräsident von Apulien Nichi Vendola, der ehemalige Fraktionsvorsitzende Gennaro Migliore, die ehemalige stellvertretende Außenministerin Patrizia Sentinelli und der Abgeordnete des Europaparlaments Roberto Musacchio die Partei.

43 Neben der MpS beteiligt sich an der Plattform auch die linke PdCI-Minderheitsabspaltung »Die Linke vereinen« (Unire la Sinistra) um Katia Belillo und Umberto Guidoni. MpS und ULS ordnen sich politisch beide der GUE/NGL zu.

44 Für die sozialistisch libertäre Traditionslinie steht zum einen die Sozialistische Partei von Riccardo Nencini, die aus der ehemaligen PSI von Bettino Craxi entstanden ist, als auch die aus der ehemaligen PCI hervorgegangene

mit denen der Umweltbewegung, Teilen der »sozialen Linken« und linken Intellektuellen und Kulturschaffenden⁴⁵. Bei den Wahlen zum Europaparlament konnte *Sinistra e Libertà* auf Anhieb 3,12 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Ohne Zugriff auf Mittel der Parteienfinanzierung, von den Massenmedien weitgehend ignoriert und von den ehemaligen Genossen der PRC und ihrem Linksbündnis verfeimt, stellten diese 958 458 Stimmen einen großen Erfolg dar, politisch war er jedoch ohne unmittelbare Bedeutung, denn die SeL verfehlte ebenso wie das Wahlbündnis der PRC die offizielle Sperrklausel. In diesem Spannungsverhältnis von Erfolg und Misserfolg entbrannte innerhalb der Wahlplattform sehr schnell die Diskussion über deren weitere Zukunft und Entwicklungsrichtung.

Gegen den Vorschlag, die Plattform im Ergebnis eines gemeinsamen Transformationsprozesses aller Beteiligten mittelfristig in eine italienische Linkspartei umzuwandeln, opponierten vor allem die Sozialisten und Teile der Grünen, die ihrerseits die Form einer Föderation favorisierten. Da sich beide Parteien mit ihrer Sicht in der SeL nicht durchsetzen konnten, stiegen sie im Oktober bzw. im November 2009 aus dem Projekt aus. Die in diesem Kontext über Monate anhaltende Krise des Projektes SeL konnte erst Ende Dezember 2009 beendet werden, als es auf der Konstituierenden Versammlung in Neapel gelang, diesen Diskussions- und Entscheidungsprozess selbst zu demokratisieren.⁴⁶ Rieb sich die SeL bisher an den divergierenden taktischen Interessen der Stabsquartiere der beteiligten Parteien und Organisationen auf, hatten nunmehr die auf der Basis der Wählerstimmen gewählten Delegierten selbst zu entscheiden, ohne dass die Parteien das Ergebnis – die Legitimation der Basis – korrigieren oder konterkarieren konnten. Mit überwältigender Mehrheit entschieden sich die Delegierten für den Weg der Parteigründung, der voraussichtlich im Oktober 2010 mit einem Gründungsparteitag abgeschlossen werden soll. Um den Weg für eine Beteiligung von Teilen der Grünen offenzuhalten, nannte sich die *Linke und Freiheit* (SeL – *Sinistra e Libertà*) in *Linke, Ökologie, Freiheit* (SEL – *Sinistra, Ecologia Libertà*) um.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügt die SEL noch nicht über eine ausgeprägte politische Programmatik, deren Entwicklung selbst erst im Rahmen des Parteibildungsprozesses erfolgen soll. Auf der Basis der verschiedenen vorliegenden Wahlprogramme lassen sich aber bereits einige Grundsäulen einer zukünftigen Programmatik ableiten. Dazu zählen:

»Demokratische Linke« (SD – *Sinistra Democratica*) um Fabio Mussi und Claudio Fava. Beide Organisationen sehen sich politisch in der PSE beheimatet.

45 Herausgehobene Vertreter während des Wahlkampfes waren vor allem der bekannte Karikaturist Sergio Staino, die renommierte Vertreterin der italienischen Friedensbewegung Lisa Clark, die mit ihren Berichterstattungen über Kriegsverbrechen in Afghanistan und im Irak berühmt gewordene Journalistin des Manifesto Giuliana Sgrena, der Vorsitzende der italienischen Piraten Partei Alessandro Bottoni, der Schauspieler Sergio Troiano sowie die Kinderbuchautorin Bianca Pitzorno.

46 Vgl. Pax a sinistra ma senza liturgia: Intervista a Gennaro Migliore [Frieden unter den Linken, aber ohne Liturgien: Interview mit Gennaro Migliore], in: gli Altri, Settimanale di politica e cultura, 26 marzo 2010, Anno II Numero 15, S. 7.

- die Verteidigung der italienischen Verfassung und ihrer Prinzipien im Hinblick auf gleiche Rechte und Chancen, die Rechtsstaatlichkeit, der weltliche Charakter des Staates sowie die Freiheit der Information;
- das Durchsetzen von Moral und Transparenz im Bereich des öffentlichen Lebens sowie bei der Führung öffentlicher Verwaltungen;
- der Schutz der Werktätigen und des Sozialstaates, u. a. mittels der Durchsetzung des Rechts auf Arbeit für alle (der Beschäftigten, der prekär Beschäftigten wie auch der Arbeitslosen), der Ausweitung des Geltungsbereiches des »Arbeiterstatuts« sowie der Verteidigung des nationalen Kollektivvertrages;
- die Verhinderung von Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (u. a. im Bereich der Bildung und der Wasserversorgung) sowie die qualitative Weiterentwicklung der staatlichen Dienstleistungsbereiche;
- der Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, welches auf der deutlichen Ausweitung der Nutzung alternativer Energien und der Energieeffizienz basieren soll.⁴⁷

Wenn der Diskussionsprozess über die weitere politische Ausrichtung der Programmatik der SEL auch noch als offen zu bezeichnen ist, so besteht zwischen den an der SEL beteiligten Kräften Übereinstimmung in drei Grundaxiomen, entlang derer die SEL gegenwärtig sich und ihre Politik entwickelt und die durchaus geeignet scheinen, die Vertrauenskrise zwischen linker Politik und dem unverändert breiten linken gesellschaftlichen Potential zu beheben. Diese Axiome betrachtet die SEL als Voraussetzung, den »linken Raum wieder politisch und nicht nur organisatorisch zu interpretieren«⁴⁸. Zu diesen Grundaxiomen zählen:

- Die Implementierung eines im Vergleich zur bisherigen linken Praxis deutlich veränderten Politikstils: Bei diesen Überlegungen geht die SEL von der Einschätzung aus, dass die Politik selbst zum Privateigentum von politischen Kasten verkommen ist.⁴⁹ Über die unmittelbare Einbindung der Parteimitglieder und Wähler, möglichst aber generell der Bürger in die Politikfindung und -umsetzung, soll in Zukunft gesichert werden, dass die realen und nicht die vermittelten Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger zur Grundlage von Politik werden. In diesem Kontext schafft die SEL zurzeit im ganzen Land sogenannte »Fabriken«, die in ihrer horizontalen Organisationsausprägung der Diskussion und Entwicklung von realer Alternativpolitik zu dienen haben. Neben diesen sogenannten Innovationslaboren soll im Rahmen des angestrebten partizipativen Demokratiemodells die Besetzung von Wahlfunktionen ausschließlich mit Personen und Persönlichkeiten erfolgen, deren gesellschaftliches Engagement einen unmittelbaren Bezug zum jeweiligen Wahlbezirk aufzuweisen habe. Die Besetzung von Wahlfunktionen mit Berufspolitikern oder aus dem »Parteiap-

47 Vgl. Sinistra Ecologia Libertà presenta candidati e programma per le regionali, in: <http://www.arezzonotizie.it>.

48 Vgl. Pax a sinistra ma senza liturgie, S. 7.

49 Vgl. Cara Rifondazione Ora Unità: Intervista a Nichi Vendola [Liebe Rifondazione, jetzt die Einheit: Interview mit Nichi Vendola], in: gli Altri, Settimanale di politica e cultura, 18 dicembre 2009, S. 3.

parat« heraus will sie zu verbieten, die Bestätigung von Kandidaten der SEL soll prinzipiell im Rahmen sogenannter offener Vorwahlen erfolgen.

- Die Entwicklung von Alternativen, die vor allem einen unmittelbaren Bezug zu konkreten lokalen Problemen haben: Im Gegensatz zur Lega Nord, welche das Territorium gegen alles Fremde abschottet und in ihm die Verteidigung eigener egoistischer Interessen organisiert, will die SEL versuchen, aus der jeweiligen lokalen Besonderheit Alternativen zu entwickeln, die durch »gute« administrative Arbeit umgesetzt werden können und somit Entwicklungen einleiten, die sich zu gesellschaftlichen Veränderungen öffnen. Gute Beispiele hierfür konnte die Regionalregierung Apuliens unter der Leitung des Nationalen SEL-Sprechers, Nichi Vendola, entwickeln, die es der in der Vergangenheit stark rückständigen Region ermöglichten, deutliche Fortschritte zu machen. Zu solchen Beispielen gehörten u. a. Sozialprogramme, Programme gegen prekäre Beschäftigung, die massive Förderung alternativer Energiequellen, das Verbot der Privatisierung des Wassers sowie des von Berlusconi angeordneten Baus von Kernkraftwerken in der Region.
- Die Überwindung des historisch tradierten »pädagogischen« Parteimodells⁵⁰, nach dem eine Partei jeweils über eine »Lehre« und über einen Apparat verfügen müsse, der diese wiederum verbreite und ihre Umsetzung absichere. In der Konsequenz versucht die SEL zurzeit noch den Aufbau von »starren« Parteistrukturen zu vermeiden. Auf der Gründungskonferenz im Dezember beschränkte sie sich erst einmal darauf, neben der Wahl eines Sprechers und der Benennung sehr kleiner Arbeitsgremien (ein Sekretariat mit acht Mitgliedern sowie eine politische Koordinierung mit 32 Mitgliedern) vor allem einen wissenschaftlichen Beirat (*Comitato Scientifico*) zu berufen.

Mit diesen Politikansätzen konnte die SEL bei den im März 2010 stattgefundenen Regionalwahlen das Ergebnis der Europawahlen bestätigen. 3,03 Prozent der Wähler stimmten für die SEL, obwohl die Sozialistische Partei sowie die Grünen ja nicht mehr zu dem Projekt gehören. Insgesamt konnte die SEL ihr Ziel, sich in ganz Italien als eine nationale Partei zu etablieren, nicht erreichen. Während sie in Apulien mit 146.145 Stimmen 9,7 Prozent der Wähler binden konnte, liegt sie in allen anderen Regionen deutlich unter 100.000 Stimmen: Im Norden vereinigte sie im Durchschnitt 1,5 Prozent der Stimmen auf sich und in den Regionen Mittelitaliens liegt sie im Mittel bei 2,95 Prozent. Durch das sehr gute Abschneiden in Apulien erzielte die SEL im Süden im Schnitt 6,6 Prozent.

50 Vgl. ebenda, S. 4.

»Communists we are no longer, Social Democrats we can never be«¹ – die schwedische Linkspartei Vänsterpartiet

Die Schwedische *Linkspartei* (*Vänsterpartiet*) ist die Nachfolgepartei der kommunistischen Partei Schwedens, distanziert sich jedoch heute von der kommunistischen Ära. Sie ist unbestritten die erfolgreichste der Parteien der radikalen Linken in Schweden. Über die Linkspartei hinaus gibt es in Schweden eine Vielzahl an kleineren kommunistischen, trotzkistischen, maoistischen Organisationen und Parteien, die auf Kommunalwahlebene immer wieder kleinere Erfolge haben.

1917 wurde die *Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens* (SSV) als Abspaltung der Sozialdemokratischen Partei gegründet. 1919 wurde sie Gründungsmitglied der Kommunistischen Internationale, 1921 nannte sie sich in *Kommunistische Partei Schwedens* (SKP – *Sveriges Kommunistiska Parti*) um. Mitglieder der SKP waren Teil der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg und organisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Während des Zweiten Weltkrieges war die SKP zwar nicht offiziell verboten, die politische Arbeit der SKP war jedoch durch vielerlei Einschränkungen und Verfolgung illegal. Gegen Ende des »Dritten Reichs« erlebte die kommunistische Partei wegen ihres Widerstands gegen den Nationalsozialismus dennoch einen enormen Aufschwung bei den Wahlen. Dieser war jedoch nur von kurzer Dauer, und die Wahlergebnisse sanken mit Beginn des Kalten Krieges auf ein Niveau um rund fünf Prozent. Dort sollten sie auch bis zum historischen Wahlerfolg 1998 bleiben. Die SKP galt bis in die 60er Jahre als weitgehend »moskautreuer«, 1967 benannte sie sich jedoch in *Linkspartei Kommunisten* (VPK – *Vänsterpartiet Kommunisterna*) um und nahm eine eurokommunistische Position ein. Sie war eine der ersten Parteien, die den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR 1968 öffentlich verurteilte, und sie blieb damit unter den westlichen kommunistischen Parteien eine Ausnahme. Mit dem Ende der Sowjetunion 1990 benannte sich die Partei von *Linkspartei Kommunisten* in *Linkspartei* (*Vänsterpartiet*) um.

Die *Vänsterpartiet* befindet sich derzeit im Wahlkampf für die Wahlen im Herbst 2010 und will danach Regierungsverantwortung übernehmen. Der Umbau der Partei und auch des schwedischen Parteiensystems ist das Ergebnis eines langen, schwierigen Prozesses. Die Linkspartei hat sich dabei stetig in Richtung einer Wahlalternative zur Sozialdemokratie, zu einer realen Option für deren linken

1 David Arter: »Communists we are no longer, Social Democrats we can never be«: The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 1743-9116, Volume 18, Issue 3, 2002, S. 1- 28.

Flügel entwickelt. Sie geriert sich als energische Bewahrerin der wohlfahrts- und sozialstaatlichen Errungenschaften Schwedens und steht inhaltlich dort, wofür die schwedische Sozialdemokratie früher stand: für einen Wohlfahrtsstaat, eine keynesianistische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und den Ausbau des öffentlichen Sektors.

Die Abkehr der *Vänsterpartiet* vom Kommunismus begann nach dem Ende der Sowjetunion, 1993 wurde dieser Wandel im Parteiprogramm verankert. Unter der damaligen Parteivorsitzenden Gudrun Schyman (1993 – 2003), bis heute eine der populärsten Politikerinnen Schwedens, wurde auf dem Parteikongress 1996 zusätzlich zum Sozialismus feministische Politik als Grundlage der Linkspartei festgelegt. Schyman selbst gehörte ursprünglich einer dogmatischeren kommunistischen Strömung an, doch unter ihrem Parteivorsitz öffnete sich die Linkspartei in Richtung Neuer Sozialer Bewegungen. Nach ihrer Abwahl als Vorsitzende gründete Schyman die Partei *Feministische Initiative*, eine schwedische Besonderheit im europäischen Parteienspektrum. Infolge ihrer neuen Parteilinie erreichte die Linkspartei 1998 mit zwölf Prozent ihren historischen Höchststand bei Wahlen. Der damalige Wahlerfolg ist zudem der Enttäuschung der linken Wählerinnen und Wähler über die Sozialdemokratische Partei und der klar ablehnenden Position der *Vänsterpartiet* zum EU-Beitritt 1995 geschuldet.

2004 wurde der nunmehrige Parteivorsitzende Lars Ohly gewählt. Wie Schyman gehörte auch Ohly dem linken, traditionelleren Flügel der Partei an, und er rief starke Proteste hervor, als er sich nach seiner Wahl als Kommunist bezeichnete. Als Gegenströmung bildete sich innerhalb der Partei die liberale Gruppe Linker Scheideweg (*Vägval Vänster*), die sich für eine breitere Plattform und eine rotgrüne Diskussion einsetzte. Eine Spaltung konnte jedoch vermieden werden, und der sich selbst als unabhängig erklärende Verein ruht seit 2009 (Fria Tidningar 2009).

Bei den Parlamentswahlen 2006 erfolgte für die Linkspartei ein Einbruch (von 12,7 auf 5,7 Prozent). Sie konnte in ihrer Position als Unterstützerin der sozialdemokratischen Minderheitsregierung keine glaubhafte Alternative mehr darstellen. Das Wahlergebnis der Linkspartei belegte damit die These, dass europäische linke Parteien, die seit den 90er Jahren in Regierungen mit sozialdemokratischen Parteien eingetreten sind oder diese unterstützt haben, immer verloren haben (vgl. March 2008, 13). Dies vor allem, nachdem Sparmaßnahmen der sozialdemokratischen Regierung, unterstützt von der Linkspartei, seit den 90er Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerten und Sozialabbau nach sich zogen. Stattdessen gelang es bei der letzten Wahl der größten rechten Partei (*Moderaterna*), sich als »die besseren Sozialdemokraten« darzustellen: Vor dem Hintergrund der von der Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Kürzungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Privatisierungen konnte sie mit einer klassisch sozialdemokratischen Rhetorik und dem Wahlkampfthema Arbeit (vgl. Nilsson 2010) das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie besiegeln. Dies folgt dem Trend »weg

vom bedingungslosen Wohlfahrtsstaat für alle hin zum Sozialstaat«, der nunmehr abhängig von geleisteter Arbeit unterstützt (»Workfare« statt »Welfare«). Ein Trend, dem europaweit zunehmend auch die Sozialdemokratie folgt (»Fordern und Fördern«, »rights and responsibilities«).

Die Rot-Grüne Koalition

Die parlamentarische Linke Schwedens bildet 2010 erstmals eine gemeinsame Wahlplattform. Die »Rot-Grüne Koalition« tritt nach überwindener anfänglicher Ablehnung gegenüber der Linkspartei seit Dezember 2008 gemeinsam auf. Mona Sahlin, Parteichefin der SAP (*Sveriges socialdemokratiska arbetareparti*), musste sich dem Druck von Teilen der Mitglieder beugen. Auch Teile der Gewerkschaft waren gegen eine Koalition der SAP allein mit den Grünen, da diese gerade in arbeits- und wirtschaftspolitischer Hinsicht auch wirtschaftsliberale Positionen vertreten und sie zudem mit der liberalen Opposition gestimmt haben, wenn es parlamentarische Kooperationen mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gab.

Gemeinsam mit der sozialdemokratischen SAP und den Grünen (*Miljöpartiet*) steht die Linkspartei (*Vänsterpartiet*) einem bürgerlichen Block gegenüber. Dieser hatte sich bereits vor den Wahlen 2006 gebildet und nach dem Wahlsieg die erste rein konservativ-bürgerliche Regierung Schwedens gestellt. Die Rolle der Linkspartei gegenüber der bis 2006 von der Sozialdemokratie dominierten Regierung war die eines Korrektivs; Kritik an der Sozialdemokratie wurde gepaart mit gleichzeitiger Unterstützung der sozialdemokratischen Regierungsarbeit. Nun wird hingegen eine Regierungsmitverantwortung angestrebt. Für den Eintritt in die »Rot-Grüne Koalition« musste die Linkspartei diverse inhaltliche Zugeständnisse machen. So ließ sie beispielsweise ihre hartnäckige Kritik an der neoliberalen Budget- und Steuerpolitik fallen.

Nach großen Wahlverlusten der Sozialdemokratie und der Linken soll dieser Wahlkampf 2010 nun zu einer rot-rot-grünen Regierung führen. Erstmals hat sich die jahrzehntelang in Allein- oder Minderheitsregierungen regierende Sozialdemokratie schon vor der Wahl eine Koalitionszusage abgerungen. Und erstmals gibt es in Schweden schon vor der Wahl nicht nur eine Koalitionszusage, sondern ein gemeinsames Auftreten im Wahlkampf und einen gemeinsamen Webauftritt. Es nimmt immer eine Vertreterin oder ein Vertreter von einer der drei Parteien Stellung oder an Diskussionen teil, jedoch wird nicht mehr betont, wer von welcher Partei kommt. Neben den einzelnen politischen Wahlplattformen der jeweiligen Parteien soll auch eine zusammen erarbeitete inhaltliche Wahlplattform über den Sommer entstehen. Auch wurde das von der rechten Regierung vorgestellte Budget gemeinsam kommentiert, dies tun normalerweise die einzelnen Parteien für sich selbst, zudem wurde auch ein eigenes gemeinsames Budget präsentiert.

Es beinhaltet eine Vermehrung von Arbeits- und Ausbildungsstellen, »grüne« Investitionen in umweltfreundliche Infrastruktur und Wohnungen, Umweltsteuern – zum Beispiel auf Kohle –, steuerliche Entlastung der Kleinbetriebe, Investition in höhere Bildung. Sicherheit wird entgegen des neoliberalen Sicherheitsdiskurses mit sozialer Sicherheit besetzt – durch die Verbesserung der Gesundheits- und Arbeitslosenversicherungen. Allgemein gilt, es wird das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, Ultimativen gibt es gar keine.

Was Henning Süßner als »langen Marsch in die Koalition« (Süßner 2009) bezeichnet, ist seit einiger Zeit Hauptprogramm für die Linkspartei: mitregieren wollen und nicht mehr länger nur aus der Opposition heraus die regierende Sozialdemokratie stützen. Die Wahlallianz und das Streben nach Regierungsbeteiligung sind mittlerweile Konsens innerhalb der Linkspartei, und ihre Mitglieder als auch der Parteitag bestätigten dies. Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Frage der Regierungsbeteiligung und der Teilhabe an der Macht keine theoretisch-abstrakte mehr, sondern steht aktuell bevor. Was tatsächlich passieren wird, wenn die Linkspartei mitregiert in der »Rot-Grünen Zusammenarbeit für die Zukunft«, wie der Slogan der Wahlallianz lautet, kann noch niemand genau sagen.

Die Struktur der Linkspartei

Die Linkspartei hat heute etwa 12 000 Mitglieder, es gibt allerdings keine genaue Mitgliederzahl. Die Partei ist in Parteibezirke (partidistrikt) untergliedert, und ihr höchstes beschließendes Organ ist der Parteitag (*partikongressen*), der alle zwei Jahre stattfindet. Die Delegierten zu diesem Parteitag werden von den Parteibezirken gewählt. Der Parteitag verabschiedet das Parteiprogramm, die Satzung und andere politische Grundsatzdokumente; darüber hinaus werden Parteivorsitzender (*ordförande*) und Parteivorstand (*partistyrelsen*) gewählt. Die starke Position der Frauen in der Partei äußert sich darin, dass beim Parteitag fast zwei Drittel der zur Wahl zum Parteivorstand vorgeschlagenen Frauen waren und über die Hälfte der Gewählten Frauen sind.

Es gibt eine ständige, vom Parteitag gewählte Programmkommission. Sie schlägt Veränderungen des Programms vor, wenn dies für nötig gehalten wird. Die Wahlplattform für die Wahlen im Herbst 2010 wurde vom Parteivorstand vorbereitet und wird beim kommenden Parteitag verabschiedet. Parteimitglieder können dazu individuell oder innerhalb ihrer lokalen Parteiorganisation Veränderungen vorschlagen. Die Partei ist organisatorisch also ähnlich wie die meisten anderen Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei strukturiert, im Vergleich mit den anderen Parteien ist die Diskussionskultur jedoch sehr offen und tolerant gegenüber abweichenden Meinungen – auch unerwarteten und kontroversen Positionen wird auf Parteitag und Parteikonferenzen Raum gegeben. Es gibt in der Partei keine Tradition für Fraktionen und institutionalisierte kontroverse Strömungen; den-

noch ist die schon genannte Gruppe *Vägval Vänster* ein Beispiel dafür, dass Parteimitglieder sich durchaus zusätzlich in einem parteiunabhängigen Verein zur Veränderung der Linken organisieren können. Die letzten größeren Abspaltungen fanden in den 60er und 70er Jahren infolge massiver Konflikte im Verhältnis zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China statt.

Die Partei hatte in der Vergangenheit mitunter Probleme, alle errungenen Ämter zu besetzen. Nun wird deshalb verstärkt auf neuere Formen der Politik und Kontaktaufnahme gesetzt, so wird etwa der Kontakt mit der Bevölkerung in Gesprächen direkt an der Tür, auf der Straße und am Arbeitsplatz gesucht. Auch nutzt die Linkspartei die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und Partizipation via Web 2.0.

Die Jugendorganisation der Linkspartei nennt sich Junge Linke (*Ung Vänster*), die Studierendenorganisation VSF (*Vänsterns studentförbund*). Sie arbeiten eng mit der Linkspartei zusammen und teilen ihre wichtigsten Ziele, haben jedoch eigene Organisationsstrukturen und Grundsatzprogramme (vgl. *Vänsterpartiet* 2007).

Die Linkspartei im politischen System Schwedens

In Schweden herrschte traditionell das skandinavische Fünf-Parteien-System. Es ist aufgeteilt in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Block. Ersterem gehören die Konservativen, die Liberalen und die agrarische Zentrums Partei, eine skandinavische Besonderheit², an. Der sozialistische Block wird von der Sozialdemokratie dominiert.

Von 1998 bis 2006 unterstützte die Linkspartei per Abkommen die sozialdemokratische Minderheitsregierung. Doch auch vorher konnte sich die Sozialdemokratie in einer Minderheits- oder Alleinregierung der Unterstützung von links sicher sein; sonst wäre indirekt dem bürgerlichen Block von links an die Macht verholten worden. Zugeständnisse an die radikale Linke gab es in der Regel nicht. Je nach Gesetzesentwurf warb die Sozialdemokratische Partei um die Unterstützung verschiedener kleiner Parteien, sei es bei den Liberalen oder bei der *Vänsterpartiet*. Mit der Bildung der rot-grünen Allianz hat sich nun das Ende des Fünf-Parteien-Spektrums mit der Sozialdemokratie als unverrückbarem Mittelpunkt der Macht manifestiert. Es gibt nun endgültig zwei Blöcke, die jede übergreifende Zusammenarbeit ausschließen (vgl. Süssner 2008).

Für einen Einzug in das schwedische Parlament, den *riksdag*, gilt es eine Vier-Prozent-Hürde zu überwinden, was die Linkspartei seit der Einführung des jetzi-

2 Darin zeichnen sich der verhältnismäßig starke Agrarsektor Anfang des 20. Jahrhunderts und seine eigene parlamentarische Vertretung ab sowie der lange existierende »Stadt-Land-Cleavage«, entlang dessen sich WählerInneninteressen strukturierten.

gen Wahlrechts und Parlamentssystems³ 1970 auch immer erreicht hat. Die verschiedenen Wahlebenen sind Reichstag (*riksdag*), Provinziallandtag (*landsting*) und Kommunen (*kommuner*). Nach den letzten Wahlen 2006 finden am 19. September 2010 die nächsten *riksdags*-Wahlen statt, die Wahlen zu *landsting* und *kommuner* werden parallel abgehalten. Die Linkspartei hat 22 Sitze im *riksdag*. Umfragen ergeben momentan für die Linkspartei eine Verringerung der Sympathie vom Sechs-Prozent-Wahlergebnis von 2006 auf 5,2 Prozent im April 2010 (Novus 2010). Die Sympathien verschoben sich laut Studien über Wählerwanderungen zugunsten der Sozialdemokratie, der Grünen und anderer kleiner Parteien (SCB V 2009). Das Bündnis, die rot-grüne Allianz, hingegen liegt in den Umfragewerten zehn Prozent vor der regierenden Koalition, und die Zustimmung steigt, je näher die Wahlen rücken (Novus 2010, DN 2010).

Die höchsten Wahlerfolge der Linkspartei werden in den großen Städten Stockholm und Göteborg erzielt sowie traditionell im Norden. In Südschweden, wo prozentual die meisten Menschen leben, ist die Unterstützung wesentlich geringer. Seit Beginn der 90er Jahre wählen wesentlich mehr Frauen als Männer die Linkspartei.⁴ Dies entspricht einem schwedischen Trend. 54 Prozent der Frauen würden einer Partei der rot-grünen Koalition ihre Stimme geben (vgl. Eriksson 2010). Eine Erklärung dafür mag sein, dass Frauen ein größeres Interesse am Erhalt des Wohlfahrtsstaates haben, da hier der Staat Aufgaben übernimmt, die in der patriarchalen Gesellschaft den Frauen traditionell als unbezahlte Arbeit zugemutet wird.

Die Sympathie für die *Vänsterpartiet* ist bei Wählerinnen und Wählern mit migrantischer Herkunft etwas höher als bei anderen Parteien. Die Linkspartei wird mittlerweile mehr von der »neuen Mittelschicht« als von den traditionellen Arbeiterinnen und Arbeitern gewählt. Vor allem Studierende, Berufstätige in soziokulturellen Berufen wie Journalistinnen und Journalisten, Lehrerinnen und Lehrer sowie gewerbliche Arbeiterinnen und Arbeiter und untere Angestellte im öffentlichen Sektor der Kommunen und Landtage wählen die *Vänsterpartiet*. Die Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter sind seit den 60er Jahren eine signifikante Gruppe innerhalb der Partei, auch dies spiegelt sich im Profil derjenigen, die die *Vänsterpartiet* wählen.

Menschen über 60, Rentnerinnen und Rentner sind stark unterrepräsentiert unter den Wählerinnen und Wählern. In zwei Altersgruppen ist die Linkspartei besonders stark: bei den Unter-30-Jährigen und bei der »68er-Kohorte«, d. h. bei den 45- bis 59-Jährigen, der Generation, die zur Zeit der Studierendenproteste und der Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen 1968 und danach sozialisiert wurden.

3 Davor gab es noch ein Zweikammernsystem.

4 Datenmaterial vgl. SCB IV 2009.

Strategische Richtungen im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise

Die globale Krise hatte in Schweden noch keine eklatanten politischen, sozialen oder ökonomischen Auswirkungen in Form von Bankkonkursen und Massenarbeitslosigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt ist dennoch um 4,9 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit ist von 6,2 Prozent auf über neun Prozent gestiegen, und eine Investitionsblase am Immobilienmarkt zeichnet sich ab. Soziale Ungerechtigkeiten und Konflikte, die schon vor der großen Krise ihren Anfang hatten, verschärfen sich.

Dies führt jedoch nicht automatisch zu einem Aufschwung für die Linke, wohl auch, weil die Grundsteine für Kürzungen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in der Regierungszeit der Sozialdemokratie und durch Unterstützung der Linken gelegt wurden, es ist also schwierig, glaubhaft zu machen, dass die Linken nun anders auf die Krise reagieren würden. Die Linkspartei analysiert die Krise als unvermeidlichen, immanenten Effekt des kapitalistischen Systems. In wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen fährt sie jedoch den Kurs der Bändigung von Finanzspekulationen und einer Favourisierung von produktivem Kapital und staatlicher Kontrolle. Neben einer breiten demokratischen Kontrolle über Finanzmarkt und Investitionen fordert sie eine Forcierung des Baus bezahlbarer Wohnungen und den Ausbau der öffentlichen Anstellungen sowie die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben. Es fehlt eine ökonomische Alternative oder Vision, die offen nach außen transportiert werden könnte. Selbst die Kritik an Privatisierungen und neoliberaler Budget- und Arbeitsmarktpolitik wird leiser, nachdem diese ja schon von der sozialdemokratischen Regierung eingeleitet wurden. Offensichtlich wird das Interesse an einem geschlossenen Auftreten in der rot-grünen Koalitionspartnerschaft (vgl. Nilsson 2010). Oberste Priorität sollen nach dem Vorschlag der Wahlplattform der Parteiführung für eine rot-grüne Regierung künftig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das (Wieder-)Erreichen der Vollbeschäftigung haben. Weitere Themen sind die Verminderung der Geschlechterungerechtigkeit, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und die Förderung ökologischer Berufe (*Vänsterpartiet* 2009). Dies folgt den Prioritäten der Parteilinie: Arbeit – Wohlfahrt – Feminismus – Umwelt. Der Stellenwert von Umweltpolitik und die Sensibilisierung für klimapolitische Anliegen sind in Schweden wie in ganz Skandinavien vergleichsweise sehr hoch. Auch innerhalb der Linkspartei herrscht verstärktes Bewusstsein für die Dringlichkeit der Maßnahmen gegen den Klimawandel, ihre delegierten Mitglieder betonten dies auf dem Parteitag vielfach. Der Parteitag gab sich »klima-smart«, die Delegierten waren eingeladen, mit der Bahn anzureisen, für Anreisen per Auto oder Flug wurden Ausgleichszahlungen für UN-Projekte zur Kohlendioxidreduzierung in Asien geleistet.

Die rot-grüne Koalition stellt sich in den Auftritten im Wahlkampf bislang weitgehend einig und harmonisch dar. Lediglich in der Frage des sofortigen Abzugs der schwedischen Truppen aus Afghanistan steht die Linkspartei allein da.

Das Ende der schwedischen Neutralität wird der EU zur Last gelegt. Die tatsächliche Rolle der schwedischen Neutralität kann aber schon im Kontext der Unterstützung der deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg kritisch beleuchtet werden; sie wird spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges als »obsolet geworden« beschrieben (Svåsand, Lindström 1996, 208) und als totes Recht gehandhabt.

EU-Skepsis

Kennzeichnend für die Linke in Schweden ist die EU-Skepsis bis -ablehnung – im Gegensatz zu anderen nicht-skandinavischen Ländern, wo die Forderung nach einem EU-Austritt vielmehr den nationalistischen, rechten Parteien vorbehalten ist. EU-Skepsis ist aber in Schweden anders zu bewerten als rein nationalistisch motiviert, vielmehr spielt hier auch die Angst vor dem Abbau sozialer Errungenschaften, der Zerschlagung des »schwedischen Modells«, nicht nur von innenpolitischer Seite, sondern auch durch EU-Normen mit. Die EU-Skepsis ist stark in der Gesamtgesellschaft verankert, wobei sie seit dem EU-Beitritt kontinuierlich leicht abnimmt. Bei einem Referendum 2003 über die Einführung des Euro entschieden sich 56 Prozent gegen die europäische Währung. Umfragen ergaben aber einen Rückgang der Ablehnung des Euros als Währung in der Bevölkerung, inzwischen würden schon mehr Schweden für als gegen den Euro stimmen (SCB I 2009).

Als einzige Partei hat die Linkspartei den EU-Beitritt 1995 klar abgelehnt. Auch zur Europaparlamentswahl 2009 war »deine EU-kritische Stimme« der Hauptslogan. Die Forderungen nach einem Austritt aus der EU sind mittlerweile jedoch leiser geworden, lediglich die Ablehnung der EMU (*Economic and Monetary Union of the European Union*) und des Euros blieb stark. Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei sind auch die mit Abstand EU-skeptischsten, wobei sich wie bei den Anhängerinnen und Anhängern der meisten anderen Parteien die Einstellung zur EU verbessert hat (SCB II 2009).

In Skandinavien hat sich die europaskeptische Linke in der »Nordischen Grünen Linken Allianz« vereinigt. Innerhalb der EU gehören die Linkspartei (VP – *Vänsterpartiet*) in Schweden, die Sozialistische Volkspartei (SF – *Socialistisk Folkeparti*) in Dänemark und der Linksverband (VAS – *Vasemmistoliitto*) in Finnland dazu.

Weil die Linkspartei zwar EU-skeptisch ist, jedoch gleichzeitig für ein anderes Europa kämpfen will, kandidiert sie zur Wahl des Europäischen Parlaments. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 verlor die Linkspartei eins von zwei Mandaten. Die Abgeordnete der Linkspartei, Eva-Britt Svensson, gehört der »Konföderalen Fraktion« des Europäischen Parlaments *Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne* (GUE/NGL – *Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left*) an. Eine kommunizierte Erklärung für den Verlust ist, dass die EU-Skeptikerinnen und -Skeptiker nicht genügend zur Wahl mobilisiert werden konnten.

Die Linkspartei hält an der Austrittsforderung fest, jedoch haben nun die Ablehnung der EMU-Mitgliedschaft und Adaptierung des Euro höhere Priorität. Die EU stehe für Militarisierung, und der Beitritt habe bewirkt, dass Schweden seine »unabhängige und aktive Außenpolitik und Neutralität« aufgegeben habe. Kritisiert werden das Demokratie- und Transparenzdefizit der EU sowie die restriktive und unnötig bürokratische Flüchtlingspolitik. Arbeitsmarktstandards würden vernachlässigt, im krassen Gegensatz etwa zu Finanzrichtlinien der EMU. Die Umwelt leide unter dem verstärkten Warenverkehr. Es gelte, die EU nicht zu einem Suprastaat werden zu lassen, in dem Schweden ein Teilstaat sei. Die Landwirtschaftspolitik solle in nationale Verantwortung zurückgeführt werden (*Vänsterpartiet* 2006). Alles in allem scheint die politische Einstellung zur EU doch einem gewissen nationalen Abschottungsprinzip zu folgen, welches etwa auch mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf staatliche Regulation korreliert.

Dennoch engagieren sich die Mitglieder der Linkspartei stark, etwa in den Sozialforen, um für ein anderes Europa zu kämpfen. Die Linkspartei unterstützte aktiv das Europäische Sozialforum 2008 in Malmö. Im Board von ESF Norden (Europäisches Sozialforum) 2008 war auch die *Ung Vänster* vertreten. Verschiedene Funktionäre und Abgeordnete der Linkspartei hielten Referate, wie etwa zur Militarisierung der EU, zu Feminismus, zur Flüchtlingspolitik u. a. (*Vänsterpartiet* 2008). Eine der bislang zehn Mitgliedsorganisationen des Unterstützungsvereins, der sich zur Abdeckung der entstandenen Schulden in Malmö gegründet hat, ist der VSF (*Vänsterns studentförbund*).

Potentielle Bündnisse im linken Spektrum

Ihrem rot-grünen gemäß Anspruch unterstützt die Linkspartei das außerparlamentarische Klimanetzwerk Klimax und war beim Klimagipfel in Kopenhagen vor Ort aktiv. Ein potentieller Bündnispartner in der Bildung sind die schwedischen Volkshochschulen: Sie haben eine lange Tradition und berechtigen zu einem Universitätsstudium. Zwei Volkshochschulen werden in ihrem Ziel, progressive Bildung zu praktizieren, von der Linkspartei gesponsert und arbeiten eng mit verschiedenen Parteiebenen und anderen linken Organisationen zusammen. Die Linkspartei unterstützt das Feministische Forum, konkurriert aber gleichzeitig mit der Partei *Feministiska Initiativet*. Potentielle Bündnispartner der Linkspartei sind die Gewerkschaften und die antifaschistische Bewegung.

Feministische Initiative

Nicht unbedingt vollständig der schwedischen Linken zuzurechnen, aber dennoch interessant ist die Partei Feministische Initiative (*Feministiskt initiativ*). Nicht zuletzt, weil Gudrun Schyman, vormalige Vorsitzende der Linkspartei und ab 2004 unabhängige Parlamentsabgeordnete, Mitgründerin war und bis heute die Ga-

lionsfigur der feministischen Partei ist. In Europa existiert daneben nur in Deutschland und Slowenien eine »Frauenpartei«, ihre Wahlergebnisse liegen jedoch weit unter denen der Feministischen Initiative.

Die Partei wurde 2005 gegründet. Sie entstand aus einer »pressure group«, die eine feministische Kandidatur zur Wahl ankündigte – als Druckmittel gegen die anderen Parteien, die zur *riksdags*-Wahl 2006 (Wahl zum schwedischen Parlament) antraten, um sie zu zwingen, ihre Listen geschlechtergerecht, also geschlechterparitätisch zu besetzen. Die Feministische Initiative wurde von Feministinnen verschiedener politischer Lager gegründet. Drei Mitglieder des Exekutiv-Komitees wurden zu Sprecherinnen (*talespersoner*) gewählt. Auch Männern war es erlaubt, Ämter auszuüben. Der Kampagne zur Abschaffung der Ehe und deren Ersatz durch einen Zusammenlebensparagraf (*sammanlevnadsbalk*) – unabhängig vom Geschlecht und auch polygam – wurde von den Medien besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. Noch im August 2005 verließ Ebba Witt-Brattström, Mitbegründerin der Partei und Mitglied des Exekutivkomitees, die Partei wegen interner Differenzen, aber auch, weil ihr der politische Kurs zu radikal links war. Die Universitätsdozentin Tiina Rosenberg, die sich für die Belange von Schwulen und Lesben einsetzt, legte im Oktober 2005 wegen Drohungen und der Hetzkampagne der Medien gegen ihre Person das Amt als Sprecherin der Partei nieder.

Trotz Umfragewerten von bis zu zehn Prozent im Jahr 2005 errang die Partei bei der *riksdags*-Wahl 2006 schließlich jedoch nur 0,68 Prozent der Stimmen. Eine der grundlegenden Schwierigkeiten der Partei war und ist, dass das Vereinen der Ansätze des liberalen und emanzipatorischen Feminismus nicht funktionierte, der sehr breite Begriff des Feminismus allein bot nicht genug Grundlage, um eine kampf- und handlungsfähige Partei zu bilden. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 errang die Partei jedoch 2,2 Prozent der Stimmen. Die jetzigen Sprecherinnen sind Gudrun Schyman, Devrim Mavi (Journalistin und Verlegerin) und Sofia Karlsson. Die Feministische Initiative steht außerhalb der von ihr kritisierten »Blockpolitik« des momentanen Wahlkampfes, in den Umfragen zur kommenden Wahl wird sie nicht einmal erwähnt.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaft hat in Schweden traditionell eine feste Verankerung in einer spezifisch skandinavischen, stark korporatistischen Form des konsensorientierten Regierens. 80 Prozent der Schwedinnen und Schweden sind Mitglied einer Gewerkschaft, die Mitgliedszahlen sinken jedoch auch hier. Die Gewerkschaft hat eine relativ mächtige Position, in Schweden gibt es keinen Mindestlohn, für Lohnverhandlungen und Aushandeln des Kollektivvertrages ist die Gewerkschaft zuständig. Außerdem obliegt ihr auch die Administration der Arbeitslosenversicherung (vgl. Steffen 2006, 70). Der größte gewerkschaftliche Dachverband LO (*Landsorganisationen i Sverige*) fasst 14 Einzelgewerkschaften zusammen, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert sind. Er ist traditionell sozialdemokra-

tisch, bis 1987 gab es die Kollektivmitgliedschaft, durch die alle Gewerkschaftsmitglieder automatisch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei waren. Sozialdemokratie und Gewerkschaft wurden mitunter auch als »siamesische Zwillinge« bezeichnet (Aylott 2002, zitiert nach Steffen 2006, Fn 14). Noch immer gehen diese eine Symbiose ein. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter innerhalb der Sozialdemokratie sind mitunter auch die linkeren Sozialdemokraten, die auf eine Beteiligung der Linkspartei in einem Wahlbündnis nicht verzichten wollten.

Zusätzlich gibt es den Gewerkschaftsverband der Akademikerinnen und Akademiker (SACO). Die Angestelltengewerkschaften sind nicht Teil der LO, sondern bilden einen eigenen Gewerkschaftsdachverband der Angestellten TCO (*Tjänstemännens Centralorganisation*). Seine Mitglieder bringen der Linkspartei prozentuell am meisten Sympathie entgegen (7,1 Prozent), gefolgt von den Arbeiterinnen und Arbeitern im LO (6,5 Prozent), aber auch von gewerkschaftlich organisierten Akademikerinnen und Akademiker (6,2 Prozent) (SCB 2009 IV). Auch die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Linkspartei werden in ihren Kämpfen am Arbeitsplatz verstärkt durch diese unterstützt.

Antifaschistische Bewegung

Schweden hat in Bezug auf den Faschismus und Nationalsozialismus eine sehr eigenwillige Stellung – als Land, das während des Krieges »neutral« geblieben ist, jedoch die Truppen der deutschen Wehrmacht auf ihrem Feldzug gen Russland durchziehen ließ und Materialtransporte per Eisenbahn genehmigte. Die *white busses* – Busse aus Schweden, die befreite KZ-Gefangene nach Schweden brachten, um ihnen dort Versorgung und Hilfe von staatlichen Hilfsorganisationen zuteil werden zu lassen – sind legendär und prägen vielmehr das offizielle Verständnis vom Verhältnis zum Faschismus als die Tatsache, dass die Nazitruppen durch den schwedischen Staat passiv und aktiv unterstützt wurden. Dies sei die einzige Möglichkeit gewesen, als einziges skandinavisches Land von einer Besetzung verschont zu bleiben, so der Mythos.

Die AFA (*Antifasistiskt Aktion*) wurde in Schweden 1993 gegründet, in ihr sind vor allem Jugendliche und Studierende organisiert. Die Antifaschistische Aktion ist eine militante linksradikale Organisation. Recherchearbeit, Demonstrationen und teils militante Aktionen bilden den Kern ihrer Arbeit. In letzter Zeit sind Aktivistinnen und Aktivisten vermehrt von massiver Polizeirepression betroffen. Es gibt aber auch innerhalb der Linken eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit militanter Aktionen im Zusammenhang mit Protesten gegen Abschiebungspolitik und Aufmärsche Rechtsextremer. Die rechtsextremen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*) könnten den Einzug ins Parlament erreichen, stocken jedoch momentan. Aufmärsche der Sverigedemokraterna sind oftmals Anlass für linke Gegendemonstrationen.

Fazit

Die Linkspartei hat sich heute vollständig vom Kommunismus abgekehrt und den Wandel zu einer modernen linken Partei vollzogen, die in der Ökologie und im Feminismus einen ebenso hohen Stellenwert sieht wie in der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Politik. Noch nie stand die Linkspartei der Teilhabe an der Macht so nahe wie jetzt, wo sie innerhalb der rot-grünen Wahlallianz in Richtung Regierungsmitverantwortung strebt. Die Linkspartei ist eine pluralistische Partei, die sich neuer Politikformen bedient, gepaart mit einer herkömmlichen Parteistruktur. Die inhaltlichen Schwerpunkte zeigen ein Bündel von Forderungen, die sozialdemokratische, keynesianistische Politik des letzten Jahrhunderts fortzuführen und wiederzubeleben, d. h. Erhaltung des Wohlfahrtsstaates und des Sozialstaates, Vollbeschäftigung, die Ausweitung öffentlicher Finanzregulierung, Ausgaben und Anstellungen, Umweltschutz und Gleichberechtigung.

Die radikale Linke in Schweden ist, wie die in ganz Skandinavien, EU-skeptischer als andere Linksparteien Europas. Die Linkspartei vertritt eine EU-skeptische bis -ablehnende Position. Außer in Zeiten extremer Exponiertheit der Linkspartei bei der Wahl 1998 – nach der Debatte um den EU-Beitritt, mit Gudrun Schyman als Parteivorsitzender, und der Öffnung für die Neuen Sozialen Bewegungen – stand sie jahrzehntelang immer im Schatten der Sozialdemokratie und bewegte sich um die fünf Prozent. Es bleibt nun gespannt abzuwarten, wie sich die Linkspartei in Richtung Regierungsverantwortung und in derselben entwickeln wird.

Literatur

- March, Luke: Contemporary Far Left Parties in Europe. From Marxism to the Mainstream? Friedrich Ebert Stiftung: Berlin 2008.
- Nilsson, Petter: Why the Crisis Seems to Favour Rather the Right than the Left in Europe? Studie zum gleichnamigen transform! – Strategieseminar Teil I, 2010. Download: http://www.transform-network.net/uploads/media/Sweden_Crisis.doc.
- Steffen, Christian: Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 67-108.
- Süssner, Henning: Schweden – Langer Marsch in die Koalition, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 66-70.
- Svåsand, Lars/Ulf Lindström: Scandinavian political parties and the European Union, in: John Gaffney (Hg.): Political Parties and the European Union, London/New York 1996, S. 205-219.
- DN: Dagens Nyheter: Rödgrön ledning med drygt 10 procentenheter, 24.1.2010, in: <http://www.dn.se/nyheter/valet2010/rodgron-ledning-med-drygt-10-procent-1.1032283>.
- ESF 2008: Board, in: <http://esf2008.org/about/who-organizes-esf/board>.
- Fria Tidningen: Vägvalet som försvann [in etwa: Scheideweg, der verschwand], 20.7.2009, in: <http://www.fria.nu/artikel/80188>.
- LO – Landsorganisation i Sverige. News from LO, 2009, in: <http://www.lo.se/home/lo/home.nsf/unidview/E2A56001E93D5F3EC1256E760040952D>.
- Novus: Svensk Väljaropinion. April 2010, in: [http://www.novusgroup.se/userfiles/file/Svensk Prozent20Valjaropinion Prozent20April Prozent202010.pdf](http://www.novusgroup.se/userfiles/file/Svensk%20Valjaropinion%20April%202010.pdf).
- Svenska Dagbladet: Eriksson, Göran: Kvinnor till vänster män till höger [in etwa: Frauen nach links, Männer nach

rechts], 7.3.2010, in: http://www.svd.se/nyheter/inrikes/kvinnor-till-vanster-man-till-hoger_4393487.svd.
 Stödföreningen för ESF i Norden [Untersützungsverein für ESF im Norden]. Uppmaning till organisationer och individer att engagera sig till stöd! Skulden ska betalas – stärk rörelsen! [in etwa: Unterstützungsaufforderung an Organisationen und Einzelpersonen! Schulden bezahlen – Bewegung stärken!], in: <http://www.esfsupport.org/index.php/contents/omstodforeningen.html>.
 Vänsterpartiet: Partistyrelsens förslag till valplattform [Vorschlag zur Wahlplattform des Parteivorstandes], 2009.
 Vänsterpartiet: Vänsterpartiet deltar på European Social Forum i Malmö [Linkspartei nimmt am Europäischen Sozialforum in Malmö teil], 2008.
 Vänsterpartiet: Parteiprogramm, Kurzfassung (auf Deutsch), 2007.
 Vänsterpartiet: EU och EMU, 2006.

Quellen

Konjunkturinstitutet: National Institute of Economic Research. GDP and Demand in Sweden, Stockholm 2010.
 Konjunkturinstitutet: National Institute of Economic Research. Output and Labour Market, Stockholm 2010.
 SCB I: Statistiska Centralbyrån: EU- och eurosympatier i november 2009: Stödet för euron ökar. Pressmeddelande från SCB [in etwa: EU- und Eurosypathien im November 2009: Unterstützung für Euro wächst. Pressemitteilung des SCB, Statistik Schweden], Stockholm 2009.
 SCB II: Statistiska Centralbyrån: EU-sympatier efter partisympti 1996–2009, Stockholm 2009.
 SCB III: Statistiska Centralbyrån, Stockholm 2009.
 SCB IV: Statistiska Centralbyrån: Partisypatier i befolkningsgrupper med särredovisning av Sverigedemokraterna, Maj 2009 – november 2009.
 SCB V: Statistiska Centralbyrån Pressmeddelande: Partisypatiundersökningen i november 2009.

Die Linke und die radikale Linke in Dänemark

Da in Dänemark in diesem Jahr oder spätestens 2011 Parlamentswahlen anstehen, ist die Möglichkeit, nach gut acht Jahren die rechtsbürgerliche Regierung abzuwählen, trotz aller damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, ein wichtiges Thema für die dänische Linke. Die Frage, was aufgrund der Auswirkungen der um sich greifenden Wirtschaftskrise geschehen soll, ist ebenfalls von Interesse, besonders angesichts steigender Forderungen von unten für Lohnerhöhungen, gleiche Löhne und bessere Bedingungen im öffentlichen und privaten Bereich. Zudem gibt es eine wachsende Unzufriedenheit über den Abbau der öffentlichen Dienste, wo seit vielen Jahren die staatlichen Ausgaben gekürzt worden sind.

Vor diesem Hintergrund soll in diesem Beitrag die Linke – insbesondere die radikale Linke – untersucht werden.

Zur Alternative einer Mitte-Links-Regierung

Meinungsumfragen im Jahre 2009 zeigten fast durchgehend eine knappe Mehrheit für die vier Mitte-Links-Parteien der parlamentarischen Opposition: 89 gegen 86 Sitze für die Regierungsparteien.¹ Hierbei handelt es sich um die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei (SF – *Socialistisk Folkeparti*), die Sozialliberalen (*Radikale Venstre*²) und die Enhedslisten/Rot-Grünes Bündnis (*Enhedslisten – de rød-grønne*³). Dass diese vier Parteien die parlamentarische Opposition gegen die rechtsbürgerliche Regierung bilden, ist nicht neu. Der Umbruch in der dänischen Politik besteht in der engen Partnerschaft, die sich zwischen den Sozialdemokraten und der SF entwickelt hat, um eine Alternative zur gegenwärtigen Regierung aufzubauen.

Die Rolle der Sozialdemokraten als Träger der Struktur des dänischen Wohlfahrtsstaats im 20. Jahrhundert machte sie zur einzigen wirklich großen Partei der dänischen Arbeiterklasse, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie mehr oder weniger die dänische Politik bestimmte. In dieser Funktion beteiligte sie sich an mehreren parlamentarischen Entscheidungen zu verschiedenen Fragen von allgemeinem Interesse, so dass sich in dieser Zeit ein Parteiensystem entlang einer

1 Das dänische Parlament Folketing hat 179 Sitze, davon 4 »Nordatlantiksitze« für Grönland und die Färöer.

2 Der Name bedeutet »Radikale Linke«, doch hatte diese linksliberale Partei nie etwas mit dem Sozialismus zu tun.

3 Das Wort Alliance (Bündnis) wurde seit 1990 im englischen Namen geführt, da die Partei ursprünglich als Wahlbündnis entstand.

Links-Rechts-Achse herausbildete.⁴ Im Großen und Ganzen akzeptierten dabei die Rechten – die großen bürgerliche Parteien wie die Konservativen und die Rechtsliberalen (*Venstre*; dänisch: »links«) – wenn auch widerwillig, den dänischen Wohlfahrtsstaat, vor allem aufgrund der überwältigenden Unterstützung seitens der dänischen Bevölkerung.

Dieses System der rechts-linken parlamentarischen Absprachen wurde in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrhunderts weitestgehend abgewickelt, nachdem die bürgerliche Regierung 2001 mit Unterstützung der rechtsextremen Dänischen Volkspartei (*Dansk Folkeparti*) an die Macht kam. Oft hat die Regierung absichtlich das Mitte-Links-Spektrum von parlamentarischen Kompromissen ausgeschlossen und nur mit der Dänischen Volkspartei verhandelt. In einigen wenigen Fällen hat die Regierung Kompromisse mit den Sozialdemokraten und den Sozialliberalen, der Partei der Mitte, geschlossen. Dank der engeren Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und der SF ist auch Letztere bisweilen mit einbezogen worden, zum Beispiel 2009 beim Abkommen zur Verteidigungspolitik, mit dem der Militärhaushalt erhöht wurde. Diese parlamentarische Situation ist deswegen wichtig, weil der Ausschluss von Mitte-Links durch die Regierung auch zur Entwicklung der weitreichenden Kooperation zwischen den Sozialdemokraten und der SF beigetragen hat, zum ersten Mal in der dänischen Politik. Früher bevorzugten die Sozialdemokraten eher die Sozialliberalen als Regierungspartner.

Doch ist dieser neue sozialdemokratische Aufbruch ebenfalls eine pragmatische Reaktion auf Wahlverluste in den letzten zehn bis 15 Jahren. Diese Verluste hatten sehr viel mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu tun, die vom Bemühen der Partei getragen waren, sich während ihrer Regierungszeit in den Jahren vor der Jahrtausendwende im Rahmen einer weitgehenden Übernahme des Neoliberalismus durch die Sozialdemokratie (*New Labour*) den monetaristischen Kriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) anzupassen; diese betrafen z. B. Kürzungen im öffentlichen Sektor und Privatisierungen. Seitdem erkennen weite Teile der dänischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Unterstützung des Sozialsystems keinen Unterschied mehr zwischen der Politik der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien.

Auch andere Umstände sind wichtig, etwa die vermehrten Aktivitäten der Gewerkschaften in den letzten zwei bis drei Jahren für höhere und gleiche Löhne im öffentlichen Sektor – verbunden mit einer wachsenden sozialen Bewegung gegen Kürzungen im Sozialetat, wovon die SF profitiert hat, indem sie sehr viele zuvor sozialdemokratische Wähler an sich ziehen konnte. Die Tarifverhandlungen, die im Winter und Frühjahr 2010 im privaten Sektor bevorstehen, könnten zu neuen Streiks in einigen Branchen führen.

4 Die Sozialdemokraten werden normalerweise im Parlament und auch in den Medien zur »Linken« gezählt.

Diese soziale Bewegung entstand ab 2001 als Reaktion auf die Politik der bürgerlichen Regierung von Anders Fogh Rasmussen,⁵ welche die öffentlichen Ausgaben beschränkt und insbesondere im Krankenhauswesen die Privatisierung beschleunigt hatte. Selbstverständlich geschah das alles im Rahmen der Politik der Liberalisierung der dänischen Wirtschaft und des Abbaus des Sozialstaats. Diese soziale Bewegung war und bleibt eine unterschwellige Strömung beim Volk, die sich auch nur langsam herausbildete. Soziale Unruhen sind somit eine recht junge Erscheinung in Dänemark, denn seit 1985 hat es keine so weit verbreitete Gewerkschafts- oder soziale Bewegung in Dänemark gegeben.

Während des letzten Jahrhunderts wurde eine sehr stark zentralisierte, aber reformistische Gewerkschaftsbewegung aufgebaut, die eng mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden war. Dies ging auf das 19. Jahrhundert zurück, als die Gewerkschaften Teil derselben sozialistischen Arbeiterbewegung waren. Seitdem der Angriff des Neoliberalismus einsetzte, wurden die Gewerkschaften allmählich untergraben. Die Mitgliederzahlen sanken, und die Position der Gewerkschaften wurde geschwächt, wenn auch die Bewegung, verglichen mit denen in den Ländern südlich von Skandinavien, immer noch recht stark blieb.

Erstaunlich lange erfolgte keine gesellschaftliche Reaktion auf die neoliberale Politik der bürgerlichen Regierung. Das Unterhöhlen des Sozialstaats wurde nur langsam vorangetrieben, um Reaktionen zu vermeiden – war sich die Regierung doch voll bewusst, was für eine überwältigende Beliebtheit der Sozialstaat genießt. Gleichzeitig fror die Regierung Steuern ein und veranlasste Steuersenkungen, wodurch der Individualismus auf Kosten der Solidarität gefördert wurde. Die Jahre sozialer Untätigkeit bewirkten einen Rechtsruck in der öffentlichen Meinung, der durch immense Aufmerksamkeitslenkung von Regierung und Medien auf Problemfelder der Migration und des Islamismus besonders angestachelt wurde sowie durch die Frage, wie Terrorismus und Kriminalität am besten zu bekämpfen seien.

Die Anziehungskraft der SF auf die nun öffentlich mobilisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ist, angesichts der schlechten Leistung der Sozialdemokraten seit den 90er Jahren, keine Überraschung. Zwar sind diese Teile der Arbeiterschaft nicht dahingehend radikalisiert worden, dass sie sich noch weiter nach links bewegen würden, doch bleibt die große Frage, welche konkreten Erwartungen sie an eine neue Mitte-Links-Regierung stellen. Die Umfrageergebnisse der SF (18 bis 19 Prozent im Januar 2010) lassen keinen Zweifel daran, dass es Erwartungen gibt. Bislang wurden diese Wähler nicht dadurch abgeschreckt, dass die SF in einigen Punkten ihrer früheren Politik zu Kompromissen bereit war.

Bei der Ansprache an die Wählerschaft gibt es nun eine neue gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Sozialdemokraten und der SF. Gleichzeitig mehrt diese

5 Anders Fogh Rasmussen wurde im Frühjahr 2009 NATO-Generalsekretär und wurde durch Lars Løkke Rasmussen, ebenfalls von den Rechtsliberalen, ersetzt.

Partnerschaft den SF-Stimmenanteil, da die SF als zukünftige Regierungspartei an Glaubwürdigkeit gewinnt. Somit entsteht die Chance für beide Parteien, eine glaubwürdige Regierungsalternative aufzubauen. Auf der negativen Seite – und dadurch könnte die Position der SF später unterhöhlt werden – ist die Tatsache zu erwähnen, dass sich die SF in dieser neuen Partnerschaft an viele sozialdemokratisch-zentristische Positionen in der dänischen Politik angepasst hat. Vor allem ist eine alternative Mitte-Links-Regierung zum jetzigen Zeitpunkt immer noch alles andere als sicher. Es ist den Oppositionsparteien ziemlich schwer gefallen, eine klare Mehrheit in den Meinungsumfragen zu gewinnen und zu behaupten. Seit 2001 haben fast durchgängig Wählerbewegungen innerhalb der Blöcke stattgefunden, d. h. die steigenden Werte für die SF bei den Meinungsumfragen gehen hauptsächlich zu Lasten der anderen Mitte-Links-Parteien.⁶

Die unteren Mittelschichten, die Arbeiter und die Rentner – viele davon frühere sozialdemokratische Wähler/innen – sind in Hinsicht auf ihre Wahlpräferenz gespalten. Viele werden von der Dänischen Volkspartei angezogen, die traditionelle Werte wie das Festhalten am Sozialsystem mit einer Schwerpunktsetzung auf Fragen des »undänischen« Islams verbindet. Sogar die Wirtschaftskrise, die sich in Dänemark durchaus vertiefen könnte, hat nicht unbedingt die Wählerunterstützung der Mitte-Links-Parteien gesteigert. Und auch im Bereich der Sozialpolitik scheint es größeres Vertrauen in die bürgerliche Regierung zu geben, obwohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Dänemark immer noch mithilfe eines stets wachsenden Haushaltsdefizits behoben werden, das voraussichtlich 2010 die 13-Milliarden-Euro-Marke zu übersteigen droht, und trotz der Tatsache, dass die Politik der bürgerlichen Regierung von Anders Fogh Rasmussen zweifelsohne immens dazu beigetragen hat, den dänischen Sozialstaat zu unterhöhlen.

Die Bildung einer Alternativregierung würde die Unterstützung aller vier Oppositionsparteien erfordern. Die Sozialliberalen hatten sich hinsichtlich ihrer Position nach Neuwahlen zunächst nicht festlegen lassen, doch zeigen sie sich in letzter Zeit eher bereit, an einer Alternativregierung teilzunehmen. Dies würde eine solche Regierung in der Wirtschaftspolitik weiter zur neoliberalen Rechten öffnen, da die Sozialliberalen in Wirtschaftsfragen grundsätzlich neoliberale Positionen beziehen.

Die *Enhedslisten*/Rot-Grünes Bündnis will eine Alternativregierung zwar tolerieren, jedoch nicht an ihr teilnehmen, da deren Politik keine ausreichende Alternative zur bürgerlichen Regierung darstellen würde. Die Politik der *Enhedslisten* ist in einer ganzen Reihe von entscheidenden Fragen beträchtlich radikaler als die der Sozialdemokraten bzw. der SF, sie ist z. B. stark gegen den Neoliberalismus und die Privatisierung, antimilitaristisch, gegen die NATO sowie entschlossen gegen den Lissabon-Vertrag und dessen Folgen. Für eine Zusammenarbeit mit einer

6 In den gegenwärtigen (2009/10) Meinungsumfragen stehen die Sozialdemokraten bei etwa 24 Prozent, vor sechs Jahren waren es noch 31 Prozent.

Regierung der Sozialdemokraten und der SF wären also in diesen Fragen Kompromisse nötig.

Die Ursprünge

Die moderne radikale Linke in Dänemark – d. h. die Parteien links der Sozialdemokratie – entstand durch die Spaltung der Sozialisten und der Arbeiterbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Die Dänische Linksozialistische Partei (DVP – *Danmarks Venstresocialistiske Parti*) wurde 1919 hauptsächlich von abtrünnigen Sozialdemokraten gegründet und trat sofort der Dritten Internationale bei; 1920 nannte sie sich in Dänische Kommunistische Partei (DKP – *Danmarks Kommunistiske Parti*) um.

Im Allgemeinen folgte die DKP der politischen Linie der KPdSU treu und gehorsam. Im Zweiten Weltkrieg gewann sie wegen der wichtigen Rolle dänischer Kommunisten im Widerstand gegen die deutsche Besatzung enorm an Beliebtheit. Anschließend erlebte sie während des Kalten Krieges einen Abschwung. Vor allem hatten 1956 der Aufstand in Ungarn gegen das kommunistische Regime und der folgende sowjetisch-militärische Eingriff ernste Auswirkungen auf die DKP, die zum Aufruhr in der Partei und schließlich zur Spaltung führten. 1959 wurde eine neue sozialistische Partei, die Sozialistische Volkspartei (SF – *Socialistisk Folkeparti*) gegründet, die sich von der Politik der Sowjetunion verabschiedete und auf einen sogenannten Volkssozialismus setzte.

Ein wirklich neuer Ansatz in der sozialistischen/kommunistischen Bewegung erfolgte erst Ende der 60er Jahre mit dem Aufkommen von Basisbewegungen, die die Linke verwandelten und radikalisierten. Dies führte zur entscheidenden Stärkung und zum Aufschwung der sozialistischen und linken Bewegung und wirkte sich sogar auf die traditionsgebundene DKP aus, die sonst von den neuen Basisaktivisten kritisiert wurde. So konnte sie nach dem dänischen Volksentscheid vom Oktober 1972 über den Beitritt zur EWG (späterer EU) die Früchte der großen Mobilisierung gegen diesen Schritt ernten – nicht zuletzt aufgrund der chaotischen Spaltungen und Ausgrenzungen in der radikalen Linken zu dieser Zeit, wodurch sich viele Basisaktivisten der DKP zuwandten.

Die Radikalisierung der dänischen Linken trug zweifellos zur ersten und einzigen Spaltung der SF bei. Nach ihrem großen Erfolg bei den Parlamentswahlen im Jahre 1966 (Stimmenzuwachs von neun auf 20 von 175 Sitzen) beschloss die SF aufgrund des Widerstandes in den eigenen Reihen, eine sozialdemokratische Regierung ohne Ministerämter für die SF zu tolerieren. Als man 1967 einen staatlichen Eingriff gegen vermeintliche Rechte der Arbeiter⁷ unterstützte, führte das zum Aufruhr innerhalb der SF sowie bei radikalen Linken innerhalb der SF-Frak-

7 Die Regierung stornierte einen Lebenshaltungskostenzuschuss.

tion. Auf einem außerordentlichen Parteitag der SF gewannen die Linksradi-kalen fast die Hälfte der Delegiertenstimmen. Eine Spaltung erfolgte, indem ein Teil austrat, um die neue Linkssozialistische Partei (VS – *Venstresocialisterne*) zu gründen, die Partei der Neuen Linken. In den Parlamentswahlen Anfang 1968 erhielt die VS vier Sitze, die SF ging auf elf Sitze zurück.

Seit den 60er Jahren gibt es innerhalb der SF immer wieder Bestrebungen, eine Regierungszusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu erreichen, wodurch die SF-Politik teilweise erheblich beeinflusst wurde.

Einige Male hat die SF bei Parlamentswahlen beträchtliche Stimmenanteile er-ringen können – so 1966 und 1987 (27 Sitze) als auch 1988 infolge der erfolgrei-chen Anti-Atomraketenbewegung (24 Sitze) –, allerdings gingen diese Gewinne bald wieder verloren, weil man sich sozialdemokratischen Positionen annäherte, um eine zukünftige Kooperation vorzubereiten. Zum Beispiel beteiligte sich die SF 1993, nachdem sie ein Jahr zuvor das dänische »Nein« zum Maastrichter Ver-trag unterstützt hatte, an dem Kompromiss der Edinburgher Erklärung. Es folgten Verluste bei den Parlamentswahlen 1994 (auf 13 Sitze), die dem neuen Wahlbünd-nis bzw. der neuen Parteigründung *Enhedslisten*/Rot-Grün den Weg ins Parlament mit sechs Sitzen ebnete. Doch der Rückgang begann bereits bei den Wahlen 1990 (auf 15 Sitze), der wahrscheinlich auf die Reaktion der Linken hinsichtlich des Zusammenbruchs des Sowjetblocks zurückzuführen ist.

Die *Enhedslisten* wurde 1989 vor dem Hintergrund der harten Erfahrungen ge-gründet, die die Parteien der revolutionären, kommunistischen bzw. neuen Linken in den 70er und 80er Jahren gesammelt hatten. Diese hatten gezeigt, dass man nicht nur über die Strömungsgrenzen der radikalen Linken hinweg würde zusammen-arbeiten müssen, wollte man parlamentarisch wie außerparlamentarisch Relevanz und politischen Einfluss gewinnen, sondern dass diese Strömungen ihre Zusam-menarbeit in eine neue Art von Bündnis oder Partei mit Raum für Vielfalt und Strö-mungsfreiheit würden verwandeln müssen. Die hauptsächliche Basis dafür war die politische Reform der DKP in den späten 80er Jahren, die den Weg für eine engere Zusammenarbeit zwischen der DKP, den VS und der trotzkistischen SAP (Soziali-stische Arbeiterpartei, IV. Internationale) öffnete, wobei ihre Hauptabsicht die Gründung eines Wahlbündnisses war, um die Zwei-Prozent-Hürde für den Einzug in den Folketing schaffen zu können. 1991 führte die *Enhedslisten* die Einzelmit-gliedschaft ein und nahm gleichzeitig eine Anzahl ehemaliger Maoisten ins Bündnis auf. Sie wuchs bald zur Partei mit einer überwiegenden Mehrheit von neuen Mit-gliedern heran, die keinerlei Erfahrung aus den Ursprungsparteien mitbrachten.

Die dänische radikale Linke heute

Den Ausdruck »radikale Linke« sollte man parteienumfassend für alles deuten, was links der Sozialdemokratie einen Bruch mit dem Kapitalismus vertritt. Er be-

deutet also nicht bloß das Gleiche wie der oft verwendete Ausdruck »extrem-links«.

Indem sich die SF in Richtung sozialdemokratischer Positionen bewegt, stellt sie ihren Charakter als »radikallinke« Partei infrage. Die größte dänische Partei, die heute noch die Bezeichnung »radikale Linke« verdient, ist die Enhedslisten. Es gibt auch eine Vielzahl weiterer kleinerer Parteien und Gruppierungen der radikalen Linken, doch haben sie keine parlamentarische Vertretung, und ihre Bedeutung ist im Allgemeinen beschränkt (siehe folgend).

Die Einheitsliste/Rot-Grün

Die *Enhedslisten*⁸ stützt sich auf sozialistische Ideologie und marxistische Analyse. Sie sieht sich als Partei der Basis und arbeitet für eine Gesellschaft, die auf demokratischem Sozialismus und Ökologie fußt. Sie ist gegen den Kapitalismus und die neoliberale Globalisierung.

Die *Enhedslisten* ist die am weitesten links stehende unter den Parteien im dänischen Parlament, wo sie seit ihrem Einzug mit sechs Sitzen bei den Parlamentswahlen 1994 vertreten ist. Bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte sie 2,2 Prozent der Stimmen und wählte vier Abgeordnete. Bei den Gemeinderatswahlen vom November 2009 konnte sie 16 Mitglieder in die regionalen und Kommunalräte entsenden⁹ und stellt auch einen Bürgermeister (in Kopenhagen). Die *Enhedslisten* hat noch nie bei einer Europawahl kandidiert, sondern unterstützt die beiden EU-kritischen dänischen Bewegungen. Die Partei hat keine Jugendorganisation, sondern arbeitet eng mit der Sozialistischen Jugendfront zusammen (SUF – *Socialistisk Ungdoms Front*; ca. 1 100 Mitglieder).

Mitgliedschaft – Parteistrukturen

Die Mitgliederzahl der Enhedslisten hat sich seit 2003/04 verdoppelt und liegt inzwischen bei 4 500, davon sind 44 Prozent Frauen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist 43 bis 44 Jahre, aber mit einer weiten Altersklassenverteilung: Etwa 25 Prozent der Mitglieder wurden zwischen 1945 und 1959 und etwa 34 Prozent nach 1980 geboren. Die höchste Mitgliederstärke ist in der Hauptstadt und den großen Städten vorhanden: So hat die Partei etwa 66 Prozent ihrer Mitglieder in den Regionen Seeland und Kopenhagen – in Letzterer wohnt die Hälfte der Mitglieder – sowie 16,8 Prozent in der Region Mitteljütland (um Århus, der zweitgrößten Stadt).¹⁰ Der gesellschaftliche Hintergrund der Mitglieder ist gemischt, etwa die Hälfte sind Gewerkschaftsmitglieder, die meisten in den Gewerkschaften

8 Vgl. Website der Enhedslisten/Rot-Grün: <http://www.Enhedslisten.dk/>.

9 Bei den Gemeinderatswahlen werden sowohl die kommunalen als auch die regionalen Vertretungen gewählt.

10 Neuerdings teilt sich das Land in fünf Regionen, die beiden anderen sind Nordjütland und Süddänemark.

für Lehrer/innen bzw. Erzieher/innen, für die öffentlichen Dienste sowie in der Gewerkschaft für ungelernte Arbeiter »3 F«.

Die Partei ist pluralistisch und vertritt eine partizipatorische Demokratie-Auffassung, die auf verschiedene Weise zum Ausdruck kommt. Es gibt eine typische, herkömmliche Demokratie mit Wahlen von Delegierten für Parteitage und von Mitgliedern des Landesvorstandes wie auch von Kandidat/innen für das Parlament, wobei Mechanismen hinzugefügt werden, um einer Zentralisierung entgegenzuwirken und die Demokratie zu stärken: Es gibt keinen Parteivorsitzenden, sondern eine kollektive Führung, und einen hohen Grad an Autonomie der Ortsgruppen, Arbeitsgruppen usw. In einigen Arbeitsgruppen können auch Nichtmitglieder an den Sitzungen teilnehmen. Bei den Vorstandswahlen gibt es den Minderheitenschutz. Parteiführung, Abgeordnete und Bürgermeister, aber auch Geschäftsführer/innen und Angestellte sind einer Rotation unterworfen, sie müssen sich nach höchstens sieben Jahren zurückziehen bzw. dürfen nicht mehr kandidieren. In der Praxis bedeutet das jedoch für Abgeordnete einen etwas längeren Zeitraum, da die Regeln an Wahlsystem und -praxis angepasst worden sind. Alle Angestellten und Abgeordneten erhalten den gleichen Lohn, nämlich den eines Facharbeiters in Kopenhagen. Der Überschuss (d. h. bei den Abgeordnetendiäten) wird an die Partei abgeführt. Die Partei ist sich auch bezüglich der ursprünglichen Strömungsvielfalt treu geblieben, innerhalb der Partei ist es möglich, Gruppierungen und Strömungen zu bilden. 2004 wurde ein Geschlechterquotensystem für die Vorstandswahlen eingeführt.

Die Partei zieht des Öfteren Sprecher und »Experten« von außen heran, um ein kritisches Fragepotential zu erarbeiten. Dabei versucht man, sich auf die vermutlichen Hauptproblembereiche der Partei zu konzentrieren. Universitätsstudenten haben 2007 eine Studie zur Einbeziehung von Frauen in die Parteivorstandsarbeit verfasst, um selbige zu verbessern. Anschließend diente diese Studie als Grundlage für neue Initiativen in der Partei. Die *Enhedslisten* hat nach den jüngsten Wahlen Externe beauftragt, Analysen der Wählerschaft der *Enhedslisten* zu erstellen.

Die Wähler/innen

Eine neuere Studie über die Wählerschaft der *Enhedslisten* bei den Parlamentswahlen 2007 zeigt, dass die Partei besonders stark bei Wählern mit höherem Bildungsniveau und zudem in Kopenhagen verankert war.¹¹ Verglichen mit den Parlamentswahlen 2005 gab es einen Stimmenverlust in den ländlichen Regionen, aber vor allem unter Frauen, Arbeitern und geringer Gebildeten. Der Verlust an Stimmen in der Arbeiterklasse ist eine neue Tendenz für die Partei. Die Altersklassengruppen, die die *Enhedslisten* wählen, sind besonders die 1968er Generation

11 Diese Studie »Vælgerundersøgelse for Enhedslisten« (November 2008) basiert vollständig auf früheren Studien über die Präferenzen und Haltung der dänischen Wählerschaft.

und die jungen Wählerinnen und Wähler. Die Studie zeigt aber auch die allgemeine Tendenz, dass in den letzten zwei Jahrzehnten Wähler aus der Arbeiterklasse zunehmend zu den bürgerlichen Parteien wechseln, vor allem zur Dänischen Volkspartei.

Dasselbe Profil der Wählerschaft der *Enhedslisten* ließ sich bei den Gemeindeverwaltungswahlen im November 2009 erkennen, als die Partei fast elf Prozent der Stimmen in Kopenhagen erzielte – eine Verbesserung um 1,4 Prozent verglichen mit den vorherigen Kommunalwahlen von 2005 –, obwohl sie, im Vergleich zu den Gemeindeverwaltungswahlen von 2005, im Durchschnitt einen Rückschlag erlitt. Immerhin zeigt aber das Ergebnis der Regionalwahlen 2009, dass die Partei ihren Stimmenanteil seit den Parlamentswahlen von 2007 von 2,2 Prozent auf 2,6 Prozent verbessern konnte.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Im Allgemeinen versucht die *Enhedslisten*, die parlamentarische und die außerparlamentarische Arbeit zu vereinen, da sie die Stärke der Arbeiter- und anderer fortschrittlicher Bewegungen für den politischen und gesellschaftlichen Wandel für unabdingbar hält.

Auf parlamentarischer Ebene hat die Partei ihre Position seit den Verlusten bei den Wahlen im November 2007 verbessert, mit der Aussicht, die radikale Linke und eine Regierungsalternative zu stärken. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Situation sieht sich die *Enhedslisten* mehr oder minder als Garantin für die Vision, einen Bruch mit dem Kapitalismus zu suchen. Die Partei war die Einzige im Folketing, die sich 2008 und 2009 weigerte, das Krisenunterstützungspaket der Regierung für die dänischen Banken mitzutragen.

Mitglieder und Aktivisten der *Enhedslisten* sind in ihren Gewerkschaften zwar aktiv, zahlenmäßig sind sie aber wenige. Um einen Beitrag zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung zu leisten, hat die Partei eine Menge Arbeit in den Aufbau von Gewerkschaftsgruppen gesteckt.

Mit der Schwächung der dänischen Gewerkschaften sind in den letzten zehn Jahren die engen Verbindungen zu den Sozialdemokraten abgebrochen. In der Zeit der bürgerlichen Regierung hat dies zu Absprachen und Abkommen des dänischen Gewerkschaftsbundes (LO – *Landsorganisationen*) mit der Regierung geführt. Aber die Gewerkschaften haben auch weiterhin die Wahlkämpfe aller drei Parteien (d. h. der Sozialdemokraten, der SF und der *Enhedslisten*) finanziell und politisch unterstützt. Innerhalb einiger Gewerkschaften sind die Linken teilweise stärker und einflussreicher geworden, etwa in der FOA (Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst) und der »3 F« (Gewerkschaft für ungelernte Arbeiter).

Die Mitglieder der *Enhedslisten* sind im Allgemeinen in Organisationen der Zivilgesellschaft engagiert, in Elternverbänden, Schulgemeinschaften und auch in den meisten Bürgerinitiativen. Diese sind politisch in der Regel eher Mitte-Links bis linksorientiert, insbesondere die Umwelt- und Klimabewegungen und die So-

lidaritätsbewegungen (Palästina, Lateinamerika usw.). Im letzten Sommer waren auch mehrere Aktivisten der *Enhedslisten* an einer Kampagne zur Verteidigung von irakischen Flüchtlingen beteiligt, die Zuflucht in einer Kopenhagener Kirche gesucht hatten, um nicht von den dänischen Behörden mit Gewalt in den Irak abgeschoben zu werden. Sie hatten jahrelang in einem dänischen Flüchtlingslager gewohnt.

Einige Mitglieder der *Enhedslisten* sind auch bei der Volksbewegung gegen die EU aktiv, waren es zuvor auch in der Junibewegung, die sich nach dem Verlust ihrer Mandate bei den letzten Europawahlen auflöste. Mehrere prominente Mitglieder der *Enhedslisten* haben bei den EP-Wahlen auf Listen der EU-kritischen Bewegungen kandidiert. Der gegenwärtige Europa-Abgeordnete der Volksbewegung gegen die EU ist der frühere Folketing-Abgeordnete der *Enhedslisten* Søren Søndergaard, er sitzt als assoziiertes Mitglied der Fraktion GUE/NGL im EP.

Die Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre ist eine klare Herausforderung für die breite dänische Linke. Dabei gibt es unterschiedliche Sichten auf die Krise: Die Sozialdemokraten und die SF sind geneigt, sowohl auf Vorschläge zur Reform des Finanzsektors als auch auf Investitionen in die öffentliche Produktion zu setzen, gleichzeitig unterstützen sie aber die Krisenpakete der Regierung für die Banken. Leider scheint sich die Mitte-Links-Politik der SF nicht so sehr von der der gegenwärtigen Regierung zu unterscheiden, die auch in die öffentliche Produktion investieren will.

Die *Enhedslisten* betrachtet die Krise als eine des kapitalistischen Systems, die aber in den letzten Jahrzehnten durch die Deregulierungspolitik im Finanzsektor – insbesondere durch die Immobilienblase – sowie durch die neoliberale Politik der bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen insgesamt hervorgebracht und vertieft wurde.

Die *Enhedslisten* geht nicht davon aus, dass die Rezession ein Ende findet, wie bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler und Politiker es oft behaupten. Selbst wenn sie abnehmen sollte, dauern die Folgen der Krise – insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit – sehr wahrscheinlich mehrere Jahre weiter an. Wachsende Streitigkeiten und Konflikte zwischen Arbeitgebern, Lohnabhängigen und Politikern sind zu erwarten, wobei es Angriffe auf die sozialen Rechte von Arbeitnehmern geben dürfte. In Dänemark ist zwar die Arbeitslosigkeit noch nicht beunruhigend hoch, doch wird sie – nach vielen Jahren bürgerlich-neoliberalen Fehlregierens – höchstwahrscheinlich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Aussichten der dänischen Wirtschaft steigen.

In diesem Zusammenhang findet es die *Enhedslisten* wichtig, die Konfliktbereiche zu identifizieren, um für den unmittelbaren Kampf um bessere Lebensbedingungen zu mobilisieren, mit der langfristigen Perspektive, mit dem Kapitalismus zu brechen und den Sozialismus zu fördern.

Auf parlamentarischer Ebene sollten zweifelsfrei unmittelbare Forderungen erhoben und eine alternative Politik zur Krise vorgeschlagen werden, um das tägliche Leben der Menschen zu verbessern. Hier sind Gemeinsamkeiten und Kompromisse zwischen der *Enhedslisten*, der SF und den Sozialdemokraten möglich. Die Forderungen der *Enhedslisten* sind in politischen Maßnahmen zusammengefasst, die kurz- und längerfristig das Ziel haben, das Gleichgewicht der Kräfte zu verschieben. Diese Forderungen beziehen sich ebenso auf den grünen wie auf den sozialen Bereich. Hier einige Beispiele aus einer langen Liste:

- Ein großangelegter Beschäftigungsplan, um dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, mit dem Schwerpunkt einer massiven Investition in die öffentliche und demokratisch kontrollierte Produktion in den Bereichen grüne Energie und Gesundheit.
- Eine deutliche Erhöhung des Arbeitslosengelds auf das Niveau des Mindestlohns eines Facharbeiters in Kopenhagen sowie eine massive Erhöhung der Sozialversicherungsleistungen.
- Weitere Forderungen, um die wirtschaftliche Basis von Wohlfahrt und Arbeit für alle zu sichern: Verstaatlichung der Banken unter voller öffentlicher und demokratischer Verwaltung; Steuer auf Finanz- und Währungstransaktionen, etwa durch Einführung einer Tobin-Steuer; signifikante Erhöhung der Gewerbesteuer: Die Firmen haben riesige Gewinne erzielt und waren an der Entstehung der Krise beteiligt; jetzt sollten sie deren Bewältigung bezahlen.

Von hoher Priorität ist es für die *Enhedslisten*, die Umwelt- und Energiepolitik weiterzuentwickeln, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Es müssen erstens Regeln auf dänischer, europäischer und internationaler Ebene geschaffen werden, um Emissionen strenger zu begrenzen, und zweitens sind Energiesparmaßnahmen einzuführen und eine alternative Energieversorgung aufzubauen. Dazu hat die Partei sehr detaillierte Vorstellungen.

Die *Enhedslisten* will bis 2040/50 eine Absenkung der CO₂-Ausstöße um 80 bis 90 Prozent in Dänemark, bei Aufrechterhaltung des hohen Lebensstandards. Die Partei hat einen Zielplan bis 2020 für eine 50-prozentige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes¹² in Dänemark und auf internationaler Ebene eine 40-prozentige Reduzierung bis 2020 für die reichen Länder. Dieser Plan wurde auf dem Klimagipfel COP15 in Kopenhagen vorgelegt. Zusätzlich ist die Partei gegen die Privatisierung von Energie und Biotreibstoffen.

Regierungsunterstützung und Beteiligung

Im Prinzip würde die *Enhedslisten* eine sozialdemokratisch geführte Regierung unterstützen. Doch die Partei verweigert eine Beteiligung an einer solchen Regierung und hat bislang bei den laufenden Vorbereitungen für eine alternative Mitte-

12 Zum Klimaplan der *Enhedslisten*/Rot-Grün bezüglich der CO₂-Reduzierung (auf Dänisch): http://klima.Enhedslisten.dk/sites/default/files/Klimaplan_web_0.pdf.

Links-Regierung keinen Grund gesehen, ihre Position zu ändern. Der Partei wäre eine viel deutlichere linke Alternative in Kooperation mit den Sozialdemokraten und der SF lieber. Doch aufgrund der bisher von diesen Parteien vorgeschlagenen Politik ist zurzeit kein zufriedenstellender Kompromiss mit der *Enhedslisten* möglich, da sie offenbar zu sehr den Ausgleich mit der bürgerlichen Politik suchen.

Die enge Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen SF und Sozialdemokraten hatte zur Folge, dass die SF ihre zuvor gehandhabte Praxis, im Parlament Anfragen an Minister gemeinsam mit der *Enhedslisten* zu stellen bzw. Debatten gemeinsam zu beantragen, nicht mehr weiterführt. Auch wenn es noch Fragen gibt, bei denen beide Parteien gleicher Meinung sind, so ist dennoch festzustellen, dass die SF in der Regel lieber mit den Sozialdemokraten zusammenarbeitet. Und in Fragen von Immigranten und Flüchtlingen steht die *Enhedslisten* sogar den Positionen der Sozialliberalen näher als denen der Sozialdemokraten und der SF.

Die Meinungsumfragen der letzten Monate legen nahe, dass die *Enhedslisten* möglicherweise nach den nächsten Parlamentswahlen für die Bildung einer Mitte-Links-Regierung das Zünglein an der Waage werden könnte. Obwohl die Partei wenig direkten politischen Einfluss auf eine solche Regierung haben dürfte, bewirkt allein die mögliche Tatsache der Tolerierung einer Regierungsbildung durch die *Enhedslisten*, dass ihre Rolle gestärkt und die Politik und die Forderungen, die sie als Bedingung für die Tolerierung vortragen wird, ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Diese Diskussion ist innerhalb der Partei sowie auf parlamentarischer Ebene sehr wichtig, da die *Enhedslisten* bereits jetzt Maßnahmen mit der Absicht vorschlägt, die Politik einer eventuellen künftigen Mitte-Links-Regierung mehr nach links zu verschieben. Die Partei weiß natürlich, dass dies außerhalb des Parlaments auch vom Druck der Gewerkschaften und der Bevölkerung abhängt. Konkrete Vorschläge der *Enhedslisten* in diesem Zusammenhang sind unter anderem ein grüner Beschäftigungsplan, keine weiteren Privatisierungen, keine Kompromisse mehr, die die Lebensumstände der Arbeitslosen erschweren, keine Krisenunterstützungspakete für die Banken sowie ein Friedensplan für Afghanistan.

Internationale Kooperation

International ist die *Enhedslisten* ein sehr aktives Mitglied linker Parteienverbände, wie der Europäischen Linken (EL), dem Neuen Europäischen Linken Forum (NELF), der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EACL) und ein assoziiertes Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament (GUE/NGL). Die Partei gehört auch, wie die SF, zu den »linkssozialistischen Gruppen« innerhalb des Nordischen Rates, in dem die nordischen linken Parteien, einschließlich der linken Parteien Grönlands und der Färöern, auf staats- und parlamentarischer Ebene zusammenarbeiten, um ihre gemeinsamen politischen Ziele voranzubringen.

Die *Enhedslisten* ist von Anfang an Gegnerin der EU gewesen, sieht aber auch in der internationalen Perspektive die Arbeit für eine demokratische rote und grüne europäische Alternative zur EU. Die Partei setzt sich im Allgemeinen das politische Ziel eines »anderen Europa« als Basis für die Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen, die eine andere Sicht der EU vertreten. Für die *Enhedslisten* ist der politische und wirtschaftliche Inhalt der EU der Neoliberalismus; er ist fester Bestandteil dieser Institution und behaftet mit einem Demokratiedefizit; dieses kann nicht ersetzt werden kann, ohne die ganze Institution abzuschaffen.

Die Frage, wie man zur EU steht, ist wohl die kontroverseste bei den europäischen radikalen Linken, auch wenn in anderen zentralen politischen Fragen weitgehend Übereinstimmung herrscht. Diese kontroverse Haltung zur EU muss weiter diskutiert werden, um einen Weg zu finden, daraus keine Probleme für die zukünftige Zusammenarbeit entstehen zu lassen. Die Unterstützung der *Enhedslisten* für die dänischen EU-kritischen Bewegungen fußt auf einer allgemeinen politischen Übereinstimmung mit ihnen sowie auf der Überlegung, die Stimmen bei den Wahlen zu maximieren. Gleichzeitig versucht die Partei, sich als radikal-linke Partei mit eigener linker Kritik an Neoliberalismus und Militarismus der EU darzustellen und mit linken Parteien in Europa zusammenzuarbeiten.

Die *Enhedslisten* ist an europäischen und internationalen Veranstaltungen wie den europäischen Sozialforen und in geringerem Maße an den Weltsozialforen und G-8-Gipfel-Protesten beteiligt. Das Frauenkomitee der *Enhedslisten* arbeitet sowohl mit dem EL-fem-Netzwerk, das mit der Europäischen Linken verbunden ist, als auch mit anderen Frauenorganisationen und -netzwerken auf europäischer Ebene zusammen.

Die SF: Sozialistisch, sozialdemokratisch oder grün?

International ist die Sozialistische Volkspartei (SF)¹³ im Europäischen Parlament mit den grünen Parteien und im nordischen Zusammenhang mit den rot-grünen Parteien verbunden, d. h. mit der Linkssozialistischen Fraktion im Nordischen Rat und der Nordischen Grünlinken Allianz (NGLA). Die Partei hat auch einen Beobachterstatus bei den Europäischen Grünen. Dies stiftet Verwirrung bezüglich der Frage, was für eine Partei die SF heute eigentlich sei. Zweifelsfrei gibt der Umzug der SF im Jahre 2004 von der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament zur Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) – was sich dann 2009 wiederholte – einen Hinweis auf eine politische Wende weg von den Parteien der »radikalen Linken« hin zu den Parteien mit einer eher mittellinken Tendenz, auch wenn die SF ihre Position damit erklärte, nicht länger einer Gruppe »kommunistischer Parteien« angehören zu wollen.

13 Vgl. Webseite der Sozialistischen Volkspartei (SF): <http://www.sf.dk/>.

Offensichtlich sieht sich die SF in Hinblick auf Alternativen zur Wirtschaftskrise auch nicht mehr als Teil des »radikallinken« Dialogs in Europa, und sie interessiert sich auch nicht besonders für das Bündnis der Europäischen Linken und die in ihm stattfindenden Diskussionen. Andererseits war sie Gründungsmitglied des linken Parteienzusammenschlusses Neues Europäisches Linkes Forum (NELF). Seitdem sie ihre wahlpolitische Strategie geändert hat, ist die Partei auch nicht mehr stark an den Aktivitäten des Sozialforums bzw. an den dahinterstehenden Bewegungen beteiligt. Einige ihrer Mitglieder waren allerdings bei den alternativen klimapolitischen Veranstaltungen während des Kopenhagener Klimagipfels im Dezember 2009 aktiv.

Die SF ist keine »natürliche« grüne Partei. Doch ist grüne Politik seit den 70er Jahren für die dänische Linke wichtig, und zwar nicht nur in den Basisbewegungen, sondern auch in der SF und bei den dänischen Linksozialisten (VS), was der dänischen Grünen Partei schwer zu schaffen machte. Während der 80er Jahre unterhielten sowohl die SF als auch die VS Kontakte zu den deutschen Grünen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es schwierig, den langfristig strategischen Kurs der SF zu beurteilen – ob die Partei letztlich eher mehr oder weniger sozialdemokratisch oder grün wird, ob sozialistische Zielsetzungen vorherrschen werden oder Kombinationen all dieser Möglichkeiten. Ein Bruch mit dem Kapitalismus scheint nicht Teil der Strategie der SF zu sein. In einem Artikel der Tageszeitung *Politiken* erklärt der Parteivorsitzende Villy Søvndal, »der Weg, moderne und komplexe Gesellschaften zu verändern, ist der der schrittweisen Reform, es sind nicht die Wege, die die Stabilität völlig zerstören«¹⁴. Die Partei beschreibt sich als »moderne sozialistische Partei, die eine Welt zu schaffen bemüht ist, wo die Menschen und ihre Umwelt eine höhere Priorität haben als Geld und Gewinn«¹⁵. Ursprünglich vertrat die SF eine als »Volkssozialismus« bezeichnete sozialistische Ideologie, die später auch durch den demokratischen Sozialismus und die grüne Politik ergänzt wurde. Seit Anfang der 90er Jahre hat sie sich aus einer EU-kritischen Position hin zu einer Pro-EU-Haltung bewegt, was eine kritische Haltung zur EU-Politik nicht ausschließt, wie z. B. die Anerkennung der Marktwirtschaft als Basis der Gesellschaft, die jedoch eine größere wirtschaftliche Umverteilung will, als es heute der Fall ist. Die Partei hat den Lissabon-Vertrag der EU vollständig unterstützt. Dissens gibt es hinsichtlich der Unterstützung der Marktwirtschaft und der EU. Zum Beispiel scheint eine »große Minderheit« oder »kleine Mehrheit« immer noch gegen die Einführung des Euro in Dänemark zu sein – einer der dänischen Vorbehalte im Maastrichter Vertrag.

Die SF hat in den letzten drei bis vier Jahren eine erhebliche Zunahme an Parteimitgliedern wie an Wählerstimmen verzeichnen können, insbesondere nachdem Villy Søvndal 2005 Parteivorsitzender wurde. Er ist ein großes Medien-Plus

14 Die dänische Tageszeitung *Politiken* brachte am 5. Januar 2010 eine Reportage von Villy Søvndal: Vejen til en regering med SF [Der Weg zu einer neuen Regierung mit der SF].

15 Webseite der SF: <http://www.sf.dk/>. SF's politik i hovedtræk [Umriss der SF-Politik].

für die Partei gewesen und hat die langfristige Änderung der Wahlstrategie zusammen mit programmatischen Änderungen durchgeführt, auch im Rahmen des Versuchs der Partei, sich als regierungstauglich zu gerieren. Dazu gehört auch die Schwerpunktsetzung auf die Professionalisierung der Partei, gefolgt von einer organisatorischen Zentralisierung im April 2009 auf dem jährlichen Parteitag der SF, die zum Beispiel die Anzahl der Mitglieder des Parteirats von 39 auf 17 reduzierte, bei einem Vorstand von neun Mitgliedern.¹⁶ Auch die kritische interne Debatte wurde eingeschränkt.

Die Mitgliedschaft der SF erreichte im Februar 2009 gut 16 500, bei einem Frauenanteil von 51,5 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2007 erhielt sie 13 Prozent der Stimmen und 23 von 179 Sitzen – eine Verdopplung der Mandate. In den Gemeindeverwaltungswahlen im November 2009 gewann die Partei 372 Mandate in den regionalen und kommunalen Räten und sechs Bürgermeister- und Stadtratsposten, ein riesiger Zuwachs. Der Stimmenanteil bei den Regionalwahlen war mit 15,3 Prozent etwas höher als bei den Parlamentswahlen von 2007 (13 Prozent).¹⁷ Bei den Europawahlen im Juni 2009 gewann die SF zwei Sitze. Die SF-Wähler sind in erster Linie in den größeren Städten sowie beim Bildungsbürgertum konzentriert und zu einem kleineren Teil bei Arbeitern mit niedrigerem Bildungsstand.¹⁸

Zweifelsohne würde eine alternative Regierung von Sozialdemokraten, mit der SF in einer zentralen Rolle, eine positive Änderung hin zu einer sozialen und grünen Politik bedeuten. Die Parteien schlagen z. B. vor, die Millionäre zu besteuern und eine Staatsbank zu gründen. Eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwächeren, öffentliche Investitionen im Städtebau und grüne Lösungen wären möglich. Gleichzeitig geht aber die Partei ziemlich pragmatisch in ihrem politischen Handeln vor. Sie hat wenig Hemmungen, mit bürgerlichen Parteien Kompromisse zu suchen.

Kommentare in den Medien links der Mitte sowie linksgerichtete Leserbriefe haben des Öfteren die »Rechtswende« der SF thematisiert. Ole Sohn, Vorsitzender der SF-Fraktion, sagte neulich in einem Interview in der Presse, in einem Artikel zur Straffung der Parteilinie, die SF sei »so links wie schon immer, aber Kompromisse sind notwendig, als handfeste Schritte, um an die Macht zu gelangen«¹⁹. Und Villy Søvndal schreibt: »Seine Ideale zu kompromittieren, ist nicht das Gleiche, wie sie aufzugeben.«²⁰

16 Die dänische Tageszeitung Politiken brachte am 12. Januar 2010 eine Reportage von Kim Jørstad (SF): SF på magtens vej [SF auf dem Weg an die Macht].

17 Auch die Sozialdemokraten schnitten bei den Regionalwahlen mit 30,3 Prozent besser ab, als bei den Parlamentswahlen 2007 und auch besser, als ihr heutiger Stand in den Meinungsumfragen, obwohl das Ergebnis weniger war als bei den Regionalwahlen von 2005 (34 Prozent).

18 Diese Studie »Vælgerundersøgelse for Enhedslisten« (November 2008) basiert vollständig auf früheren Studien über die Präferenzen und Haltung der dänischen Wählerschaft.

19 Artikel in der dänischen Tageszeitung Information vom 28. Dezember 2009, S. 5; basiert teilweise auf einem Interview mit Ole Sohn.

20 Die dänische Tageszeitung Politiken brachte am 5. Januar 2010 eine Reportage von Villy Søvndal: Vejen til en regering med SF [Der Weg zu einer neuen Regierung mit der SF].

Die Sozialdemokraten und die SF haben tatsächlich versucht, der Herausforderung der rechtsextrem orientierten Dänischen Volkspartei zu begegnen, die sehr viele ehemals sozialdemokratische Wähler angezogen hat, indem sie ihre Migranten- und Flüchtlingspolitik teilweise an die der Volkspartei bzw. der bürgerlichen Regierung angepasst haben. 2008 wollte die SF die sogenannte 24-Jahre-Regel unterstützen, die ein Mindestalter für Familienzusammenführungen von Migranten festlegt, angeblich um Zwangsehen zuvorkommen. Mit dieser Straffung ihrer Parteilinie in Hinsicht auf Migranten wollte sie sich der Position der Sozialdemokraten anpassen – nicht ohne Kritik aus den eigenen Reihen.

2009 reihte sich die SF in einen breiten Regierungskonsens zur Verteidigungspolitik ein, der wachsende Rüstungskosten, den Kauf von Jagdflugzeugen und die Unterstützung für den Afghanistankrieg beinhaltete, nachdem die SF der dänischen NATO-Mitgliedschaft als Basis dänischer Außen- und Sicherheitspolitik zugestimmt hatte. Dies widerspricht zwar dem Programm der SF, wird aber von Ole Sohn im erwähnten Interview als Folge einer geänderten Realität erklärt: »Es gibt keine glaubwürdige Alternative zur NATO«, sagt er. Die SF hat auch das Einfrieren der Steuern seitens der bürgerlichen Regierung unterstützt und dem Staatshaushalt sowie dem Bau von mehr Autobahnen zugestimmt, was letztlich nur den Mittel- und Oberschichten nützt, außerdem erkannte die SF unlängst in einer Abstimmung Tibet als Teil Chinas an. Auch hinsichtlich der Rechts- und Justizpolitik wurde die Linie gestrafft: Es soll längere Haftstrafen und die Einführung von Mindeststrafen in neuen Bereichen geben, auch das erklärt Ole Sohn als Folge einer veränderten Realität.

Aber auch widersprechende Ansichten und Erklärungen werden von politischen Vertretern der SF geäußert. Der Fraktionssprecher der SF lobte das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten beim Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009. Ein Tag später kritisierte der Parteivorsitzende Villy Søvndal die Polizei auf seiner *Facebook*-Seite. Auch bei der Zwangsabschiebung irakischer Flüchtlinge im letzten Sommer war die politische Position der SF widersprüchlich.

Kleinere radikallinke Parteien und Gruppen²¹

Es gibt einen großen Abstand in den Mitgliederzahlen zwischen der *Enhedslisten* und den kleinen radikallinken Parteien und Gruppen mit 300 oder weniger Mitgliedern. Dabei handelt es sich hauptsächlich um kommunistische Parteien und zwei trotzkistische Parteien/Gruppen, deren Mitglieder auch Mitglieder der *En-*

21 Für eine ausführliche Darstellung der kleinen dänischen linksradikalen Parteien und Gruppen vgl. Inger V. Johansen: Dänemark – die soziale und politische Linke, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 52.

hedslisten sind. Sie haben keine Chance, ausreichend unterstützt zu werden, um eine parlamentarische Vertretung zu erreichen. Die Mitglieder und Aktivisten dieser Parteien sind oft außerparlamentarisch engagiert und in verschiedenen Bewegungen aktiv, etwa in der Volksbewegung gegen die EU, in der Solidaritätsarbeit (Palästina) und anderen.

Die Europawahlen und aktuelle Umfragewerte

Die EP-Wahlen waren ein Erfolg für die EU-kritische Dänische Volkspartei, die SF und die Volksbewegung gegen die EU. Die Sozialdemokraten, die Sozialliberalen und die Junibewegung verloren je einen Sitz (Dänemark hat jetzt nur noch 13 statt 14 Sitze im EP). Der Erfolg der Volksbewegung hat dazu beigetragen, dass die Junibewegung im Nachgang der Wahlen beschloss, sich aufzulösen. Das magere Ergebnis der Junibewegung könnte auch eine Nebenwirkung des Rücktritts ihres MEP Jens-Peter Bonde mitten in der Wahlperiode gewesen sein, einer bekannten und altgedienten Führungspersönlichkeit der dänischen EU-kritischen Bewegung.

Das Ergebnis der SF war insofern bemerkenswert, als die Partei 15,9 Prozent Stimmen erringen konnte, wobei die Meinungsumfragen vor der EP-Wahl durchschnittlich 18,8 Prozent vorhergesagt hatten. Erklären lässt sich das Ergebnis aus einer Analyse der Stimmen für die Volksbewegung,²² die ergab, dass diese Stimmen aus einem breiten Mitte-Links-Spektrum abgezogen wurden

Dass viele Sozialdemokraten und SF-Wähler/innen der Volksbewegung ihre Stimmen gaben, ist interessant, da dies zeigt, dass innerhalb der Wählerschaften der Sozialdemokratie und der SF eine EU-kritische Position weiterlebt, auch wenn diese Parteien nun eine starke Pro-EU-Position vertreten. Dennoch wird die Beliebtheit der SF zurzeit nicht durch ihre Pro-EU-Haltung gemindert, selbst wenn man bedenkt, dass alle Pro-EU-Parteien in Dänemark mit Ausnahme der Sozialliberalen während des EP-Wahlkampfes sichtlich EU-kritischer auftraten als sonst.

In der dänischen Politik fand nach einer andauernden Patt-Situation zwischen den beiden parlamentarischen Lagern – dem Rechtsblock der zwei regierenden Rechtsparteien und dem Mitte-Links-Block der vier Oppositionsparteien – im Mai 2010 ein öffentlicher Stimmungswandel zugunsten der Oppositionsparteien statt. Als Erklärung dafür kann das sogenannte »Restaurierungspaket« der dänischen Regierung herangezogen werden. Eine Meinungsumfrage am 28. Mai 2010 (drei Tage, nachdem die konkreten Maßnahmen des Sparpakets bekannt gegeben worden waren) sah die Oppositionsparteien bei 56 Prozent, der Rechtsblock kam

²² Folkebevægelsens stemmer til EU-valget 2009: Valgstatistik fra EP-valg. Die Analyse basiert auf drei Quellen: einer Wählerbefragung am Wahllokal, drei Meinungsumfragen sowie einer weiteren Umfrage (3 652 Befragte).

auf 44 Prozent. Nur sechs Tage zuvor waren die Oppositionsparteien lediglich auf 50,9 Prozent gekommen. Bemerkenswert war insbesondere der Anstieg der Sozialdemokraten von 25 auf 31 Prozent.

Es gibt keinen Zweifel, dass die starke dänische Unterstützung des öffentlichen Sektors erheblich zum Stimmungswechsel beigetragen hat. Es gibt viele Ressentiments gegen das Sparpaket, das Kürzungen in der Hochschulbildung und eine Zunahme der Steuern vorsieht. Verlierer des Sparpakets sind insbesondere Einwanderer, Familien und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor. Die auch vonseiten der Sozialdemokraten und der SF gemachten Sparvorschläge, unter anderem die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde, erscheinen den Wählern im Vergleich mit den Plänen der Regierung marginal.

Anhang

Parlamentswahlen 2004, Wahlbeteiligung: 47,9 Prozent



Parlamentswahlen 2009, Wahlbeteiligung: 59,5 Prozent



Wahlergebnisse der Mitte-Links-Parteien

	SD	SF	RGA	Lib. Dem
Jahr	Prozente und Sitze			
1990	37,4 69	8,3 15	1,7 0	3,5 7
1994	34,5 62	7,3 13	3,1 6	4,6 8
1998	35,9 63	7,6 13	2,7 5	3,9 7
2001	29,1 52	6,4 12	2,4 4	5,2 9
2005	25,8 47	6 11	3,4 6	9,2 17
2007	25,5 45	13 23	2,2 4	5,1 9

Die griechische Linke

Griechenland und die Linke seit 1974

Nach dem Ende der Junta, dem diktatorischen Militärregime, das 1967 mit einem Putsch an die Macht kam, stimmten die Griechen 1974 für die Abschaffung der Monarchie. Kostas Karamanlis, der bereits in den 50er und 60er Jahren mehrfach Ministerpräsident gewesen war, gelang nunmehr mit seiner konservativen Partei (ND – *Nea Dimokratia*) der Wahlsieg. Er setzte seine Anstrengungen daran, Griechenland in die EG zu führen, und wurde 1977 wieder an die Spitze der Regierung gewählt. Parallel erfolgte der Aufstieg der *Panhellenischen Sozialistischen Bewegung* (PASOK), der es vier Jahre später gelang, mit 48 Prozent größte Partei zu werden und daraufhin für ein knappes Jahrzehnt die Regierung zu stellen. Die PASOK setzte weitreichende soziale Reformprojekte durch, auch wenn ihre Politik nie das Ausmaß erreichte, die Ministerpräsident Andreas Papandreou mit seiner Rhetorik vorgab.

Das Wendejahr 1989 ist für die griechische Linke bis heute von entscheidender Bedeutung, wenn auch die Gründe nicht in Berlin liegen, sondern in Athen. Zu Beginn dieses schicksalhaften Jahres hatten sich die an der *Sowjetunion orientierte Kommunistische Partei Griechenlands* (KKE) und die eurokommunistische *Griechische Linke* zusammengefunden und bildeten die *Koalition der Linken und des Fortschritts* (SYN – *Synaspismos*). Die Allianz war von Anfang an brüchig, verfehlte aber die Wirkung bei den Wählern nicht. Im Juni erreichte sie bei den Parlamentswahlen 13,1 Prozent und stellte 28 der 300 Abgeordneten. Keine der beiden großen Parteien erreichte eine absolute Mehrheit. Was darauf folgte, gilt bis heute als einer der großen historischen Fehler der griechischen Linken – so äußerten sich die späteren Vorsitzenden von KKE und SYN. Denn um dem Ministerpräsidenten Andreas Papandreou die Immunität zu entziehen und ihn aufgrund eines Skandals vor Gericht stellen zu können, gingen die konservative *Nea Dimokratia* und *Synaspismos* eine Koalitionsregierung ein. Nach Neuwahlen im November, die ebenfalls nicht die gewünschte Alleinregierung für die *Nea Dimokratia* ermöglichten, unterstützten sie bis zu den wiederum anberaumten Wahlen im April 1990 eine Übergangsregierung. Die Regierungsbeteiligung sorgte für tiefe Unzufriedenheit in der griechischen Linken und belastete insbesondere das Verhältnis zur PASOK auf viele Jahre. Auf das *Interregnum* folgte eine Alleinregierung der ND, der es nicht gelang, die Wirtschaftspolitik zu ordnen, woraufhin sie abgewählt wurde.

Bald holten auch die internationalen Entwicklungen das Linksbündnis ein. Der 13. Parteitag der KKE im Februar 1991 verlangte angesichts des Auseinanderbre-

chens der Sowjetunion nach einer Richtungsentscheidung. Nachdem der hochgeachtete, langjährige Generalsekretär Charilaos Florakis erklärte, die Führung der Partei nicht noch einmal übernehmen zu wollen, wurde unter kontroversen Umständen und mit nur engem Vorsprung Aleka Papariga in das Amt gewählt. Damit setzte sich der dogmatische Flügel in der Partei durch, der im Folgenden die Reformer innerhalb des ZK ausschloss und im Juni die Zusammenarbeit mit *Synaspismos* auflöste.

Nachdem die KKE damit von den Abweichlern gesäubert war, wandelten Reformkommunisten und verbliebene Mitglieder den *Synaspismos* im Juni 1992 in eine eigenständige Partei um. Eine letzte Spaltung in den Führungsgremien der KKE erfolgte 2000, als der ehemalige Vizepräsident des griechischen Parlaments und ein Europaabgeordneter ausgeschlossen wurden.

Die zweite Regierungsära der PASOK, beginnend 1993, war von einer Wirtschaftspolitik gekennzeichnet, deren Ziel es war, den Maastrichter Kriterien zu entsprechen. Ministerpräsident Kostas Simitis setzte Einschnitte im Staatshaushalt durch und konnte auf gute Wachstumszahlen verweisen. Es gelang ihm, zwei weitere Wahlen zu gewinnen, doch wagte sich seine Regierung nicht an den bereits ausufernden Beamtenapparat und konnte des grassierenden Klientelismus ebenfalls nicht Herr werden. 2004, getragen von Ermüdungserscheinungen angesichts der lange währenden PASOK-Ära, verloren die Sozialisten schließlich unter ihrem neuen Vorsitzenden Jorgos Papandreou (Sohn von Andreas Papandreou) gegen die ND unter Kostas Karamanlis (Neffe des Ministerpräsidenten und Präsidenten gleichen Namens). Die folgenden fünf Jahre entzogen der griechischen Politik das ohnehin kaum vorhandene Vertrauen durch eine Aneinanderreihung von Skandalen in höchsten Regierungskreisen, härtestem Neoliberalismus und nicht vorhandenem Krisenmanagement. 2009 stellte einen Einschnitt dar, als der PASOK mit linker Rhetorik ein Erdrutschsieg gelang, nur um kurz darauf angesichts der desolaten Haushaltslage jede Hoffnung auf sozialen Fortschritt zu begraben.

Neben der PASOK als Vertreterin der Sozialdemokratie zeichnet Griechenland das Vorhandensein vielfältiger linker Kräfte aus, von denen die KKE und SYN mit Abstand die wichtigsten sind. Daneben existieren eine große Anzahl anderer Parteien und Organisationen, die sich dem linken Spektrum zurechnen. Dabei reicht die ideologische Ausrichtung von den gemäßigten Sozialisten über Maoisten bis hin zu Verschwörungstheoretikern. Fünf von ihnen traten bei der letzten Parlamentswahl im Oktober 2009 an. Unter dem Banner des Kommunismus waren dies die maoistische *Kommunistische Partei Griechenlands* (KKE) – *Marxisten-Leninisten* (M-L), die ebenfalls maoistische *Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands* (M-L KKE) und die *Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Griechenlands* (OAKKE), die kleinste KP im Bunde. Letztere zeichnet sich zudem dadurch aus, dass in ihrem Weltbild Russland unter der Führung einer neonazistischen Clique steht und für jedes gegen-

wärtige Übel mitverantwortlich ist. Abgesehen von den drei KPs trat die trotzkistische *Revolutionäre Arbeiterpartei* an, sowie die *Antikapitalistische Linke für den Umsturz* (*ANT.AR.SY.A.*, das Kürzel bedeutet »Meuterei«), ein Bündnis links-radikaler Kräfte verschiedener ideologischer Strömungen, das mit 0,36 Prozent die meisten Stimmen unter diesen Splitterparteien auf sich vereinigen konnte.

Ergebnisse der Parlamentswahl 2009 in Griechenland

Partei	Prozente	Gewinne/ Verluste	Sitze	Gewinne/ Verluste
PASOK	43.92	+5.82	160	58
ND	33.48	8.38	91	61
KKE	7.54	0.61	21	1
LA.O.S	5.63	+1.83	15	5
SYRIZA	4.6	0.44	13	1
Ökol. Grüne	2.53	+1.48	0	-

Synaspismos

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Synaspismos (im Folgenden: SYN) ist mit einer Mitgliederzahl von 16 124 (Zahl vom März 2009) Griechenlands viertgrößte Partei. Ihre Aktivisten waren zum größten Teil schon Mitglied im SYN, als sie noch mit der KKE ein Bündnis bildete. Nur fünf Prozent der 1 211 Delegierten des letzten Parteitages, der im Januar 2008 stattfand, waren schon in den vorhergehenden vier Jahren neu eingetreten. Im Durchschnitt waren die Delegierten 51 Jahre alt, die meisten von ihnen fielen in die Gruppe der 45- bis 54-Jährigen mit hohem Bildungsgrad, die sogenannte Generation des Polytechnion, die während des Studentenaufstands 1973 zur Schule ging oder eine Universität besuchte. Auf den Parteitagen sind jedoch, bezogen auf die gesamte Mitgliedschaft, die Akademiker überrepräsentiert. In ihrer Mehrheit sind die Mitglieder im öffentlichen Sektor beschäftigt, den größten Anteil bilden Lehrer, Erzieher und Dozenten. An zweiter Stelle folgen die Arbeitgeber/Selbstständigen, und die dritte Stelle nehmen Beschäftigte im Privatsektor ein. Nur 15 Prozent der Delegierten waren vor ihrem Eintritt in SYN nicht Teil einer anderen Partei oder Organisation, und 91 Prozent von ihnen sind gleichzeitig in Vereinen, Bürgerinitiativen und Verbänden an anderer Stelle gesellschaftlich aktiv.

Etwa ein Viertel der Mitglieder sind Frauen. In mehreren Gremien der Partei gibt es eine Frauenquote, die dem Frauenanteil der Mitgliederzahl des SYN entspricht, nicht aber für das Politische Sekretariat. Dieses höchste Lenkungsorgan

hat derzeit 17 Mitglieder, darunter nur eine Frau. Anders sieht es aufgrund der Quote im Zentralen Politkomitee (dem erweiterten Parteivorstand) aus, es umfasst 125 Mitglieder, von denen 40 Frauen sind. Dies entspricht auch etwa dem Anteil von 26 Prozent an weiblichen Delegierten auf dem 5. Parteitag.

Menschen nicht-griechischer Abstammung treten nur sehr vereinzelt in SYN ein. Zwar besteht in der Satzung ein expliziter Verweis auf die Möglichkeiten des Beitritts von Migranten, in der Realität ist ihr gesellschaftlicher Organisationsgrad aber niedrig. Selbst im Falle angestammter Minderheiten wie den Türken in Thrakien stellt die Partizipation in einer der parlamentarischen Parteien eher die Ausnahme dar.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

Im griechischen Parteiensystem nimmt SYN den Platz zwischen KKE und PASOK ein. Während die KKE allgemein als die am weitesten links stehende parlamentarische Kraft gesehen wird, geht SYN davon aus, dass die Kommunisten aufgrund ihres Festhaltens am dogmatischen Marxismus-Leninismus und Staatssozialismus rechts von ihm steht.

Die Geschichte des SYN lässt sich ideell bis 1968 zurückverfolgen, als auf dem Budapester Parteitag der KKE jene Mitglieder des ZK ausgeschlossen wurden, die der Sowjetunion kritisch gegenüberstanden. Diese Abweichler, von denen viele im Kampf gegen das Obristenregime aktiv wurden, gründeten die KKE Intern und näherten sich zunehmend reformkommunistischen Positionen an. 1986 spaltete sich die KKE Intern, deren größerer Flügel sich des wichtigsten kommunistischen Symbols, Hammer und Sichel, entledigte und die Griechische Linke gründete.

Für beide Parteien, KKE Intern und Griechische Linke, gab es seit dem Ende der Junta 1974 einen geringen, aber konstanten Zuspruch in Griechenland, der sich im Bereich von 1,5 bis 3 Prozent bewegte. In ihrer Tradition stehend, konnte SYN nach 1991 seine Stellung im griechischen Parteienspektrum behaupten. Die feste Unterstützung, die Kernwählerschaft, macht heute etwa 2 bis 2,5 Prozent der Wahlberechtigten aus und umfasst vor allem Akademiker und Staatsangestellte mit höherer Bildung. Bei den Wechselwählern, die der Partei ihre Stimme geben, erreicht SYN den größten Zuspruch bei den Erstwählern und der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Im ersten Halbjahr 2008 sahen mehrere Umfragen SYRIZA, die Koalition der radikalen Linken, bei 15 Prozent, und gemeinhin wird der radikalen Linken ein großes Potential zugetraut. Demgegenüber stehen andauernde innerparteiliche Differenzen und als bestes Ergebnis 6,3 Prozent bei den Europawahlen 1994.

Die größte Unterstützung erfährt SYN/SYRIZA unter Schülern und Studenten, dort erreicht die Partei mehr als das Doppelte ihrer durchschnittlichen Wahlergebnisse. Ebenfalls stark vertreten ist er unter Selbstständigen und Angestellten der Privatwirtschaft. Auch unter Arbeitgebern und Großunternehmern ist ihr Zu-

spruch mit sechs Prozent beachtlich. Dagegen ist er schwach im traditionellen Milieu anderer linker Parteien vertreten: Unter Arbeitern in der Industrie und Kleinunternehmern lag SYRIZA bei den letzten Wahlen unter seinem Gesamtergebnis. Am geringsten ist seine Unterstützung unter Rentnern und Hausfrauen. Werden weitere Faktoren in Betracht gezogen, so lässt sich feststellen, dass der durchschnittliche Wähler des SYN einen Universitätsabschluss besitzt oder noch studiert und einer Familie entstammt, die in Athen oder Thessaloniki wohnt und selbstständig tätig ist.

Wählerschaft der Parteien, in Prozent

Partei	PASOK	ND	KKE	SYRIZA	LA.O.S.
Geschlecht					
Männer	43	32	8	5	7
Frauen	45	35	7	4	4
Alter					
18-24	40	26	8	9	8
25-34	39	24	11	6	9
35-44	43	27	7	6	9
45-54	46	28	9	7	5
55-64	48	34		4	4
65 und älter	42	48	5	1	3
Bildung					
Niedrige	48	39	6	1	3
Mittlere	44	33	7	4	7
Höhere	39	29	10	8	6
Stand der Beschäftigung					
Arbeitend	43	28	8	6	7
Arbeitslos	43	26	11	6	8
Nicht arbeitend	45	40	7	3	4
Art der Beschäftigung					
Arbeitgeber/Unternehmer	38	40	4	6	4
Selbstständig/Agrarsektor	47	37	6	3	5
Selbstständig/Freier Unternehmer	39	26	6	9	10
Selbst./Arbeiter/Industriearb.	43	30	8	4	8
Angestellter im öffentl. Dienst	48	28	7	7	4
Angestellter in der Privatsphäre	40	24	11	8	9
Arbeitslos	43	26	11	6	8
Hausfrau	47	42	4	2	4
Rentner/ehem. öffentlicher Dienst	42	47	4	2	4
Rentner/ehem. Privatwirtschaft	46	38	9	2	4
Schüler/Student/Wehrdienstl.	39	25	11	11	6

Urbanität					
Städtisch	44	30	9	6	6
Kleinstädtisch	44	37	6	6	5
Land	44	40	5	3	5

Die wichtigste Form der Einbeziehung anderer linker Kräfte im Land findet unter dem Dach des SYRIZA statt. Aus gemeinsamen Protestaktionen seit dem Kosovokrieg und dem G8-Gipfel in Genua formierten sich mehrere Allianzen bis 2004 zur gemeinsamen Wahlplattform, wobei der Widerstand gegen den Neoliberalismus im eigenen Land das wichtigste Bindeglied darstellte. Kurz nach den Parlamentswahlen gingen die Parteien aufgrund interner Streitigkeiten über die Mandatsverteilung wieder eigene Wege. Unter dem Parteivorsitzenden Alekos Alavanos, einem Befürworter breiter Bündnisse in der Linken, wurde SYRIZA aus der Versenkung geholt und erzielte mehrere beachtliche Wahlergebnisse. Ausschlaggebend dafür war, dass enttäuschte Anhänger der PASOK, die mit der Oppositionsarbeit der Sozialisten unzufrieden waren, SYRIZA ihre Stimme gaben.

In SYRIZA sind derzeit zwölf Parteien, soziale Bewegungen und Organisationen versammelt, von denen neben SYN die *Erneuernde Kommunistische und Ökologische Linke* (AKOA – mit Beobachterstatus in der Europäischen Linken), die *Demokratische Sozialbewegung* (DIKKI – in den 90er Jahren eigenständig im griechischen Parlament vertreten) und die Aktiven Bürger am bedeutsamsten sind. Der gemeinsame Kern dieser ideologisch weit auseinanderstehenden Gruppierungen bleibt der Widerstand gegen die neoliberal ausgerichtete Regierungspolitik der beiden großen Parteien; ihr Anliegen ist es, größere Aktionsmöglichkeiten und eine Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, die den kleineren Mitgliedsparteien zugute kommt, als auch – gerade von Seiten des SYN – die Entwicklung einer gemeinsamen Linke zu forcieren.

Im Feld der Gewerkschaften gibt es mehrere Dachverbände, die den linken Parteien nahestehen und von denen die *Militante Front aller Arbeiter* (PAME) am einflussreichsten ist, allerdings hinter den Gewerkschaften der PASOK zurücksteht. Eine vergleichbare Gewerkschaftsorganisation hat SYN nicht, was angesichts seines Milieus nicht erstaunt. So spielt die ihr nahestehende Gewerkschaft *Autonome Intervention* zwischen denen der KKE und der PASOK eine untergeordnete Rolle.

Weitere dem SYN angeschlossene Organisationen entsprechen denen anderer Parteien: das Nikos-Poulantzas-Institut bringt Schriften zur Geschichte der griechischen Linken und zu gegenwärtigen Fragestellungen heraus. Ihre Jugendorganisation, die Jugend des SYN (*Neolaia Synaspismou*), hat in den letzten Jahren starken Zulauf gehabt und steht der Partei inhaltlich nahe. Die Parteizeitung Avgi gehört zu den kleineren der vielen griechischen Tageszeitungen und erreichte im

Dezember 2009 eine Wochenendaufgabe von etwa 5 500 Exemplaren (zum Vergleich: *Rizospastis*, Parteizeitung der KKE: 24 000; *Eleftherotypia*, größte linke Tageszeitung: 120.000).

Die strategische Ausrichtung der Partei

Laut Parteiprogramm des SYN ist die Gegenwart durch die neoliberale, kapitalistische Globalisierung und die Vorherrschaft der USA bestimmt. Folgen dieser Entwicklung sind der Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften, die Missachtung des internationalen Rechts und der UN, die Zuspitzung der bestehenden Widersprüche im kapitalistischen System und dessen Ausweitung in alle Lebensbereiche. Während aber die Sozialdemokratie sich ergeben hat und die Medien die Unausweichlichkeit der Globalisierung bis hin zum Dogma vom Ende der Geschichte rezitieren, entstehen auch neue Formen des Protests und Widerstands. Diese, so das Parteiprogramm, manifestieren sich »von den Zapatistas über Seattle bis Genf, von den europäischen Demos zu den Gegengipfeln, von Porto Alegre bis Florenz, von den Weltsozialforen und ihren europäischen Pendants über die Friedensbewegung, beziehen Völker, benachteiligte Klassen und unterdrückte Minderheiten ein und bilden soziale Bewegungen mit verschiedenen Zielen«. Gegen das globalisierte Kapital entsteht eine neue, globalisierte und vielfältige Linke – und damit die Hoffnung auf eine andere Welt, in welcher der Mensch über den Profiten steht.

In der konkreten Ausgestaltung des Gegenvorschlags gibt es in der Partei große Differenzen, insbesondere in der Frage nach den Bündnispartnern. Im SYN, der wie alle griechischen Parteien stark von einzelnen Personen dominiert wird, trennt die beiden vorherrschenden Fraktionen, die »Linke Strömung« unter Alexis Tsipras und der »Erneuernde Flügel« unter Fotis Kouvelis, vor allem die Frage nach der Zusammenarbeit mit der PASOK. Zwischen 2007 und 2009 waren es die Anhänger von Kouvelis, die sich für eine gemeinsame Regierungsperspektive der Sozialisten und Linken aussprachen. Die größte Zustimmung für ein solches Bündnis gab es in der Bevölkerung, vor allem unter Anhängern der PASOK. Zudem befand sich SYN in der angenehmen Lage, dass die PASOK prinzipiell zu einer Zusammenarbeit bereit war. Interessanterweise äußerte der griechische Vizepremier Theodoros Pangalos von der PASOK im Jahr 2008 den Wunsch, dass SYN in gewisser Hinsicht die Rolle eines Korrektivs darstellen und in die Regierung eintreten solle. Er führte dies weniger auf inhaltliche Positionen zurück, sondern eher auf die unausweichliche Korruption, die Alleinregierungen in Griechenland befällt. Das Umfragehoch im ersten Halbjahr 2008 war auf zwei Gründe zurückzuführen: die anfänglich sehr große Beliebtheit von Alexis Tsipras als Vorsitzendem der Partei und die Perspektive einer Regierungsbeteiligung mit der PASOK.

Die Forderungen von SYRIZA an die Sozialdemokratie erstickten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit schnell, so beharrten führende Vertreter unter anderem darauf, den Vertrag von Lissabon abzulehnen. Wesentlich energischer ver-

folgte die linke Strömung die Bemühungen um ein Bündnis mit der KKE, was die Kommunisten jedoch strikt ablehnten. Als Begründung wurde angeführt, dass es sich bei SYRIZA nicht um eine genuin linke Partei handle, sondern um einen weiteren Ausleger der Sozialdemokratie. Zudem empfand sich SYN strukturell und inhaltlich nicht auf seine potentielle Rolle als Regierungspartei vorbereitet, wie der Parlamentarier Tasos Kourakis feststellte, was dazu beitrug, dass die guten Werte in den Meinungsumfragen keine längerfristige Stärkung der Partei mit sich brachten. Insbesondere enttäuschte PASOK-Anhänger entschieden sich bei den Wahlen 2009 – entgegen ihrer Präferenz im vorigen Jahr – wieder für die Sozialisten, die ihr Potential wesentlich stärker ausschöpfen konnten. Ausschlaggebend war dabei jedoch nicht nur die Strategie des SYN, sondern der Wunsch nach einem Ende der ND-Regierung.

In mehreren zentralen Anliegen – namentlich in der Trennung von Kirche und Staat, der nichtkirchlichen Taufe und Beerdigung, der Homo-Ehe, dem Status der Einwanderer, der Ablehnung von Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen und in nichtstaatlichen Bildungsanstalten, der Entkriminalisierung weicher Drogen und der Einschätzung des Namensstreits mit der EJR Mazedonien – gibt es im SYN einen breiten Konsens, der nicht der Mehrheitsmeinung in der griechischen Gesellschaft entspricht. Gerade in den »nationalen Fragen« wird ihm Zurückhaltung bescheinigt, was bei der Wahlentscheidung nicht nur in den unteren Bildungsschichten eine Rolle spielte. Andererseits ist die Partei die einzige, die die genannten Anliegen auf die parlamentarische Agenda bringt. Das überzeugte Festhalten an »progressiven« Positionen hilft ihm zudem, seine Eigenständigkeit zu bewahren.

Der kritische Diskurs und die Auseinandersetzung mit politischen Theorien und diversen »Marxismen« spielt in der von Akademikern geprägten Partei eine bedeutsame Rolle. Das betrifft nicht nur den SYN, sondern die gesplante griechische Linke als Ganzes. Eine dominante ideelle Strömung lässt sich nicht ausmachen, aber als bedeutsam werden in der Partei die Schriften Luxemburgs, Gramscis, Poulantzas' und aus jüngerer Zeit die von Hardt/Negri angesehen.

Die Parteimehrheit hält an ihrem Projekt des Aufbaus eines »dritten Pols« in der Gesellschaft fest, um einen grundlegenden Wandel zu erreichen. Während zunächst SYRIZA dafür den Rahmen bilden sollte, hat sich in dem Bündnis eine weitere Bruchstelle aufgetan. Alekos Alavanos ist im letzten Jahr auf Distanz zu seinem Nachfolger Tsipras gegangen und hat sich zusammen mit anderen Vertretern der radikalen Linken dafür ausgesprochen, SYRIZA – das Bündnis, das bereits aufgrund der politischen Vorstellungen seiner kleineren Gliederungen und der schwierigen Proporzfindung dysfunktional wirkt – in eine eigenständige Partei zu transformieren. Dieser Streit zieht sich bereits seit über einem Jahr hin, zurzeit ist er angesichts der Proteste gegen die Sparpläne der PASOK-Regierung in den Hintergrund gerückt. Es ist jedoch weder von den Reformern im SYN noch von der Linken Strömung zu erwarten, dass sie dieses Projekt unterstützen werden.

Abgesehen von dem unrühmlichen Intermezzo Ende der 80er Jahre war der SYN noch nicht an der Regierung beteiligt. Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Standpunkte der Partei lassen sich grundsätzlich als anti-neoliberal beschreiben. Zur letzten Wahl gab es im Finanz- und Sozialsektor mehrere Kernvorschläge. Gefordert wird ein Steuersystem, in dem vor allem die indirekten Steuern drastisch gesenkt und die Wohlhabenden stärker belastet werden. Alle Löhne sollen um pauschal 300 Euro innerhalb von zwei Jahren angehoben und 100 000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Ein öffentlicher Bankensektor soll dazu dienen, Kredite ohne Gewinn an Unternehmer und Privatpersonen zu vergeben. Alle Privatisierungen der vergangenen Jahre sollen zurückgenommen und die Militärausgaben direkt auf die Hälfte gekürzt werden. Einen weiteren Schwerpunkt der Partei stellen die Demokratisierung der Gesellschaft und die Stärkung der Rechte der Migranten dar. So unterstützte der SYN als einzige Oppositionspartei das kürzlich von der PASOK eingebrachte Gesetz zur Erweiterung der griechischen Staatsbürgerschaft auf Migranten und ihre Kinder und strebt eine weitere Öffnung der Aufenthaltsrechte an. Langfristiges Ziel der Umweltpolitik ist der Umstieg auf regenerative Energien in Griechenland. Die dazu notwendige Infrastruktur soll dezentral und in Einklang mit den Kommunen aufgebaut werden, um auf regionale Belange Rücksicht nehmen zu können.

Bereits jetzt ist SYN im Bereich der sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen engagiert. In den Jahren der ND-Regierung hat der zivile Widerstand gegen Privatisierungen und Umweltzerstörung an Bedeutung gewonnen. Die Kommerzialisierung öffentlicher Räume konnte in einzelnen Fällen verhindert werden, das bekannteste Beispiel ist der Strand von Elliniko, wo die Anwohner ihre Interessen verteidigten und großen Zuspruch in der Gesellschaft fanden. Eine gegenwärtige Initiative ist der Protest gegen die Umleitung des Flusses Acheleos in der Provinz Epirus. Die regelmäßigen Besetzungen von Schulen und Universitäten und generell alle Formen des Jugendprotestes genießen große Sympathie, was dazu führt, dass die anderen Parteien dort eine willkommene Angriffsfläche gegen SYN gefunden haben. Dies war insbesondere während der Ausschreitungen im Dezember 2008 der Fall, als die Generalsekretärin der KKE dem SYN vorwarf, den »Kapuzenträgern« (gewaltbereite Demonstranten, so genannt, weil sie sich verummummen) auf den Rücken zu klopfen, was scharfe Gegenreaktionen hervorrief. SYN war zu diesem Zeitpunkt die einzige parlamentarische Partei, die Verständnis und vereinzelt auch Sympathien für die Proteste zeigte.

Es ist fraglich, ob die grundlegenden strukturellen Probleme des griechischen Staates – die drohende Zahlungsunfähigkeit und der ineffiziente, ausufernde öffentliche Dienst – einfach durch höhere Steuereinnahmen und weitere Einstellungen zu lösen sind. Viele Positionen des SYN entsprechen denen, die in anderen europäischen Linksparteien zu finden sind. Wie jedoch in Griechenland, in dem eine sehr hohe Beschäftigungsrate im öffentlichen Sektor aufgrund der Klientelpolitik der ND und PASOK existiert, ein grundlegend alternatives Modell aufge-

baut werden kann, darüber herrscht Uneinigkeit. Der zukünftige Charakter des Staates kennt schon allein im SYRIZA unterschiedliche Vorstellungen, die von postmaterialistisch-emanzipatorischen bis zu staatssozialistischen Positionen reichen.

Linke Ideen für die europäische Politik

In Griechenland kamen linke Parteien seit 1980 zusammen immer auf über 50 Prozent, wobei sich die Frage nach der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten aufgrund eines Wahlsystems, das die größte Partei bevorzugt, nicht stellte. PASOK näherte sich immer weiter dem europäischen Mainstream an, während die KKE ihrem Dogmatismus auch nach dem Ende der Sowjetunion treu blieb. In diesem Umfeld hat die eurokommunistische Griechische Linke in den 80er Jahren (und später SYN) agieren müssen und dabei viele Bündnisse geschlossen, die häufig hinter den eigenen Erwartungen zurückblieben: 1988 der Zusammenschluss mit der KKE, 1989 eine kurze Regierungsbeteiligung mit der ND, die sich für SYN als katastrophal erwies, das Auswägen von Machtoptionen mit der PASOK, die Sammlung linker Splittergruppen im SYRIZA und die erneute Annäherung an die KKE. Daher lässt sich sagen, dass SYN den reichen theoretischen und praktischen Erfahrungsschatz einer reformkommunistischen Partei einbringen kann. Gleichzeitig steht die Partei wie andere vor offenen Fragen, insbesondere darüber, wohin dieser Prozess letztendlich führen kann und wird.

SYN ist eine der treibenden Kräfte innerhalb der Partei der Europäischen Linken und war Gastgeber des Gründungskongresses. Den Grundkonsens in der EL teilt die Partei ohne größere Probleme, und die Mehrheit ihrer Mitglieder befürwortet das transnationale Engagement. Das Gleiche lässt sich aber nicht von ihren Bündnisparteien sagen.

In SYRIZA sind mehrere euroskeptische Parteien organisiert, darunter die offiziell maoistische Kommunistische Organisation Griechenlands. Das sehr ernüchternde Ergebnis der Europawahlen ist eine Folge der Auseinandersetzungen um den europäischen Kurs des SYN gewesen, da der bisherige Abgeordnete Dimitris Papadimoulis – den Reformern nahestehend und durch seine Arbeit im Europäischen Parlament hochgeachtet – nach einer Wahl durch die Mitglieder des SYN nur auf Platz 3 der Liste gesetzt wurde, hinter Nikos Hountis von der Linken Strömung und einer Vertreterin der KOE. Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen den drei Gruppierungen und weiteren Bündnisparteien, die nicht berücksichtigt wurden, zeichnete SYRIZA ein Bild der Dissonanz und der Intrigen. Die Quittung dafür waren 4,7 Prozent und nur ein Sitz in Europa, nachdem Tsipras vier Sitze als Ziel genannt hatte.

Zwischen ATTAC und SYN gibt es starke personelle Überschneidungen, und beide sind engagiert in griechischen Sozialforen. Maßgeblich waren sie ebenfalls an der Ausrichtung des Europäischen Sozialforums 2006 in Athen beteiligt und

haben kürzlich eine zehnköpfige Delegation zum Weltsozialforum nach Porto Alegre entsandt.

Selbstverständnis und Organisation

Der Name ist im SYN Programm, denn die Partei deckt vom Selbstverständnis her ein großes Spektrum der gegenwärtigen Linken ab. Ihre wichtigsten Träger sind demnach radikal-demokratische, bewegungsorientierte und ökologische Kräfte, die den Kapitalismus überwinden wollen, aber auch andere progressive Menschen im Land, die Demokratie und Selbstbestimmung einfordern. Sie sieht sich nicht als Arbeiterpartei, hat aber wohl ihre Ursprünge auch in der Arbeiterbewegung. Postmaterialistische Werte spielen eine weit größere Rolle als bei anderen Parteien. Dem eigenen Anspruch, ein breites Bündnis der Linken zu bilden, werden sowohl SYN als auch SYRIZA jedoch nicht gerecht werden können, solange sie nur die dritte Kraft in ihrem politischen Lager bleiben. Die erhoffte Ablösung der KKE als drittgrößte Partei hat nicht stattgefunden, zudem stehen sie in den Wahlergebnissen inzwischen hinter dem nationalistischen L.A.O.S. zurück.

SYN versteht sich als pluralistische Partei mit dezentralem Charakter. Die Funktionen sind auf drei Ebenen verteilt, dem Zentralen Politischen Komitee, den Provinz- und den Basisorganisationen. Zu zentralen Fragen werden griechenlandweite Mitgliederentscheide durchgeführt. Was Inhalte betrifft, gelingt im SYN die Konsensfindung durch die üblichen Instrumente wie Arbeitsgruppen und die Möglichkeit, Änderungsanträge für programmatische Entwürfe einzubringen. Schwieriger sieht es in personellen und strategischen Fragen aus.

Nicht nur erlaubt SYN die Bildung von Strömungen, inzwischen wird die Partei vollkommen von ihren beiden großen Fraktionen eingenommen. Über 60 Prozent der Mitglieder stehen der Linken Strömung nahe, etwa 30 Prozent dem Erneuernden Flügel. Daneben sind das Rot-Grüne Netzwerk, das ökologische Positionen betont, und die radikale Initiative für den Linken Wiederaufbau als Zusammenschlüsse organisiert, haben aber keinen nennenswerten Einfluss. Bei innerparteilichen Wahlen ist es für Mitglieder praktisch unmöglich, ohne die Unterstützung entweder der Reformen oder der Linken zu kandidieren.

Von Seiten des Erneuernden Flügels wurde mehrfach kritisiert, dass die Partei linke versucht, die wichtigsten Parteiämter mit ihren Leuten zu besetzen. Am deutlichsten war dies bei der Europawahl und in deren Folge bei der Neubesetzung des Generalsekretärs. In beiden Fällen sahen sich die Reformen in der Defensive. Als Tsipras vor der Parlamentswahl versuchte, sich zum Spitzenkandidaten zu küren, verhinderten sowohl ihr Widerstand als auch Gegenstimmen im SYRIZA dieses Vorhaben.

Die befürchtete Zerreißprobe für das Linksbündnis wurde zunächst aufgeschoben, da das Wahlergebnis über den niedrigen Erwartungen lag, die wichtigsten Kandidaten den Einzug ins Parlament geschafft haben und sich die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der PASOK vorerst nicht mehr stellt. Im Juni 2010 kam

es nach langen internen Differenzen dennoch zum Bruch in der Partei. Der Erneuernde Flügel verließ SYN und leitete den Prozess der Gründung der eigenständigen *Demokratischen Linken* ein. Auch die Debatte um die weitere Entwicklung des SYRIZA wird weitergeführt werden, zumal der Kongress des Bündnisses im November 2009 die Gegensätze zwischen seinen wichtigsten Fraktionen nur verschärfte.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE)

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Nach den beiden großen politischen Blöcken PASOK (350 000 Mitglieder) und *Nea Dimokratia* (370 000 Mitglieder) ist die KKE drittgrößte Partei Griechenlands, gibt jedoch keine genauen Zahlen zu ihrer Anhängerschaft an. Ihre größteliiederschaft hatte sie mit rund 50 000 in den 80er Jahren, gemessen an der Leserschaft der Parteizeitung *Rizospastis* dürfte sich die Zahl derzeit bei über 30.000 bewegen. Obwohl das Parteimilieu weit stärker mit der Arbeiterschaft verbunden ist, als dies bei SYN der Fall ist, haben ihre wichtigen Funktionsträger ebenfalls zum größeren Teil einen universitären Hintergrund. Auf den vorderen Plätzen der Listen zur Parlamentswahl 2009 überwiegen Personen mit einer Festanstellung in der Partei: Lehrer, Rechtsanwälte und Ärzte. Dennoch lässt sich feststellen, dass Arbeiter und Gewerkschafter in den ländlichen Regionen stärker vertreten sind. Von den 21 Parlamentariern sind fünf Frauen. Ihre Berufe verteilen sich wie folgt: drei exklusive Parteifunktionäre, zwei Ärzte, zwei Rechtsanwälte, zwei Beamte in der Verwaltung, zwei in der Landwirtschaft Beschäftigte, zwei Volkswirtschaftler, ein Schauspieler, ein Universitätsprofessor, eine Journalistin, ein Agronom, ein Bauunternehmer, ein Selbstständiger, ein Seemann und eine Verkäuferin.

Die KKE wird seit knapp 20 Jahren von Aleka Papariga geführt, was jedoch an der männlichen Dominanz in der Partei nichts veränderte. Das auf dem Parteitag im Februar 2005 gewählte Zentralkomitee setzte sich aus 77 Mitgliedern zusammen, von denen 14 Frauen sind. Im Politbüro, das die Partei zwischen den Treffen des ZK leitet, saßen elf Mitglieder, darunter zwei Frauen.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

Allen ihr nicht angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen, Parteien und Bewegungen steht die KKE kritisch bis sehr ablehnend gegenüber. Gleichzeitig ist sie, als eine fest etablierte Größe in der griechischen Politik, nicht ausgegrenzt wie kommunistische, insbesondere marxistisch-leninistische, Parteien in anderen Ländern. An der Beerdigung ihres ehemaligen Generalsekretärs Florakis nahmen die höchsten Vertreter des Staates, der Parteien und der Kirche teil. Auf ihren Parteitagen sind *Nea Dimokratia*, PASOK und andere Parteien eingeladen, niemals

aber SYN. Reformkommunistische Parteien, die stärker den Dialog mit der Gesellschaft suchen, gelten als »opportunistisch« und unterstützen nach Meinung der KKE den durch die Oktoberrevolution eingeschlagenen Weg zum Sozialismus nicht.

Die KKE bringt eine Tageszeitung heraus, den *Rizospastis*, deren Sonntagsausgabe im März 2008 eine Auflage von 24 550 hatte. Zu den wichtigen Printmedien gehört ebenso das in mehreren Sprachen erscheinende theoretische Organ des ZK, die *International Communist Review*. Wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus betreibt sie über das Zentrum für Marxistische Forschung in Athen. Daneben unterhält die Partei einen Radiosender und einen Fernsehkanal; in Letzterem laufen auch Werbesendungen. Ihre Jugendorganisation, die Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE), ist sehr eng mit der Partei verknüpft und folgt ihrer Programmatik. Ihre monatliche Zeitschrift ist der *Odigitis*. Im Feld der Gewerkschaften besitzt die KKE ihre eigene Organisation, die *Militante Front aller Arbeiter* (PAME), der nach eigenen Angaben über 410 000 Mitglieder angehören. PAME folgt eng den Leitlinien der Partei und ist eine der wichtigsten Interessenvertretungen der Arbeiter in Griechenland. Ihre Streikaktionen, die bis zur Besetzung von Ministerien reichen, sind häufig medienwirksam inszeniert und vermitteln bewusst ein Bild der Geschlossenheit und Stärke.

Die strategische Ausrichtung der Partei

Zwei große Spaltungen, bei denen stets der dogmatische Flügel in der Partei verblieb, haben eine Partei geschmiedet, die »moskautreu« ist, auch wenn die UdSSR längst nicht mehr existiert. Während andere Kommunisten weltweit nach neuen Wegen suchen, hält die KKE am wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus als der stärksten Waffe des revolutionären Klassenkampfes fest. Kürzlich drückte es Manos Kopsidis, Pressesprecher der KKE bis 2002, so aus: »Für Jahrzehnte behandelte die KKE den Marxismus, und behandelt ihn noch heute, wie ein religiöses Dogma.« Das Geschichtsbild der KKE ist gut ersichtlich aus ihrer Verlautbarung zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution: Die Entwicklung der Sowjetunion bis zur Perestroika wird fast ausnahmslos positiv aufgefasst. Kritik wird durchaus auch für die Zeit vor der Perestroika geäußert, der jedoch ein stark revisionistischer Charakter zugemessen wird. So wird beklagt, dass zu viele Anstrengungen in die Rüstung statt in die Infrastruktur gesteckt wurden. Als bedeutender gilt aber, dass nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 die opportunistischen Tendenzen in der Partei an Einfluss gewannen und das sozialistische System langsam durch kapitalistische Mechanismen geschwächt wurde. Eine besondere Verklärung oder Verurteilung einzelner Parteiführer findet bei der KKE (mit Ausnahme Lenins) nicht statt, es ist vielmehr der Charakter der KPdSU, dem ihre Aufmerksamkeit gilt. Aufgabe und Ziel bleibt es für die KKE, die sozialistische Gesellschaft als Vorstufe des Kommunismus in Griechenland aufzubauen, und zwar in der Form, wie sie bereits in der Sowjetunion existierte.

Für die Wahlen 2009 vertraute die KKE auf die verbreitete Stimmung gegen die großen Parteien und auf Forderungen, die mehrere Kernforderungen enthalten wie z. B: ein Mindestlohn von monatlich 1 300 Euro und Mindestrenten von 1 050 Euro bei einem Rentenalter von 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer (dem Rentenalter der ehemaligen UdSSR), ein Arbeitslosengeld in Höhe von 80 Prozent des Mindestlohns, kostenlose Kinderbetreuung und kostenlose öffentliche Dienste, die 35-Stunden-Woche, ein Steuerfreibetrag von 30 000 Euro für vierköpfige Familien, keine indirekte Besteuerung grundlegender Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel, öffentliche Wohnungsbauprogramme und die Sicherung des Rechts auf Sport, Tourismus und Kultur durch staatliche Angebote. Die KKE hat bisher keine ausgeprägte Umweltpolitik. Sie möchte die Wälder allesamt unter staatliche Aufsicht stellen, eine große Anzahl an Umweltaufsichtsbehörden schaffen und den Emissionshandel beseitigen. An seine Stelle sollen nicht näher genannte Maßnahmen zur Verringerung der tatsächlichen Treibhausemissionen treten.

Wer die KKE erklären will, kommt nicht umhin, über die ideologische Basis der Partei hinauszugehen. Die Überzeugung für die vertretenen Positionen ist tatsächlich genuin, und in der griechischen Gesellschaft ist die Sympathie für den Staatssozialismus wesentlich größer als in anderen Ländern Europas. Aber nicht übersehen werden darf, dass die KKE sich durch ihre Beharrlichkeit und Kompromisslosigkeit auszeichnet und durch ihren weitreichenden Parteiapparat in den vergangenen Jahrzehnten die stärkste Oppositionskraft gegen soziale Einschnitte darstellte. Ihre Wählerschaft speist sich aus vielen politischen Lagern, vor allem jenen, die mit dem »Zweiparteiensystem«, der Abfolge von PASOK und ND an der Regierung, unzufrieden sind – nicht ohne Grund steht jede Wahl unter dem Motto, die Parteien abzustrafen.

Die KKE setzt vor allem auf zentral koordinierte Protestaktionen und Streiks, um gegen Missstände anzukämpfen. PAME ist dabei die größte der ihr angeschlossenen Zusammenschlüsse. Auch im universitären und kulturellen Raum stehen ihr viele Menschen nahe, und Parteibasisorganisationen sind überall dort zu finden, wo mehrere Kommunisten tätig sind. Die institutionelle Festigung gewährleistet ihr einen beständigen Einfluss in der griechischen Gesellschaft und eine wesentlich größere Kernwählerschaft als der SYN. So machten bei der KKE 80 Prozent ihrer Wähler von 2007 auch bei den Parlamentswahlen 2009 ihr Kreuz bei den Kommunisten, im Falle des SYN waren es nur 55 Prozent.

Linke Ideen für die europäische Politik

Die KKE steht in vollkommener Opposition zur EU, die als imperialistisches Konstrukt angesehen wird. Aus diesem Grund steht sie auch in großer Distanz zur Europäischen Linkspartei und ihren Mitgliedern, denen sie vorwirft, in diesem Rahmen zu handeln. Die Frage, ob die KKE durch ihre Partizipation nicht selbst die EU als Bestandteil der heutigen kapitalistischen Realität und damit als Handlungsfeld akzeptiert, stellt sie sich nicht. Ihr letzter Europawahlkampf lief regel-

mäßig unter der Parole, die Unterstützung der KKE diene dazu, mit der EU und den anderen Parteien abzurechnen. Die einzige Alternative zur bestehenden Einbindung Griechenlands unter das Kapital und den Imperialismus in Form von EU und NATO sei die Bildung einer antimonopolistischen, antiimperialistischen, demokratischen Kampffront unter Führung der KKE, um den Klassen der Gesellschaft eine Perspektive zu geben. Aus beiden großen Organisationen würde Griechenland sofort austreten. Nur durch die Befreiung von diesen Konstrukten des Imperialismus könne der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf nationaler Ebene erfolgen.

Einige Politiker der KKE gehen so weit, ihre Kritik des Westens mit nationalistischen Positionen zu verbinden, allen voran die Journalistin und Parlamentarierin Liana Kanelli. Sie ist Herausgeberin der Zeitschrift *Nemesis*, die Sprachrohr für diese Tendenzen ist.

Selbstverständnis und Organisation

Die KKE hatte sich inzwischen auf dem 15. Parteitag 1996 ein neues Programm gegeben, das bis heute gilt. Ihrem Selbstverständnis nach ist die Partei eine revolutionäre Organisation und Avantgarde der Arbeiterklasse geblieben. In den Statuten der Partei ist die Organisation nach den Grundsätzen des Demokratischen Zentralismus festgeschrieben. Wichtige programmatische Beschlüsse werden entweder vom Zentralkomitee – eher noch dem Politbüro – oder den alle fünf Jahre stattfindenden Parteitagungen getroffen. Fraktionsbildungen sind nicht erlaubt, und die regionalen Gliederungen haben kaum Möglichkeiten, eigenes Material zu veröffentlichen, werden jedoch großzügig mit Materialien aus der Parteizentrale bedient.

Die KKE lehnt es ab, den derzeitigen Kapitalismus mit dem Wort Neoliberalismus zu beschreiben. Für sie ist der Imperialismus nach Definition Lenins das Endstadium der kapitalistischen Entwicklung, in dem wir uns bis heute befinden. Auch die Globalisierung ist demnach ein Moment der imperialistischen Entwicklung. Der Übergang zum Sozialismus, der 1917 begann, ist noch immer im Prozess begriffen, wenn auch durch die Konterrevolution eine Schlacht verloren wurde. Daher haben ideologische Diskussionen in der Partei auch wenig Platz – schließlich wurde der Charakter des Systems bereits von Lenin analysiert. Die Sprache der Partei ist deshalb in ihren Verlautbarungen sehr monoton und bedient sich eines Begriffsvokabulars, das in der Linken inzwischen als nicht mehr zeitgemäß gilt. Große Anstrengungen setzt die KKE auf die Pflege ihrer eigenen Parteigeschichte und die positive Interpretation des Staatssozialismus.

Mitglieder haben verschiedene Pflichten, z. B. die Partei an ihrem Arbeitsplatz zu repräsentieren, an den Treffen der Basisorganisationen teilzunehmen, ihre Beschlüsse und die der oberen Gremien ungeachtet der eigenen Meinung umzusetzen und die Verbreitung der Parteizeitung und anderer Medien zu steigern. Zudem sollen sie sich im Marxismus-Leninismus schulen und die Theorie gegen linke

und rechte Abweichler und die Bourgeoisie verteidigen. Dass die Praxis dennoch anders aussieht, sollte nicht verwundern. Die Basisorganisationen kümmern sich vor allem um die Organisation von Veranstaltungen, Plakataktionen, Koordinierung mit den angeschlossenen Verbänden und um den regelmäßigen Widerstand gegen Regierungsmaßnahmen.

Höchste Stimmenanteile KKE und SYRIZA

Partei	Präfektur	Prozente
KKE	Samos	17,86 Prozent
	Lesbos	14,10 Prozent
	B'Piräus	12,86 Prozent
SYRIZA	A'Athen	7,97 Prozent
	B'Athen	7,40 Prozent
	A'Piräus	5,84 Prozent

Niedrigste Stimmenanteile KKE und SYRIZA

Partei	Präfektur	Prozente
KKE	Rodopi	2,51 Prozent
	Xanthi	2,75 Prozent
	Evritania	3,24 Prozent
SYRIZA	Evros	2,09 Prozent
	Evritania	2,27 Prozent
	Kilkis	2,49 Prozent

Die aktuelle Krise

Gegenwärtig sieht sich Griechenland mit einem enormen Haushaltsdefizit und Staatsschulden konfrontiert, deren Ausmaß über Jahre verschleiert wurde und die nun mit einer Wucht zurückschlagen, dass der gesamte Euroraum in eine Daseinskrise gebracht wird. Die PASOK-Regierung musste faktisch einen Teil der griechischen Souveränität abgeben, um die weitere Finanzierung des Staates zu gewährleisten. Derzeit hat der Prozess heftiger sozialer Einschnitte erst begonnen, und gepaart mit mäßigen Konjunkturaussichten stehen dem Land schwierige Jahre bevor.

Es verwundert nicht, dass sowohl KKE als auch SYN sich eindeutig gegen die Maßnahmen wehren, die von EU und IWF diktiert wurden. Beide Parteien haben massiv an den jüngsten Protesten mitgewirkt, überwiegend in Form von Demonstrationen. Dabei gelang der KKE mit dem Ausrollen von Bannern auf dem Akropolis-Hügel eine besonders aufsehenerregende Aktion. Linke und Kommunisten lehnen die Ausübung von Gewalt gleichermaßen ab und haben sich von den Demonstranten distanziert, deren Brandanschlag zum Tod dreier Menschen führte. Die KKE sieht eine »Stunde der Entscheidung« gekommen und fordert die Menschen dazu auf, gegen die Plutokratie in den Widerstand zu treten, wozu ihre Organisationen die einzig sinnvolle Front bieten würden. Ihr jüngster Aufruf endet mit den Worten: »Komm mit uns auf den großen Marsch bis zur endgültigen Überwindung des kapitalistischen Jochs. Um es effektiv zu bekämpfen, müssen wir stärker werden. Gebt Kraft für die Kraft der Zukunft, der KKE.«

Für den SYN ist die Flucht zum IWF eine unentschuldbare Handlung der Regierung. Sie habe mit den Maßnahmen, die allesamt dem Wahlprogramm der PASOK widersprechen, ihr demokratisches Mandat verloren. Kredite sollte Griechenland einzig durch die EZB beziehen; die europäischen Verträge sollten dementsprechend neu verhandelt werden. Anstelle des Stabilitätspakts soll ein Pakt für sozialen Schutz, Sicherung menschenwürdiger Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung treten. Strategisch will die Partei mit anderen Organisationen und Institutionen weiteren Protest ausrichten und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Probleme durch Solidarität mit den Betroffenen vor Ort und durch größere Informationskampagnen schärfen.

Spitzenpolitikern der PASOK schwebt für die Zukunft das skandinavische Modell mit griechischer Prägung vor, dessen Umsetzung auch nur in Teilen derzeit jedoch in weite Ferne gerückt ist. Sowohl Papandreuou als auch Vizepremier Pangalos haben sich entsprechend geäußert. Inwiefern dieses Modell unter den Sozialisten jemals umgesetzt werden kann, ist zweifelhaft, aber zumindest haben sie inmitten der Krise eine Zukunftsvision formuliert. KKE und SYN hingegen verteidigen momentan im Wesentlichen die Errungenschaften des alten Systems, was angesichts der vielen Menschen, die durch dessen Niedergang negativ betroffen sind, verständlich ist. Jedoch haben sie Schwierigkeiten, selbst einen alternativen Gesellschaftsentwurf anzubieten. Die Gründe dafür liegen im Fall des SYN teilweise in inhaltlichen Differenzen, mehr noch aber daran, dass die Partei sich selbst nicht offen für eine Revolution aussprechen kann, die für die Verwirklichung ihrer Programme letztlich notwendig wäre. Dazu ist die Lage in Griechenland zurzeit noch zu stabil, zumal die Regierung trotz aller Widerstände noch immer überwiegend positiv beurteilt wird. Die KKE ist auch in den revolutionären Elementen der griechischen Gesellschaft nicht einflussreich genug, um einen von ihr kontrollierten Volksaufstand bis zum Ende durchzuführen. Umfragen vom Mai 2010 sehen die KKE bei 7,1 Prozent und SYRIZA bei 4 Prozent, also nicht stärker als bei den letzten Parlamentswahlen. Auch die PASOK liegt gerade mal bei

28 Prozent, damit aber immer noch weit vor der ND, die auf 18,5 Prozent kommt. Den größten Anteil haben derzeit mit 31 Prozent die unentschlossenen Wähler.

Literatur

Grundsatzdokumente des SYN/SYRIZA

- SYN: Programmatikes Katevthyseis [Programmatische Richtungen], Athen 2003.
- SYN: Katastatiko tou Synaspismou tis Aristeras ton Kinimaton kai tis Oikologias [Satzung der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie], Athen 2005.
- SYN: I Politiki Apofasi tou Iou Synedriou tou SYN [Politischer Beschluss des 1. Kongresses des SYN], Athen 1992.
- SYRIZA: O SYRIZA kai i politiki sygkyria [SYRIZA und die politischen Umstände] Athen 2008.

Grundsatzdokumente der KKE

- KKE: To Programma tou KKE [Das Programm der KKE], Athen 1996.
- KKE: To Katastatiko tou KKE [Die Satzung der KKE], Athen 1996.
- KKE: Diakirysi tis Kentrikis Epitropis tou KKE gia ta 90 chronia tis Oktobrianis Sosialistikis Epanastasis [Verlautbarung des ZK der KKE zum 90. Jahrestag der sozialistischen Oktoberrevolution, Athen 2007.
- KKE: Apofasi tou 18ou Synedriou tou KKE gia to Sosialismo [Beschluss des 18. Parteitag des KKE zum Sozialismus], Athen 2009

Sekundärliteratur

- Nikos Marantzidis: To KKE meta to 1991: Apo ton proletariako diethnismo ston ethnolaikismo [Die KKE nach 1991: Vom proletarischen Internationalismus zum Volkspopulismus], in: G. Konstantinidis/N. Marantzidis/T. S. Pappas (Hg.): Kommata kai politiki stin Ellada – Oi sygchrones exelixeis, EKDOSEIS KRITIKI, Athen 2009, S. 259-270.
- Alexandros Bistis/Vasilis Fillipos: Analsi tis Ereunas tou 5ou Synedriou tou SYN [Analyse der Studie zum 5. Parteitag des SYN], in: Aygi, Ausgabe vom 13. Juli 2008.
- Myrto Tsakatika/Giorgos Xezonakis/Alexandros Bistis: Ananeosi politiku prosopiku kai metaylistikes axes ston SYN [Erneuerung des politischen Personals und postmaterialistische Werte im SYN], in: Konstantinidis/Marantzidis/Pappas (Hg.): Kommata kai politiki stin Ellada, S. 271-306.

Zur aktuellen Politik

- Hier ist an erster Stelle die Tageszeitung Eleutherotypia (<http://www.enet.gr/>) zu nennen, in der täglich über SYN und KKE und häufig auch über die Splitterparteien berichtet wird und die mit exzellenten Kommentaren und Analysen zur griechischen Linken aufwarten kann. Darüber hinaus berichten die PASOK-nahen Zeitungen TO BIMA (<http://www.enet.gr/>) und ETHNOS (www.tovima.gr/) ausführlich über die das linke Politikspektrum. Die Materialien von SYN und KKE zur Parlamentswahl 2009 wurden ebenfalls zu Rate gezogen.

Quellen für die Wahlergebnisse und Statistiken

Griechisches Innenministerium: <http://eklogesypes.gr/pages/index.html>

Meinungsforschungsinstitut VPRC: http://www.vprc.gr/uplds/File/vouleytikosProzent20eklogesProzent202009/Graphs_VoteAnalysis_WeightedBasedOnFinalResults.pdf

Die AKEL in Zypern

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Die Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL – *Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou*) ist Zyperns größte Partei, sowohl an ihrer Mitgliederzahl als auch an ihren Wahlergebnissen gemessen. Der berufliche Hintergrund ihrer Aktivistinnen konzentriert sich auf Arbeiter und Angestellte. 850 der 1 336 Delegierten des letzten Parteitages im November 2005 entstammten dieser Gruppe; 26 waren Bauern, 201 Selbstständige, 190 Rentner, 11 Studenten, 57 Hausfrauen und nur einer war arbeitslos.

Frauen sind in der Partei und ihren Gremien unterrepräsentiert. Sie machten mit 204 Delegierten weniger als 20 Prozent aus und stellen gerade einmal 15 der 105 Mitglieder im Zentralkomitee. Erstmals wurde 2005 eine Frau in das Politbüro gewählt. In der Gesamtmitgliedschaft ist ihr Anteil höher, da in vielen linken Familien jede Generation in die Partei eintritt. Aufgrund traditioneller Rollenverteilungen sind aber vor allem Männer politisch aktiv. Dieser Umstand wird von Funktionären kritisch gesehen, da die AKEL seit ihrer Gründung im Jahr 1941 Frauenrechte propagiert. Mit dem Frauenverband POGO, der seit 1996 organisatorisch eigenständig ist, bestehen Strukturen, um eine größere Einbindung zu erreichen. Der Verband hat über 10 000 Mitglieder, von denen nur ein geringer Teil auch in der Partei aktiv ist. Frauenquoten stehen für die AKEL nicht zur Debatte.

Menschen nicht-zyprischer Nationalität treten nur vereinzelt in die AKEL ein. Zwar weist Zypern eine hohe Zahl von Arbeitsmigranten auf, doch bleiben viele von ihnen nur für einige Jahre, zumal ihre Aufenthaltsgenehmigungen befristet sind. Versuche zur Integration in die Gesellschaft finden nicht statt, und eine zweite Generation von Einwanderern existiert noch nicht. Die Anstrengungen der AKEL in Bezug auf Migranten liegen im Bereich der gewerkschaftlichen Organisation.

Mitgliedschaften in der Partei halten in der Regel sehr lange. Nachwuchsprobleme bestehen nicht, die meisten Funktionäre der Partei sind aber, wie in europäischen Parteien üblich, über 40 Jahre alt. Unter den Delegierten sah die Verteilung auf dem letzten Parteitag folgendermaßen aus: 85 von ihnen waren bis 30 Jahre alt, 196 im Alter zwischen 31 und 40, 415 im Alter zwischen 41 und 50, 313 im Alter zwischen 51 und 60 und 327 über 61 Jahre alt. Der Bildungsgrad ist weit gefächert, 304 Delegierte hatten das Äquivalent eines Hauptschulabschlusses, 505 das eines Realschulabschlusses und 527 Abitur oder einen Studienabschluss.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

In den letzten beiden Wahlen ist die AKEL als größte Partei ins Parlament eingezogen. Neben der konservativen Demokratischen Versammlung (DISY) ist sie einer der beiden politischen Blöcke, die das Inselleben seit der türkischen Invasion bestimmen. Ihre Verankerung auf Zypern reicht bis in die 40er Jahre zurück, als in der AKEL eine Öffnung zur Massenpartei erfolgte. Seitdem kann sie auf die feste Unterstützung etwa eines Drittels der zyprischen Bevölkerung zählen. Sie ist keine Milieu- oder Klientelpartei; ihre Anhänger sind in allen sozialen Klassen zu finden, wenn auch ihr Einfluss am stärksten unter den abhängig Beschäftigten ist.

Die zyprische Mittelschicht, in die Selbstständige, Angestellte und Wissenschaftler fallen, teilt sich etwa gleich zwischen den politischen Lagern auf. Unter den Selbstständigen sind es vor allem die Ladenbesitzer, die zur Kernanhängerschaft der AKEL zählen. Unter den Beschäftigten des weitreichenden öffentlichen Sektors Zyperns ist die DISY stärker, was darauf zurückzuführen ist, dass Kommunisten dort in den 60er Jahren kaum eingestellt wurden. Diese Politik wirkt bis heute nach, da die offenen Stellen häufig aufgrund von Beziehungen vergeben werden.

Unterstützung erfährt die AKEL auch von Menschen, die zwar nicht links sozialisiert wurden, aber die Position der Kommunisten im Zypernkonflikt befürworten. Deutlich wurde dies während der Präsidentenwahl 2008, in der die Konfliktlösung im Mittelpunkt stand – Außenpolitik und Verhandlungen mit dem Inselnorden sind eine Domäne des Präsidenten – und Dimitris Christofias in der zweiten Runde mit 53,4 Prozent in das Amt gewählt wurde. Zudem ist sie die einzige Partei Zyperns, die im besetzten Inselnorden Anhänger hat.

Ein Gefälle zwischen Stadt und Land ist vorhanden, aber nicht sehr groß. In vielen Dörfern ist die AKEL nicht erste Partei, sie hat aber gerade im Umland der Städte eine starke Verankerung. Diese wurde historisch dadurch erreicht, dass viele Arbeiter tagsüber in den wenigen Industriezentren der Insel arbeiteten und abends zu ihren Familien in ihre Dörfer zurückkehrten.

Innerhalb der zyprischen Linken versteht sich die Partei als der politische Wegweiser. Damit setzt sie Vorgaben für die sogenannte Volksbewegung (*Laiko Kinima*), die ihr angeschlossenen Verbände und Organisationen, die weite Teile der Gesellschaft erschließen. Dazu zählt an erster Stelle die Panzyprische Arbeiterföderation (PEO – *Pankypria Ergatiki Omospondia*), ein gewerkschaftlicher Dachverband. Er besteht unter diesem Namen seit 1941 und ist mit 80 000 Mitgliedern die größte Organisation der Arbeitervertretung. Zudem gibt es über die PEO hinaus in den Fachgewerkschaften linke Vereinigungen.

Die der AKEL nahestehende Vereinigte demokratische Jugendorganisation (EDON) ist der mit Abstand größte Jugendverband seiner Art auf Zypern. Im Gegensatz zu anderen Jugendverbänden entspricht er in seinen Aktionen sehr viel stärker einer Massenorganisation. Die Aktionen der EDON zielen schon auf

Kleinkinder und sind dazu gedacht, Werte wie Solidarität und Toleranz zu vermitteln. Die von ihr getragenen Veranstaltungen umfassen z. B. Ausflüge, Camps und Sportwettbewerbe, aber auch Darbietungen von Musik-, Theater- und Tanzgruppen. In den Wahlen der Schulgremien erreichen Vertreter der EDON stets die absolute Mehrheit, auf den Universitäten erlangen sie bei Wahlen über 40 Prozent.

Weiterhin unterhält die AKEL eine Gewerkschaft für Bauern und Landwirte, EKA, die über 10 000 Mitglieder hat, und steht dem bereits erwähnten Frauenverband POGO nahe. Nennenswerte soziale Bewegungen und linke Organisationen, die ihren Ursprung nicht in der AKEL haben, gibt es auf Zypern nicht.

Vertretungen der Linken, entweder der AKEL oder ihr nahestehender Verbände, gibt es in fast jedem Dorf. Viele Einrichtungen des täglichen Lebens verstehen sich als links, ob es nun Sportvereine, Cafés oder ganze Betriebe sind. Aktiv sind ihre Mitglieder auch in den lokalen Kirchengremien, die für die Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens zuständig sind. Bei den Wahlen zur Besetzung von Kirchenämtern, bei denen die Öffentlichkeit begrenzte Mitsprache hat, gibt die Partei ebenfalls Empfehlungen aus. Derzeit gibt es einen Ortsverband, der von einem Popen geführt wird. Insgesamt steht die Kirche den Konservativen trotzdem sehr viel näher.

Die Förderung von Intellektuellen und Künstlern ist eine der Grundlagen, auf die die bestehende kulturelle Hegemonie der Linken auf Zypern zurückzuführen ist. Viele bekannte Namen der Künstlerszene sind aus einem lokalen Kulturverein der Linken hervorgegangen. In diesen lokalen Kulturvereinen wird vor allem Theater, Dichtung, Malerei und Musik vermittelt und gelehrt. Der Parteivorstand unterhält ein Büro für Kultur, das vor den Wahlen 2008 seine Nützlichkeit bewies, als es unter den Künstlern viel Unterstützung für Dimitris Christofias organisieren konnte. Das Verhältnis zwischen Partei und Intellektuellen wird deshalb als für beide Seiten vorteilhaft angesehen.

Die strategische Ausrichtung der Partei

Um die Situation zu verstehen, dass eine kommunistische Partei an der Spitze der Regierung Zyperns steht, bedarf es eines Blickes in die Inselgeschichte. Die AKEL verstand sich seit ihrer Gründung 1941 als antikolonialistisch. Die Befreiung der Insel von der britischen Herrschaft bedurfte der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen und wechselnden Bündnissen. Zwischen 1931 und 1941 arbeiteten die zyprischen Kommunisten im Untergrund. Im Zweiten Weltkrieg rief die gerade zugelassene AKEL ihre Landsleute dazu auf, in die britische Armee einzutreten, um für die Befreiung Griechenlands zu kämpfen, in der Hoffnung, dass die Briten nach dem Krieg diese Hilfe honorieren würden. Als das Kolonialregime bestehen blieb, führte die AKEL den friedlichen, aber entschlossenen Widerstand für ein Jahrzehnt an. In dieser Zeit trat sie für ein unabhängiges

Zypern und die Einbeziehung von Griechen und Türken in den neuen Staat ein. 1949 übernahm Ezekias Ioannou die Parteiführung und behielt sie bis zu seinem Tod 1988 inne. Unter ihm blieb die Partei der UdSSR und ihrer Sozialismuskonzeption treu.

1955 begannen nationalistische griechische Kräfte, von Georgios Grivas in der Nationalen Organisation zypriotischer Kämpfer (EOKA) organisiert, einen bewaffneten Aufstand, um den Anschluss Zyperns an Griechenland zu erreichen. Die Kolonialbehörden nutzten die Destabilisierung der Lage, um die AKEL zu verbieten, obwohl sie weder Mittel noch Ziele der EOKA teilte. Vier Jahre später wurde sie im Zuge des Zürich-Londoner Abkommens, das den Übergang in die Unabhängigkeit regelte, wieder zugelassen. Die Vereinbarung legte die Basis für die Unabhängigkeit, was die Kommunisten begrüßten. Allerdings forderten die Beibehaltung der britischen Militärbasen, ein semi-präsidentielles Regierungssystem und Interventionsrechte für das Vereinigte Königreich, Griechenland und die Türkei ihren Widerspruch heraus. In den ersten Präsidentschaftswahlen bildete sich die Politik der AKEL heraus, den progressivsten der »bourgeoisien« Kandidaten zu unterstützen, bis 1974 war dies Erzbischof Makarios. Drei Jahre nach der Unabhängigkeit flammten die ethnischen Konflikte auf, und die Türken zogen sich aus der gemeinsamen Regierung zurück.

Nach dem Putsch in Griechenland unterstützte das dortige Obristenregime 1967 den Aufbau einer zweiten paramilitärischen Organisation, der sogenannten EOKA B, auf Zypern, die dazu überging, Kommunisten zu ermorden. Im Norden der Insel taten nationalistische Türken das Gleiche. Die Lage eskalierte 1974, als die EOKA putschte und fünf Tage später die Türkei auf der Insel einfiel. Tausende Mitglieder der AKEL wurden durch das faschistische Regime interniert, und viele starben im Zuge der Kampfhandlungen. Obwohl im Insel Süden wieder eine demokratische Regierung aufgestellt wurde, zogen sich die türkischen Soldaten nicht zurück und vollendeten mit ihrer Besatzung die Teilung der Insel.

Diese historische Entwicklung der Partei führte zur Ausprägung mehrerer Charakteristika, die bis heute nachwirken:

- Die Subkultur der Partei war von Arbeits- und Befreiungskämpfen geprägt. Von Beginn an setzte die Führung auf die Bildung von Klassenbewusstsein unter der arbeitenden Bevölkerung.

- Die Verfolgung ihrer Führungskader und Parteiverbote führten dazu, dass ein strikter demokratischer Zentralismus bis hin zum Personenkult aufrechterhalten werden musste, um die Disziplin unter den Mitgliedern zu gewährleisten.

- Der Kampf gegen den britischen Kolonialismus war ein treibender Faktor in der Partei. Ihren Anti-Imperialismus definierte sie nach sowjetischer Terminologie, verbündete sich aber häufig mit anderen »progressiven« Kräften auf der Insel, um ihre Unabhängigkeit zu erreichen und später zu gewährleisten. Die UdSSR wiederum akzeptierte diesen Kurs, da mit einem Systemwechsel aufgrund der komplizierten Lage nicht zu rechnen war.

- Auch wenn die Partei den griechischen Nationalismus der Rechten bekämpfte, durfte sie angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit ihrer Wähler Griechen waren, nie zu stark von der Mehrheitsmeinung in dieser Frage abweichen und passte ihr eigenes Konzept eines zypriischen Nationalismus entsprechend an.

Relativ spät gelang der AKEL der Einzug in die Regierung, was an Vorbehalten der anderen Parteien lag, aber auch an eigenen strategischen Erwägungen. 2004 machte sie ihre Unterstützung für die Präsidentschaftskandidatur der gemäßigt nationalistischen Demokratischen Partei (DIKO) erstmals von einer Regierungsbeteiligung abhängig und war damit erfolgreich. Als Präsident Tassos Papadopoulos 2007 ankündigte, erneut für die Wahl anzutreten und damit eine gemeinsame Vereinbarung brach, tat Christofias es ihm gleich und wurde der erste Präsidentschaftskandidat seiner Partei. Koalitionspartner war neben der DIKO bis zum Februar 2010 die Sozialdemokratische Bewegung (EDEK). Schwierigkeiten ergeben sich in der Regierung vor allem in der Bewertung der Frage, wie die Lösung des Zypernkonflikts aussehen soll, was auch der Grund für das Zerwürfnis mit der EDEK darstellt. Zur Rechten bestehen große Differenzen aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der, aus Sicht der AKEL bestehenden, historischen Kontinuität der EOKA und Nationalisten, die von DISY vertreten wird.

Unmittelbares Ziel der AKEL bleibt die friedliche Lösung des Zypernkonfliktes. Weiterhin sieht sie ihre Rolle darin, die Interessen der Werktätigen zu vertreten. Das Regierungsprogramm des Präsidenten bewegt sich im Rahmen des Kapitalismus. Die AKEL ist aber in den vergangenen fünf Jahren auch eine Partei geblieben, die aufgrund ihrer starken Position keine Kompromisse schließen musste, die ihr Selbstverständnis infrage gestellt hätten. Ein Systemwechsel wird nur in einem vereinten Zypern überhaupt als Möglichkeit gesehen und würde voraussetzen, dass auch andere Länder Europas sich vom Kapitalismus lösen.

In der Regierung sah sich die AKEL direkt mit den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise konfrontiert. Zwar war der heimische Bankensektor kaum von der Finanzkrise betroffen, da er vorsichtig wirtschaftete und eine hohe Kreditdeckung aufwies. Den Einbrüchen im Tourismus und in der Bauwirtschaft, beides Sektoren, die vom ausländischen Geldfluss leben, wirkte die Regierung mit Maßnahmen entgegen, die 300 Millionen Euro umfassen und über 1,5 Prozent des BIP entsprechen. Davon entfallen 51 Millionen Euro auf die Subventionierung des Touristikbereiches, während 245 Millionen Euro für staatliche Bauprojekte, überwiegend im sozialen Wohnungsbau, und für Darlehen an einkommensschwache Familien vorgesehen sind. Damit wird ein doppelter Effekt erreicht: das Ankurbeln der Wirtschaft und die Bereitstellung günstiger Wohnungen.

Der Lebensstandard auf der Insel ist hoch, und der finanzielle Spielraum ist groß genug, dass durch Erhöhung der Sozialleistungen die dringendsten Probleme gelöst werden können. Bis 2012 hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, die Armut auf Zypern zu beseitigen, was bedeuten würde, dass niemand mit weniger als 420 Euro im Monat auskommen muss.

Mittelfristig zieht die AKEL einen Umbau des Gesundheitssektors in Betracht, um die Qualität der öffentlichen Versorgung zu steigern und die gleichwertige Behandlung unabhängig vom Einkommen sicherzustellen. Konkrete Pläne gibt es in der Regierung jedoch noch keine. Andere dringende Probleme, die im ersten Regierungsjahr angegangen wurden, stellen eine Besonderheit Zyperns dar: der Wassermangel und die Überwindung nationalistischer Tendenzen in der Bildung.

Als ihren Verdienst sieht die AKEL an, dass der Neoliberalismus in Zypern nie größeren Einfluss erringen konnte. Selbst in den 90er Jahren, als die DISY mit Glafkos Klerides den Präsidenten stellte, war zumindest die PEO in der Position, soziale Errungenschaften zu verteidigen. Dabei half, dass der konservative Gewerkschaftsbund in dieser Zeit nicht bereit war, nur als verlängerter Arm des Präsidenten zu agieren.

Die AKEL veröffentlicht regelmäßig Analysen zum gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus, übt scharfe Kritik vor allem an den USA und übt Solidarität mit linken Bewegungen in der Welt. Die kommunistische Symbolik auf Parteitag und in der Öffentlichkeit ist im Vergleich zu den 80er Jahren zurückhaltender, aber noch vorhanden.

Linke Ideen für die europäische Politik

Ihre wechselhafte Geschichte hat die AKEL zu einer Partei gemacht, wie sie in der europäischen Linken einzigartig ist. Zu fragen wäre, ob dies einzig an den besonderen Umständen auf Zypern liegt oder ob die AKEL auch darüber hinaus allgemeingültige Erfahrungen gemacht hat, die der europäischen Linken in Zukunft helfen könnten, ihr eigenes Profil zu stärken.

Der Beschluss, die Mitgliedschaft Zyperns in der EU zu unterstützen, fiel auf dem 18. Parteitag 1995 nach einer langen internen Debatte und keineswegs einstimmig – rund ein Drittel der Delegierten stimmte dagegen. Vorangegangen war eine realistische Neuausrichtung der Partei, da mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Bedeutungsverlust der Bewegung Blockfreier Staaten wichtige Verbündete weggefallen waren. Das Politbüro-Mitglied Stavros Evangorou beschrieb die Situation rückblickend folgendermaßen: »Die EU war unser einziger potentieller Verbündeter zur Lösung des Zypernproblems. Einige andere kommunistische Parteien sagten uns, dass die EU das Europa des Kapitals ist. Okay, ich weiß, dass es das Europa des Kapitals ist. Zeigt mir etwas anderes, etwas Besseres. Da ist niemand – es gibt nichts Besseres.« (Vgl. Dunphy/Bale, 298)

Diese Haltung ist in der Partei bis heute vorherrschend. Die Realität gebietet eine Zusammenarbeit mit der EU, und so zeigt sich die AKEL auf den meisten Politikfeldern sehr kooperativ. Den EU-Reformvertrag griff sie scharf an und stimmte im Parlament gegen ihn, aber nur, da die Mehrheit für den Vertrag durch ihre Koalitionspartner und die konservative Opposition gesichert war. Zwar ver-

sucht die AKEL im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, das »andere Europa« zu gestalten. Diese Möglichkeiten sind aber sehr begrenzt, weshalb sie den Schwerpunkt ihres Handelns darauf legt, dass die EU sich stärker in der Lösung des Zypernkonflikts engagiert und entsprechend Druck auf die Türkei ausübt.

Aufgrund der sanfteren Kapitalismuskritik, die durch die Sozialforen und *Attac* geübt wird, sieht man die altermondialistische Bewegung nicht als primären Verbündeten. Von der Europäischen Linken unterscheidet sich die AKEL am stärksten in der historischen Bewertung des Kommunismus und der staatssozialistischen Systeme. Doch auch wenn sie weiter starke Beziehungen zu traditionellen kommunistischen Parteien wie der griechischen KKE und der KP Kubas pflegt, steht sie in ihren gegenwärtigen Politikentwürfen auch abseits der Regierungsarbeit den reformierten Parteien wesentlich näher.

Selbstverständnis und Organisation

Die AKEL versteht sich als Repräsentantin der arbeitenden Bevölkerung und ist innerhalb der europäischen Linken sicherlich die Partei, in der dieser Anspruch am weitesten erfüllt wird.

Das grundlegende Sozialismuskonzept der Partei stammt aus dem Jahr 1990 und beinhaltet eine positive Wertung des Marxismus-Leninismus. Ein Teil der Parlamentarier und Mitglieder verließ damals die AKEL, ohne sich jedoch langfristig erfolgreich in anderen Parteien etablieren zu können.

Seitdem hat sich für die Partei nicht die Notwendigkeit einer theoretischen Neuausrichtung ergeben. So hielt auch der letzte Parteitag 2005 begrifflich am Marxismus-Leninismus und wissenschaftlichen Sozialismus als Methode fest. Anders als im Fall der griechischen KKE wird die gegenwärtig Entwicklung des Kapitalismus aber nicht entsprechend der Lenin'schen Imperialismustheorie aufgefasst. Zudem wird von den Mitgliedern keine ideologische Schulung verlangt. Die Selbstdarstellung der Partei erfolgt seit den 90er Jahren vor allem unter dem Banner »AKEL – Linke – Neue Kräfte« und zielt darauf, Menschen anzusprechen und für die Partei zu gewinnen, die keine Kommunisten sind.

Ein sektiererischer Umgang mit der Theorie war aber zu keinem Zeitpunkt in der AKEL vorherrschend. Das Urteil von Christopher Brewin von der Keele University trifft den Kern des Selbstverständnisses: Die Beibehaltung der kommunistischen Identität, die Feiern zum 1. Mai und zur Oktoberrevolution entspringen nicht einfach einem nostalgischen Klammern an vergangene Zeiten oder dienen dazu, die eigenen Wähler bei der Stange zu halten, indem der Traum an eine bessere Zukunft aufrechterhalten wird. Beides spielt sicher eine Rolle. Aber vor allem erfüllt das Festhalten an der Kontinuität des Kommunismus eine grundlegende, fast existentielle Funktion: der Partei eine gesamtzyprische Zielsetzung zu geben, und keine hellenozentrische.

Die Statuten der AKEL entsprechen denen einer Kaderpartei. Wichtigstes Organ ist der Parteitag, der alle fünf Jahre zusammentritt und programmatische sowie personelle Entscheidungen trifft. Auf ihm wird das Zentralkomitee gewählt, wobei das Vorschlagsrecht für Kandidaten bei den Basisorganisationen liegt, eine Listenaufstellung aber durch ein separates Gremium erfolgt. Aus den Reihen des ZK werden das Politbüro und der Generalsekretär gewählt, die zwischen den Parteitagen die Geschäfte führen. Weitere Parteikongresse werden regelmäßig einberufen, wenn Parlamentswahlen anstehen oder Personalfragen zu klären sind, so 2008, als Dimitris Christofias aufgrund seiner Verpflichtungen nach 20 Jahren vom Parteivorsitz zurücktrat.

Parteinterne Fraktionsbildungen sind offiziell nicht erlaubt. Da die Parteimitglieder aber aus verschiedenen Milieus stammen, vertreten sie ein breites Feld der politischen Linken. Sowohl glühende Kommunisten als auch pragmatische Technokraten prägen die alltägliche Debatte in der Partei. Dabei spielt auch unter den Mitgliedern die Zypernfrage eine wesentlich gewichtigere Rolle als die Sozial- und Finanzpolitik. Die Anstrengungen der Parteispitze gelten derzeit vor allem der Unterstützung des nicht unumstrittenen Engagements des Präsidenten in den Verhandlungen mit der türkischen Seite, die auch von der Basis eingefordert wird. Für theoretische Differenzen und Kritik bieten eher die Zeitschriften und weiteren Publikationen der AKEL Raum.

In der Regel wird darauf vertraut, dass zwischen den Parteitagen in den zentralen Fragen bereits ein Konsens gefunden wird, so dass die Delegierten nur die Vorschläge absegnen müssen, die ihnen vorliegen. Aber auch die höchsten Gremien sind sich nicht immer einig: Andros Kyprianou setzte sich mit 57 zu 48 Stimmen im Zentralkomitee recht knapp gegen den Mitbewerber Nikos Katsouridis als neuer Generalsekretär durch. Größere Erschütterungen sind für die AKEL in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Es ist nach der Wahl von Dervis Eroglu, einem Mitglied der rechtsgerichteten Nationalen Einheitspartei (UBP), unwahrscheinlich, dass der nächste Parteitag Ende 2010 in der Perspektive eines vereinten Zypern stattfindet und die türkische Besatzung zu einem schnellen Ende kommt. Sie selbst wird sich aber spätestens am Ende der jetzigen Regierung daran messen, ob ihr anti-kolonialer Kampf nach über 80 Jahren ein erfolgreiches Ende gefunden hat. Einen weiteren Antritt für das Amt des Präsidenten hat Christofias bereits davon abhängig gemacht.

Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen 2008

Kandidat	Christofias (AKEL)	Papadopoulos (DIKO)	Kasoulides (DISY)
befähigt, den Zypernkonflikt zu lösen	28 Prozent	32 Prozent	24 Prozent
ist im Ausland akzeptiert	26 Prozent	27 Prozent	31 Prozent
ist nah am Volk	46 Prozent	23 Prozent	17 Prozent
befähigt für innenpolitische Probleme	34 Prozent	30 Prozent	24 Prozent
befähigt für soziale Probleme	35 Prozent	27 Prozent	23 Prozent
ist dynamisch	30 Prozent	32 Prozent	21 Prozent
befähigt für wirtschaftliche Probleme	29 Prozent	31 Prozent	24 Prozent
ist ehrlich	31 Prozent	28 Prozent	21 Prozent
wird sein Wahlprogramm verfolgen	28 Prozent	26 Prozent	20 Prozent
versteht die Probleme der Jugend	33 Prozent	23 Prozent	25 Prozent

Literatur

Dokumente und Selbstdarstellungen der AKEL

- AKEL: AKEL – To Komma tou Ergazomenou laou [AKEL – Die Partei des Werktätigen Volkes], Nikosia 1976.
- AKEL: 17. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta [17. Parteitag der AKEL, Beschlüsse und andere Dokumente], Nikosia 1990.
- AKEL: 18. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 1995.
- AKEL: 19. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 2001.
- AKEL: 20. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 2006.
- AKEL: Katastatiko tou AKEL [Satzung der AKEL], Nikosia 1990.
- AKEL: I diki mas antilipsi gia ton sozialismo [Unsere Wahrnehmung des Sozialismus], Nikosia 1990.
- Ausgaben des Neos Dimokratis [Neuer Demokrat], theoretisches Organ des Zentralkomitees der AKEL.
- Informationen auf den Webseiten <http://www.edon.org.cy/>, <http://www.peo.org.cy/> und <http://www.pogo.org.cy/>.

Sekundärliteratur

- Tzermias, Pavlos: Geschichte der Republik Zypern, Tübingen 2004.
- Bale, Tim/Dunphy, Richard: Red Flag still flying? Explaining AKEL – Cyprus's Communist Anomaly, in: Party Politics, Vol. 13, S. 287-304, London 2007.
- Brewin, Christopher: The European Union and Cyprus, Huntingdon 2000.
- Papadakis, Yiannis/Peristianis, Nicos/Welz, Gisela (Hg.): Divided Cyprus: Modernity, History, and an Island in Conflict, Bloomington 2006.

Zur aktuellen Politik

Angaben der Haravgi (<http://www.haravgi.com.cy/>) und Cyprus Mail (<http://www.cyprus-mail.com/>).

Interviews im Oktober 2010

- Giannakis Colokasidis, Mitglied im Politbüro des ZK der AKEL.
- Konstantinos Stylianou, Organisationssekretär der EDON.
- Mitglieder des Ortsverband der AKEL Nikosia im Anschluss an eine programmatische Sitzung.

Quellen für die Wahlergebnisse und Statistiken

Zyprisches Presse- und Informationsbüro: <http://www.ekloges.pio.gov.cy/>

Meinungsforschungsinstitut Public Issue: www.publicissue.gr/wp-content/uploads/2008/02/cpcs14_12008.pdf

Die Linke in Bulgarien

Die politische Lage in Bulgarien

Die Republik Bulgarien ist seit 2007 Mitglied der EU und – was Wirtschaftskraft und soziale Lage betrifft – dort, etwa gleichauf mit Rumänien, das Schlusslicht. Der östliche Balkanstaat existiert in der neueren Geschichte seit 1878. Vorher gehörte das Territorium rund 500 Jahre lang als eine der inneren Provinzen zum Osmanischen Reich. Von 1944 bis 1990 war die Volksrepublik Bulgarien ein Land des real existierenden Sozialismus, Gründungsmitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW; Comecon) sowie des Warschauer Vertrages. Nicht ausschließliche, aber dominante Regierungspartei war in dieser Zeit die Kommunistische Partei Bulgariens (BKP), an deren Spitze von 1954 bis 1989 Todor Živkov¹ stand. Statistisch und von der Mehrheit der Bulgaren heute auch noch gefühlt sind diese Jahrzehnte die wirtschaftlich und sozialpolitisch erfolgreichsten des bulgarischen Volkes gewesen.²

Die Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Parlamentarismus seit 1990 ist in Bulgarien, was das Parteiensystem und die Regierungsverhältnisse betrifft, durch Instabilität und jähe Wendungen geprägt. Bei den jüngsten Parlamentswahlen am 5. Juli 2009 bekam das Land seinen elften Ministerpräsidenten (seit dem 3. Februar 1990). Der jetzige, Boiko Borisov, ist erst neun Monate im Amt. Und es wurden nie bei einer Parlamentswahl die unmittelbar vorangegangene Kabinettskoalition oder die Person des Premiers wiedergewählt. Fünf Mal hat es ein Kabinett unter Führung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) gegeben; drei Mal mit einem eigenen, zwei Mal mit einem parteilosen Ministerpräsidenten.³ Die BSP war 1989/90 aus der Kommunistischen Partei Bulgariens hervorge-

1 Todor Živkov (1911 – 1998), vom 4. März 1954 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 10. November 1989 bulgarischer Staatschef und erster Mann der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP). Kurz nach der Wende unter der Ägide eines seiner zuvor engsten Vertrauten Petăr Mladenov (Ex-Außenminister) inhaftiert, 1992 wegen Amtsmissbrauchs und persönlicher Bereicherung zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, aus Altersgründen nur in Hausarrest, 1996 in einem Revisionsprozess freigesprochen. Hat mit Blick auf seine Amtszeit immer beteuert: »Ich habe alles angeordnet, ich übernehme für alles die Verantwortung.«

2 Leider findet das lediglich in der Fachliteratur Erwähnung. In der gängigen »westlichen« politischen Lesart ist vor allem von kommunistischer Diktatur die Rede, und bestenfalls existiert Ignoranz. Noch vor einem Jahr gab es bei de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien für diese 46 Jahre VRB keinen eigenständigen Artikel! Auf 3.3. Fürstentum und Königreich Bulgarien folgte 3.4. Bulgarien nach der Wende; abgerufen am 13.2.2009). Erst seit Kurzem folgt auf 3.3 ein 3.4 Sozialistische Ära – Volksrepublik Bulgarien. Doch unter de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_Bulgarien findet man auch derzeit noch lediglich fünf Zeilen; abgerufen am 16.3.2010.

3 Andrej Lukanov (3.2.1990 bis 7.12. 1990), Žan Videnov (25.1.1995 bis 13.2.1997), Sergej Stanišev (17.8.2005 bis 27.7.2009).

gangen. Sie ist organisatorisch, strukturell und vom Einfluss her die mit Abstand bedeutendste linke Kraft im Land.

Exemplarisch für das hartnäckige Wechselwahlverhalten in Bulgarien sind die Parlamentswahlen vom 5. Juli 2009. Deutlicher Sieger wurde die erst 2006 entstandene Partei *Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens* (GERB) mit 39,7 Prozent. Sie ist eine an ihrem Gründer und Führungsmann, dem ehemaligen Sofioter Bürgermeister Boiko Borisov und derzeitigen Premierminister, orientierte populistische Partei und, dem bürgerlich-demokratischen Spektrum gemäß, als Mitte-Rechts einzuordnen. Die bisher den Ministerpräsidenten stellende BSP bekam nur noch 17,7 Prozent (2005: 31 Prozent). Das ist ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis seit 1990. Der Wahlausgang von 2009 verdeutlicht erstens eine klare Abwendung der Wählerinnen und Wähler vom bisherigen, linksdominierten Regierungsbündnis und zweitens eine abermalige jähe Richtungsänderung ihrer sowohl ideologischen als auch »intuitiven« Präferenzen.

Gemessen am üblichen westeuropäischen Wahlverhalten hätte bei solch einer Kehrtwende innerhalb von vier Jahren von einer Sensation gesprochen werden können. Doch für Bulgarien handelte es sich genau genommen um ein mehrfaches wahlpolitisches Déjà-vu-Erlebnis. So wie die bulgarischen Wähler 2009 die regierende linke BSP abstrafte, hatten sie es beispielsweise bei den Parlamentswahlen 2001 mit der bis dato regierenden rechts-bürgerlichen *Union Demokratischer Kräfte* (SDS) getan (von 52,3 Prozent 1997 auf 18,2 Prozent). Und wie 2009 der GERB hatten die Wähler 2001 der erst kurz zuvor gegründeten *Nationalen Bewegung Simeon II.* (NDSV) mit 42,7 Prozent ihre Gunst geschenkt; der Ex-Zar Simeon Saksoburgotski war damals – wie 2009 GERB-Chef Borisov sozusagen von Null auf Hundert – zum Premierminister gemacht worden. Doch er wurde dann auch bereits 2005 wieder ins zweite Glied zurückgestuft – laut Wahlanalysen von den fast gleichen Wählergruppen, die ihn zuvor so gepusht hatten. Stattdessen kamen 2005 wieder einmal die Sozialisten, diesmal mit Premier Sergej Stanišev, ans Ruder. Und dann also 2009 die neuerliche Kehrtwendung zu der ebenfalls erstmals zu Parlamentswahlen angetretenen Partei GERB.⁴

Wie gegenläufig dieses Wechselwählerverhalten allein der vergangenen acht Jahre ist, sei hier auch noch mal beispielhaft an den Personalien dreier wichtiger Führungsleute angedeutet: Der konservative, rechtsliberale Simeon Saksoburgotski (2001 gewählt), 1943 als Sechsjähriger zum Zaren Simeon II. von Sachsen-Coburg und Gotha ernannt, war 1996 aus dem spanischen Exil zurückgekehrt. Der Sozialist Sergej Stanišev (2005 gewählt), ein in der Ukraine geborener Sohn einer russischen Mutter, galt als junger Vorzeigekader der 1989 zur BSP gewendeten Mehrheit der einstigen BKP. Der konservative Populist Boiko Borisov (2009

4 GERB regiert mit einem Einparteien-Minderheitskabinett (39,7 Prozent der Wählerstimmen, mit 116 Direktmandaten von 240 Sitzen). Es gibt Unterstützungs- bzw. Tolerierungsvereinbarungen mit drei kleineren rechten Fraktionen: der ultra-nationalistischen Ataka (9,4 Prozent; 21 Sitze), der Blauen Koalition (SDS/DSB – 6,8 Prozent; 15 Sitze) sowie der Partei Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit (RSS – 4,1 Prozent; 10 Sitze).

gewählt) ist ein schillernder Auf- und Seiteneinsteiger, der einst der kommunistischen Regierung zur Zeit der VRB im Sicherheitsapparat ebenso zu Diensten war wie später – als nunmehr ausgewiesener Antikommunist – der Regierung Sakschoburgotski.⁵

Parlamentswahlen in Bulgarien 2005 und 2009

Partei / Koalition	Prozente		Abgeordnete	
	2009	2005	2009	2005
GERB	39,72		116 (90+26)	
Koalition für Bulgarien	17,70	30,95	40	82
DPS	14,45	12,81	38 (33+5)	34
Ataka	9,36	8,14	21	21
Blaue Koalition	6,76	14,12	15	37
RSS	4,13		10	
NDSW	19,88		53	
BNS	5,19		13	

Wahlbeteiligung: 2009: 60,4 Prozent (4,23 Millionen), 2005: 54,3 Prozent (3,7 Millionen)

Wahlen zu den 240 Parlamentssitzen hatten (seit 1991) nach dem reinen Verhältniswahlrecht mit Vier-Prozent-Hürde stattgefunden. 2009 wurde in 31 Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Die Mandate werden nach Proportional verteilt, wobei das d'Hondt-Verfahren angewandt wird.

GERB: Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens

Koalition für Bulgarien: Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) und einige linke Splitterparteien

DPS: Bewegung für Rechte und Freiheiten (»Partei der bulgarischen Türken«)

Ataka: Nationale Bewegung Ataka

Blaue Koalition: Union demokratischer Kräfte (SDS), Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB)

RSS: Partei für Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit

NDSW: Nationale Bewegung Simeon II.

BNS: Bulgarische Volksunion

Bereits im Frühjahr 2010, also neun Monate nach den Parlamentswahlen, begann die Opposition unter Führung der BSP vorgezogene Neuwahlen in die Debatte zu bringen. BSP-Ex-Innenminister Rumen Petkov postulierte sogar, dass die regierende GERB »am meisten an Neuwahlen interessiert ist, da ihr sonst ein politi-

5 Michael Müller: Populisten ohne Programm. Eine Analyse der politischen Situation Bulgariens, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009/09, in: <http://www.rosalux.de/index.php?id=19691>, abgerufen am 10.4.2010. Grigor Lilov: Geheimprojekt Boiko Borisov, Sofia 2010, brosch. (blg.).

sches Desaster droht«⁶. Etwa zeitgleich hatte Premier Borisov für sich 18 Monate reklamiert, um die dringlichsten Probleme Bulgariens auf den Weg der Lösung bringen zu können.

Eines der Wahlversprechen von GERB war, konsequent gegen Korruption vorzugehen (was in der bulgarischen Öffentlichkeit immer gut ankommt, indes auch sehr schnell von keinem mehr geglaubt wird). Allerdings versuchte man sich in sehr populistischer Art und Weise öffentlich weniger an der nationalen wie internationalen Wirtschafts- und Finanzmafia, sondern direkt an der vergangenen Regierung abzuarbeiten. So ist seit Ende März 2010 bei der Staatsanwaltschaft Sofia auf Veranlassung der Regierung Borisov gegen Verantwortliche aus 13 Ministerien des ehemaligen Stanišev-Kabinetts (darunter Minister und deren Stellvertreter) ein Untersuchungsverfahren anhängig. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, zwischen 2007 und 2009 rund 150 Verträge über etwa zwei Milliarden Lewa ohne die nötige finanzielle Sicherung aus dem Staatshaushalt abgeschlossen zu haben.⁷

Und auch dies gehört zur weiteren Skandalisierung der gegenwärtigen politischen Lage im Land: Laut Politikwissenschaftler Prof. Antoni Todorov übernimmt GERB immer unverhohlener die extrem nationalistischen Lösungen der Partei *Ataka*, die als entscheidende parlamentarische Kraft die GERB-Mehrheit verbindlich unterstützt. Bei GERB sei es zwar noch ein »weicher Nationalismus«, meint Todorov, doch man habe es längerfristig auf die Wählerschichten von *Ataka* abgesehen. Bei denen handele es sich auch um radikale, Jagd auf Türken und Roma machende Nationalisten, aber in allererster Linie sind es »Leute, die ihre Arbeit und ihren sozialen Status während und nach der Wende verloren haben und dafür Vergeltung suchen«. Diese Leute skandieren »Bulgarien den Bulgaren!«, ohne zu bedenken, dass eben diese in Bulgarien lebenden Türken und Roma die größten Verlierer der Wende sind.⁸

Linke Parteien, Gruppierungen, weiteres linkes Potential

In Bulgarien wurden seit 1990 fast 200 politische Parteien registriert. Etwa ein Viertel davon ist zumindest nicht direkt rechts oder Mitte, wäre also – um in dieser groben Einteilung zu bleiben – links orientiert. Die meisten dieser Parteien, ob rechts, links oder sonst wo, sind allerdings Parteien, die von Personen für Personen, für sich selbst oder andere interessierte Personengruppen gegründet wurden. Und zwar weniger zu einem hehren demokratisch-parlamentarischen Zweck, sondern zu diesem: irgendwo in den Kreisen oder Bezirken, am besten natürlich ins Parlament gewählt zu werden, um die weitreichenden geradezu immunisierenden

6 In: Nowijat Glas vom 24. März 2010.

7 In: Duma vom 13. März 2010.

8 In: Duma vom 18. März 2010.

Privilegien zu genießen, die das bulgarische Parteien- sowie Wahlgesetz Abgeordneten aller Ebenen zubilligt.⁹

Stärkste und einflussreichste linke politische Partei ist die *Bulgarische Sozialistische Partei* (BSP). Sie hat heute nach eigenen Angaben noch über 120 000 Mitglieder, was einem Rückgang von rund 40 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre entspricht. Parlamentarisch ist sie derzeit die stärkste Oppositionspartei (mit 41 von 240 Sitzen). Inhaltlich gesehen hat die BSP (Programm von 2008) eine Ausrichtung, die dem Hamburger Programm der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD; 2007) vergleichbar ist. Praktisch-politisch verhielt und verhält sie sich ebenso rechtswendig-neoliberal wie die SPD. Innerhalb des europäischen Spektrums der Sozialistischen Internationale, der sie angehört, ist die BSP als weit rechts außen zu charakterisieren.

Die BSP ist 1989/90 nicht nur direkt aus der *Kommunistischen Partei Bulgariens* (BKP) hervorgegangen, sondern setzte sich auch an die Spitze des sogenannten Transformationsprozesses – nunmehr allerdings umbenannt sowie schnell vom Marxismus/Leninismus, der nun Stalinismus hieß, abgekehrt; dies weitgehend mit dem gleichen Führungspersonal wie zu Zeiten der Volksdemokratie. Diese Wende vollzog sich in Bulgarien ohne eine wirklich nennenswerte und länger andauernde innere Opposition oder gar druckvolle Demonstrationen.¹⁰

Im Wesentlichen handelte es sich faktisch um eine schlichte pragmatische Politikänderung der bislang herrschenden politischen Klasse (den Vorgängen in Rumänien nicht unähnlich, allerdings weitaus gemäßigter und ohne Blutvergießen). Der jahrzehntelange BKP-Parteichef Todor Živkov wurde (vergleichbar mit der SED-Palastrevolte und dem Wechsel von Erich Honecker zu Egon Krenz am 18. Oktober 1989) am 10. November 1989 zum Rücktritt gezwungen und durch Petăr Mladenov aus der engsten Führungsriege in Živkovs Politbüro des ZK der BKP ersetzt. Die BKP gab ihren in der Verfassung verankerten Führungsanspruch auf und sprach sich für die Errichtung eines »demokratischen, gesetzestreuen Staates« aus. Und sie gewann als erste Ex-KP in einem ehemals sozialistischen Staat bei den ersten Nachwende-Parlamentswahlen Mitte 1990 mit 211 von 400 Sitzen die absolute Mehrheit.

Die eklatante Wahlniederlage von 2009 verschärfte erneut die innerparteiliche Debatte über den weiteren politischen Kurs der Partei. Vorerst setzte sich die

9 Im Kern ist solches Vorgehen dem in westlichen Ländern nicht unähnlich, in der Erscheinungsform ist es gröber, durchsichtiger als westlicher Filz von Politik, Lobbyismus, Wirtschaft und Börse. Allerdings auch weniger effektiv. Man denke allein in Deutschland nur an die Milliardenkorruptionsskandale der letzten Jahre um Siemens, VW, MAN oder gerade jetzt um Daimler.

10 Es gab in den letzten Jahren vor 1989 in der VRB lediglich Unruhen im Zusammenhang mit der staatlich verordneten Bulgarisierung türkischer Namen von 1984 bis 1989. Nach einigen sogar tödlich verlaufenen Bombenattentaten (Plowdiw, Warna) setzte sich allerdings im Untergrund die gemäßigte »Türkische Nationale Befreiungsbewegung Bulgariens« durch, die zu passivem Widerstand aufrief. Dies war die einzige nennenswerte gegen den sozialistischen Staat gerichtete Daueraktion, die indes ob der antitürkischen Haltung weiter Kreise der ethnisch bulgarischen Bevölkerung keinerlei politische Massenbasis fand. Siehe unter anderem: Das erste Loch in Richtung Westen, in: Neues Deutschland vom 25. Mai 2009.

breite Mitte durch. Will heißen: Es bleibt programmatisch und personell wie gehabt; Ex-Premier und Wahlverlierer Sergej Stanišev wurde als Parteichef am 18. Oktober 2009 mit 455 von 779 Stimmen wiedergewählt. Die Ursachen der Wahniederlage wurden und werden vor allem bei den beiden ehemaligen kleineren Koalitionspartnern verortet. Deren halblegaler und korrupter Dunstkreis hätte sich über die Dreier-Regierungskoalition gelegt und vor allem deren Führerin, eben die BSP, in schlechtestem Licht vor der Öffentlichkeit erscheinen lassen.¹¹

Die eigentlichen Ursachen des Vertrauensverlustes liegen indes tiefer. Zum Ersten hat sich das gesamte Parteiensystem Bulgariens für die meisten Bürger völlig unglaublich gemacht, wegen – so die allgemeine Meinung – Unfähigkeit, Klientelwirtschaft und persönlicher Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft. Zum Zweiten wird die sich weiterhin links und sozial gebende BSP sogar maßgeblich mit diesen Gebrechen in Verbindung gebracht. Mit dem Übergang von der kommunistischen Staatspartei zur gewendeten sozialistisch-sozialdemokratischen BSP ging nämlich auch ein Großteil des sozialistischen Staatseigentums im In- und Ausland in die persönliche Verfügungsgewalt zahlreicher führender und mittlerer BSP-Kader über (und später an deren politische Zöglinge oder Kinder). Auch die Führungsschicht der zweiten Generation der BSP ist – laut derzeitiger öffentlicher Meinung in Bulgarien – eher eine Kaste denn ein wirklich links zu nennendes Personal. Wobei anzumerken ist: Die BSP-Leute waren nach der Wende in Bulgarien nicht etwa schlimmer als andere, die die Plätze an der Sonne suchten. Nur, sie waren in einer günstigeren, offenbar auch langfristig vorbereiteten Ausgangsposition.¹²

Hinzu kommt bei der BSP das bisherige Fehlen wirklich zukunftsorientierter Projekte. Man wird auch jetzt, also angesichts des populistischen, ja krawallartigen nationalen Mitte-Rechts-Rucks seit den Parlamentswahlen 2009 den Eindruck nicht los, dass die Führungsschicht, die ihre Privilegien in 20 Jahren freiheitlich-demokratischer Selbstbedienung am Staat massiv und fundamental hat ausbauen können, lediglich überwintern will – damit ihr dann ein möglichst schmerzhafter Misserfolg der jetzigen GERB-Regierung (ob zu Lasten der Menschen oder nicht, ist kaum von Interesse) bei kommenden Wahlen wieder einen Erfolg beschert. Eine Strategie, die übrigens, schaut man auf das langmütige Wechselwahlverhalten der bulgarischen Wähler seit 1990, nicht ganz zu Unrecht für erfolgreich gehalten wird.

11 Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), auch als Partei der bulgarischen Türken bekannt, und die Nationale Bewegung für Stabilität und Aufschwung (NDSV) des Ex-Zaren Simeon Saksoburggotski.

12 Der Kampf um die Sicherung alter und den Ausbau neuer Pfründe nahm ab 1989 zusehends mafiöse Formen an. Ein blutiger Höhepunkt war die Ermordung von Andrej Lukanow (58) am 2. Oktober 1996 auf offener Straße vor seinem Haus, erster Nachwende-Premier (3.2. bis 7.12.1990), in der VRB seit 1973 Minister für Außenhandel, Vize-Premier, ab 1979 Kandidat des Politbüros des ZK der BKP. Er hatte mit Rückendeckung Gorbatschows maßgeblich den Sturz Živkovs im Herbst 1989 betrieben. Vor seiner Ermordung hatte er öffentlich gedroht, sein Wissen über Firmengeflechte und den Ausverkauf Bulgariens offenzulegen.

Die BSP hat mit der *Duma* eine überregionale Tageszeitung, die im April 1990 aus *Rabotničesko Delo*, dem Zentralorgan der BKP zu Zeiten der Volksrepublik Bulgarien, hervorgegangen ist. Im Untertitel heißt sie »Linke Zeitung«. Sie ist an Kiosken sowie im Abonnement erhältlich, von der Auflage her (etwa 30 000) vor allem den bulgarischen Blättern westeuropäischer Konzernmütter (24 *Časa*, *Standard* usw.) allerdings weit unterlegen.

Seit 2006 versucht sich verstärkt, ein linker BSP-Flügel zu profilieren.¹³ Als dessen Übervater gilt immer noch der inzwischen 78-jährige Aleksander Lilov. Für ehrliche, neue linke Kräfte im Land dürfte er indes kaum noch eine Identifikationsmöglichkeit bieten, denn er wirkt längst als traditionalistische Gallionsfigur.¹⁴ Nach der Wahlniederlage 2009 witterte dieser linke Flügel (um Janaki Stoilov, Pavel Pisarev, Dimităr Genčev, Krasimir Premjanov, Tatjana Dontčeva u. a.) Morgenluft. Er drängte auf Neuwahl der Parteitagsdelegierten für einen Sonderparteitag, wollte so Parteichef und Ex-Premier Stanišev ablösen und, wie die Losung hieß, »die Partei von innen erneuern«.

Doch daraus wurde in der Hauptsache bisher nichts. Der planmäßige Parteitag bestätigte Stanišev im Herbst 2009 im Amt. Der nächste ordentliche Parteitag ist für Mitte Oktober 2010 einberufen. »Ich hänge nicht am Führungsposten, werde mich aber auch nicht aus der Verantwortung stehlen«, kündigte Stanišev Anfang Mai 2010 nach dem entsprechenden Vorstandsbeschluss an. Die bisherigen Funktionsträger der BSP konnten sich weitgehend behaupten. Wenn eine Erneuerung »von innen« aber tatsächlich stattfinden sollte, dann käme sie – meinen in Bulgarien nicht nur viele Außenstehende, sondern auch viele BSP-Mitglieder an der Basis – zuallerletzt von »oben«. Besagte Funktionsträger hätten zu viel zu verlieren: innerparteilich, aber auch bezüglich ihrer privaten Netzwerke, in denen es etliche für bulgarische Verhältnisse im Wirtschafts- und Unternehmerbereich oder als Spekulant nicht nur zu Wohlhabenheit, sondern zu echtem Neureichtum gebracht haben.

Ob ihrer oben geschilderten Verfasstheit gibt es natürlich in der BSP seit Gründung Fraktionskämpfe und Abspaltungen; eigennützige wie ehrliche, alle allerdings so gut wie einflusslos. Den Namen Bulgarische Kommunistische Partei (oder dessen leichte Abwandlung) benutzten seit 1990 neun Parteien. Eine davon, die wohl mitgliederstärkste, unter Leitung von Alexander Paunov, gehörte bei den Parlamentswahlen 2009 zur von der BSP geführten »Koalition für Bulgarien«.

13 Im Unterschied etwa zum linken Forum Demokratische Linke 21 (ehemals Frankfurter Kreis) der SPD, dem sowohl mehrere Parteivorstandsposten als auch Parlamentsmandate zugestanden werden, wird der linke Flügel der BSP von der derzeitigen rechten Führung direkt bekämpft.

14 Aleksander Lilov war als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP (für Ideologie) lange der zweite Mann nach Živkov. Und zwar mit allem Schwulst der Zeit; ein ideologiekitschiges Kleinod ist sein Aufsatz zum 100. Geburtstag Georgi Dimitroffs (in: *Nowo Wreme*, Heft 6, Juni 1982). Der eloquente Typ war politisch (und wohl auch persönlich) mit Živkovs Tochter Ljudmila Živkova (1942–1981; Kulturministerin) liiert. Nicht lange danach fiel Lilov bei Živkov in Ungnade und wurde in politische Provinz geschickt. Er verschaffte sich 1989 die Aura eines Dissidenten und übernahm die Parteispitze der BSP. 1991 erklärte er dann den damals 32-jährigen Žan Videnov (Premierminister 25.1.1995 bis 13.2.1997) zu seinem Nachfolger.

Die Wählerstimmen auch dieser nennenswerten BKP bewegen sich im Promillebereich. Sie gibt alle 14 Tage die Zeitung *Rabotničeski Vestnik* heraus. Eine andere ist die Partei der bulgarischen Kommunisten, die von Vasil Kolarov und Minčo Minčev angeführt wird. Sie wiederum war 2009 Mitglied des Wahlbündnisses »Bulgarische Linke Koalition«. Auch ihre Stimmen lagen im Promillebereich. Seriöse Mitgliederzahlen sind hier wie dort nicht zu erhalten. Zu den sozialdemokratischen Abspaltungen der BKP gehört u. a. die Partei der bulgarischen Sozialdemokraten, die assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas ist, sowie die Politische Bewegung der Sozialdemokraten, die bei der Sozialistischen Internationale einen Beobachterstatus innehat.

Sowohl in den kommunistischen wie sozialdemokratischen Fällen handelt es sich um kleine und kleinste Kreise, so dass das häufig mahnende Analysewort von der hemmenden »Zersplitterung der bulgarischen Linken« ad absurdum geführt wird. Selbst eine organisatorische Aufhebung solcherart Zersplitterung ergäbe wohl noch kein großes Ganzes.

Eine interessantere und vor allem zukunftsversprechende Gründung scheint da die Bulgarische Linke (BL) zu sein, die sich 2009 im April, also noch vor der BSP-Wahlpleite, um die ehemaligen linken BSP-Kader bzw. Parlamentsabgeordneten Ilija Božinov, Klara Marinova, Bojan Kirkov, Petko Todorov und Ivan Genov bildete. Zur Gründungsversammlung in Sofia waren etwa 500 Personen gekommen. Die Mitgliederzahl dürfte die 10 000 noch nicht übertroffen haben. Die BL war innerhalb des linken Splitterbündnisses »Bulgarische Linke Koalition« 2009 auch noch zu den Parlamentswahlen 2009 angetreten, allerdings verständlicherweise ohne nennenswerten Erfolg.¹⁵ Sie ist jetzt dabei, regionale Strukturen auf- bzw. auszubauen.

Das Gründungspapier der BL zählt Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu den positiven Veränderungen der Wende seit 1989, betont aber gleichzeitig, dass Bulgarien in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen »um Jahrzehnte zurückgeworfen« worden sei. Deshalb stelle die BL »den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung« und eine Abkehr von der »neoliberalen Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der BSP« ins Zentrum ihres politischen Wirkens. Aufgelistet werden Forderungen nach Erhöhung von Mindestlöhnen sowie -renten, nach Abschaffung des unter der BSP-Regierung eingeführten Steuersatzes, der Einkommen der ärmsten wie reichsten Haushalte mit zehn Prozent gleich veranlagt, Wiedereinführung steuerfreier Niedrigeinkommen, Umverteilung von Militärausgaben auf Infrastrukturmaßnahmen usw.¹⁶ Die BL ist nicht gegen die EU-Mitgliedschaft Bulgariens, wohl aber für eine weitere Demokratisierung und stärkere soziale Ausrichtung der EU.

15 Die BL reihte sich nach den Wahlen von 2009 auch sogleich in die Reihe derer ein, die sich von der Wahl betrogen sahen. Sie selbst sah sich nicht bei 0,2 sondern bei 1,2 Prozent. Über ein Prozent hätte bedeutet, dass die Partei staatliche Parteienfinanzierung erhalten hätte.

16 In: *Sega* vom 6. April 2009, auch in: *Junge Welt* vom 5. August 2009.

Sehr dezidiert formulierte Ivan Genov, einer der drei Co-Vorsitzenden der BL, im Frühjahr 2010 die sicherheits- und außenpolitischen Ansätze.¹⁷ Die BL sei dabei, ein Bündnis mit Bürgerorganisationen zu schmieden, um im Land ein »Referendum über Frieden und Krieg« durchzuführen. Genov nennt nach einer ausführlichen politischen Analyse fünf Punkte, auf die das Referendum abzielen und mit denen möglichst breite Kreise angesprochen werden sollen:

- Gegen ausländische Militärstützpunkte in Bulgarien und für vorfristige Kündigung des Stationierungsvertrages mit den USA (der am 28. April 2006 vom BSP-Premier Stanišev geschlossen wurde).

- Gegen die Stationierung von Raketenabwehrsystemen (der USA) in Bulgarien, für einheitliche und gleiche Sicherheit für alle Länder.

- Gegen die Teilnahme Bulgariens an militärischen Auslandseinsätzen, für unverzüglichen Abzug des bulgarischen Kontingents aus Afghanistan.

- Gegen eine NATO-Mitgliedschaft Bulgariens, für ein europäisches System der kollektiven Sicherheit und Verteidigung.

- Gegen die Militarisierung der EU, für eine friedliche und gewaltfreie EU.

In ihrer Argumentation für ein solches Referendum versucht die BL, an populäre Vorstellungen und Gefühle in der bulgarischen Bevölkerung anzuknüpfen, so mit dem Hinweis, dass es vor den jetzigen US-amerikanischen »in der gesamten bisherigen Geschichte des Dritten Bulgarischen Staates niemals ausländische Stützpunkte gegeben hat«. Oder mit der Anknüpfung an die traditionelle bulgarische Russophilie: Die Absicht, Raketenabwehrsysteme zu stationieren, sei »eine verdeckte Aktion gegen Russland«, Bulgarien würde so zu einer »Speerspitze gegen Russland«, die Bulgaren sollten sich so »wie die Tschechen« gegen die Stationierung stark machen, die BL fühle sich in dieser Sicht eins »mit der Bürgeröffentlichkeit sowie mit den nationalen Organisationen und Foren »Russophile«, »Bulgarien – Russland«, »Slawischer Verband in Bulgarien«.¹⁸

An dieser Stelle ist eine Bemerkung zu den bulgarisch-russischen Beziehungen am Platz. Die BL wagt sich da am deutlichsten zu einer Pro-Haltung vor, und die entspricht nach wie vor durchaus dem Gefühl breiter Bevölkerungsschichten in Bulgarien. Auch die BSP – namentlich ihr Ex-Premier Stanišev, aber auch ihr derzeitiger Staatspräsident Georgi Pärvanov – bemühte und bemüht sich um gute Beziehungen wie um gut Wetter in dieser Frage. Dennoch dominierte und dominiert seit 1990 praktisch-politisch – und zwar mit oder ohne BSP-Premier oder -Präsident – 1990 eine deutliche Westpräferenz. Die dahinter steckende ideologische Position verdeutlichte beispielsweise Ex-Präsident Želju Želev (Union Demokratischer Kräfte – SDS) kürzlich wie folgt: Die bulgarische Affinität zu Russland (Rusofilstwo) habe »historisch immer eine verhängnisvolle Rolle gespielt«. Bis auf zwei Mal: »beim Russisch-Türkischen Krieg 1877 – 1878, aus dem Bulgarien

17 »Wir brauchen ein Referendum über Frieden und Krieg«, ganzseitiger Aufsatz in: Duma vom 25. März 2010.

18 Ebenda.

als der neuzeitliche Staat hervorging, sowie bei Perestroika und Glasnost Gorbatschows, die auch für Bulgarien den Weg zur sanften Revolution eröffneten«¹⁹.

Diese These ist zwar historisch einseitig und deshalb falsch, außerdem ist sie ideologisch borniert. Sie wird aber dennoch im heutigen Bulgarien alltäglich in wechselnden Gewändern über die Medien dem Volk präsentiert. Und vor allem wird sie in gleicher Alltäglichkeit von einer anderen ebenso einseitigen, falschen, bornierten These flankiert: dass nämlich der Segen fürs Land allein von der EU und den USA komme und deshalb in der Westzuwendung und in der Ostabwendung die Zukunft liege.²⁰ Wie ahistorisch und völkerpsychologisch verdreht diese These ist, zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die christlich-orthodoxe oder slawische, vor allem islamische, Kulturgeschichte dieser Region sowie deren gesellschaftliche Reflexion im Denken und Fühlen der heutigen Bulgaren.

Die BL ist seit dem 28. September 2010 offizielle Mitgliedschaft der Europäischen Linkspartei. Einige Gründungsaktivisten verweisen als BL-Vorbild gern auf die Entstehung sowie die gesellschaftliche Rolle der Partei *Die Linke* in Deutschland. Das Vorbild spielt übrigens bis in den Namen der BL hinein, die nämlich korrekt nicht »Bulgarische Linke«, sondern dezidiert »Die Bulgarische Linke« (*Bălgarskata Levica*) heißt. Was den gesellschaftlichen Hintergrund angeht, so gibt es zwischen BL und Die Linke allerdings weitaus weniger Parallelen, womit sich auch vorschnelle Hoffnungen auf vergleichbare politische Erfolge verbieten sollten.²¹

Seit Anfang 2010 tauchen in bulgarischen Medien verstärkt Meldungen auf, wonach der gegenwärtige sozialistische Präsident Georgi Pärvanov nach seiner Amtszeit 2011 ein neues Parteiprojekt plant. Pärvanov steht derzeit stark unter Druck der GERB-Regierung, die jüngst gar den Prozess eines Abwahlverfahrens gegen ihn im Parlament in Gang setzen wollte, dabei allerdings am 31. März 2010 an der nötigen Zweidrittelmehrheit scheiterte. Ob solche Parteigründungsgerüchte überhaupt einen echten Kern haben und ob es sich da um ein linkes Projekt handeln würde, ist momentan schwer einzuschätzen.²²

19 Vortrag an der Bulgarischen Botschaft in Berlin, Oktober 2009, zitiert nach dem bulgarischen Manuskript.

20 Die Voraussetzungen von Die Linke und BL sind völlig anders. In Bulgarien handelt es sich bei der BL um eine Absplitterung der Nachfolgepartei der KP aus VRB-Zeiten, und zwar (ziemlich wahrscheinlich) mit nur wenig Geld, ohne Medien, ohne nennenswerte politische Mandate, mit noch dürftigen Strukturen. Es ist also eine Neugründung von null an. Bei der deutschen Die Linke handelte es sich 2007 um die Fusion der im Osten Deutschlands längst parlamentarisch und gesellschaftlich verwurzelten Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die direkt die reformierte SED aus DDR-Zeiten war, sowie des im Westen Deutschlands entstandenen breiten linken Bündnisses »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG).

21 Von BSP-Aktivisten werden solche Gerüchte immer wieder dementiert (unter anderem Europaabgeordnete Ilijana Jotova, in »Duma« vom 29. März 2010). Wobei Jotova allerdings auch einräumt, dass »Pärvanov die einzige Alternative zur derzeitigen Regierung« sei – was eine künftige nochmalige Kandidatur von Ex-Premier und Noch-Parteichef Stanišev wohl ausschließen würde. Es wird indes auch gemutmaßt, dass Pärvanov auf eine Partei in der Art von Einiges Russland, also eher eine zentristische Partei mit dem Hauptziel der Machtsicherung zu steuert.

22 Siehe www.cafebabel.de/article, Januar 2010.

Natürlich gibt es auch in Bulgarien zahlreiche linke Projekte außerhalb von Parteien. Sie sind bislang in der Öffentlichkeit allerdings ebenfalls weitgehend einflusslos. Einige seien hier exemplarisch genannt:

Club Che Guevara, Plovdiv. Er versteht sich als informelle Verbindung, die sich in Abständen (von Herbst bis Frühsommer etwa wöchentlich) zur Diskussion politischer und kultureller Themen trifft. Teilnehmer sind vor allem Studenten, aber auch junge Leute, die in Firmen der Stadt arbeiten. Die Internetseite wird von Klubleiter Pavel Ivanov betreut, der der BKP nahesteht und in der Plovdiver Stadtverwaltung arbeitet.

Solidarisches Bulgarien. Dabei handelt es sich um eine Arbeitsgruppe, die aus der BSP hervorgegangen ist und deren Mitglieder dort peu à peu als Querulanten zur Seite geschoben wurden. Laut Ivo Petkov, der zu den Initiatoren gehört, seien im Rahmen von Solidarisches Bulgarien rund 300 Leute aktiv, im Internet, aber in und um Sofia auch in Medien und bei Veranstaltungen. Petkov: »Es geht uns schon längst nicht mehr um Eigentumsfragen, sondern darum, den Egoismus und die aktuelle Konsumentenethik hinter uns zu lassen.«

Sozialalternatives Forum. Den bisher rund 20 Leuten, teilweise ebenfalls junge ehemalige BSP-Mitglieder, schwebt eine Art Ideen- und Diskussionsforum vor. Man habe »nichts mehr mit der diskreditierten BSP am Hut«, sagt Mitorganisator Ilija Markov. »Die BSP ist viel zu weit weg von linken Werten und eine oligarchische Partei. Bei der ist die Macht an Geld und Vetternwirtschaft geknüpft. Natürlich sind die führenden Köpfe dafür verantwortlich, aber auch die Basis, von der sie blind unterstützt wird, ganz gleich, was die Partei sagt oder macht.« Wenn eine Parteineugründung, dann müsste es laut Markov die Neugründung einer »pragmatisch linken sozialdemokratischen Partei« sein. Es gehe nicht um Revolution, sondern ganz schlicht um (west-) europäische Standards für das Land.²³

Schließlich noch ein Blick auf das linke Potential in anderen Parteien und Organisationen: Die beiden nennenswerten grünen Parteien Bulgariens sind die Grüne Partei/Bulgarische Grüne (seit 1990) sowie *Die Grünen* (seit 2008). Beide rangieren derzeit wahlpolitisch im nationalen Maßstab weit unter einem Prozent. Grüne Politik ist in Bulgarien von Beginn an in allererster Linie der Versuch ökologischer Politik. Dezidiert linke Programmpunkte sind dort – anders als etwa in Westeuropa – kaum zu finden. Beispielsweise hatte die Grüne Partei/Bulgarische Grüne kurz vor den Parlamentswahlen ihren Mitgliedern und Sympathisanten sogar eine Wahlempfehlung für die populistische GERB, also die jetzige Regierungspartei, gegeben.

Vergleichbar Pragmatisches findet man bei den bulgarischen Gewerkschaften. Die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB) ist

23 Nach Aussage des Parteivorsitzenden Aleksandăr Karakačanov nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der – »wenn auch kleinen« – Chance, dass GERB die Verschleuderung von Stadt und Land an private Spekulanten stoppt (Gespräch mit dem Autor im Juli 2009).

mit etwa 350 000 Mitgliedern der größte Gewerkschaftsbund und war Anfang der 90er Jahre hervorgegangen aus dem Einheitsgewerkschaftssystem der VRB. Die mit Abstand zweitgrößte Gewerkschaft ist die Konföderation *Podkrepa* (etwa 80 000 Mitglieder). Sie ist bereits Mitte 1989 parallel zu KNSB entstanden und sieht sich inzwischen eher als eine christliche Gewerkschaft. Die beiden Gewerkschaften hatten sich von Beginn an mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung für Massenprivatisierung ausgesprochen. Sie ließen sich auch von den Misserfolgen der ersten Privatisierungswelle nicht beirren und setzten sich ab Anfang 1999 ebenso für die zweite ein. Auch die Arbeiter-Management-Privatisierung wurde weitgehend uneingeschränkt unterstützt. Wenn sie also einen Teil der Schuld an der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Lage auch den Gewerkschaften geben, scheinen die Bulgaren nicht ganz fehl zu gehen. Die bulgarischen Gewerkschaften sind weniger links orientiert, sondern eher regierungsnah und verständnisvoll gegenüber Unternehmern.

Wie die Gewerkschaften sind in Bulgarien auch die meisten Frauenorganisationen im engeren Sinne weniger links politisiert. Wenn allerdings irgendetwas kennzeichnend für die bulgarischen Frauen ist, dann ist es ihre selbstbewusste und auch durch die bulgarische Gesellschaft traditionell goutierte selbstbestimmte Position. Das ist auch heute weiter spürbar. Allerdings hat sich die familiäre und soziale Lage der bulgarischen Türrinnen nach 1990 »um 100 Jahre zurückgedreht«. Was die Frauenfrage betrifft, hat die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) in ihrer Regierungszeit für bulgarische Verhältnisse übrigens eher zurückhaltend agiert. Ganz anders die nunmehrige GERB-Regierung, die u. a. aufgrund ihres Wahlprogramms und ihrer Kandidatinnen bereits viele Frauenstimmen bekam.²⁴

Rückblick und Erwartungen

Die Geschichte linken Denkens und linker Politik ist auch in Bulgarien historisch maßgeblich mit entsprechenden sozialistischen Parteigründungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts verbunden. Im Unterschied zu der entsprechenden Entwicklung im europäischen Maßstab zeichnet sich die bulgarische durch einige Besonderheiten aus. Sie mögen einzeln für sich genommen eigentlich gar nicht so besonders sein, vergleicht man sie mit anderen Ländern vor allem auf dem Balkan. Zusammen allerdings bilden sie durchaus die Basis für die Spezifik linken bulgarischen Denkens und Handelns. Und zwar bis heute.

24 So die Geschäftsführerin der Stiftung Frauenforschung und -politik, Tatjana Kmetova, in »Noch brennt Licht«, Report in: Neues Deutschland vom 30. Juli 2009 sowie »Bulgariens Frauen kriegen einen Schub vom Patron« in: The New York Times vom 8. März 2010.

Die erste sozialistische, d. h. die vor allem ans Kommunistische Manifest angelehnte Partei Bulgariens, die Bulgarische Sozialdemokratische Partei, gründete sich am 20. Juli (greg.)/2. August (jul.) 1891. Das war für Europa relativ früh. Beispielsweise noch vor der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (1898). Allerdings später als etwa in Deutschland der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863; Lassalle) oder die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869; Bebel, W. Liebknecht).

Die Tradition sozialistischen, d. h. linken Denkens und Handelns war damals in Bulgarien zeitlich, inhaltlich und personell höchst dürftig. Das Land gibt es in der neueren Geschichte erst seit 1879 (Verfassung von Tärnovo); von 1396 an hatte das Territorium zum Osmanischen Reich gehört. Ende des 19. Jahrhunderts war Bulgarien weitgehend ein reines Agrarland. Es gab nicht nur so gut wie keine Arbeiterklasse, somit auch so gut wie keine Gewerkschaftsbewegung. Es gab Bildungsbürgertum, aber kaum ein nennenswertes urbanes wirtschaftlich-unternehmerisches. Und das Land hatte weder eine Phase der westeuropäischen Aufklärung, geschweige denn eine Französische oder auch nur 1848/49er Revolution gehabt. Noch 1900 verzeichnete eine bulgarische Volkszählung 76 Prozent Analphabetismus.

Der Gründungsinitiator von 1891 war Dimităr Blagoev (1856 – 1924). Sein Geburtsort war zur Zeit des Osmanischen Reiches das mazedonische Dorf Zagorichani. Es liegt heute mit dem Namen Vasiliada in der nordgriechischen Gemeinde Agioi Anargyroi. Er hatte auch einige Schriften russischer Linker sowie von Marx und Engels übersetzt. Im Herbst 1891, also kurz nach der Parteigründung, publizierte er den längeren Aufsatz »Was ist Sozialismus, und hat er bei uns eine Basis?«. Dieser galt und gilt in der offiziellen, vor allem parteipolitischen Linken als das »erste bulgarische marxistische Werk«.

Auch hier (wie so oft auch später in der bulgarischen Linken) wurde indes die Volksbasis für einen Sozialismus in Bulgarien maßgeblich in einer spezifischen nationalen, sozialrevolutionären Bewegung gesehen, die in den europäischen Regionen des Osmanischen Reiches im 18. Jahrhundert begonnen hatte: die sogenannte nationale Wiedergeburt mit all ihrem militanten Widerstand gegen das sterbende Osmanische Reich. Und die Sozialdemokraten Blagoevs sahen sich nicht genau in der Wiedergeburtslinie. Einer ihrer Helden, Hadži Dimityr (1840 – 1868), fiel als Anführer einer Heiduckenschar ausgerechnet nahe des Buzludŭla-Gipfels, wo sich die frühen bulgarischen Sozialisten 1891 symbolisch zu ihrer Parteigründung trafen.

So edel aber all diese Wiedergeburtssdenker und -kämpfer auch waren: In der Vorstellung von der Wiedergeburt des Bulgarischen, für das sie gegen das Osmanische fochten, steckte ein überschäumender Patriotismus, der aus einer von Blagoev und Genossen reklamierten marxistischen, später recht schnell leninistischen, wieder wenig später stalinistischen Sicht kaum zu rechtfertigen war. Es ging schließlich bei Wiedergeburt auch um großbulgarisches Machtstreben und

panslawistische Ansprüche. Da linke Bewegungen nicht außerhalb von Volksgefühlen stehen, hat solcherart Patriotismus/Nationalismus auch die bulgarische Linke nie ganz verlassen. In volksdemokratischer Zeit ist er vor allem durch russophil geprägte Freundschaftskundgebungen an die Sowjetunion und internationalistische Losungen überdeckt gewesen. Nach 1990 war indes auch die junge BSP bereit, Wahlbündnisse mit scharf nationalistischen Kräften, wie etwa der Vaterländischen Partei der Arbeit, einzugehen. Das ist aktuell nicht der Fall; mit Ataka gibt es keinerlei praktisch-politische Schnittstellen. Und die Republik Bulgarien hat es nicht zuletzt unter BSP-Ägide auch zu Zeiten blutiger nationalistischer Auseinandersetzungen in ex-jugoslawischen Nachbarländern verstanden, eigene nationalistische Tendenzen (Stichwort: Mazedonien) zu zügeln. Ein weiterer Prüfstein dergestalt dürfte für die Linke in Bulgarien in den nächsten Jahren vor allem die Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei werden.

Als Gefahr oder zumindest mit Unbehagen betrachteten die Bulgaren nämlich seit ihrer staatlichen Selbstständigkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert die in ihrem Land lebenden Türken und Pomaken (islamisierte Bulgaren), die heute zusammen etwa ein Zehntel der Bevölkerung ausmachen. Die von der BKP forcierte Kampagne, in der zwischen 1984 und 1989 alle türkischen Familiennamen bulgarisiert wurden, führte letztlich zur Ausreise von fast 350 000 der Betroffenen in die Türkei. Das war zwar international ein politischer Eklat für die VRB, wurde allerdings von der bulgarischstämmigen Bevölkerungsmehrheit weitgehend toleriert. Nach 1989 hat die »Türkenpartei« DSP das türkische Element in Bulgarien zwar parlamentarisch und demokratisch salonfähig gemacht; sie hat allerdings wenig an den Ressentiments geändert bzw. hat sie eher verstärkt, da nun auch (einige wenige) Türken Zugriff auf Pfründe erhielten und diese natürlich nutzten.

Die BSP arbeitet sich nach ihrer Wahlschlappe vom Sommer 2009 teilweise heftig am ehemaligen Koalitionspartner DSP ab. Dieser Partei wirft sie zumindest gern und ausgiebig vor, für das Negativ-Image der einstigen Regierungskoalition im Allgemeinen und der sie führenden BSP im Besonderen verantwortlich zu sein. Immer wieder fallen Stichworte wie Bereicherung, Korruption, Vetternwirtschaft. Das mag zwar nicht immer unberechtigt sein, stets aber gibt es dem antitürkischen Grundgefühl der Bulgaren Nahrung. Will heißen: Auch in ihrer Haltung zur Minderheitenfrage im Land (nicht zu vergessen Sinti und Roma!) bleibt für die bulgarische Linke künftig Raum, sich deutlich zu positionieren.

Die stalinistische Phase der BKP hatte bis lange nach 1956 angedauert. Erst im November 1962 wurden der Hauptakteur und einer seiner willigsten Helfer bei der auch in Bulgarien blutig verlaufenden Stalinisierung »wegen parteischädigenden Verhaltens« gestürzt: Wälko Červenkov und Anton Jugov hatten bis dahin höchste Partei- und Staatsfunktionen inne.²⁵ Červenkov war der Hauptverantwort-

25 Wälko Červenkov (1900 – 1980), Generalsekretär der BKP, Premierminister, nach Stalins Tod Vize-Premier, Schwager Georgi Dimitroffs. Ein schauerhaftes Dokument des damaligen von Stalin inspirierten Verfolgungs-

liche für die Prozesse gegen den ehemaligen Vize-Premier und Vize-Parteivorsitzenden Traitscho Kostov, Mitglied des ZK seit 1924, einer der raren wirklichen Helden des bulgarischen Partisanenkampfes.²⁶ Červenkov konspirierte in der Sache fast zwei Jahre lang teilweise direkt mit Stalin.²⁷ Kostov wurde Ende 1949 als »Haupt einer Spionagegruppe der titofaschistischen Clique« hingerichtet. Auch in einer Reihe von Nachfolgeprozessen gab es Todesurteile und lange Zuchthausstrafen gegen ZK-Mitglieder.²⁸ In den Jahrzehnten danach wurden die Täter halbherzig moralisch verurteilt und die einst Verurteilten halbherzig rehabilitiert. Der erste Mann in Partei und Staat, Todor Živkov, war bereits 1954 zum 1. Sekretär des ZK der BKP aufgestiegen und also in alle Grausamkeiten in nächster Nähe verwickelt gewesen, aber er blieb erster Mann bis in den Herbst 1989.

Sicher ist das bulgarische Volk nicht anfälliger und nicht empfänglicher für doktrinäre Staatsgebilde als andere mit vergleichbarer geschichtlicher Tradition. Allerdings ist es eben dergestalt auch stark vorbelastet. Zumal es in seiner über 1 300-jährigen Geschichte mit Ausnahme einer Episode 1919 bis 1923 unter dem Premier Alexander Stamboliski (Bauernpartei) lediglich in den letzten 20 Jahren einen nicht-doktrinären Staat erlebte. Der Hang und der Wunsch nach zentralen Lösungen sind im Volke nach wie vor sehr ausgeprägt. Wie die Wahl des jetzigen Premiers Borisov zeigt, wird dem auch Raum gegeben. Die Linke in Bulgarien wird in ihrer praktischen Politik künftig zunehmend mit solchen Tendenzen zum »starken Mann« konfrontiert sein und Entscheidungen über Bündnisse und Koalitionen treffen müssen, die gegen ein Abrutschen in totalitäre Strukturen Front machen.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich hervorgehoben, dass das bulgarische Volk vom Grund her weder antikommunistisch noch antisemitisch ist. Ersteres zeigte sich u. a. darin, wie schnell die rigide antikommunistische Phase zu Ende ging, die mit der Regierung Filip Dimitrov (8. November 1991 bis 30. Dezember 1992) von der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verbunden war. Das Zweite wird u. a. an dem Verhalten Bulgariens in der Zeit der Bindung an Nazi-Deutschland deutlich, wo es sich der Auslieferung seiner Juden erfolgreich widersetzte.²⁹ Diese beiden Stimmungen im Volk wird die bulgarische Linke in ihrer Programmatik und Praxis weiterhin zu beachten, zu pflegen und zu nutzen haben.

wahns der Kommunisten ist Červenkovs Rede auf dem BKP-ZK-Plenum vom 16./17. Januar 1950 »Über die Lehren aus der Aufdeckung und dem Kampf um die Zerschlagung der Traičo-Kostov-Bande«, Sofia, 1950 (blg.). Anton Jugov (1904 – 1999) Innenminister bis 1949.

26 Traičo Kostov (1897 – 1949, hingerichtet), Vize-Premier. Genoss als Partisanenheld nach 1944 größte Autorität in der VRB, ihm wurde dann aber innerhalb der Partei antisowjetische Gesinnung und intellektueller Individualismus vorgeworfen. Im Juni 1949 wurde er wegen angeblicher Wirtschaftsabotage seiner Ämter enthoben und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt.

27 Bulgarien im Geheimarchiv Stalins, Dokumentensammlung, Sofia 2005, 382 S., brosch. (blg.).

28 Dieser tödliche Kostov-Prozess stand in einer Reihe mit anderen in volksdemokratischen Ländern. So gegen Koci Xoxe (Tirana, 8. August 1949), László Raik (Budapest, 15. Oktober 1949), Rudolf Slánský (Prag, 3. Dezember 1952); Paul Merker (Berlin, März 1955) wurde als »zionistischer Agent« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

29 Eine Tatsache, die einzigartig unter den Vasallen Hitlers blieb und die unter anderem auch in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem speziell gewürdigt wird.

Abschließend eine Anmerkung zu einer weiteren Fassade der bulgarischen Volksseele. Satirisch brachte sie der Schriftsteller Aleko Konstantinov gleich im ersten Satz seines Geschichtenzyklus »Baj Ganjo« von 1893 auf den Punkt: »Man half Bai Ganjo den alten Umhang von den Schultern abzuwerfen, einen belgischen Paletot überzuziehen – und alle sagten sich, dass Bai Ganjo nun schon ganz Europäer ist.«³⁰ Das meint: Konstantinovs *typicus bulgaricus* ist, obwohl auch leicht larmoyant, von sich sehr überzeugt, trotz fehlenden Durchblicks hartnäckig sowie selbstgefällig und, obwohl er sich häufig zurückgesetzt sieht, bauernschlau und umtriebig.

Obiges Zitat lässt sich durchaus auf die Gegenwart, besonders auf Angehörige der heutigen bulgarischen politischen Klasse ummünzen: »Man half Bai Ganjo, die sozialistische Kutte fallen zu lassen, einen Adidas-Anorak anzuziehen – und alle, vor allem Baj Ganjo selbst, waren sich sicher, dass er der perfekte Westeuropäer ist.« Die Linke in Bulgarien wird sich hingegen immer stärker bewusst darüber werden, dass das ein trügerisches Selbstwertgefühl ist. Liegt doch die einzigartige historische und kulturelle Spezifik Bulgariens wie auch der bulgarischen Linken gerade darin, Schnittstelle oder gar Brücke zwischen Ost- und Südslawen zu sein. Sicher, die Bulgaren sind Europäer, aber eben keine Westeuropäer. Wie es auch – und das sei hier extra im Text und nicht in einer Fußnote erwähnt – die Deutschen samt ihrer deutschen Linken nicht sind, sondern sie sind eben Mitteleuropäer in originärer, leider noch wenig entwickelter Mittlerlage und -rolle.

Literatur

Südosteuropa, ein Handbuch, Margarditsch Hatschikjan/Stefan Troebst (Hg.), München, 1999, 576 S.

Michael W. Weithmann: Balkan-Chronik, Darmstadt, 1997, 564 S.

Gerald Knaus: Bulgarien, München, 2002, 328 S.

Dimitar Angelow: Entstehung des bulgarischen Volkes, Berlin, 1980, 153 S.

Bulgarien – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Kultur, Sofia 1988, 522 S. (bgl.).

Der Balkan – politisch-ökonomischer Abriss, Sofia, 1987, 274 S. (bgl.).

Bulgarische Tages- und Wochenpresse.

<http://www.slavistik-portal.de/>

<http://staatsbibliothek-berlin.de/osteuropa-abteilung>

<http://staatsbibliothek-berlin.de/osteuropa-abteilung/service-und-benutzung/lesesaal.html>

http://www.bg-berlin.com/modules.php?name=Web_Links&cid=15

http://www.mfa.bg/berlin/index.php?option=com_content&task=category§ionid=21&id=88&Itemid=412

<http://www.mediapool.bg/>

<http://www.novinar.net/>

www.duma.bg

<http://www.newspapersglobal.com/>

30 Aleko Konstantinov: Nach Chikago und zurück – Baj Ganjo, Sofia 1983, 245 S., geb. (bgl.).

Die radikale Linke in Tschechien

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) wurde 1990 als eine Landesorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČS) gegründet. Nach der Spaltung der Partei in einen tschechischen und einen slowakischen Teil wurde die KSČM in Tschechien Nachfolgerin der vor 1989 herrschenden Staatspartei. Seit Anfang der 90er Jahre ist die KSČM die drittstärkste Partei in der tschechischen Politik. Ihre Wahlergebnisse bewegen sich zwischen 10 und 20 Prozent der Wählerstimmen (1990: 13 Prozent, 1992: 14 Prozent, 1996: 10 Prozent, 1998: 11 Prozent, 2002: 18 Prozent, 2006: 13 Prozent).

Seit 1996 profilierte sich die sozialdemokratische ČSSD als stärkste Linksmitte-Partei, zwischen 1998 und 2006 war sie auch Regierungspartei. In dieser Zeit konnte sich die KSČM leicht als linke Opposition hervorheben, was ihr auch die Stimmen vieler enttäuschter ČSSD-WählerInnen einbrachte.

Stellung in der Gesellschaft und im politischen System

Die Mitglieder der KSČM

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe in der Mitgliederbasis der KSČM ist die der RentnerInnen. Sie machen 67,4 Prozent aller Mitglieder aus (Zahlen aus dem Jahr 2003).¹ Arbeiter (13,6 Prozent), Intelligenz und Beamte (ca. zehn Prozent) bilden die Minderheiten innerhalb der Partei. Einige der Parteimitglieder sind Arbeitslose und KleinunternehmerInnen. Bemerkenswert hoch ist der Anteil der ehemaligen PolizistInnen, ArmeeoffizierInnen und früheren unteren FunktionärInnen der ehemaligen Staatspartei. Drei ihrer 26 Abgeordneten waren vor der Wende Armeeoffiziere und einer – Josef Vondruška – war Wächter in einem Gefängnis, in dem auch politische Gefangene einsaßen. Die Klage von Dissidenten wegen seiner damaligen Brutalität hat ihm und der ganzen Partei nach den Wahlen 2006 viele politische Probleme eingebracht. Er entschuldigte sich nicht und äußerte sich dahingehend, dass er in seiner damaligen Funktion »die ehrlichen Bürger vor verschiedenen Parasiten«² geschützt habe. Vondruška ist bis heute Abgeordneter, und der Gerichtshof hat die Klage gegen ihn bisher nicht behandelt.

1 Obsahové materiály VI. sjezdu KSČM Zpráva ÚV KSČM o činnosti KSČM v období po V. sjezdu KSČM [Materialien des VI. Parteitag der KSČM. Bericht des ZA der KSČM über die Tätigkeit der KSČM im Zeitraum nach dem V. Parteitag der KSČM], S. 52, in: <http://www.KSČM.cz/article.asp?thema=2859&item=24140>; abgerufen am 10.1.2009.

2 Josef Vondruška: Kdo je vyvrhel? [Wer ist der Abschaum?], Haló noviny, 4. září 2006, S. 5.

Die Mitgliederzahl der KSČM schrumpft seit der Wende 1989 beständig. Besonders groß war der Verlust an Mitgliedern im Jahr 1990: Hatten die tschechoslowakischen Kommunisten am 1. Januar 1990 noch 1 701 085 Mitglieder, war die Zahl im Jahr 1991 auf gerade einmal 562 529 gesunken. Der Mitgliederverlust betraf vor allem jüngere und besser gebildete Menschen – lag der Anteil an Mitgliedern mit Hochschulbildung 1989 noch bei 19 Prozent, schrumpfte er bis 1999 auf 9,2 Prozent.³ In der KSČM blieben diejenigen, für die die Mitgliedschaft keine Beeinträchtigung ihrer Karriere bedeutete – dies erklärt auch den hohen Anteil an RentnerInnen unter den Mitgliedern. Nach 1996 stabilisierte sich die Mitgliederzahl bei 171 323. Dennoch ist wegen des hohen Altersdurchschnitts ein weiteres Sinken der Mitgliederzahlen absehbar. So verliert die KSČM jährlich sechs bis sieben Prozent der Mitglieder. Am 1. Januar 2009 hatte die Partei 71 823 Mitglieder.⁴ Damit hat die KSČM immer noch eine vergleichsweise große Mitgliederzahl unter den politischen Parteien Tschechiens. Nur 7,9 Prozent der Mitglieder der KSČM sind allerdings nach der Wende eingetreten (Zahlen von 2007).

Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder lag im Jahre 2008 bei 70 Jahren. Nur 18 217 sind jünger als 60 Jahre. Der Tod vieler älterer Mitglieder führt zu einer langsamen Feminisierung der Partei, da der Frauenanteil bei den jüngeren Jahrgängen höher ist als bei den älteren. Heute sind 44 Prozent der Mitglieder Frauen.⁵ Die KSČM ist von der feministischen Organisation »Fórum 50 Prozent« in verschiedenen Kategorien als zweit- bzw. drittfrauenfreundlichste Partei Tschechiens bezeichnet worden.⁶ Die tschechischen Grünen sind die einzige Partei mit einer Frauenquote. Sie haben auch den größten Frauenanteil im Parlament: vier von sechs Fraktionsmitgliedern. Auch die ČSSD hat verschiedene Mechanismen, die einen höheren Frauenanteil bewirken. 15,4 Prozent ihrer Fraktion sind Frauen. Bei der KSČM sind heute zwei von fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie 27 Prozent der Abgeordnetenfraktion Frauen.

Die Vorfeldorganisationen der Partei versammeln in erster Linie Mitglieder der Partei nach ihren entsprechenden Interessen. Beispielsweise sind die antisudeten-deutschen Mitglieder im *Klub des tschechischen Grenzgebietes* organisiert, die Antikatholiken im *Klub der Freidenker*, die Angestellten im *Bund der Gewerkschaften Böhmens, Mährens und Schlesiens* (Letzterer ist aber im Vergleich zur Hauptorganisation der Gewerkschaften eher schwach). Die Frauen verfügen auch über eine eigene Organisation. Die Jugendorganisation, der *Bund der Kommuni-*

3 Vladimír Handl: Transformace komunistické strany: Od strategie levicového ústupu k evropeizaci [Die Transformation der Kommunistischen Partei: Von der Strategie des linken Rückzugs von der Europäisierung], in: Kapitoly z dějin české demokracie po roce 1989 [Kapitel aus der Geschichte der tschechischen Demokratie nach 1989], ed. Gjuríčová, A. Kopeček, M. Praha – Litomyšl: Paseka 2000, S. 100.

4 Jakub Pokorný/Kamil Struha: Zástupy studentů rozšiřují členské základny stran, jen KSČM vymírá. [Studenten verbreitern die Mitgliederbasis der politischen Parteien, nur die KSČM stirbt aus], in: MF Dnes, 28. November 2009.

5 <http://www.KSČM.cz/index.asp?thema=2677&itmID=24002&chapter=1297>; abgerufen am 10.1.2010.

6 http://www.padesatprocent.cz/?c_id=575; abgerufen am 10.1.2010.

stischen Jugend, war stark stalinistisch orientiert: Ihre Symbole waren beispielsweise Hammer und Sichel, obwohl die KSČM selbst seit der Wende eine rote Kirche als Symbol hat. Der *Bund der Kommunistischen Jugend* wurde im Jahre 2008 vom tschechischen Innenministerium aufgelöst. Es folgten zahlreiche Proteste aus dem Ausland, insbesondere weil verschiedene rechtsextremistische Organisationen weiterhin frei arbeiten konnten.

Es sind fast keine ImmigrantInnen in der Partei tätig. Es gibt berühmte Ausnahmen wie z. B. die Kinder griechischer KommunistInnen, die wie der Sänger Statis Prusalis in den 50er Jahren in die Tschechoslowakei immigriert sind, oder ehemalige Studierende aus der Dritten Welt, die in der Tschechoslowakei geblieben sind (Syrjäne Hassan Charfo, Chef der Außenabteilung des ZA). Die meisten heute in Tschechien lebenden ImmigrantInnen sind jedoch nicht in der Politik tätig – sie haben oft keine tschechische Staatsbürgerschaft, und ihre Kinder sind noch nicht alt genug, um politisch aktiv zu sein. Wegen ihrer spezifischen Altersstruktur und des Zurückgreifens auf eine nationale Rhetorik durch ihre Funktionäre wird die KSČM in Zukunft kaum eine attraktive Partei für ImmigrantInnen sein. Allerdings ist deren Anzahl in Tschechien auch gering – verglichen z. B. mit Frankreich oder Deutschland.

Ein anderes Problem ist das Verhältnis der KSČM zu den Sinti und Roma. Diese Minderheit macht (geschätzte) drei bis fünf Prozent der tschechischen Bevölkerung aus und befindet sich in einer sehr prekären sozialen Situation. Die politische Aktivität der Sinti und Roma ist eher gering. Es wird vermutet, dass die wenigen, die zur Wahl kommen, in vielen Fällen die KSČM wählen (es existiert keine relevante Roma-Partei). Die KSČM hat aber keine PolitikerInnen, die selbst Sinti oder Roma sind. Als am 17. November 2008 tschechische Neonazis durch das Stadtviertel Janov der Stadt Litvinov in Nordböhmen marschierten, hat die KSČM dagegen keinen Einspruch erhoben. Die interne Erklärung war, dass die Partei ihre eigenen WählerInnen nicht provozieren dürfe.⁷ Die Parteizeitung *Haló noviny* publizierte sogar einen Artikel, in dem es hieß: »Der Marsch der Rechtsradikalen war keine Ursache, sondern eine Folge des heutigen Zustandes, in dem die Polizei unfähig oder unwillig ist, für die Bürger einzutreten, die von diesem Lumpenproletariat [gemeint sind die Roma] angefallen oder belästigt werden.«⁸ Andere Artikel in diesem Organ warnen hingegen vor Rechtsextremismus.

Wahlresultate und Parlamentsarbeit

Gemessen an der Größe der Gemeinden hat die Partei ihre stärksten Positionen in kleineren Städten und Dörfern. Besonders schwach ist die Partei in der Hauptstadt Prag, die zu den Gewinnern der Transformation gehört. Hier errang sie bei den Wahlen 2006 7,9 Prozent der Stimmen, im Landesdurchschnitt waren es 12,8 Pro-

7 Ein Gespräch zwischen dem Verfasser und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Jiří Dolejš, 15. Dezember 2008.

8 Příčina a následek [Ursache und Folge], 4. Dezember 2008, Jan MINÁŘ, S. 4.

zent.⁹ Ähnlich sieht es auch in anderen Städten mit mehr als 100 000 EinwohnerInnen aus, in denen die Linken (nicht nur die KSČM, sondern auch die SozialdemokratInnen) nach der Wende nie eine Wahl gewonnen haben. Eine Ausnahme sind die nordmährischen Städte. Hier – in Ostrava, Havířov und Karviná – regierte die KSČM in Koalition mit den SozialdemokratInnen zwischen 2002 und 2006. In den beiden Städten Havířov (84 000 EinwohnerInnen) und Karviná (62 000 EinwohnerInnen) konnte die KSČM immerhin den Oberbürgermeister stellen. Nach 2006 entschieden sich die SozialdemokratInnen jedoch, mit anderen Parteien zu koalieren.

Regional hat die KSČM eine besonders starke Position in Nordböhmen und Nordmähren – Regionen mit einem traditionellen industriellen Sektor, die nach der Wende besonders schwer von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Gute Wahlergebnisse erzielt die Partei auch in den ehemaligen deutschsprachigen Gebieten in der Grenzregion, wo die tschechische Bevölkerung erst nach 1945 angesiedelt wurde. Hier wird die Partei teilweise aus Angst vor den Sudetendeutschen und ihren Ansprüchen gewählt. Andere mögliche Gründe sind, dass die dort lebende Bevölkerung die KommunistInnen als Verteidiger von Land und Häusern betrachtet, die Sozialstruktur dort immer noch nicht stabil ist und somit viele soziale Probleme vorhanden sind. Außerdem leben in vielen dieser Dörfer noch immer ehemalige Grenzschutzbeamte, die das kommunistische Regime dort angesiedelt hatte. Dies erklärt vielleicht die in dieser Region noch immer vorhandene Loyalität gegenüber der kommunistischen Partei.

Die folgende Tabelle über die Wahlergebnisse von 2006 zeigt, dass in Tschechien vor allem ältere Menschen mit geringer Ausbildung und niedrigem Einkommen die Linke wählen.¹⁰ Diese Charakteristik gilt vor allem für die KSČM, aber auch teilweise für die ČSSD. Das Geschlecht ist kein ausschlaggebender Faktor bezüglich des Wahlverhaltens. Aus dieser Tabelle ist abzuleiten, dass zwei Faktoren in Tschechien für das Wahlverhalten die wichtigste Rolle spielen: die soziale Schicht und – vielleicht noch bedeutender – das Alter. Bei der Erklärung der überproportionalen Unterstützung für die KSČM in der älteren Generation ist nicht zu vergessen, dass die verschiedenen Generationen im 20. Jahrhundert in Tschechien unter dem Einfluss sehr unterschiedlicher politischer Diskurse sozialisiert wurden (Krieg, 50er Jahre, 60er Jahre, 70/80er Jahre, nach der Wende). Dies brachte sehr unterschiedliche politische Auffassungen mit sich. Zudem war die ältere Generation nach der Wende das erste Opfer der Transformation: Die Renten fielen gegenüber den Löhnen relativ ab, und den Älteren wurde zudem die Schuld an der Existenz des »Kommunismus« gegeben.

9 <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps9?xjazyk=CZ>; abgerufen am 10.1.2010.

10 Einkommen und Ausbildung sind aber auch sehr vom Alter abhängig: In vielen Fällen bedeutet alt zu sein, auch arm zu sein. Die ältere Generation hatte auch geringere Möglichkeiten höhere Bildung zu erwerben als die jetzige Generation.

*Tabelle 1: Die Parlamentswahlen in Tschechien im Jahre 2006:
Analyse der Wählergruppen in Prozent*

Variable	Kategorie	ODS (Bürgerl. Demokr.)	ČSSD (Sozial- demokr.)	KSČM (Kommun- isten)	KDU – ČSL (Christl. Demokr.)	SZ (Die Grünen)
Insgesamt	alle Wähler	35	32	13	7	6
Alter	18 – 24	44	20	1	3	23
	25 – 34	44	27	4	4	12
	35 – 44	42	32	6	6	6
	45 – 54	47	31	7	9	4
	55 – 64	24	39	20	9	2
	65 und älter	17	37	33	10	2
Ausbildung	Grundschule	22	33	22	9	9
	mittl. ohne Abi	26	38	17	8	6
	mittl. mit Abi	44	29	6	6	6
	Hochschule	53	26	6	6	5
Familien- Monats- Einkommen	weniger als 139.999 (538 €)	19	38	25	10	3
	14-22.999 (539-883 €)	22	41	18	8	6
	23-34.999 (883-1345 €)	34	34	12	6	7
	35.000 und mehr (1.346 €)	49	25	7	5	6
Beruf	Student	50	17	0	3	25
	Angestellte	37	36	8	6	6
	Selbstständige	64	12	4	7	5
	Rentner	20	36	27	11	2
Geschlecht	männlich	36	34	13	5	5
	weiblich	35	31	13	9	7
Region	Prag	48,3	23,3	7,9	4,8	9,2
	andere Großstädte (mehr als 85.000 Ew.)	38,1	32,6	10,9	5,7	7,4
	Nordböhmen	34,7	35,4	16	2,2	6
	Nordmähren	28,1	40,5	13,9	7,1	4,3

11 Quelle: Lebeda, T. Linek, L. Lyons, P. Vlachová, K. 2007. Voliči a volby 2006. Sociologický ústav AV ČR Praha, S. 8-9, <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps3?xjazyk=CZ>; abgerufen am 10.1.2010.

Die KSČM ist stark an der Parlamentspraxis orientiert. Ihre Parlamentsfraktion hält seit 2006 26 von insgesamt 200 Sitzen. Im Senat, der zweiten Parlamentskammer, stellte die KSČM wegen des Mehrheitswahlsystems nie mehr als drei von 81 SenatorInnen. Seit 1998 sind ihre Stimmen für die ČSSD sehr wichtig. Ohne die KommunistInnen können die SozialdemokratInnen nur wenige Gesetzesentwürfe durchsetzen. Die KSČM hat in ein paar Fällen aber auch gemeinsam mit der ODS gestimmt, so zum Beispiel 2004 bei der ersten Präsidenten-Wahl von Václav Klaus. Seit 2002 hatten KSČM-Abgeordnete auch verschiedentlich höhere Funktionen im Parlament inne, unter anderem den stellvertretenden Parlamentsvorsitz und den Vorsitz von Parlamentsausschüssen. Trotzdem lehnen die SozialdemokratInnen eine gemeinsame Regierung mit den KommunistInnen ab und bevorzugen eine Akzeptanz ihrer Minderheitsregierung durch die KSČM. Die ČSSD hält die Koalition mit der KSČM so lange für unmöglich, bis sich die KSČM kritisch zu ihrer Vergangenheit äußert, sich klar für ihre Verbrechen entschuldigt, das Privateigentum und die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennt. Diese Forderungen sind für die KSČM aber bislang inakzeptabel.

Auf Landesebene hatten SozialdemokratInnen und KommunistInnen bis 2008 nie eine Mehrheit. Die einzige Ausnahme war Nordböhmen nach der Wahl 2000, aber hier entschied sich die ČSSD für eine Koalition mit der ODS. Dies änderte sich im Oktober 2008. ČSSD und KSČM gewannen diesmal in allen 13 Ländern (mit Ausnahme von Prag, wo keine Landeswahlen stattfanden) die Mehrheit. ČSSD und KSČM bildeten in zwei Ländern (Karlsbad und Nordmähren) eine gemeinsame Regierung, in vier Ländern toleriert die KSČM die Minderheitsregierung der ČSSD, und in sieben Ländern regiert die ČSSD mit anderen Parteien (davon in fünf Fällen mit der ODS).¹² Seit 2006 regiert die KSČM nur in einer Großstadt mit – in Most (70 000 EinwohnerInnen), wo sie einen stellvertretenden Oberbürgermeister stellt. Darüber hinaus stellt sie 132 BürgermeisterInnen in kleineren Dörfern (30 von ihnen sind Mitglieder der Partei). Vor der Kommunalwahl 2006 waren es allerdings noch 372.¹³

Medien- und Bündnisarbeit der KSČM

Die KSČM hat trotz eines stabilen drittstärksten Wahlergebnisses und der drittstärksten Mitgliederbasis unter den tschechischen Parteien keine dementsprechende Rolle in der Gesellschaft. Die Medien sind überwiegend antikommunistisch eingestellt, und der öffentliche Diskurs in Tschechien ist neoliberal und rechtskonservativ orientiert. Die KSČM kann ihre Artikel mit Ausnahme von *Haló noviny* und *Právo* kaum in gängigen Zeitungen und Zeitschriften publizieren. KSČM-PolitikerInnen werden zu vielen politischen Fernsehsendungen einge-

12 Všech třináct krajů zná své hejtmany [Alle dreizehn Kreise haben ihre Hauptmänner], 29. November 2008, http://kralovehradecko.regiony24.cz/aktualne/vypis.aspx?id_clanku=42934; abgerufen am 10.1.2010.

13 Persönliche Gespräche mit den Angestellten des ZA der KSČM Petr Šimůnek und Ivan Dvořák, 10. Januar 2008.

laden, aber im Gegensatz zu anderen PolitikerInnen kaum zu den politischen Talkshows. In diesen vertreten die ModeratorInnen oft ihre eigene politische Auffassung und diskriminieren auf verschiedene Weise die PolitikerInnen der KSČM. Auch die Fernsehdokumentationen über die jüngste Vergangenheit sind stark antikommunistisch gefärbt. Der Antikommunismus im öffentlichen Diskurs richtet sich zwar primär gegen die KSČM, mittelbar aber auch gegen die ČSSD, deren Rolle als zukünftige Regierungspartei durch die Begrenzung ihres Koalitionspotentials geschwächt werden soll.

Nichtparlamentarische Arbeit von Parteien ist in Tschechien nicht sehr populär, und die KSČM hat nur wenige AktivistInnen, die in der Lage sind, in die Breite der Gesellschaft hinein zu kommunizieren. Die wichtigsten öffentlichen Veranstaltungen der KSČM sind vor allem kultureller oder folkloristischer Art, so beispielsweise die Feiern zum 1. Mai, der Preetag der *Haló noviny* im September oder die Treffen der Linken in Kunětická Hora im September und im Juli in Lázek. Eigene Demonstrationen werden hingegen kaum durchgeführt. Verbreitet wird die Parteipolitik ansonsten vor allem durch Veranstaltungen im Wahlkampf, durch Berichte in den Medien und in der Parteizeitung *Haló noviny* und durch Auftritte bekannter PolitikerInnen der KSČM. Hinzu kommt das Engagement ihrer 4 264 KommunalpolitikerInnen¹⁴ und 114 Landtagsabgeordneten.¹⁵

Soziale Bewegungen waren nach der Wende in Tschechien zunächst schwach und verhielten sich feindlich gegenüber der KSČM (zu nennen sind hier verschiedene Gruppierungen von TrotzkistInnen, AnarchistInnen, UmweltaktivistInnen und FeministInnen). Mögliche Bündnisse mit sozialen Bewegungen wurden wiederholt auch dadurch behindert, dass das hohe Alter der KSČM-Mitglieder die Kommunikation mit der mittleren und jüngeren Generation erschwerte. Der KSČM fehlen AnhängerInnen in den gesellschaftlichen Eliten, AktivistInnen der Zivilgesellschaft, KünstlerInnen und beruflich aktive AkademikerInnen. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass das Engagement für die KSČM in Tschechien eine reale Bedrohung für die Karriere darstellt. Ein Beispiel erfolgreicher Bündnisarbeit war die 2006 entstandene Initiative »Ne základnám« (Nein zu den Militärbasen) gegen das im September 2009 aufgegebene Projekt einer US-Radarbasis in Tschechien. An dieser Initiative waren viele KSČM-Mitglieder beteiligt, und die VertreterInnen der Initiative sprachen auch auf kommunistischen Demonstrationen. Der Bund der Kommunistischen Jugend war auch Kollektivmitglied der Initiative, wurde aber wegen seiner stalinistischen Agitation auf den Demonstrationen aus der Initiative ausgeschlossen.

Die tschechischen Gewerkschaften stellen sich offiziell als unpolitisch dar, in der Praxis unterstützen sie jedoch die ČSSD. Die FunktionärInnen der Gewerk-

14 <http://www.volby.cz/pls/kv2006/kv22115?xjazyk=CZ&xid=0&xv=10&xdz=6&xnumnuts=0>; abgerufen am 10.1.2010.

15 <http://www.volby.cz/pls/kz2008/kz63?xjazyk=CZ&xdatum=20081017>; abgerufen am 10.1.2010.

schaften haben trotzdem gute persönliche Beziehungen zur KSČM. Beispielsweise geben sie der kommunistischen Zeitung *Haló noviny* regelmäßig Interviews.

Die programmatisch-strategische Ausrichtung der Partei

Die KSČM gehört programmatisch zur traditionellen Linken in Europa. Einerseits finden sich in ihrem Programm und ihrer Rhetorik nicht die radikalen Parolen, die von vielen sich als kommunistisch definierenden Parteien Europas zu hören sind (z. B. von der griechischen oder der portugiesischen KP), andererseits fehlt ihr aber der Diskurs der heutigen emanzipatorischen, feministischen und ökologischen Linken. Die KSČM versteht ihr Programm kurzfristig als »Korrektiv« zur sozialdemokratischen Partei und langfristig als eigenständiges Projekt des »Sozialismus«. Die kurzfristigen Forderungen und Lösungen in ihrem Programm sind denen der Sozialdemokraten sehr ähnlich. Die Partei sagt ihrem Programm nach, ihr Hauptziel sei der »Übergang von der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu einer sozial gerechteren Gesellschaft – dem Sozialismus«¹⁶. Die KSČM definiert den Sozialismus als »eine demokratische Gesellschaft, die aufgrund der prosperierenden Wirtschaft und Vollbeschäftigung die politischen, personellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Menschen schützen wird«¹⁷.

In der Alltagspolitik übt sich die KSČM in Kritik an der heutigen Gesellschaft. Sie verteidigt die Biografien ihrer Mitglieder und betont die positiven Aspekte des Regimes vor 1989 im Vergleich mit der heutigen Realität. Am häufigsten äußert die KSČM Kritik an den Entscheidungen der Regierung, an rechten und neoliberalen Parteien und an den Medien, die negativ über die KSČM berichten. Außenpolitisch kritisiert sie vorrangig die USA, weniger die Europäische Union und Israel. Positiv äußert sich die KSČM gegenüber Russland und China. Wohlwollend schreibt die kommunistische Presse über Kuba, Venezuela und teilweise über Weißrussland. Zu Nordkorea hält die KSČM eher Abstand, dennoch werden die Artikel der nordkoreanischen Botschaft in Prag regelmäßig in der Parteizeitung *Haló noviny* publiziert.¹⁸

Die KSČM strebt aktiv nach Regierungsverantwortung auf der Landesebene, ist sich aber uneinig über Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene. In der

16 Zaměření politiky a hlavní úkoly KSČM v období mezi VII. a VIII. sjezdem strany [Zielrichtung und Hauptaufgaben der KSČM im Zeitraum zwischen dem VII. und VIII. Parteitag], in: <http://www.KSČM.cz/article.asp?thema=3784&item=38464>; abgerufen am 10. 1. 2010.

17 Ebenda.

18 Vgl. z. B.: Korea musí být sjednocena formou konfederace [Korea muss in der Form der Konföderation vereinigt werden], *Haló noviny*, 18. Oktober 2004. Sloužíme lidu! [Wir dienen dem Volk!], *Haló noviny*, 7. Oktober 2004. Zkušený politik Kim Čong-il [Der erfahrene Politiker Kim Jong-il], *Haló noviny*, 14. Februar 2005. Výročí úmrtí prezidenta Kima [Jahrestag des Todes des Präsidenten Kim], *Haló noviny*, 8. Juli 2006. KLDR slaví příchod republiky pod Kimem [DVRK feiert Anmarsch der Republik unter Kim], *Haló noviny*, 9. September 2006.

KSČM befürchtet man, im Fall einer Regierungsbeteiligung massiv WählerInnen verlieren zu können. Offiziell heißt es, man wolle sich nur an einer Regierung beteiligen, die der KSČM die Realisierung ihres Parteiprogramms ermöglicht. Bevorzugt wird die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

In gesellschaftlichen Konflikten, die sich in Streiks und Demonstrationen äußern, unterstützt die KSČM generell die »Schwächeren«, »Diskriminierten«, »Unprivilegierten«, ist aber wegen ihre Mitglieder- und AktivistInnenstruktur nicht in der Lage, diesen Gruppen effektiv zu helfen. Eine offene Unterstützung wollen aber auch die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen oder Bürgerinitiativen nicht – sie haben Sorge, dass ihre Initiative dann als »kommunistisch« stigmatisiert werden könnte. Zu betonen ist auch, dass sich gesellschaftliche Konflikte in Tschechien seltener in offenen Kämpfen manifestieren; im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wird weniger demonstriert und gestreikt.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist für die KSČM zwangsläufiges Resultat der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. In ihrer kurzfristigen Bekämpfung werden eher keynesianistische Lösungen bevorzugt, zugleich wird aber betont, dass nur der Sozialismus eine langfristige Lösung darstellt. Im Großen und Ganzen wird die Wirtschaftskrise sowohl in der KSČM als auch im öffentlichen Diskurs in Tschechien nur wenig diskutiert – im Gegensatz zu anderen aktuellen Herausforderungen, wie den Reformen der neoliberalen Regierung, dem Vertrag von Lissabon, der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens, oder zu außenpolitischen Fragen wie den Beziehungen zu Russland und Israel.

Europapolitische Vorstellungen der KSČM

Die KSČM stellt sich traditionell als EU-skeptische Partei dar, ihr Europaverständnis ist stark von nationalstaatlichen Traditionen geprägt. Im Referendum 2003 über die Mitgliedschaft Tschechiens in der EU lehnte die KSČM als einzige parlamentarische Partei den Beitritt ab. Ihr Nein war aber kein »starkes«, sondern ein »schwaches« Nein, d. h. die KSČM erkannte in ihrer Ablehnung auch die möglichen Vorteile einer Mitgliedschaft an. Manche KSČM-Politiker (Ransdorf, Dolejš, Kohlíček) betonten sogar ihre Zustimmung zum Beitritt. Später lehnte die KSČM die europäische Verfassung und den Lissabonner Vertrag mit der Begründung ab, das EU-Projekt sei neoliberal gelenkt und die tschechische Gesellschaft würde in solch einer EU die eigene nationale Identität verlieren.

Die KSČM hat auch nicht die volle Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken. Sie wurde zwar als Gründungsmitglied angenommen, begnügte sich dann aber mit dem Beobachterstatus. Die volle Mitgliedschaft bekam die *Partei des Demokratischen Sozialismus*, eine Gruppierung ohne politischen Einfluss, die auch nicht zu Wahlen antritt. Die KSČM begründete ihre Distanzierung damit, dass nicht alle europäischen kommunistischen Parteien in die Europäische

Linke eingeladen wurden (die russischen, ukrainischen und moldawischen Kommunisten blieben außen vor). Auch könne die KSČM eine Ablehnung des Stalinismus nicht akzeptieren. Ein Delegierter des Gründungsparteitages der EL in Rom äußerte sich dahingehend, dass Stalin die Tschechen befreit habe.¹⁹ Zudem hieß es zur Ablehnung einer vollen Mitgliedschaft in der EL, die KSČM wolle ihre Identität nicht in einer nichtkommunistischen Partei verlieren, sich nicht von den kleineren Parteien ihre Politik diktieren lassen und die geplanten Mitgliedsbeiträge seien zu hoch für die KSČM. Der Chef der KSČM-Außenabteilung, Hassan Charfo, richtete die Partei dann eher an den Positionen der griechischen Kommunisten aus.

Traditionell gute Kontakte hat die KSČM zu den slowakischen Kommunisten (die aber nur zwischen 2002 und 2006 im Parlament vertreten waren) sowie zur deutschen Partei DIE LINKE. Dies ergibt sich aufgrund ihrer Nachbarschaft und des gemeinsamen Schicksals sowie der Tatsache, dass diese Parteien in Mitteleuropa die einzigen politisch relevanten Kräfte links der Sozialdemokratie sind. Diese engen Beziehungen wurden dennoch in den letzten Jahren geschwächt, weil sich die deutsche Linke nach Meinung der KSČM zu weit in die Mitte verschoben habe. Einige KSČM-Mitglieder beteiligen sich an den europäischen Sozialforen; für die Partei hat diese Initiative aber keine zu große Wichtigkeit. Die KSČM nimmt auch an regelmäßigen Treffen der kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien teil.

Organisationsstruktur und Parteienverständnis

Das höchste Parteiorgan der KSČM ist der Parteitag. Er trifft sich einmal alle vier Jahre und wählt den Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden der Entscheidungs- und Revisionskommission. Die KSČM-Delegierten werden auf den Versammlungen der Bezirksorganisationen gewählt. Der Parteitag stimmt über das Parteiprogramm und verschiedene Anträge ab. Obwohl der Parteitag formal die höchste Instanz der Partei ist, wird das dort verhandelte Themenspektrum vom Parteiapparat vorher vorbereitet, und die Delegierten müssen es gewöhnlich nur abstimmen. Praktisch die einzige KampfAbstimmung ist die Wahl des Parteivorsitzenden.

Das höchste Parteiorgan in der Zeit zwischen den Parteitag ist der Zentrale Ausschuss (ZA) (ungefähr 90 Mitglieder). Dieses Organ trifft sich viermal pro Jahr. Im ZA sitzen die VertreterInnen der Bezirkskomitees. Die Mitglieder des ZA werden von den Bezirkskomitees gewählt. Der Zentrale Ausschuss wählt in der ersten Sitzung die Vizevorsitzenden der Partei. Öfter als der ZA trifft sich der Ausführende Ausschuss des ZA der Partei (23 Mitglieder, gewählt vom ZA). In

19 Stanislav Holubec: Vznikla Strana evropské levice [Die Partei der Europäischen Linke ist entstanden], 12. Mai 2004, in: http://www.sds.cz/docs/precete/epubl/sho_vsel.htm; abgerufen am 10.1.2010.

der KSČM existieren keine weiteren Plattformen – sie sind seit 1993 verboten, weil ihre Existenz viele innere Konflikte verursachte. Es sind keine Minderheitenvoten bei strategisch-programmatischen Fragen zugelassen. Das Parteistatut kennt zwar das Referendum innerhalb der Partei, das Letzte fand allerdings im Jahre 1991 statt (damals ging es um den Namen der Partei).

Die größte Macht in der KSČM haben die mittleren FunktionärInnen, die den ZA bilden. Diese stellen auch überwiegend die Kommunal- und LandespolitikerInnen der Partei. Auch die höchsten ParteifunktionärInnen müssen sich dem ZA unterordnen. Im Ernstfall kann der Zentrale Ausschuss auch die Parteispitze abwählen. Die ParteifunktionärInnen sind überwiegend älter als 60 Jahre, und es existiert keine nennenswerte Nachwuchsgeneration.

Als die zwei wichtigsten Strömungen in der Partei gelten die Nostalgiker bzw. Stalinisten (repräsentiert von Marta Semelová, Stanislav Grospič, Václav Exner) und die Pragmatiker (Parteivorsitzender Vojtěch Filip, Petr Braný). Die dritte, demokratisch-sozialistische Richtung ist eher gespalten und individualisiert (Jiří Dolejš, Vlastimil Balín, Miloslav Ransdorf). Die StalinistInnen verteidigen vor allem die Vergangenheit und lehnen den heutigen Kapitalismus zutiefst ab. Die PragmatikerInnen wollen vor allem eigene Wirtschafts- und Machtinteressen und die Interessen der mit der Partei verbundenen UnternehmerInnen durchsetzen; dies lässt sich durchaus mit radikalen Parolen für die Mitgliederbasis kombinieren. Die demokratischen Sozialisten versuchen, eine neue Politik für die Linke des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

Der innerparteilichen Diskussion dient die Parteizeitung *Haló noviny*. Dieses Blatt gehört aber eher zum nostalgischen Flügel der KSČM. Linksemanzipatorische, demokratisch-sozialistische und gegenüber dem Staatssozialismus kritische Meinungen werden dort nicht oft publiziert. *Haló noviny* veröffentlicht auch keine Kritik an der Politik der KSČM und ihren FunktionärInnen. Ab und zu werden sogar nationalistische, stalinistische, autoritäre und homophobe Artikel gedruckt (z. B. Artikel von Jan Minář, Pavel Sirůček, Václav Jurn, Jaroslav Doubrava). Viele Artikel beinhalten auch sexistische Vorurteile.²⁰

Viel über die Innenkultur der Partei geben die folgenden Ereignisse preis: Im Jahre 2007 versuchte die KSČM, ihren Sitz im Stadtzentrum von Prag zu verkaufen. Der damalige stellvertretende Vorsitzende für die Finanzen hatte einen für die KSČM ungünstigen Vertrag mit einer Firma unterschrieben. Offen blieb, ob er davon finanziell profitierte oder ob er lediglich nicht über genug Verhandlungserfahrung verfügte. Die Parteiführung stornierte den Vertrag, musste aber danach eine hohe Strafbühne bezahlen. Offensichtlich fehlen die Kontrollmechanismen innerhalb der Partei, um solche Vorkommnisse vermeiden zu können. Das zweite Ereignis geschah im Januar 2009. Die KSČM wählte den Journalisten

20 Vgl. z. B. Václav Jurn: V politice není hlava zbytečná [Der Kopf ist nicht überflüssig in der Politik], in: *Haló noviny*, 19. März 2005, S. 4.

listen Josef Tomáš zum neuen Pressesprecher. Es zeigte sich, dass dieser Anfang der 90er Jahre Verleger der rechtsextremen Zeitung *Politika* war, wo verschiedene rassistische und antisemitische Artikel publiziert worden waren, unter anderem eine Liste von Juden in der tschechischen Politik. Josef Tomáš wurde 1995 zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Diese Tatsache war dem KSČM-Vorstand bei seiner Wahl nicht bekannt. Der Parteivorsitzende versuchte Tomáš sogar vor JournalistInnen zu verteidigen, nach zwei Wochen trat dieser dann aber doch zurück.

Die KSČM definiert sich im Gegensatz zu ihrer Vergangenheit nicht als Arbeiterpartei. Gemessen an ihren WählerInnen ist die KSČM überwiegend eine Rentnerpartei. Diese Menschen waren in ihrem werktätigen Leben nicht allesamt ArbeiterInnen, sondern hatten verschiedene Berufe. Die anderen zwei wichtigen Gruppen der KSČM-WählerInnen sind ArbeiterInnen und Arbeitslose. Die KSČM versucht dennoch, im Namen aller BürgerInnen (oder speziell der Angestellten) zu sprechen. Es existieren darüber hinaus kaum Versuche, die AktivistInnen von sozialen und kulturellen Bewegungen, etwa von ökologischen, feministischen, schwulenpolitischen oder antirassistischen Gruppen zu gewinnen. In diesem Milieu wird die KSČM noch immer als die ehemalige Staatspartei betrachtet, die diese Gruppen diskriminierte. Die KSČM selbst möchte auch nicht die Masse ihrer eigenen WählerInnen aufgrund der Unterstützung dieser eher kleinen und extravaganen Gruppen verlieren.

Die Partei fühlt sich selbst als eine »belagerte Festung«. Ihre Mitglieder und AktivistInnen haben so viel Hass und Diskriminierung erlebt, dass sie sich heute argwöhnisch gegenüber JournalistInnen, Jugendlichen oder anders aussehenden Menschen verhalten. Die KSČM geht mit diesem Problem nicht offensiv um. Die kommunistischen PolitikerInnen müssen vor allem die eigene Partei gegen Vorwürfe zu ihrer Vergangenheit verteidigen. Die Mitgliederbasis will hören, »wie gut alles vor der Wende war«. Die heutige Realität wird in dieser Umgebung mit Pessimismus und Hoffnungslosigkeit betrachtet. Mit einer solchen Rhetorik ist es nur möglich, die VerliererInnen der gesellschaftlichen Transformation anzusprechen, aber dieses »Protestpotential« macht maximal zehn Prozent der Stimmen aus und hat sich bis jetzt stetig verkleinert. Andere gesellschaftliche Gruppen sind mit dieser Rhetorik nicht erreichbar. Es sieht so aus, als ob die KSČM-Führung diese Strategie der zwar begrenzten, aber sicheren Position in der Gesellschaft Mitte der 90er Jahre wählte, weil andere Möglichkeiten zu riskant waren. Eine radikale Überwindung dieser Politik ist eine Überlebensfrage der heutigen KSČM.

Europawahl und Spendenskandal 2009

Der europäische Wahlkampf war von heftigen Kämpfen zwischen der ODS und der ČSSD gekennzeichnet. Die Sozialdemokraten, so nahm man aufgrund von Umfrageergebnissen an, würden als Sieger hervorgehen. Dabei wurde aber ver-

gessen, dass sich deren Wählerschaft für die weniger bedeutsamen Wahlen (Gemeinderats-, Regional- und Europawahlen, d. h. alle außer Nationalwahlen) kaum mobilisieren lässt. Auch wurden die sie von den rechtsstehenden Medien dafür verantwortlich gemacht, dass sie zur Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft den Sturz der konservativen Regierung zu verantworten hatten. Dies wurde als Schlag gegen das Interesse des gesamten Landes angesehen.

Die Sozialdemokraten bzw. ihr Vorsitzender Jiří Paroubek waren während des ganzen Wahlkampfes Zielscheibe für junge rechte AktivistInnen, die Paroubek mit Eiern beschmissen. Die Aktion hieß auf Englisch *egg for Paroubek* (bzw. *Paroub-egg*) und wurde von den großen Medien unterstützt, insbesondere von den rechtsorientierten Zeitungen *Lidové noviny* und *Mladá fronta*, die sogar Anleitungen zum Eierwerfen veröffentlichten. Die Initiative wurde schnell über Facebook organisiert – zu Hochzeiten hatte sie 50 000 Anhänger – und kulminierte fünf Tage vor der Wahl auf der ČSSD-Abschlusskundgebung in Prag. Diese wurde von mehr als 1 000 vorwiegend jungen Menschen angegriffen, die Tausende von Eiern auf sozialdemokratische PolitikerInnen und ParteianhängerInnen warfen. Die Kundgebung wurde nach 20 Minuten abgebrochen. Glücklicherweise griff die Polizei nicht ein und verhinderte damit das Ziel der Organisatoren, die Sozialdemokraten mit Bildern verletzter DemonstrantInnen zu beschädigen. Die KSČM erlebte einen weniger bewegten Wahlkampf und war nicht das Hauptziel des Antikommunismus; stattdessen nahmen die tschechischen Medien und der öffentliche Antikommunismus die ČSSD ins Visier. Nachweislich hatten die antikommunistischen Wahlkämpfe keinen Erfolg bei der Verringerung der Stimmenzahl für die KSČM, aber sie können sehr wohl die Mittelschichten und die mittleren Jahrgänge davon abgelenkt haben, die ČSSD zu wählen.

Bei der Europawahl 2009 siegte die ODS mit 31,45 Prozent, die ČSSD nahm mit 22,38 Prozent den zweiten Platz ein, die KSČM erreichte mit 14,18 Prozent und vier Sitzen den dritten Platz – im Jahr 2004 waren es 20,26 Prozent bzw. sechs Sitze gewesen. Die Ergebnisse wurden dennoch nicht als Niederlage beurteilt. Der Parteivorsitz hob hervor, die tschechischen SozialdemokratInnen seien 2004 in einer verzweifelten Lage gewesen, was der KSČM damals einen überdurchschnittlichen Erfolg beschert habe.

Ende September 2009 erlebte die Kommunistische Partei einen beispiellosen Skandal. Ein Redakteur der rechtsgerichteten Zeitung *Mladá fronta Dnes* nahm mit prominenten Mitgliedern der parlamentarischen Parteien Kontakt auf und gab vor, Eigentümer einer Spielkasino-Kette und Anhänger der jeweiligen Partei zu sein. Er bot ihnen eine Unterstützung von 40 000 Euro an, die er aber nicht offen überweisen wolle, und fragte dabei, ob die Abgeordneten der Partei möglicherweise einige Gesetzesänderungen vornehmen könnten. Bei den meisten Parteien stieß er auf Ablehnung – ein Geschenk von 40 000 Euro war offenbar nicht attraktiv genug –, nur die Kommunisten und die neue rechtsgerichtete Partei TOP 09 reagierten positiv. Das Treffen des Redakteurs mit den beiden KSČM-Vorsitzen-

den wurde mit einer versteckten Kamera aufgenommen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Jiří Dolejš, Hauptvertreter der reformfreundlichen, antistalinistischen Tendenz in der Partei, und der Vorsitzende für Wirtschaftsfragen waren bereit, mit ihm zu verhandeln. Sie stimmten sogar darin überein, dass die Unterstützung über eine Anzeige in der Parteizeitung *Haló noviny* getätigt werden solle, wobei sie ihm jedoch keine wesentlichen Änderungen der Gesetzesvorlage versprachen. Die großen Medien berichteten über den Fall als ein Beispiel für Korruption, und der Parteivorsitzende Vojtěch Filip musste zurückzutreten. Jiří Dolejš wurde sogar vom Parteivorsitzenden gebeten, sein Mandat niederzulegen. Am

17. Oktober wählte der ZA der Partei einen neuen Vizevorsitzenden. Jana Bystricka, die längere Zeit krank gewesen war, wurde durch die Abgeordnete Miroslava Vostra abgelöst. Jiří Dolejš wurde durch einen Vertreter des Nostalgiker-Flügels, den Abgeordneten Stanislav Grospic, ersetzt; Nachfolger von Cenek Milota wurde der Stalinist Josef Skala. Die Wahl Skalas galt als Überraschung und als Beweis einer Tendenz hin zu nostalgischen, kompromisslosen Positionen.

Die Partei des demokratischen Sozialismus und andere kleine linke Gruppierungen

Als Folge der internen Krise der Kommunistischen Partei in der ersten Hälfte der 90er Jahre entstanden einige Splitterparteien. Der ernsthafteste Versuch, eine politische Linke jenseits von KSČM und ČSSD zu gründen, wurde 1993 von der Mehrheit der kommunistischen Abgeordneten mit der Gründung der Partei *Linker Block* unternommen (der Name war der, mit dem sich die KSČM 1992 zur Wahl gestellt hatte). Diese Partei hatte jedoch bei der Wahl 1996 keinen Erfolg und schloss sich später mit einer anderen KSČM-Abspaltung, der *Partei der demokratischen Linken* zur neuen *Partei des demokratischen Sozialismus* (SDS), zusammen. In den ersten Jahren ihres Bestehens orientierte sich die Partei an der ČSSD. Da diese aber keinerlei Interesse an einer Kooperation erkennen ließ, orientiert sie sich seit 2002 an der KSČM. In den ersten Jahren ihrer Existenz versuchte die Partei auch, Wahlen eigenständig zu bestreiten. Aufgrund der mageren Wahlergebnisse verzichtet sie aber seit 2004 auf eigenen Wahllisten und stellt ihre Mitglieder auf den Listen der KSČM auf.

Tabelle 2: SDS-Wahlergebnisse von der Parteigründung bis 2009²¹

Art der Wahl	Stimmen	Prozente
2000 (regional) ²²	950	0.04 Prozent (in der Region Vysocina: 0.67 Prozent)
2002 (Nationalparlament) ²³	475	0.00 Prozent (in der Region Prag: 0.08 Prozent)
2004 (Europaparlament)	1.709	0.07 Prozent
2006 (Nationalparlament)	Die SDS kandidierte nicht, ihre erfolglose Kandidatin Anna Opitzova erhielt den 13. Listenplatz der KSČM, die ersten drei Listenplätze waren erfolgreich.	
2009 (Europaparlament)	Die SDS kandidierte nicht, ihre beiden erfolglosen Kandidaten Jiří Hudeček und Ledl Lubomír erhielten den 9. bzw. 15. Listenplatz der KSČM, die ersten vier Listenplätze waren erfolgreich.	

Die bei Gemeinderatswahlen von Parteienbündnissen gewonnenen Sitze, an denen die SDS teilnahm, verringerten sich ebenfalls – 1998: 84 Sitze; 2002: 44 Sitze; 2006: 26 Sitze. Allerdings wurde nach den Gemeinderatswahlen 2002 das prominente Parteimitglied Vladimír Farana zum Bürgermeister von Orlova (Nordmähren, Bevölkerung 35.930) als Kandidat einer Koalition aus KSČM, ČSSD und dem *Linken Block* (örtliche Bezeichnung der SDS) gewählt. Er hatte sein Amt bis 2006 inne.

Die Erfolglosigkeit der Partei bei den Wahlen ist nicht nur durch ihre mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung oder die ausbleibende Unterstützung durch die Medien zu erklären. Andere, ähnlich kleine Parteien haben besser abgeschnitten. Ausschlaggebend bei den kleinsten Parteien ist der Name, da viele WählerInnen vor ihrer Wahlentscheidung einfach die Liste der aufgestellten Parteien durchlesen. Der Name *Partei des demokratischen Sozialismus* hat sich für die tschechischen WählerInnen als am wenigsten attraktiv gezeigt, denn es gibt immer noch eine Polarisierung der beiden Gruppen, die sich jeweils mit *Demokratie* bzw. mit *Sozialismus* identifizieren: Die Anhänger der »Demokratie« ver-

21 Quelle: www.volby.cz; abgerufen am 29.11.2009.

22 Die Partei stellte sich nur in einer der 13 Regionen auf: Vysočina.

23 Die Partei stellte sich nur in einer der 14 Regionen auf: Prag.

weigern der Partei wegen des Wortes »Sozialismus« ihre Stimme, die des »Sozialismus« das Gleiche wegen des Wortes »Demokratie«.

Parteivorsitzender der SDS war seit 1998 der Biologe Jiří Hudeček, er wurde 2001 durch Milan Neubert ersetzt. Die SDS hat keine hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ihr jährlicher Haushalt beträgt etwa 2 000 Euro. Ein außergewöhnlich starkes Engagement legte die Partei bei der Gründung der *Partei der europäischen Linken* an den Tag: Sie war Gründungsmitglied und Organisatorin des Gründungsparteitages der Europäischen Linken in Prag 2007.

Das KSČM zeigt ein gewisses Interesse an einer Zusammenarbeit mit der SDS. 2008 durfte ihr Parteivorsitzender auf dem KSČM-Kongress reden, dies galt aber auch für einen Vertreter der betonverdächtigen *Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*. Jedoch ist die Kommunistische Partei nicht bereit, SDS-Mitglieder auf aussichtsreichen Listenplätzen aufzustellen, da sie sich bewusst ist, dass SDS-KandidatInnen keine zusätzlichen WählerInnen bringen. Ein Beweis war die Europawahl 2009, bei der die Listenrangfolge durch Ankreuzen einzelner Namen beeinflusst werden konnte. Die SDS rief auf ihrer Website auf, zugunsten ihrer eigenen Kandidaten zu stimmen, daraus ergab sich aber kein wesentlicher Vorteil für diese. Eine Ausnahme bilden die Gemeinderatswahlen, wo es auf der KSČM-Liste regelmäßig eine Handvoll gewählter SDS-Mitglieder gibt.

Die SDS hat auch zusammen mit den KommunistInnen und einigen SozialdemokratInnen die *Konferenz linke Einheit* gegründet. Das Projekt wurde aber nach zwei Jahren wieder fallengelassen, da die Sozialdemokraten kein besonderes Interesse daran zeigten.

Der eigentliche Einfluss der SDS liegt aber eher in den intellektuellen Fähigkeiten ihrer Mitglieder. Manche, wie etwa Milan Neubert oder Jiří Hudeček, sind in der breiteren tschechischen Linken hochangesehen, andere, wie Jiří Málek und Milan Ledl, verfügen über ausgesprochen organisatorische Fähigkeiten. Die rund 200 SDS-Mitglieder sind im Schnitt auch etwas jünger als die Mitglieder der KSČM: Ihr Durchschnittsalter wird auf etwa 60 geschätzt, das der KommunistInnen auf jenseits der 70.

Die tschechischen StalinistInnen sind nicht nur in der KSČM präsent, sondern haben auch zwei eigene Parteien: die *Kommunistische Partei der Tschechoslowakei* unter Führung des bis 1989 amtierenden Prager KSČ-Vorsitzenden Miroslav Štěpán – hier finden sich frühere Regimefunktionäre wieder –, und die *Kommunistische Partei der Tschechoslowakei/Tschechoslowakische Arbeiterpartei*. Deren Vorsitzender ist der frühere Geheimpolizeioffizier Ludvík Zifčák, dessen Rolle bei den Ereignissen des 17. November 1989 bis heute ungeklärt ist. Diese Partei (eher eine Kleingruppe) hat etwas jüngere Mitglieder und ist hauptsächlich in Nordmähren aktiv. Beide Parteien treten nicht zur Wahl an. Die tschechischen TrotzkiistInnen sind durch die Gruppen *Sozialistische Solidarität*, *Sozialistische Arbeiterorganisation*, *REVO – Revolutionäre Gruppe der Jugend* sowie die *Sozialistische Alternative Zukunft* vertreten. Keine dieser Gruppen hat mehr als ein

Dutzend AnhängerInnen. Am aktivsten ist die Sozialistische Solidarität, die durch ihr Engagement gegen Militärstützpunkte an Einfluss gewinnen konnte.

Anhang

Ergebnisse der Parlamentswahlen am 28./29. Mai 2010

	Ergebnis	Stimmen	Sitze
ČSSD (SozialdemokratInnen)	22,08 Prozent	1.155.267	56
ODS (Bürgerliche)	20,22 Prozent	1.057.792	53
TOP 09 (Rechtsliberale)	16,40 Prozent	873.833	41
KSČM (KommunistInnen)	11,27 Prozent	589.765	26
VV (Öffentliche Angelegenheiten)	10,68 Prozent	569.127	24

Ergebnis der KSČM: Die KSČM hat ihr Ergebnis von 2006 mit leichten Verlusten (insgesamt 90 000 Stimmen weniger, 2006: 12,81 Prozent) in etwa halten können, wobei die strukturellen Probleme noch deutlicher geworden sind:

- in der Hauptstadt Prag (6,53 Prozent) schnitten die KommunistInnen weit unter ihrem Landesdurchschnitt ab;
- es gibt keine ausgesprochenen Hochburgen, außer in Prag schwanken die Ergebnisse in den Bezirken zwischen 10 und leicht über 13 Prozent;
- bei den Erst- und JungwählerInnen schnitt die Partei sehr schlecht ab;

Linke Parteien gesamt: Während vor einem Jahr bei den Regionalwahlen in den Bezirken (ohne Prag) noch eine zahlenmäßige Mehrheit von ČSSD und KSČM erreicht wurde, liegen die sich links verstehenden und ausrichtenden Parteien nunmehr weit hinter der bürgerlichen Mehrheit zurück. Zusammen kamen ČSSD, KSČM und SPOZ auf knapp 38 Prozent.

Frauen: Unter den 200 Abgeordneten sind 44 Frauen. Am besten schneidet die KSČM ab (11 Frauen, 15 Männer), am schlechtesten die ČSSD (5 Frauen, 51 Männer).

Auf der Suche nach Einheit – Linke in der Türkei

Einleitung

Die politische Linke in der Türkei wurde nach dem Militärputsch im Jahre 1980 zerschlagen. Versuche, sich nach 1989 neu zu organisieren, führten zur Gründung einer großen Zahl von kleinen Gruppen und Parteien, die sich untereinander nicht vertragen konnten. Immer wieder wurden die ohnehin kleinen Gruppen weiter gespalten. Es entstand eine extrem fraktionierte linke Szene. Die Linken, die sich dieser Fraktionierung immer bewusst waren, waren stets bestrebt, die immer kleiner werdenden Gruppen wieder zusammenzuführen und somit die Linke wieder erstarken zu lassen. Dennoch spitzte sich die Lage zu, und im Jahr 2009 scheiterte schließlich die Partei der Freiheit und Demokratie (ÖDP – *Özgürlük ve Demokrasi Partisi*), das bis dahin erfolgreichste Beispiel linker Fusionsprojekte. Im selben Jahr erfolgte auch das Verbot der kurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP – *Demokratik Toplum Partisi*). Somit wurde 2009 zu einem Jahr des Scheiterns und der Niederlagen. Aber das Jahr 2009 gab vielen linken Akteuren, die den Moment der Krise positiv zu nutzen suchten, auch Gelegenheiten zu Neuorganisation und neuen Gruppierungen.

Die ÖDP spaltete sich im Sommer 2009 nach innerparteilichen Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite stand eine Gruppe von Parteimitgliedern, die sich um den ehemaligen Parteivorsitzenden und den einzigen sozialistischen Abgeordneten im türkischen Parlament, Ufuk Uras, gesammelt hatte. In Opposition zu ihr stand die neue Parteiführung, vor allem die Gruppe *Revolutionäre Solidarität*.

Zuvor, Anfang 2009, war Ufuk Uras bei einem außerordentlichen Parteitag abgewählt worden. Während Uras und die Mitglieder der Freiheitlichen Linken (*Özgürlükçü Sol*) kurz darauf aus der Partei austraten und die Gruppe Bewegung der Freiheitlichen Linken (ÖSH – *Özgürlükçü Sol Hareket*) gründeten, organisierte sich die Rest-ÖDP in Juni 2009 bei ihrem ordentlichen Parteitag neu.

Eine weitere problematische Entwicklung im Jahre 2009 war das Verbot der kurdischen DTP durch das türkische Verfassungsgericht am 11. Dezember. Damit wurde die gut organisierte und in Grundzügen links orientierte kurdische Bewegung zunächst einmal aus dem Parlament hinausgedrängt.

Die Sozialdemokratie ist bereits seit Jahren gespalten. Die größere Republikanische Volkspartei (CHP – *Cumhuriyet Halk Partisi*), die sich nach wie vor als sozialdemokratisch beschreibt und in ihrer Eigenschaft als einziges Mitglied der Sozialistischen Internationale aus der Türkei auch international als eine sozialde-

mokratische Partei angesehen wird, orientierte ihre politische Ausrichtung immer mehr in Richtung einer nationalistisch-staatsautoritären Politik.

Die kleinere Sozialdemokratische Volkspartei (SHP – *Sosyal Demokrat Halk Partisi*) dagegen entwickelte sich politisch weiter nach links und beteiligte sich an der Gründung einer neuen Linkspartei zusammen mit ÖSH und anderen linken Gruppen und Persönlichkeiten.

Die ÖDP bricht auseinander

Schon seit Jahren hatten heftige Debatten um die politische Richtung und Strategie die ÖDP erschüttert, die Mitglied der Europäischen Linken ist. 2008 schließlich spitzte sich der Richtungsstreit zu.

Ufuk Uras, der bis zum außerordentlichen Parteitag Vorsitzender der Partei war, beklagte sich öffentlich über die »Nationalisten in der Partei«¹. Die Fraktion *Revolutionäre Solidarität* hingegen kritisierte ihn vor den Mitgliedern des außerordentlichen Parteitages mehrmals wegen der Sondierungsgespräche mit anderen linken und kurdischen Gruppen. Ufuk Uras strebte mit diesen Gesprächen die Gründung einer Dachpartei an, in der diese Gruppen zusammengeführt werden sollten.

Auch der Fall Ergenekon stellte die Partei vor eine schwierige Aufgabe. Bei diesem Fall geht es um eine Geheimorganisation, die mehrere Putschversuche unternommen hat und für mehrere ungeklärte politische Morde verantwortlich sein soll. Dutzende Offiziere der türkischen Armee sowie Polizisten, Intellektuelle, Juristen und Journalisten wurden bereits verhaftet.²

Die Fraktion *Freiheitliche Linke* in der ÖDP um Ufuk Uras forderte eine kompromisslose Aufklärung. Sie unterstützte die Aktionen der Sicherheitskräfte gegen Ergenekon. Die *Revolutionäre Solidarität* hingegen weigerte sich, in diesem Fall Partei zu ergreifen. Sie sah den Prozess um Ergenekon als einen »Kampf der Herrschenden untereinander« und lehnte es ab, sich zu einem Teil »dieses Kampfes der systeminternen Kräfte« zu machen.

Mit der globalen Finanzkrise, die seit September 2008 auch die Türkei in Mitleidenschaft gezogen hatte, verschärfte sich zudem die Debatte darum, ob Demokratisierung oder Anti-Kapitalismus im Vordergrund der Parteiarbeit stehen sollten.

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der ÖDP, Saruhan Oluc, betonte, dass es eine Linke gebe, die den Kampf »sowohl gegen den allgemeinen Nationa-

1 Tehdit altında olan cumhuriyet değil, 12 Eylül rejimi [Bedroht wird nicht die Republik, sondern das Regime des 12. Septembers], Interview mit Nuriye Akman, ZAMAN, 13. Juli 2008.

2 Für ausführlichere Information zum Thema Ergenekon vgl. Cem Sey: ÖDP – Eine türkische Linkspartei zwischen Patriotismus und Liberalismus, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 165-166.

lismus in der Gesellschaft als auch gegen nationalistische Tendenzen unter den Linken«³ für wichtig halte, und eine andere Linke, die diesen Kampf »für unwichtig hält, und unter den aktuellen Bedingungen die Bekämpfung der Regierungspartei AKP mit allen Mitteln in den Vordergrund« stelle.⁴ Oluc kritisierte seine ehemaligen Parteifreunde, weil sie, seiner Meinung nach, »keinen Unterschied sehen zwischen der gewählten Regierung und den Kreisen, die diese Regierung durch einen Militärputsch zum Sturz bringen wollen«⁵.

Der Streit zwischen der *Freiheitlichen Linken* und der *Revolutionären Solidarität* endete zunächst am 1. Februar 2009 mit der bereits erwähnten Entmachtung Ufuk Uras' anlässlich des außerordentlichen Parteitages, an dem die Gruppe *Revolutionäre Solidarität* die Unterstützung einer knappen Mehrheit der Delegierten sichern konnte. An Stelle von Ufuk Uras wurde sein Vorgänger Hayri Kozanoglu erneut zum Vorsitzenden gewählt und beauftragt, die Partei bis zum ordentlichen Parteitag zu führen.

Kurz vor diesem ordentlichen Parteitag traten Ufuk Uras und die ÖSH-Mitglieder aus der ÖDP aus. Uras erklärte den Austritt während einer Pressekonferenz im türkischen Parlament. »Wir weisen auf die Dringlichkeit einer historischen Zusammenkunft aller gesellschaftlichen Schichten und betroffenen Bürger hin, die von allen Unterdrückungs-, Unterwerfungs- und Ausbeutungsformen der herrschenden Ordnung benachteiligt werden«, sagte er und wies darauf hin, dass im Bewusstsein dieses Bedürfnisses verschiedene Initiativen gestartet wurden, die jedoch erfolglos blieben. »Wir konnten mit vielen unserer Freunde, mit denen wir lange Jahre zusammenstanden und Schulter an Schulter gekämpft haben, keine gemeinsamen Lösungsansätze entwickeln«. Das habe dazu geführt, dass sich die ÖDP entlang der Sollbruchstellen unterschiedlicher Analyseansätze und Lösungsstrategien spaltete. »Wir haben gesehen, dass es aus diesem Dilemma keinen Ausweg gab, und beschlossen, anstatt den innerparteilichen Wettbewerb weiterzuführen, ihn zu beenden«, gab Uras bekannt.⁶

Bedingt durch die Abspaltung verließen 28 Vorstandsmitglieder die ÖDP, nahezu die Hälfte des Parteivorstandes. Es bleibt unklar, welche Auswirkungen die Spaltung innerhalb der Parteibasis hatte. Deutlich wurde nur, dass auch große Teile der Basis die ÖDP verließen. Es ist anzunehmen, dass sowohl die Parteiorganisation als auch die Parteibasis ungefähr zur Hälfte auseinanderbrachen, was die Rest-ÖDP zunächst vor große organisatorische Herausforderungen stellte.

Die ÖDP nutzte schließlich den ohnehin bevorstehenden ordentlichen 6. Parteitag vom 21. bis 22. Juni 2009 für den Startschuss zur Neuorganisation der Partei. Dieser Prozess dauert gegenwärtig noch an.

3 Im Interview mit dem Autor am 27. Oktober 2009 in Istanbul.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

6 Presseerklärung des Abgeordneten Ufuk Uras am 17. Juni 2009 im türkischen Parlament.

Revolutionäre Rhetorik

Nach der Spaltung der ÖDP waren zwischen Rest-ÖDP und zwei weiteren linken Parteien, der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP – *Türkiye Komünist Partisi*) und der Partei der Arbeit (EMEP – *Emek Partisi*), entspanntere Beziehungen auszumachen. Ausschlaggebend für diese neue Harmonie schienen Ähnlichkeiten der Methoden bei der Analyse der Probleme des Landes zu sein. Alle drei Parteien räumen in ihren Analysen zu Entwicklungen in der Türkei sowohl sozio-ökonomischen Faktoren als auch dem Klassenkampf eine entscheidende Rolle ein. Revolutionäre Klassenkampfrhetorik steht daher bei allen drei Parteien im Vordergrund. Laut Erklärungen und Aktionen der Parteien präsentiert sich folgendes noch recht unscharfe Bild:

Die linken Gruppierungen, die in der ÖDP verblieben, stehen der TKP und der EMEP ideologisch näher. Der ÖSH, die sich im Juni 2009 von der ÖDP getrennt hatte, standen sie nie so nah. Deshalb kommen diese drei linken Parteien mittlerweile bei Aktionen öfter zusammen, als das in der Vergangenheit der Fall war. So riefen sie im September 2009 gemeinsam zu Demonstrationen gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds IWF in Istanbul auf.⁷ Ende November 2009 veröffentlichten sie gemeinsam mit zwei weiteren kleinen revolutionären Parteien eine gemeinsame Erklärung, mit der sie einen Streik im öffentlichen Dienst gegen nahezu jedwede soziale Ungerechtigkeit unterstützten.⁸

In der sich einmütig als »revolutionär« beschreibenden linken türkischen Szene gibt es demnach augenscheinlich Bedarf nach einer solchen Annäherung. Als Ausdruck dieses neuen Kooperationsbedürfnisses kann die Facebook-Seite »tkp,emep,ödp,dsip,kp,dip,sdp,esp,ehp birleşsin«⁹ gewertet werden. Auf dieser Seite des sozialen Netzwerkes rufen Revolutionäre verschiedener Gruppen zur »Vereinigung« auf, und zwar nicht nur von Mitgliedern der ÖDP, der TKP und der EMEP, sondern sie appellieren auch an sechs weitere revolutionäre, gleichgesinnte Parteien.

Das DTP-Verbot

Kurz vor Jahresende, am 11. Dezember 2009, wurde, wie in der jüngeren türkischen Geschichte schon reihenweise geschehen, eine linke Partei verboten. Diesmal traf es die kurdische DTP, die durch ein einstimmiges Urteil des türkischen Verfassungsgerichts verboten wurde. 37 Aktivistinnen und Aktivisten der Partei,

7 Vgl. <http://english.sol.org.tr/news/turkey/tkp-odp-and-emep-were-taksim-protesting-imf-874>; abgerufen am 20.12.2009.

8 Vgl. http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=1505&tipi=2&sube=0; abgerufen am 20.12.2009.

9 <http://www.facebook.com/group.php?gid=30657906018&v=wall>; abgerufen am 20.12.2009.

darunter auch der Vorsitzende der Partei, Ahmet Türk, wurde von den Behörden für eine Dauer von fünf Jahren jegliche politische Betätigung untersagt.¹⁰

Das Urteil stellte nicht nur für die kurdische Minderheit und ihre politischen Vertreter einen schweren Schlag dar, sondern für den gesamten Demokratisierungsprozess der Türkei. Bis dahin war die zuvor legal operierende DTP von der in der Türkei illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK – *Partiya Karkeren Kurdistan*) dominiert worden. Die DTP hatte sich in den letzten Jahren mehr und mehr zur parlamentarischen Vertreterin der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung in der Türkei entwickelt. Sie war im türkischen Parlament mit 21 Abgeordneten in Fraktionsstärke vertreten. Politisch trat die DTP vorrangig für die Beendigung des Krieges zwischen der türkischen Armee und der PKK sowie für gleiche Rechte für die Kurdinnen und Kurden in der Türkei ein. Das Verbot durch das Verfassungsgericht, so wurde vielfach gedeutet, sei der Versuch, die kurdische Politik aus dem legalen Rahmen der Türkei zu verdrängen.

Türkische Linke hatten die DTP in der Vergangenheit selbst oft kritisiert. Sie warfen ihr vor, dass sich ihre Mitglieder nur um kurdische Belange kümmerten und andere Probleme des Landes, allen voran gemeinsame Probleme von Türken und Kurden wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, zu vernachlässigen. Die DTP-Führung bestritt diese Vorwürfe stets und erklärte sich demonstrativ zur Kooperation in diesen Fragen bereit, wobei sie darauf beharrte, dass diese landesweite Problematik ohne die Lösung der Kurdenfrage unlösbar bleiben werde.¹¹

Bis zum Militärputsch 1980 hatten die Kurdinnen und Kurden in der Türkei fast ausschließlich linke türkische Parteien unterstützt. Nach dem Putsch trennten sich jedoch die Wege der türkischen und kurdischen Linken. Nach mehr als 25 Jahren Krieg war in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Linken beider Bevölkerungsgruppen wieder aufeinander zu gehen.

Doch der Annäherungsprozess der ethnisch gespaltenen Lager ist langsam und schwierig. Die Vorurteile auf beiden Seiten sind groß und doch gleichartig. So unterstellen beide Seiten, dass die andere Seite jeweils »nationalistisch« motiviert sei. Fakt ist, dass es in der Tat auf beiden Seiten Nationalisten gibt. Ein weiterer Stolperstein der Annäherung ist zudem die zahlenmäßige Überlegenheit der kurdischen Linken gegenüber der schwindenden Anzahl der türkischen Linken. Dies verursacht Misstrauen unter den türkischen Linken. Gleichzeitig demotiviert nach Meinung des ehemaligen Vorsitzenden der DTP, Ahmet Türk, die Erfolglosigkeit der türkischen Linken die kurdischen Linken bezüglich eines organisatorischen Zusammengehens.¹²

So widersprüchlich es auch erscheint: Das Verbot der DTP könnte neue Chancen eröffnen, um die Trennung der Linken beider Bevölkerungsgruppen zu überwinden. Das zumindest hoffen Akteure beider Seiten. Ahmet Türk, der auf richter-

10 Der gesamte Text zur Begründung des Verbots, vorgetragen vom Vorsitzenden des türkischen Verfassungsgerichts, auf Türkisch: <http://www.haberform.com/haber/flas-dtp-kapatildi-38175.htm>; abgerufen am 20.12.2009.

11 Ahmet Türk, im Interview mit dem Autor am 4. November 2009 in Istanbul.

lichen Beschluss hin aus der aktiven Politik verbannt wurde, erklärte, dass die übrigen Abgeordneten seiner Partei, einer anderen Partei, der Partei für Frieden und Demokratie (BDP – *Baris ve Demokrasi Partisi*), nach dem Verbot beigetreten seien und dort weiterhin aktiv seien.¹³ Auch der ehemalige ÖDP-Abgeordnete Ufuk Uras erklärte, dass er der BDP beigetreten sei, um dieser Partei zu ermöglichen, Fraktionsstärke zu erreichen, da durch das Verbot der politischen Betätigung für zwei Abgeordnete die Fraktionsgründung gefährdet worden war.¹⁴

Bei den Versuchen zur Überwindung der Trennung türkischer und kurdischer Linker könnte die Haltung der BDP insbesondere in der Gewaltfrage eine Schlüsselrolle spielen. Denn nach Meinung von Beobachtern würde ein Zusammengehen türkischer Linkspolitiker mit kurdischen Linken erst dann praktikabel sein, wenn die BDP den lang gehegten Forderungen zahlreicher türkischer Linker und Intellektueller nachkommt: nämlich der Gewalt als Mittel der Problemlösung im politischen Leben abzuschwören und eine Partei für alle Bürgerinnen und Bürger zu werden, nicht nur der Kurdinnen und Kurden.¹⁵ In einer Erklärung zum Verbot der DTP von 24 türkischen Intellektuellen, die in der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit positive Resonanz hervorrief, wurde dies erneut deutlich.¹⁶ Nachdem diese Erklärung auch von ehemaligen kurdischen DTP-Abgeordneten öffentlich positiv bewertet wurde, besteht nun Grund zur Annahme, dass der Annäherungsprozess in der Zukunft intensiviert werden könnte.

Krise der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie in der Türkei entsprach nie dem, was in Europa gemeinhin unter Sozialdemokratie verstanden wurde und wird. Als Sozialdemokraten wurden in der Türkei jahrzehntelang vornehmlich Mitglieder der von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründeten *Republikanischen Volkspartei* (CHP) bezeichnet, die sich in den 60er Jahren selbst zu einer sozialdemokratischen Partei zusammengefunden hatten. Ab diesem Moment nahm sich die CHP, die ursprünglich nationalistisch-autoritär orientiert gewesen war, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen erstarkte Sozialdemokratie zum Vorbild. Die CHP und ihr damaliger Arbeitsminister Bülent Ecevit haben bei der Erweiterung des gesetzlichen

12 Ebenda.

13 Vgl. <http://www.superpoligon.com/haber/14385>; abgerufen am 20.12.2009.

14 Vgl. <http://haber.mynet.com/detay/politika/ufuk-uras-bdpye-katiliyor/485802>; abgerufen am 20.12.2009.

15 Vgl. BDP Türkiye partisi olabilir mi? (1) [Kann die BDP eine Partei der Gesamttürkei werden?], Delil Karakocan, Günlük, 26. Januar 2009, <http://www.gunlukgazetesi.net/haber.asp?haberid=87086>; Kapatilmamali, yeniden kurulmalı [Sie sollte nicht verboten, sondern neugegründet werden], Yasemin Congar, Taraf, 10. Dezember 2009, <http://taraf.com.tr/makale/8954.htm>, Sen Dogru Bildigini Söyle, Yaz, Yap [Du sollst sagen, schreiben, tun, was du für richtig hältst], Aydin Engin, t24, 15. Dezember 2009, <http://t24.com.tr/content/authors.aspx?article=1325&author=13>.

16 Çözümün adresi TBMM'dir [Die Lösung liegt bei der Großen Nationalversammlung der Türkei], Gemeinsame Erklärung von 24 türkischen Intellektuellen, Dezember 2009.

Rahmens der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt. Das Gesetz, das 1963 zur Anerkennung des Streikrechtes führte, trägt die Unterschrift von Ecevit.

Doch mit Beginn der 70er Jahre, vor allem aber nach der Erstarkung weiterer sozialistischer Bewegungen im Lande, wandte sich die Partei allmählich von der bewährten sozialdemokratischen Linie ab und rekurrierte wieder auf die alten nationalistisch-autoritären Denkstrukturen. Insbesondere nachdem die Türkei unter der Führung der islamistischen Regierung der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP – *Adalet ve Kalkınma Partisi*) Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnahm und in schwindelerregendem Tempo demokratische Reformen durchführte, begann die CHP damit, die alten Staatsstrukturen und den Status quo im Land gegen die von Brüssel angeregten Reformen zu verteidigen.

Diese rückwärtsgewandte Entwicklung, die einherging mit einem auf den Parteichef Deniz Baykal fixierten Führungsstil, befremdete eine Vielzahl von Parteimitgliedern, die von den sozialdemokratischen Ideen nach wie vor überzeugt waren. Es setzte ein Zersetzungsprozess ein.

Heute geriert sich die CHP oft als lockere Verbündete der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP – *Milliyetçi Hareket Partisi*). Sie erstickt jeglichen Versuch im Keim, die Kurdenfrage friedlich zu lösen und der kurdischen Bevölkerung gleiche Rechte zu gewähren. Die CHP unterstützt die türkische Militärführung und sieht in ihr einen Garanten des Staates und des laizistischen Systems. Zudem lehnt sie eine Armeereform ab. Zuletzt setzte sich der CHP-Abgeordnete und ehemalige türkische Botschafter in Deutschland, Onur Öymen, sogar offen für Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung ein, mit dem Hinweis, dass auch in den 30er Jahren der Staat gegen alewitisch-kurdische Aufständische mit Gewalt vorgegangen sei, und damals »niemand auf die Tränen der Mütter« achtgegeben habe.¹⁷ Diese Äußerungen lösten in der CHP eine weitere breite Unmutswelle aus. Viele, vor allem alewitsche Mitglieder, verließen aus Protest die CHP.

Eine weitere sozialdemokratische Partei, die *Sozialdemokratische Volkspartei* (SHP) schlug unterdessen den entgegengesetzten Weg ein und entwickelte sich zu einer linken sozialdemokratischen Partei. Frei wurde der Weg dafür, nachdem der ehemalige Vizepremier und Vorsitzende der Partei, Murat Karayalçın, aus der SHP austrat. Karayalçın kandidierte als CHP-Bürgermeisterkandidat in der Hauptstadt Ankara. Nachdem die ÖSH die ÖDP verlassen hatte, beteiligte sich die SHP-Führung auch bei der Gründung einer neuen Linkspartei.

17 Rede von Onur Öymen vor dem türkischen Parlament anlässlich der Debatte über die von der Regierung geplanten Reformen zur Lösung der Kurdenfrage, 10. November 2009, Ankara, <http://www.tbmm.gov.tr/tutanak/donem23/yil4/bas/b015m.htm>.

Die neue linke Partei: Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP)

Nach dem Verlassen der ÖDP warb Ufuk Uras Anfang Juli 2009 bei einem Treffen von Sozialisten, linken Sozialdemokraten und linken Aktivisten um die Gründung einer neuen linken Partei. Bei diesem Treffen wurde eine Kontaktgruppe gegründet, die andere linke Gruppen ansprach, um die Gründung einer neuen linken Partei vorzubereiten, weitere Treffen in anatolischen Städten zu organisieren und die Idee einer neuen Linkspartei zu diskutieren.

Drei Mal wurde die Kontaktgruppe erweitert, um die Initiativen während der Vorbereitungsphase auf möglichst breiter Basis anlegen zu können. Die Gruppe verfasste einen Rahmentext, der die Grundlagen einer neuen linken Partei festlegte.

Die Initiatoren dieser Bewegung waren neben der ÖSH die SHP und die sogenannte *Bewegung des 10. Dezember*, die eine Ansammlung linker Persönlichkeiten und Gewerkschafter darstellt. Eine wichtige Gruppierung unter den Initiatoren war zudem eine Gruppe unabhängiger linker Intellektueller. Die neue linke Partei wurde offiziell am 9. März 2010 unter dem Namen Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP – *Esitlik ve Demokrasi Partisi*) gegründet.

Dieser Parteigründungsprozess stieß zwar vor allem in linksintellektuellen Kreisen auf Interesse, aber frei von Spannungen blieb er dennoch nicht. Vor allem eine Debatte loderte immer wieder auf:

Manche Initiatoren sprachen sich dafür aus, dass die Vertreter der drei Gruppen in der Kontaktgruppe – also ÖSH, Bewegung des 10. Dezember und SHP – die neue Partei in einem schnellen Prozess aufbauen sollten. Ihrer Meinung nach sollten diese Gruppen in den Parteigremien gleichberechtigt vertreten werden. Andere Initiatoren dagegen – vor allem die als Einzelpersonen beteiligten Intellektuellen – wollten, dass zunächst die Ergebnisse einer landesweiten Debatte abgewartet werden. Sie lehnten die Bildung von Parteigremien durch die beteiligten Gruppen mit dem Argument ab, unter diesen Umständen könne man von keiner »neuen« Partei sprechen. In der Gründungsphase wurde stets zugunsten der letzteren Vorgehensweise entschieden.

In den türkischen Medien wurde die neue Initiative überwiegend positiv bewertet, was von Beobachtern als diffuse gesellschaftliche Erwartungshaltung interpretiert wurde. Die ÖDP allerdings kritisierte den Prozess der Parteigründung – insbesondere die Rolle der ÖSH in diesem Prozess. Der gegenwärtige Vorsitzende der ÖDP, Alper Tas, verlied dieser Kritik in einer Rede vor Delegierten des 6. Parteitages Ausdruck: »Es mag sein, dass dieses Land eine sozialdemokratische Partei benötigt. Aber kann es wirklich die Aufgabe der Sozialisten sein, diese Partei zu gründen?«¹⁸ Kritik gab es jedoch auch von anderen linken Gruppierungen. So warfen deren Aktivisten der neuen Initiative vor, den Sozialismus zu verraten,

18 <http://www.tumgazeteler.com/?a=5230065>; abgerufen am 20.12.2009.

weil sie sich mit den Sozialdemokraten zusammengeschlossen hatte. So wies z. B. der bekannte trotzkistische Autor Sungur Savran darauf hin, dass er den Links-liberalismus, der seiner Lesart nach die ÖSH prägte, bereits früher als bürgerlichen Sozialismus angeprangert habe. Savran kritisierte das neue Projekt als ein »Zusammentreffen der Sozialdemokraten«¹⁹.

Doch die Gründung der neuen Partei war nicht aufzuhalten. Ziya Halis, der vom 18. Juni 1995 bis 5. Oktober 1995 Arbeitsminister war, übernahm den Vorsitz der Partei.

Differenzen in der Analyse

Nach den jüngsten Umwälzungen in der linken Parteienlandschaft der Türkei muss von drei unterschiedlichen Herangehensweisen innerhalb dieser ausgegangen werden. Diese sind wie folgt zu unterteilen:

Einerseits gibt es den Block der »anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Gruppen«, dessen Strategie von einer notwendigen Verschärfung des anti-imperialistischen Kampfes ausgeht und dessen wichtigste Aufgabe die Organisation einer internationalistischen Partei der Werktätigen im Dienste des Klassenkampfes ist.

Andererseits gibt es die EDP. Die neue Partei möchte »ein neues linkes politisches Zentrum« werden, das »wahrhafte soziale Gerechtigkeit« zum Hauptziel hat sowie Nationalismus und Konservatismus konsequent ablehnt, außerdem Demokratie für alle fordert und für »ein vielfältiges, freies und demokratisches Land« kämpft.²⁰

Zudem gibt es die starke, sich aber – teilweise unverschuldet – immer noch am Rande der Legalität befindende kurdische Bewegung. Sie stellt unbeirrt den Kampf um gleiche Rechte für Kurden in der Türkei in den Vordergrund ihrer politischen Zielsetzungen.

Der antikapitalistische Block

Die bekanntesten und einflussreichsten Vertreter des antikapitalistischen Blocks sind ÖDP, TKP und EMEP. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von Parteien und Gruppen, die auch zu diesem Block gezählt werden können. Die Akteurinnen und Akteure dieser Richtung sehen ihre vornehmliche Aufgabe zumeist darin, den Kampf der Werktätigen gegen die kapitalistische Ordnung zu organi-

19 <http://incebay.blogcu.com/yeni-odp-nin-turnusol-kagidi-ab-ile-muzakere-mi-mucadele-mi/5803928> [Sind Verhandlungen oder der Kampf gegen die EU der Lackmustest der neuen ÖDP]; abgerufen am 20.12.2009.

20 Yeni bir sol merkez için önemli bir adım [Ein wichtiger Schritt für ein neues linkes Zentrum], Rahmentext der Kontaktgruppe, 25. September 2009.

sieren. Sie bezeichnen ihre Haltung in dieser Frage generell als »revolutionär«. Vor allem ÖDP, TKP und EMEP stellen sich in den allgemeinen Wahlen der demokratischen Abstimmung, obgleich sie den Urnengang der Bürger sowie die parlamentarische Arbeit als nicht entscheidend ansehen. Vielmehr betonen diese Parteien den demokratischen Charakter der außerparlamentarischen Opposition, die ihrer Auffassung nach der eigentliche Schauplatz des antikapitalistischen Kampfes sei.²¹

Der Kampf um Demokratie, um gleiche Rechte für die kurdische Bevölkerung und gegen Putschisten und staatliche Unterdrückung wird zwar als wichtiger Bestandteil dieses Kampfes angesehen, er wird aber dem Kampf gegen das kapitalistische System untergeordnet.²² Die ÖDP verkündet in ihrem Schlussdokument des 6. Parteitages, dass sie »den Kampf um Gerechtigkeit und Demokratie für die Armen konsequent unterstützt«²³.

Zahlreiche Akteure innerhalb dieses »Blocks« erkennen beispielsweise in dem die türkische Öffentlichkeit erschütternden Ergenekon-Prozess gegen Offiziere der türkischen Armee einen »Kampf unter Herrschenden«, wie die ÖDP-nahe Tageszeitung *Birgün* vor zwei Jahren titelte.²⁴ Die führenden Akteure bekennen sich generell zwar zur Demokratie, lehnen es aber ab, in der aktuellen Diskussion um die Demokratie in der Türkei Stellung zu beziehen.

Manche Organisationen wie die TKP gehen in ihrer gesellschaftlichen Analyse sogar so weit zu meinen, dass der Kampf der »reaktionären Regierung« (gemeint ist die AKP-Regierung) gegen die Macht der Armee ein »Plan des US-Imperialismus« sei.²⁵

Auch die ÖDP scheint sich nach der Spaltung in dieser Frage anders positioniert zu haben. Hatten die heutigen ÖDP-Vertreter früher strikte Neutralität in der Demokratiefrage befürwortet, so äußerte sich der Vorsitzende der Partei, Alper Tas, in einem Interview mit der Tageszeitung *Cumhuriyet* eher gegen die Regierung. »Die herkömmlichen Traditionen der staatlichen Institutionen bewegten sich zwar auch außerhalb des Gesetzes«, sagte er, »aber die AKP-Regierung strukturiert den Staat neu, um ein noch raffinierteres Unterdrückungsregime einzurichten.« Tas spricht hier von einem AKP-Staat.²⁶

21 Vgl. Biz toplunun vicdaniyiz [Wir sind das Gewissen der Gesellschaft], Interview mit dem Vorsitzenden der ÖDP Alper Tas, 6. Juli 2009, http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=986&tipi=5&sube=0.

22 »Kürt Sorunu« na dair [Zur »Kurdenfrage«], Presserklärung der TKP anlässlich des Verbots der DTP am 11. Dezember 2009 und Durun ... Durdurun! Kardesligimize asla zarar vermeyin, verdirtmeyin! [Aufhören ... Stoppen! Schadet nicht unserer Bruderschaft, lasst andere unsere Bruderschaft nicht beschädigen!], Presserklärung der TKP anlässlich des Verbots der DTP am 15. Dezember 2009.

23 Schlusskommunique des 6. ordentlichen Parteitages, 27. Juni 2009, http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=968&tipi=2&sube=0; abgerufen am 20.12.2009.

24 *Birgün*, 22. März 2008.

25 Halkimiza ve Türkiye soluna cagrimizdir [Wir appellieren an unser Volk und an die Linke in der Türkei], Presserklärung der TKP, 8. Januar 2009.

26 Baskı rejimine doğru [In Richtung eines Unterdrückungsregimes], Alper Tas im Interview mit Tarkan Temur, *Cumhuriyet*, 19. November 2009.

Für Vertreter der neuen ÖDP stellt grundsätzlich die Beseitigung der AKP-Regierung die drängendste Aufgabe dar. In aktuellen Debatten um Demokratie in der Türkei sehen ihre Vertreter hingegen Fallen, die die AKP bewusst stelle: »Sobald die Opposition der Werktätigen und der Unterdrückten gegen die AKP erstartet, wird entweder ein Gerichtsprozess gegen die AKP angestrebt, mit dem Ziel, sie zu verbieten, oder es werden neue Dokumente aufgetischt [die die Militärs belasten]. Solche anti-demokratische Taten nutzen der AKP. Der demokratische Kampf der Werktätigen und der Unterdrückten wird die AKP zum Sturz bringen.«²⁷

Die Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP)

Die Initiatoren dieser neuen linken Partei haben ihre programmatischen Vorstellungen in einem Rahmentext zusammengefasst. Demnach könne die Türkei »nur eine egalitäre und freiheitliche Bewegung, die den Status-quo-bewahrenden, nationalistischen, militaristischen, konservativen und marktorientierten Kräften widersteht und mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung gegen die die Gesellschaft erwürgenden dunklen Kräfte kämpft«, zu einer Demokratie führen, »in der niemand an Hunger oder Obdachlosigkeit leidet, in der niemand seine religiöse oder ethnische Zugehörigkeit verheimlichen muss, in der niemandem Identitäten aufgezwungen werden, in der Gerechtigkeit und Freiheit tatsächlich geatmet und Probleme frei diskutiert werden, in der das Land in Frieden mit seiner Geschichte und allen seinen Nachbarn lebt«²⁸.

Die Akteure dieser Gruppe erklären, dass liberale oder etatistische Versionen des Kapitalismus »nicht als Schicksal der Menschheit hingenommen werden können«. Aus dieser ausweglosen Situation »können wir uns aber durch eine neue Alternative befreien, die auf Beteiligung, Partnerschaft und Freiwilligkeit basiert«²⁹.

EDP-Anhänger betrachten den Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit durchaus als gleichwertig mit der Aufgabe, die aktuelle türkische Verfassung, ein Überbleibsel des Militärputsches im Jahre 1980, durch eine neue, demokratische Verfassung zu ersetzen.

Sie befürworten die Gleichstellung der Kurden sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien und treten konsequent gegen die Dominanz der Militärs im gesellschaftlichen und politischen Leben ein. Aber allein die Tatsache, dass im Rahmentext diese Probleme nicht explizit genannt werden, könnte ein Hinweis darauf sein, dass dessen Autoren entweder eine Ablehnung von weiten Teilen der Bevölkerung befürchten oder untereinander uneinig waren.

27 Halkımızın Geleceğiyle Oynamayın [Spielt nicht mit der Zukunft unseres Volkes], Presseerklärung von Alper Tas am 6. November 2009 in Isparta; abgerufen am 20.12.2009.

28 Yeni bir sol merkez için önemli adım ... [Ein wichtiger Schritt für ein neues linkes Zentrum], Rahmentext der Kontaktgruppe, Istanbul, 25. September 2009.

29 Ebenda.

Hingegen recht deutlich erklärt die neue linke Partei ihr Ziel der »Gründung einer sozialen und demokratischen Republik«³⁰.

DTP, BDP und die kurdische Bewegung

Seit dem Beitritt der ehemaligen DTP-Abgeordneten in die BDP wird von türkischen Kommentatoren oft die Frage gestellt, ob die BDP eine Partei mit Relevanz für das gesamte Land sein könne. Damit wird implizit die Kritik formuliert, dass die DTP keine Partei war, die sich um die Probleme des ganzen Landes gekümmert habe, sondern lediglich um die Probleme der kurdischen Bevölkerung. Zweitens wollen die Fragesteller solchermassen von den BDP-Vertretern erfahren, ob sie bereit sind, sich auch für die Belange der Türken zu öffnen. Die BDP geht in ihrem Programm auf diese Frage nicht direkt ein. Dort wird aber ausdrücklich erwähnt, dass die Partei »daran glaubt«, dass »in einer demokratischen Republik, in einem demokratischen gemeinsamen Land«, trotz aller Unterschiede, zusammengelebt werden könne.³¹ Sie sieht aber die Demokratisierung der Türkei als Voraussetzung für die Lösung anderer Probleme an: »Die Türkei [...] bedarf dringend einer umfassenden und wahren Demokratisierung. [...] Erst dann wird die Türkei ein modernes und ehrenvolles Land der Erde werden können.«³²

Bislang geben vor allem Erklärungen von Ahmet Türk Hinweise auf eine mögliche Orientierung der Partei.³³ Auf die Frage, ob linke kurdische Politik auch gemeinsame Probleme der Türken und Kurden thematisiert, antwortet Türk, »wir denken an die Brüderschaft der Völker, an ein gleichberechtigtes und freies Leben«, und führt weiter aus: »Die Kurdenfrage ist ein Problem der Türkei. Sie ist das wichtigste Problem.« Selbstverständlich existierten auch andere Probleme, die auf Lösung warteten, doch die Realität sei, »dass die Kurdenfrage das bedeutendste Hindernis des Wandels und der Transformation des Landes ist. Ohne die Lösung der Kurdenfrage wird es weder Wandel geben noch werden Transformation gelingen.« Nach Türk könne die Kurdenfrage nur im Schulterschluss beider Völker gelöst werden. Längst werde die Existenz der Kurden in der türkischen Öffentlichkeit nicht mehr verleugnet, wie es bis Mitte der 90er Jahre offiziell geschah. »Jetzt sind wir in der Phase der Lösung dieses Problems angelangt. Um sowohl die Forderungen der Kurden zu erfüllen als auch die Türkei zu verwandeln, ist der gemeinsame Kampf aller demokratischen Kräfte notwendig. Wir befürchten, dass der Nationalismus und ethnische Konflikte zunehmen würden, wenn die Kurden allein gelassen werden.«

30 Ebenda.

31 Programm der Partei für Frieden und Demokratie, <http://www.bdp.org.tr/hakkimizda/program.html>.

32 Ebenda.

33 Alle Zitate von Ahmet Türk sind aus einem Interview mit dem Autor, das am 4. November 2009 in Istanbul geführt wurde.

Vor dem offiziellen Verbot der DTP hatte Ahmet Türk noch vorgeschlagen, türkische und kurdische Linke in der DTP zusammenzubringen. Damals sagte er, »die DTP ist bereit, die türkischen Linken einzugemeinden. Vielleicht können wir diese Partei, die mittlerweile eine erfahrene Partei ist, die auch die parlamentarische Arbeit kennt, zu einer Partei machen, in der die Linke zusammenkommt. Das ist realistischer, als darauf zu warten, dass die türkischen Linken sich untereinander einigen.«

Ahmet Türk wies gleichzeitig auf den grundlegenden Vertrauensmangel zwischen den Linken beider Volksgruppen hin. »Manche werfen uns vor, wir seien Nationalisten, nur weil wir die Kurdenfrage, also die berechtigten Forderungen der Kurden, betonen. Während in Anatolien ein Nationalstaat geschaffen wurde, wurden die Kurden und andere Völker als potentielle Gefahr betrachtet. Seien wir realistisch: Diese Mentalität hat auch die Linke zutiefst geprägt. Auch wenn sie nicht augenscheinlich ist, ist sie tief in den Köpfen verankert«, sagt Türk und fügt hinzu: »Wenn die türkischen Linken sich von den Kurden distanzieren und nicht bereit sind mit ihnen für die Lösung des wichtigsten Problems der Türkei zu kämpfen, dann kommen wir nicht zusammen. Nur ein gemeinsames Vorgehen rettet uns vor unserer eigenen Engstirnigkeit, vor einer Haltung, die in Nationalismus abgeleitet. Denn Isolierung führt zu Emotionalität. Dann entsteht eine kurdische Bewegung, die sich alleingelassen fühlt. Auch sie fängt an, sich von dem revolutionären und demokratischen Potential in der Türkei zu distanzieren.«

Die Struktur der Basis

Bis zum Militärputsch im Jahr 1980 existierten in der Türkei klar strukturierte linke Organisationen. Viele dieser Zusammenschlüsse waren vornehmlich im studentischen Milieu türkischer Hochschulen verankert. Allerdings genossen prosojettische Parteien, wie die Kommunistische Partei der Türkei (TKP), starken Rückhalt auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern. Mit Verbänden wie dem linken Polizistenverband POL-DER und dem ebenfalls linken Lehrerverband TÖB-DER waren sozialistisch-revolutionäre Linke sogar in Kreisen der Sicherheitskräfte bzw. von Pädagogen und Lehrenden organisiert.

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Omnipräsenz organisierter Linker setzten sich die an die Macht gekommenen Militärs vor allem die Zerstörung der linken Strukturen zum Ziel. Tatsächlich gelang den neuen Machthabern in Ankara innerhalb weniger Jahre deren Zerschlagung. Mit Hinrichtungen, Morden, massenhaften Verhaftungen sowie Folter und Einschüchterung gelang es ihnen, die türkische Linke weitgehend zu vernichten oder ins Exil zu treiben. Eine Reorganisation linker Aktivisten wurde in den Jahren nach dem Putsch vor allem durch Medienzensur, Verleumdungskampagnen, Desinformation und gesteuerte Islamisierung verhindert.

Die türkischen Linken sahen sich zunehmend auf verlorenem Posten, nachdem im Jahr 1984 der Krieg gegen die Kurden begonnen wurde. Dies beschleunigte

den Rückzug der verfolgten Kurden, insbesondere der kurdischen Linken. Sie gründeten eigene Organisationen und wandten sich mehr und mehr von den türkischen Linken ab.

Erst nach 1990, nach dem Fall der Berliner Mauer, lockerte der türkische Staat die Kontrolle über die linken Gruppierungen des Landes. Ganz aufgegeben wurde sie bis heute nicht. Diese jahrzehntelange Verfolgung und Unterdrückung erklärt in Teilen, warum linken Gruppen in der Türkei ein organisatorischer Neustart bis in die Gegenwart hinein schwerfällt. Der Bewegung mangelt es schlicht an umsetzbaren Perspektiven.

Die Mitgliederstruktur

Die bisher wiederentstandenen Parteien und Gruppen konstituieren sich im Wesentlichen aus zwei gesellschaftlichen Schichten: Alt-Linken, die in der Ära vor 1980 sozialisiert wurden, und politisierten Jugendlichen.

Einen Prototyp gegenwärtiger linker Akteure zu erstellen misslingt vorerst, denn die Organisationen selbst verweigern sich aus nachvollziehbaren Sicherheitsbedenken heraus einer tiefergehenden Offenlegung ihrer Strukturen und Mitglieder. Verlässliche Angaben selbst zu Mitgliederzahlen, sei es auf lokaler Ebene oder landesweit, fehlen meist gänzlich. Zu erfahren war in Gesprächen, die der Autor mit führenden Aktivistinnen und Aktivisten führte, zunächst nur Folgendes:

Der antikapitalistische Block um ÖDP, TKP und EMEP konstituiert sich vornehmlich aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Erwähnenswert ist, dass in den letzten Jahren in diesen genannten Organisationen vornehmlich sehr junge Kader, die die linke Bewegung vor 1980 nicht miterlebt haben, die Führung übernahmen. Anders bei der EDP: Ihre Akteure rekrutieren sich aus der Mittelschicht und deren urbanen intellektuellen Kreisen.

Eine Anbindung an die Gewerkschaften ist generell zwar gegeben, das bedeutet jedoch nicht, dass es den linken Organisationen gelingt, in nennenswerter Weise die Arbeiterschaft anzusprechen. In den Jahren der Diktatur und darauf folgenden autoritären Regierungen gelang es vielmehr nationalistischen, religiösen und/oder rechtskonservativen Gewerkschaften, sich unter den Arbeitenden zu etablieren.

Lediglich die im Jahr 1995 gegründete Gewerkschaft der Angestellten im Öffentlichen Dienst (KESK – *Kamu Emekçileri Sendikası*), die von Anfang an von sozialistisch-revolutionären Gruppen unterstützt wurde, ließe sich als Gewerkschaft mit vornehmlich linker Orientierung kategorisieren. Die vor der Militärdiktatur legendäre Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften (DISK – *Devrimci İsci Sebdkalari Konfederasyonu*) leidet hingegen noch heute unter den Spätfolgen der Zumutungen der 80er und 90er Jahre.³⁴

34 Die Mehrheit der DISK-Aktivisten wurde 1980 festgenommen. Zwischen 1981 und 1991 standen 1.477 Aktivi-

Das Potential der Linken in der Türkei

Die Schwäche der Linken in der Türkei entspricht streng genommen nicht den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des Landes, die unter anderen politischen Umständen linke Parteien bevorteilen und erstarken lassen würden.

Bei den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 sind linke Kandidaten zumeist als parteilose Politiker angetreten, um als Direktkandidaten die Zehn-Prozent-Klausel unterlaufen zu können. Das Ergebnis war für linke türkische Verhältnisse ein großer Erfolg: Zum ersten Mal seit den 60er Jahren konnte wieder ein Sozialist in das Parlament gewählt werden. Mit Unterstützung der DTP gewann Ufuk Uras, der damalige Noch-Parteivorsitzender der ÖDP, seinen Wahlkreis als Direktkandidat.

Auch andere DTP-Kandidaten waren als Parteilose angetreten, da auch sie die Zehn-Prozent-Hürde für Parteien sonst nicht genommen hätten. 22 von ihnen gelang am Ende der Einzug ins Parlament. Sobald sie gewählt worden waren, traten sie wieder in die DTP ein, so dass die Partei zudem Fraktionsstärke erreichte.

Da die erfolgreichsten Kandidaten parteilos angetreten waren, aber in der Regel die Unterstützung linker Gruppen und Parteien erhalten hatten, ist es unmöglich, die exakte Unterstützung einzelner linker Parteien zu extrahieren. Dennoch können die Stimmen, die die Parteien als solche bekamen, als Richtgröße fungieren: Demnach erhielt die ÖDP 52 195 Stimmen, die 0,15 Prozent ausmachten. Die TKP erhielt 80.092 Stimmen (0,23 Prozent), die EMEP 26 556 Stimmen (0,08 Prozent). Wahlforscher gehen davon aus, dass die meisten Stimmen für unabhängige Kandidaten auf die DTP entfielen. Demnach müsste ihr Stimmanteil um die fünf Prozent gelegen haben.³⁵

Ufuk Uras, damals Vorsitzender der ÖDP, erhielt allein in seinem Wahlkreis mit 81.486 Stimmen mehr Stimmen als seine Partei insgesamt.³⁶

Um die Wählerunterstützung deutlicher festzustellen, sind die Ergebnisse, die die Parteien bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 für die Stadtparlamente bekommen haben, besser geeignet. Demnach hat die ÖDP 0,16 Prozent, die TKP 0,18 Prozent und die EMEP 0,11 Prozent erreicht.³⁷ Der einzige sozialistische Bürgermeister, der in diesen Wahlen gewählt wurde, ist Mithat Nehir. Er hat die Kommunalwahlen im Kreis Samandag im Süden des Landes, an der syrischen Grenze, für sich entscheiden können.

Die DTP hat einen flächendeckenden Erfolg im kurdisch dominierten Südosten des Landes erzielt. Sie hat 5,68 Prozent der Stimmen erreicht und damit acht Provinzbürgermeisterämter und 50 Kreisbürgermeisterämter gewonnen.³⁸

sten vor Gericht. Für 78 von ihnen plädierte der Staatsanwalt für die Todesstrafe. Der Prozess endete erst am 16. Juli 1991, nach zehn Jahren und zehn Monaten, mit Freispruch.

35 Vgl. <http://www.turkiyeseclimleri.com/secim-sonuclari.php>.

36 Vgl. <http://www.ysk.gov.tr/ysk/Sonuc/istanbul1.htm>.

37 Vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/yerelsecim2009>.

38 Vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/yerelsecim2009>.

Die aktuellsten Umfragen zeigen, dass ÖDP, TKP und EMEP, die drei türkischen Linksparteien im antikapitalistischen Block, auch heute keine nennenswerte Unterstützung genießen. Nach den Ergebnissen einer Sonntagsfrage im Rahmen der Meinungsumfrage »Forschung Gesellschaft – Politik – Türkei 2009 – 4. Quartal« von Dezember 2009 kommt die Regierungspartei AKP auf 36,5 Prozent, die CHP auf 22,9 Prozent und die faschistische MHP auf 18,8 Prozent der Stimmen. Ihnen folgt die neue kurdische Partei BDP mit 7,1 Prozent der Stimmen. Da die drei schon genannten türkischen Linksparteien sehr wenig Unterstützung haben, werden sie in der Umfrage lediglich der Spalte »Sonstige« zugeordnet. »Sonstige« bekommen demnach 4,9 Prozent der Stimmen, wobei in dieser Spalte nicht nur die linken Parteien zusammengefasst wurden.³⁹

Ahmet Türk, der mit Politikverbot belegte ehemalige Vorsitzender der DTP, rangiert auf der Beliebtheitskala der Politiker mit 5,4 Prozent an fünfter Stelle. Ufuk Uras schneidet hier besser ab als die ÖDP insgesamt, die er bis Ende 2008 führte. Er kommt mit 1,6 Prozent auf die neunte Stelle.⁴⁰

In derselben Umfrage bezeichnen sich 3,8 Prozent der Befragten als Sozialdemokraten, 3,5 Prozent als Sozialisten und 0,2 Prozent als Kommunisten.⁴¹

Die Umfrage macht deutlich, dass die türkische Bevölkerung vor allem an der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes interessiert ist. 34,4 Prozent der Befragten gaben an, dass die Wirtschaftskrise das wichtigste Thema im Jahr 2009 gewesen sei. 14,6 Prozent meinten, es sei die »demokratische Öffnung«, mit der die Erdogan-Regierung die Kurdenfrage lösen wollte, und 14,5 Prozent meinten, dass das DTP-Verbot das Thema des Jahres 2009 gewesen sei.⁴²

Eine ältere Umfrage vom September 2009, die »Umfrage zu den politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei« veranschaulichte zuvor, welche Probleme die Türken am meisten beschäftigen. Demnach empfanden 66,7 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als das drängendste Problem. Wirtschaftliche Sorgen und niedrige Kaufkraft folgten mit 50,2 Prozent. Sicherheitsprobleme rangierten an dritter Stelle mit 24,8 Prozent.⁴³

Diese Zahlen belegen, dass klassische linke Themen in der Türkei weiterhin wichtig sind. Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit scheinen die Anliegen zu sein, die die Bürger des Landes zuvorderst formulieren. Dennoch gelingt es linken Parteien nicht, von dieser Stimmung zu profitieren. Dabei spielt die erfolgreich erachtete AKP-Politik offenbar eine erhebliche Rolle. Denn eben jene genannten

39 Vgl. http://www.genar.com.tr/files/2009_TURKIYE_TOPLUM_VE_SIYASET_4_CEYREK_VE_ENLER_ARASTIRMASI.pdf, GENAR [Umfrage zu Gesellschaft und Politik der Türkei und die Superlativen, 2009, 4. Quartal], Istanbul, Dezember 2009, S. 5.

40 Ebenda, S. 29.

41 Ebenda, S. 18.

42 Ebenda, S. 15.

43 Vgl. Türkiye Siyasi Eğilimler ve Beklentiler Araştırması [Umfrage zu politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei], SONAR, September 2009, Istanbul, http://www.sonararastirma.com/rapor/Siyasi_Egilimler_Eylül_2009-SONAR.pdf, S. 23.

Umfragen zeigten deutlich, dass gerade in der Sozialpolitik die islamistische AKP große Zustimmung in der Bevölkerung genießt.

In der »Umfrage zu den politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei« blieb die Prozentzahl derjenigen, die denken, dass die wirtschaftliche Lage des Landes sich verschlechtern werde, bei 20,6 Prozent. Hingegen glaubten 30,8 Prozent, dass sich die Lage verbessern werde.⁴⁴

In der GENAR-Umfrage vom Dezember 2009 schnitt die AKP bei der Sozialpolitik unangefochten am besten ab. Dort gaben 52,2 Prozent der Befragten an, dass die Sozialpolitik der AKP-Regierung erfolgreich sei. Sozialpolitik wäre demnach nicht nur das Feld, auf dem die islamische Regierung am besten abschneidet, sondern auch das einzige, bei dem mehr als die Hälfte der Befragten der Regierungspolitik gute Noten erteilt.⁴⁵

Ist eine Fusion die Lösung?

Die meisten Linken in der Türkei kennen und akzeptieren ihre politischen Schwächen. Längst ist der Pessimismus vergangener Jahre jedoch einer verstärkten Suche nach Überwindungsstrategien dieser Schwächen gewichen. Dabei gehen namhafte Linke nach wie vor davon aus, dass nur eine organisatorische Fusionierung der Linken die Wende bringen könne.⁴⁶ Auffallend ist, dass die Akteure dabei auf die Bundesrepublik Deutschland und die Fusion der deutschen Linken in DIE LINKE sowie das Wahlergebnis dieser Partei schauen. Häufig suchen sie danach, die Strategien und die Politik der Linken in Deutschland, die am Bosphorus als Erfolgsmodell gelten, zu kopieren.

Doch ein Blick in die jüngste Vergangenheit der Türkei lehrt, dass zahlreiche Versuche, verschiedene linke Gruppen und Parteien zu verschmelzen, bisher zuverlässig scheiterten. Gegenwärtige Anläufe versprechen keineswegs erfolgreicher zu werden.

Tanil Bora, linker Verleger und Kenner der Szene, glaubt längst, dass das Streben nach einer Einheitspartei ein Fehler ist. Er bezweifelt, dass es Alt-Linke »jemals schaffen werden, in einer einzigen Organisation zusammenzuarbeiten«. Auch junge Linke, meint Bora, orientierten sich zu sehr an alten Einheitsidealen, seien es prosovjetsche Parteien oder Bewegungen der außerparlamentarischen

⁴⁴ Ebenda, S. 25

⁴⁵ Vgl. [http://www.genar.com.tr/files/2009 TURKIYE TOPLUM VE SIYASET 4. CEYREK VE ENLER ARASTIRMASI.pdf](http://www.genar.com.tr/files/2009%20TURKIYE%20TOPLUM%20VE%20SIYASET%204.%20CEYREK%20VE%20ENLER%20ARA%20STIRMASI.pdf), GENAR, Istanbul, Dezember 2009, S. 25. [Umfrage zu Gesellschaft und Politik der Türkei und die Superlativen, 2009, 4. Quartal]

⁴⁶ Vgl. Solun birligi üzerine, Erol Katircioglu, Radikal [Über die Einheit der Linken], 17. März 2007, <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazarYazisi&ArticleID=808819>; »Cagdas Demokratik Yeni Bir Sola« Dogru [Hin zu einer modernen demokratischen Linken], Hüseyin Cakir, Sansürsüz, 29. November 2009, <http://www.sansursuz.com/makale/cagdas-demokratik-yeni-bir-sola-dogru>.

Opposition, als dass sie erfolgreich zusammenfinden könnten. Bora empfiehlt schließlich: »Vielleicht sollte man diese Unfähigkeit zunächst einfach akzeptieren und versuchen, nur anlässlich einzelner Themen und Aktionen zusammenkommen.«⁴⁷

47 Im Gespräch mit dem Autor am 3. November 2009 in Ankara.

Gesamtverzeichnis der Länder- und Regionalstudien

Neben den in diesem Buch abgedruckten 13 Referenzberichten wurden weitere elf Länderstudien und eine Regionalstudie verfasst, die im Folgenden mit * gekennzeichnet sind. Alle 25 Studien erscheinen in der Reihe Standpunkte international.

Nordeuropa

Inger V. Johansen

Die Linke und die radikale Linke in Dänemark

* Evgeni Golikov, Toivo Palm

Linke Perspektiven im rechten Estland

* Anna Kontula, Tomi Kuhanen

Der Wiederaufbau des Linken Bündnisses in Finnland –
Hoffen auf einen Neuanfang

Audur Lilja Erlingsdóttir

Die Linke in Island

* Dag Seierstad

Die Linke in Norwegen: Politik in der Mitte-Links-Regierung

Barbara Steiner

»Communists we are no longer, Social Democrats we can never be« –
die schwedische Linkspartei *Vänsterpartiet*

Nordwesteuropa

Thomas Kachel

Die britische Linke am Ende der *New-Labour*-Ära: Eine Wahlanalyse

* Ken Ahern, William Howard

Radikal linke Politik in Irland – die Partei *Sinn Féin*

Westeuropa

Cornelia Hildebrandt
DIE LINKE in Deutschland

Stéphane Sahuc
Die linken Parteien in Frankreich

* Sascha Wagener
Déi Lénk in Luxemburg

Clemens Wirries
Eine Partei für die »einfachen Leute« – die *Socialistische Partij*
in den Niederlanden

Mittel- und Osteuropa

* Daniel Schukovits
Die radikale Linke Österreichs

* Krzysztof Pilawski, Holger Politt
Linke in Polen

Stanislav Holubec
Die radikale Linke in Tschechien

Südeuropa

Norbert Hagemann
Die *Partito della Rifondazione Comunista* in Italien –
Entwicklung im Widerstreit zwischen »großer Ambition und kleiner Kraft«

* Mimmo Porcaro
Die Partei der kommunistischen Neugründung zwischen scheinbarer Kontinuität
und tatsächlicher Diskontinuität

* José Soeiro
Der *Bloco de Esquerda* und die Neugründung der Linken in Portugal

* Dominic Heilig
Das spanische Parteienbündnis *Izquierda Unida*

Südosteuropa

Michael Müller
Die Linke in Bulgarien

Julian Marioulas
Die griechische Linke

* Boris Kanzleiter, Dorde Tomic
Die Linke im post-jugoslawischen Raum

* Dorothée de Nève, Tina Olteanu
Rumänien: Die Suche nach einer (neuen) linken Identität

Cem Sey
Auf der Suche nach Einheit – Linke in der Türkei

Julian Marioulas
Die AKEL in Zypern

Autorinnen und Autoren

Ken Ahern studiert Regierungs- und öffentliche Politik am University College Cork.

Birgit Daiber leitet das Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Audur Lilja Erlingsdóttir ist Geschäftsführerin der isländischen Linkspartei *Vinstrihreyfingin – grænt framboð*.

Evgeni Golikov war Gründungsmitglied der Estnischen Volksfront. Heute ist er Professor an der Estnisch-Amerikanischen Business-Akademie.

Norbert Hagemann ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel und leitet das Büro von Helmut Scholz, MEP für DIE LINKE.

Dominic Heilig ist Politikwissenschaftler und Europa-Experte mit Schwerpunkt auf Justiz und Inneres.

Cornelia Hildebrandt ist Referentin für Parteien und Soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Stanislav Holubec ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena und Leiter des Netzwerkprojekts lavka.info.

William Howard studiert Geschichte und Geographie am University College Cork.

Thomas Kachel ist Sprecher der Arbeitsgruppe Internationales und Frieden der LINKEN in Sachsen und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa der LINKEN.

Boris Kanzleiter leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad.

Anna Kontula ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Tampere und aktives Mitglied der VAS.

Tomi Kuhanen engagiert sich in der finnischen Linken Jugend und ist Mitarbeiter eines linken Abgeordneten.

Roland Kulke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Julian Marioulas lebte als Jugendlicher in Griechenland und war dort Mitglied der kommunistischen Parteijugend. 2010 beendete er in Deutschland sein Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften.

Michael Müller war viele Jahre Reisekorrespondent in der Balkanregion. Zwischen 1978 und 1985 war er Auslandskorrespondent der Zeitung »Neues Deutschland«.

Dorothee de Nève ist Vertretungsprofessorin für Staat und Regieren an der Fernuniversität Hagen.

Tina Olteanu ist Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Toivo Palm ist Abteilungsleiter für Forschung und Bildung im estnischen Landwirtschaftsministerium und Gründungsmitglied der Forschungsgruppe »Tallinn in Europa«.

Krzysztof Pilawski lebt und arbeitet als Publizist in Warschau.

Holger Politt leitete zwischen 2002 und 2009 das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Er befasst sich derzeit mit der Neuübersetzung der polnischen Schriften von Rosa Luxemburg.

Mimmo Porcaro ist Mitglied der *Rifondazione Comunista* Italien und der Kulturvereinigung *Punto Rosso e Alternative Europa*.

Dag Seierstad ist Mitglied im Parteivorstand der norwegischen Linkspartei SV und europapolitischer Berater ihrer parlamentarischen Gruppe.

Cem Sey ist freier Journalist in Washington D.C. Er berichtet unter anderem für die Deutsche Welle, BBC, TV8 und schreibt regelmäßige Kolumnen für AGOS und TARAF.

José Soeiro ist Abgeordneter der PCP im portugiesischen Parlament.

Barbara Steiner studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Assistentin im europäischen Koordinationsbüro des Netzwerks transform!europe.

Anna Striethorst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dorde Tomic promoviert zum Thema studentische Protestbewegungen an der FU Berlin.

Sascha Wagener, Politikwissenschaftler, lebt in Freiburg und Bukarest und arbeitet zur Politischen Theorie der Europäischen Linken.

Clemens Wirries ist wissenschaftliche Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Nach dem Gebrauchswert linker Parteien zu fragen bedeutet, nach ihrer Praxistauglichkeit zu fragen. Dabei stehen nicht Zielsetzungen und Forderungskataloge im Mittelpunkt. Die Praxistauglichkeit linker Parteien misst sich an ihrer Fähigkeit, unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses einen Richtungswechsel der Politik und reale Veränderungen zu bewirken. Es geht dabei um nicht weniger als um den Aufbau von Gegenhegemonie und die Öffnung für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft.

Vor welchen Problemen und Herausforderungen stehen in Europa linke nicht-sozialdemokratische Parteien? Unter welchen Bedingungen und mit welcher Politik sind sie erfolgreich? Wo gibt es verallgemeinerungsfähige Projekte für alternative Entwicklungswege?

Die Autoren stellen einzelne europäische Parteien von Island bis Zypern, ihre Sozialstruktur, ihre jeweiligen Umfeldler, ihr Parteienverständnis sowie ihre Organisationsstruktur vor. Zudem werden die programmatisch-strategische Ausrichtung der einzelnen Parteien, insbesondere ihr europapolitischen Vorstellungen, sowie ihre Stellung in der Gesellschaft als auch im politischen System ihres Landes analysiert.

